70000
36
1918
15/VI. – 29/IX.
Appro 4.
Mehl Brot Kart.
33

Vossische Zeitung 15/VI. 1918

Mehlersparnisse der Gemeindeverbände. Die von einzelnen Gemeindeverbänden gemachten Ersparnisse an Mehl waren nach Herabsetzung der Mehlrate vom Preußischen Landesgetreideamt in Anspruch genommen worden, weil die Beibehaltung der höheren Brotrate nach den Festsetzungen des Kriegsernährungsamtes unzulässig sei. Die dagegen geltend gemachten Beschwerden haben Erfolg gehabt. Das Preußische Landesgetreideamt hat nunmehr angeordnet, daß die Gemeindeverbände zwar ihre Mehlersparnisse zur Erhöhung der Brotration verwenden dürfen, aber nicht **mehr als 180 Gramm** Mehl für den Kopf und Tag verausgaben sollen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 2
15./VI. 1918

Ungarische Frühkartoffeln für Oesterreich.

Budapest, 15. Juni. (Privattelegramm.) Die Höchstpreise für die neuen Kartoffeln wurden mit 60 K. pro Meterzentner festgestellt. Gleichzeitig wurde die Sperre für das ganze Gebiet des Komitats Hajdu ausgesprochen, damit die Kartoffeln dieser Gegend, von denen man eine reiche Ernte erwartet, nach Oesterreich ausgeführt werden können.

Reichspost
16./III. 1918

3

Brotlose Tage in Mödling.

Der Notstand in Mödling, der sich in den letzten Wochen in mehreren brotlosen Tagen und gänzlichem Mehlmangel aussprach, veranlaßte die politische Behörde im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Mödling, Schritte zur Abhilfe dieser Uebelstände in der Verpflegung zu unternehmen. Es begaben sich nun am 12. d. der Bezirkskommissär Oskar Mussil, Regierungskommissär Ritter v. Grimm und Marktausschußobmann Doktor Rieger zum Leiter der Verwaltungsgruppe der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Bezirkshauptmann Doktor v. Gugger, der versprach, größere Mengen Teigwaren, Hirse und Kartoffeln als einstweiligen Ersatz für das fehlende Mehl sofort in Anweisung zu bringen.

Neues Wiener Tagblatt
16. III. 1918

h

Die italienische Erfindung eines neuartigen Brotes.

Dreißigprozentige Ersparnis in der Ausnützung des Getreides.

Die italienischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Einführung eines neuartigen Brotes, genannt Fruges, das gegenüber dem aus Mehl erzeugten angeblich außerordentliche Vorteile bietet. Vor allem gestattet das neue Verfahren, wie es heißt, eine fast dreißigprozentige Ersparnis in der Ausnützung des Getreides, so daß Italien bei seinem durchschnittlichen Jahresverbrauche, der sich auf 60 Millionen Meterzentner Getreide beziffert, 18 Millionen Meterzentner ersparen würde. Nachdem das Land jetzt 32 Millionen Meterzentner zu 200 Lire einführen muß, würde sich die Getreideeinfuhr demnach um rund 3½ Milliarden Lire verringern lassen — angesichts des starken Defizits der italienischen Handelsbilanz gewiß ein gewichtiger Umstand. Außerdem soll das Frugesbrot nach den Untersuchungen des römischen Physiologieprofessors Boldrino Boldrini eine viel leichtere Verdaulichkeit als die drei bisher verwendeten Sorten: Weißbrot, Vollbrot (unserm Grahambrot entsprechend) und das Militärbrot (gemischt aus Weizen- und Roggenmehl), besitzen. Ein andrer italienischer Gelehrter, Professor Pugliese, wendet sich insbesondere gegen die Ansicht, daß das Vollbrot der Verdauung förderlich sei, und behauptet, daß die darin enthaltene Kleie die Darmwände reize und die Bildung von größeren Mengen wässriger Ausscheidungen fördere, was den Verlust von Eiweiß verursache.

Ueber die Zubereitung des „Fruges" äußern sich aber die italienischen Blätter nicht sehr klar. Sie deuten nur an, daß der Weizen erst eine Art Reinigung durchmachen muß und dann durch eine eigentümliche Aufweichung in einen Teig verwandelt wird, aus dem das Brot hervorgeht. Es findet also keine Vermahlung statt; die Zellulose, die in der Decke des Weizenkornes enthalten ist, wird durch den Zubereitungsvorgang vollkommen aufgeschlossen und so sehr leicht verdaulich gemacht. Die praktischen Versuche, die mit dem Frugesbrot in den verschiedenen Teilen Italiens angestellt wurden, haben — immer den italienischen Blättern zufolge — ein sehr gutes Ergebnis gezeitigt. Dabei soll das Brot auch wohlschmeckender als die andern Brotgattungen sein und weit mehr sättigen als diese. Trifft das alles zu, dann würde die neue Erfindung natürlich auch bei uns die größte Beachtung verdienen.

Arbeiterzeitung
17./VI. 1918

5

Die Wiener Brotration auf die Hälfte gekürzt!

Das Ernährungsamt ordnet mit nachstehender Kundmachung die Kürzung der Wiener Brotration von heute Montag den 17. Juni auf die Hälfte an:

In der Zufuhr ausländischen Getreides nach Wien sind momentan gewisse Hindernisse eingetreten, die zur Folge haben, daß hier bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Mehlquote eine **vorübergehende Kürzung der Brotration auf die Hälfte eintreten muß.** Für die Beistellung anderer verfügbarer Lebensmittel wird nach Möglichkeit vorgesorgt werden.

Diese Verordnung sollte schon Sonntag veröffentlicht werden; Herr v. Seidler hat aber ihr Erscheinen bis heute mittag verhindert, obwohl die Kürzung schon in Kraft ist!

Der Ministerpräsident hat durch sein Eingreifen zu Gunsten der Agrarier und Händler richtig auch die Volksernährung in eine katastrophale Situation gebracht. Jetzt, wo es schief geht, will er sich von den Ernährungsagenden zurückziehen, das scheint die Ernennung des Präsidenten des Ernährungsamtes zum Minister anzudeuten. Diese Rangerhöhung wird in einem Zeitpunkt vorgenommen, in welchem das Ernährungsamt mit der Getreide- und Mehlaufbringung am Rande ist. Das Ernährungsamt stellt fest, daß kein Mehl vorhanden ist und daß auch die Brotration in Wien auf die Hälfte gekürzt werden muß, was, als das Aeußerste, bisher noch vermieden wurde. Allerdings war dieses Ereignis vorauszusehen. In den Provinzstädten und auf dem flachen Lande haben die Verbraucher, die nicht zu den Selbstversorgern gehören, schon seit Monaten nicht die volle Brotration zugewiesen erhalten, zeitweise hat dort die Brotversorgung ganz ausgesetzt. Das Ernährungsamt wurde von Deputationen belagert, die gegen die ungleiche Behandlung der Provinzorte gegenüber der Reichshauptstadt Protest erhoben haben; nun sind diese Proteste überholt, die Ernährungsschwierigkeiten haben sich so gesteigert, daß die gleiche Brotnot auch über die Wiener Bevölkerung verhängt wird!

Als Ursache des Mehlmangels wird die Verzögerung der Zuschübe aus der Ukraine und aus Rumänien angegeben. Nach Lage der Verhältnisse ist es aber auch möglich, daß aus diesen Ländern überhaupt nicht mehr viel herauszuholen ist, daß also die Zufuhrsstockung bis zur neuen Ernte chronisch bleiben wird. Noch vor Wochenfrist taten die maßgebenden Amtsstellen so, als ob sie die Hoffnung hätten, daß auf Grund von Vereinbarungen mit Deutschland, für die wir einen sehr erheblichen Gegenwert zu leisten hatten, die Brot- und Mehlversorgung halbwegs aufrecht erhalten werden wird. Diese von Deutschland zugesagte Hilfe scheint nun nicht geleistet zu werden, und daher der Zusammenbruch der Brotversorgung! Alle maßgebenden Stellen hätten die Pflicht, ungesäumt Deutschland und Ungarn aufmerksam zu machen, daß die Ernährungsverhältnisse in Oesterreich ganz unhaltbar geworden sind und daß die nötigen Aushilfen von beiden Staaten ungesäumt geleistet werden müssen. Die österreichische Bevölkerung kann doch nicht verhungern, während Deutschland, namentlich aber Ungarn noch immer halbwegs erträgliche Nahrungsmittelrationen hat. Auf diesem verschiedenen Stand können und dürfen die Ernährungsverhältnisse in den Ländern der Mittelmächte nicht gehalten werden. Man soll die österreichische Regierung auch in der Lebensmittelversorgung unter Kuratel stellen, dagegen ist nichts zu sagen, verdient hat sie es, bevormundet zu werden; aber für die Fehler der Regierung kann man doch die Bevölkerung nicht mit Hunger strafen.

Was soll denn die Bevölkerung essen? Kartoffeln ein halbes Kilogramm, mindestens die Hälfte davon ungenießbar, ein Achtelkilogramm schwarzes Kleiemehl, ein Achtelkilogramm sonstiger Mahlprodukte, vier Dekagramm Fett, ein Ei, neunzehn Dekagramm Zucker, zwanzig Dekagramm Fleisch im Wege nächtelangen Anstellens, etwas Marmelade und Kaffeesurrogate, das ist außer Brot die Wochenration an Lebensmitteln! Die Brotration war in Wien bisher das Fundament der Ernährung, jetzt ist auch diese karge Ernährungsmöglichkeit auf die Hälfte reduziert, das kann die Bevölkerung nicht ertragen. Die verbündeten Staaten müssen schleunigst eingreifen, um die ärgsten Folgen zu verhüten. Die Kürzung der Brotration muß eine vorübergehende Sache bleiben! Die Regierung muß endlich energisch nach jeder Richtung das Recht der österreichischen Bevölkerung auf eine menschlich erträgliche Ernährung zur Geltung bringen.

Die Ernährungsfrage kann vor der Ernte nur durch Beihilfe Deutschlands und namentlich Ungarns gebessert werden, das muß von der Regierung durchgesetzt werden. Die Regierung sichert zu, daß die Kürzung „vorübergehend" sein wird. Aber diese Zeit muß rasch vorübergehen, sonst sind die Folgen unabsehbar!

* * *

Aus vielen Wiener Bezirken wird gemeldet, daß die Kürzung, die ohne ein Wort der Benachrichtigung vorgenommen wurde — echter Seidler! — in der Bevölkerung die heftigste Erregung hervorgerufen hat.

Die Zeit
17. III. 1918

Die Frühkartoffelausgabe.

Wie wir erfahren, wird man heuer auch die Frühkartoffeln einer strafferen Bewirtschaftung unterziehen. Die Abgabe derselben soll an die Kartoffelkarte gebunden werden.

Aus Ungarn erwartet man, wie schon mitgeteilt, bereits in der allernächsten Zeit das Einlangen größerer Frühkartoffelsendungen. Der Schleichhandel mit frühreifen heimischen Frühkartoffeln nimmt in der Umgebung Wiens bereits einen größeren Umfang an.

Nach Mitteilungen aus Marktkreisen wird auch schon in Oberösterreich ein Frühkartoffelhandel betrieben. Dort stellen sich die Frühkartoffeln jetzt unter der Hand auf 60 Heller pro Kilogramm. In der Umgebung Wiens werden Preise von 1 Krone 50 Heller und 2 Kronen pro Kilogramm frühreifer Frühkartoffeln begehrt.

Tägliche Rundschau 17./VI. 1918

8

* **Kartoffelnot in Wilmersdorf.** Ein ernster Notstand ist in Wilmersdorf eingetreten. Schon seit sechs Wochen erhalten die Wilmersdorfer nicht 7 Pfund Kartoffeln wie alle anderen Groß-Berliner, sondern nur 6 Pfund. In der vergangenen Woche sind aber die Kartoffelzufuhren ganz ausgeblieben. Erst am Sonnabend, spät abends, wurden einige Kartoffelhändler beliefert, und vor den Händlerläden spielten sich sehr wenig erfreuliche Auftritte ab. Auf eine Anfrage beim Kriegsernährungsamt wird uns erklärt, das Ausbleiben der Kartoffelzufuhren sei auf das Versagen einiger Lieferungskreise, aber auch darauf zurückzuführen, daß die Stadtverwaltung von Wilmersdorf von dem plötzlichen Kartoffelmangel der Zentralstelle nicht rechtzeitig Mitteilung und dadurch einen Ausgleich seitens der Reichskartoffelstelle unmöglich gemacht habe. Es wurde weiter versichert, der Notstand sei nun behoben und in der nächsten, d. h. dieser Woche, würden auch die Wilmersdorfer wieder ihre Kartoffeln bekommen. Leider hat sich aber auch dieses Versprechen des Kriegsernährungsamts nicht erfüllt: nach einer Mitteilung der Händler werden in der laufenden Woche nur höchstens 4 Pfund Kartoffeln auf den Kopf verteilt werden können, eine Menge, die natürlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht als ausreichend anerkannt werden kann.

Der Neue Abend
18./VI. 1918

14

Die Brotkürzung und das Parlament.

Deutsche Abgeordnete für die Einberufung mit Rücksicht auf die Brotkürzung.

Im Parlament wurde die Brotkürzung heute von den anwesenden Abgeordneten eingehend besprochen. Deutsche Abgeordnete erklärten, daß sie mit Rücksicht auf die Brotkürzung für die sofortige Einberufung des Parlaments seien, da dies die Bevölkerung beruhigen werde. Unter dem Eindruck der Nachrichten über die Lebensmittelnot sind die Deutschen und Polen rasch in Verhandlungen getreten, um über eine Sommertagung schlüssig zu werden.

Heute zeigte sich wieder die Kurzsichtigkeit der Politik der nationalen Abgeordneten. Seit etwa acht Tagen sind die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung in parlamentarischen Kreisen bekannt gewesen. Seit mehr als vierzehn Tagen wußte man, daß eine Kürzung der Brotmenge kommen werde. Trotzdem haben die deutschen Parteien dem dringenden Wunsche der Bevölkerung nach Einberufung des Abgeordnetenhauses nicht Rechnung getragen, sondern durch ihre Haltung diese Einberufung fast unmöglich gemacht.

Das Herrenhaus als Vermittler.

Die jetzt wieder beginnenden Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Polen sind nicht zum wenigsten Verdienst des Ministers für Galizien Twardowski. Um die Einberufung des Hauses bemühen sich auch Mitglieder des Herrenhauses, hauptsächlich der Verfassungs- und Mittelpartei, welche beiden Gruppen nächsten Freitag zu einer Vollversammlung einberufen sind, in der auch die Frage der Parlamentstagung beraten werden wird. Die Führer der Polen, die Herrenhausmitglieder Bilinski, Korytowski und Graf Banowski haben gestern beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vorgesprochen, um sich über die Absichten der Regierung zu unterrichten, und sind heute mit den Führern der Deutschen zu einer Beratung zusammengetreten. In den Kreisen der Deutschen hofft man, daß die Polen durch eine Änderung der Krakauer Beschlüsse die Sommertagung ermöglichen werden. Anderseits ist man unter dem Druck der Verhältnisse geneigt, den Polen gewisse Zusagen zu machen und vermittelnd zwischen den Polen und den Ukrainern einzugreifen. Doch hofft man anderseits wieder, daß die Polen besonders in ihrer Haltung der Regierung gegenüber ihren unversöhnlichen Standpunkt aufgeben werden.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß hat gestern und heute im Parlament eine Reihe von Besprechungen mit den verschiedenen Parteiführern gehabt, so mit Dr. Waldner, Dr. v. Langenhan und Prälaten Hauser. Da seitens der Regierung noch keine maßgebenden Äußerungen über die Frage der Parlamentstagung vorliegen, war Präsident Dr. Groß nicht in der Lage, den bei ihm erschienenen Abgeordneten irgendwelche bestimmte Mitteilungen über die Einberufung des Hauses machen zu können.

Die Christlichsozialen.

Der Obmann der Christlichsozialen Prälat Doktor Hauser hatte vormittags eine Unterredung mit Dr. v. Seidler und sodann eine Besprechung mit dem Obmann des Leitungsausschusses der deutschnationalen Parteien Dr. Waldner und mit dem Abgeordneten Teufel. Nach dieser Besprechung hielten die deutschnationalen Parteiführer eine Beratung ab. Nachmittag um 4 Uhr tritt die Vollversammlung der Christlichsozialen zusammen. Prälat Dr. Hauser wird zuerst Bericht über seine Besprechungen mit Dr. v. Seidler und Dr. Waldner erstatten. Daran wird sich die Debatte über die Frage der Parlamentstagung schließen.

Der Neue Abend
18./VII. 1918

15

Die Brotkürzung und die Bevölkerung.

Die Brotkürzung hat, wie sich denken läßt, in der Bevölkerung besonders bei ihrem arbeitenden Teile lebhafte Bewegung zur Folge gehabt. Dadurch sah sich der sozialdemokratische Parteivorstand veranlaßt, in der heutigen „Arbeiter-Zeitung" einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinne zu veröffentlichen, in dem mitgeteilt wird, daß der Parteivorstand im Einvernehmen mit den Bezirksvertrauensmännern, gegen die Brotkürzung den schärfsten Protest erhebt und jede Verantwortung für die Folgen ablehnt.

Für heute 6 Uhr abends wurde der Wiener Arbeiterrat zu einer Sitzung einberufen. Die Arbeiterschaft wird in dem Aufruf aufgefordert, in aller Ruhe, die Beschlüsse des Arbeiterrates abzuwarten. Der Aufruf fährt fort: Wir richten diese Bitte an die ganze Arbeiterschaft; besonders eindringlich aber an die Eisenbahner und die Arbeiter der Lebensmittelindustrie. Jede Störung des Eisenbahnverkehres und der Arbeit in der Lebensmittelindustrie würde die Not furchtbar vergrößern, der Arbeiterschaft selbst den schwersten Schaden zufügen.

Reichspost
18/VI. 1918

16.

Das gekürzte Brot.

Wien, am 17. Juni.

Die heutige Verlautbarung des Volksernährungsamtes, daß die ohnehin knappe Brotration der Wiener bis auf weiteres um die Hälfte gekürzt werden müsse, traf die Bevölkerung wie ein Blitz aus heiterem Himmel, obwohl die Nachrichten, die seit Wochen aus verschiedenen Kronländern über die dortigen Versorgungsverhältnisse nach Wien gelangt waren, eigentlich zu den schlimmsten Befürchtungen für die Reichshauptstadt selbst Anlaß geben mußten. In der amtlichen Verlautbarung wird die Kürzung der Brotmenge auf einen halben Laib in der Woche und für den Kopf auf „gewisse Hindernisse", die „momentan" eingetreten seien, zurückgeführt. Aus dem Magistratsberichte, der in der heutigen Beratung der Obmänner der Gemeinderatsparteien erstattet wurde, erfährt man, worin diese Hindernisse bestehen: Ungarn vermag uns, so erklären seine Minister, aus seinen Vorräten vor der neuen Ernte nichts mehr abzugeben, ohne die, nach österreichischen Begriffen freilich noch immer reichliche Ernährung der eigenen Bevölkerung zu gefährden, und das verbündete Deutsche Reich, das bisher seinen auf dem Gebiete des Versorgungswesens übernommenen Verpflichtungen pünktlich nachgekommen ist, blieb plötzlich und unerwartet mit den vereinbarten Zuschüben im Rückstande. Die Aufbringung der Lebensmittelvorräte der Ukraine hat mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen; die Ukraine ist augenscheinlich infolge der Unordnung, welche dort die Bolschewikenära angerichtet hat, nicht imstande, ihre im Vertrage von Litauisch-Brest eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen oder es ist ihr wenigstens nicht möglich, die nachträglich vereinbarten Lieferungstermine einzuhalten. So ist es den Bolschewiken, deren Wortführer in Brest den Friedensschluß so lange zu hintertreiben wußten, bis ihn schließlich das Schwert erzwang, doch gelungen, uns um den vollen Segen des „Brotfriedens mit der Ukraine" zu bringen. Sie haben sich zwar selbst dadurch schwer geschädigt, denn auch das hungernde bolschewikische Großrußland wurde um die Hoffnung auf Hilfe aus dem fetten Süden gebracht, aber es gibt Elemente, die mit Vergnügen Selbstmord begehen, wenn sie nur die Gewißheit haben, dem Nachbar damit Verdruß zu machen.

Es ist, darüber kann es keine Täuschung geben, eine furchtbar schwere Belastung, der die Massen der Bevölkerung durch die plötzliche Verfügung des Ernährungsamtes unterworfen werden. Wenige Wochen vor der neuen Ernte, die einen guten Ertrag verspricht, wird die Bevölkerung gezwungen, den bitteren Kelch der Entbehrungen, des Darbens und Hungerns bis zur Neige zu leeren. Statt der mit Sehnsucht erwarteten Rückkehr zu der in Oesterreich ohnehin von Anfang an äußerst knapp zugemessenen vollen Mehlquote eine Halbierung des Stückchens Brot, das wir bisher erhielten! Welch ein Uebermaß von Heroismus wird den breiten Massen zugemutet, denen außer Gemüse so gut wie gar nichts mehr erreichbar ist! Wie viele von den Wohlhabenden, die entweder durch Ansammlung eigener Vorräte sich von den Schwankungen der staatlichen Versorgung unabhängig gemacht haben oder denen es die Mittel erlauben, selbst das unersetzliche Brot durch andere Nahrungsmittel, wie sie der Markt jeweilig bietet, zu ersetzen, besitzen auch nur eine Vorstellung davon, was die Kriegszeit für ihre minder glücklichen Mitbürger bedeutet! Die heutige Verfügung steigert diesen klaffenden Gegensatz auf einen Höchstgrad der Spannung; ein Umstand, der die Schichte der ausgiebig Versorgten — wir sind natürlich weder so naiv oder so geschmacklos, etwa den Kriegsgewinnlern, die aus dem allgemeinen Leid reichen Ertrag und Genuß schöpfen, mit Moralpredigten zu kommen — veranlassen müßte, wenn schon nicht aus vaterländischem Gemeingeist und christlichem Mitgefühl mit der Not ihrer Mitbürger, so doch wenigstens aus Klugheitsgründen ihren Ueberfluß in den Dienst der Volkswohlfahrt zu stellen. Der grausame Aushungerungskrieg unserer Feinde macht Oesterreich zu einer belagerten Stadt. Zu einem herzhaften Belagerungskommunismus, vor dem unter ähnlichen Verhältnissen in vergangenen Jahrhunderten kein Verteidiger zurückgeschreckt wäre, mag nicht nur den Berufenen die Entschlußkraft und Einsicht, sondern auch unserem Volkscharakter und noch mehr dem Völkercharakter unseres Staates das organisatorische Können mangeln. Um so mehr müßte Gemeingeist aus Pflichtgefühl freiwillig den Mangel an Zwang ersetzen. Es wäre nicht nur der Opferzeit würdiger, sondern auch konservativer und selbsterhaltender, wenn die Masse der Darbenden seltener rücksichtslos hamsternden Geldbesitz, als Beispiele jenes Gemeinsinns und jener Nächstenliebe zu sehen bekäme, die mit der Armut den letzten Bissen und das letzte Kleid teilt.

Aus dem Munde des Ministerpräsidenten erfuhr die weitere Oeffentlichkeit heute, daß Oesterreich bis April die eigenen Vorräte aufgezehrt hatte und seither und bis zur neuen Ernte ganz von auswärtigen Zuschüben lebt. An diesem Bekenntnis kann die Voraussicht abgeschätzt werden, die unser staatliches Ernährungswesen bisher geleitet hat. Man vermochte weder die Ernte richtig zu schätzen, noch mit ihr hauszuhalten. Man vermochte weder mit den Vorräten richtig umzugehen, noch sie gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Man vermochte weder „den Konsum zu regulieren", was man verhängnisvollerweise als die einzige Voraussetzung des Durchhaltenkönnens betrachtete, noch natürlich das viel wichtigere Produzieren der Lebensmittel zu fördern, worauf man gar keinen Wert zu legen schien. Es wurde immer nur verteilt und wieder verteilt, aber immer so, daß die Laster des Schleichhandels und der Versorgung auf Umwegen geradezu gezüchtet wurden. Der Pflichteifrige, der sich ganz auf die Fürsorge der staatlichen Verpflegungskunst verließ, hatte schließlich zum Spott noch den Schaden. Jedem der den Wasserfall der amtlichen Aeußerungen, Erklärungen, Darlegungen, Versicherungen, Versprechungen, Ankündigungen mit der Wirklichkeit vergleicht, muß den Eindruck erhalten, daß diejenigen, denen unser Ernährungswesen anvertraut worden war, statt den Stoff zu beherrschen, völlig von ihm überwältigt und gegängelt wurden. Ratschlägen zweifelhaftester Herkunft wurde willig Gehör und kostbare Zeit geschenkt. Ein Experiment jagte das andere und leider gelangen nicht wenige davon daneben. Es war die höchste Zeit, daß jetzt mit der längst notwendig gewesenen Reform in der Organisation des staatlichen Versorgungswesens wenigstens ein Anfang gemacht wurde. Dies kann die Wirkungen der bisherigen Methoden leider nicht mehr aufheben. Seit April sind die eigenen Vorräte erschöpft und nun ist auch die Zufuhr ins Stocken geraten, also bleibt nur noch das Darben. Man ließ es auf die Probe ankommen und es stimmt! Hätte man vor dem April lieber bei einem beliebigen Adam Riese in einem beliebigen Landdorf angefragt, statt auf die Doktrinen sozialdemokratischer Parteiprofessoren zu hören, so hätte man dieses Wissen bequemer, billiger und vor allem rechtzeitiger haben können.

Reichspost Abendl
18./VI. 1918

Abg. Dr. Mataja über die Brotnot.

In einer gestern abend im Gasthause Anderl in der Leopoldsgasse abgehaltenen Versammlung des Leopoldstädter Volkswahlvereines „Dr. Karl Lueger" erörterte MAbg. Dr. Mataja die durch die Kürzung der Brotration geschaffene Lage. „Woher sollen wir uns die rettenden Zuschübe erhoffen?" fragte der Redner. „Ungarn hat zwar noch genügend Mehl und Getreide, aber der ungarische Ernährungsminister verfügt über keinen Vorrat, weil alles in den Händen gewisser Händler, der einzelnen Selbstversorger und der einzelnen Haushaltungen ist. Vor einiger Zeit hat man eine Armee von 35.000 Mann nach Ungarn gesandt, um Requirierungen vorzunehmen, man hat aber die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Man hat auch an eine Requisition in den Wiener Haushaltungen gedacht, doch die Berechnungen ergaben, daß man höchstens eine Menge von 5 Waggons finden würde, ein lächerliches Quantum im Vergleich zu den Bedürfnissen der Stadt und zu den Kosten, die eine solche Maßnahme verursachen würde. Und auch Deutschland wird uns nichts zur Verfügung stellen können. Deutschlands Zivilbedarf ist nur bis 15. Juli dieses Jahres gedeckt und von den Reserven des Heeres wird man uns berechtigterweise nichts geben wollen. Ich bin aber überzeugt, daß man bei strengeren Requisitionen in Mähren und Böhmen gewiß noch große Mengen Getreide zutage fördern würde, weil dort aus politischen Gründen sicher noch Lebensmittel zurückgehalten werden. Es wäre vernünftiger gewesen, wenn man, statt sich um kleinliche nationale Streitigkeiten zu kümmern, dahin mehr sein Augenmerk gelenkt hätte, denn der Hunger geht uns näher als alles andere. Jetzt sehen wir die gewaltigen schrecklichen Folgen der ablehnenden Haltung, die unsere Regierung gegenüber der berechtigten Forderung der Gemeinde Wien nach der Schaffung einer eisernen Reserve eingenommen hat. Hätten wir jetzt einen Vorrat von 500 bis 600 Waggons Mehl, Wien könnte über die Zeit der Not hinübergerettet und das Reich vor einer Blamage bewahrt bleiben, die folgenschwerer ist, als der ärgste Skandal im Parlament. Wir wenden uns aber auch gegen die Art, wie uns die Nachricht von der Kürzung der Brotration kundgemacht wurde. Es hätte der Würde des Staates entsprochen, wenn man rechtzeitig mit der vollen Wahrheit an das Volk herangetreten wäre, mit einem neuen Manifest „An Meine Völker! Die Not ist schwer, aber wir müssen durchhalten, wir müssen über die ärgste Zeit hinwegkommen." Die Art aber, wie uns die Nachricht mitgeteilt wurde, muß zu einer politischen Radikalisierung der Bevölkerung führen, und wir können keine Verantwortung mehr übernehmen, wenn der Unwille der Bevölkerung über eine solche Behandlung zum Ueberschäumen gebracht wird. Unsere Vorschläge hat man nicht angenommen, aber jetzt erwartet man von uns, daß wir „beruhigend" ein wirken. erwartet man von uns, daß wir „beruhigend" einwirken. Unsere einzige Hoffnung, die wir noch besitzen, wendet immer aus der schwersten Gefahr errettet hat und wir richten auch heute wieder an unseren Herrgott die Bitte, er möge diesen günstigen Stern über uns walten lassen. (Großer Beifall.)

Neue Freie Presse
18/VI. 1918

20

Das tägliche Brot.

Die ernste Sorge des Tages.

Wien, 17. Juni.

Ein halber Laib Brot für die Woche ist Hunger. Fleisch, Kartoffeln, Mehl und Fett werden in so unzureichenden Mengen geboten, daß die schädlichen Folgen starker Unterernährung die Gesundheit des Volkes dauernd schädigen können. An dem Tage, da Wien unter dem Drucke dieses neuen Kummers ist, muß auch die Menschenfreundlichkeit sprechen. Sie kann nicht beiläufig achtzehn Wagen Mehl verschaffen, die täglich in Wien mehr eintreffen müßten, um die frühere knappe Brotmenge, die schon ein Tiefpunkt war, jedem Angehörigen der Stadt zu sichern. Das kann sie nicht, und hätte sie es jemals vermocht, so würde sie in dem Walde von Verordnungen sich ebenso rettungslos verloren haben wie der Staat mit seiner scheinbar unbeschränkten Macht. Aber sie kann das Bedürfnis, in solchen Drangsalen die brüderliche Gesinnung kundzugeben, befriedigen. Das Wunder, von dem die Heilige Schrift erzählt, die Speisung vieler tausend Mann durch sieben Brote, können irdische Wesen nicht verrichten. Aber den letzten Sinn dieses Gastmahles kann jeder in sich aufnehmen und die Stimme ist noch zu hören, die sagt: es jammert mich des Volks; sie haben nichts zu essen und ich will sie nicht ungegessen von mir lassen, auf daß sie nicht verschmachten auf dem Wege. Diese Worte sind nicht an den Augenblick gebunden und die Einfachheit, die aus dem Herzen redet, macht sie unvergänglich. So verhärtet kann niemand sein, daß diese Stelle im Evangelium, wo das Menschentum im schlichtesten Kleide sich zur höchsten Reinheit erhebt, seinem Gefühle nichts wäre, wenn ihm mitgeteilt wird, daß die Nachbarn in derselben Gasse, vielleicht im selben Hause und bei der nächsten Türe verschmachten, daß wohl der Tisch gedeckt wird, aber die Mutter nur aufträgt, was sie von den kargen Bissen sich vom Munde abgespart hat, um die Kinder nicht zu sehr herabkommen zu lassen und vor Entkräftung noch eine Weile zu schützen. Die Menschenfreundlichkeit ist dann der innere Drang, dem sozialen Gewissen zu gehorchen, ungeschriebene, aber desto ernstere Pflichten zu erfüllen und sich dem Hilfsbedürftigen zu nähern, nicht um Almosen zu spenden, sondern ihm die Empfindung zu nehmen, daß er in bösen Stunden vereinsamt sei und sich selbst überlassen bleibe. Die Menschenfreundlichkeit soll geben, aber nicht schenken. Denn es ist kein Geschenk, sondern Notwendigkeit, daß der Stärkere dem Schwächeren beistehe und daß in den mannigfachen Beziehungen, woraus die Schichten der Gesellschaft sich bilden, nach dem Einbruche des Hungers in die Stadt das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Bürger durch Nächstenliebe lebendig werde.

Was kann der Einzelne tun? Der Zweifler, der einwendet, daß die Menschenfreundlichkeit versagen müsse, wenn selbst der Staat gezwungen war, die Erklärung seiner Ohnmacht zu veröffentlichen, ist leicht zu widerlegen. Das Ernährungsamt und wie die hundertfachen Anstalten heißen, die nicht einmal das Stückchen trockenes Brot verschaffen können, kümmern sich nur um die Gesamtheit, um die Massen. Die Menschenfreundlichkeit hat andere Bestimmungen. Sie wendet sich dem Einzelnen zu; sie hat die persönliche Anschauung des Unglücks, bietet Nahrung, wo der örtliche Hunger in Gasse oder Bezirk sich meldet, und wirkt auf Verhältnisse, die sich der Kenntnis großer Aemter gewöhnlich entziehen. Die Menschenfreundlichkeit soll da individuell sein, ohne Zusammenhang mit dem Staate, rein bürgerlich in kleine Kreise gespalten, wo die Not am raschesten zu überschauen und der Eingriff am schnellsten durchzuführen ist. Wie eine soziale Bruderschaft muß sie ihre Pflicht auffassen, die verschämte Armut, welche Scheu vor dem Bekenntnisse hat, selbsttätig zu finden wissen und durch ihre Leistungen ein Denkmal aufrichten, damit in der Geschichte der Stadt erzählt werde, wozu die Bürger von Wien sich aus eigenem Willen entschlossen haben, als die Regierung verkündete, daß die tägliche Brotmenge auf neun Dekagramm herabgesetzt werden müsse.

Die Frage ist jedoch zu beantworten, durch welche Mittel geholfen werden könne. Nicht durch Geld. Wenn das Brot, das Mehl, die Kartoffeln, das Fleisch, das Fett, der Zucker fehlen, wenn die Preise im Schleichhandel noch über den Mangel hinaus Ausdruck der Angstpeitsche sind, der Furcht, die jeder undurchsichtige Markt einflößt, wenn das Bürgertum durch solche Zustände vielfach wirtschaftlich aufgerieben wird, ist Geldhilfe in den meisten Fällen unwirksam. Die Armut, die an die Türe pocht, bittet nicht mehr um Geld, sondern um ein Stück Brot. Das ist Erkenntnis. Die Menschenfreundlichkeit braucht Nahrungsmittel, um den Hunger zu stillen, Kinder am Leben zu erhalten, ältere Leute mit geringerer Widerstandskraft vor dem körperlichen Zusammenbruche zu schützen. Wer immer das Glück hat, sich an einem Tische niederlassen zu können, wo um die Sättigung noch nicht gebangt zu werden braucht, wer die Seinen noch unversehrt von den Entbehrungen des Krieges um sich versammeln kann, wer noch Lebensfreude empfindet und über dessen Schwelle das Unglück noch nicht geschritten ist, gebe einen Teil seines Ueberflusses an Nahrungsmitteln dem Hungrigen. Er soll es keinem Amte, nicht dem Staate und niemandem geben, der diesen Gedanken in Förmlichkeiten ersäufen könnte. Er soll es den Vereinigungen von Bürgern geben, die sich in jedem Bezirke oder auch in Abschnitten von Bezirken und sogar nach Gassen abgeteilt bilden könnten. Wien ist darin nicht in solchem Maße eine Großstadt, daß die Nachbarn gar keine Kenntnis voneinander hätten. Bei der Begegnung zeigt ein Aufblitzen im Auge, daß sie sich nicht ganz fremd sind. Die Bürgervereinigung würde, ohne daß die Behörden sich einzumischen hätten, die Nahrungsmittel, welche sie bekommt, verwalten und den Dürftigsten zuwenden. Elend bliebe noch genug und ein Meer läßt sich nicht ausschöpfen. Aber von den Bruderschaften, die sich zusammenschließen sollen, weil der Ernst der Krise es fordert, würde der Oelzweig als Zeichen der Werktätigkeit und Gemeinsamkeit in jedes Haus getragen werden, wo sich Verzweiflung niederzulassen droht.

Heute wird die Ueberzeugung noch mehr sich befestigen, daß kaum begreifliche Fehler einen solchen Zustand in einer Monarchie, die zu den fruchtbarsten Gebieten von Europa zählt, verschuldet haben. Die Veramtung der Nahrungspolitik enthüllt jetzt ihre schwersten Gebrechen und zugleich ihre vom Zwange hervorgerufene Unwahrhaftigkeit. Aber auch die Selbsthilfe wurde vernachlässigt und muß erwachen, weil der Hunger, an dem jeder vorübergeht, wenn er über die Gasse schreitet, alle Kräfte zum Gegenstoß bewegen muß. Die Menschenfreundlichkeit ist nur eines von den Hilfsmitteln, das jedoch den Vorzug hat, sofort, schon morgen, einsetzen zu können. Menschenfreundlichkeit nicht in Geld, sondern in Nahrung. Gebet den Hungrigen einen Teil dessen, was ihr habt, gebet Mehl, gebet aus den Gärten, aus dem Besitze der Schloßherren und Landwirte auch Gemüse, alles, was dazu beitragen kann, die Armut bis zur nächsten Ernte zu stützen und das Familienleben vor Erschütterungen zu behüten. Eine gesellschaftliche Kundgebung soll es werden, ohne Prunk, sondern nur aus dem Gefühle entspringend: ich will sie nicht ungegessen von mir lassen, daß sie nicht verschmachten auf dem Wege.

Neue Freie Presse
18. VI. 1918

21

Ministerpräsident Dr. v. Seidler über die Kürzung der Brotration.

Wien, 17. Juni.

Unter Führung des Abgeordneten Dr. Renner erschienen heute abend die Abgeordneten Bretschneider, Staret und Tomschik, ferner der Obmann des Niederösterreichischen Arbeiterkonsumvereines Eldersch und der Delegierte des Metallarbeiterverbandes Wiedenhofer beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, um hinsichtlich der Kürzung der Brotration für die Wiener Bevölkerung vorstellig zu werden. Die Abordnung erhob gegen die verspätete Mitteilung dieser Maßnahme nachdrücklichst Einspruch und gab der Besorgnis Ausdruck, daß unter den gegenwärtigen Umständen für die Arbeiterschaft die Möglichkeit der Existenz gefährdet sei.

Der Ministerpräsident, welcher die Genannten in Gegenwart des Ministers für soziale Fürsorge Doktor Mataja, des Ministers des Innern Ritter v. Gayer sowie des Sektionschefs im Amte für Volksernährung Dr. Löwenfeld-Ruß empfing, erwiderte, daß von den zivilen wie von den militärischen Stellen alles nur Erdenkliche unternommen worden sei, um die getroffene Verfügung zu vermeiden. Aber die Schwierigkeiten der Ernährung seien heuer besonders groß. Infolge der schlechten Ernte seien die heimischen Vorräte schon seit Mitte April erschöpft und Oesterreich sei seither in noch höherem Maße als früher auf auswärtige Zufuhren angewiesen. Da man ohne jedwede Reservevorräte wirtschaften müsse, habe jede Stockung der Aufbringung, sei es in Beßarabien, sei es in der Ukraine, sofort eine Störung der Versorgung zur Folge. Bis zum Ende der ersten Juniwoche seien die Zufuhren befriedigend gewesen, dann aber habe es sich gezeigt, daß speziell in Beßarabien die Erfassung weiterer Mengen nachlasse. Naturgemäß seien sofort alle erforderlichen Einleitungen getroffen worden, um anderweitige Aushilfe zu beschaffen, insbesondere sei auch der Sektionschef des Ministeriums des Aeußern Dr. Gratz vor einigen Tagen nach Berlin gereist und dort über Auftrag des Ministers des Aeußern mit allen zuständigen deutschen Stellen in Verhandlung getreten.

Zur Sicherstellung der Ernährung sei bekanntlich Mitte Mai mit der deutschen Regierung eine vertragsmäßige Vereinbarung geschlossen worden, die eine gewisse, wenn auch knappe Versorgung habe sichern sollen. Deutschland sei aber selbst im gegenwärtigen Zeitpunkte, knapp vor der neuen Ernte, genötigt, eine Kürzung seiner Brotration vorzunehmen, die heute in Kraft getreten sei. Die deutsche Regierung wolle daher begreiflicherweise mit ihren eigenen Vorräten wie auch mit jenen der von ihr kontrollierten Wirtschaftsgebiete möglichst haushälterisch vorgehen. Gestern abend sei noch Minister Paul nach Berlin gereist, und es bestehe immerhin die Hoffnung, daß deutscherseits im Sinne der im Mai getroffenen Verabredungen gewisse Transporte an Oesterreich abgegeben würden.

Alle irgendwie erreichbaren Aushilfen hätten aber nicht mehr so rechtzeitig herangebracht werden können, daß für die nächste Zeit die Brotversorgung in der bisherigen Höhe gesichert wäre, und es habe daher eine Kürzung Platz greifen müssen. Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler sprach jedoch die Hoffnung aus, daß die Periode der Verringerung der Brotquote so kurz als möglich sein werde, und wies ferner darauf hin, daß jetzt die Versorgung mit Gemüse und auch mit Frühkartoffeln täglich besser werden müsse, was der Bevölkerung das Ertragen der so peinlichen Verminderung der Brotmenge doch einigermaßen erleichtern werde.

Schließlich versicherte der Ministerpräsident, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Erfassung der heranreifenden Ernte so rasch wie möglich durchzuführen. Der Schnitt beginne in vielen Gebieten der Monarchie schon Ende Juni, so daß in naher Zeit bereits Getreide neuer Ernte zur Verfügung sein werde. Vorher werde sich aber hoffentlich noch eine Besserung der Zufuhren aus der Ukraine und aus Beßarabien bemerkbar machen.

Neue Freie Presse
18. VI. 1918

22

Die Kürzung der Wiener Brotration.

Von einem Fachmann.

Wien, 17. Juni.

Der Wiener Bevölkerung ist durch die so plötzlich verfügte Kürzung der Brotration eine große Erschwerung auferlegt worden. Diese neuerliche Verringerung der Nahrungsmittel wird von der Bevölkerung um so schwerer empfunden werden, als auch sonst die wichtigsten Ergänzungsmittel für die Brot- und Mehlnahrung in sehr geringem Maße zur Verfügung stehen. Nicht nur, daß schon seit langer Zeit gegen die Karten anstatt Edelmehl weit minder nahrhafte Ersatzmahlprodukte abgegeben werden, ist die Kartoffelmenge, die jeder einzelne erhält, eine vollkommen ungenügende, weil die ohnedies knappe Quote tatsächlich nicht ausgeteilt wird, da fast die Hälfte der Kartoffeln ungenießbar ist. Auch die wesentlich gekürzte Fleischration ist nicht für jeden sichergestellt. So muß die Kürzung der Brotration als ein besonders hartes Opfer, welches die Bevölkerung tragen soll, betrachtet werden. Bei einiger Voraussicht des Ernährungsamtes und bei entsprechenden Verwaltungsmaßregeln hätte es nie und nimmer zu dieser Kürzung kommen müssen. Die Frage muß aufgeworfen werden, wie lange die Kürzung dauern wird und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um diese Opferzeit möglichst zu beschränken, und schließlich, was die Regierung verfügen wird, um durch Bereitstellung von Ersatznahrungsmitteln diesen Ausfall an Brotnahrung entsprechend auszugleichen.

Was die Antwort auf die erste Frage anbelangt, so muß leider besorgt werden, daß bis zur Wiederverabreichung der vollen Brotration ein Zeitraum von fünf Wochen vergehen werde; denn, nachdem sowohl in Ungarn als auch in Rumänien dieses Jahr mit einem früheren Erntebeginn zu rechnen ist, müssen in dieser Zeit schon Mehle aus der neuen Ernte insoweit zur Verfügung stehen, daß eine weitere Verkürzung der Brotration nicht mehr notwendig sein wird. Die Regierung muß alle Mittel ergreifen, um diese traurige Zeit noch weiter abzukürzen. Es verlautet von manchen Seiten, daß der Austauschdienst mit Rumänien und der Ukraine nicht gut funktioniere, weil nicht genug Austauschwaren zur Verfügung stehen. Diese Erklärung erscheint kaum glaubwürdig. Man weiß ja, daß eigentlich Deutschland die Verpflichtung übernommen hatte, uns bis zur neuen Ernte in genügender Weise mit Mehl zu versorgen, und nach Erteilung dieser Zusicherung den Aufbringungsdienst in der Ukraine übernommen hat. Also Deutschland hat unsere Ernährung unter der Voraussetzung sichergestellt, aus der Ukraine die Ergänzung für seinen Nahrungsbedarf zu erhalten. Nun scheinen sich aber der Getreideaufbringung in der Ukraine Schwierigkeiten entgegenzustellen, die nicht bloß in dem Mangel an Austauschware gelegen sind und die trotz der Energie der deutschen Verwaltung nicht überwunden werden können. Deutschland konnte daher den uns gegenüber übernommenen Verpflichtungen in der Getreidezufuhr nicht glatt nachkommen und das ist unter den Hindernissen in der Zufuhr ausländischen Getreides zu verstehen, auf welche das öffentliche Communiqué hinweist. Damit im weiteren Zusammenhange steht die Reise des Ernährungsministers Paul nach Berlin, die den Zweck hat, angesichts der hiesigen Ernährungsschwierigkeiten Deutschland an die möglichste Einhaltung seiner Versprechung zu erinnern. Wir wollen hoffen, daß die Reise den gewünschten Erfolg hat und daß die deutsche und österreichische Verwaltung gemeinsam alle Hindernisse, die der Einfuhr ausländischen Getreides entgegenstehen, beseitigen werden. Denn die Bevölkerung darf verlangen, daß die Regierung die Hände nicht in den Schoß legt, sondern alles daran setzt, damit auch in diesen letzten Wochen vor der neuen Ernte das Durchhalten möglich werde.

Aber unter allen Umständen muß neben dieser Aktion dafür gesorgt werden, daß Ersatznahrungsmittel der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere müssen — und hier wird Deutschland wohl sicher aushelfen können, wenn wir uns verpflichten, infolge der früheren Kartoffelernte bei uns Ersatz zu liefern — Kartoffeln in genügender Menge auf die Märkte gebracht werden. Es muß dafür ferner gesorgt werden, daß Gemüse auf den Märkten zu erschwinglichen Preisen und in entsprechenden Mengen erscheint und schließlich und endlich, daß die Rindfleischquote jedem einzelnen gesichert und daß auch Ergänzungen darüber hinaus durch Schweine-, Lamm- und Kalbfleisch sowie Wurstwaren geboten werden. Es ist also zunächst zu verlangen, daß durch Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche und anderen entsprechenden Maßnahmen die Zeit der Schmälerung der Brotration abgekürzt wird, aber gleichzeitig während dieser Zeit Ersatznahrungsmittel unter allen Umständen zu auskömmlichen Preisen der arbeitenden Bevölkerung, dem schwer bedrängten Mittelstande zur Verfügung gestellt werden.

Neue Freie Presse Abendbl 18/VI. 1918

23

Die halbe Brotmenge für Wien.

Die Verhandlungen mit Deutschland und Ungarn.

Wien, 18. Juni.

Der Minister des Amtes für Volksernährung Paul dürfte morgen aus Berlin zurückkommen. Bisher scheint noch keine endgültige Mitteilung über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen vorzuliegen. Man hofft, daß Deutschland ein gewisses Quantum der rückständigen Getreide-, beziehungsweise Mehlmenge liefern wird; es wird jedoch abgewartet werden müssen, ob es eine größere Menge sein wird. Möglicherweise wird zunächst nur eine Lieferung in Frage kommen, die für eine kurze Zeit ausreicht.

Die österreichische Regierung hat sich auch an Deutschland, da dort Ueberschüsse an Kartoffeln sind, mit dem Ersuchen gewendet, dieses Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Eine gewisse Aushilfe würde in dem Bezuge von Frühkartoffeln aus Ungarn liegen. In dieser Richtung dürfte bereits eine Zusage der ungarischen Regierung vorliegen und man rechnet mit der raschen Ankunft von ein paar Zügen Frühkartoffeln.

Der Tagesbedarf von Wien stellt sich, wenn die volle Brotration und das Verschleißmehl ausgegeben werden soll, auf 40 Waggons Mehl.

Beratungen im Stadtrat.

Der Stadtrat versammelte sich heute vormittag zu einer Sitzung, welche vollzählig besucht war. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattete Bericht über die Verkürzung der Brotquote und legte im Stadtrate eine Resolution vor, die heute abend den Gemeinderat beschäftigen soll. Zu dieser vom Bürgermeister empfohlenen Resolution ergriffen sämtliche Stadträte das Wort. Alle Redner begegneten sich in der Auffassung, daß die Verordnung der Regierung nicht vorbereitet war und daß die Bevölkerung förmlich überrumpelt wurde. Es wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß man den Gemeinderat erst im letzten Moment davon verständigte. Es wäre besser gewesen, wenn man durch eine Verständigung des Gemeinderates und der Bevölkerung die Angelegenheit vorbereitet hätte, und daß man Vorkehrungen getroffen hätte, der Bevölkerung diese Verkürzung zu ersparen. Einige Redner wiesen darauf hin, daß die Gemeinde Wien im Präsidium des Ernährungsamtes vertreten sein sollte, damit derartige Ueberraschungen vermieden würden. Andere Stadträte wiesen auf die großen Kalamitäten hin, welche durch die Kürzung entstehen. Die Resolution wurde einhellig angenommen. Auf Antrag des Stadtrates Jung beschloß der Stadtrat, dem Gemeinderate zu empfehlen, die heute abend zu fassende Entschließung der Bevölkerung durch öffentlichen Maueranschlag bekanntzugeben.

Um 12 Uhr mittags war die Debatte über die Angelegenheit zu Ende, worauf die Direktoren der städtischen Betriebe, Spängler, Karel und Menzel, in den Beratungssaal gerufen wurden. Dort hatten sich auch Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Dr. Mayer und der städtische Finanzreferent Dr. Held versammelt. Die Direktoren ergriffen nacheinander das Wort, um die von uns im Sonntagsblatte ausführlich besprochene Tariferhöhung zu begründen. An das Referat der Direktoren knüpfte sich eine längere Debatte.

Kundgebung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht nachstehende Kundgebung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Unablässig haben wir vor den Folgen der grundverfehlten Lebensmittelpolitik der Regierung gewarnt, die durch feige Nachgiebigkeit gegenüber den Agrariern und den Händlern den öffentlichen Ernährungsdienst durchlöchert und verdorben hat. Unermüdlich haben unsere Abgeordneten und unsere Presse die vollständige Erfassung und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittelvorräte gefordert und die zu diesem Zwecke erforderlichen Mittel aufgezeigt. Aber unsere Ratschläge, unsere Forderungen, unsere Warnungen sind ungehört geblieben. So ist geschehen, was wir vorausgesagt haben. Mit der Kürzung der Brotration hat die allgemeine Lebensmittelkrise ihren Höhepunkt erreicht. Es ist eine Lage geschaffen, in der die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, die kleinbürgerlichen Volksschichten einfach nicht mehr wissen, wie sie leben sollen. Mit den gegenwärtigen Rationen das Auskommen zu finden, ist geradezu unmöglich.

Der Parteivorstand ist heute, verstärkt durch die Wiener Bezirksvertrauensmänner, zusammengetreten. Er hat beschlossen, gegen die Kürzung der Brotration den schärfsten Protest zu erheben und jede Verantwortung für die Folgen dieser Maßregel abzulehnen.

Der Parteivorstand hat weiter beschlossen, unverzüglich Verhandlungen mit der Regierung einzuleiten, um ihr klarzumachen, wie unerträglich die Lage und wie groß die Erregung der Arbeitermassen ist, und schleunigste Abhilfe zu fordern. Es muß alles geschehen, von Deutschland und von Ungarn die notwendige Hilfe zu erlangen. Die volle Brotration muß so schnell als möglich wiederhergestellt werden. In der Zwischenzeit müssen die Arbeiter wenigstens in anderer Weise möglichst ausgiebig entschädigt werden. Die Verhandlungen mit der Regierung haben bereits begonnen.

Der Parteivorstand hat beschlossen, auch der Gemeinde Wien und den Unternehmerorganisationen darzustellen, wie unerträglich die Lage der breiten Massen ist und wie dringend sie der Abhilfe bedarf.

Wir erwarten, daß die Regierung, die Gemeinde und die Unternehmerorganisationen begreifen werden, welche Verantwortung in dieser kritischen Lage auf ihnen lastet.

Der Parteivorstand hat endlich beschlossen, für heute Dienstag den Wiener Arbeiterrat einzuberufen, ihm über die Lage Bericht zu erstatten und seine Beschlüsse einzuholen. Der Parteivorstand bittet die gesamte Arbeiterschaft, sich zu keinen Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, sondern in aller Ruhe die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrates abzuwarten.

Wir richten diese Bitte an die ganze Arbeiterschaft; besonders eindringlich aber an die Eisenbahner und die Arbeiter der Lebensmittelindustrie. Jede Störung des Eisenbahnverkehrs und der Arbeit in der Lebensmittelindustrie würde die Not furchtbar vergrößern, der Abeiterschaft selbst den schwersten Schaden zufügen.

Für selbstverständlich halten wir es, daß sich alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen von Straßenexzessen fernhalten, die der Ehre und Würde der Arbeiterschaft nicht entsprechen. Wenn ein paar halbwüchsige Burschen einen Brotwagen plündern, nehmen sie das Brot doch den Verbrauchern weg, die dann gar kein Brot bekommen können! An solchen Vorkommnissen hat die Wiener Arbeiterschaft nie Anteil gehabt und wird sie nie Anteil haben — auch nicht in der Stunde noch so großer, noch so begreiflicher Erregung.

Wir richten also an euch alle, Arbeiter und Arbeiterinnen, die Aufforderung, trotz eurer großen Erregung besonnen zu bleiben, euren, von euch selbst gewählten Vertrauensmännern euer Vertrauen zu bewahren und in würdiger Ruhe die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrates abzuwarten.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Zur Linderung der Brotnot des Mittelstandes.

Die „Rohö" beabsichtigt, von übermorgen an in ihren Gemeinschaftsküchen Elisabethhof, 1. Bezirk, Elisabethstraße 3, und Mariaune Hainischhof, 9. Bezirk, Nußdorferstraße 4, täglich um 7 Uhr abends fertige Gemüsemahlzeiten abzugeben, die den Angehörigen des Mittelstandes das fehlende Brot der Abendmahlzeit ersetzen sollen. Die Speise wird zu Regiepreisen um 80 H. per Portion abgegeben werden. Anmeldungen werden entgegengenommen im Zentralbureau der „Rohö", 1. Bezirk, Nibelungengasse 7, und in den beiden Gemeinschaftsküchen täglich von 9 bis 5 Uhr. Die „Rohö" beabsichtigt, für die ganze Dauer der gekürzten Brotquote diese Ersatzspeise abzugeben.

Tägliche Rundschau 19./VI.1918

Oesterreichs Brotmisere.

Plötzlich und unerwartet setzte die Wiener Stadtverwaltung die wöchentliche Brotration von 1260 auf 630 Gr. herab. Darob natürlich große Aufregung. Um zu schwächtigen, wird jetzt für die über Nacht ausgebrochene Krisis in Wien amtlich Deutschland die Verantwortung aufzubürden versucht, und, wie uns Telegramme unseres Wiener Sonderberichterstatters melden, dort als Ursache der Brotkrise das Nichteintreffen der von Deutschland zugesicherten Mehllieferungen bezeichnet:

Deutschland habe sich in einem vor einigen Wochen abgeschlossenen Staatsvertrag, durch den Oesterreich-Ungarn aus dem selbständigen Aufbringungssystem der Ukraine und Beßarabiens ausgeschaltet wurde, verpflichtet, die Mehlversorgung Oesterreichs sowohl für den Zivil- wie für den Heeresbedarf bis zum 15. Juni bzw. 15. August zu übernehmen, gleichgültig, ob durch Zuschübe aus der Ukraine und Rumänien oder aus den eigenen Reserven. Deutschland sei nun aus unaufgeklärter Ursache (!) mit der Lieferung des Tageskontingents im Rückstand geblieben, daß daß 2000 Waggons, davon 1000 für die Zivilverwaltung, nicht geliefert wurden. Es ergingen sofort dringende Depeschen an die deutsche Heeresverwaltung und die maßgebenden Berliner Stellen. Gleichzeitig erfolgten diplomatische Aktionen durch den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin und bei den hiesigen deutschen Regierungsvertretern.

Inzwischen ist der neuernannte österreichische Ernährungsminister Paul in Berlin eingetroffen, doch wird uns bereits von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Abgabe von Brotgetreide aus deutschen Beständen ausgeschlossen ist. — Wir können diesen Entschluß nur billigen. So leid es uns tut, wenn Oesterreich mit einer rationellen Bewirtschafttung seiner Produktion zu spät anfing, das mit ihm politisch, staats- und völkerrechtlich zur Einheit verbundene Ungarn sich seiner Misere gegenüber spröde verhält, und die tschechischen Landesteile bis heute nicht gezwungen worden sind, ihre volle Pflicht zu erfüllen, so ist doch zu sagen, daß Deutschland seit zweieinhalb Jahren sich schon auf allen Gebieten aufs äußerste einschränkt; daß wir, trotz dieser Einschränkung, genötigt sind, unsere eigene Brotration zu kürzen in einer Weise, die leichtfertige Gesellen bereits wieder da und dort zu Demonstrationsstreiks mißbrauchen wollten; daß die ohnehin bis heute kümmerliche Ausfuhr aus der Ukraine ohne unser entschlossenes Vorgehen gänzlich ausgefallen wäre, und daß Oesterreich sich seinerzeit verpflichtete, uns das ihm, unter eigener Kürzung unserer knappen Bestände, zugewiesene Getreide wiederzuerstatten. Nach alledem uns die Schuld an dieser Sache zuzuschieben, ist weder politisch klug noch taktisch einwandfrei, wird als Präludium zu der geplanten Engerknüpfung des Bündnisses in weitesten deutschen Kreisen kaum verstanden werden.

*

Eine weitere Meldung lautet:

Wien, 18. Juni. (T. U.) Die Verkürzung der Brotration hat in der gesamten Monarchie ungeheure Erregung hervorgerufen. Alle Blätter ohne Unterschied der Parteistellung nehmen schärfste Stellung gegen diese Maßnahme und fordern deren schleunigste Beseitigung und die Heranziehung Deutschlands und Ungarns zu augenblicklicher Hilfeleistung. Der Wiener Arbeiterrat tritt heute um 6 Uhr abends im Eisenbahnerheim zu einer entscheidenden Sitzung zusammen, in der Beschlüsse schwerwiegendster Natur gefaßt werden dürften. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs richtete einen dringenden Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats abzuwarten und sich jeder Ausschreitung und Arbeitsstörung zu enthalten, und teilt gleichzeitig mit, daß der Parteivorstand beschlossen habe schärfsten Protest gegen die Verkürzung der Brotration einzulegen und jede Verantwortung für die Konsequenzen dieser Maßnehme abzulehnen.

Der Neue Abend
19./VI. 1918

a 19
25

Die Brotkürzung.

Der Stand nach dem Eintreffen der deutschen Aushilfe.

Mehrere Wiener Blätter verzeichneten heute Gerüchte, wonach angesichts des Eintreffens der tausend Waggons deutschen Brotgetreides in einigen Tagen eine Erhöhung der Wiener Brotration möglich sei. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß diese Gerüchte leider ganz unzutreffend sind. Die deutsche Aushilfe kommt nicht nur der Stadt Wien zugute, sondern auch der österreichischen Zivilbevölkerung außerhalb Wiens und muß überdies noch für die Armee in Anspruch genommen werden.

Sie bedeutet also nicht mehr, als ein Tropfen auf einen glühenden Stein, sie wird aber für die Stadt Wien die Bedeutung haben, daß jedenfalls die gekürzte halbe Brotmenge, wie sie heute ausgegeben wird, bis zum Eintreffen einheimischen Mehles aus der neuen Ernte wird ausgegeben werden können. Wenn das Ernährungsamt sich heute entschließen wollte, wieder die ungekürzte Brotmenge zu verteilen, so kämen wir in die Gefahr, in sehr kurzer Zeit überhaupt ohne Brot dazustehen. Das wäre eine Katastrophe, die niemand verantworten könnte.

Gleichwohl, so wird uns von derselben zuständigen Stelle mitgeteilt, ist es denkbar, daß die jetzige Brotration in etwa acht Tagen erhöht wird. Das hängt aber von dem Eintreffen von Getreidezuschüben aus der Ukraine und Beßarabien ab. Um keine trügerischen Hoffnungen zu erwecken, muß aber gesagt werden, daß es zwar nicht ausgeschlossen ist, daß solche Sendungen eintreffen, daß aber mit ihnen keineswegs bestimmt gerechnet werden kann.

Eine strenge Prüfung der gegenwärtigen Sachlage ergibt, daß die Brotkürzung aller Wahrscheinlichkeit nach bis zur neuen Ernte dauern wird. Auf mehr zu rechnen, wäre Selbsttäuschung.

Der Neue Abend
19./VI. 1918
26

Minister Paul ist heute früh aus Berlin zurückgekehrt und hat sich unverzüglich nach seiner Ankunft ins Ministerratspräsidium begeben, wo er mit dem Ministerpräsidenten längere Zeit beriet. Im Laufe des heutigen Tages wird Minister Paul mit maßgebenden Stellen im Armeeoberkommando in Fühlung treten, um bezüglich der Transportfrage Zusicherungen zu erhalten. Von zuständiger Seite wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß die in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Mitteilung über angebliche deutsche Schwierigkeiten keineswegs den Tatsachen entsprechen.

Die Reise des Ministers nach Berlin führte zu einer Aussprache mit der dortigen maßgebenden Stelle, ohne daß Minister Paul bindende Zusagen bereits hätte mitbringen können. Es wurden Verhandlungen eingeleitet mit Stellen, die aus eigenem nicht verfügen können, die erst im Reiche draußen das Einvernehmen mit anderen maßgebenden Stellen erreichen müssen, um dann die Beratungen mit den österreichischen Ernährungsbehörden fortzusetzen.

Das Ergebnis der Berliner Reise.

Berlin. (Drahtbericht des „Neuen Abend".)

Die Meldungen über die Einschränkung der Brotration in Österreich, die erst gestern hier in vollem Umfang übersehen wurde, haben auch hier sehr große Erregung ausgelöst, besonders da die Nachricht auch die hiesige Regierungsstelle sehr unvorbereitet traf. Es läßt sich nicht leugnen, daß die gegen Deutschland gerichteten Vorwürfe, wegen Nichteinhaltung von Verträgen, die von allen Seiten als unbegründet bezeichnet wurden, nicht den geringsten Eindruck machten und auch nicht als besonders zweckdienlich bezeichnet werden. Von der Veröffentlichung eines Kommunique, das man erwartete, wurde abgesehen.

Dennoch läßt sich sagen, daß der Ernährungsminister Paul nicht mit leeren Händen zurückkommt. Die deutsche Regierung hat überhaupt alles getan, was in ihrer Macht war. Aus den deutschen Beständen an Brotgetreide für die Zivilbevölkerung ließ sich schlechterdings nichts abgeben, da die vorhandenen Mengen gerade ausreichen, um der deutschen Bevölkerung die verkürzte Brotration zu gewähren. Dagegen ist zwischen der deutschen Heeresverwaltung und dem Ernährungsminister ein Abkommen getroffen worden, woraus hervorgeht, daß sich die deutsche Heeresleitung bereit erklärt hat, für den Moment auszuhelfen, um die dringende Not in Österreich-Ungarn zu mildern. Auch andere Lebensmittel sind dem Ernährungsminister, wenn auch in geringeren Mengen, zugewiesen worden.

P. L.

Die Brotfrage und das Abgeordnetenhaus.

Die Verhandlungen der Sozialdemokraten mit der Regierung.

Die parlamentarische Lage steht jetzt völlig unter dem Eindruck der Brotkrise. Die Verhandlungen der Regierung mit den Sozialdemokraten beginnen morgen Donnerstag und werden sich nicht nur auf die Lebensmittelkrise, sondern auch auf die Frage der Einberufung des Parlaments erstrecken, da die Sozialdemokraten unbedingt die Einberufung verlangen.

Vorschlag auf Beschlagnahme der Wiener Privatvorräte. — Dr. Weiskirchner gegen den Ministerpräsidenten.

Parallel mit dieser Aktion der Sozialdemokraten laufen Vorstellungen der Christlichsozialen bei der Regierung in der Lebensmittelfrage. Es sind verschiedene Vorschläge zur Erleichterung der Lage gemacht worden. So hat Abg. Kuhn die Requisition sämtlicher Mehlvorräte bei den vermögenden Bewohnern Wiens verlangt. Dr. Weiskirchner hat darauf erklärt, daß dieser Vorschlag schon erwogen wurde, man sei aber davon abgekommen, da die Beschlagnahme nur vierzig Waggons ergeben würde, was in keinem Verhältnis zu der Aufregung stünde, die diese Maßnahme hervorrufen würde. In parlamentarischen Kreisen wird dagegen das temperamentvolle Vorgehen Dr. Weiskirchners in der Lebensmittelfrage und die ruhige Haltung der christlichsozialen Abgeordneten, die in der gestrigen Sitzung zutage getreten ist, lebhaft erörtert. Während die Christlichsozialen auf dem Standpunkte stehen, daß auch ein Rücktritt Seidlers keine Besserung bringen würde, verlangt Dr. Weiskirchner den Rücktritt des Ministerpräsidenten.

Die Zeit
19.VII.1918

Der Eindruck in Berlin.

Aus Berlin, 18. d., wird uns telegraphiert: Die Verminderung der Brotration in Wien hat hier fast nicht weniger Aufsehen und Mitgefühl hervorgerufen als in Wien selbst. Bisher war noch immer in deutschen Kreisen die Meinung verbreitet, daß man in Oesterreich im Ueberfluß lebe und daß Deutschland zu seinem Schaden von seinen bescheidenen Vorräten an seine Verbündeten ungerechtfertigt hohe Mengen abgeben müsse. Vor der Wucht der Tatsachen ist man hier in Erstaunen und Bestürzung geraten und hat sich mit einem Schlage ein anderes Bild von den Verpflegszuständen in Oesterreich gemacht, das gewisse antiösterreichische Gemüter zu einer etwas milderen Auffassung gegenüber Oesterreich stimmen wird.

Der in Berlin eingetroffene Ernährungsminister Paul hielt fast den ganzen Tag über eingehende Konferenzen im Kriegsernährungsamt ab, von dem auch eine offizielle Erklärung über die Lieferungsverhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich bevorsteht. Die amtliche Erklärung des Wiener Gemeinderates, daß sich Deutschland zur Mehlversorgung Oesterreichs verpflichtet hätte, aber seit etwa acht Tagen mit seinem Kontingent im Rückstand sei und derzeit noch 2000 Waggons Mehl nicht geliefert habe, rief hier Befremden hervor. Hierzu wird aber von zuständiger Seite erklärt, daß dies nicht ganz zutreffend und geeignet sei, Verstimmung hervorzurufen.

Von deutscher Seite wird betont, daß die Aufbringung des Getreides in der Ukraina zwar in die deutschen Hände gelegt wurde, daß aber bekanntlich das Ergebnis nicht den Hoffnungen entsprochen hat. Infolgedessen hat Oesterreich nicht jene Quote erhalten können, die es laut den Abmachungen hätte bekommen sollen, ebenso wie Deutschland. Die Erwartungen, die man auf die Ukraina gesetzt hat, erfüllten sich eben nicht. Deutschland hat seine Verpflichtungen gegen Oesterreich stets erfüllt, soweit als es eben möglich war. Man bedauert, daß der Wiener Gemeinderat in seiner Erklärung die Lage nicht so darstellte, wie es der Wirklichkeit entspricht, und daß dadurch nur grundlose Reibungen erzeugt werden.

Die Zeit
19/VI. 1918

Die Brotverkürzung.

Eine Aktion der Deutschfreiheitlichen Vereinigung.

Gestern sprachen namens der Wiener Deutschfreiheitlichen Vereinigung des Abgeordnetenhauses die Abgeordneten Dr. Ofner und Ganser beim Ministerpräsidenten vor und schilderten die unerträglichen Zustände, die durch die Kürzung der Brotration sowohl die Gesamtbevölkerung als auch besonders die am schwersten in Mitleidenschaft gezogene bürgerliche Bevölkerung getroffen haben. Die Abgeordneten verwiesen auf die Nachrichten, nach denen die Kopfquote für die ungarischen landwirtschaftlichen Arbeiter mit 15 Kilogramm, die Angehörigen derselben mit 12 Kilogramm Mehl pro Kopf im Monat gesichert ist. In Oesterreich aber erhielt bisher der Bürger durchweg 1·26 Kilogramm Mehl pro Monat, und diese 1·26 Kilogramm sind nun auf die Hälfte reduziert. Somit ist der ungarische Landarbeiter dreißigmal besser versorgt als der österreichische Bürger. Der deutsche Reichsangehörige erhielt die Brotration ebenfalls gekürzt, erhält jedoch noch dreimal so viel als der Oesterreicher. Außerdem sorgt im Deutschen Reiche der Staat für Ersatzmittel, deren Zuweisung in Oesterreich leider unterbleibt.

Die gegenwärtige Lage, so führten die Abgeordneten aus, sei unhaltbar und erfordert die sofortige Aenderung, weil das Elend, von dessen Abwendbarkeit die Bevölkerung überzeugt sei, nicht ertragen werden könne. Die Bevölkerung verlange energische Schritte der Regierung und wünscht, daß die Einheitsfront auch im Ernährungsgebiet endlich in letzter Stunde hergestellt werde.

Der Ministerpräsident versicherte, daß er nur unter dem Druck der äußersten Notwendigkeit sich zu der so schwer einschneidenden Maßregel entschlossen habe, daß er aber alles aufbieten werde, um diese Maßregel nur zu einer kurzen, vorübergehenden zu machen.

Die Zeit
19./VI. 1918

30

Dreißig Waggons ungarische Frühkartoffeln für Wien.

Aus Budapest, 18. d., wird uns telegraphiert:

Heute nachmittags fand im Abgeordnetenhause unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle eine Konferenz der an den Approvisionierungsangelegenheiten interessierten Faktoren statt. Die Konferenz beschäftigte sich vorwiegend mit dem Ansuchen des Wiener Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wegen Zuweisung von Lebensmitteln für die Wiener Bevölkerung.

Ueber das Ergebnis der Konferenz meldet der Az Ujsag in seiner morgigen Ausgabe: „Auf Ansuchen des Wiener Bürgermeisters hat die ungarische Regierung verfügt, daß noch heute nach Wien zehn Waggons Frühkartoffeln abgehen; morgen gehen zwanzig Waggons Frühkartoffeln nach Wien ab, und diese Quantitäten werden in kürzester Zeit eine Steigerung erfahren. Es wird in den nächsten Tagen bestimmt mit der Aushebung der Frühkartoffeln in den Komitaten Vas und Komarom begonnen werden, worauf auch diese Kartoffeln nach Oesterreich abgehen werden. So wird also dem Ansuchen für Wien und Niederösterreich entsprochen. Außerdem wird die ungarische Regierung für die österreichischen Bergwerksgebiete Speiseöl und Fett in entsprechenden Quantitäten an Oesterreich ablassen und den Wiener Markt mit Frühobst reichlich versorgen. Das ist die Hilfe, die Ungarn in entgegenkommender Weise den österreichischen Brüdern zur Verfügung stellt."

Neue Freie Presse
19./VI. 1918

31

Die Brot- und Mehlnot.

Von Regierungsrat Dr. Alexander Horovitz.
Generalsekretär der Wiener Produktenbörse.

Wien, 18. Juni.

Die jähe Kürzung der Brotmenge auf die Hälfte ihres ohnehin schon so außerordentlich bescheidenen Gewichtes trifft die schwergeprüften breiten Schichten der Bevölkerung aufs empfindlichste. Nicht nur die Härte dieser Maßnahme, auch die Art ihrer Verfügung beweist, daß man sich über die Wirkung einer derartigen Verordnung an maßgebender Stelle noch nicht ganz klar geworden ist. Bereits vor Monaten waren unsere Vorräte sehr knapp und es konnte kein Zweifel sein, daß zur Ergänzung dieser klaffenden Lücke in unserer Brotversorgung weder die heimischen spärlichen Bestände ausreichen, noch auf eine rechtzeitige Ergänzung durch Zuschübe aus der Ukraine gerechnet werden könne. Trotzdem wurde der Bevölkerung versichert, daß für ihre Versorgung bis Mitte Juli vorgesorgt sei. Diese ängstliche Scheu, einer Bevölkerung, der man die härtesten Kriegslasten aufbürdet, auch den Ernst der Ernährungsfragen rechtzeitig und freimütig darzulegen, hat auch diesmal, wie schon so oft im Laufe der vier Kriegsjahre, in der Bevölkerung eine Selbsttäuschung bewirkt, der nun das Erwachen folgt.

Vom ersten Kriegsjahre angefangen hatten wir von Jahr zu Jahr unter immer empfindlicheren Einschränkungen und Erschwernissen zu leiden, weil bei uns immer der Ausgleich zwischen Erzeugung und Bedarf, die gleichmäßige, rechtzeitige und reibungslose Durchführung der allgemeinen Versorgung, weil ein vernünftiger Versorgungsplan fehlte. Schon die bitteren Erfahrungen der ersten zwei Kriegsjahre haben uns eindringlich belehrt, daß alle Vorausberechnungen über Ernteergebnisse durch unabwendbare Witterungseinflüsse und durch unabsehbare Folgen der kriegerischen Ereignisse einfach über den Haufen geworfen werden, daß wir daher die sorglosen Gewohnheiten gesegneter Friedenstage nicht beibehalten dürfen, daß wir unter allen Umständen uns für mögliche schlimme Zeiten vorsehen müssen. Der Ministerpräsident hat erklärt, daß wir schon seit zwei Monaten von allen Vorräten entblößt sind, aber schon Monate vorher mußte man sich darüber klar sein, daß zumindest die Möglichkeit einer außerordentlichen Knappheit für die letzte Zeit vor der neuen Ernte bestehe. Hätte es da die Bevölkerung nicht ruhiger und verständnisvoller hingenommen, wenn bereits zu jener Zeit eine Verkürzung der Brotmenge um ein Achtel vorgenommen worden wäre, um, wenn die Befürchtung nicht zugetroffen wäre, späterhin eine Aufbesserung einzuführen? Aber die Besorgnis, daß vielleicht etwas zu früh und zu viel vorgesorgt werden könnte, die Angst vor einer vorzeitigen Beunruhigung der Bevölkerung haben unsere maßgebenden Stellen in ihrem Optimismus auch diesmal von der rechtzeitigen einschränkenden Maßnahme abgehalten. Ungarn hat überhaupt keine Brotverkürzung eingeführt, Deutschland eine solche bereits einen Monat früher unter gleichzeitiger eingehender Darlegung der zwingenden Umstände angekündigt, obschon dort die herabgesetzte Brotmenge eine weitaus größere ist, als bei uns und auch als Ersatz erheblichere Mengen an Zucker und Nährmitteln zugesichert werden. Wie soll aber unsere Bevölkerung zur Einsicht in die wirtschaftlichen Kriegsnotwendigkeiten, zu einer entsagungsbereiten Selbstzucht erzogen werden, wenn die Verwaltung dieser Bevölkerung nicht die ernste Ueberzeugung beibringt, daß sie die empfindlichen Opfer in ihrer ohnehin tief herabgedrückten Lebenshaltung deshalb ertragen müsse, weil die Verhältnisse dazu zwingen?

Wenn aber die auf eine allmähliche Besserung ihrer Lebensverhältnisse hoffende Bevölkerung ohne jede Vorbereitung von einer so harten Maßnahme über Nacht betroffen wird, wenn die Bevölkerung das Nacheinander von halben, zögernden, verspäteten Maßnahmen sieht, dann darf es auch nicht wundernehmen, wenn den Verwaltungsstellen Mangel an Voraussicht und Unentschlossenheit zum Vorwurf gemacht wird.

Die Warnungsrufe verhallten ungehört; heute einen Alarmruf auszustoßen, hat keinen Zweck. Aber darüber muß man sich doch im reinen sein, daß wir in zureichendem Maße weder über Kartoffeln noch über Hülsenfrüchte, aber auch über keinerlei sonstigen heimischen Bestände an Nährmitteln verfügen, die den unbedingt notwendigen Ersatz für den Ausfall an Brot bieten könnten. Mit dem in Aussicht gestellten „Ersatz nach Möglichkeit" ist der Not nicht abgeholfen. Die Aushilfe für die letzten, aber so ernsten Wochen bis zur neuen Ernte kann und muß uns Ungarn aus seinen, wenn auch nicht reichlichen, aber unbedingt noch vorhandenen Restbeständen und Deutschland in Erfüllung seiner vertragsgemäßen Zusicherung leisten.

Arbeiterzeitung
19/IV. 1918

Die Brotkrise.

Es muß uns geholfen werden. In dem Zustand, in dem sich unsere Lebensmittelversorgung in der Provinz schon seit Wochen, seit gestern auch in Wien befindet, kann sie nicht bleiben. Die Aufgabe ist freilich furchtbar schwer. Im Inlande sind greifbare Vorräte nicht vorhanden. Was versteckt ist in Zehntausenden kleinen Bauernwirtschaften und Haushaltungen, ist nicht leicht herauszuholen; und würde es herausgeholt, so könnte damit der große Bedarf der Gesamtheit kaum für wenige Tage gedeckt werden. Wirksame Hilfe kann uns also nur aus dem Ausland werden. Freilich, knapp geht es ja schließlich auch in Deutschland und in Ungarn zu. Wir begreifen es, daß auch Deutschland und Ungarn nicht gern selbst ihre Versorgung einschränken, um uns aus der Not zu helfen. Ludendorff hat heute dem Wiener Bürgermeister telegraphiert, er bedaure, uns nicht helfen zu können; und ähnlich hat auch der Bürgermeister von Budapest den Hilferuf der Schwesterstadt beantwortet. Aber so sehr man sich in Berlin und in Budapest sträuben mag, man wird uns helfen müssen. Denn so wie bisher geht es einfach nicht weiter.

In Deutschland ist ja die Brotration gleichfalls gekürzt worden; aber dort bekommt doch jeder Arbeiter seine sieben Pfund Kartoffeln in der Woche! In Ungarn leben die Industriearbeiter schließlich auch nicht mehr üppig; aber ihre Lage ist mit der unseren doch nicht zu vergleichen. So schlimm wie in Oesterreich ist es nirgends. Weder Deutschland noch Ungarn können teilnahmslos zusehen, wie der Dritte im Bunde in eine durchaus unerträgliche, unhaltbare Lage gebracht wird. Die Hilfe, die wir bis zur neuen Ernte brauchen, können uns Deutschland und Ungarn nicht versagen.

Vor wenigen Wochen erst haben Deutschland und Oesterreich-Ungarn einen Vertrag geschlossen, der uns vor der Not, in die wir jetzt geraten sind, bewahren sollte. Oesterreich-Ungarn hat in diesem Vertrag auf jeden selbständigen Aufbringungsdienst in der Ukraine und in Bessarabien verzichtet, es hat die ganze Aufbringung dort Deutschland überlassen. Dafür hat sich Deutschland verpflichtet, unseren Getreidebedarf bis Mitte August zu decken. Es hat uns die Deckung unseres Getreidebedarfes verbürgt; es hat sich verpflichtet, uns Getreide aus seinen eigenen Vorräten zu geben, wenn in der Ukraine, in Bessarabien und in Rumänien nicht genug aufgebracht werden sollte. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Nach der Mitteilung des Amtes für Volksernährung ist aber Deutschland mit 2000 Waggons Mehl im Rückstand geblieben. Das ist die Quelle der augenblicklichen Verschärfung unserer Not. Wenn wir von Deutschland Hilfe verlangen, so verlangen wir vor allem, was uns vertragsgemäß gebührt.

Mit Deutschland zu verhandeln ist die Pflicht der Regierung. Aber zugleich sind auch andere Verhandlungen notwendig geworden. Wenn die Arbeiter nicht Brot genug haben, müssen sie andere Lebensmittel, vor allem Gemüse, kaufen. Das können sie aber bei den heutigen Löhnen nicht. So hat die Brotkrise ganz unmittelbar die Lohnfrage auf die Tagesordnung gestellt. Die Lohnforderungen, die die Vertreter unserer Gewerkschaften heute der Regierung und den Vertretern der Unternehmerorganisationen vorgetragen haben, hätten in nicht ferner Zeit auch dann gestellt werden müssen, wenn die Kürzung der Brotration nicht eingetreten wäre. Denn die Höhe der Arbeitslöhne ist immer abhängig und muß immer abhängig sein von der Höhe der Lebensmittelpreise. Da die Lebensmittelpreise in den letzten Monaten so furchtbar schnell gestiegen sind, hätte die Revision der Lohntarife in nicht ferner Zeit in jedem Falle gefordert werden müssen. Die Brotkrise hat nur beschleunigt, was schließlich doch hätte kommen müssen. Die Anpassung der Arbeitslöhne an die emporgeschnellten Lebensmittelpreise ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, der sich die Regierung und die Unternehmer nicht werden entziehen können.

Noch eine andere Frage ist durch die Brotkrise aufgerollt worden. Je weniger chemische Energie in der Gestalt der Nahrungsmittel dem Körper des Arbeiters zugeführt wird, desto weniger mechanische Energie kann der Körper des Arbeiters verausgaben, desto weniger Arbeit kann der Arbeiter leisten. In vielen Betrieben wird von den Arbeitern noch immer eine Arbeitsleistung gefordert, die bei dem gegenwärtigen Ernährungszustand schlechthin unmöglich ist. Man denke nur an die vielen Betriebe, in denen jetzt noch Ueberstunden- und Nachtarbeit gefordert werden! Denke an die ununterbrochenen Betriebe, in denen die Arbeiter täglich zwölf Stunden, einmal wöchentlich, bei dem Wechsel der Wochenschichten, sogar achtzehn Stunden arbeiten müssen! Man frage sich, ob solche Leistungen bei den heutigen Ernährungsverhältnissen, bei einem halben Laib Brot in der Woche möglich sind! Die Anpassung der Arbeitsdauer an die Ernährungsverhältnisse ist geradezu eine physiologische Notwendigkeit, die erfüllt werden muß, wenn nicht die Gesundheit von Zehntausenden schweren, dauernden Schaden erleiden soll.

Unter dem Drucke der Erregung, die die Brotkrise hervorgerufen hat, haben sich die Regierung und die Unternehmerverbände bereit erklärt, über diese Forderungen der Arbeiterschaft zu verhandeln. Der weitere Verlauf wird von der Einsicht abhängen, die die Regierung und die Unternehmer in diesen Verhandlungen zeigen werden.

wir hoffen, daß sie die soziale Krise, in der wir uns befinden, in ihrer ganzen Schwere erkennen, die schwere Verantwortung, die auf ihnen lastet, fühlen und die Opfer, die die Stunde gebieterisch heischt, bringen werden. Die Vertrauensmänner der organisierten Arbeiterschaft sind sich ihrer Verantwortung stets bewußt gewesen; mögen in diesen schweren Stunden die politischen und die wirtschaftlichen Beherrscher des Reiches nicht weniger Verantwortlichkeitsgefühl zeigen als schlichte Arbeiter!

Aber auch darüber täusche man sich nicht: selbst wenn die Erfüllung der dringendsten wirtschaftlichen Notwendigkeiten für den Augenblick die erregte Stimmung beruhigt, ist doch dauernde Beruhigung auf diese Weise nicht zu schaffen. Dauernde Beruhigung ist nicht möglich, solange der Krieg mit seinen Greueln, seinen Opfern, seinen Nöten währt! Dauernde Beruhigung ist am wenigsten dann möglich, wenn man mit den Volksrechten ein leichtfertiges Spiel treibt und das Volk immer wieder vor die Gefahr der absolutistischen Reaktion stellt, die es in den unseligen Zeiten Stürgkhs so gründlich kennen gelernt hat. Will die Regierung den Staat vor den schwersten Gefahren schützen, die unvermeidlich immer wieder von neuem den ganzen Körper der Gesellschaft erschüttern müssen, solange der Krieg währt, dann muß sie vor allem alles daran setzen, daß dem Kriege, der aller dieser Nöte und aller dieser Gefahren letzte Ursache ist, endlich ein Ende gesetzt werde; dann muß sie endlich erkennen, daß die Zeit des Absolutismus vorüber sein muß für immer, daß man nie wieder ohne das Volk über das Volk entscheiden kann

Fremdenblatt
19./VI. 1918

Die Brotfrage.

„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht". Diese seither berühmt gewordenen Worte waren zu lesen an den Straßenecken Berlins am 17. Oktober 1806. Damals war eben die Schlacht bei Jena verloren, Deutschland niedergerungen und die Bevölkerung zitterte vor dem Uebermut der französischen Soldateska. Heute stehen unsere Truppen tief im Feindesland, die italienische Offensive hat ihren verheißungsvollen Anfang genommen und die deutschen Heere bedrohen das Herz Frankreichs ebenso, wie den Stützpunkt Englands auf dem Kontinent. Und trotzdem hat eine Maßregel der Regierung die Bevölkerung Wiens in nur allzu gerechtfertigte Aufregung versetzt, hat es bewirkt, daß der Ruf nach Ruhe und Besonnenheit lauter denn je erschallen muß. Ueber Nacht ist die Brotration gekürzt worden, auf ein Mindestmaß herabgesetzt worden, das heute zur Fristung des Lebens kaum mehr ausreicht, zumal heute Brot und Mehl die wichtigsten, für viele so ziemlich die einzigen Lebensmittel darstellen. Der Herr Ministerpräsident hat noch nicht lange, bevor er die Verantwortung über den, infolge der mangelnden Voraussicht gepaart mit Unfähigkeit vor dem Zusammenbruch stehenden Ernährungsdienst auf andere Schultern abgewälzt, jedem, der es hören wollte, verkündet, daß der Ernährungsdienst bis zur Reife der neuen Ernte gesichert sei, daß man unter Voraussetzung der größten Sparsamkeit das Auslangen finden werde. Bei dieser Berechnung scheint nun ein Rechenfehler mit untergelaufen zu sein, einer jener Rechenfehler, die wir in Verfolg der Tätigkeit der Regierung auf diesem Gebiete leider nur zu oft feststellen konnten. Jetzt, da die Not wieder einmal aufs höchste gestiegen ist, erschallen Hilferufe nach allen Seiten. Allen möglichen äußeren Faktoren wird die Schuld beigemessen, nur nicht dem schuldigsten Teil.

Wenn im vorigen Jahre soviel Frucht geerntet wurde, daß man mit den sicheren Zubußen schlecht und recht das Auslangen durch 11 Monate finden konnte, so hätte es sich bei entsprechendem guten Willen und unter Voraussetzung der für das Amt erforderlichen Fähigkeiten gewiß ermöglichen lassen, auch für den 12. Monat soviel zu erübrigen, daß die letzte einschneidende Maßregel hätte vermieden werden können, dazu kommt aber noch ein anderer Umstand, der diese einschneidende und an und für sich fast unerträgliche Kürzung der Brotration noch besonders empfindlich macht. Das ist das durch ein grausames Versteckenspiel hervorgerufenene Moment der Ueberraschung einer ahnungslosen Bevölkerung. In der gestrigen Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde die Art und Weise des Vorgehens der Regierung einer nur zu berechtigten Kritik unterzogen. Die Regierung, die alles getan hat, um die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, deren Unlust zur Einberufung des Parlaments nur allzu bekannt ist, hat scheinbar die Folgen eines offenen Wortes an die Bevölkerung gefürchtet, man hat es vorgezogen, derselben Bevölkerung gegenüber, deren verfassungsmäßigen Rechten Abbruch zu tun, man sich nicht gescheut hat, das Versteckenspiel so weit zu treiben, bis man eben nicht weiter konnte. Es ist nur zu begreiflich, daß angesichts dieses Vorgehens, angesichts des so plötzlich zutage getretenen neuerlichen Beweises der unzulänglichen Amtsführung der Ruf nach der Einberufung des Parlaments so nachdrücklich erschallt, daß er jetzt wohl gehört werden muß. Wenn aber der Herr Ministerpräsident glaubt, daß er durch ein fortwährendes Hinausschieben der Tagung des Abgeordnetenhauses den Boden für friedliche Verhandlungen wohl vorbereitet hat, dann befindet er sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Zu den nationalen, politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt persönlichen Fragen, deren Behandlung einer gedeihlichen Arbeit mit dem Ministerium Seidler im Wege stand, gesellt sich nun noch die Magenfrage, deren Lösung durch Versprechungen und Vertröstungen, und mögen sie noch so schön klingen, nicht herbeigeführt werden kann. Das Parlament ist in seiner jetzigen Gestalt gewiß nicht imstande, seine Aufgabe ganz zu erfüllen, aber es hat sich gezeigt, daß die parlamentslose Zeit dem Staate immer noch viel weniger gefährlich geworden ist, als selbst Ausschreitungen und Entgleisungen im Volkshause. Der Absolutismus jedoch hat sich aus sich selbst heraus vollkommen diskreditiert. Denn, wer absolut regieren will, der muß vor allem regieren, muß, wenn er bei Erfüllung der Staatsnotwendigkeiten auf die Mithilfe des Reichsrates verzichtet, diesen Staatsnotwendigkeiten wenigstens selbst gerecht zu werden imstande sein.

Die Brotration ist gekürzt worden, wie versichert wird, weil Transporte aus Deutschland oder der Ukraine nicht eingetroffen sind, weil Ungarn nicht aushelfen kann oder will, weil. . . . Es werden uns Schuldige vorgeführt, aber jedermann weiß, wen die Verantwortung trifft, da doch jeder weiß, wer die Verantwortung trotz mancher Warnung freiwillig übernommen hat. Wir sind heute in einer schwierigen Lage, die unsere Feinde, um den sinkenden Mut in ihren Reihen aufzustacheln, voll ausnützen werden. Wir dürfen aber gerade in dieser Lage die Ruhe und Besonnenheit nicht verlieren und wir können innerhalb der verfassungsmäßigen Schranken das erreichen, was wir erreichen müssen, wollen wir nicht die Erfolge unserer Brüder an der Front Lügen strafen. Die ganze Oeffentlichkeit verlangt die Einberufung des Abgeordnetenhauses, nicht, weil sie vom Abgeordnetenhause ihr Heil erwartet, sondern, weil uns mit der Hilfe des Abgeordnetenhauses die Möglichkeit geboten ist, jene Schäden zu beseitigen, die in der parlamentslosen Zeit, in der Zeit des Schweigens, Vertuschens, des Versteckenspieles erwachsen sind, jene Schäden, die die Politik aus dem Parlament auf die Straße tragen und es bewirken können, daß die Politik der Straße stärker wird als die Fesseln, die ihr schwache und ungeschickte Hände anlegen wollen. Wir aber brauchen Ruhe. „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" Und die verantwortlichen Faktoren sollen es der Bevölkerung möglich machen, diese schwere Pflicht zu erfüllen.

Neue Freie Presse
19./VI. 1918

35

Ausschreitungen in einzelnen Wiener Bezirken.

Wien, 18. Juni.

Aus Anlaß der Kürzung der Brotration ist es bedauerlicherweise in einzelnen Bezirken, insbesondere seitens jugendlicher Elemente, zu Ausschreitungen auf der Straße, wie zum Beispiel zum Anhalten von Straßenbahnzügen, Einschlagen von Fensterscheiben bei Straßenbahnwagen und bei Fabriksgebäuden, zu Ueberfällen auf Brotwagen, gekommen.

Die Polizeidirektion sieht sich veranlaßt, eindringlich vor derartigen Exzessen zu warnen, da sie entschlossen ist, allen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung entschiedenst entgegenzutreten und, sofern es notwendig sein sollte, auch mit schärfsten Maßnahmen vorzugehen. Insbesondere werden die Eltern, Vormünder, Meister und die sonst zur Obsorge über andere Verpflichteten aufgefordert, die ihrer Obhut anvertrauten Personen von der Straße fernzuhalten, damit nicht infolge des Treibens unverantwortlicher Elemente Maßnahmen ergriffen werden müssen, unter denen auch die ruhige und besonnene Bevölkerung leiden würde.

Fremdenblatt Abendl
19./VI. 1918

Aushilfe mit deutschen Kartoffeln.

Ernährungsminister Dr. Paul ist heute morgens aus Berlin nach Wien zurückgekehrt. Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, haben die Verhandlungen in Berlin zu einem wenn auch geringen Resultat geführt. Die deutschen Behörden stellten sich auf den bereits in dem Telegramm Ludendorffs an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner vertretenen Standpunkt, daß eine Aushilfe mit Brotgetreide an die Stadt Wien angesichts der auch in Deutschland herrschenden Knappheit, die schon zu einer Kürzung der Brotration geführt habe und nur bei strengster Sparsamkeit das Auslangen bis zur neuen Ernte sichere, dermalen ganz ausgeschlossen sei. Dagegen sei es möglich, der Stadt Wien mit Kartoffeln auszuhelfen. Bedeutende Mengen werden bereits in den nächsten Tagen aus Deutschland, vornehmlich Bayern nach Wien abgehen, so daß eine wenn auch nicht wesentliche Erleichterung in der Versorgung der Bevölkerung eintreten wird.

Da auch die ungarische Regierung, wie bereits gemeldet, im gestrigen Ministerrat den Beschluß gefaßt hat, Zuschübe von Frühkartoffeln ungesäumt nach Wien zu leiten, ist der notleidenden Bevölkerung ein teilweiser Ersatz für die ausfallende Brotmenge in der nächsten Zeit gesichert.

Fremdenblatt Abendl
19/VI. 1918

a
13
37

Die Brotfrage.

In dem im heutigen Morgenblatte enthaltenen Aufsatz hat sich ein sinnstörender Fehler eingeschlichen. Es soll richtig heißen: Das Parlament ist in seiner jetzigen Gestalt gewiß nicht imstande, seine Aufgabe ganz zu erfüllen, aber es hat sich gezeigt, daß die parlamentslose Zeit dem Staate immer noch gefährlicher geworden ist, als selbst Ausschreitungen und Entgleisungen im Volkshause — statt weniger gefährlich.

Reichspost Abend
20./II. 1918

Die Versorgungsfragen.

Mödling ohne Brot und Mehl.

Aus Mödling, 19. d., meldet man uns: Heute wurde hier der Bevölkerung durch öffentlichen Anschlag folgende gemeindeamtliche Verlautbarung kundgegeben: „Nachdem die Erzeugnisse sämtlicher Wiener Brotfabriken für Wien beschlagnahmt worden sind, kann hier bis auf weiteres weder Brot noch Mehl zur Abgabe gelangen." Die letzte Brotabgabe erfolgte hier am Samstag (15. d.), mit dem Versprechen, daß Dienstag die gekürzte Brotquote, ein halber Laib pro Kopf für die ganze Woche, zur Ausgabe kommen werde. Dieses Versprechen wurde aber nicht eingehalten, unseren Hausfrauen wurde als Broterſatz nur Kukuruzmehl, 80 H. pro Kilo, ausgefolgt. Der Tag der nächsten Brotabgabe wird seinerzeit durch Gemeindeanschlag bekanntgegeben werden.

Neues Wiener Tagblatt
20./VII. 1918

35

Wiens Brotversorgung.

Bei der normalen Brot- und Mehlration hat Wien täglich 50 Waggons Mehl verbraucht. Die Mehlration wurde schon vor längerer Zeit, die Brotration in dieser Woche auf die Hälfte gekürzt, nur die Schwerarbeiterzubuße ist unverändert geblieben, und so braucht Wien gegenwärtig im Tage etwas mehr als 25 Waggons Mehl. Der Einlauf erreicht nicht einmal diese kleine Menge, aber das gefährdet verläufig die Versorgung nicht, weil die Bäcker mit der vollen einwöchigen Mehlmenge, die sie am Ende der vorigen Woche gefaßt haben, bis zum 29. d. auskommen müssen, wodurch der Tagesverbrauch um etwa 9 Waggons entlastet wird. Auch das Küchenmehl ist nicht nur für diese, sondern vielfach auch schon für die nächste Woche ausgegeben worden, doch spielt dies keine erwähnenswerte Rolle, denn bei der Abgabe von einem achtel Kilogramm Küchenmehl für den Kopf und die Woche fällt selbst der Verbrauch einer Zweimillionenstadt nicht ins Gewicht. Es bleibt also ein Tagesbedarf von etwa 16 Waggons, der den Brotfabriken zufällt, zu bedecken.

Früher haben die Fabriken das Doppelte verbraucht, und die Versorgung war so täglich, daß die Fabriken immer nur einen eintägigen Bedarf, und auch diesen oft nicht, auf einmal erhalten konnten. Daran hat sich auch jetzt nicht viel geändert, doch decken die täglichen Zufuhren den Verbrauch. Die Zufuhren kommen meist aus Rumänien und der Ukraine. Sie bestehen wieder zum großen Teil in Mais, und selbst die entfetteten Maiskeime werden seit einger Zeit vermahlen. Für die nächsten Tage besteht nicht die Gefahr, daß die täglichen Zufuhren, die wir zur Deckung des Fabriksbedarfes brauchen, ausbleiben, aber wir sind nur auf sehr kurze Zeit gedeckt, und darum waren wir gezwungen, im Auslande Hilfe zu suchen.

Arbeiterzeitung
20./III. 1918

Die Belästigung der Brotfuhren der Brotfabriken. Im Laufe der letzten Tage ist es wiederholt vorgekommen, daß junge Burschen und Frauen die Brotfuhren belästigt, die Brotkutscher bedroht und die Brotwagen entleert haben. Diese Exzesse haben wohl keinen erheblichen Umfang, sind aber entschieden zu verurteilen, und die Genossen werden ersucht, derartige Vorkommnisse mit aller Entschiedenheit zu verhindern. Es mag in dieser harten Zeit manches begreiflich sein, aber diese Ueberfälle gefährden eine gerechte Verteilung der verfügbaren Brotmengen. Je weniger Brot da ist, desto wichtiger ist es, daß jeder in den Besitz seiner kargen Ration kommt. Zudem wird den Brotkutschern ihre mühevolle Tätigkeit erschwert und ihre Gesundheit gefährdet. Da solche Auftritte nur von indifferenten, unserer Organisation fernstehenden Personen veranlaßt werden, ersuchen wir alle Genossen, die Brotzufuhren in ihren Schutz zu nehmen, damit das Eingreifen polizeilicher Organe vermieden wird.

Der Neue Abend

20./IV. 1918

Tagesordnung: Brot.

Waffenfabrikstantiemen und Absolutismus.

Die deutschböhmische Korrespondenz, in der die begeisterten Anhänger des § 14 ihren Mist ablagern, stellt heute in Abrede, daß im Falle einer § 14-Herrschaft deutsche Abgeordnete in die Regierung eintreten würden. Die Herren finden also, daß die Trauben zu sauer sind. Gestern mittags noch war die Liste der künftigen deutschen § 14-Minister um ein prachtvolles Exemplar vermehrt worden, den Generaldirektor Georg Günther, den Mann, der jetzt die hohen Tantiemen bei der Steyrer Waffenfabrik verteilt? Die deutschnationale Klique, die jetzt in Österreich Minister machen will, hatte ihn als Nachfolger des Handelsministers Baron Wieser vorgesehen, auf dessen Verläßlichkeit die unentwegten Anhänger des Absolutismus nicht bauen wollen. Heute haben nun nicht nur die Herren Waldner und Teufel, sondern auch Herr Georg Günther verzichtet. Die Brotkrise, die die Millionen Wiens in den Hunger stürzte, hat ihnen die Eßlust verschlagen. Die Bevölkerung erkauft mit ihren unsäglichen Leiden vorläufig die Sicherheit gegen einen der gefährlichsten Vorschläge, den der Größenwahn von Kriegsgewinnern und die Unvernunft der Teutschradikalen ausgeheckt hat.

Die nationalistische Hetze.

Die Bahn zur Verfassungsmäßigkeit ist aber auch nach der Beseitigung dieser Herren nicht frei. Die Verhandlungen bewegen sich noch immer im nationalen Gestrüpp. Während die Bevölkerung nach Brot ruft, versuchen die nationalistischen Politiker in den Wandelgängen des Parlaments und in Ministerzimmern über die nationale Aufteilung Österreichs zu verhandeln. Der Gegensatz zwischen der Not des Augenblickes und der Zähigkeit, mit der phantastische Pläne verfolgt werden, ist aufreizend. Kommt keinem der Herren der Gedanke, daß ein starkes österreichisches Parlament uns in diesen Tagen aus Deutschland und Ungarn ausgiebigere Hilfe hätte sichern können, als sie uns zuteil wird und überkommen niemanden unter ihnen Gewissensbisse, daß sie an der Mißwirtschaft schuld sind, die uns in die jetzige Krise gestürzt hat? Sie wissen alle, daß sie den Weg zum Parlament nicht finden werden, wenn sie den Boden der nationalistischen Ansprüche nicht verlassen. Keinem fällt es ein, in sich zu gehen und dem Augenblick gerecht zu werden.

Polnische Skandale und Zukunftsideale.

Man muß sich die Herren nur anschauen, die es heute wagen, den Parlamentarismus zu sabotieren. Die Polen! Auch sozialdemokratische Abgeordnete befinden sich unter ihnen und unternehmen es heute, am vierten Tage der Brotkrise, die Lage durch Verhandlungen über die Grenzen des Königreiches Polen zu belasten, obwohl für sie die Brotkrise nicht erst vier Tage, sondern schon Wochen dauert. Man muß sich nur berichten lassen, was in galizischen Städten vorgeht. In Kolomea, um nur ein Beispiel herauszugreifen, hat der Bezirkshauptmann die Verpflegung der Stadt an drei Händler förmlich verpachtet. Die arme Bevölkerung bekommt nahezu nichts, die Zahlungsfähigen kaufen beim Pachtkonsortium ein Kilogramm Mehl um 15 Kronen, einen Laib Brot um 4 Kronen. Wem die Russen in Kolomea den Fußboden oder die Wohnungstür abgetragen haben, der kann die Wiederherstellung seiner Wohnung bei der Wiederaufbaukommission nur durch Schmiergelder von grotesker Höhe erwirken, obwohl der Staat für den Wiederaufbau Hunderte von Millionen ausgibt und Ingenieure, Arbeitskräfte und Baumaterial kostenlos zur Verfügung hat. Dieser Jammer rührt die Herren vom Polenklub nicht. Durch Staatspfründen und Parlamentsdiäten gesichert, erheben sie sich über die Not des Tages und wollen polnische Zukunftsideale gegen ein Budgetprovisorium erschachern.

Auseinandersetzung mit Ungarn.

So geht es nicht weiter. In der am Sonntag veröffentlichten Ernteverordnung fehlt die wichtigste Bestimmung: Die Festsetzung der Brotquote. Die Ungarn stellen unerhörte Ansprüche und die österreichischen Behörden können bei ihnen nichts durchsetzen. Diese eine Tatsache zeigt, daß das Ernährungselend ständig zu werden droht, wenn nicht das Parlament aufsteht und ein starkes Wort spricht. Jeder verlorene Tag wird zur Gefahr. Es scheint, daß nichts anderes übrig bleibt, als daß die deutsche Sozialdemokratie die Führung zur Flottmachung des Parlaments übernimmt und für dieses Ziel die ganze Macht einsetzt, über die sie heute verfügt. Die Tagesordnung heißt jetzt Brot und die sozialdemokratische Partei ist berufen, sie von den Nationalisten zu erzwingen.

W.

21/VI. 1918

43

Zur Kürzung der Brotquote.

Der Stadtrat hat gelegentlich der Fassung einer Entschließung über die Kürzung der Brotquote auch beschlossen, diese Entschließung durch öffentlichen Anschlag der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Auf die vom Bürgermeister angesuchte Bewilligung erging von der Polizeidirektion die Verständigung, daß diesem Ansuchen aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung keine Folge gegeben werden könne. Bürgermeister Doktor Weisskirchner machte im Stadtrat Mitteilung über diese Angelegenheit und auf seinen Antrag wurde beschlossen, einen Rekurs gegen diesen Bescheid nicht zu ergreifen, da diesem Rekurse eine aufschiebende Wirkung nicht zukomme.

* * *

Da durch die jüngste Kürzung der Brotquote alle Brotabgabestellen für die Gutscheinabschnitte 3 und 4 der Zentralstelle 1. Bezirk, Neues Rathaus, giltig für die Zeit vom 23. Juni bis 13. Juli und vom 14. Juli bis 3. August nur mehr einen halben Laib Brot pro Abschnitt ausfolgen dürfen, wird die Zentralstelle der Fürsorge, 1. Bezirk, Neues Rathaus, diese und die folgenden Abschnitte infolge die Brotkürzung in Kraft bleibt, nur mehr mit 36 Heller einlösen.

Die Budapester Bevölkerung für Wien.

K. Budapest, 20. Juni. (Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus.) Bürgermeister Body hat die hauptstädtische Ernährungskommission für morgen zu einer Sitzung einberufen, in der er beantragen wird, der Bevölkerung Wiens mit Mehl auszuhelfen. Er wird an die Budapester Bevölkerung den Appell richten, in den Monaten Juni und Juli auf die Mehlration je einen Tag zu verzichten. Dies würde 50 Waggons ausmachen, die Wien überwiesen werden sollen.

Die Wiener Industriellen beim Ernährungsminister.

Gestern nachmittags hat unter Führung des Obmannes der Sektion Wien des Reichsverbandes der österreichischen Industrie Kommerzialrats Koffmahn eine Deputation von Wiener Industriellen beim Ernährungsminister vorgesprochen. Sie wurde infolge dienstlicher Verhinderung desselben von Sektionschef Dr. Löwenfeld-Ruß empfangen.

Die Industriellen wiesen erneut auf die große Bestürzung hin, welche die Verfügung über die Verkürzung der Brotkarte in den Kreisen der Arbeiterschaft hervorgerufen hat und baten dringend um Abhilfe. Sektionschef Doktor Löwenfeld-Ruß gab den Herren auf Grund statistischer Daten erschöpfende Aufklärungen, welche zur Hoffnung berechtigen, daß diese schwere Zeit in Kürze überwunden sein wird. Zu wiederholtenmalen versicherte Sektionschef Dr. Löwenfeld-Ruß, daß das Volksernährungsamt alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um die Lage der Wiener Arbeiterschaft erträglicher zu gestalten und versprach auch, im Rahmen der vorhandenen Mittel das weiteste Entgegenkommen beweisen zu wollen.

Die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft bei der Regierung.

In Ausführung des Beschlusses der Zentralstellen der christlichen Arbeiterorganisationen sprachen gestern unter Führung des Landesausschusses Kunschak die Herren Abgeordneten Anderle, Werkmann der k. k. österreichischen Staatsbahnen, Haider, Gemeinderat Ullreich und der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Untermüller beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vor, um den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft in der Brotfrage und der Ernährungsverhältnisse überhaupt zu präzisieen. Der mehr als einstündigen Aussprache wohnten bei der Minister des Innern Ritter v. Gayer, Finanzminister Freiherr von Wimmer, der Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans und der Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, ferner in Vertretung des Ministers für Volksernährung Oberst Wallerstorfer.

Landesausschuß Kunschak legte eindringlich die schwere Belastung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung durch die Verkürzung der Brotration dar und brachte den Wunsch der christlichen Arbeiterschaft zum Ausdruck, durch Verabeichung anderer Lebensmittel den Entgang erträglich zu machen. Er verwies darauf, daß die Regierung trotz des schon im Jänner vorgebrachten Protestes neuerdings einseitig mit den Sozialdemokraten als Vertretern der Arbeiterschaft verhandelt hat.

Der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Untermüller betonte, daß von Seiten der christlichen Gewerkschaften zur Erleichterung der durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse herbeigeführten Notlage entsprechende soziale Maßnahmen von der Regierung gefordert wurden, die sich jedoch nicht nur auf die Munitions- und Staatsarbeiter, sondern auf die gesamte Arbeiterschaft und Angestellten erstrecken müssen.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes christlicher Eisenbahner Oesterreichs Haider besprach die schwierigen Verhältnisse des Eisenbahnpersonals und trat für die eheste und weitestgehende Erfüllung der kürzlich von den Eisenbahnerorganisationen überreichten Forderungen ein.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler gab der Abordnung die Zusicherung, daß die vorgebrachten Wünsche möglichste Berücksichtigung finden werden. Sämtliche Minister, die der Konferenz beiwohnten, besprachen dann die einzelnen Forderungen soweit sie ihre Ressorts betrafen und sicherten ebenfalls deren tunlichste Berücksichtigung zu.

GM. v. Landwehr in Budapest.

K. Budapest, 20. Juni. Der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses GM. Landwehr v. Pragenau ist heute früh hier eingetroffen. Er besuchte im Laufe des Vormittags den Ernährungsminister Prinzen Windisch-Grätz, mit dem er längere Zeit verhandelte. Mittags erschien GM. v. Landwehr im Abgeordnetenhause, wo er mit dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle ebenfalls längere Beratungen pflog.

Arbeiterzeitung
21./VI. 1918

21.
44

Die Kürzung der Brotration.

Die Ersatzlebensmittel.

Außer dem in Verteilung befindlichen Salzspeck und der für Samstag angekündigten Pferdefleischzubuße werden als wichtigste Lebensmittelausgabe der Gemeinde an Stelle des gekürzten Brotes vorläufig nur die Frühkartoffeln in Betracht kommen.

Die Anlieferung der ungarischen Frühkartoffeln wird beschleunigt. Vielleicht werden die ersten Sendungen schon Sonntag verfügbar sein, doch kann dies keinesfalls mit Bestimmtheit behauptet werden, da mit Verspätungen immer zu rechnen ist und auch die Ausladung und Abfuhr an die Bezirksabgabestellen Zeit in Anspruch nimmt. Alles mögliche soll jedenfalls geschehen, um mit der Abgabe, die an die Kartoffelkarte gebunden sein wird, ehebaldigst beginnen zu können. Voraussichtlich wird anfangs nur eine kleine Menge abgegeben werden können, die ein halbes Kilogramm für den Kopf nicht übersteigen dürfte. Allerdings lautet der neueste Kartoffelbericht des Magistrats, der Donnerstag im Stadtrat erstattet wurde, nicht gerade günstig und die Kartoffelversorgung der Stadt Wien für die nächste Woche erscheint noch nicht sichergestellt. Die Kartoffelzuschübe lassen eben zu wünschen übrig. Der Bürgermeister will nun bei der Regierung anregen, für die kartoffelarme Zeit der Bevölkerung wenigstens den Genuß von Gemüse in ausreichender Menge und zu billigen Preisen zu sichern. Die Regierung sollte die Einkaufspreise für Gemüse belassen, dagegen die Verkaufspreise auf den Märkten in der Weise bestimmen, daß die breiten Schichten der Bevölkerung ausreichend gutes und billiges Gemüse erhalten. Der Staat müßte also die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis aus Eigenem zahlen.

Donnerstag sind aus Ungarn 5000 Stück Hasen angekommen, die Samstag zum Verkauf gelangen werden.

Mehl aus Budapest.

Budapest, 20. Juni. (U. T.-K.-B.) Bürgermeister Dr Body hat die hauptstädtische Ernährungskommission für morgen zu einer Sitzung einberufen, in der er beantragen wird, der Bevölkerung Wiens mit Mehl auszuhelfen. Er wird an die Budapester Bevölkerung den Appell richten, in den Monaten Juni und Juli auf die Mehlration je eines Tages zu verzichten. Dies würde fünfzig Waggons ausmachen, die Wien überwiesen werden sollen.

Konferenzen in Budapest.

Budapest 20. Juni. (U. T.-K.-B.) Der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau ist heute früh hier eingetroffen. Er besuchte im Laufe des Vormittags den Ernährungsminister Prinzen Windischgrätz, mit dem er längere Zeit verhandelte. Mittags erschien Generalmajor Landwehr im Abgeordnetenhause, wo er mit dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle ebenfalls längere Beratungen pflog.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl 21/VI. 1918

45

Die Brotnot.

Die Verkürzung der Brotration hat die Bäckereibetriebe veranlaßt, in der Erzegung und Verführung des Brotes Aenderungen vorzunehmen. Viele, selbst größere Bäckereien werden nur zweimal wöchentlich backen. Die Fabriken wiederum backen zwar täglich, aber sie führen nicht so oft aus wie früher, manche nur an drei Tagen in der Woche. Dadurch vereinfachen sie ihren Betrieb und erleichtern die Tätigkeit der Polizei, die jeden Brotwagen begleitet, daß bei diesen Betriebsarten das Brot in altbackenem Zustande in die Hände der Verbraucher kommt, schadet wenig, denn das Brot ist von solcher Beschaffenheit, daß es auch altbacken recht gut schmeckt. Bei der neuen Ordnung werden die Verbraucher ihr Brot in weniger, dafür aber größeren Raten erhalten, und das ist ökonomisch, denn durch die Teilung in Achtellaibe wurde viel verschnitten.

Bezüglich der arbeitslos gewordenen Bäckergehilfen ist man bestrebt, ein Einvernehmen mit den Arbeitgebern dahin zu erzielen, daß diese Gehilfen nicht entlassen werden, sondern nur aussetzen. Allerdings gehen sie auch in diesem Falle des Lohnes verlustig und die Vertretung der Bäckergehilfen wird sich darum bemühen, ihnen für die Zeit der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung vom Ministerium für soziale Fürsorge zu erwirken.

Die Bemühungen, zum Ersatz für Brot andre Nahrungsmittel herbeizuschaffen, werden fortgesetzt. Die Oezeg hat von ihren in Deutschland eingelagerten Vorräten an Rindfleisch neuerlich 28,000 Kilogramm eingeführt. Die ungarischen Hasen gelangen morgen zum Preise von 25 K. zum Verkauf, und man erwartet eine weitere größere Sendung von Hasen aus Ungarn. Morgen beginnt der Verkauf des durch staatliche Subvention verbilligten Pferdefleisches. Die Gemeinde ist bemüht, baldigst Marmelade aufzubringen.

Private Meldungen sprechen von großen Gemüse- und Obstzufuhren aus Ungarn, doch merkt man auf den Märkten nichts von solchen. Wenn wirklich in den letzten Tagen aus Ungarn mehr eingeführt wurde, so hat es die Wiener Märkte nicht berührt.

Ungarns Hilfe.

Budapest, 21. Juni. (Privattelegramm.) Die Budapester Hilfsaktion für Wien nimmt einen immer größeren Umfang an, so daß man der Stadt Wien wahrscheinlich mit einer viel größeren Aushilfe wird beistehen können, als ursprünglich angenommen werden konnte. Heute wurden die Konsumgenossenschaften aufgefordert, von ihren Beständen darlehensweise der Kommune gewisse Quantitäten zur Verfügung zu stellen, die ihnen nach der Ernte zurückerstattet werden sollen. In der Budapester Bevölkerung begegnet die Hilfsaktion einer überaus sympathischen Aufnahme.

Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärte einem Vertreter des „Az Ujsag" — bekanntlich hat dieses Blatt die Hilfsaktion eingeleitet — folgendes: Ich halte den Vorschlag für einen sehr glücklichen. Denn es ist ein edles und zweckmäßiges Beginnen unsrerseits, auch die letzten Reste des Entbehrlichen den in Not gelangten zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag hat im ganzen Lande starken Widerhall gefunden und als Beweis hiefür dienen die von allen Seiten eingelangten Berichte, laut denen die Obergespäne der verschiedenen Komitate bereits Aktionen eingeleitet haben. Nach den ersten Anzeichen zu schließen, wird das Ergebnis ein sehr imposantes sein. Ich hoffe übrigens, daß während der Austauschaktion und nach dem frühen Drusch auf das rascheste größere Mengen aus Ungarn nach Wien gesendet werden können.

Der Handelsminister hat verfügt, daß beschleunigte Güterzuführen mit Obst und Lebensmitteln aus dem Kecskemeter Komitat nach Wien abgehen. Infolge der günstigen Witterungsverhältnisse wird in der nächsten Woche im Pester und Oedenburger Komitat sowie im Banat mit dem Schnitt des Korns begonnen werden. Insbesondere im Oedenburger Komitat erhofft man eine viel günstigere Kornernte als im vorigen Jahre. Der Frühschnitt würde es ermöglichen, das Kornmehl so rasch als möglich zu liefern.

Neue Freie Presse Abend
21./VI. 1918

46

Ein mehlloser Tag in Budapest zugunsten Wiens.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 21. Juni.

Als Gegenleistung für den heute vom Bürgermeister Body zu beantragenden Verzicht auf eine Tagesmehlquote seitens der Budapester Bevölkerung zugunsten Wiens, wird erwartet, daß gegebenenfalls die Stadt Wien sich durch Ueberlassung von Industrieartikeln, namentlich Kleidern und Schuhen usw. erkenntlich zeigen werde.

Zu dieser Aktion äußerte sich Ministerpräsident Doktor Wekerle folgendermaßen: Ich halte diesen Gedanken für sehr glücklich. Es ist eine sehr edle Sache, daß wir die geringe Menge, die wir entbehren können, zur Hilfeleistung für die in Not geratene Bevölkerung anbieten. Der Gedanke hat im ganzen Land großen Widerhall erweckt, was erwiesen ist durch viele Berichte, die mir zugegangen sind, wonach in den Komitaten die Obergespäne überall eine gleiche Aktion eingeleitet haben. Nach den ersten Zeichen zu urteilen, wird das Ergebnis dieser Aktion ein sehr imposantes sein. Im übrigen hoffe ich, daß wir im Laufe der Tauschaktion infolge des Frühdrusches je eher in die Lage gelangen werden, den Wienern große Mengen zur Verfügung zu stellen.

Reichspost
21./IV. 1918

47

Der öffentliche Anschlag des Stadtratsbeschlusses über die Brotkürzung untersagt. Bekanntlich hatte der Stadtrat auf Antrag des StR. Jung beschlossen, seine Entschließung über die Kürzung der Brotration durch öffentlichen Anschlag bekanntzumachen. Aber das von Bgm. Dr. Weiskirchner gestellte Ansuchen um Bewilligung wurde von der Polizeidirektion mit der Verständigung beantwortet, daß „aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung eine willfahrende Folge nicht gegeben" werden könne. Bgm. Dr. Weiskirchner machte in der heutigen Stadtratssitzung hievon Mitteilung und über seinen Antrag wurde beschlossen, keinen Rekurs gegen diesen Bescheid zu ergreifen, da dem Rekurse eine aufschiebende Wirkung nicht zukomme.

Der Neue Abend
21./VI. 1918

48

Tagesordnung: Brot.

Herr Dr. Weiskirchner, der sich's offenbar anders überlegt hat, schickt uns folgenden Brief:

Wien, am 20. Juni 1918.

Unter Bezugnahme auf § 19 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung Ihres in der Nr. 9 Ihres Blattes vom 19. Juni l. J. unter der Spitzmarke „Die Brotfrage und das Abgeordnetenhaus" und unter dem Titel „Dr. Weiskirchner gegen den Ministerpräsidenten" gebrachten Artikels:

Es ist nicht richtig, daß ich den Rücktritt des Ministerpräsidenten verlange, richtig ist vielmehr, daß ich niemals und an keinem Orte ein solches Verlangen gestellt habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Weiskirchner.

So ist's recht. Wir sind ebenfalls dagegen, daß jetzt Politik gemacht wird! Ob Herr Dr. Weiskirchner vor zwei Tagen derselben Meinung war? Seine Parteifreunde, die im Abgeordnetenhause das Gegenteil erzählten und noch dazu sehr vernehmlich, mögen das mit ihm ausmachen. Dr. Weiskirchner, der Verbündete dieser christlichsozialen Bauern, wird ihnen gegenüber einen recht schweren Stand haben. Denn was kann ihnen heute unangenehmer sein, als wenn sich das hohe Haus unter dem Druck der leidenden Bevölkerung in eine ernste Erörterung der Lebensmittelwirtschaft einließe und dem Minister des Innern das feierliche Versprechen abnähme, ohne Gnade einzutreiben, was sich an Vorräten findet.

*

Das Vorgehen der Polen ist ein schlagender Beweis, daß das Vorschieben großer politischer Fragen im jetzigen Augenblick nichts anderes ist als eine mutwillige und verbrecherische Störung der Brottagung, auf die die Bevölkerung wartet. Man bedenke: Die Polen wollen für die austro-polnische Lösung, das ist die Vereinigung Polens mit Österreich unter dem habsburgischen Kaiser eintreten und ihre Übereinstimmung mit dem österreichischen Staat durch Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten zum Ausdruck bringen, wenn das Cholmer Land von der Ukraine losgelöst, weiters aber ihnen bindend versprochen wird, daß das fruchtbare ruthenische Ostgalizien niemals von dem wenig fruchtbaren polnischen Westgalizien losgelöst werde. Außenpolitisch wäre eine bedingungslose Entschließung der Polen für den Staat von größter Bedeutung, weil sie die Stellung des Ministers Grafen Burian bei seinen Verhandlungen mit Deutschland über die Lösung der polnischen Frage stärken würde. Eine an Bedingungen geknüpfte Verständigung hat aber ihre kleinen Schwierigkeiten, besonders da diese Bedingungen wirklich keine Kleinigkeiten sind. Denn das Cholmer Land ist in einem vom Grafen Czernin unterzeichneten Friedensvertrag den Ukrainern zugesprochen worden, der zwar noch nicht ratifiziert ist, aber vollständig geändert oder gar umgestoßen werden müßte, wenn Cholm polnisch werden soll. Die Zweiteilung Polens steht, so heißt es, mit diesem Vertrag in irgend einem Zusammenhang, aber abgesehen davon wünschen sie die Ruthenen, die immerhin über zweiunddreißig Abgeordnete verfügen und in eine wütende Opposition getrieben würden, wenn irgend eine Regierung sich in ein galizisches „Für ewig ungeteilt" einließe. Sie stehen eben auf dem Standpunkt, der als höchste staatserhaltende Weisheit von der deutschen Minderheit im Kronland Böhmen eingenommen wird.

So viel hohe und höchste Politik soll jetzt in zwei Tagen ins Reine gebracht werden, nachdem die hier Monate, die seit dem Tag von Brest-Litowsk verflossen sind, nicht ausgereicht haben, sie zu bezwingen. Gerade in der Woche der Brotkürzung muß das Königreich Polen geboren werden, gerade in dieser Woche, da die Bevölkerung das Cholmer Land mit Vergnügen den Samojeden zusprechen würde, wenn sie sich dafür von Ungarn erhöhte Getreidelieferungen sichern könnte. Ist die Geduld nicht staunenswert, mit der wir die Berichte über die polnischen Verhandlungen lesen, die wahrhaftig mindestens bis zum Ablauf des nächsten Budgetprovisoriums Zeit haben, durch ihre Dringlichmachung uns aber heute in die Gefahr einer § 14-Herrschaft stürzen und die parlamentarische Behandlung der Ernährungsfrage unmöglich machen.

*

Bis zum Überdruß soll hier wiederholt werden, daß heute nichts wichtiger ist als eine Parlamentstagung, die sich mit der Ernährungsfrage befaßt und die Lebensmittelwirtschaft des kommenden Erntejahres regelt. Jeder Tag, der uns der neuen Ernte näher bringt, ohne daß über ihre Erfassung und Aufteilung Beschluß gefaßt ist, muß als schwerer Verlust bezeichnet werden. Die vor einigen Tagen erschienene Ernteverordnung darf darüber nicht hinwegtäuschen, denn in ihr fehlt das Wichtigste: die Bestimmung der Brotquote. Sie war unmöglich, weil Ungarn für seine Selbstversorger eine Quote von achtzehn Kilogramm verlangt, um drei Kilogramm mehr als im abgelaufenen Erntejahr und ein Vielfaches dessen, was ein österreichischer Nichtselbstversorger vor der Kürzung erhielt. Die Entscheidung darüber, wie hoch die ungarische Quote ausfällt und wieviel vom ungarischen Getreide im Wirtschaftsjahre 1918/19 für Österreich übrig bleibt, bestimmt unser Schicksal. Alles andere ist in diesen Tagen nebensächlich. Da muß das österreichische Parlament mitsprechen, denn ohne seine Stimme wird die Entscheidung gegen uns ausfallen.

W.

Tägliche Rundschau 21./VI. 1918

49

* **Die Kartoffelversorgung in der Uebergangszeit.** Ueber die Ursachen der gegenwärtig in einigen Gemeinden Groß-Berlins zu beobachtenden Kartoffelknappheit wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Die Wochen des Uebergangs von der alten zur neuen Ernte sind für die Kartoffelversorgung erfahrungsgemäß die schwierigste Zeit. Für die Mark Brandenburg und für Groß-Berlin sind die Schwierigkeiten diesmal dadurch verstärkt worden, daß große Kartoffelmengen an das Heer geliefert werden mußten, so daß die den Groß-Berliner Bedarfsverbänden zugeteilten Lieferkreise ihre Zufuhren nicht so durchführen konnten, wie dies ursprünglich beabsichtigt war. Dazu kommen als sehr erschwerender Umstand für die öffentliche Versorgung Groß-Berlins die Hamsterfahrten in die nähere und weitere Umgebung Berlins hinzu, durch die der öffentlichen Kartoffelbewirtschaftung nach amtlicher Schätzung der beteiligten Kommunalverbände täglich Tausende von Zentnern entzogen werden. Es ist klar, daß die Kreise unter solchen Umständen ihr Lieferungssoll nicht erfüllen können. Hauptsächlich aus diesen Umständen ist die gegenwärtige bedauerliche Kartoffelknappheit in einigen Gemeinden zu erklären. Ihr sucht die Provinzial-Kartoffelstelle für die Provinz Brandenburg nach Möglichkeit dadurch abzuhelfen, daß sie alle nur irgendwie noch zu erfassenden Kartoffelbestände zuerst den unter Kartoffelmangel leidenden Gemeinden zuweist. Wo trotzdem den Gemeinden keine Kartoffeln mehr zur Verfügung stehen sollten, werden Ersatznahrungsmittel gewährt werden; unter Umständen ist auch damit zu rechnen, daß die Reichskartoffelstelle noch aus ihren Rücklagen Beihilfen gewährt.

Die Hoffnung auf eine zeitige Frühkartoffelernte ist leider durch die starken Nachtfröste zu Anfang dieses Monats zunichte geworden. Die Frühkartoffeln haben in der Mark Brandenburg durch die Nachtfröste sehr gelitten. Die Ernte ist dadurch außerdem um zwei bis drei Wochen verzögert worden, so daß sich die schwierige Zeit der Uebergangsversorgung um diesen Zeitraum verlängert.

Der Neue Abend
21./III. 1918

50

Die Wiener Lehrerschaft und die Brotverkürzung.

Folgende Entschließung wird uns übermittelt:

„Die Vertrauenspersonen des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft erheben energisch Widerspruch gegen die Mißwirtschaft in der Lebensmittelversorgung, die in den letzten Tagen dazu geführt hat, daß das hungernde Volk, zu welchem sich auch die Lehrerschaft rechnen muß, im Brotbezug um die Hälfte verkürzt werden mußte. Sie erheben insbesondere Einspruch dagegen, daß die hungernden Kinder der Wiener Volks- und Bürgerschulen abermals beim Schulfrühstück verkürzt werden und sie verlangen, daß ehestens Mittel gefunden werden, um bald der Jugend des Volkes das Stückchen Brot zu wahren, auf das es bisher Anspruch hatte.

Für die neue Ernährungsperiode verlangt der Zentralverein der Wiener Lehrerschaft, daß den Vertretern der Verbraucher der Einfluß eingeräumt wird, der notwendig ist, eine gerechte Verteilung der künftigen Ernte sicherzustellen.

Von der Gemeindeverwaltung wird verlangt, daß auch der Lehrerschaft wenigstens einiger Ersatz für das verkürzte Brot durch unmittelbare Abgabe von Lebensmitteln aus den Vorräten der Gemeinde geboten werde, da die Amtspflicht die Lehrerschaft verhindert, sich im Wege des Anstellens die in Aussicht gestellten Zubußen zu verschaffen."

Der Neue Abend
22./VI. 1918.

A 23
52

Die Rindfleischrayonierung für Mitte August in Sicht!

Die Rindfleischrayonierung soll nun durchgeführt werden! Im Ernährungsamte finden seit einigen Tagen Vorberatungen statt, die endgültige Entscheidung dürfte für die Rayonierung ausfallen. Gegen die Durchführung werden hauptsächlich von den Fleischhauern Bedenken erhoben, und unter diesen sind es besonders die Extremfleischhauer, die für ihren Erwerb fürchten, doch erheben die Fleischhauer auch Einwendungen, die nicht lediglich in Interessen des Erwerbes begründet sind, sondern sich auf technische Schwierigkeiten beziehen.

Trotzdem werden besondere Fleischkarten, und zwar schon anfangs Juli, ausgegeben werden. Schon in der nächsten Woche wird diese amtliche Kundmachung erscheinen, in der auf die Notwendigkeit, für die zur Neige gehenden Fleischabschnitte auf den Einkaufsscheinen Ersatz zu schaffen, hingewiesen und die Ausgabe eigener Fleischeinkaufsscheine angekündigt wird, die mit Julibeginn in Gültigkeit treten. Aller Voraussicht nach werden gleichzeitig mit der Ausgabe der neuen Rindfleischkarten auch schon in der zu erwartenden Kundmachung die vorbereitenden Arbeiten für die Rindfleischrayonierung angeordnet werden. Die Rayonierung soll am 15. August d. J. in Kraft treten, vorausgesetzt, daß alle noch entgegenstehenden Hindernisse in der Frist von etwa sechs Wochen beseitigt sind. Die rayonierte Menge wird 20 Dekagramm nicht übersteigen. Der Regelung wird wieder nur der Rindfleischverkauf unterworfen; Kalbfleisch, Schweinefleisch und Geflügel bleiben vorläufig noch frei. k.

Neue Freie Presse Abend
22/IV. 1918

Die halbe Brotmenge für Wien.

Die zwei mehllosen Tage in Budapest zugunsten Wiens.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat von Bürgermeister Body (Budapest) nachstehende Depesche erhalten: „Bezugnehmend auf mein Telegramm vom 18. d. kann ich Eurer Exzellenz mit Freuden mitteilen, daß die brüderliche Teilnahme unserer Bevölkerung es ermöglichte, die schwere Ernährungslage der Stadt Wien, wenn auch nur in bescheidenem Maße, zu erleichtern. Unsere Bevölkerung hat sich auf meine Aufforderung sofort bereit erklärt, in den Monaten Juni und Juli auf die Mehlration je eines Tages zugunsten der Stadt Wien zu verzichten. Dieser Bereitwilligkeit zufolge sind wir in der angenehmen Lage, fünfzig Waggons Mehl der Schwesterstadt zur Verfügung zu stellen, bezüglich deren schleunigster Zusendung ich die nötigen Verfügungen getroffen habe. Ich möchte hoffen, daß die Stadt Wien diese beschränkte Mithilfe unserer Bevölkerung mit ebenso herzlichen Gefühlen entgegennehmen wird, als wir dieselbe angeboten haben."

Die Verhandlungen der Arbeiterschaft mit der Regierung.

Gestern wurden, wie die „Arbeiterzeitung" meldet, den ganzen Tag die Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiterschaft fortgesetzt. Vormittags sprachen die Abgeordneten Domes, Renner und Sever bei dem Kriegsminister, nachmittags die Abgeordneten Hanusch, Sever und Chefredakteur Austerlitz bei dem Minister des Aeußern vor. Zugleich tagte die Kommission zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriegsnotstand, in der unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge die Vertreter der Gewerkschaften mit den Vertretern des Kriegsministeriums und der Unternehmerverbände über die Lohnfragen verhandelten. In den Abendstunden fand eine Besprechung bei dem Ministerpräsidenten statt, an der die Minister Banhans, Gayer, Mataja, Paul und Wimmer, der Sektionschef Grimm vom Finanzministerium und die Hofräte Culic und Gärtner vom Ministerratspräsidium, ferner als Vertreter der Arbeiterschaft Domes, Eldersch, Forstner, Renner, Sever und Tomschik teilnahmen.

In der Abendsitzung erklärte der Minister Paul, daß alles, was im In- und im Ausland aufgebracht werden könne, uns für die nächsten Wochen nicht mehr sichern könne, als die halbe Brotration. Dagegen sei das Volksernährungsamt bemüht, Zubußen an anderen Lebensmitteln zu beschaffen. Neben 25 Dekagramm Fleisch werde als außerordentliche Zubuße 1 Kilogramm Pferdefleisch für den Kopf und die Woche gegeben werden, einige Waggons Speck und Käse und größere Mengen Marmelade seien für den Wiener Bedarf sichergestellt. Dauergemüse werden wohlfeil abgegeben werden. Außerdem aber plane das Volksernährungsamt eine große Ausspeiseaktion. Man werde von militärischen Fahrküchen aus hunderttausend Menschen durch vier Wochen eine warme Mahlzeit täglich (Suppe, 10 Dekagramm Fleisch, Gemüse) zu billigen Preisen abgeben können. Diese Aktion soll schon in der nächsten Woche beginnen.

Die Revisionen in Gasthäusern und Hotels.

Die „Korrespondenz Wilhelm" schreibt: Im Hinblick au[f] zahlreiche Beschwerden, die in der Bevölkerung über die z[u] mangelhafte Versorgung, die in vielen Gasthäusern geboten wird laut wurden, hat das Kriegswucheramt im Einvernehmen mi[t] den Oberbehörden in einundneunzig Hotels und Gastwirtschaften, die vornehmlich von kaufkräftigem Publikum besucht werden, eingehende Nachschau gehalten; sie sollte insbesondere feststellen, auf welche Weise es möglich sei, daß die betreffenden Hotelbesitzer und Gastwirte in der Lage sind, trotz der verringerten Mehlzuweisungen ihren Gästen täglich Mehlspeisen zu verabreichen. Die Vermutung, daß die Wirte und Hotelbesitzer Mehl im Schleichhandel erworben haben, erwies sich als richtig. In den meisten Fällen traf die Annahme zu. In vielen Betrieben wurden unangemessen große Vorräte von Mehl sichergestellt. So wurde unter anderm durch diese Aktion ein Vorrat von 8500 Kilogramm Mehl und 2000 Kilogramm Mahlprodukten gefunden und beschlagnahmt. Hand in Hand mit dieser Nachschau ging auch eine eingehende Durchsicht der Speisekarten in den einzelnen Betrieben. Dabei wurde festgestellt, daß zahlreiche der beanstandeten Gastwirte und Hotelbesitzer übermäßig hohe Preise gefordert haben. Festgestellt wurde aber auch, daß sie sich an jene Verordnungen nicht halten, die zum Zwecke der Einschränkung des Verbrauches von Fett, Fleisch und Mehl erlassen worden sind. So wurden beispielsweise in zahlreichen Betrieben entgegen der Vorschrift neben zwei Fleischgattungen noch Fische und Geflügel verabreicht. Dann wurde das Verbot der Verwendung von zerlassener Butter außeracht gelassen. Auch das Verbot, zur Zubereitung von Tunken Oel zu verwenden, wurde nicht beachtet. Schließlich war aus vielen Speisekarten zu ersehen, daß in den betreffenden Betrieben mehr als eine Gattung von Mehlspeisen angeboten und verrechnet wurde.

In den Fällen, in denen der Verdacht vorliegt, daß es sich um Preistreiberei handelt, wird das Gutachten der Preisregelungsstelle eingeholt werden. Die Uebertretungen der Ordnungsvorschriften, deren Ahndung in den Wirkungskreis des Magistrats fällt, wurden bereits dieser Behörde bekannt gegeben. Dem Magistrat obliegt nunmehr die Durchführung der Strafamtshandlung. Diese Ueberwachung der Hotelbetriebe und Gastwirtschaften wird fortgesetzt werden, um die Einhaltung der einschlägigen Verordnungen zu gewährleisten und übermäßige Preisforderungen der Hotelbesitzer und Gastwirte hintanzuhalten.

Fremdenblatt
22. VI. 1918

55

Die Wirtschaftsfragen.

Mehlbeschlagnahmen in großen Hotels.

Nach vorliegenden Meldungen sind in den letzten Tagen Mehlrevisionen in großen Gastwirtschaften und Hotel-Wirtschaftsräumen vorgenommen worden. Hiebei wurden „Uebervorräte" in verschiedenen Betrieben beschlagnahmt, die in einzelnen Fällen bis zu 100 Kilogramm betrugen. Zumeist handelte es sich um weißes (Kuller-) Mehl, das von den Inhabern zu hohen Preisen erworben worden war.

Diese Angelegenheit gelangte gestern im Gemeinderate zur Sprache. Gemeinderat Schäfer teilte in einer Interpellation mit, daß bei allen Gastwirten und Hoteliers in Wien vom Kriegswucheramt Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, bei welchen es zu peinlichen Szenen kommt, da man selbst ganz bescheidene Vorräte in Beschlag nimmt. Wenn man weiß, daß vom Ernährungsamt niemand etwas zugewiesen bekommt, erscheint es sehr merkwürdig, daß man den Gastwirtschaften die Lebensmittel, die sie meist zu sehr hohen Preisen aus Ungarn beschaffen, einfach wegnimmt? Dieses Vorgehen ist umso mehr verwunderlich, als 50- bis 60.000 Militärpersonen nur auf das Wirtshaus angewiesen sind. Wie sollen die Wirte jetzt ihre Gäste verköstigen, mit welchem Rechte werden die bescheidenen Vorräte in Beschlag genommen. Es wird schließlich gefragt, ob der Bürgermeister bei den maßgebenden Behörden sofort die Aufhebungen der Requirierungen beantragen und alles veranlassen wolle, um die Sperre der Betriebe zu verhindern.

Der Bürgermeister erwiderte: Die Erhebungen bei der Polizei haben folgendes ergeben: Die genannten Revisionen wurden tatsächlich vorgenommen, und zwar zu dem Zweck, um eine Ueberverpflegung in den Gasthäusern zu verhindern. Diese Revisionen werden nicht in sämtlichen, sondern nur in größeren Gasthäusern vorgenommen, da dort heute noch sehr reichhaltige Speisekarten geführt werden, die oft Aergernis hervorgerufen. Es wurden bisher im ganzen 91 Betriebe revidiert. Nur zehn Betriebe davon waren einwandfrei geführt, in allen anderen wurde festgestellt, daß die bisher bestehenden Verordnungen absolut unberücksichtigt blieben. In einer Anzahl von Betrieben, in welchen ein Uebervorrat konstatiert wurde, wurden Sicherstellungen vorgenommen, jedoch wurden die sichergestellten Lebensmittel später größtenteils wieder freigegeben. Diese Revisionen werden fortgesetzt, um zu kontrollieren, ob die Verordnungen eingehalten werden. Der Magistrat wird Gelegenheit haben, in etwa 71 Fällen die Anzeigen zu überprüfen.

Die deutsche Mehlaushilfe.

K. Berlin, 21. Juni. Im Ernährungsausschuß des Reichstages wurde von Seiten der Regierung zu den Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn folgendes ausgeführt: In den Abmachungen des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn, die um Pfingsten 1918 herum getroffen wurden, ist vereinbart worden, daß ausschließlich Deutschland diejenigen Lebensmittel, die nach dem Friedensvertrag die Ukraine zu liefern hat, aufbringt. Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, an Oesterreich-Ungarn eine gewisse Menge Getreide vorweg aus den Beständen der Ukraine und Bessarabien zu liefern. Irgendeine Verpflichtung Deutschlands für Versorgung Oesterreich-Ungarns aus deutschen Getreidebeständen ist niemals übernommen worden. Da sich Oesterreich in einer außerordentlich schwierigen Ernährungslage zurzeit bis zu der in wenigen Tagen dort einsetzenden neuen Ernte befindet, so sind wir um Hilfeleistung gebeten worden.

Fremdenblatt
22./VI. 1918

Ungarische Frühkartoffeln für Wien.

Die Zufuhren ungarischer Frühkartoffeln haben gestern eingesetzt. Da sie aber nicht ausreichen werden, sofort eine allgemeine Ausgabe zu ermöglichen, werden die Frühkartoffeln an die einzelnen Bezirke je nach der Lage des Ankunftsbahnhofes der Reihe nach anstatt der Altkartoffeln abgegeben. Die erste Ausgabe findet Sonntag und Montag im 3. und 20. Bezirk statt. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit einem halben Kilogramm festgesetzt. Die Kartoffeln werden zum Preise von 58 Heller für das halbe Kilogramm in der üblichen Weise unter Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes K abgegeben.

Fremdenblatt
23. VI. 1918

57

Zur Kürzung der Brotration.

In Erwiderung des von Bürgermeister Dr. Body an den Bürgermeister gesendeten Telegrammes über die bereitwillige Hilfeleistung der ungarischen Hauptstadt hat Dr. Weiskirchner an Dr. Body nachfolgendes Danktelegramm gerichtet:

Das durch die Tat bewiesene herzliche Mitgefühl der treuen Schwesterstadt Budapest löst bei der schwergeprüften Bevölkerung Wiens lebhaften Widerhall und tiefe Genugtuung aus. Die Freiwilligkeit des Opfers der Budapester Stadtbevölkerung erhöht den moralischen Wert der Gabe. Die bisher in allen Stürmen und Nöten des Krieges so glänzend bewährte patriotische Einigkeit wird wie an der Front, so auch auf wirtschaftlichem Gebiete jetzt und für alle Zukunft ungebrochen fortbestehen. Ihnen, hochverehrter Herr Kollege, spreche ich für die Sie ehrende hochherzige Anregung zur werktätigen Teilnahme der Bewohner Budapests an den Sorgen Wiens meinen ganz besonderen Dank aus und versichere Sie, daß die Kaiserstadt Wien mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen wird, in ebenso selbstloser Weise die Gefühle ihrer aufrichtigen Verehrung für die Bevölkerung Budapests zum Ausdrucke zu bringen.

Die ungarische Hilfe.

K. Budapest, 22. Juni. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Die Verhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung in Angelegenheit einer Hilfeleistung an Lebensmitteln für Wien und die notleidenden österreichischen Gegenden haben das ungarische Ernährungsministerium zu einer weitgehenden Aktion veranlaßt. Das erste Ergebnis dieser Aktion war der Beschluß der Hauptstadt, durch Kürzung der Mehlquote von Budapest der Stadt Wien 50 Waggons Mehl zur Verfügung zu stellen. Freiwillige Spenden dürften in kürzester Zeit auch seitens anderer Städte Ungarns erfolgen. Das ungarische Ernährungsministerium hat übrigens durch seine Regierungskommissäre in einzelnen Komitaten, insbesondere in Temesvar, Torontal und Bacs-Bodrog, Schritte eingeleitet, damit auch hier durch freiwillige Spenden die Stadt Wien und Oesterreich überhaupt reichliche Unterstützung finden. Als erfreuliches Moment ist hervorzuheben, daß sowohl die Arbeiter der ungarischen Staatseisenbahnen wie diejenigen der ungarischen Strecke der Südbahn beschlossen haben, von den geringen Vorräten an Lebensmitteln einen Teil ihren österreichischen Kollegen zu überlassen. Bisher hat das ungarische Ernährungsministerium, um der dringendsten Not abzuhelfen, bereits 22.000 Hasen, ferner Frühkartoffeln und eine große Menge von Gemüse und Obst geliefert. Auch Selchfleisch wurde der Stadt Wien zur Verfügung gestellt. Die Aktion wird von Seiten der ungarischen Regierung mit großer Energie betrieben, damit die Hilfe so rasch als möglich erfolgen könne.

Lebensmittelaushilfe aus der Ukraine.

Der ukrainische Gesandte in Wien Herr Jakobliw hat an sein Ministerium des Aeußern in Kiew folgende dringliche Depesche gerichtet: „Wien leidet unter schwerstem Brotmangel. Bitte bei der ukrainischen Regierung Schritte zu unternehmen, damit auf Grund unserer freundschaftlichen Beziehungen brüderliche Hilfe geleistet wird, und zwar schleunigst eine Anzahl Waggons Mehl und Kartoffeln außertourlich nach Wien geschickt werden. Ueber die Verfügungen in dieser Angelegenheit bitte ich, mich telegraphisch zu verständigen."

Kartoffelabgabe.

Die Zufuhren von Altkartoffeln haben in den letzten Tagen stark nachgelassen, so daß die Abgabetage in der kommenden Woche noch nicht festgesetzt werden können. Sollte der Einlauf der nächsten Tage nicht hinreichen, um für die kommende Woche eine allgemeine Ausgabe zu ermöglichen, werden die Altkartoffeln an die einzelnen Bezirke der Reihe nach abgegeben werden. Sonntag und Montag werden im 3. und 20. Bezirk, wie bereits verlautbart, ungarische Frühkartoffeln abgegeben; diese Ausgabe wird bei weiterem Einlaufe bezirksweise fortgesetzt werden.

* * *

In den kommunalen Verkaufsstellen gelangt von Montag den 24. d. M. an Schweinefleisch gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (weiß, grün, blau, gelb) zur Ausgabe. Bis zu vier Personen ein halbes Kilogramm, darüber ein Kilogramm.

Mit Rücksicht auf die noch andauernde Brotknappheit wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten im Laufe der nächsten Woche neuerlich 20.000 Kilogramm Salzspeck bei einigen Ständen in der Großmarkthalle abgeben lassen. Bezugsberechtigt sind wieder Besitzer weißer amtlicher Einkaufscheine. Auf jeden Schein gelangen so vielmal 6 Dekagramm Fett zur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen ausgewiesen sind. Buchstabe A bis G am 25. d. M., H bis L am 26. d. M., M bis S am 27. d. M. und Sch, St, T bis Z am 28. d. M. nach Maßgabe der Vorräte.

Abgabe von Dörrobst.

Die nächste Ausgabe von Dörrobst beginnt am 24. Juni, und zwar in folgender Ordnung: Montag den 24. d. für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Sch, T. bis Z, Dienstag den 25. d. P bis R, S, St, Mittwoch den 26. d. K, M bis O, Donnerstag den 27. d. G bis J, L, und Freitag den 28. d. A bis F. Von Samstag den 29. d. angefangen erfolgt die Abgabe an alle Haushaltungen, welche an den erwähnten Tagen Dörrobst nicht beziehen konnten. Zur Ausgabe gelangen Dörrpflaumen, und zwar teilweise Sackware, teilweise Kistenware. Der Kleinhandelspreis beträgt: für Sackware 3 Kronen 12 Heller per Kilogramm. Die Abgabe findet nur gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte statt, von welcher der Buchstabe Z (rechts unten) abzutrennen ist. Auf jedes Haushaltungsmitglied entfällt ½ Kilogramm Dörrpflaumen.

Frische Kirschen auf den Märkten.

Die Gemüse-Obst-Stelle hat veranlaßt, daß sechzig Waggons Kirschen zur Versorgung der Wiener Bevölkerung für die allernächste Zeit sichergestellt wurden. Dieses Obst wird auf den Wiener Märkten zu den vom Wiener Marktamte festgesetzten Preisen verkauft werden. Der erste Waggon dieser Lieferung wird bereits heute Sonntag in Wien einlangen.

Unterzündholz.

Die Abgabe von je fünf Kilogramm Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt vom 23. bis 29. d. M. Preis 34 Heller für ein Kilogramm weiches und 27 Heller für ein Kilogramm hartes Holz.

Die dieswöchigen Lebensmittelmärkte.

Die Lage auf den dieswöchigen Lebensmittelmärkten zeigte gegen die Vorwoche keine wesentliche Veränderung. Die Zuweisungen an Rindfleisch reichten auch diesmal zur völligen Einlösung der Marken nicht aus. Da der Bezug an rumänischen Schweinen eine Unterbrechung erfahren hat, wurde der Schweinefleischverkauf in den meisten Bezirken eingestellt. Gestern gelangte gefrorenes ungarisches Schweinefleisch zu Kr. 15.— pro Kilogramm zur Ausgabe, welches gleichfalls viele Abnehmer fand. Kalbfleisch ist beinahe vollständig aus dem Verkehr verschwunden. Schaf- und Lammfleisch erfreuen sich keiner besonderen Beliebtheit. In der abgelaufenen Woche wurden in der Großmarkthalle von der Gemeinde Wien 20.000 Kilogramm Salzspeck zu Kr. 9.50 pro Kilogramm unter starkem Zulaufe ausgegeben. Die Butterzufuhren beginnen sich zu bessern. Anhaltend reichlich waren die Ankünfte an Geflügel. In Ermangelung aller Fleischgattungen war die Nachfrage, namentlich zum Wochenschlusse, lebhafter. Mit Ausnahme von Fettware wurden die Preise um 1 Krone pro Kilogramm herabgesetzt. Die Fischzufuhren haben merklich abgenommen.

Die Kürzung der Brotration veranlaßte die meisten Haushaltungen, auf den Gemüsemärkten Ersatz zu suchen. Diese wurden zwar ziemlich günstig, allein schwächer als in der Vorwoche versorgt. Erstens macht sich der Ausfall der ungarischen Zufuhren bemerkbar, dann befindet sich die Vegetation in einer Uebergangsperiode, in der die Ernte erfahrungsgemäß minder ausgiebig ist. Gestern langte bulgarischer Knoblauch hier ein. Auf dem Obstmarkte mangelte es an Kirschen, die Zufuhren zeigten trotz der bewilligten Preiserhöhung keine Besserung. Johannis- und Stachelbeeren wurden in relativ ausreichenden Mengen zugeführt. Die Eierausgabe ließ sehr viel zu wünschen übrig.

Neue Freie Presse
24./VI. 1918

59

Danktelegramm des Ministerpräsidenten Doktor v. Seidler an Dr. Wekerle.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 24. Juni.

Der österreichische Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hat an Dr. Wekerle folgende Depesche gerichtet: „Die seitens der königlich ungarischen Regierung und der ungarischen Bevölkerung in den letzten Tagen ganz besonders bewiesene Bereitwilligkeit, die schwierige Ernährungsfrage Oesterreichs nach Kräften lindern zu helfen, erfüllt mich mit aufrichtigster Freude und Genugtuung und ich bitte Eure Exzellenz für die Bekräftigung brüderlichen Zusammenhaltens den tiefempfundenen Dank der österreichischen Regierung entgegennehmen zu wollen. (Gez.:) Seidler."

Die Mehlaushilfe der Stadt Budapest für Wien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 24. Juni.

Auf Verfügung des Bürgermeisters Body sind heute früh abermals 25 Waggons Mehl nach Wien abgegangen. Der Abtransport von weiteren Mahlprodukten und Gemüsesendungen wird in den allernächsten Tagen erfolgen. Diese Sendungen von größerem Umfange werden möglichst rasch aufgebracht werden können, um so mehr, als die vom Ernährungsminister in der Provinz eingeleitete Hilfsaktion für Wien in der ungarischen Bevölkerung überall den größten Sympathien begegnet.

Bedauerlich ist bloß, daß infolge der Arbeiterbewegung die Aufbringung von größeren Mengen Frühkartoffeln auf Schwierigkeiten stößt und eine Verzögerung erleidet.

Arbeiterzeitung
24./VII. 1918

60

* **Die Bäckergenossenschaft will die Mehlverteilung an sich reißen.** Die gestern unter dem Vorsitz des Vorstehers Breunig abgehaltene Versammlung der Wiener Bäckergenossenschaft beschäftigte sich mit den finanziellen Verhältnissen der Genossenschaft, die vom Vorsteher als sehr düster bezeichnet wurden. Die Umlagen sind während der letzten zwei Jahre von 38.000 Kronen jährlich auf 12.000 Kronen zurückgegangen. Es sei unmöglich, mit diesen Einnahmen das Auslangen zu finden. Eine Umlagenerhöhung sei mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse der Mitglieder gänzlich ausgeschlossen; aber selbst eine Umlagenerhöhung um hundert Prozent könne die Lage der Genossenschaft nicht ändern. Schon im vorigen Jahre habe die Genossenschaft in Erwartung eines baldigen Kriegsendes, um die laufenden Auslagen zu decken, ein Anlehen von 36.000 Kronen aufgenommen und nun stehe man wiederum vor der Notwendigkeit, nochmals eine Hypothek von 40.000 Kronen aufzunehmen. Die Genossenschaft stehe demnach vor dem finanziellen Ruin, wenn nicht Mittel gefunden würden, eine Gesundung herbeizuführen. Eine Gesundung könne ermöglicht werden, wenn die Genossenschaft die Mehlverteilung, die von der Gemeinde derzeit besorgt werde, in die Hand bekäme, so wie dies in Graz mit Erfolg geschehen sei. Ein anderes Hilfsmittel könne nicht gefunden werden. Die Genossenschaftsvorstehung habe sich bereits an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner gewendet und die Uebergabe der Mehlverteilung an die Genossenschaft verlangt. Auch an den Magistrat wurde eine diesbezügliche Eingabe gerichtet. Stadtrat Körber erklärte in der Debatte, die sich an das Referat schloß, es gäbe kein anderes Mittel zur Deckung des Abganges, als die Uebernahme der Mehlverteilung. Auch Vorstandsmitglied Giles betonte, daß dies der einzig mögliche Ausweg sei, um eine Gesundung der Finanzen der Genossenschaft herbeizuführen, und bemerkte, nach den Aussprachen mit den maßgebenden Stellen könne man mit Zuversicht der Hoffnung Ausdruck geben, daß dem Ansuchen der Genossenschaft um Uebergabe der Mehlverteilung entsprochen werden wird. Hierauf wurde der Vorstehung die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens im Betrag von 40.000 Kronen einstimmig erteilt. — Wir sehen nicht ein, warum es der einzige Ausweg sein soll, daß den Bäckern aus den Kassen der Stadt ausgeholfen wird. Die Mehlverteilung muß, wie es scheint, ein recht einträgliches Geschäft sein. Dieses Geschäft den Bäckern zu übergeben erhöht die Gefahr von Durchstechereien und Verschleppungen, weshalb vom Standpunkt der hungernden Bevölkerung gegen die Erfüllung dieses Wunsches schärfster Einspruch erhoben werden muß. Wir wünschen, daß sich die Gemeinde diesem Vorschlag gegenüber zurückhaltend erweise. Wir verkennen nicht, daß die Bäcker schwere Zeiten haben, aber dennoch müssen sie sich anders als auf Kosten der Allgemeinheit zu helfen suchen.

Berliner Lokalanzeiger 25/VI. 1915. 61

Abendausgabe

Die Mehlbereitung im Kriege.

Von

Heinrich Trillich (München).

Unter diesem Titel hat Herr Hans Ostwald in Nr. 281 des „Berliner Lokal-Anzeigers" einen Aufsatz gebracht. Seinen Ausführungen muß auf Grund ärztlicher Beobachtungen und eigener Erfahrungen, die jeder an sich machen kann, widersprochen werden. Gewiß ist das kleiehaltige Mehl nicht ohne weiteres gesundheitsschädlich, aber sein Genuß kann im Lauf der Zeit zu gesundheitsschädigenden Folgen führen, hauptsächlich durch die ständige Ausdehnung der Darmwandungen und die dadurch herbeigeführte Erschlaffung.

Durch die scharfe, hohe Ausmahlung auf 94 Prozent wird die Ernährung des deutschen Volkes nicht gesichert, sondern im Gegenteil, sie wird derartig verschlechtert, daß die Ernte um reichlich ein Drittel vermindert wird.

Man erhält durch die starke Ausmahlung wohl mehr Brot dem Gewicht nach, aber nicht einmal dem Volumen nach; denn dieser kleiehaltige Teig geht nicht auf, das Brot bleibt dicht und schwer, und das wichtige Sättigungsgefühl durch das Auge, welches durch ein großes Stück Brot mit großen Poren ausgelöst wird, geht vollständig verloren.

Man lebt aber nicht von dem, was man ißt und trinkt, sondern nur von dem, was man verdaut.

Die Verdauung wird aber durch die Kleie noch wesentlich stärker herabgesetzt, als dies aus früheren Untersuchungen hervorgeht. Diese Erfahrungen kann jeder an sich selbst machen.

Der Grund liegt darin, daß die Kleie eine hornartige Substanz ohne Nährkraft ist, welche weder durch Kochen, Backen, Rösten oder Dämpfen oder fein Vermahlen verdaulich wird. Sie ist eine Art pflanzliches Horn und unter dem Einfluß von Wasser und Wärme in den Verdauungsorganen wird sie nicht zu Speisesaft gelöst, sondern sie verfault einfach. Die entstehenden Fäulnisgase führen die Belästigungen herbei, die alle kennen. Sie verhindern den Zutritt der Verdauungssäfte zum Darminhalt, ja wahrscheinlich schon ihren Austritt aus den Darmwandungen, sie töten vielleicht wichtige Darmbakterien.

Dieser Vorgang in Verbindung mit der mechanischen Reizung der Darmwandungen durch die Kleieteilchen und durch scharfe Fäulnisprodukte führen zu einer sehr unvollständigen Ausnützung der vorhandenen verdaulichen Stoffe, die 30—40 v. H. der tatsächlich vorhandenen, bei empfindlichen Personen noch mehr, erreichen kann.

Daran ändert auch die geradezu fanatische Wertschätzung der Kleie durch gewisse Kreise sowie die von amerikanischen und englischen Forschern kurz vor dem Kriege aufgestellte „Vitamintheorie" nichts. Mit derartigen von Zeit zu Zeit immer wieder neu auftauchenden Schlagworten wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Müllerei seit Hunderten von Jahren mit der Absonderung der Kleie den allein richtigen Weg gegangen ist.

Aber leider hat sich diese amerikanisch-englische Theorie als ein teuflisches Kuckucksei erwiesen, das uns trotz aller Warnungen um den Nährwert mindestens eines Drittels der Ernte bringt.

Selbstverständlich müßte nach Weglassung der Kleie die Mehlmenge verringert werden. Statt der neuerdings gegebenen 160 Gramm könnten nur 136 Gramm gegeben werden. In Wirklichkeit sind aber in den 160 Gramm kleiehaltigen Mehls 112 Gramm Nährstoffe enthalten, wovon bei 60 Prozent Ausnützung nur 67 Gramm verdaut werden.

Dagegen sind in 136 Gramm kleiefreien Mehls etwa 110 Gramm Nährstoffe, von denen bei 95 Prozent Ausnützung 105 Gramm verdaut werden.

Außerdem liefern die 24 Gramm Kleie bei der Verfütterung noch mindestens rund 2 Gramm tierische Nährstoffe, welche wegfallen, wenn die Kleie als Brotmehl vermahlen wird. So gering der Erfolg der Verfütterung ist, so würde doch die anfallende Kleiemenge genügen, unserer Viehhaltung ein ganz anderes Gesicht als bisher zu geben, und zwar bei wesentlich besserer Ernährung der Bevölkerung.

Ich habe auf diese Verhältnisse schon vor drei Jahren bei den maßgebendsten Stellen hingewiesen, leider vergeblich. Man hat eben wohl geglaubt, daß bei einer so alltäglichen Frage, wie es die Ernährung ist, jeder Statistiker genügt, um auszurechnen, daß 100 mehr ist als 86, daß man also die Ausnützung des Getreides um 14 Prozent vermehrt, wenn man die Kleie im Mehl läßt. Seitdem wirtschaftet man auf dieser Grundlage weiter, ohne zu fragen, ob sie richtig oder falsch ist.

Einem „Ernährungsstrategen" hat die Kriegsnot leider nicht die freie Bahn geschaffen, denn sonst hätte man erkennen müssen, daß kein Feind und kein Naturereignis uns einen schwereren Schlag hätte versetzen können, als diejenigen, welche in der Beimahlung der Kleie zum Mehl die Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes sehen.

Amtsblatt der Stadt Wien
25./VI. 1918

62

Stadtrats-Sitzung vom 18. Juni 1918.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner referiert über die Verfügung der k. k. Regierung, betreffend die Kürzung der Brotmehlquote und beantragt auf Grund eines Berichtes des Magistrates *) folgende Resolution:

Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhebt namens der schwergeprüften, bisher in beispielloser Geduld ausharrenden Wiener Bevölkerung gegen die angeordnete Kürzung der Brotmehlquote den schärfsten Protest und richtet an die Regierung die dringende Aufforderung, in letzter Stunde alles aufzubieten, daß diese Maßnahme ehestens außer Kraft gesetzt werde und die Bevölkerung wieder in den vollen, ohnehin knappen Brotgenuß gelange.

Bürgermeister und Gemeinderat legen Verwahrung ein, daß eine so tief einschneidende Maßregel ohne jede Vorbereitung — 12 Stunden vor ihrer Wirksamkeit — den Vertretern der Stadtverwaltung bekanntgegeben wird.

Der Wiener Gemeinderat hält sich aber auch für verpflichtet, die Regierung auf die schweren Gefahren aufmerksam zu machen, mit welchen eine Kürzung der Brotquote unter den gegenwärtigen ernsten Versorgungsschwierigkeiten der Stadtbevölkerung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verbunden ist und lehnt jede Verantwortung für alle nachteiligen Wirkungen der bereits in Geltung getretenen Regierungsverordnung ab.

Neue Freie Presse
26./IV. 1918

63

[Heurige Erdäpfel mit Prämien.] Außer dem astronomischen Sommerbeginn gibt es auch einen kulinarischen: die Zeit, wo die Küche in das freundliche Zeichen der heurigen Erdäpfel tritt. Man kann dieses Wort nicht ohne eine gewisse Elegie aussprechen, denn unwillkürlich stellen sich dabei schmackhafte Gedankenassoziationen, Erinnerungen an Backhühner und andere längst nicht mehr heurige Dinge ein, die man mit einer Beilage von Häuptelsalat und heurigen Erdäpfeln zu verzehren pflegte. Zu Backhühnern und ähnlichem prähistorischen Getier versteigen sich die Wünsche und Träume des Wiener Essers nicht mehr, er ist schon zufrieden, wenn er die Beilage bekommt. Um diese Zeit entsteht in den Vorräten immer ein heuer besonders unangenehm empfundenes Vakuum: die alten Kartoffeln sind verbraucht, die neuen sind noch nicht da. Man hat zwar schon gerüchtweise von ihnen gehört, Bevorzugte haben sie irgendwo gesehen, einzelne sogar gegessen. Zugleich vernimmt man aber auch von Schleichhandelspreisen, die rascher zu gedeihen und auszuwachsen drohen als die Frucht selbst, und manche Hausfrau fragt sich schon besorgt, ob es heuer überhaupt „Heurige" geben wird oder erst weiß Gott wann alte Kartoffeln zu neuen Preisen. Diese Erdäpfelsorgen werden durch eine ausführliche amtliche Mitteilung beschwichtigt; eine heute veröffentlichte neue Kartoffelordnung des Ernährungsamtes, die ausdrücklich versichert: Heuer wird es bestimmt heurige Erdäpfeln geben, keine gewöhnlichen zu Höchstpreisen, sondern etwas ganz Neues: heurige Erdäpfeln mit Prämien. Das klingt wie der Titel eines Kochrezeptes, wie eine aparte Speise, es ist jedoch nur ein neues Aufbringungssystem, mit dessen Hilfe die Frühkartoffeln zum Erscheinen auf dem Markte und vielleicht sogar auf dem Tische veranlaßt werden sollen. Mit der Beschlagnahme, der Kontrolle und den Strafen allein geht es doch nicht, davon hat man sich in vier Jahren hinreichend überzeugt. Deshalb wird jetzt der Versuch gemacht, den Produzenten sozusagen auf halbem Schleichwege entgegenzukommen und sich ihrer Neigung zu Preisüberschreitungen verständnisvoll anzupassen. Die amtlich festgesetzten Höchstpreise bleiben in Kraft, aber sie werden zugleich amtlich überschritten. Natürlich nur unter gewissen Voraussetzungen. Wer bis zum 5. Juli Kartoffeln liefert, bekommt 100 K. für den Zentner, also den fünffachen Höchstpreis. Das dürfte einen Detailpreis von 1 K. 20 H. für das Kilogramm ergeben, womit im vorigen Winter bescheidene Schleichhändler ganz zufrieden waren. Alle 14 Tage wird dieser Maximalüberhöchstpreis oder wie man ihn nennen will, um 16 K. herabgesetzt, so daß am 4. September der normale Höchstpreis von 20 K. gilt. Es wird also der merkwürdige Fall eintreten, daß man von Tag zu Tag oder von 14 Tagen zu 14 Tagen billiger lebt, und vom 4. September an wird es kein Kilo Erdäpfeln geben, das mehr als 20 H. kostet — man wird ja sehen. In der neuen Kartoffelordnung findet sich auch ein Wort, das den meisten unverständlich sein dürfte: Kipflerkartoffeln. Auch das gibt's noch? Wer von uns kann sich entsinnen, in den letzten Jahren „Kipfler" gegessen zu haben: das war ein galantes Geschenk, um auf eine angebetete Dame Eindruck zu machen, ein Bestechungsmittel, aber kein Nahrungsmittel. Die kostbaren Eigenschaften dieser Rarität werden auch amtlich anerkannt: für Kipflerkartoffeln darf das Dreifache gefordert werden, also bis 5. Juli 300 K. per Zentner. Im Vergleich mit dem Privatkurs der „Kipfler", die nie unter 10 K. zu haben waren, ist das eigentlich lächerlich wenig. Beträgt doch jetzt schon der Schleichhandelsrichtpreis für gewöhnliche „Heurige" 5 K. oder die Hälfte, wenn man in Tauschwaren zahlt. Das alles wird jetzt aufhören, dafür bürgt die neue Kartoffelordnung. Wenn man sie durchstudiert und darin Worte liest wie: Sprengel, Bezirksgericht, außerstreitiges Verfahren, zweifelt man nicht mehr an dem Erfolg und sieht schon, wie der Tisch sich unter den Schüsseln mit prämiierten Erdäpfeln biegt. Das wäre nur zu wünschen, denn die Frühkartoffeln sind ein wichtiges und ein sehr bekömmliches Nahrungsmittel — namentlich dann, wenn man sie wirklich bekommt....

Neue Freie Presse
26./IV. 1918

64

Abgabe von Kartoffeln nur in einigen Bezirken.

Die Zufuhren von Altkartoffeln ermöglichen derzeit noch nicht eine allgemeine Abgabe; vorläufig findet eine Abgabe im 10., 11., 12., 16., 17. und 21. Bezirk statt. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit ½ Kilogramm festgesetzt. Die Kartoffeln werden Donnerstag bis Samstag zum Preise von 17 H. für das halbe Kilogramm in der üblichen Weise abgegeben. Die bezirksweise Abgabe der Altkartoffeln wird nach Maßgabe des Einlaufes fortgesetzt.

Jene Haushaltungen, welche sich seinerzeit gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte selbst mit Kartoffeln versorgt haben, können, da die Versorgungszeit, für welche der Verzicht galt, mit Ende Juni abläuft, Kartoffelkarten von Donnerstag den 27. d. an bei der nach ihrem Wohnorte zuständigen Brotkommission beheben. Die ihnen ausgefolgten Kartoffelkarten gelten ab 1. Juli und enthalten die Abschnitte L und M.

Neues Wiener Tagblatt
28/VII. 1918

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Brotnot.

Größere Mehlsendungen sind angekommen.

Heute morgens um 6 Uhr kamen im Lagerhaus der Stadt Wien die ersten 13 Waggons deutsches Mehl an. Es ist Roggenmehl, also zur Erzeugung von Brot besonders geeignet. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt hat sofort mit der Ausgabe dieses Mehles begonnen. Da nun in rascher Aufeinanderfolge weitere Mehlsendungen aus Deutschland zu erwarten sind, dürften wir den Bedarf der nächsten Woche, der etwa 180 Waggons ausmacht, sehr bald gedeckt haben.

Gleichzeitig kamen aus Ungarn mehrere Waggons Feinmehl an, die zu Küchenzwecken verausgabt werden. Vorläufig ist noch nicht genug Küchenmehl vorhanden, um den Verbrauch der nächsten Woche zu decken, doch sind auch aus Ungarn fortgesetzte Zufuhren zu erwarten.

Ausdehnung der Wohlfahrtsaktion auf Nichtmindestbemittelte.

Der Verkauf von Pferdefleisch zu herabgesetzten Preisen an Nichtmindestbemittelte hat in seinem bisherigen Verlaufe erwiesen, daß ein starkes Bedürfnis nach solchem Fleisch vorhanden ist. Darum hat die Großschlächterei sich entschlossen, für die Dauer der Brotnot diesen Verkauf, der bisher an 23 Ständen stattfand, auf sämtliche 52 Stände, die der Wohlfahrtsaktion für Mindestbemittelte dienen, auszudehnen. In Zukunft wird an diesen Ständen Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag nachmittag Wohlfahrtsfleisch für Mindestbemittelte und nachmittags Wohlfahrtsfleisch für Nichtmindestbemittelte verkauft werden. Nur am 29. d. kann, weil dies ein Feiertag, nachmittags kein Verkauf stattfinden, und so wird Sonntag vormittag der Verkauf des billigeren Pferdefleisches an Nichtmindestbemittelte zum erstenmal in dem erweiterten Umfange vorgenommen werden.

Die Lebensmittelmärkte.

Die Beschickung der Märkte blieb heute auf allen Gebieten weit hinter dem Bedarf zurück. Die Gemüsemärkte verfügten nur über schwache Zufuhren von den Abendmärkten und andern niederösterreichischen Gemüse. Ungarische Gemüsezufuhren fehlten heute gänzlich. Größere Mengen gab es nur von grünen Erbsen, die reißend abgingen und bereits vor 8 Uhr früh ausverkauft waren. Später Kommende konnten an Gemüse überhaupt nur mehr Karotten erhalten, von welchen das Büschel — 10 bis 11 kleine Rübchen — 48 H. kostet.

In der Großmarkthalle war Rindfleisch nur bis ½8 Uhr morgens erhältlich. Die Bezirksläden blieben heute vielfach geschlossen, nachdem gestern — am ersten Tage dieser Fleischbezugswoche — auch schon einige Läden kein Rindfleisch hatten. Der heute in der Großmarkthalle ausgegebene Speck reichte auch nicht im entferntesten zur Deckung des Bedarfes. Das Regenwetter hatte zwar die Hausfrauen von nächtlichen Anstellungen abgehalten, aber um 7 Uhr früh waren ungefähr 15,000 Käufer in der Halle, für welche der Vorrat von 5000 Kilogramm Salzspeck nicht ausreichte.

Morgen findet in der Großmarkthalle der Speckverkauf für die Besitzer weißer Einkaufsscheine mit den Anfangsbuchstaben St, Sch bis Z statt.

Auf dem Fischmarkte gab es wieder nur geringe Mengen teurer Flußfische.

Der Geflügelmarkt ist anhaltend über Bedarf beschickt, die Nachfrage infolge der hohen Preise sehr gering.

Eier waren nur auf wenigen Märkten und in ganz verschwindend kleinen Mengen angeboten.

Vossische Zeitung 28.VI.1918.

66

eitung. 1918
28. Juni

Die Kartoffelnot.

Aus der Berliner Stadtverordnetensitzung.

Die zugesagte Kohlenmenge für den Winter 1918 wird der Bürgerschaft geliefert werden, die Organisation klappt und niemand braucht sich um die Belieferung Sorgen zu machen, wir brauchen im nächsten Winter nicht zu frieren. Das war kurz zusammengefaßt der Inhalt einer etwas recht langen Erklärung, die Stadtrat Löhning in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung abgab. Hoffentlich hat er recht und nicht die „Fraktion der Unabhängigen", die ungeachtet aller Magistratsworte noch immer Angst vor der kalten Stube im kommenden Winter hat.

Die schlimmste Zeit für unsere Volksernährung in diesem Jahre, in der wir gegenwärtig stehen, wurde vom Stadtv Wurm (Unabh. Soz.) schwarz in schwarz geschildert. Er gab schließlich selber zu, daß der Magistrat nicht helfen könne und auch die Landwirtschaft in ihren Mitteln beschränkt sei. Dem Krieg ein Ende machen, war schließlich die Forderung Wurms. Wie es geschehen könnte, verriet er aber nicht. Oberbürgermeister Wermuth hielt sich streng an die Sache, wirkte aber gerade deswegen viel schärfer als sein Vorredner. Er wies in ruhiger Weise auf die große Verantwortung der Regierungs- und Staatsstellen in der gegenwärtigen Zeit hin und forderte vollwertigen Ersatz für die fehlenden Kartoffeln. Nachdem der Stadtv Cassel noch darauf hingewiesen hatte, daß Berlin besonders schlecht mit allen Lebensmitteln versorgt wird und jetzt besondere Rücksicht genommen werden müsse, war die Aussprache beendet.

Zum Schlusse bewilligte die Versammlung fünf Millionen Mark für Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen auf Gründung eines „Wohnungsverbandes Groß-Berlin" gestern gescheitert. Berlin und die Vororte werden auf diesem wichtigen Gebiete also nicht zusammenarbeiten, sondern gesondert der Wohnungsnot je nach den örtlichen Verhältnissen zu steuern bestrebt sein.

V—r.

*

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr. An Stelle des zum Verbandsdirektor gewählten Stadtrats Fischbeck wird von der Versammlung mit 60 von 91 abgegebenen Stimmzetteln der Magistratsrat Dr. Sekt zum besoldeten Stadtrat gewählt, 17 Stimmen fallen auf Magistratsrat Dr. Prevorer, 14 Zettel sind unbeschrieben. — In einer gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten wird an Stelle des von seinem Amt als Mitglied des Berliner Bezirksausschusses zurückgetretenen Geh. Justizrats Dr. Maximilian Kempner der Geh. Sanitätsrat und Stadtälteste Dr. Mugdan gewählt. Die übrigen ausgeschiedenen Mitglieder werden wiedergewählt.

Eine sozialdemokratische Anfrage wünscht Auskunft darüber, ob die Zuweisungen der zuständigen Reichsstelle und die vom Kohlenverband Groß-Berlin getroffenen Maßnahmen die ausreichende Belieferung der Berliner Bevölkerung mit Hausbrandkohlen für den nächsten Winter sicherstellen. Stadtv. Ritter (Soz.) begründet die Anfrage mit dem Hinweis auf das Gerücht, daß der Reichskommissar für Kohlenversorgung angeblich die Kohlenlieferung für Berlin um 20 v. H. kürzen wolle. Im Interesse einer Beruhigung der Bevölkerung sei Auskunft nötig, ob dieses Gerücht begründet ist.

Stadtrat Dr. Löhning: Wenn der Reichskommissar die von ihm für Berlin zugesagte monatliche Lieferung von annähernd 200 000 Tonnen Hausbrandkohle 9 bis 10 Monate lang durchführt, dann wird eine Menge von 1,8 bis 1,9 Millionen Tonnen Kohlen in den Händen der Bevölkerung sein. Ich kann erklären, daß die Absicht nicht besteht, den Berliner Kohlenanteil um 20 v. H. zu kürzen, ⅗ der gesamten Kochkartenmenge sind aufgerufen und bis zum 1. August bestimmt in den Händen der Verbraucher. Weiter hat der Kohlenverband neuerdings beschlossen, bei der Ofenkarte die unteren Gruppen prozentual stärker zu beliefern als die höheren. In allen Gruppen werden 10 v. H. aufgerufen, das bedeutet für die untersten Gruppen, daß sie bis Ende Oktober ihren gesamten Ofenkohlenbedarf decken können. Nach-

von Kleinwohnung sich angelegen sein lassen müssen. — Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Es handelt sich hier zunächst nur um einen Kredit von 5 Millionen. Man sollte die Vorlage unter der Bedingung annehmen, daß über die Verwendung der Mittel eine gemischte Deputation zu beraten habe.

Nach weiteren Ausführungen der St.-V. Seel (a. S.), Wurm (Soz.), des Oberbürgermeisters und des Stadtrats Löhning wird der Antrag Mommsen angenommen.

Den Beisitzern des Gewerbegerichts soll künftig für jede Sitzung, welcher sie beigewohnt haben, eine Entschädigung von 9 Mark (statt bisher 6 M.) gewährt werden. Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

*

Arbeiterzeitung
28. VII. 1918

67

Hamstereien um heurige Erdäpfel.

Als im August vorigen Jahres die ersten Erdäpfel ausgereift waren, fanden ganze Prozessionen in die Erdäpfelgebiete um Wien statt. Man riß sich um die Kartoffeln, stellte sich auf den Feldern an und wartete darauf, bis der Erdäpfelanbauer die begehrten Knollen aus der Erde nahm. Schon damals trieb man die Preise unsinnig hinauf. Heuer ist es noch schlimmer. Obwohl bei uns Früherdäpfel nur in geringer Menge angebaut werden, weil man in Oesterreich die Pflege des Frühkartoffelanbaues bisher unterließ, sind schon zu Ende Juni viele Kartoffeln groß genug geworden, um sie verwerten zu können. Das veranlaßt in diesen Tagen viele Leute, in das Marchfeld zu wandern, um sich dieses wichtige Magenfüllmittel zu sichern. Die Straßenbahn nach Stammersdorf ist nun immer stark besetzt, wenn es das Wetter nicht hindert, dort hinaus hamstern zu gehen. Leute mit Rucksäcken und anderen Transportmitteln machen sich auf den Weg, um heurige Erdäpfel zu bekommen. Es ist nicht so leicht, als viele glauben mögen. Der Bauer begnügt sich nicht mehr mit Geld, er will dazu noch Tauschware. Weil nicht jeder diese zu bieten vermag, kommen wieder die einen den anderen zuvor, die ohnehin mit allem gut versorgt sind. Da fahren Wirte hinaus, die Würste und anderes bringen und hoffen, für ihre zahlungsfähigen Gäste etwas besonders Delikates erhalten und es zu hohen Preisen absetzen zu können. Hausfrauen, aus deren Vorratskammern manches nicht dringend Benötigte entnommen werden kann, freuen sich auf die „Heurigen". Natürlich gibt es viele Bedürftige, die nun die Gelegenheit nicht versäumen wollen, die Frühkartoffeln zum Stillen des Hungers zu bekommen. Für sie heißt es viel zahlen, wenn sie nicht schon mit gefülltem Rucksack hinausfahren. Die Sucht, sich dieses wichtige Nahrungsmittel zu verschaffen, bringt die Leute dazu, die Preise unsinnig zu überbieten. Hat einer einen Verkaufswilligen gefunden, der ihn auf das Feld mit hinausnimmt, um ihn dort womöglich selbst die Erdäpfel ausgraben zu lassen, so geht die Preistreiberei an. Andere sehen das, kommen dazu und stellen sich am Acker an wie um Brot. Diese wilde Ueberbieterei der Preise verursachte es, daß schon vor einigen Tagen in Stammersdorf für ein Kilogramm heuriger Erdäpfel bis zu sieben Kronen verlangt wurden. Anscheinend ist damit noch nicht das Höchstmaß wahnsinniger Kartoffelpreise erreicht. Die Lokalbehörden versuchten diese zwar einzudämmen. Ob sie Erfolg haben werden, ist fraglich, solange es Leute gibt, die rücksichtslos ihr Geld hinauswerfen, um nur ja das Gewünschte zu erlangen.

Zunächst gilt nach der neuen Verordnung auch für Frühkartoffeln ein Höchstpreis von einer Krone, der nach je zwölf Tagen um je 16 Heller niedriger wird. Unterdessen wird auch diese Verfügung wie viele andere übertreten. Wo Kartoffeln wachsen, werden sie von Hungrigen jetzt schon darauf untersucht, ob sie Knollen tragen. Manche sinnlose Verwüstung geschieht da. Die Pflanzen werden ausgerissen und auf die Erde geworfen, wenn sie, wie es zumeist der Fall ist, keine Knollen aufweisen. So kommen wir um Mengen eines wichtigen Nahrungsmittels, wenn die Leute nicht Vernunft annehmen und sich sagen, daß sie mit solchem Treiben sich und andere schädigen.

Der Neue Abend
28./VI. 1918

68

Broterſatz.

Unter dieſer Überſchrift teilt uns Herr Bernhard Reich, dem ſchon manche wertvolle Anregung zu verdanken iſt, mit, daß ſich die Vorſitzende des Vereines für Volksküchen II., Malzgaſſe 8, und XX., Kluckygaſſe 20, bereit erklärte, ihre Küchen wohl am Abend zu öffnen und für nur 8 Heller eine Suppe und für nur 12 Heller Gemüſe zu verabreichen, vorausgeſetzt, daß das Ernährungsamt die Bewilligung erteilt und zum Teile die erforderlichen Nahrungsmittel beſorgt. Den anderen Teil würde ſie aus den bereits ſehr verminderten Vereinsmitteln beſtreiten, um die Kunſt zu üben, teuer einzukaufen und billige Lebensmittel herzuſtellen. Doch möge man bedenken, daß mit Naturalſpenden allein noch nicht gedient iſt, ſondern, daß es notwendig iſt, dieſen Verein und alle anderen, die ſich gewiß der gleichen wertvollen Arbeit unterziehen würden, mit Geldmitteln zu unterſtützen. Herr Reich ſchreibt: Ich ſehe die Präſidentin des genannten Vereines täglich abgehetzt und atemlos vom Markt in die Vereinsküchen eilen und dennoch will ſie auch den Abend in ihre Tätigkeit einbeziehen. Verſchaffen wir ihr alſo die Mittel, für viele Hunderttauſende wöchentlich einen beſcheidenen Broterſatz zu bieten. Dies würde aber ſelbſtverſtändlich noch nicht genügen, ſondern es müßte vom Ernährungsamt die Verordnung ausgehen, daß ſämtliche Kriegsküchen ihre Speiſehallen am Abend zu öffnen und für wenig Geld auch den Allerärmſten eine Mahlzeit zu bieten hätten. Dies im Verein mit den Volksküchen und ähnlichen Veranſtaltungen würde, wie der Einſender meint, den bitteren Ausfall von faſt ein Achtel Laib Brot einigermaßen wettmachen. Herr Reich fordert deshalb die Beſitzenden auf, daß jeder im Verhältnis ſeines Vermögens geben möchte und meint, daß die Zeitungen gewiß bereit ſein werden, Spenden anzunehmen und zu veröffentlichen.

Indem wir dieſen ſicherlich ſehr gut gemeinten Vorſchlag veröffentlichen, können wir das Bedenken nicht unterdrücken, ob private Wohltätigkeit heute noch helfen kann. Zu helfen iſt Sache des Staates. Das ſoll aber niemand hindern, dem Aufrufe zu entſprechen.

Reichspost
29./VI. 1918

70

Das Küchenmehl in Wien für die nächste Woche.

Entgegen der Meldung mehrerer Blätter, wonach von dem nächstwöchigen Bedarf an Küchenmehl erst einige Waggons in Wien eingelangt seien, sind wir in der Lage mitzuteilen, daß die volle erforderliche Menge bereits sichergestellt ist und heute zum Teile bereits den Mehlabgabestellen zugeführt wurde, während der restliche Teil morgen zugeführt wird. Der Mehlverkauf findet daher in der nächsten Woche wie gewöhnlich Montag bis Freitag statt. Es wird per Person je 1/8 Kilogramm feinstes Weizenbackmehl und je 1/8 Kilogramm Haferreis ausgegeben.

Hamburger Fremdenblatt 30/VI. 1918.

72

Bekanntmachung
über
die Abgabe von Fleisch.

§ 1.

Von Montag, den 1. Juli d. J., ab wird bis auf weiteres die zur Abgabe auf die Reichsfleischkarte zugelassene Wochenmenge auf 250 Gramm festgesetzt. Demnach gilt die Marke der Reichsfleischkarte:

25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen
oder
20 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen, Zunge ohne Schlund, oder
50 Gramm Leberwurst, Blutwurst, Sülzwurst, Eingeweideteile, oder
25 Gramm Fleischwurst.

Von Wildbret dürfen je 50 Gramm auf jede Marke abgegeben werden.

Für Hühner (Hähne und Hennen) sind 16 Fleischmarken, für junge Hähne bis zu ½ Jahr 8 Fleischmarken abzugeben.

Schlachter und Händler dürfen auf jede Reichsfleischkarte jeweils höchstens 150 Gramm Leberwurst (gegen 3 Marken) abgeben.

§ 2.

Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie Mittagstische, die Fleisch gegen 3 Fleischmarken abgeben, müssen zur Einheitsmenge 75 Gramm rohes Fleisch mit eingewachsenen Knochen bzw. 60 Gramm rohes Fleisch ohne Knochen, diejenigen, die Fleisch gegen 2 Fleischmarken abgeben, müssen zur Einheitsmenge 50 Gramm rohes Fleisch mit eingewachsenen Knochen bzw. 40 Gramm rohes Fleisch ohne Knochen verwenden.

Das zubereitete Fleisch darf in jedem Fall nicht weniger als 12 Gramm und nicht mehr als 15 Gramm für jede Fleischmarke wiegen. Das Gewicht eines Knochens wird nicht mitberechnet.

Hamburg, den 29. Juni 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Tägliche Rundschau 1/VII. 1918.

79

* Die Frühkartoffeln, auf die wir zur Ausbesserung unserer Lebensmittelversorgung so sehnlichst warten, sollen laut „Morgenpost“ schon wieder Gegenstand des Kriegswuchers sein: „In den letzten Tagen kamen in Berlin drei Dampfer mit neuen Kartoffeln an, die mit 15 Pfennig das Pfund verkauft werden sollten. Mit ihnen hat sofort ein Wucherhandel eingesetzt. Hintenherum werden sie mit 60 Pfennig das Pfund angeboten.“ Trifft die Mitteilung zu, und man kann nach allen Erfahrungen kaum daran zweifeln, dann sollten die städtischen Behörden zeigen, daß sie rasch und scharf einzugreifen wissen. —

Offenbarer Wucher wird auch mit den frühen Tomaten getrieben, die seit etwa acht Tagen in Berlin eintreffen; denn sie werden mit 4 Mark für das Pfund im Kleinhandel verkauft. Natürlich handelt es sich um „Auslandsware“, für die die Händler volle Freiheit zu haben scheinen, die Preise nach ihrem Gutdünken festzusetzen, bis endlich die Höchstpreise angehinkt kommen.

Bei den Frühkartoffeln werden wir übrigens nicht allein auf die deutsche Ernte angewiesen sein, denn die niederländische Regierung macht bekannt, daß sie beschloß, die Ausfuhr von Frühkartoffeln zu genehmigen, nachdem der Inlandbedarf gedeckt ist. Die Ausfuhr wird nach den Ländern beider kriegführenden Parteien stattfinden.

Wie verlautet, wird die jetzige Kartoffelknappheit erst Mitte Juli behoben sein, von wo ab wieder die volle Menge von 7 Pfund in der Woche zugeteilt werden soll.

Reichspost
1./VII. 1918

Frühkartoffeln aus Holland für die Mittelmächte.

Die holländische Regierung hat beschlossen, die Ausfuhr von Frühkartoffeln zuzugestehen, wenn der inländische Bedarf vollständig gedeckt ist. Die Ausfuhr wird entsprechend den bestehenden Vereinbarungen jeder der kriegführenden Parteien je zur Hälfte zukommen. Von deutscher Seite ist demgegenüber versprochen worden, daß im Monat Juli 500.000 Tonnen Kohle nach Holland ausgeführt werden.

Neues Wiener Tagblatt
1./VII. 1918

75

Aufregende Frühkartoffeljagd nach Stammersdorf.

Am Peter-und-Paulstage schien sich bei der Kopfstation der Elektrischen nach Stammersdorf am Franz Josef-Kai etwas Ungewöhnliches vorzubereiten. Auf die wenigen Wagen warteten schon um 5 Uhr Tausende von Menschen. Die Augartenbrücke war „schwarz" von Leuten. Man stellte sich vor den Plattformen an, um ein Plätzchen in den Zügen zu erhalten. Unter wildem Drängen und Stoßen stürmte man die Waggons, die bald dicht überfüllt waren. Die äußeren Vorsprünge, selbst die Puffer, wurden von Leuten mit Rucksäcken und Taschen erklommen. In Stammersdorf mußte berittene Wache die Ordnung mühsam aufrechterhalten. Der Menschenstrom überflutete bald die angrenzenden Dörfer und zerstreute sich auf die Felder. Nur ein geringer Teil der Frühkartoffeljäger war so glücklich, zum Preise von 1 K. bis 7 K. pro Kilogramm durch langes Anstellen ein bescheidenes Quantum zu erhalten. Ein großer Teil der Kartoffeln war noch nicht reif. Trotzdem bis 7 K. pro Kilogramm geboten wurden, war nur sehr wenig zu haben.

Der Neue Abend
1./VII. 1918

76

Brotersatz. Wir haben unter dieser Überschrift am 28. Juni mitgeteilt, daß sich der Verein für Volksküchen entschlossen hat, seine Küchen am Abend zu öffnen und eine Suppe für nur 8 Heller, sowie Gemüse für nur 12 Heller zu verabreichen. Es wurde daran die Bitte geknüpft, den Verein durch Zuweisung von Spenden bei dieser wirklich anerkennenswerten sozialen Hilfsarbeit zu unterstützen. Wie uns nun mitgeteilt wird, ist dem Einsender ein kleiner Irrtum unterlaufen, indem der Name des Vereines richtig Verein zur Errichtung von Volksküchen heißt und seine beiden Volksküchen sich nur 2. Bez., Krumbaumgasse 8 und 20. Bez., Klutzkygasse 7 befinden.

Die Zeit Abendl 2./VII. 1918

77

Preistreiberei mit Kartoffeln und Mehl.

Der hiesigen Polizeibehörde ging eine Anzeige zu, daß Angestellte der „Oezeg" schon seit einiger Zeit preistreiberische Geschäfte machen. Die Anzeige wurde geprüft, und es wurde erhoben, daß der Beamte der „Oezeg" Wilhelm Herbert an die Restaurateure Wolf in Gersthof und Gebrüder Diglas in der Singerstraße 3400 Kilogramm, beziehungsweise 5000 Kilogramm Kartoffeln zum Preise von 2 Kronen und 1 Krone 80 Heller verkauft habe. Diese Kartoffeln hätten unter anderem auch an die Angestellten der „Oezeg", die von der Gemeinde Wien Kartoffeln zum Preise von 25 bis 30 Heller gegen Abgabe der Kartoffelkarten zugewiesen erhalten, abgegeben werden sollen. Die Vertretung und die Verrechnung oblagen dem Beamten der „Oezeg", dem Georg Heuer. Dieser hatte gemeinsam mit Herbert die Kartoffeln aus den städtischen Lagern wegzuführen, um sie an die Sammelstelle zu bringen, von wo aus die Verteilung an die Angestellten hätte vorgenommen werden sollen. Heuer will nichts davon gewußt haben, daß Herbert die Kartoffeln anderweitig verwendet hat; er will auch keinen Vorteil daraus gezogen haben. Herbert und Heuer wurden wegen Preistreiberei und unter dem Verdachte des Betruges gestern verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert, zumal da Herbert behauptet, daß der Gewinn zwischen beiden geteilt worden ist. Die Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen. So weit bisher festgestellt werden konnte, dürfte es sich um mindestens drei Waggons Kartoffeln handeln, die im Schleichhandel von Herbert und Heuer zu Wucherpreisen abgegeben worden sind.

Der Kaufmann Max Silbermann und seine Geliebte, die Comptoristin Adele Schuszniz, waren an dem Verkauf ebenfalls beteiligt und haben davon eine Provision erhalten. Sie wurden daher der Staatsanwaltschaft wegen Kettenhandels angezeigt. Im Zuge dieser Amtshandlung wurde bei Silbermann ein Schlußbrief über den Ankauf von drei Waggons Mehl zum Preise von 20 Kronen für das Kilogramm und über andere Lebensmittel, zum Beispiel 5000 Kilogramm Fett zum Preise von 54 Kronen das Kilogramm, gefunden. Zu gleicher Zeit wurde von vertraulicher Seite dem Kriegswucheramt die Anzeige erstattet, daß Silbermann drei Waggons Mehl zum Preise von 22 Kronen für das Kilogramm, lieferbar ab Wiener Bahnhof, einem Großunternehmer angeboten haben soll. Silbermann hatte die Bedingung gestellt, daß 20.000 Kronen zu seinen Handen, 80.000 Kronen zuhanden seines Vordermannes, des Kaufmannes Anton Schimak, zu erlegen, die restlichen 480.000 Kronen bei der Zivnostenska Banka zu akkreditieren seien. Darüber einvernommen, behauptete Silbermann, er sei durch den Prokuristen der Zivnostenska Banka Josef Janda mit Schimak in Verbindung getreten. Janda und Schimak wurden über das Mehlgeschäft einvernommen und wollen von dem Vorhandensein des Mehles durch den flüchtigen Aushilfsportier Anton Osanic, beziehungsweise durch die Beamtenswitwe Agnes Eisner Kenntnis erlangt haben. Wie stets bei solchen Kettenhändlergeschichten, war die Kette noch immer nicht zu Ende: durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß Osanic das Anbot durch den Prokuristen der hier etablierten Firma Buresch, den Alfred Dobbs, erhalten habe. Dieser behauptet wieder, seinerzeit von seinem Chef, dem Kaufmann Franz Buresch, verständigt worden zu sein. Buresch hat das Mehl um 14 Kronen 70 Heller durch die Vermittlung der Privaten Christine Schreiber und der Kutschersgattin Brigitta Diamant von dem Magazineur der Konsumanstalt der Gagisten im Felde, einem gewissen Rosner, angeboten erhalten. Nun schien man endlich an das Ende der langen Kette gekommen zu sein. Rosner wurde einvernommen und behauptet, er habe mit dem Anbot nur einen Scherz gemacht! Diese Angabe scheint mit Rücksicht auf die Sachlage unglaubwürdig, um so mehr, als eine große Menge Mehl in Wirklichkeit gehandelt und tatsächlich geliefert worden ist. Aber selbst den unwahrscheinlichen Fall angenommen, daß das Mehl nicht vorhanden wäre, würde es sich um Machenschaften von Leuten handeln, die fast durchweg professionsmäßige Schleich- und Kettenhändler sind und ein Interesse daran haben, daß die Preise recht in die Höhe gehen; und diese Machenschaften sind geeignet, die Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel auch sonst in die Höhe zu treiben. Silbermann, Janda, Dobbs, Rosner und Buresch wurden gestern gleichfalls dem Landesgericht eingeliefert.

Die Kunde von diesen Verhaftungen hat sich in der Stadt rasch verbreitet. In der Oeffentlichkeit war es übrigens lange kein Geheimnis mehr, daß mit Mehl Schleichhandel im größten Maßstab getrieben wird.

Neue Freie Presse Abendbl. 2./VIII. 1918 78

Verdacht der Preistreiberei und des Kettenhandels mit Kartoffeln und Mehl.

Der Polizeibehörde ging eine Anzeige zu, daß Angestellte der „Dezeg" preistreiberische Geschäfte machen. Die Anzeige wurde geprüft und es wurde erhoben, daß der Beamte der „Dezeg" Wilhelm Herbert an die Restauration Wolf in Gersthof und die Gebrüder Diglas in der Singerstraße Nr. 6 3400 Kilogramm, beziehungsweise 5000 Kilogramm Kartoffeln zum Preise von 2 K. und 1 K. 30 H. verkauft habe. Diese Kartoffeln hätten unter andern auch an die Angestellten der „Dezeg", die von der Gemeinde Wien Kartoffeln zum Preise von 25 bis 30 H. gegen Abgabe der Kartoffelkarten zugewiesen erhalten, abgegeben werden sollen. Die Verteilung und die Verrechnung oblagen dem Beamten der „Dezeg" Georg Heuer. Dieser hatte gemeinsam mit Herbert die Kartoffeln aus den städtischen Lagern wegzuführen, um sie an die Sammelstelle zu bringen, von wo aus die Verteilung an die Angestellten hätte vorgenommen werden sollen. Heuer will nichts davon gewußt haben, daß Herbert die Kartoffeln anderweitig verwendet hat; er will auch keinen Vorteil daraus gezogen haben. Herbert und Heuer wurden wegen Preistreiberei und unter dem Verdacht des Betruges am 1. d. dem Landesgerichte eingeliefert, zumal da Herbert behauptet, daß der Gewinn zwischen beiden geteilt worden ist. Die Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, dürfte es sich um mindestens drei Waggons Kartoffeln handeln, die im Schleichhandel von Herbert und Heuer zu Wuchorpreisen abgegeben worden sind. Der Kaufmann Max Silbermann, Wieden, Gußhausstraße 23 wohnhaft, und die Kontoristin Adele Schutzniz waren an dem Verkaufe ebenfalls beteiligt und haben davon eine Provision erhalten. Sie wurden daher der Staatsanwaltschaft wegen Kettenhandels angezeigt. Im Zuge dieser Amtshandlung wurde bei Silbermann ein Schlußbrief über den Ankauf von drei Waggons Mehl zum Preise von 20 K. für das Kilogramm und über andere Lebensmittel, zum Beispiel 5000 Kilogramm Fett zum Preise von 54 K. für das Kilogramm, gefunden.

Zu gleicher Zeit wurde von vertraulicher Seite dem Kriegswucheramte die Anzeige erstattet, daß Silbermann drei Waggons Mehl zum Preise von 22 K. für das Kilogramm lieferbar ab Wiener Bahnhof einem Großunternehmer angeboten haben soll. Silbermann hatte die Bedingung gestellt, daß 20.000 K. zu seinen Handen, 80.000 K. zuhanden seines Vordermannes, des Kaufmannes Anton Schimak, zu erlegen, die restlichen 480.000 K. bei der Zivnostenska Banka zu akkreditieren seien. Darüber einvernommen, behauptete Silbermann, er sei durch den Prokuristen der Zivnostenska Banka Josef Janda mit Schimak in Verbindung getreten. Janda und Schimak wurden über das Mehlgeschäft einvernommen und wollten von dem Vorhandensein des Mehles durch den flüchtigen Aushilfsportier Anton Osanic, beziehungsweise durch die Beamtenswitwe Agnes Eisner, Kenntnis erlangt haben. Wie stets bei solchen Kettenhändlergeschichten, war die Kette noch immer nicht zu Ende: durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß Osanic das Anbot durch den Prokuristen der Firma Buresch, Gemischtwarenhandel im großen, Prater, Kronprinz Rudolfstraße 32, Alfred Dobbs, erhoben habe. Dieser behauptet wieder, seinerseits von seinem Chef, dem Kaufmann Franz Buresch, verständigt worden zu sein. Buresch hat das Mehl um 14 K. 70 H. durch die Vermittlung der Privaten Christine Schreiber und der Kutschersgattin Brigitta Diamant von dem Magazineur der Konsumanstalt der Gagisten im Felde Rosner angeboten erhalten. Nun schien man endlich an das Ende der langen Kette gekommen zu sein. Rosner wurde einvernommen und behauptete, er habe mit dem Anbot nur einen Scherz gemacht! Diese Angabe scheint mit Rücksicht auf die Sachlage unglaubwürdig, um so mehr, als eine große Menge Mehl in Wirklichkeit gehandelt und tatsächlich geliefert worden ist. Aber selbst den unwahrscheinlichen Fall angenommen, daß das Mehl nicht vorhanden wäre, würde es sich um Machenschaften von Leuten handeln, die fast durchwegs professionsmäßige Schleich- und Kettenhändler sind und ein Interesse daran haben, daß die Preise recht in die Höhe gehen; und diese Machenschaften sind geeignet, die Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel auch sonst in die Höhe zu treiben. Silbermann, Janda, Dobbs, Rosner und Buresch wurden am 1. d. gleichfalls dem Landesgerichte eingeliefert.

Die Zeit
2./VII. 1918

79

Fleischkürzung in den Gasthäusern.

Aus dem Rathaus kommt eine Nachricht, die allen jenen, die gezwungen sind, ihre Mahlzeiten im Gasthaus einzunehmen, wenig Freude bereiten wird. Infolge der durch transporttechnische Schwierigkeiten verursachten geringen Vieh- und Fleischanlieferungen sieht sich nämlich die amtliche Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch veranlaßt, für den laufenden Monat Juli die Fleischanlieferungen an jene Gasthäuser, Pensionen und Hotels, die gegenwärtig wöchentlich mehr als 25 Kilo Rindfleisch beziehen, neuerlich um 20 Prozent von den seinerzeit schon bedeutend gekürzten Bezügen herabzusetzen. Auch die Spitäler sind von dieser Verordnung betroffen. Diesen wird ihre bisherige Fleischanlieferung um 10 Prozent gekürzt. Die wöchentliche Kopfquote für die Privatkonsumenten bleibt mit 20 Dekagramm unverändert aufrecht, der Detailverkauf für Rindfleisch in dieser Woche wurde für morgen Mittwoch, Samstag, Sonntag und Montag festgesetzt, so daß Donnerstag kein Verkauf stattfindet.

Die neuerlich verringerte Rindfleischquote wird in den Gasthäusern wohl ein weiteres Steigen der Preise für die Fleischportionen zur Folge haben. Aller Voraussicht nach werden aber nicht nur die Preise für Rindfleischgerichte, sondern auch die für Kalb- und Schweinefleischgerichte eine bedeutende Steigerung erfahren. Es ist heute ein offenes Geheimnis, daß sich die Gastwirte nur noch im Wege des Schleichhandels bevorrätigen können. Infolge der erhöhten Nachfrage und des neuerlich verringerten Angebotes werden selbstverständlich auch die Preise für alle anderen Fleischsorten eine Steigerung erfahren, die nur zu bald in den Preisen der Speisekarten der Gasthäuser zum Ausdruck kommen dürfte.

Die neuerlich verringerte Anlieferung von Rindern ist, wie man uns von informierter Seite mitteilt, darauf zurückzuführen, daß infolge der Erntearbeiten und des Pferdemangels die Rinder von den Bauern als Zugvieh verwendet werden. Auch ziehen es viele Landwirte heute mit Rücksicht auf die Weideperiode vor, ihr Vieh anfleischen zu lassen, um dann bei einem späteren Verkauf einen besseren Preis zu erzielen. Aus Ungarn kam das vereinbarte Rinderkontingent im allgemeinen wohl ziemlich regelmäßig herein, doch blieben die Anlieferungen gerade in der letzten Zeit etwas im Rückstand. Aus der inländischen Viehproduktion ist gegenwärtig an keinen besonderen Zufluß an Rindern zu denken, weil die Requisitionen für die Heeresapprovisionierung den Großteil der Bestände aufbrauchen.

In Wien sucht man sich in letzter Zeit mit der Ausschrotung von Pferdefleisch zu behelfen, von dem die Großschlächterei beträchtliche Quantitäten eingelagert hat. Die Lagervorräte müssen aber bald abgestoßen werden, da die Konservierungsmöglichkeit von Pferdefleisch nur eine ziemlich beschränkte ist.

Wie wir erfahren, finden in Angelegenheit der besseren Versorgung der österreichischen Reichshälfte mit ungarischen Rindern gegenwärtig Verhandlungen statt, deren Ergebnis sich mit Monatsende in einem vermehrten Rinderzuschub aus Ungarn bemerkbar machen dürfte.

Arbeiterzeitung
3./VII. 1918

80

* **Beraubte Erdäpfelsucher.** Der Hunger treibt jetzt eine Menge Leute hinaus in die Umgebung Wiens, namentlich jenseits der Donau, um Erdäpfel zu erwerben. Am vergangenen Sonntag fanden sich Tausende Wiener in der Gegend von Stammersdorf ein, weil sie gehört hatten, daß dort Früherdäpfel verkauft werden sollen. Einer solchen Erdäpfelsuchergesellschaft ist es recht übel ergangen. Etwa dreißig Leute kamen gegen zwei Uhr nachts auf der Straße von Stammersdorf nach Hagenbrunn daher, weil sie in den Nachbarorten Erdäpfel zu bekommen hofften. Da kam ein Wagen in rascher Fahrt in der Richtung nach Hagenbrunn, auf dem einige Leute saßen. Zwei Burschen sprangen von dem Wagen ab, gingen auf einige Frauen los, raubten ihnen die Rucksäcke samt Inhalt, hieben mit Prügeln in die sich Wehrenden und fuhren eiligst davon. Eine der beraubten Frauen wollte in Hagenbrunn den Gendarmen zum Eingreifen veranlassen und die Strafanzeige erstatten. Sie bemühte sich mehrmals vergebens, weil der dortige Gendarm nicht zu bewegen war, etwas zu unternehmen, obwohl ihm alle Fingerzeige gegeben wurden, die Täter ausfindig zu machen. Nur der Findigkeit der beraubten Frauen gelang es, zu erfahren, wohin die Rucksackräuber gekommen waren. Erst als sie selbst diese ermittelt hatten, bewogen sie mit Mühe den Bürgermeister von Hagenbrunn, sich für die Stelligmachung der Täter zu interessieren und es zu erreichen, daß die Rucksackräuber festgestellt werden konnten. Danach erhielten sie ihre leeren Rucksäcke wieder. Bis dahin hatte sich keine Behörde bemüht, gegen die Bauernburschen einzuschreiten. Nun erst gelang es den Frauen, auch den Stammersdorfer Gendarmen zu bewegen, die Anzeige entgegenzunehmen und weiterzuleiten. Aber anscheinend erst dann mit Nachdruck, als sie darauf verwiesen, daß sie diese Beraubung von Wienern in der Zeitung veröffentlichen werden. So sind die armen Leute, die der Hunger zum Erwerb von Nahrung hinaustreibt, noch der Brutalität und der Raubgier von Bauernburschen ausgesetzt, gegen die die Dorfbehörden schwer in Bewegung zu setzen sind. Gegen die Wiener gehen sie gewiß rascher und energischer vor.

Neue Freie Presse
4. VIII. 1918

Abgabe von Kartoffeln.

Im 14. und 15. Bezirk werden am Freitag und Samstag dieser Woche Frühkartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit einem halben Kilogramm festgesetzt. Die Kartoffeln werden zum Preise von 66 H. für das halbe Kilogramm in der üblichen Weise unter Abtrennung des Abschnittes L der Kartoffelkarte abgegeben.

Im 1. bis 13. und 14. bis 20. Bezirk werden am Freitag und Samstag dieser Woche sowie am Montag der nächsten Woche Altkartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird gleichfalls mit einem halben Kilogramm festgesetzt. Die Altkartoffeln werden zum Preise von 17 H. für das halbe Kilogramm unter Abtrennung des Abschnittes L der Kartoffelkarte abgegeben.

Arbeiterzeitung
4./VII. 1918

82

Andauernder Brotmangel. Gestern hatten wieder viele Bäckereien ihre Laden geschlossen, da die Mehlzuweisungen ausgeblieben waren. In Atzgersdorf wird schon seit dem 29. Juni statt der Hälfte nur ein Viertel von der gekürzten Brotmenge ausgegeben. Dafür wird aus Ungarn gemeldet, daß infolge von Ungleichheiten in den dortigen Vorräten in Budapest weißes Mehl verausgabt und zum Brotbacken verwendet wird. Ein Kilogramm des weißen Brotes kostet 1·40 Kronen.

Neues Wiener Tagblatt
4. VIII. 1918

Die Approvisionierung im Kriege.

Zur Kürzung der Brotration.

Die Staatshilfe für die arbeitslosen Bäckereiarbeiter.

Das Finanzministerium hat dem Plan, die Entlassung der durch die Kürzung der Brotration überflüssig gewordenen Bäckereiarbeiter durch Schadloshaltung der Arbeitgeber aus Staatsmitteln zu verhindern, zugestimmt, aber gleichzeitig aus kleinlichen Bedenken für die Erlangung der staatlichen Hilfe einen so umständlichen Weg vorgeschrieben, daß die Erreichung des Zweckes der Maßregel in Frage gestellt erscheint. Die Angelegenheit wurde in einer Weise gelöst, die als Kabinettstück bureaukratischer Schwerfälligkeit und Umständlichkeit bezeichnet werden kann.

Es handelte sich in der Sache darum, gegen 2000 Arbeiter — hauptsächlich Bäckergehilfen, zum Teile aber auch beim Brotausführen tätige Personen —, die durch die Kürzung der Brotration in den Bäckereibetrieben überflüssig geworden waren, vor der Entlassung zu bewahren. Das angerufene Ministerium für soziale Fürsorge schlug ursprünglich vor, für die Dauer der Kürzung der Brotration die Hälfte des Lohnes der zur Entlassung bestimmten Arbeiter beisteuern zu wollen, wenn die Arbeitgeber die andre Hälfte bezahlen und niemand entlassen. Dies lehnten die Arbeitgeber ab mit der Begründung, daß sie infolge zu kleiner Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis ohnehin zu wenig verdienen. Das Ministerium hat diese Begründung als berechtigt anerkannt, doch auf die daran geknüpfte Forderung, den Brotpreis um 10 Heller beim Laib zu erhöhen, wollte es nicht eingehen, sondern zog es vor, den ganzen notwendigen Lohnaufwand aus Staatsmitteln zu bestreiten. Nun wäre es wohl das einfachste gewesen, wenn das Ministerium erklärt hätte, die notwendigen Beträge auf Grund der Lohnlisten zur Verfügung zu stellen, aber das wollte das Ministerium aus irgendeinem Grunde nicht und so einigte man sich auf folgenden Ausweg:

Die Arbeitgeber veranschlagten die wöchentlich erforderliche Aushilfe auf etwa 120,000 K. Rund 120 Waggons Mehl werden (bei der gekürzten Quote) wöchentlich in Wien verbacken und diese sollten den Broterzeugern um 120,000 K. billiger berechnet werden, so daß ein Waggon um 1000 K., ein Meterzentner um 10 K. und ein Kilogramm Mehl um 10 Heller billiger als bisher den Unternehmern geliefert werden sollte. Die Unternehmer waren mit diesem Plane einverstanden, doch stand noch die Zustimmung des Finanzministeriums aus.

Diese ist jetzt erfolgt, doch hat das Finanzministerium folgenden Vorbehalt gemacht: Da es einige kleine Bäcker gibt, die niemand entlassen können, weil sie keinen Gehilfen beschäftigen, soll die Ermäßigung der Mehlpreise nicht allgemein gelten, sondern nur für solche Arbeitgeber, deren Anspruch darauf von der Behörde als berechtigt anerkannt worden ist. Wohl ist jedem Arbeitgeber, der Gehilfen zu entlassen hätte, die Herabsetzung des Mehlpreises zugesichert, aber er muß darum einreichen; das Ministerium wird etwa 600 Gesuche samt den dazu gehörigen Belegen prüfen und erledigen müssen, und da nicht nur Behörden, sondern auch Bäckermeister manchmal schwerfällig sind, wird sich mancher Bäcker der staatlichen Beihilfe erst dann sicher fühlen, bis er die zustimmende Erledigung in der Hand hat. Bevor 600 Gesuche erledigt sind, vergeht manche Woche, und da muß man schon fragen, was mittlerweile mit den Arbeitslosen geschieht, in deren Interesse doch die ganze Aktion unternommen wurde. Es wird sowohl den Bäckermeistern als auch den Bäckergehilfen nicht leicht fallen, wochenlang auf die behördliche Entscheidung über ihre Ansprüche zu warten. m. h.

---

höhung des Wachkorps (zumindest um 30 Prozent), und zwar wird die Kriegsverwaltung dieses notwendige Kontingent auch an Kriegsverwendbaren zur Verfügung stellen müssen, damit für die schwere Uebergangszeit bereits geschulte Mannschaft im Dienste stehe. Wir wissen ja auch, daß heute für die Polizei so viele ganz neue, durch die Zeit geschaffene Agenden, vor allem der weitverzweigte, mühsame Ordnerdienst beim Lebensmittelverkauf, hinzugekommen sind, so daß der eigentliche Wachdienst eine starke Beeinträchtigung erfahren hat. Die Polizei ist nicht der Ansicht, daß in diesem Ordnerdienst Einschränkungen vorgenommen oder daß Bürger hiezu herangezogen werden könnten, da die Zeit zu ihrer Organisation nicht mehr vorhanden ist. Dieser Ordnerdienst auf den Märkten und vor einzelnen Geschäften verfolgt einen doppelten Zweck: erstens die Ueberwachung des Händlers und zweitens die Ueberwachung des Publikums, das in der fortwährenden Angst, nichts mehr zu erhalten, allzu oft in Streit geraten würde. Die in einzelnen Städten geschaffene Landsturmpolizei hat sich nicht bewährt; in der einen Sadt wurden die Ueberwachungsorgane — Selbstversorger und in andern haben sich die zum Ordnerdienst herangezogenen „älteren" Herren nicht den nötigen Respekt zu verschaffen gewußt. Auch in Wien haben ja jene freiwilligen Organe, die in der Großmarkthalle den Aufsichtsdienst führen sollten, Fiasko erlitten: die Damen wurden von Käufern und Verkäufern in gleicher Weise beschimpft. Ebenso würde man wahrscheinlich gegen die Bürgermiliz Stellung nehmen.

Die Zeit
4./VII. 1918

8

(Weißbrot in Budapest.) Aus Budapest, 2. d., wird uns telegraphiert: Mit Rücksicht darauf, daß gegenwärtig in Budapest viel mehr Weißmehl als Brotmehl vorrätig ist, hat der Magistrat den Bäckern gestattet, daß bis auf weiteres wieder Weißbrot erzeugt werden darf. Der Preis wurde mit 1 Krone 40 Heller pro Kilogramm festgesetzt. Diese Verfügung ist jedoch nur als eine vorübergehende, durch den infolge Transportschwierigkeiten hervorgerufenen Mangel an Brotmehl begründete Maßnahme aufzufassen. Die Erzeugung von Weißbrot wurde bekanntlich vor einigen Monaten verboten.

Reichspost 4. VIII. 1918

Wo der Wiener Mehl bekommt.

Eine wahre Geschichte aus der Leopoldstadt.

Eine Wienerin schreibt uns:

Großer Schrecken im Hause des Herrn R. Der ganze Mehlvorrat war erschöpft und versetzte die Hausfrau in nicht geringe Verlegenheit. Vertrauensvoll wendet sich diese an eine ihrer Freundinnen mit der Bitte um Rat und Hilfe.

„Gehe hinüber in die Leopoldstadt, in die Straße ..., in das Café ... um ... Uhr und setze Dich dort an den ersten besten Tisch und warte ruhig, bis man nach Deinem Begehr sich erkundigt."

Mit seltsamen Gefühlen begab sich die Hausfrau zur bezeichneten Stunde auf den Weg. Ihre Beklommenheit steigert sich, da sie am Ziele angekommen. Noch nie im Leben war sie in ein derartiges Kaffeehaus eingekehrt. Soll sie eintreten — soll sie wieder umkehren? Endlich ist der Kampf ausgefochten. Das Verlangen nach dem notwendigen Mehl hat gesiegt. Beherzt tritt sie ein und setzt sich an den nächsten Tisch. Es dauert nicht lange. Ein Jude tritt herein und zwischen ihm und der Hausfrau entspinnt sich nun folgendes Zwiegespräch:

Der Herr: Fräulein, was wünschen Sie?

Die Dame: Ich wünsche Mehl.

Der Herr: Wie viel Mehl wünschen Sie?

Die Dame: 10 Kilo; wie viel bezahle ich pro Kilo?

Der Herr: Sie können haben, gnädiges Fräulein, 10 Kilo, das Kilo zu 20 Kronen.

Die Dame: Gut, ich bezahle 20 Kronen. Bitte, wann wird das Mehl geliefert?

Der Herr: Gnädiges Fräulein! Zuerst zahlen 200 Kronen, dann werde ich sagen, wann und wo das Mehl abgeholt werden kann.

Die Dame: Entschuldigen Sie! Früher, jawohl, da konnte man so was tun; indessen die Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse legt nahe, erst die Lieferung des Mehles abzuwarten und hernach den entfallenden Betrag auszufolgen.

Der Herr: Gnädiges Fräulein! Ich habe für Sie kein Mehl — sprach's und entfernte sich.

Verlassen saß die Hausfrau am Tische. Sollte sie also den schweren Gang umsonst getan haben? Sie eilt dem Manne nach: Bitte, entschuldigen Sie, mein Herr, ich erlege alsogleich die 200 Kronen. Bitte, wann darf ich das Mehl erwarten?" Das Gespräch wird nun wieder aufgenommen.

Der Herr: Gnädiges Fräulein! Kommen Sie morgen nachmittags 5 Uhr in die Straße ... (eine Straße in der Leopoldstadt) Haus Nr. ...

Die Dame: Bitte, welchen Stock, welche Tür!

Der Herr: 's gibt keinen Stock. Kommen Sie also um 5 Uhr. Warten Sie etwas. Ein „Pfiff" wird Ihnen sagen, daß Sie in das Haus eintreten können und das Mehl vorfinden werden. —

Damit war das Geschäft abgeschlossen. Sorgenschwer tritt die Hausfrau den Heimweg an. Daß sie die erlegten 200 Kronen nicht wieder sieht, dessen ist sie sicher; ob sie jedoch 10 Kilo Mehl am folgenden Tage erhalten wird, dafür hat sie nicht Sicherheit, wohl aber tausend bange Zweifel und Sorgen. — —

Die Stunde zum Abholen des Mehles ist angebrochen. Es ist nachmittags 5, da die Hausfrau am bezeichneten Hause der ... Straße anlangt. Für 5 Uhr ist sie bestellt, der Zeiger der Uhr steht auf 5. Jetzt also muß das Zeichen, der Pfiff ertönen. Alles bleibt still. Nichts regt sich, kein menschliches Wesen wird in dem Hause sichtbar, es scheint, als wäre dieses völlig ausgestorben.

Die Uhr zeigt ein Viertel nach 5. Ein schriller Pfiff ertönt. Die Dame tritt in den dunkeln Hof. Das Auge forscht nach allen Seiten. Da, hinter der Tür steht ein großes Paket. „Mehl ist darauf zu lesen. Von niemandem gesehen, von niemandem angeredet, erfaßt die Dame das Paket und trägt den Schatz nach Hause. —

So geschehen vor acht Tagen, in den Tagen der verkürzten Brotration, im Jahre des Hungers 1918.

B. R.

Tägliche Rundschau 5/VII. 1918

86

* **Kartoffelausfall und Kartoffelersatz.** Wie bereits angekündigt, ist die Kartoffelmenge für Berlin für die nächste Woche auf 1 Pfund herabgesetzt worden. Der Magistrat teilt darüber folgendes mit: Da in der kommenden Woche nicht mit Sicherheit auf den Eingang genügender Mengen Frühkartoffeln gerechnet werden kann, werden für die Woche vom 8. bis 14. Juli Kartoffeln nur in Mengen von 1 Pfund, daneben aber zum Ersatz für die fortfallenden Kartoffeln 600 Gramm Hülsenfrüchte auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung gebracht. Die Ausgabe der Hülsenfrüchte erfolgt von Dienstag, den 9. Juli 1918, ab.

Noch übler als die Berliner sind die Bewohner von Neukölln daran, denn dort sind in der laufenden Woche überhaupt keine Kartoffeln eingegangen. Es werden daher in dieser Woche als Ersatz für die 14 Abschnitte 27 a—g der Neuköllner Kartoffelkarte auf jeden Abschnitt 50 Gr., zusammen 700 Gr. Hülsenfrüchte ausgegeben. Der Verkauf findet in den Kleinhandelsgeschäften statt, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist. Das Eintreffen der Hülsenfrüchte wird in den Geschäften durch Anschlag bekanntgegeben.

Ganz besonders schlecht ist wieder für die Landgemeinden Groß-Berlins gesorgt worden. Hier gibt es zu einem Pfund Kartoffeln statt 100 Gr. Hülsenfrüchte für jedes ausfallende Pfund Kartoffeln diese nur zum Teil und als Ersatz für den Ersatz eine bestimmte Menge Suppenpulver, das durchaus nicht als auch nur einigermaßen ausreichendes Ersatzmittel angesehen werden kann. Dazu kommt, daß die Ersatzmittel mit einer Woche Verspätung geliefert werden!

Fremdenblatt
5./VII. 1918

Verbotswidriger Kartoffelverkehr.

Nach der Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 22. Juni 1918 ist im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung die gesamte Kartoffelernte, also auch die Frühkartoffeln, zugunsten des Staates beschlagnahmt. Der freie Einkauf von Kartoffeln beim Erzeuger und der Verkauf durch diesen unmittelbar an den Verbraucher ist daher verboten. Uebertretungen dieser Verbote werden unnachsichtlich mit Geldstrafen bis zu 20.000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft und ziehen überdies den Verfall der verbotswidrig erworbenen Kartoffeln nach sich.

Die strengste Ueberwachung des Kartoffelverkehres sowohl in den Kartoffel erzeugenden Gemeinden als auch auf den Bahnstationen und den Linien-Verzehrungssteuerämtern ist verfügt worden.

Ostdeutsche — Rundschau

9./III. 1918

8g

Vergeudung von Brotgetreide. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die Bestimmungen über die Uebernahme des Getreides der Ernte 1918 müssen naturnotwendig zu sehr großen Verlusten dieses kostbaren Gutes führen. Die großen Schnelligkeitsprämien sind ein Verbrechen, statt ein Segen. Nachdem jeder Landwirt sich diese Mehrpreise wird sichern wollen, werden die Getreidemengen rasch und in großen Massen, feucht und nicht lagerfähig zur Ablieferung gelangen. Was es bedeutet, wenn solche große Mengen Getreide in den Lagerhäusern aufgeschüttet werden und Monate ohne zweckentsprechende Bearbeitung lagern müssen, ist selbst jedem nicht Sachverständigen klar. Von vielen hunderten Fachleuten wurde gefordert, daß eine Mindestmenge per Hektar angefordert und daß für jeden Meterzentner mehr dann eine Prämie zu bezahlen wäre. Dadurch wäre allen Befürchtungen vorgebeugt, eine bedeutend größere Menge zur Ablieferung gelangt, als durch die neuen Vorschriften erfolgen wird. Klugheit spricht aus dieser Verfügung nicht! Daß dadurch die Brotfrucht gekürzt und nicht gestreckt wird, wolle heute schon vermerkt werden und auch die Verantwortung solch unheilschwangerer Verfügungen müssen die übernehmen, welche sie erlassen haben.

Frankfurter Zeitung 10/VII. 1918.

Kartoffeln und Gemüse.

Die Kartoffel- und noch mehr die Gemüseversorgung in Berlin hat sich sehr gebessert. Was die Kartoffeln anlangt, so teilt der Magistrat folgendes mit:

Da jetzt mit dem Beginn der inländischen Frühkartoffelernte gerechnet werden darf, ist in Aussicht genommen, für die Woche vom 15. bis 21. Juli 1918 drei Pfund Kartoffeln zur Verteilung zu bringen. Für die ausstehenden 4 Pfund Kartoffeln werden in der nächsten Woche 400 Gramm Hülsenfrüchte verabfolgt werden. Einige Kreise der Mark haben schon Frühkartoffeln nach Berlin verladen, die Haupternte wird aber erst in ungefähr zwei Wochen beginnen. Sie verspricht im allgemeinen gut zu werden.

Ferner bittet der Magistrat darauf hinzuweisen, daß die in diesen Tagen in geringen Mengen neben anderen Hülsenfrüchten zur Verteilung kommenden Peluschken schon in Friedenszeiten in manchen Teilen Deutschlands ein beliebtes Nahrungsmittel bildeten. Die Peluschken sind wie andere Hülsenfrüchte zuzubereiten, insbesondere sind sie vor dem Kochen mehrere Stunden gut einzuweichen.

Gemüse ist reichlich nach Berlin gekommen, so daß der Preis wenigstens für einen Teil des Gemüses unter den Höchstpreis sinkt. „Fliegende Händler" verkaufen wieder Gemüse vom Wagen. Insbesondere Kohlrabi wird so viel angeboten, daß der Preis für allerdings nicht ganz frischen und in den Blättern welken Kohlrabi bis auf 25 Pfennige für das Pfund heruntergegangen ist. Mohrrüben ohne Kraut werden zu 60 und 40 Pfennige und grüne Bohnen für 78 Pfennige angeboten und gekauft, ohne daß die Bestände gestern am Nachmittag schon geräumt waren. Obst dagegen ist leider kaum am Markt, dagegen in Weinwirtschaften zu haben, wo z. B. ein kleines Schälchen Erdbeeren 2,50 M. kostet.

Pester Lloyd Abendbl
11. VIII. 1918

(Die Kartoffelversorgung der Hauptstadt.) Einige Tagesblätter haben in der letzten Zeit sich mit dem Kartoffelmangel befaßt und den hauptstädtischen Lebensmittelverschleiß, sowie das Volksernährungsamt beschuldigt, durch Unterlassung entsprechender Verfügungen das hauptstädtische Publikum in die schwere Lage gebracht zu haben, nicht zu Kartoffeln gelangen zu können. Wie Magyar Tudósító an kompetenter Stelle erfährt, beruhen diese Beschuldigungen bloß auf einer unrichtigen Information, da es die Hauptsorge sowohl der entsprechenden Abteilung des Volksernährungsamtes, sowie des hauptstädtischen Lebensmittelverschleißes ist und war, die **ungestörte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu sichern.**

Obwohl der Spätfrost das Eintreffen der Ware auf den hiesigen Märkten sehr ungünstig beeinflußte, steht fest, daß im Juni und in der ersten Hälfte Juli so große Mengen auf den Markt gelangten, wie es in diesen Zeiträumen noch nie geschehen war. Daß die zum Konsum gelangenden Frühkartoffeln auf dem Markte so spät erschienen, findet seinen Grund nur darin, daß infolge des Junifrostes die Kartoffeln in ihrem Wachstum zurückgeblieben sind und in den letzten Tagen bloß die Landwirte der Komitate Bács-Bodrog und Torontál Kartoffeln geliefert haben. Der Zustand bessert sich jedoch täglich und es wird in der Kartoffelversorgung keine nennenswerte Störung eintreten. Schon im Laufe des gestrigen Tages kamen Kartoffeln in entsprechender Menge an, so daß das Publikum die Karten bis zum 10. d. M. einlösen konnte. Heute trafen wieder größere Quantitäten ein und es sind auch solche unterwegs, weshalb die Einlösung der Kartoffelkarten anstandlos erfolgen wird. — Ein Leser schreibt uns: Das „Kaistehen" vulgo „Acsorogni" vor den städtischen Erdäpfelverkaufsstellen ist eine Tortur und Arbeitskraftverschwendung sondergleichen. Eine sehr einfache Aenderung in der Methode des Verkaufs kann da wesentlich abhelfen. In den zwei Verkaufsbuden der Zentralmarkthallen verkaufen zur „Erdäpfelzeit" 9 bis 10 Personen in der Weise, daß ein jeder Verkäufer die „Karten" übernimmt, prüft, zur Scheere greift, abschneidet, das Geld übernimmt, wechselt und die Mehrsumme zurückgibt, hierauf die Erdäpfel in die Wage einlegt, die Gewichte an der Wage ändert und hernach die Erdäpfel in den Behälter des Käufers schüttet; jede einzelne dieser Prozeduren ist mit Verhandlungen verbunden, und trotz des größten Fleißes kann der einzelne Kunde nur langsam abgefertigt werden. Der ganze Vorgang müßte derart organisiert werden, daß die Manipulation mit den Karten und dem Gelde an separaten Tischen geschehe. Der Käufer übergibt seine Karten und erhält sie nach Abtrennung des Kupons sofort zurück, bezahlt den entfallenden Betrag und bekommt einen „Blockzettel" mit der Angabe der Kilogrammzahl. Mit diesem „Block" geht er zum Verkaufstisch, wo schon vorher in entsprechenden Mengen die Kartoffeln in Papiertüten abgewogen vorbereitet stehen; er übergibt den Blockzettel und übernimmt das Quantum in einer Sekunde und entfernt sich sofort, Gott dankend für diese zauberhafte Raschheit des amtlichen Apparats. Sollten sich Bedenken wegen der Kosten der Papiertüten ergeben, so kann dem auf die Weise abgeholfen werden, daß eine entsprechende Anzahl von Holzkübeln diverser Größen zur Verfügung steht, in die durch separates Personal die Erdäpfel vorher eingewogen und am Verkaufstisch dem Käufer einfach in den mitgebrachten Behälter eingeschüttet werden. Natürlich müßten die leergewordenen Kübel durch eigens hiefür Beschäftigte sofort mit der entsprechenden Menge Kartoffeln nachgefüllt werden, damit beim Verkaufstisch keine Stockung eintrete. Auf diese Weise dürfte sich der Verkehr in einem kleinen Bruchteil der jetzigen Wartezeit abspielen. Diese Methode hat auch den Vorteil, daß — falls nicht genügender Vorrat für alle Käufer da wäre — der hievon betroffene Käufer diesen fatalen Umstand schon an der Kasse erfährt und nicht erst stundenlang, wie jetzt, herumlungert und dann leer weggeschickt wird. Die Approvisionierungsbehörde wird diese einleuchtende Anregung gewiß gern befolgen und sowohl diese als auch das Publikum wird der geehrten Redaktion für ihre freundliche Mühe aufrichtigen Dank zollen.

Tägliche Rundschau 11./VII. 1918.

* **Keine Erhöhung der Frühkartoffelpreise.** Das Kriegsernährungsamt läßt durch „W. T. B." folgendes verbreiten:

Auf mehrfache Anfragen teilt das Kriegsernährungsamt mit, daß eine Erhöhung der Preise für Frühkartoffeln über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 M. hinaus nicht beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit der reichlicheren Anfuhr voll ausgereifter Frühkartoffeln gerechnet werden kann.

Hoffentlich wird der sich in der letzten Zeile aussprechende Optimismus des Kriegsernährungsamtes nicht zuschanden. — Wie sehr man damit zu rechnen scheint, daß sich die Einwohner der zu den Landgemeinden gerechneten Vororte „hintenherum" helfen können, geht daraus hervor, daß zwar schon Berlin und die Nachbarstädte mit Frühkartoffeln (wenn auch unzureichend) beliefert worden sind, nicht aber die kleineren Vororte.

Berliner Lokalanzeiger 13./VII. 1918

Die gekürzte Brotration der Reisenden. Wir haben die behördliche Begründung wiedergegeben, warum dem Reisenden die ohnehin knappe Brotration verkürzt wird und müssen zugestehen, daß sie nicht gerade überzeugend wirkt. Mit Recht wird von verschiedenen Seiten daraufhingewiesen, daß nicht einzusehen ist, warum allen Reisenden 350 Gramm entzogen werden, wei. 1400 Gramm die geringste Brotmenge darstellen, die aus den jedem zukommenden 1120 Gramm Mehl hergestellt werden kann, und da in „einigen mitteldeutschen Städten" „vorübergehend" die Streckungsmittel fehlen. Zum blotzen Vergnügen würde sich, so schreibt man uns, niemand Reisemarken eintauschen, davor schrecken schon die damit verbundenen Scherereien ab. Dem würde schlimmstenfalls schon dadurch vorgebeugt, daß Reisemarken anstatt über 1120 Gramm nur über 1100 Gramm Mehl gegeben würden. Hier würde der Abzug nach jetzigen Berliner Verhältnissen etwa 30 Gramm Brot entsprechen und niemand wird ohne äußerste Not auch nur diese geringe Menge einbüßen wollen. Leute aber, die geschäftlich oder aus Gesundheitsgründen reisen müssen, gleich durch Abzug von 350 Gramm zu bestrafen, geht zu weit.

Fremdenblatt
14. VIII. 1918

Der Grazer Gemeinderat gegen das Verbot des Rucksackverkehres und die Beschlagnahme der Gartenkartoffeln.

In der gestrigen Sitzung des Grazer Stadtrates führte Gemeinderat Schüller aus, daß auf dem Gebiete der Ernährungswesens eine derartige Verschlechterung eingetreten sei und die staatlichen Zuweisungen derart verringert worden sind, daß jeder gezwungen ist, zur Selbsthilfe zu schreiten, die billigerweise insolange nicht verboten werden kann, so lange der öffentliche Ernährungsdienst so viele Lebensmittel zuzuweisen in der Lage ist, daß es nicht möglich ist, davon zu leben. In einer solchen Zeit ist es geradezu ein Verbrechen, wenn man es unternimmt, die Bevölkerung daran zu hindern, sich selbst jene Lebensmittel zu beschaffen, die unbedingt notwendig sind, um das Leben zu erhalten. Dies wurde auch seitens des Ernährungsamtes selbst dadurch anerkannt, daß dieses Amt die Duldung des Rucksackverkehrs ausdrücklich ausgesprochen hat. Der Redner wendete sich sodann den Vorfällen in Spielfeld zu, wo den Reisenden rücksichtslos alle in den Rucksäcken befindlichen, mühsam zusammengebrachten Lebensmittel beschlagnahmt wurden, und verlangt, daß die Schuldtragenden mit aller Strenge zur Verantwortung gezogen werden. Die Ausführungen des Redners fanden allseitige Zustimmung.

Das „Grazer Volksblatt" meldet hiezu: „Ueber das rücksichtslose Vorgehen der Amtsorgane, welche vor einigen Tagen in Spielfeld den Leuten alle Nahrungsmittel, sogar kartenfreie, wie Schwämme und Eier, weggenommen haben, herrscht allgemeine Entrüstung. Auf eine Anfrage bei der Grazer Statthalterei wurde ausdrücklich erklärt, daß der auch in den Amtsblättern verlautbarte Erlaß der Statthalterei betreffend die Freigabe des Rucksackverkehrs nach wie vor im vollen Umfange aufrecht besteht. Wegen der Freigabe der Erdäpfel für den Rucksackverkehr wird schon in den nächsten Tagen eine besondere Verfügung erscheinen. Voraussichtlich wird der Rucksackverkehr für Erdäpfel bis zum Gewichte von 9 Kilogramm freigegeben werden."

Die Zeit
15./VII. 1918

96

Erhöhung des Brotpreises.

In der gestern abgehaltenen Hauptversammlung der Bäckermeister Wiens bildete die Brotpreiserhöhung den wichtigsten Punkt der Tagesordnung. Verbandsobmann Eiles stellte in seinem Referat fest, daß sich die Folgen der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber den seinerzeit gestellten höchst billigen Forderungen der Bäcker zeigten. Heute sehe man sich nämlich veranlaßt, eine Brotpreiserhöhung in weit höherem Ausmaß vorzunehmen. Jahre hindurch habe man die Beschwerden der Bäckermeister nicht beachtet, nunmehr müsse man aber notgedrungen die Brotpreise erhöhen. Der neue Mehlpreis werde sich, wie an maßgebenden Stellen erklärt wird, auf 58 Heller pro Kilogramm stellen, wonach der Brotpreis im selben Verhältnis auf 75 Heller pro Kilogramm steigen müsse, so daß der Einheitslaib sich auf 94·5 Heller stellen würde. Hierbei ist aber noch keine Erhöhung inbegriffen, die den veränderten Produktionsbedingungen im Bäckergewerbe entsprechen würde. Kein Gewerbe kann heute zu denselben Bedingungen arbeiten wie im Jahre 1915, nur von den Bäckern habe man dies bis heute verlangt.

Im Sinne seiner Ausführungen beantragte der Referent die Annahme einer Resolution, in der es heißt: In Anbetracht des Umstandes, daß der Brotpreis anderwärts wiederholt den veränderten Produktionsbedingungen angepaßt und nur in Oesterreich seit September 1915 unverändert festgehalten wurde, angesichts des Umstandes, daß den Wünschen der Landwirte entsprechend der Getreidepreis und auf Wunsch der Mühlenindustrie auch der Mahllohn wiederholt erhöht wurde, und schließlich unter Hinweis auf die auch im Bäckergewerbe eingetretene ungeheure Erhöhung der Regien, die bisher der Broterzeuger zur Gänze aus eigener Tasche bezahlen mußte, fordern die Mitglieder des Verbandes der Bäckermeister nochmals und mit aller Entschiedenheit eine den wahren Verhältnissen im Bäckergewerbe entsprechende Regelung des Brotpreises. Eine Erhöhung von wenigen Hellern berührt heute den Verbraucher viel weniger als eine Kürzung oder Erhöhung der Ration.

Nach einer lebhaften Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Der Neue Abend
17. VIII. 1918

17
87

Die Verteuerung des Brotes.

Eine Milliarde Staatsbelastung.

Die von den Wiener Bäckern in ihrer letzten Genossenschaftsversammlung so nachdrücklich erhobene Forderung nach Erhöhung des Brotpreises hat in der Öffentlichkeit eine nachhaltige Bewegung hervorgerufen. Bekanntermaßen begründen die Bäcker ihre Forderung mit der Steigerung ihrer Betriebskosten, mit der Hinaufsetzung der Getreidepreise, mit der Erhöhung des Mahllohnes für die Mühlen usw. Nunmehr trägt sich auch die Regierung mit dem Gedanken einer Brotpreiserhöhung. Im übrigen hatte die Behörde schon seit langem die Absicht, mit einer Brotpreiserhöhung vorzugehen. Bereits um die Jahreswende 1915/16 wollte man daran schreiten. Es wurde aber damals geltend gemacht, daß eine solche Maßregel geeignet sei, die heftigste Aufregung hervorzurufen und die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen könne. So wurde davon Abstand genommen. Nunmehr greift die Regierung ihren alten Plan wieder auf und begründet dies mit dem großen Kostenaufwand, der mit der Aufrechterhaltung der bisherigen Mehl- und Brotpreise verbunden wäre. Die Aufrechterhaltung der bisherigen Preise bedeutet eine Belastung des Staatssäckels mit rund einer Milliarde Kronen. Hatte schon bisher der Staat am Brot Hunderte von Millionen draufgezahlt (so mußte er z. B. an Rumänien, das vor seinem Eintreten in den Krieg Getreide in die Monarchie einführte, in Gold bezahlen), so haben sich die Kosten jetzt bedeutend erhöht. Die Druschprämien, die der Landwirtschaft gewährt werden (von K 25 bis 5, je nach dem Zeitpunkte der Getreideablieferung), die etwaige Einfuhr aus der Ukraine, wo man hohe Preise wird zahlen müssen und schließlich die erhöhten Preise im Inland (100 Kilogramm Roggen oder Weizen stellen sich ohne Druschprämie auf K 55, mit der Prämie also auf K 60 bis 85), alle diese Umstände bringen es mit sich, daß der Kostenaufwand auf die oben erwähnte Summe von einer Milliarde gestiegen ist.

Bei aller Würdigung dieser Gründe müssen wir doch erklären, daß der Staat sich dazu entschließen sollte, die Milliarde aus seiner Tasche zu bezahlen. Die Aufrechterhaltung des Brotpreises war die einzige Leistung des Staates während des Krieges — neben der Mieterschutzverordnung — für die Verbraucher, und man möge sich nicht leichten Herzens dazu entschließen, diese beiden Bollwerke in der steigenden Preisflut aufzugeben. Denn wie unsere Leser wissen, auch gegen die Mieterschutzverordnung beginnt man Sturm zu laufen. Das Brot und das Heim darf nicht verteuert werden.

Und noch eines: Man hat voriges Jahr einen Abbau der Preise versprochen. Und nun statt dessen die Erhöhung des einzigen bisher gleichgebliebenen Preises! Die Regierung kann die Milliarde durch andere Steuern leicht hereinbringen. (Selbstverständlich darf dies keine Besteuerung des Getreides sein, denn eine solche würde mit unumstößlicher Sicherheit auf die Verbraucher überwälzt werden.) Aber eine kleine nähere Besichtigung der Verdienste der Herren Kriegsgewinner würde die Milliarde reichlich ergeben. Will aber die Regierung unbedingt den Brotpreis erhöhen, so dürfen in keinem Falle die Minderbemittelten davon betroffen werden. Für diese müßte da unbedingt Staatshilfe platzgreifen.

Neue Freie Presse
17. VIII. 1918

88

Die Gefahr einer Brotpreiserhöhung.

Von einem Ernährungsfachmann.

Wien, 16. Juli.

Die Wiener Bäcker verlangen jetzt schon zu wiederholten Malen in Genossenschaftsversammlungen die Erhöhung des Brotpreises und stützen dieses Begehren auf die wesentliche Verteuerung der Produktionskosten. Es sei ihnen nicht mehr möglich, mit dem bisherigen Backlohn das Auslangen zu finden. In geschickter Weise wird diese Forderung zu einem Zeitpunkt neuerlich erhoben, in welchem die durch die bereits verfügte Erhöhung der Preise für Getreide der neuen Ernte geschaffene Frage aktuell geworden ist, wie sich in dem beginnenden Wirtschaftsjahre der Mehlpreis und vor allem der Preis für Brotmehl stellen werde. Die Hinaufsetzung der Getreidepreise ist in der Annahme erfolgt, daß größere Rentabilität produktionsfördernd wirke, ein Rückschluß, der in normalen Zeitläuften gewiß berechtigt und erlaubt ist, im Kriege aber wie die meisten Theorien in allen Zweigen der Wissenschaft seine Geltung mehr oder minder verloren hat. Doch ist es heute zu spät, diese Frage zu erörtern. Das Ergebnis der Ernte und die Möglichkeiten ihrer Erfassung werden ja, abgesehen von Wind und Wetter, die Antwort darauf geben, ob mit der Preiserhöhung für Körnerfrüchte der angestrebte Zweck erreicht worden ist oder nicht. Nach manchen Analogien auf anderen Marktgebieten müßte man in dieser Beziehung skeptisch sein. Anders steht es mit der Frage des Mehlpreises. Für diese gilt natürlich das Moment der Erzeugungsförderung durch Gewährung höherer Ansätze nicht. Es kann nur so viel Mehl erzeugt werden, als Getreide vorhanden ist. Der Krieg hat auch die Grenzlinien zwischen unentbehrlichen Bedarfsgegenständen und der Luxusware stark verwischt. Vieles von dem, was früher Luxus war, ist heute wirklicher Lebensbedarf geworden und umgekehrt. Daß aber nächst der Kartoffel Mehl zu den allerunentbehrlichsten Gegenständen der menschlichen Nahrung gezählt werden muß, ist, unbekümmert um jede örtliche Gewohnheit, ein Axiom, das weiter keines Beweises bedarf. Das Sophisma dagegen, die Bevölkerung brauche in erster Linie Mehl und Brot unabhängig vom Preise und es sei wichtiger, die zur Verausgabung gelangende Brot- und Mehlmenge wieder auf die alte Höhe zu bringen, als sich um Preisberechnungen zu kümmern, hat sicherlich keine allgemeine Geltung. Es gibt trotz der grundstürzenden Umschichtung der Einkommen, welche der Krieg in seinem Gefolge hatte, breite Schichten, für die der Brotpreis nichts weniger als gleichgültig ist. Eine einfache Multiplikation ergibt, daß die fünfköpfige Familie eines kleinen Beamten bei der vollen Brotration in einem Jahre 260 Einheitsleibe Brot erhält, was gegenwärtig einen Aufwand von 81·2 Kronen erfordert. Bei einer der Steigerung der Getreidepreise analogen Erhöhung der Brotpreise, die Zuschlagssteigerung noch nicht inbegriffen, welche die Bäcker für die verteuerten Herstellungskosten verlangen, würde sich für diese Familie eine Mehrauslage von 56 Kronen ergeben.

Die Frage des Brotpreises ist also zunächst eine Frage des Mehlpreises. Ungarn hat den Ausweg gewählt, die feinen Weizenmehlsorten um ein Mehr zu erhöhen, als es der Steigerung der Getreidepreise entsprechen würde, um dadurch den finanziellen Ausfall wettzumachen, der durch die Beibehaltung des bisherigen Brotmehlpreises entsteht. Auch für diese Art der Lösung ließe sich ebenso leicht ein Wider als ein Für finden, aber sie zeigt das Festhalten an dem richtigen Grundsatz, das Brot darf nicht teurer werden. Dieser oder ein ähnlicher Weg müßte auch in Oesterreich beschritten werden. Strengste Sparsamkeit im Haushalte ist jetzt oberstes Gebot unserer Selbsterhaltung geworden. Aber bei dem Brotmehlpreis darf nicht mit den Finanzkünsten begonnen werden. Es werden sicherlich ausgiebigere Objekte zu finden sein, bei denen etwas von den ungezählten Millionensummen hereingebracht werden kann, die allmählig mit einer gewissen Oberflächlichkeit dem Staatssäckel angelastet worden sind.

Daß die Bäcker jetzt teurer als früher erzeugen, ist im allgemeinen nicht zu bestreiten. Auch ihre Produktionskosten sind in vielen Beziehungen von der endlos weiter rotierenden Preisschraube nicht verschont geblieben. Aber in manchen Belangen hat sich dagegen ihre Regie vermindert, und der Nachweis müßte erst erbracht werden, ob die gegenwärtige Erzeugungsform, die Uniformität und Vereinfachung des Betriebes nicht anderseits Ersparnisse im Gefolge gehabt hat, die manche Verteuerung, wie zum Beispiel bei den Löhnen, bei der Feuerung usw., wettmachen. Dies gilt natürlich für den maschinellen Betrieb in noch weit höherem Maße als für den Handbetrieb. Die Gemeinde Wien hat jetzt eine eigene Brotfabrik, Wenn auch nicht der Firmaprotokollierung nach, so doch auf Grund des Aktienbesitzes. Will auch sie einer Verteuerung des Brotes das Wort reden? Da wäre es, wenn der Bevölkerung eine neue Last auferlegt werden muß, doch reinlicher, den offenen übersichtlichen Weg der Umlagenerhöhung zu beschreiten. Aber zugegeben, den Bäckern müsse eine Erhöhung der Backkosten zugestanden werden, dann muß auch da eine Form für die Ueberwälzung gefunden werden, die den Brotpreis als solchen unberührt läßt. In Oesterreich ist bisher während des Krieges von allen kriegführenden Staaten der Brotpreis am wenigsten gesteigert worden. Bleiben wir dabei, in dieser Beziehung führend zu sein und an der Spitze zu marschieren. Ueber die Forderung der Bäcker sei hier kein endgültiges Urteil ausgesprochen, aber an dem bisherigen Brotpreis darf unter keinen Umständen gerüttelt werden.

Die Bäckergenossenschaft und die Erhöhung des Brotpreises.

Die Bäckergenossenschaft richtet folgende Zuschrift an uns: „In der heutigen Nummer Ihres sehr geschätzten Blattes veröffentlichten Sie eine fachmännische Aeußerung über die gegenwärtig in den Kreisen der Broterzeuger eifrigst diskutierte Frage einer Neuregelung der Brotpreise. Aus diesem Anlasse erlaubt sich die gefertigte Vorstehung Sie um gütige Veröffentlichung nachstehender Feststellungen, die die Ausführungen Ihres Gewährsmannes ergänzen, beziehungsweise richtigstellen sollen, höflichst zu bitten.

Zunächst ist festzuhalten, daß mit der Verwertung der neuen Ernte tatsächlich eine Erhöhung der Getreidepreise eintritt, welche natürlich auch eine Steigerung des Mehlpreises und demzufolge auch eine solche des Brotpreises zur Folge hat. Bei dieser Regelung soll auch den veränderten Gestehungskosten der Broterzeuger Rechnung getragen werden. Richtig ist nun allerdings, daß in den Kreisen der Staatsverwaltung keineswegs die Absicht besteht, die Kosten der unausweichlichen Brotpreiserhöhung zu Lasten des Staatsschatzes zu übernehmen, was eine neuerliche ungeheure Belastung des Budgets bedeuten würde. Es muß begreiflich erscheinen, daß die Broterzeugung von den Wandlungen unseres Wirtschaftslebens nicht unberührt bleiben kann, wenn auch tatsächlich die fortschreitende Teuerung aller Lebensmittel heute eine „Schraube ohne Ende" darstellt. Aber Tatsache ist es jedenfalls, daß der Konsument der Quantität einer täglichen Brotration ein weit höheres Interesse entgegenbringt, als einer etwaigen Preiserhöhung von einigen Hellern für den Brotlaib!

Schließlich müssen wir darauf verweisen, daß die Meinung Ihres fachmännischen Gewährsmannes vom wechselnden Gewinn bei der Broterzeugung absolut falsch ist. Richtig ist vielmehr, daß der Preis des Brotmehles sich unverändert gleich bleibt, ob dasselbe nun aus Weizen oder Roggen oder aus Mais und Hafer besteht! Ein Unterschied besteht nur in den mannigfachen Nachteilen und in der geringeren Ausbeute, mit welchen das Arbeiten mit minderwertigen Surrogaten verbunden ist. Im übrigen wäre noch zu betonen, daß eine Berücksichtigung der tatsächlichen Gestehungskosten auch den Forderungen der Bäckermeister und Brotfabriken vollauf entsprechen würde."

Die Zeit Abendl
19/VII. 1918

a 13

Der Verkehr mit Frühkartoffeln.

In den letzten Tagen ist durch Zeitungsnotizen die Meinung erweckt worden, daß der sogenannte Rucksackverkehr mit Frühkartoffeln vom Volksernährungsamt gestattet worden sei. Nach der Verordnung dieses Amtes vom 22. Juni ist aber im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung die gesamte Kartoffelernte, also auch die der Frühkartoffeln, zugunsten des Staates beschlagnahmt und der freie Einkauf von Kartoffeln beim Erzeuger verboten worden. Außerdem wurde die strengste Ueberwachung des Kartoffelverkehrs sowohl in den Kartoffeln erzeugenden Gemeinden als auch auf den Bahnstationen und den Linien-Verzehrungssteuerämtern verfügt. Da diese Angelegenheit für die Gemeinde auch wegen der Aufbringung an Frühkartoffeln in den der Gemeinde Wien vorbehaltenen Bezirken Niederösterreichs sowie des Abschlusses von Lieferungsverträgen von besonderer Wichtigkeit ist, wurde die erwähnte Verfügung vom Stadtrat nach einem Bericht des Vizebürgermeisters Rain zur Kenntnis genommen.

Vossische Zeitung 26/VIII. 1918.

100

Die Zustellung der Brotkarte.

Keine Verpflichtung des Hausbesitzers.

Die Frage, ob die Lebensmittelkarten von den Hauswirten bezw. deren Stellvertretern den Mietern in die Wohnung zu bringen sind, hat die Oeffentlichkeit bereits mehrfach beschäftigt, da mehrere Hauswirte, die sich diese Verfügung des Magistrats nicht unterwerfen wollten, seinerzeit zu empfindlichen Strafen verurteilt wurden.

Auf Veranlassung der Wirtschaftlichen Vereinigung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine ist nunmehr diese Frage nochmals aufgerollt worden, daß die Vereinigung in einer Strafsache gegen die Verwalterin Frau M., Muskauer Straße 2, zur Verteidigung ihren Syndikus beauftragte, in dessen Vertretung ein Rechtsanwalt die Angelegenheit vor dem Schöffengericht-Berlin-Mitte, Abteilung 136, zum Austrag brachte. Frau M. war ein Strafbefehl von 20 M. zugegangen, weil sie sich geweigert hatte, einem Mieter des Hauses die Brot- und Lebensmittelkarten in die Wohnung zu bringen. Sie sollte erklärt haben, sie sei zum Austragen der Brotkarten nicht verpflichtet, weil der Magistrat ihr dafür nichts bezahle. Vor Gericht stellte es sich heraus, daß der angeführte Zeuge die der Frau M. zugeschriebene Redewendung nicht selbst gehört hatte. Die Verteidigung machte geltend, daß die Grundlagen, auf die sich der Strafbefehl stütze, keineswegs eine genügende Handhabe zur Verurteilung bieten. Der § 9 der Magistratsverordnung sagt nur, daß die Brotkarten den Haushaltungsvorständen innerhalb des Hauses zu übergeben seien, was keineswegs bedeute, daß die Karten den Mietern zugetragen werden müßten. Außerdem habe der Magistrat durch seine Verfügung die Bekanntmachung des Bundesrats über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 vom 29. Juni 1916 überschritten, da diese Verordnung nur bestimmt, die Magistrate hätten „durch Abgabe von Brotkarten eine Verbrauchsregelung einzuführen, die den Verbrauch des einzelnen wirksam erfaßt". Diese Verfügung gebe den Gemeinden keineswegs das Recht, die persönlich unbezahlten Dienstleistungen der Hausbesitzer heranzuziehen. Abgesehen hiervon sei aber vor allen Dingen zu beanstanden, daß die Karten nicht nur vom Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter zu verteilen, sondern sogar den Mietern ins Haus zu bringen seien.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Verteidigers und sprach die Angeklagte frei, indem es die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegte.

Fremdenblatt 26/VIII. 1918.

26
101

Die Aussichten unserer Brotversorgung.

Ab Mitte August die volle Brotration.

Wie von der Leitung der Bäckergenossenschaft mitgeteilt wurde, wird infolge der guten Fortschritte der neuen Ernte bereits die nächste Brotausgabe sich wiederum durch eine gute Qualität auszeichnen. Die volle Brotration wird jedoch erst ab 11. August wiederum ausgegeben werden können, da die Drusch- und Ausmahlungsarbeiten noch eine gewisse Zeit benötigen.

Was die allgemeine Ernährungslage betrifft, so sieht man dem kommenden Wirtschaftsjahr mit Beruhigung entgegen, denn unsere Ernte war heuer eine Mittelernte, und da die Viehfuttererernte eine ausgezeichnete ist, so wird man heuer für das Vieh genug reichliche Nahrung haben, so daß auch gewisse, für menschliche Ernährungszwecke passende Futtermittelarten, wie zum Beispiel Hafer, für die menschliche Ernährung bereitgestellt werden können.

Die Fettversorgung ist zwar auf einen überaus bescheidenen Grad herabgesunken, da aber die Maisernte sowohl in Rumänien wie in Ungarn ausgezeichnet ist, so wird man sowohl genug Mais für die Fütterung von Schweinen als auch zur Bereitung von Maisöl und Maisfettstoffen haben.

Wird der neue Aufbringungsplan in der vorgesehene Weise durchgeführt werden, so dürfte nach menschlicher Voraussicht die kommende Versorgung nicht so von Zufällen abhängig sein, wie es leider heuer der Fall gewesen ist.

Reichspost Abendbl
20. VIII. 1918

102

Herabsetzung der Kartoffelquote in Budapest.

Vom 20. d. an wird die wöchentlich ausgegebene Kartoffelmenge von einem Kilogramm auf die Hälfte herabgesetzt, weil die Erntearbeiten und der Drusch die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte vollständig in Anspruch nehmen. Amtlich wird verlautbart, daß die Kopfquote gegen Ende dieses Monats wieder auf ein Kilogramm erhöht werden kann. Da heuer grüne Gemüse in unbeschränkten Mengen und sogar unter den Höchstpreisen zu haben sind, steht zu hoffen, daß die Herabsetzung der Kartoffelquote für so kurze Zeit keine schlimmeren Folgen nach sich ziehen wird.

Die Zeit
20./VIII. 1918

103

(Die neuen ungarischen Mehlpreise.) Wie bereits im Abendblatt gemeldet, veröffentlicht die gestrige Ausgabe des Budapester Amtsblattes die neuen ungarischen Mehlpreise. Auffallend ist, daß unter anderem der Höchstpreis für Feinmehl mit K. 296.50 festgesetzt wurde, also eine ganz außerordentliche Steigerung erfahren hat. Nachstehend wiederholen wir die neuen ungarischen Mehlpreise, bei deren gestriger Wiedergabe sich ein Druckfehler eingeschlichen hatte. Sie lauten: Feinmehl K. 296.50, Kochmehl K. 80.—, Brotmehl K. 50.— und Roggenmehl K. 87.30. Der Höchstpreis für Kleie beträgt 35 Kronen.

Neues Pester Journal
23/VII. 1918.

104

Die Mehlration der Industriearbeiter.

Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz hat für Schwerarbeiter in der Industrie folgende neue Mehlrationen festgesetzt:

	pro Tag Gramm	pro Monat Kilogramm
1. Für Bergwerksarbeiter, die in den Gruben beschäftigt sind	550	16.5
2. Lokomotivführer und Heizer	500	15
3. Die über Tag arbeitenden Bergwerks- und Hüttenarbeiter	400	12
4. Die in Nachtbetrieben beschäftigten Arbeiter	400	12
5. Die sonstigen Schwerarbeiter, einschließlich die in Ausforstungsbetrieben beschäftigten Arbeiter	350	10.5

Als in Nachtbetrieben beschäftigte Arbeiter sind jene zu betrachten, deren Arbeitszeit zum größten Teile, zumindest aber sechs Stunden des Tages in die Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgen fällt. Die abwechselnd in Tag- und Nachtschichten stehenden Arbeiter sind als Nachtarbeiter zu betrachten, wenn sie zumindest soviel Arbeitsnächte wie Arbeitstage haben. Für leichte Arbeit verrichtende Personen und Familienmitglieder beträgt die Tagesration an Mehl 240 Gramm.

Die Zeit Abendbl 23/VII. 1918.

a 23, 105

Vermahlung des freigegebenen Getreides.

Die heutige Wiener Zeitung veröffentlicht eine umfangreiche Statthaltereiverordnung, die sich mit der Vermahlung und Verschrotung der für den Wirtschaftsbedarf der Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe freigegebenen Getreidemengen befaßt.

Die Verordnung führt vor allem aus, daß die Vermahlung des Eigenbedarfes in Haus-(Hand-)mühlen nur mit besonderer Bewilligung der politischen Bezirksbehörden gestattet ist. Die Mühlen dürfen den Eigenbedarf von landwirtschaftlichen Selbstversorgern nicht zur bloßen Aufbewahrung, sondern nur zur Vermahlung auf Grund von Mahlbescheinigungen übernehmen. Die Selbstversorger wieder dürfen ihr Getreide nur nach jener Mühle führen, der sie amtlich zugewiesen wurden.

Bezüglich des vom Müller zu verlangenden Mahllohnes wurden folgende Höchstpreise angesetzt: für Weizen K. 4.50, für alle übrigen Getreidearten K. 4.10 für den Meterzentner Mahlgut

Die Ausmahlung des Getreides für den Eigenbedarf landwirtschaftlicher Selbstversorger hat ausnahmslos mit einer Mehlausbeute von mindestens 80 Prozent zu erfolgen. Die Erzeugung von Futtermehl innerhalb dieser Grenze ist verboten.

Die einschneidenste Bestimmung dieser mit dem 1. August d. J. in Kraft tretenden Verordnung ist im § 15 enthalten, der den Mehlkleinverschleiß der Lohnmühlen verbietet.

Die Zeit
23. VII. 1918

106

Schleichhandel mit Mehl.

Die Mehlkäufe der Stadt Mähr.-Ostrau.

Daß trotz aller Mehlknappheit auch jetzt noch Mehle aller Sorten, vom gemischten Brotmehl angefangen bis zum feinsten ungarischen Nullermehl, im Schleichhandel erhältlich sind, ist eine wohl allgemein bekannte Tatsache. Immerhin aber handelte es sich bei diesen unter der Hand abgeschlossenen Käufen stets nur um ganz geringe Quantitäten, zumeist nur um einige Kilogramm, die man sich durch gute Worte und noch bessere Zahlung bei Zwischenhändlern oder auch direkt bei den Produzenten zu beschaffen wußte. Neu dürfte jedoch die Tatsache sein, daß dieser verborgene Mehlhandel auch im ganz großen Stil betrieben wird, daß es selbst in diesen Tagen noch, in denen nach den wiederholten Erklärungen des Ernährungsministers alle unsere Mehlvorräte erschöpft und die spärlichen Eingänge durchaus unzureichend sind, nicht an Angeboten fehlt, bei denen es sich gleich um tausende Kilogramm handelt. Und am meisten überraschend berührt der Umstand, daß unter den Reflektanten auf derartige, selbstverständlich durchaus unerlaubte Mehlangebote nicht etwa nur Zwischenhändler oder Spekulanten, sondern auch städtische Gemeindeverwaltungen sich befinden.

So erfährt man jetzt von einem sehr merkwürdigen Mehlankauf der Stadt Mährisch-Ostrau. Das Geschäft, das streng vertraulich behandelt wurde, ist nur dadurch bekanntgeworden, daß die zu einem Wucherpreis erworbene Mehlmenge lediglich an die begüterten Kreise der Ostrauer Einwohnerschaft abgegeben werden sollte, jedoch sich als unzureichend erwies, um alle Ansprüche der Kauflustigen zu befriedigen, worauf jene, die leer ausgingen, in der heftigsten Weise gegen den Stadtvorstand Stellung nahmen. Auch die Lokalpresse beschäftigte sich alsbald mit der Affäre, und der Mährisch-Ostrauer Bürgermeister Hans Ulrich sah sich darauf veranlaßt, in der Ostrauer Zeitung vom 19. d. folgendes kuriose Bekenntnis abzulegen:

„Der Stadtgemeinde Mährisch-Ostrau wurde in der letzten Zeit eine größere Menge Weizenmehl zum Kauf angeboten. Mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage und die große Nachfrage, die besonders nach Mehl herrscht, hat der Stadtvorstand auch nicht einen Augenblick gezögert, die angebotene Ware zu erwerben, ungeachtet des Umstandes, daß sich der Preis weit über den gesetzlich normierten Höchstpreisen bewegte. Die ursprünglich bedeutende angebotene Menge sank bis zur Ablieferung auf 1100 Kilogramm Weizenmehl herab, das nun die Gemeinde zum Preis von K. 11.30 für das Kilogramm erwarb. Zuzüglich der Zufahrtspesen und der Schwendung stellte sich der Verkaufspreis auf K. 12.—. Die Menge war zu klein, um alle 8000 Familien in Mährisch-Ostrau zu beteilen, daher hatte der Stadtvorstand die Absicht, dieses Mehl in kleineren Posten jenen Personen zuzuweisen, die vor dem hohen Preis nicht zurückschreckten."

Der Ostrauer Bürgermeister versichert sodann weiter, der Stadtvorstand sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß bei Befriedigung der besser situierten Kreise durch Waren zu höheren Preisen alle übrigen Zuwendungen für den Mittelstand zu billigeren Preisen erhalten bleiben. Diese gute Absicht sei aber leider vollständig zunichte gemacht worden. Der Bürgermeister schließt seine Erklärungen mit folgendem, bemerkenswerten Versprechen: „Es besteht begründete Aussicht, daß in den nächsten Tagen abermals eine größere Menge Mehl zur Verteilung gelangt und es wird diesmal dafür gesorgt sein, daß die Verteilung vollständig gleichmäßig und allgemein vor sich gehe."

Die Auffassung amtlicher Kreise.

Ein Funktionär des amtlichen Ernährungsdienstes äußerte sich gegenüber einem unserer Mitarbeiter in folgender Weise:

„Daß es sich hier um ein unerlaubtes Angebot und um einen unzulässigen Ankauf handelt, erscheint außer Frage. Mehlzuweisungen dürfen nur im Wege der Kriegsgetreideverkehrsanstalt erfolgen und den hiesigen kompetenten Stellen ist von diesem Mehlgeschäft der Stadt Mährisch-Ostrau sicher nichts bekannt. Darauf deutet ja auch schon der Wucherpreis hin, der bezahlt werden mußte. Interessant ist es nun zweifellos, woher dieses Mehl stammt. Anscheinend handelt es sich um Einfuhrware, die aber der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt hätte zugeführt werden müssen. Die Angelegenheit wird gewiß untersucht werden."

Soweit die uns erteilte Information. Eine Untersuchung erscheint uns schon deshalb äußerst wünschenswert, da zum Beispiel die Wiener Spitäler kaum über so viel Mehl verfügen, um ihren schwer kranken Patienten eine ausgiebige Mehlnahrung bieten zu können. Und die Wiener Spitalkranken sind zweifellos des Mehles viel dringender bedürftig als jene Kreise der Stadt Mährisch-Ostrau, die, wie Bürgermeister Ulrich sich ausdrückt, „auch vor einem hohen Preis nicht zurückschrecken".

Arbeiterzeitung 24./VIII. 1918.

24
107

Weißes Gebäck. Mit stillem Neid las man die kulinarischen Schilderungen, die uns wiederholt davon erzählten, wie man sich in der ungarischen Hauptstadt gegen entsprechend viel Geld hinreichend mit schönem weißen Gebäck versorgen könne. Hat man das nötige Geld, so kann man das allerdings auch in Wien und man braucht sich über die Kürzung des allerschlechtesten und schwärzesten Brotes nicht weiter aufzuregen. Man bekommt zum Beispiel im Café Heinrichshof am Opernring schöne mürbe Kipferln von allerdings recht kleiner Form das Stück zu einer Krone und kann davon essen, so viel als der Geldbeutel erlaubt. Auch schöne Cremekrapfen, wie man sie nur aus der Friedenszeit kennt, sind dort das Stück zu 2·20 Kronen zu haben. Dagegen werden im Café Alserhof in der Alserstraße winzig kleine Stangerln aus feinem weißen Mehl hergestellt und das Stück zu 90 Heller an die Gäste verkauft. Man braucht also, wenn man gerade zu den Kriegsgewinnern zählt, das schöne mürbe Gebäck auch in Wien nicht zu entbehren und kann sich, wenn man zum Frühstück und zur Jause zehn Kronen auszugeben vermag, recht angenehm zweimal täglich über die schweren Brotsorgen hinweghelfen. Wenn man bedenkt, wie viel solch kleiner Kipferln und Stangerln aus einem Kilogramm Mehl hergestellt werden können, so läßt sich wohl leicht ausrechnen, was an diesem Geschäft, auch wenn das Kilogramm Mehl dazu im Schleichhandel zu zwanzig Kronen bezahlt werden muß, immerhin noch zu verdienen ist.

Vossische Zeitung 25/VII. 1918.

Gegen den Brotkartenschwindel.

Die Sicherungsmaßnahmen der Stadt Berlin.

Seit dem Tage, da sich zwischen uns und den Bäckerladen ein Stück Papier drängte, die Brotkarte, sind bald 3½ Jahre vergangen, und wir danken ihr, daß sie uns, wenn auch in oft engen Grenzen, bis heute das tägliche Brot gesichert hat. Es waren keine geringen Schwierigkeiten, die sich ihrer Einführung entgegengestellt hatten: die Fragen, ob Einzel- oder Familienkarte, persönliche oder namenlose, für größere oder kleinere Mengen, mußten gelöst, Bäcker und Verbraucher gleichmäßig an sie gebunden, die gewaltigen Papiermengen beschafft werden. Und als alle Hindernisse überwunden waren ergab sich die größte und schwerste Aufgabe: die neue Erfindung gegen Diebstahl und Fälschung zu schützen.

Im Anfang war das verhältnismäßig leicht: was sich an Nachahmungen in den Verkehr wagte, kleidete sich harmlos in das Gewand von Scherzkarten, und ein Verbot des Oberkommandos genügte, dem Unfug ein Ende zu machen. Aber mit der zunehmenden Knappheit der Lebensmittel und den Fortschritten, die die Fälscherwerkstätten machten, mehrten sich die ungültigen Karten bei den Bäckern. Die Einbrüche in Brotkommissionen wurden zur täglichen Erscheinung und die Geheimdruckereien vervollkommneten ihre Technik beständig. Diebstähle in der Papierfabrik, der Magistratsdruckerei und bei der Beförderung kamen hinzu.

Der Berliner Magistrat war vom ersten Tage darauf aus, den Mißstand, der die Versorgung Berlins überhaupt gefährden konnte, zu beseitigen oder doch einzudämmen. Von den 50 verschiedenen Kartenarten, für die jährlich über 1 Million Kg. Papier verbraucht werden, war ein besonders beliebter Gegenstand der Fälscher die Brotkarte. Während der Vordruck und die feineren Kennzeichen dem Nachahmer keine Schwierigkeiten bereiteten, konnten sie durch das neuerdings eingeführte Wasserzeichen, das der noch flüssigen Papiermasse anvertraut wird, mattgesetzt werden: In der Tat ist erst ein einziger Fall von Kartenfälschungen mit Wasserzeichen festgestellt, und in diesem war das Papier gestohlen.

Auch gegen Diebstähle ist man mit Erfolg ins Feld gezogen, indem der Weg von der Papierfabrik bis zur Einstampfung der entwerteten Karten von einer Kette von Schutzmaßregeln begleitet wird. Den Weg aus der in einem einsamen Gebirgsdorf gelegenen Fabrik zum Berliner Bahnhof legen die Rollen in Eisenbahnwagen zurück, die mit starken Sicherheitsschlössern gesichert sind. In Berlin selbst ist ein besonderer Dienst von Vertrauenspersonen des Magistrats eingerichtet, die die Unversehrtheit der Papiermengen überwachen.

Die Kartendruckerei des Magistrats, H. S. Hermann, durch die die Berliner Presse heute geführt wurde, ist gleichfalls sehr planvoll gegen Diebstähle gesichert. Die Einlieferung der Rolln wird von Vertrter der Stadt überwacht; die Zahl der Karten, die aus jeder Rolle gewonnen werden müssen, ist genau verrechnet. Selbst der Abgang, Fhldrucke und Papierschnitzel, in der Regel 10 bis 25 v. H. werden sofort erfaßt und vor Mißbrauch geschützt. Durch einen Spalt gleiten sie in den verschlossenen Keller, um später der neuen Papiererzeugung zugeführt zu werden.

Sieht man die gewaltigen Rotationspressen, durch deren System von buntfarbigen Walzen das sorgfältig ausgeprobte Papier hindurchfließt, um am anderen Ende geschnitten herausgeschnellt und gezählt zu werden, so begreift man, daß die Fälscher keine leichte Arbeit haben. In der Druckerei ist alles getan, um dem Einzelnen Versuchungen und Gelegenheiten zum Diebstahl fernzuhalten. Die Plattenherstellung wird besonders überwacht, die Ablieferung an den Zählraum erfolgt unter Mithilfe eines Polizeiwachtmeisters, und im Versandraum, der nur im Beisein von Magistratsvertretern betreten werden darf, werden vor der Ausgabe Stichproben der einzelnen Päckchen vorgenommen. Stimme sie, so erhalten die Arbeiter kleine Belohnungen, fehlen Stücke, so hat die Druckleitung Strafgelder zu zahlen. Außerdem wird dem Grunde in jedem Fall nachgegangen. Ein Wachdienst bei der Beförderung und in den Brotkommissionen ergänzen diese Maßnahmen.

Das Menschenmögliche ist zweifellos getan, um Verbrechen mit Brotkrten in engen Grenzen zu halten; die Zahl der Diebstähle und Fälschungen ist denn auch in ständigem Rückgang. Einen überzeugenden Ausdruck haben die Erfolge dieses Kampfes, den die Stadt Berlin führen muß, in der „Marktlage" der Brotkarten gefunden. Der Schleichhandelspreis für eine Brotkarte ist von 3 auf 5 Mark gestiegen.

my.

Neues Pester Journal
28. VIII. 1918

Die Kartoffeln.

Ueberpreis von 5 Kronen pro Meterzentner.

Laut einer in der heutigen Nummer des Amtsblattes veröffentlichten Regierungsverordnung wird der Ernährungsminister ermächtigt, jenen, die ihren Ueberschuß an nach dem 1. September 1918 ausgehobenen Kartoffeln bis zu einem vom Minister festzustellenden Termin zum Kauf anbieten und abliefern, über den Höchstpreis einen Mehrpreis von fünf Kronen pro Meterzentner zu bewilligen.

Vossische Zeitung 28/VII. 1918.

110

Die Brotrate.

Eine Eingabe des deutschen Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts eine Eingabe gerichtet, worin für das Wirtschaftsjahr 1918-19 die unverkürzte Beibehaltung der im vorigen Wirtschaftsjahr gewährten Mehlmenge für die versorgungsberechtigte Bevölkerung dringend befürwortet wird. Etwa von Mitte August ab soll eine Tagesmehlrate von 200 Gramm ausgegeben werden. Der Vorstand des Deutschen Städtetages wünscht aber die Gewährung einer Rate von 220 Gramm unter Hinzurechnung der zur Mehlstreckung ausgegebenen Streckungsmittel (Kartoffel und Kartoffelpräparate), also dieselbe Tagesrate, wie sie vor der gegenwärtig bestehenden Kürzung gewesen ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die im Vorjahre gewährte Tagesrate das Mindestmaß darstelle, das für die Ernährung notwendig sei. Ferner wird in der Eingabe an den Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamts die Bitte gerichtet, dahin zu wirken, daß der für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehende Teil der Kartoffelernte auch wirklich voll erfaßt werde und daß nicht ein erheblicher Teil entweder durch Verfütterung oder durch Verderb verloren gehe. Ein wirksamer Schutz gegen den nach den bisherigen Erfahrungen drohenden Verlust kann nach Ansicht des Vorstandes des Deutschen Städtetages nur dadurch geschaffen werden, daß umfassende Maßnahmen für die Trocknung der Kartoffel vorbereitet und durchgeführt werden. Die bisherigen Ergebnisse der Kartoffeltrocknung dürften allgemein als nicht befriedigend bezeichnet werden. Gelingt es, in größerem Maßstabe als bisher Kartoffelwalzmehl und Kartoffelstärkemehl bereitzustellen, dann dürfte dies auch für die Streckung des Brotmehls und für die Beibehaltung der bisherigen Mehlrate von günstigem Einfluß sein.

Tägliche Rundschau 28./VIII. 1918.

Der deutsche Städtetag zur Brotversorgung.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes eine Eingabe gerichtet, worin für das Wirtschaftsjahr 1918/19 die unverkürzte Beibehaltung der im vorigen Wirtschaftsjahr gewährten Mehlmenge für die versorgungsberechtigte Bevölkerung dringend befürwortet wird. Etwa von Mitte August ab soll eine Tagesmehlration von 200 Gr. ausgegeben werden. Der Vorstand des Deutschen Städtetages wünscht aber im Interesse der Bevölkerung die Gewährung einer Ration von 220 Gr. unter Hinzurechnung der zur Mehlstreckung ausgegebenen Streckungsmittel (Kartoffeln und Kartoffelpräparate), also dieselbe Tagesration, wie sie vor der gegenwärtig bestehenden Kürzung der Ration gewesen ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die im Vorjahre gewährte Tagesration das Mindestmaß darstelle, das für die Ernährung notwendig sei. Ferner wird in der Eingabe an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts die Bitte gerichtet, dahin zu wirken, daß der für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehende Teil der Kartoffelernte auch wirklich vollerfaßt werde und daß nicht ein erheblicher Teil entweder durch Verfütterung oder durch Verderb verloren gehe. Ein wirksamer Schutz gegen den nach den bisherigen Erfahrungen drohenden Verlust kann nach Ansicht des Vorstandes des Deutschen Städtetages nur dadurch geschaffen werden, daß umfassende Maßnahmen für die Trocknung der Kartoffel vorbereitet und durchgeführt werden. Die bisherigen Ergebnisse der Kartoffeltrocknung dürften wohl allgemein als nicht befriedigend bezeichnet werden. Gelingt es, in größerem Maßstabe als bisher Kartoffelwalzmehl und Kartoffelstärkemehl bereitzustellen, dann dürfte dies auch für die Streckung des Brotmehls und für die Beibehaltung der bisherigen Mehlration von günstigem Einfluß sein. Die Anträge des Vorstandes des Deutschen Städtetages gehen deshalb dahin, für die Beibehaltung der im Vorjahre gewährten Tagesmehlration Sorge tragen zu wollen und die Herstellung von Kartoffelwalzmehl und Kartoffelstärkemehl in umfassender Weise anzuordnen, bis zur Herstellung aber mit Mehl auszuhelfen.

Österr. Volkszeitung
30./VII. 1918

112

Kartoffeln im Rucksack.

Tragischer Tod eines Wiener Schulknaben.

Ein furchbarer Fall, der auf die Rücksichtslosigkeit der Grenzkontrollorgane ein scharfes Licht wirft, ereignete sich vor einigen Tagen in Sauerbrunn an der ungarischen Grenze. Ein Knabe, der Kartoffeln nach Hause tragen wollte, wurde von den Grenzpolizisten über die Waggondächer gejagt, stürzte ab und wurde vom Zuge zermalmt. Das Amtsorgan entzog sich der Lynchjustiz durch die Flucht; es ist aber zu hoffen und zu wünschen, daß ihm von Gerichts wegen jene Strafe ereilen wird, die sein brutales Vorgehen verdient. Wie gering muß die Kartoffelmenge sein, die ein zwölfjähriger Knabe mit sich tragen, ja, mit der er sogar über Waggondächer turnen kann! Es ist in der Tat unerhört, daß trotz der wiederholten und berechtigten Proteste des Publikums, trotz der oftmaligen Versicherungen der Behörde, daß Lebensmittelmengen, die offenkundig für den eigenen Bedarf und nicht zum Weiterverkauf bestimmt sind, anstandslos passieren können, sich Fälle von roher Gewalt und brutaler Rücksichtslosigkeit nach wie vor ereignen. Vielleicht wird der tief beklagenswerte Vorfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, die Behörde doch endlich aus ihrem Gleichmut aufrütteln und sie zu verschärften Maßnahmen zum Schutze jener gewiß nicht beneidenswerten Menschen veranlassen, die den Sonntag statt zur Erholung dazu benützen, sich unter unsäglichen Mühen ein paar Kilo Lebensmittel nach Hause zu tragen, weil sie leben wollen, leben müssen, aber nicht die Mittel haben, die von den Wiener Schleichhändlern geforderten Wahnsinnspreise zu zahlen. Ueber den Fall wird uns aus Sauerbrunn, 29. d., folgendes gemeldet:

Am letzten Samstag beanständete ein ungarischer Grenzpolizist in der Bahnstation Kurort Sauerbrunn einen zwölfjährigen Schulknaben aus Wien, der Kartoffeln im Rucksack trug. Als der Polizist dem Knaben die Kartoffeln wegnehmen wollte, flüchtete dieser von Waggon zu Waggon, und nachdem der Polizist die Verfolgung nicht aufgab, kletterte der Knabe auf ein Waggondach und flüchtete auch weiterhin, vom Polizisten verfolgt, von einem Waggondach auf das andere. Unterdessen setzte sich der Zug in Bewegung und bei einem Sprung von einem Waggondach auf das andere stürzte der Knabe zwischen die Waggons auf den Bahnkörper und wurde von dem rollenden Zug buchstäblich zerrissen.

Der Vorfall erregte ungeheures Aufsehen und eine maßlose Entrüstung gegen den ungarischen Grenzpolizisten, der, um einer Lynchjustiz der Eisenbahnbediensteten zu entgehen, fluchtartig das Weite suchte. Der gänzlich verstümmelte Leichnam des Schulknaben, dessen Identität bisher nicht festgestellt ist, wurde in die Friedhofskammer des Kurortes Sauerbrunn gebracht.

Amtsblatt der Stadt Wien
30./VII. 1918

113

10. In der Sitzung des Gemeinderates vom 25. Juni hat sich Kollege Kommerzialrat Partik bei der Besprechung der Wiener Approvisionierungsverhältnisse auch mit der Kriegsgetreide-Verkehrsgesellschaft beschäftigt und hiebei unter Anführung von Ziffern auch die Getreideaufbringung kritisiert.

Demgegenüber hat die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in einem Schreiben sich an mich mit der Bitte gewendet, ihre Darstellung der Sache dem Gemeinderate zur Kenntnis bringen zu wollen. Ich nehme keinen Anstand, auch diese Darstellung dem Gemeinderate zur Kenntnis zu bringen, und bitte den Herrn Schriftführer, dieselbe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

„Laut dem in den Tagesblättern vom 26. Juni 1918 enthaltenen Bericht über die Gemeinderats-Sitzung vom 25. Juni hat sich Herr Gem.-Rat Kommerzialrat Partik in einer Aussprache über das Wiener Approvisionierungswesen auch mit der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt befaßt und hiebei ausgeführt:

„Die zur Aufbringung des Brotgetreides errichtete Stelle habe im Jahre 1915 bei einer Ernte von 31·8 Millionen Meterzentner Brotgetreide (Korn, Weizen und Gerste) bloß 11·6 Millionen Meterzentner erfaßt; im Jahre 1916 von geernteten 26 Millionen Meterzentnern 3·96 und im letzten Jahre von 23·4 Millionen Meterzentnern bloß 7·2 Millionen Meterzentner aufzubringen verstanden. Alles übrige habe der Schleichhandel erfaßt."

Diese Darstellung des Redners enthält nicht nur falsche Ziffern, sondern beruht vor allem auf einer ganz mißverständlichen Auffassung und ist geeignet, bei der Bevölkerung schwere Irrtümer über die Ergebnisse der staatlichen Getreidebewirtschaftung zu erzeugen. Zur Klarstellung des Sachverhaltes wird Nachstehendes mitgeteilt:

Den Ausgangspunkt der Aufbringung bildet die durch die zuständigen Behörden durchgeführte Erntestatistik. Nach dieser betrug die Ernte 1915 an Weizen, Roggen und Gerste 35 Millionen Meterzentner, wovon 11·2 Millionen Meterzentner aufgebracht wurden. 1916 war die Ernte auf 31 Millionen Meterzentner zurückgegangen, wovon 9·75 aufgebracht wurden und 1917 war der Ertrag (infolge der Kriegsverhältnisse, aber auch wegen der Dürre) auf 26 Millionen Meterzentner vermindert, wovon 7·6 Millionen Meterzentner erfaßt wurden.

Der Schluß, den Gem.-Rat Partik gezogen hat, daß alles übrige der Schleichhandel erfaßt habe, ist aber durchaus falsch; denn es wird übersehen, daß aus der Ernte zunächst der Eigenbedarf der Landwirte, das Erfordernis an Saatgut und der gesetzlich zugestandene Verfütterungsbedarf gedeckt werden muß. Der Bedarf der Selbstversorger belief sich 1915/16 und 1916/17 auf rund 11 Millionen Meterzentner, das notwendige Saatgut auf 6·5 Millionen Meterzentner, der Verfütterungsbedarf auf 2·4 Millionen Meterzentner, somit gehen für diese zwei Jahre vom Ernteertrag (und zwar gleichviel, wie groß er ist) zunächst rund 20 Millionen Meterzentner ab.

Daraus ergibt sich, daß 1915 bei einer Ernte von 35 Millionen nach Abzug der eben erwähnten 20 Millionen noch 15 Millionen Meterzentner für die staatliche Erfassung verfügbar waren, wovon 11·2 oder 75 Prozent aufgebracht wurden. 1916 waren nur mehr 11 Millionen Meterzentner verfügbar, wovon 9·75 Millionen Meterzentner oder 89 Prozent aufgebracht wurden. Im Jahre 1917/18 verringerte sich der Eigenbedarf der Landwirte infolge Kürzung der Ernährungs- und Futterquote auf 17·5 Millionen Meterzentner, es waren somit nur mehr 8·5 Millionen Meterzentner über den Bedarf der Landwirte frei, wovon 7·6 Meterzentner oder 89 Prozent aufgebracht wurden.

Der Erfolg der staatlichen Aufbringung ist also, gemessen an dem statistisch festgestellten Ernteertrag, in den drei Jahren der staatlichen Bewirtschaftung von 75 Prozent auf 89 Prozent gestiegen."

Bürgermeister: Ich bitte die Herren, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Tägliche Rundschau 30/VIII. 1918.

* **Brot aus Gras.** Auf der Suche nach Ersatzstoffen zur Brotbereitung ist man in Schweden darauf verfallen, Gras zur menschlichen Ernährung heranzuziehen. Professor J. E. Johansson hat im Auftrage des schwedischen Landwirtschaftsministers hierüber Versuche angestellt, und deren Ergebnis ist, wie aus Stockholm berichtet wird, recht befriedigend ausgefallen. Das Gras, um das es sich dabei handelt, ist das Wiesenlieschgras, auch Timothygras genannt (Phleum pratense L.), eine Grasart, die auch in Deutschland an trockenen Rainen, Ackerrändern und Wegen allenthalben massenhaft vorkommt und als geschätzte Futterpflanze überdies stellenweise angebaut wird. Johansson hat durch seine Untersuchungen festgestellt, daß dieses Gras im Notfalle zur Brotstreckung verwandt werden kann, doch soll die Menge 50 Gramm täglich auf den Kopf nicht übertreffen. Nur wenn das Gras besonders zeitig geschnitten wird, ist eine größere Tagesmenge zulässig. Was die Verwendbarkeit für den Bäcker angeht, so hat sich herausgestellt, daß die Grasart, richtig getrocknet und vermahlen, mit Roggen zusammen verbacken, ein wohlschmeckendes Brot gibt. Unmöglich jedoch war es, aus Timotheusgras allein oder zusammen mit Fett, Zucker oder Eiern irgendein genießbares Nahrungsmittel herzustellen.

Reichspost Abendbl. 1./VIII. 1917

* **Sechzehn Kartoffel-„Liebhaber" in Stammersdorf verhaftet.** Wie wir erfahren, hat die Gendarmerie Sonntag nacht in Stammersdorf nicht weniger wie sechzehn Personen verhaftet und dem Gericht übergeben, da diese dabei betreten wurden, als sie auf den Kartoffelfeldern die Kartoffel samt den Stauden aus der Erde nahmen, obwohl diese erst im Wachsen begriffen waren. Gegen diese unvernünftigen Personen wird mit aller Strenge vorgegangen werden.

Arbeiterzeitung
1./VIII. 1918

116

Wucherpreise für Kartoffeln. Der Umstand, daß wir trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit in Wien noch immer nicht auch nur halbwegs mit Kartoffeln versorgt sind, hat auch heuer dazu geführt, daß die Leute massenweise in die Umgebung von Wien hinausströmen, um bei den Bauern gegen schweres Geld und gute Worte ein paar Kilogramm Kartoffeln zu bekommen. Die Bauern nützen das natürlich weidlich aus und lassen sich die unerhörtesten Preise für ihre Kartoffeln bezahlen. So verlangt man in Stammersdorf für ein Kilogramm Kartoffeln vier Kronen. Es sind natürlich schöne Kartoffeln, von denen ein Stück, das uns dieser Tage gezeigt wurde, fünfundvierzig Dekagramm wiegt. Eine solche Kartoffel kostet aber nach den Stammersdorfer Preisen 1·80 Kronen. Man hat vor dem Kriege ungefähr zu demselben Preise einen ganzen Schweinsbraten haben können, was jetzt eine Kartoffelknolle kostet. Zu diesen unerhörten Preisen kommt aber noch das Gefahrenrisiko, dem sich die Leute aussetzen müssen, um ihre so teuer erworbenen Erdäpfel nach Wien zu bringen, da bekanntlich der Rucksackverkehr scharf überwacht wird. Da aber die Wiener Versorgung so wunderbar ist, daß die Leute nur alle heilige Zeit einmal ein halbes Kilogramm erhalten, ist es begreiflich, daß sie nicht nur alle diese Gefahren auf sich nehmen, sondern auch die unverschämten Wucherpreise willig bezahlen. Es ist einfach der Hunger, der die Wiener dem Wucher in die Fangarme treibt.

Reichspost
1./VIII.1918

117

Mehlzuschüsse für Kriegsküchen.

Dienstag, den 30. Juli erschien die Gründerin der Fünfhauser Kriegsküche am Friedrichsplatz, Frau Erzherzogin Isabelle, mit ihrer Tochter Frau Erzherzogin Alice, und in Begleitung der Hofdame Gräfin Zamoyska unangemeldet in dieser Küche während der Ausspeisung der 2300 Gäste und nahm warmen Anteil an den Schilderungen einzelner Gäste über die allgemeine Notlage. Die hohe Protektorin teilte mit, daß es ihr gelungen ist, einen Waggon Mehl aus Ungarn für die zwölf vom Hochadel durch sie bisher ins Leben gerufenen Kriegsküchen Wiens in den nächsten Tagen zu bekommen, um den Teilnehmern dieser Kriegsküchen die Kost aufzubessern. Frau Erzherzogin Isabelle erntete durch diese Mitteilung den lebhaftesten Dank aller Teilnehmer dieser Küche, die nunmehr den Namen „Erzherzog-Friedrich-Kriegsküche" führt. Indessen hatten sich einige arme Kinder bei den offenen Fenstern der Kriegsküche versammelt, denen Erzherzogin Alice unentgeltlich Speisen herausreichte. Der Kriegsküchenleiter Dr. Korschan bat die hohe Frau um Beschaffung einer Militärbaracke für die Arbeiter, da die „Erzherzogin Isabelle-Mensa" am Friedrichsplatz nicht mehr ausreicht. Bezirksrat Kinzel berichtete hierauf der Erzherzogin, daß mit dem versprochenen Mehlzusatze bei vorhandenem frischen Gemüse den armen Leuten auch von Zeit zu Zeit eine Abendmahlzeit bereitet werden könnte, worauf der Leiter der „Beamtenmensa" R. v. Unschuld, der hohen Frau für diese aufopfernde Fürsorge den Dank aller Küchenteilnehmer zum Ausdrucke brachte. — Schließlich besprach die Protektorin mit dem Inspektor der städt. Gaswerke Ing. Häußler die Einführung einer neuen Maschine für die Gewinnung von Knochenfett, die sie in Marienbad kennen gelernt, und verließ nach einstündigem Besuche unter lebhaften Dankesworten der Küchenteilnehmer die „Erzherzog-Friedrich-Kriegsküche".

Berner Bund 1./VII. 1918

118

Unsere Brotversorgung

Nachdem in der Junisession der Bundesversammlung sowohl vom Regierungstische aus als von den Vertretern der Neutralitätskommissionen der Stand unserer Brotversorgung als besorgniserregend bezeichnet worden ist, haben, wie wir vernehmen, die Zufuhren von Mehl aus Amerika in letzter Zeit in befriedigendem Maße eingesetzt; mehrere Dampfer sind in Bordeaux angekommen, andere sind unterwegs. Von nun an werden die für die Schweiz bestimmten Schiffe zum Teil wieder nach Cette geleitet werden, da die Frist von drei Monaten, die Deutschland zur Benachrichtigung seiner Unterseebootskommandanten über die Fragen des freien Geleites der Schweizerdampfer verlangte, abgelaufen ist. Es werden also für die Schweiz bestimmte Schiffe ohne Kriegsbegleitung, mit dem Schweizerwappen und der Schweizerfahne als Nationalitätsabzeichen, sowie dem von der Gesandtschaft ausgestellten Geleitschein durch das sperrfreie Gebiet nach Cette fahren.

Man wird sich vielleicht bei der letzten Washingtoner Meldung, daß eine ansehnliche Menge amerikanischen Schiffsraums für die Transporte von Lebensmitteln nach der Schweiz bestimmt worden sei, verwundert haben, daß den zuständigen schweizerischen Amtsstellen nichts bekannt ist. Das wird dadurch erklärlich, daß in den Verhältnissen unserer transatlantischen Zufuhren von Brotgetreide in der letzten Zeit große Aenderungen Platz gegriffen haben. Während früher die schweizerischen Behörden die einzelnen Transportdampfer in Amerika selbst zu beschaffen suchten und beschafften und dann das Oberkriegskommissariat oder die Zentralstelle für auswärtige Transporte oder unsere Gesandtschaft in Washington die Schiffe charterten, ist es nach der neuen Ordnung der Dinge die amerikanische Regierung selbst, die uns die Dampfer mit Brotgetreide beladen zur Verfügung stellt, bei den schweizerischen Amtsstellen avisiert, daß ein Dampfer zur Abfahrt bereit sei, den Tag der Abfahrt mitteilt. Die schweizerischen Behörden haben also eigentlich, da Amerika die Sache selbst in die Hand genommen hat, mit der Beschaffung von Frachtraum in Amerika direkt nichts mehr zu tun; man stellt uns die mögliche und entbehrbare Menge von Tonnage zur Verfügung und es ist rückhaltlos anzuerkennen, daß Amerika bisher die größten Anstrengungen unternommen hat, um sein mögliches für unsere Zufuhren zu tun. Diese Neuordnung erklärt es, daß, wenn jeweilen amerikanische Meldungen über Tonnagezuteilung an die Schweiz erscheinen, unsere Behörden nicht gleich benachrichtigt sind; diese Zuteilungen sind interne Maßnahmen der amerikanischen Behörden, die ohne direkte Mitwirkung der schweizerischen Behörden getroffen werden. Natürlich sind die energischen Anstrengungen, die schweizerischerseits, ganz besonders auch von unserem Gesandten in Washington, für die Versorgung der Schweiz unternommen worden sind, nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen Amerikas in dieser Frage geblieben. Nachdem in den ersten Monaten des Jahres 1918 die Zufuhren an Brotgetreide infolge der Tonnageschwierigkeiten sehr geringe gewesen sind, so daß man annehmen mußte, daß bei gleichbleibenden Verhältnissen Amerika niemals in der versprochenen Frist die zugesicherten 240,000 Tonnen Getreide liefern könnte, lassen die letzten Zufuhren erwarten, daß doch noch der größte Teil des Kontingents hereingebracht wird.

Neues Wiener Tagblatt
1. VIII. 1918

119

Der neue Brotpreis.

Vor einigen Monaten hat die Regierung sich entschlossen, an dem bisherigen Vorgang, trotz der alljährlichen Erhöhung der Getreidepreise die Mehl- und Brotpreise unverändert zu erhalten und das hieraus erwachsende Defizit aus Staatsmitteln zu decken, nicht mehr festzuhalten, und mit dem Augenblick, wo ausschließlich Mehl heuriger Ernte zur Verwendung kommt und den Nichtselbstversorgern die volle Brotration wieder gegeben werden kann, sollten die Mehl- und Brotpreise den tatsächlichen Gestehungskosten angepaßt werden. Dieser Augenblick ist nahe und so sind auch schon die künftigen Mehl- und Brotpreise amtlich festgesetzt worden. Ueber die mutmaßlichen Preise des Back- und Kochmehles haben wir schon in der vorigen Woche berichtet; Backmehl dürfte gegen 3 Kronen, Kochmehl etwa die Hälfte dieses Betrages kosten. Unerwartet hoch sind die Preise des Brotmehles und des Brotes ausgefallen; Brotmehl wird 1 Krone und der Einheitslaib Brot 1 Krone 56 Heller kosten, beides also mehr als das Doppelte des bisherigen Preises.

Um den Gestehungskosten zu entsprechen, müßten die neuen Preise den höheren Getreidepreis, den ausgiebig erhöhten Mahllohn und die gesteigerten Kosten der Broterzeugung decken, es scheint aber, daß sie für diesen Zweck mehr als ausreichend bemessen wurden, und in Fachkreisen spricht man davon, daß die neuen Mehl- und Brotpreise bestimmt sind, das bei der bisherigen Bewirtschaftung des Brotgetreides aufgelaufene Defizit hereinzubringen. Die Höhe der neuen Preise macht dies glaublich, ja man gerät fast auf den Gedanken, daß der Finanzminister sogar noch eine Reserve anlegen will. Solche Absichten könnten unmöglich gutgeheißen werden.

Man kann es billigen, daß der Staat bei der Brotversorgung nichts draufzahlen will, aber eine gewinnbringende Ausnützung des staatlichen Mehlmonopols könnte nie gebilligt werden, auch nicht, wenn sie bloß auf die Deckung eines vorhandenen Defizits sich beschränken wollte. Der Gedanke, auf das unentbehrlichste Nahrungsmittel eine staatliche Abgabe zu legen, ist an und für sich unerträglich, und zu diesem allgemeinen Einwand kommt noch hinzu, daß die Abgabe ausschließlich von Nichtselbstversorgern getragen würde. Der ärmste Stadtbewohner müßte für jeden Bissen Brot, den er zu sich nimmt, dem Staate eine Abgabe entrichten, von der selbst der reichste Großgrundbesitzer befreit wäre.

Ohnehin sind gegenwärtig die Lose zwischen Landwirten und Städtern sehr ungleich verteilt. Durch eine Brotsteuer würde diese Ungleichheit in bedenklicher Weise grell zum Ausdrucke gebracht. Die Regierung täte gut daran, bei Bemessung der neuen Mehl- und Brotpreise über die Gestehungskosten nicht hinauszugehen.

m. h.

Die Zeit Abendbl
2./VIII. 1918

Erhöhung der Brotpreise.

Voraussichtlich ab 11. August.

Schon seit Monaten wird von interessierter Seite die Notwendigkeit einer Erhöhung der Brotpreise darzulegen versucht, und in Kundgebungen der Bäckergenossenschaft war wiederholt versichert worden, daß die Bäcker bei der fortgesetzten Erhöhung aller Regieauslagen und aller Gestehungskosten außerstande seien, nach den gegenwärtig geltenden Brotpreisen ihre Betriebe weiter aufrechtzuerhalten.

Die Regierung hat diese Argumente als zutreffend anerkannt und sich nun tatsächlich entschlossen, eine Brotpreiserhöhung eintreten zu lassen. Wir erfahren hierzu von fachmännischer Seite:

Bisher hat die Regierung das Defizit zwischen Getreide- und Mehlpreisen getragen. Dieses Defizit beginnt aber ins Ungeheure zu wachsen und würde sogar, wenn nicht ein angemessener Ausgleich erfolgt, die Summe von 1100 Millionen Kronen übersteigen. Das wäre eine Belastung, die der Staat nicht aus eigenem bestreiten kann. Der nötige Ausgleich bietet sich nun, wenn der Preis des Einheitslaibes Brot von 72 Heller auf 1 Krone 56 Heller erhöht wird. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt, es verlautet aber, daß mit einer weniger empfindlichen Erhöhung der angestrebte Zweck nicht zu erreichen wäre. Es wird daher voraussichtlich bei dem oben erwähnten, allerdings ziemlich hohen Tarifsatz bleiben.

Begründet wird die Preiserhöhung und ihr Ausmaß mit den rapid angewachsenen Einfuhrpreisen, mit der weiter bevorstehenden Einführung einer einheitlichen Reichsmehlsorte, mit der Frachtenerhöhung und mit der Erhöhung der Löhne in den Bäckereibetrieben.

Die Frage, ob auch der Mehlpreis zu erhöhen ist, wurde bisher noch nicht entschieden. Als Termin für die Geltung des neuen Brotpreises dürfte der 11. August bestimmt werden.

Gleichzeitig mit der Brotpreiserhöhung wird auch zur Wiedereinführung der früheren vollen Brotquote geschritten werden, das heißt, es wird pro Kopf und Woche ein voller Laib Brot zu 1260 Gramm zur Ausgabe gelangen.

Amtsblatt der Stadt Wien

2./VIII.1918

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

7. Anfrage der Gem.-Räte Allreich und Spalowsky:

Durch die Verfügung des k. k. Amtes für Volksernährung über die Beschlagnahme der gesamten Kartoffelernte sind auch die in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffel beschlagnahmt. Es besteht infolgedessen die Gefahr, daß die Bearbeiter dieser Gärten durch ihre an sich bescheidene Kartoffelernte sich keine Zubuße zu den kargen Lebensmittelrationen erarbeiten, so wie dies im Vorjahre der Fall war, wo diese Kartoffelernte von der Beschlagnahme und Kartenwirtschaft frei blieb. Sollte das Ernährungsamt die Beschlagnahmeverfügung hinsichtlich der Kriegsgemüse- und Schrebergärten nicht zurücknehmen, so kämen dadurch die Besitzer dieser Gärten um den Lohn ihrer mühevollen Arbeit zugunsten derjenigen, die für die Erzeugung von Lebensmitteln nichts getan haben. Die Folge würde sein, daß zukünftig in den genannten Gärten Kartoffeln nicht mehr gebaut würden, was für den ohnehin schon unter die Grenze des unbedingt Notwendigen gesunkenen Ernährungszustand gerade für die unteren Schichten der Wiener Bevölkerung eine Verschlechterung bedeuten würde.

Es würde auch durch die Menge der in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln angesichts der für Wien benötigten bedeutenden Mengen auch nicht die geringste Erleichterung in der Kartoffelversorgung für die Wiener Bevölkerung erreicht werden.

Ich gestatte mir daher die Anfrage an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister:

Ist er geneigt, beim k. k. Amte für Volksernährung dahin zu wirken, daß die in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln von der Beschlagnahme und Kartenbewirtschaftung frei bleiben?

Bürgermeister: Durch Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 22. Juni 1918 wurden alle in Oesterreich geernteten Kartoffeln beschlagnahmt. Aus diesem Wortlaut der Verfügung geht hervor, daß auch die in den Schrebergärten, Kriegsgemüsegärten und Schulkindergärten gebauten und gefechsten Kartoffeln beschlagnahmt sind. Doch bestimmt der § 3 dieser Verordnung, daß die Kartoffel-Erzeuger ungeachtet der Beschlagnahme die zur Ernährung der Angehörigen ihres Haushaltes benötigte Menge in dem durch die Verbrauchsregelung festgesetzten Quantum verbrauchen dürfen. Eine Verbrauchsregelung ist trotz wiederholter Urgenz, die vom Magistrate an das Ernährungsamt gerichtet wurde, bisher noch nicht erfolgt, doch wird diesbezüglich auf die Verordnung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 2. Oktober 1917 verwiesen, die bezüglich der Ernte von Kartoffeln bei den vorerwähnten Gärtnern im § 3 folgendes bestimmte:

„Bei der Ausfolgung der Kartoffelkarten werden Vorräte aus eigenen Schrebergärten und ähnlichen kleinen gartenmäßigen Betrieben nicht in Anrechnung gebracht."

Ich habe sofort Schritte eingeleitet, daß diese Bestimmung, die im Vorjahre Geltung hatte, auch heuer wieder in der Statthalterei-Verordnung Aufnahme findet. Ich habe den Bezirkswirtschaftsrat auch beauftragt, an die Statthalterei hinsichtlich des Rucksackverkehres neuerlich heranzutreten. Ich bin mir bewußt, daß auch hier Mißbräuche vorkommen, aber im großen und ganzen hat sich der Rucksackverkehr für Wien bewährt. (Rufe: Sehr richtig!) Wir kommen über die Sache nicht hinweg und ich kann nur neuerlich sagen: Ohne Rucksackverkehr wären wir schon längst verhungert! (Lebhafte Zustimmung.)

Hamburger Fremdenblatt.
4. / VIII. 1918

124

Bekanntmachung

über

die Abgabe von Kartoffeln und den Kleinhandelshöchstpreis für Kartoffeln in der Stadt Hamburg.

§ 1.

In der Woche vom 3. bis 9. August 1918 einschließlich (Woche 65) können auf die allgemeine Kartoffelkarte weitere zwei Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die Abschnitte d und e je ein Pfund.

Das gleiche gilt bei der Kartoffelkarte für Militärurlauber.

Die Abschnitte f und g sind zum Bezuge von Kartoffeln ungültig.

§ 2.

Der Höchstpreis für Frühkartoffeln der Ernte 1918 beträgt im Kleinhandel vom 4. August 1918 an bis auf weiteres 19 Pfg. für ein Pfund.

Der Verkauf von Kartoffeln ist nur nach Gewicht zulässig.

Die Ueberschreitung des Höchstpreises wird nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Hamburg, den 3. August 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Die Zeit
5./VIII. 1918

Die Ernährungsfrage.

Die Wiederherstellung der Brotquote.

Die Vorbereitungen für die Wiedereinführung der vollen Quote sind bereits im Gange. Die städtische Mühle verfügt schon über das erste Mehl aus der neuen Ernte. Es ist zumeist niederösterreichischer, aber auch teilweise ungarischer Provenienz. Diesmal soll die Brot- und Mehlversorgung Wiens auf breitere und sichere Basis gestellt werden. Vor allem will man große Reserven anlegen. Die Lagerhausspeicher werden bereits instand gesetzt. Soeben abgeschlossene Verhandlungen mit den beteiligten Ministerien haben das Resultat ergeben, daß auch die Rotunde im Bedarfsfall in einen Reservegetreidespeicher umgewandelt werden kann.

Der Direktor der städtischen Lagerhäuser Dr. Heinrich Nißel teilte einem unserer Mitarbeiter hierzu mit:

„Die ersten neuen Getreideankünfte stehen uns bereits zur Verfügung, und die Vermahlung hat bereits begonnen. Unser nächstes Bestreben geht dahin, eine große Getreide- und Mehlreserve anzulegen. Sie soll nicht bloß für Wien, sondern für auch Anforderungen aus dem ganzen Reiche dienen. Wien als Hauptstapelplatz des Schiffstransports eignet sich um so mehr als Zentrale des Getreideverkehrs, als wir nunmehr auch Ernteschübe aus Rumänien über die Donau erwarten."

Neues Wiener Tagblatt
6./VIII. 1918

1826

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Erhöhung des Brotpreises.

Die Verordnung der Statthalterei, durch die vom 11. d. an der Preis eines Einheitslaibes Brot auf 4 K. und 56 H. erhöht wird, steht unmittelbar bevor. Eine Brotpreiserhöhung ist unter allen Umständen sehr unsympathisch, aber man muß zugeben, daß der Staat gegenwärtig außerstande ist, finanzielle Opfer zu bringen, denn er befindet sich selbst in großer Not, was man ebenso aus den Ziffern unsres Budgets wie aus dem Kurse unsrer Valuta entnehmen kann. Daß die Erhöhung des Brotpreises zwischen arm und reich keinen Unterschied macht, ist sehr bedauerlich, aber die Teuerung, die durch jede Verschlechterung der Valuta hervorgerufen wird, kennt in dieser Hinsicht auch keinen Unterschied. Selbstverständlich ist die Möglichkeit gegeben, die Staatsbürger oder wenigstens die Gemeindebürger nach ihrer Zahlungsfähigkeit abzustufen und die Aermeren auf Kosten der Reicheren zu entlasten. In Straßburg hat man dieses System schon am Beginn der Kriegsteuerung eingeführt, und viele Städte haben es seither mit Erfolg nachgeahmt. In Wien aber hat man sich bis heute gegen das Straßburger System ablehnend verhalten, obwohl dieses nicht bloß die Brotpreise, sondern die Preise aller Bedarfsartikel der individuellen Zahlungsfähig-

[illegible] anzupassen bestrebt. Was man nun aber anderen [illegible] nicht gestatten will, wird man wegen des Brotes allein erst recht nicht tun, und so bleibt es bei der unsympathischen, aber unabwendbaren Erhöhung des Brotpreises für alle Verbraucher.

Ein Nachmann schreibt uns zu diesem Thema: „Wenn auch Steuern und Abgaben schon ihren innersten Wesen nach niemals popular sein können, so ist doch die Ablehnung gegen die Brotpreiserhöhung, die letzten Endes nur als eine finanzielle Maßnahme angesehen werden muß, dadurch auf immobiliarische Erhöhungen zurückzuführen. Denn auch nach der Preiserhöhung ist das Brot, das (im Gewichte von 1200 Gramm) 1 K. und 56 H. kosten wird, weitaus das billigste Nahrungsmittel, und selbst der Minderbemittelte würde froh, wenn er hievon eine möglichst große Menge kaufen könnte. Ueberdies wird unser Brot bereits auch weiterhin mit dem meisten können, der in anderen, in viel günstigeren Verhältnissen befindlichen Staaten selbstverständlich auf vielem und leider keinesfalls nur auf diesem Gebiete des Ernährungsstandes zählen wir noch wie vor zu den billigeren Ländern der Welt. Bei dieser Sachlage ist es begreiflich eine Selbstverständlichkeit, daß ohne Rücksicht auf unbegreifliche Agitationen, dagegen Front gemacht, daß dem armen, dem "kleinen Manne" die unentbehrliche Nahrung vertreten werde. Der in der letzten Zeit aufgetauchte Plan, den Brotpreis mit den Einkommens- und den Vermögensverhältnissen der Staatsbürger in Einklang zu bringen, vergessen, daß der Reiche einen höheren Preis zu entrichten hätte als der Arme, ist nicht durchführbar. Wie könnte man ihn praktisch vertreten? Doch nur durch Erhöhung einer Kopfquote, wonach vor Einhebung der (verschiedenartig zu gestaltenden) Brotbezugskarten der Einkommensverhältnisse eine Erklärung abzugeben hätte, wonach seine Angaben von den Steuerbehörden zu begutachten wären. Das hätte eine ungeheure Fülle von Arbeiten, ein Zusammen-

Neue Freie Presse
6./VIII.1918

Die Notwendigkeit einer Staffelung des neuen Brotpreises.

Vorschlag eines Provisoriums.

Wien, 5. August.

Nach den Einläufen an Getreide und Mehl der Ernte kann es nunmehr als feststehend angesehen werden, daß die laufende Woche die letzte ist, in der sich die Bevölkerung mit der halben Brotquote begnügen muß. Die Wiederherstellung der vollen Brotration von 126 Dekagramm wöchentlich wird am 11. August Platz greifen. Die Frage der Erhöhung des Brotpreises ist im Prinzip bereits entschieden. Das Volksernährungsamt hat die entsprechenden Weisungen an die Landesregierungen bereits hinausgegeben und von diesen wird gegen Ende der Woche die amtliche Veröffentlichung über die Hinaufsetzung des Preises um 116·6 Prozent, das ist für den Einheitsleib von 72 Heller auf 1 Krone 56 Heller, erfolgen. Die Vorschläge, diese Preiserhöhung nicht in Form einer Kopfsteuer einheitlich, sondern in Staffelungen durchzuführen, sei es auf Grund des Einkommensteuerbekenntnisses oder des von den einzelnen Haushalten gezahlten Wohnungsmietzinses oder aus einer Kombination dieser beiden Faktoren, eventuell nach irgendeinem anderen die Kaufkraft der betreffenden Familie zum Ausdrucke bringenden Moment, sind im Schoße der Regierung in den letzten Tagen mehrfach erörtert worden. Es wird aber gegenüber diesen Vorschlägen ins Treffen geführt, daß die großen Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen, welche der Krieg mit sich gebracht hat, die statistischen Grundlagen, auf denen jede Staffelung des Brotbezugspreises ruhen müßte, welche Grundlagen sämtlich aus der Zeit vor dem Kriege datieren, für eine solche Maßnahme entwertet haben. Es müßten umfassende Erhebungen stattfinden, da es sich ja nicht um die Bestimmung des Brotpreises für Wien allein handelt, sondern derselbe einheitlich für das ganze Staatsgebiet festgesetzt wird. Die Ueberprüfung der Einkommensverhältnisse von mehreren Millionen Haushalten sei eine Aufgabe, die derzeit schon aus Mangel an verfügbaren Arbeitskräften nicht bewältigt werden könne.

Die Situation, wie sie sich heute darstellt, ist also folgende: Die Entscheidung, daß mit der Wiederherstellung der vollen Brotquote eine 116·6prozentige Erhöhung des Brotpreises eintreten wird, ist bereits gefallen, und es scheint auch festzustehen, daß die Erhöhung gleichmäßig für jeden Einwohner dieses Staates verfügt werden wird ohne Rücksicht auf seine Kaufkraft. Ebenso sicher aber ist, daß sich niemand, auch die Regierung nicht, der Tatsache verschließt, daß eine derart durchgeführte Preiserhöhung für das wichtigste Nahrungsmittel des ganzen Volkes eine antisoziale Maßnahme von einer Tragweite ist, deren Bedeutung aber dennoch unterschätzt wird, denn sonst wäre es unmöglich, daß nicht in irgendeiner Form eine Abstufung versucht worden wäre. Besonders der geltend gemachte Einwand, daß man heute mindestens 90 Prozent der Bevölkerung unter jene Kreise rechnen müßte, denen der alte Brotpreis zuzubilligen wäre, und daß die Hunderte von Millionen Kronen betragenden Kosten der Preiserhöhung daher allein von den restlichen 10 Prozent der Bevölkerung zu tragen wären, ist leicht zu entkräften. Diesen 10 Prozent der Bevölkerung sind während des Krieges eben derartige Vermehrungen des Einkommens zugute gekommen, daß sie jeden Brotpreis bezahlen können, auch wenn die Erhöhung nicht 116·6 Prozent, sondern um ein Vielfaches davon beträgt. Nicht zu reden von dem jedesfalls durchführbaren sehr radikalen Vorschlag, der auch in letzter Stunde noch verfügt werden kann, nämlich den Brotpreis gleichmäßig für die ganze Bevölkerung unverändert zu lassen, das daraus entstehende Defizit zunächst aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten und inzwischen mit dem größten Nachdruck doch zu versuchen, eine statistische Grundlage zu schaffen, von der ausgehend in einem späteren Zeitpunkt eine gestaffelte Erhöhung des Brotpreises erfolgen könnte. Es mag zugegeben werden, daß es im Kriege nicht gelingen wird, einen ganz gerechten Ausgleich zu finden, deswegen darf aber nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und statt eines, wenn auch mit Fehlern behafteten Ausgleichsversuches die den Gipfelpunkt der Ungerechtigkeit darstellende Kopfsteuer einer gleichmäßigen Brotpreiserhöhung zum Prinzip erhoben werden.

Die Erhöhung des Brotpreises ist die direkte Folge der Erhöhung der Getreidepreise. Es soll heute nicht erörtert werden, ob letztere notwendig gewesen ist, und es sei zugegeben, daß aus Gründen des Produktionsanreizes und der Steigerung der Ablieferung eine solche Belastung der städtischen Verbraucher zugunsten der ländlichen Erzeuger notwendig gewesen sei. Sicher aber ist, daß die diesbezüglichen Entschließungen der Regierung schon auf Monate zurückgreifen und daß es klar war, daß für die durch die Hinaufsetzung der Getreidepreise bewirkte automatische Verteuerung des Brotes irgend jemand aufzukommen haben werde. Sei es der Staat, seien es die einzelnen Teile der Bevölkerung. In diesem langen Zeitraum wäre es doch möglich gewesen, entweder eine Enquete einzuberufen oder, was immer das Beste ist, die Frage zur öffentlichen Diskussion zu stellen und so den breitesten Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, an der Lösung des Problems durch Erstattung zweckdienlicher Vorschläge teilzunehmen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich im Laufe vieler Wochen irgendein Ausweg hätte finden lassen. Keinerlei Erwägungen können es rechtfertigen, daß das Prinzip der Staffelung abgelehnt wird, weil es nicht die absolute Gerechtigkeit von vornherein verbürgt.

Dieses Versäumnis ist heute nur auf einem Wege mehr gutzumachen, indem die Erhöhung des Brotpreises insolange unterbleibt, bis eine geeignete Grundlage gefunden ist, um die Lasten, welche aus der Hinaufsetzung der Getreidepreise entstanden sind, so auf die Schultern der Bevölkerung zu verteilen, daß nicht insbesondere der Mittelstand unter dem Druck derselben zusammenbrechen muß. Vielleicht wird die Lösung des Problems in einer Weise möglich sein, daß die vorläufig vom Staat vorschußweise vorgenommene Bestreitung der Kosten der Brotpreiserhöhung in einem späteren Zeitpunkte eine Refundierung erfahren könnte. Unter den Fragen, die den Reichsrat bei seinem Zusammentritt im September beschäftigen müßten, wäre nebst der dringend notwendigen Erledigung der verschiedenen Steuergesetzentwürfe auch die Frage der Regelung des Brotpreises in erster Linie zu nennen. Das Problem einer Staffelung des Brotpreises bleibt weiter auf der Tagesordnung.

Neue Freie Presse Abendbl
7. VIII. 1918

Das Ernährungsamt über die Gründe der gleichmäßigen Brotverteuerung.

Von maßgebender Seite.

Wien, 7. August.

Wenn auch naturgemäß die Ankündigung einer Brotpreiserhöhung zuerst vollen Widerspruch auslöste, nicht nur weil diese Verteuerung jeden trifft, sondern auch aus dem begründeten Widerwillen gegen eine Erschwerung der Lebenshaltung der Mindestbemittelten, die auf Brotnahrung angewiesen sind, so hat doch mittlerweile das Bekanntwerden der Umstände, die zur Erhöhung zwingen, an Stelle der Anklagen sachliche Erörterungen treten lassen. Die Unvermeidlichkeit der Preiserhöhung wird im allgemeinen zugegeben und nur mehr die Frage aufgeworfen, ob die Höhe des Preises angemessen sei, ob nicht alte Schulden einer unrichtigen Gebarung gedeckt werden sollen und ob sich schließlich nicht auch ein Weg finden ließe, durch Preisabstufungen die Lasten der Erhöhung gerechter zu verteilen.

Durch vier Kriegsjahre blieb der Brotpreis unverändert, während die Kosten der Inlandserzeugung, der Einkauf im Ausland, die Aufbringung, Beförderung, Vermahlung und Verteilung immer kostspieliger wurden. Neue Getreidepreise wurden auf Grundlage der Gestehungskosten durch die Zentralpreisprüfungs-Kommission festgesetzt; die erhöhten Preise sollten den notwendigen Anreiz geben, damit nicht der Getreideanbau zugunsten des einträglicheren Anbaues von Kartoffeln und Futtermitteln zurückginge und die tatsächlichen Produktions- und Lebenskosten des Landwirtes ihre entsprechende Deckung finden. Den Entbehrungen der letzten Wochen mußte raschestens ein Ende bereitet und durch erhöhte Druschprämien möglichst schnell Getreide erhalten werden. Weitaus die größten Auslagen verursachen die schon im Frieden unentbehrlichen Einfuhren aus dem Auslande. Berücksichtigt man noch die unaufschiebbaren Lohnzuschläge für die Mühlenarbeiter, die Frachterhöhung und die Mehrauslagen für Gebiete, die unter dem Kriege besonders schwer gelitten, so ergibt sich bei sparsamster Berechnung — ein vorsichtiger Kaufmann hätte in Friedenszeiten den Betrag sicher höher angesetzt — im Falle der Beibehaltung des jetzigen Brotpreises ein Ausfall von rund 1·1 Milliarden.

Nur für die Deckung dieser neu erwachsenden Auslage ist die Erhöhung bestimmt. Der Vorwurf, daß alte Sünden fehlerhafter Gebarung nunmehr hereingebracht werden müssen, ist unhaltbar. Das Defizit der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, das im Laufe des Krieges auf 200 Millionen Kronen anwuchs, rührt von den Kosten teuren ausländischen Mehles her und hat die Regierung diesen gegen den zu befürchtenden Milliardenausfall des einzigen Wirtschaftsjahres 1918/19 gering zu nennenden Betrag übernommen, so daß derselbe bei Berechnung des neuen Mehl- und Brotpreises nicht mitspielt. Daß die Geschäftsgebarung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, die unter ständiger Kontrolle des Finanzministeriums und des Amtes für Volksernährung steht, nach der Ueberprüfung durch den Kriegswirtschaftsausschuß des Reichsrates noch einer besonderen Ueberwachung bedürfte, ist nicht anzunehmen.

Da nun keine Möglichkeit einer Verringerung der Auslagen ersichtlich ist, bedarf es einer Untersuchung, ob die Verteilung der Lasten gerechter vorgenommen werden könnte. Vertreter der Landwirtschaft erklärten wiederholt, der Bauer gebe den Ertrag seiner harten Arbeit den Armen und Notleidenden jederzeit gern zu niedrigen Preisen, könne aber nicht verstehen, warum auch die Reichen, die ihm den Bezug der notwendigsten Bedarfsgegenstände verteuern, des gleichen niedrigen Vorzugspreises für Mehl und Brot teilhaftig sind, während sie doch im Schleichhandel unverhältnismäßig höhere Beträge zu bieten nicht nur imstande, sondern auch überaus gern bereit sind. Anderseits verletzt es jedes soziale Empfinden, daß es beim Kaufe des wichtigsten Lebensmittels keinen Unterschied zwischen reich und arm gibt. Wertvolle Anregungen wurden gegeben, die freilich nur wiederholten, was fast seit Kriegsbeginn immer wieder als undurchführbar fallen gelassen wurde. An erster Stelle steht die Frage der Staffelung des Brotpreises. Hiefür ist der gerechte Schlüssel noch nicht gefunden. Nehmen wir die Personaleinkommensteuer als Grundlage, so müssen wir feststellen, daß die letzte verwendbare Statistik aus dem Jahre 1914 stammt. Seither ist aber eine vollständige Verschiebung aller Erwerbs- und Besitzverhältnisse eingetreten. Zudem steht aber in Oesterreich den Minderleistungsfähigen keine genügende Menge von Zahlungskräftigen gegenüber. Von den 29 Millionen der Gesamtbevölkerung des Jahres 1913 wurden zur Einkommensteuer überhaupt nur 5,099.593 Personen herangezogen, wobei wirkliche Zensiten nur 1,711.178 waren, während die übrigen 3,338.417 deren Haushaltungsangehörige darstellen. Die Schichte des eigentlichen Mittelstandes berechnete man zu jener Zeit etwa mit 1½ Millionen. Da aber die Einkommensgrenze dieses Mittelstandes sich zwischen 2400 und 12.000 Kronen bewegt, wobei im Verhältnisse zur herrschenden Teuerung die untere Einkommensgrenze nunmehr viel höher angesetzt werden müßte, kommen für den geforderten höheren Brotpreis der Bemittelten nur verhältnismäßig wenige in Frage. Wie soll man die Milliarde der erhöhten Auslagen auf die kleine und doch schon zu hoch gegriffene Zahl der Einkommensteuerträger überwälzen? 90 Prozent der Bevölkerung müßten des Vorzugspreises teilhaft werden und die übrigen 10 Prozent das Milliardendefizit decken. Wie ungeheuer hoch müßte für diese kleine Zahl der Brotpreis erstellt werden? Abgesehen von den Durchführungsschwierigkeiten mit Bekenntnis, Ueberprüfung der Angaben, Ueberwachung der richtigen Einreihung, wäre die Unzuverlässigkeit des Verteilungsapparates und die Skrupellosigkeit der sicher nicht wenigen, die sich einer so drückenden Last zu entziehen suchen, nur mühsam zu bekämpfen. Man denke an die Möglichkeiten und die Unzufriedenheit bei der Extremrindfleischausgabe, die eine Aufhebung der Einteilung in Extrem- und Einheitsrindfleisch beinahe unvermeidlich machen.

Wollte man das einfache Verfahren der Brotpreiserhöhung durch eine Steuer ersetzen, so wäre die Veranlagung außerordentlich schwierig. Auch hier fiele das Milliardendefizit wieder auf die Klasse der Fixbesoldeten am schwersten. Die Heranziehung der ländlichen Bevölkerung aber, die auf der einen Seite höhere Preise und Druschprämien erhält, um sie zu reichlicher Ablieferung zu reizen, und den gesamten Gewinn, der gerade beim Getreide eigentlich nur eine Deckung der Gestehungskosten darstellt, auf der anderen Seite als Steuer wieder abführen soll, würde sich in unserer Versorgung sehr schädlich fühlbar machen. So konnte kein anderer Ausweg gefunden werden, um uns vor dem Fehlbetrage der 1100 Millionen Kronen zu schützen, als daß der Preis eines Laibes von 1260 Gramm mit 1 Krone 56 Heller festgesetzt wurde.

Vossische Zeitung
8/VIII. 1918

Mehl-Ersatz.

Der letzte Vortrag im Botanischen Garten.

Die Streckung des Mehls ist durch die Knappheit vorgeschrieben und schon verhältnismäßig bald nach Kriegsausbruch geübt worden. Wir haben unserem Brot durch Ausmahlung des Getreides bis zu 95 v. H. statt der üblichen 60—70 v. H. Kleie hinzugefügt, die man ihrerseits als notwendig für die Viehhaltung, durch Holzmehl, auf Grund der Versuche von Zuntz und Haberlandt ersetzt hat. Das feingemahlene Holzmehl fügt übrigens dem Brot wieder etwas Stärke zu und erweist sich damit vielfach nicht nur als reiner Ballast. Aber abgesehen von diesen Streckungsmethoden hat man zahlreiche Pflanzen, an die man bisher nicht gedacht hatte, oder deren Verwendung man verkannt hatte, als Mehllieferanten schätzen gelernt.

Eine ganze Reihe solcher Mehl oder Mehlsurrogat liefernder Pflanzen führte kürzlich Prof Dr. Graebner vom Botanischen Garten vor. Ein echtes stärkehaltiges Mehl können wir aus der Typha, dem Rohrkolben, gewinnen und zwar sowohl aus dem mehlhaltigen Blütenstaub, der vielfach früher schon zu Brot und Kuchen verarbeitet wurde, aber auch aus der Grundachse, deren Stärkegehalt den der Kartoffel übertrifft. Aus der Trockensubstanz waren 17,7 v. H. Rohprotein und 52 v. H. Kohlehydrate darunter 46 v. H. Stärke gewonnen. Auch die Seerosen enthalten in ihren Grundachsen ein freilich herb schmeckendes Mehl, dessen Bitterkeit aber durch Auswaschen leicht entfernt werden kann. Man kann sich aus den genannten Pflanzen das Mehl durch Zerreiben der Stengel auf der Reibe und nachträglichem Auswaschen selbst gewinnen oder aber auch die Stengel trocken zerstampfen und die Fasern entfernen. Vielfach hat man schon in Friedenszeiten auch die Sumpf-Calla (Schlangenwurz, Schweinsohr) verwendet, ebenso ist der in großen Mengen in Süddeutschland in schattigen Laubwäldern vorkommende Aronstab ein bekannter Mehllieferant. Freilich ist diese Pflanze in allen ihren Teilen giftig, aber die abgekochten und gemahlenen und gerösteten Knollen haben ihre giftigen Eigenschaften verloren. Andere mehlliefernde Wurzeln und Grundachsen bieten die knollige Platterbse, deren Knollen man in Salzwasser 2—3 Stunden kocht, das Pfeilkraut, der Adlerfarn, ebenso liefert die Binse eßbare Knollen, die mit Stärke vollgepfropft sind. Samen und Früchte zahlreicher Pflanzen sind stärkemehl- und eiweißhaltig. Abgesehen von den Hülsenfrüchten hat man jetzt in Kriegszeiten sein Augenmerk auf die Eicheln und die Früchte der Roßkastanie gerichtet. Die Roßkastaniensamen enthalten 3,4 v. H. Eiweiß, 43,6 Stärke sowie 1,3 v. H. Oel, sie sind nährstoffhaltiger als die Kartoffeln. Freilich muß das Saponin daraus entfernt werden, das bekanntlich mit Erfolg zur Seifenherstellung benutzt wird. Auch die verachteten Meldearten, deren Blätter als Gemüse Verwendung finden, liefern in ihren Samen viel Stärke, namentlich die Reismelde, die aus Peru stammt und eine Kulturform des weißen Gänsefußes darstellt. Die wildwachsenden Melden lassen sich auch als Geflügelfutter verwenden. In alten Zeiten stellte man aus den Samen der Schwaden die beliebte reisähnlich süßschmeckende Mannagrütze her, an die man sich jetzt wieder erinnert hat, das Gras bildet ein sehr gutes Futter für Pferde und Vieh.

Auch Vieh und Vögel wollen und müssen heute mit wildwachsenden Pflanzen ernährt werden. Die Auswahl von mehl- und ölhaltigen geeigneten Samen und Früchten ist groß genug, aber das Futter will gesammelt sein. Große Mengen nahrhaften Futters liefern die Samen der Brennessel, des Sauerampfers und des Rhabarbers, des Ackerknöterich, der Trespe, auch die Samen von Kiefern und Fichte, und die Früchte zahlreicher Kompositen;

Reichspost
8./VIII. 1918

131

Preissturz in Frühkartoffeln.

Aus Matzen wird uns geschrieben: Hier sehnten sich schon seit Wochen gar viele Minderbemittelte nach Frühkartoffeln, doch trotz allem Bitten waren solche um den Höchstpreis von einer Krone nicht zu bekommen. Aber eines schönen Tages wurde es lebendig auf den Kartoffeläckern und gar bald waren 1040 Kilogramm — auf dem Bahnhof, um angeblich fürs Militär abzugehen. Doch die wachsame und wackere Kartoffelkommission interessierte sich für diese „Heereslieferung" und stellte fest, daß zwei Juden um den freiwillig angebotenen unverschämten Wucherpreis von Kr. 2·70 diese Kartoffeln gekauft hatten, die aus ihren Händen gewiß kein Verbraucher unter fünf Kronen bekommen hätte. Ueber Anordnung der Kartoffelkommission wurde die gesamte Ladung beschlagnahmt, 500 Kilogramm an Gänserndorf gewiesen, 540 Kilogramm um den Preis von 68 Hellern an jene Bewohner in Matzen veräußert, denen man sie früher um eine Krone verweigert hatte.

Die Zeit
8/VIII. 1918

132

Wo sind die Kartoffel?

Vollständiges Versagen des Zufuhrdienstes.

Wir stehen mitten in der Ernte, für die man uns in den entbehrungsreichen Frühjahrswochen alle möglichen Erleichterungen und Verbesserungen verheißen hat, so oft die Quoten sämtlicher Nahrungsmittel immer wieder gekürzt wurden. Was aber haben wir bisher erhalten? Ein nicht immer zureichendes Angebot von horrend teuren Gemüsen, die (bis auf Kraut) ohne Beigabe von Fleisch, Brot oder Fett nicht einmal wirklich sättigend sind, sowie kostspielige und zumeist minderwertige Obstsorten, um die man sich stundenlang anstellen muß, wenn man nicht in der Lage ist, sie beim Delikatessenhändler zu kaufen. Die einzige Veränderung, die der Sommer uns bisher gebracht hat, ist das vollständige Versagen der Kartoffelversorgung, die in den Wintermonaten zwar nicht völlig bedarfdeckend, aber ziemlich zuverlässig funktionierte. Den offiziellen Nachrichten aus dem Rathause zufolge wird allerdings jede Woche in einzelnen ärmeren Bezirken ein halbes Kilogramm Frühkartoffeln pro Kopf ausgegeben, dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß in Wirklichkeit die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung viele Wochen lang ohne Kartoffeln bleibt.

Man versucht, die Schwierigkeiten der Versorgung für den Augenblick damit zu erklären, daß durch die Erntearbeiten das Ausgraben der Kartoffeln zeitweilig eingestellt werden mußte. Diese Erklärung scheint aber nicht ganz stichhaltig zu sein, denn in Wirklichkeit fehlt es durchaus nicht an Kartoffeln; auch nicht in Wien. Man erhält sie schon seit Wochen in jeder beliebigen Menge in jedem Restaurant (ein bekanntes Gasthaus in der Praterstraße ließ sich kürzlich noch für ein winziges Tellerchen Frühkartoffeln 3 Kronen bezahlen, ein Preis, der einem sofort bei der Bestellung vom Kellner diskret ins Ohr geflüstert wurde, da nämlich auf der Speisekarte Kartoffeln überhaupt nicht angeführt waren), man erhält auch Kartoffeln im Schleichhandel in jeder gewünschten Quantität zu 2 bis 5 Kronen pro Kilogramm, man erhält sie aber fast nie und fast nirgends im offenen Handel und vor allem nicht zum vorgeschriebenen Preis.

Diese Tatsache deutet darauf hin, daß hier schwere Organisationsfehler vorliegen und daß es wieder einmal dem rührigen Zwischenhändlertum gelungen ist, den amtlichen Aufbringungsplan zu durchkreuzen und die Zufuhren auf den Schleichweg abzulenken. Wenn in den Monaten Mai und Juni den Konsumenten ein halbes Kilogramm Frühkartoffeln, gleichsam als Delikatesse, auf den Tisch gestellt wurde, so konnte man dies halbwegs verständnisvoll hinnehmen, besonders wenn zum Ersatz noch Altkartoffeln zur Verfügung standen. Im August aber sind die zarten „heurigen Erdäpfel" schon längst aus dem Kalender der Feinschmecker gestrichen, sie sind groß, derbknollig und mehlig und unterscheiden sich nur durch eine etwas dünnere Schale von den ehrlichen Kartoffeln, denen kein schmückendes Beiwort mehr gebührt. Wo aber sind sie, diese guten, nährenden und sättigenden Kartoffeln? Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, daß sie in ausreichenden Mengen dem Konsum zugeführt werden und nicht als eine spielerische Fiktion der Kartoffelversorgung in neckischer Weise hier und dort auftauchen oder in Gasthäusern zu schamlosen Wucherpreisen angeboten werden.

Auf diese Art wird das Vertrauen des Publikums selbstverständlich immer mehr erschüttert, es muß versuchen, in irrationeller und preistreiberischer Weise sich selbst zu helfen, um wenigstens von dem Aeußersten geschützt zu sein. Hiermit aber wird ein von Jahr zu Jahr schlimmeres Versagen der Nahrungspolitik bewirkt.

Mitteilungen von informierter Seite.

Von informierter Seite erhalten wir folgende Mitteilung:

„Es ist leider zutreffend, daß die Versorgung der einzelnen städtischen Bezirke mit Kartoffeln eine recht ungleichartige ist. Das ist aber darauf zurückzuführen, daß es eben trotz aller amtlichen Bemühungen noch immer an ausreichenden Zufuhren mangelt, und daß die äußerst knappen täglichen Eingänge zunächst den volkreichen Außenbezirken zugewiesen werden müssen, deren Arbeiterbevölkerung unbedingt eine bevorzugte Behandlung zu finden hat. So wurden zum Beispiel größere Kartoffeleingänge, die der vorgestrige Tag brachte, noch im Laufe des gestrigen Tages dem 10. und dem 16. Bezirk zugewiesen, wo diese Zuschübe selbstverständlich reißenden Absatz fanden. Die mangelhafte Kartoffelversorgung Wiens erklärt sich auch daraus, daß die Frühkartoffel in Niederösterreich nur wenig angebaut wird, das Hauptproduktionsland Böhmen aber in erster Linie den eigenen Bedarf deckt und für die Ausfuhr so gut wie nichts erübrigt. Sobald sich die Zufuhren steigern, werden auch die bisher vernachlässigten Bezirke nach Möglichkeit versorgt werden."

Der Neue Abend
9./VIII. 1918
133

Der alte Brotpreis für die Mindestbemittelten.

Eine Absicht der Regierung.

Die beabsichtigte Erhöhung der Brotpreise hat in der Bevölkerung starke Verstimmung hervorgerufen, und im Ernährungsamte laufen täglich zahlreiche Beschwerden aus allen Teilen Österreichs ein, die sich in erregten Worten gegen die Preiserhöhung aussprechen. Trotzdem kann, wie in maßgebenden Kreisen verlautet, an ein Rückgängigmachen der getroffenen Verfügung wegen des daraus entstehenden Gebahrungsabganges von 1200 Millionen Kronen im Jahre, für die Bedeckung geschaffen werden mußte, nicht gedacht werden; doch befaßt man sich unter dem Druck der Bewegung in Regierungskreisen mit der Frage, ob es nicht möglich wäre, die Mindestbemittelten von der Brotpreiserhöhung auszunehmen und ihnen auch weiterhin das Brot zum alten Preise zu geben. Die Frage dürfte, wie verlautet, in günstigem Sinne gelöst werden. Damit wäre allerdings nur ein kleiner Teil des Unrechtes gutgemacht, die große Masse der Festbesoldeten, die wohl ihrem Einkommen, aber nicht ihrer Klassifizierung nach dem Stande der Mindestbemittelten angehören, ist verpflichtet, den Agrariern Tribut zu zahlen. Es ist recht schön von der Regierung, wenn sie sich durch den Widerspruch in der Bevölkerung von der Verfehltheit ihrer Absichten überzeugen läßt. Das Zugeständnis für die Mindestbemittelten scheint aber zu wenig. Man muß das Parlament über den Brotpreis sprechen lassen.

Tägliche Rundschau 9/VIII. 1918. 134

* **Die neue Brotzuteilung.** In seiner gestrigen Sitzung hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin beschlossen, für die Zeit vom 19. August ab die Portion der Brotkarte, entsprechend der von den Reichsstellen festgesetzten täglichen Mehlportion von 200 Gr. (gegenüber den früheren 220 Gr.) auf 1850 Gr. festzusetzen. Der Preis des Schwarzbrotes ist auf 97 Pf., der des Weißbrotes auf 100 Pf. festgesetzt worden.

Die Zeit
9./VIII. 1918

135

Brot und Mehl.

Die neuen Preise.

Wenn auch bezüglich des kommenden Brotpreises — es wurde bekanntlich ein Einheitstarif in der Höhe von K. 1.56 pro Laib Brot in Aussicht genommen —, heute bereits Klarheit herrscht, so beschäftigt sich doch die Oeffentlichkeit um so intensiver mit der Frage, in welcher Weise die Erhöhung der Getreidepreise auf die Detailpreise für Mehl zurückwirken wird.

Von hervorragender fachmännischer Seite erhalten wir hierzu folgende bemerkenswerte Informationen:

„Während die Regierung in Oesterreich seit dem Jahre 1915 gezögert hat, die Regelung des Brotpreises vorzunehmen, und wir infolgedessen den billigsten Brotpreis aller kriegführenden Länder zu verzeichnen hatten, haben sich die Verhältnisse nunmehr derart zugespitzt, daß man zu dieser Erhöhung schreiten mußte. Einerseits sind die Gestehungs- und Aufbringungskosten des aus dem Ausland zugeführten Getreides fortwährend und insbesondere in der letzten Periode außerordentlich gestiegen, andererseits hat die Regierung sich gezwungen gesehen, unsere Landwirte durch Gewährung höherer Preise an dem Anbau der notwendigsten Brotfrüchte interessiert zu halten und sie durch Gewährung von Prämien speziell zur raschesten Ablieferung der dringend gebrauchten Brotfrüchte anzueifern.

Alle diese Kosten sind bisher im Brotpreis nicht zum Ausdruck gekommen. Was man bisher vielleicht in zu übergroßer Aengstlichkeit, da man vor der unpopulären Maßnahme einer Erhöhung des wichtigsten Nahrungsmittels im Kriege zurückschreckte, unterlassen hat, macht sich nunmehr, da man durch die Macht der Verhältnisse gezwungen ist, doppelt fühlbar, da man eben jetzt mit einem Sprung das Gleichgewicht bei der staatlichen Bewirtschaftung der Brotfrucht herzustellen gezwungen ist, um das Defizit nicht ins Ungemessene anwachsen zu lassen. Die Landwirte werden sohin, wenn man die Prämien für die Ablieferung ins Kalkül zieht, weit höhere Preise für das Getreide erhalten, und dementsprechend sind die Preise, zu denen die Kriegsgetreideverkehrsanstalt den Mühlen das Getreide liefern wird, gegenüber den früheren Preisen, je nach den verschiedenen Getreidesorten, bis zu 150 Prozent erhöht worden.

So ist es nunmehr als feststehend zu bezeichnen, daß infolgedessen der Preis sowohl des Verschleißmehles als auch des zur Brotbereitung benötigten Mehles vom 12. August d. J. erhöht sein muß, und zwar soll der Preis des Brotmehles von K. 42 pro Meterzentner auf 100 Kronen pro Meterzentner steigen und der Normallaib im Gewicht von 1260 Gramm wird, wie ja schon gemeldet, K. 1.56 kosten.

Vom gleichen Tag an soll auch wieder die volle Brotquote im selben Ausmaße, wie diese vor der 50prozentigen Kürzung bestanden hat, der Bevölkerung wiedergegeben werden, und es ist zu hoffen, daß, wenn sich die günstigen Berichte, die hinsichtlich der neuen Ernte vorliegen, bewahrheiten, die volle Belieferung in der Zeit bis zur nächsten neuen Ernte aufrechterhalten werden könne.

Parallel mit der Erhöhung des Brotpreises geht auch die Erhöhung des Preises des Verschleißmehles. Es wird das Kochmehl K. 1.76 pro Kilogramm, das Backmehl oder sogenannte Nullermehl K. 2.80 pro Kilogramm kosten, wobei leider vorläufig im Gegensatz zur vollen Ausgabe der Brotquote hinsichtlich des Mehles die bisher bestandene Kürzung aufrechterhalten bleibt.

Von der Abstufung des Brotpreises je nach den pekuniären Verhältnissen des Konsumenten hat man, obwohl auch diese Frage vielfach ventiliert wurde, nach eingehenden Studien Abstand nehmen zu müssen geglaubt, weil einerseits eine derartige Aktion eine Reihe Vorarbeiten erforderte, die mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht bewältigt werden können, andererseits aber durch die Kriegsfürsorgezentrale, die Gutscheine im größeren Maße an die Mindestbemittelten ausgibt, welche Institution sich sehr gut bewährt hat, diese Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels für die Mindestbemittelten in sehr dankenswerter und umfangreicher Weise gemildert wird. Wie verlautet, soll diese Gutscheinaktion der Kriegsfürsorgezentrale einen weiteren Ausbau erfahren."

Protest der Grazer.

Aus Graz, 8. d., wird uns telegraphiert: In der heutigen Sitzung des Gemeindewirtschaftsrates wurde auf Antrag des Bürgermeisterstellvertreters Dr. Gargitter eine Entschließung angenommen, in der der Gemeindewirtschaftsrat entschiedenst Einspruch gegen die geplante Erhöhung der Mehl- und Brotpreise erhebt, die in gar keiner Weise begründet ist, um so mehr, als sie eine Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel für die breitesten Schichten der Bevölkerung darstellt. Sollte die Preiserhöhung jedoch unvermeidlich sein, so hätte die Regierung die Mehrkosten auf sich zu nehmen. Ferner wurde beschlossen, der Statthalterei zu eröffnen, daß der Gemeindewirtschaftsrat gegen die Einführung einer fleischlosen Woche oder gar eines fleischlosen Monats für die Stadt Graz auf das entschiedenste Protest erhebt und die dringende Forderung stellt, daß die Zuweisung von Fleisch und Schlachtvieh für die Monate August bis November mindestens auf der gleichen Höhe bleibt wie im Juli.

Neues Wiener Tagblatt
9./VIII. 1918

136

Der neue Brotpreis.

Das berechtigte Unbehagen über die Erhöhung des Brotpreises läßt sich nicht unterdrücken. Die Erhöhung beträgt mehr als hundert Prozent und macht nach dem absoluten Betrage 84 H. für den Kopf und die Woche aus. Gewiß, wir haben uns im Verlaufe des Krieges mit viel einschneidenderen Verteuerungen wichtiger Lebensmittel abfinden müssen. Aber gegen die Verteuerung des Brotes macht uns dessen symbolische Bedeutung als Grundlage unsrer Ernährung begreiflicherweise ganz besonders empfindlich. In Wirklichkeit ist das Brot leider nicht mehr die Grundlage unsrer Nahrung, denn es wird uns selbst bei der vollen Ration in so geringen Mengen zugemessen, daß es uns unmöglich ernähren kann, und die aus der Friedenszeit verbliebene Vorstellung, daß man im Falle der Not von trockenem Brot leben könne, trifft für die Zeit der Brotkarte nicht zu. Gleichwohl wird die Verteuerung des Brotes als besonders schwerer Schlag für die breite Masse empfunden.

Bekanntlich beruft sich das Ernährungsamt darauf, daß die staatliche Getreidewirtschaft schon in den beiden letzten Jahren beträchtliche Defizite ergab und zu dem für das bevorstehende Wirtschaftsjahr die Preise des Getreides bedeutend erhöht wurden. In der Tat haben im Jahre 1915, in welchem die bisher gültigen Preise für Brotmehl und Brot nach den Gestehungskosten berechnet wurden, der Preis für Weizen 34 K. und der Preis für Roggen 28 K., die Frühdruschprämien (damals hießen sie Ablieferungsprämien) im höchsten Ausmaße 4 K. betragen. Für die heurige Ernte wurde der Uebernahmspreis von Weizen und Roggen auf 55 K. festgesetzt und die Frühdruschprämien betragen in drei Staffeln 15, 20 und 25 K. für den Meterzentner. Infolgedessen dürfte sich das inländische Getreide der heurigen Ernte wohl doppelt so teuer stellen, als das der Ernte 1915. In Ungarn sind Uebernahmspreise und Frühdruschprämien noch höher als bei uns, das Getreide aus Rumänien und aus der Ukraine stellt sich besonders teuer. Eine exakte Rechnung über den Unterschied in den Gestehungskosten der Jahre 1915 und 1918 ist im vorhinein nicht möglich, aber ein oberflächlicher Ueberschlag ergibt allerdings, daß das Getreide heuer mindestens doppelt so teuer sein wird, als es im Jahre 1915 war. Dies veranlaßte das Ernährungsamt, den Preis des Brotmehles, der bisher 42 H. für ein Kilogramm betrug, mit 1 K. festzusetzen, und daraus ergab sich der Brotpreis von 1 K. 56 H. Man hat nun den Vorschlag gemacht, behufs Entlastung der wirtschaftlich schwächeren Schichten diesen Preis nach oben und nach unten zu staffeln, so daß der Staat auf seine Kosten gekommen wäre und doch die Aermeren auf Kosten der Reicheren billigeres Brot bezogen hätten. Bisher ist aber das Ernährungsamt auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, nur bezüglich der Mindestbemittelten wird erwogen, ihre Unterstützung auch auf die Subventionierung beim Brotbezug auszudehnen, doch steht auch dies noch nicht fest. Jedenfalls müsse der Versuch unternommen werden, wenigstens den Mindestbemittelten die neue Situation zu erleichtern.

Neben dem Brotmehl wird im Inlande nur noch Kochmehl erzeugt werden; dieses wird im großen 1 K. 50 H. kosten. Backmehl werden wir nur aus Ungarn beziehen; sein Preis wird im großen 2 K. 50 H. betragen.

m. h.

Berliner Lokalanzeiger
9./VIII. 1918

137

Brot und Gemüse.

Erhöhung der Brotration und Sonderzuteilung von Herbstgemüse.

In seiner gestrigen Sitzung hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin beschlossen, für die Zeit vom 19. August ab die Portion der Brotkarte entsprechend der von den Reichsstellen festgesetzten täglichen Mehlportion von 200 Gramm (gegenüber den früheren 220 Gramm) auf 1850 Gramm festzusetzen. Der Preis des Schwarzbrotes ist auf 97 Pfennig, der des Weißbrotes auf eine Mark festgesetzt worden. — Es ist also abermals eine beträchtliche Erhöhung des Brotpreises festgesetzt worden, während das Brotgewicht zwar 100 Gramm mehr als gegenwärtig, aber 100 Gramm weniger als vor der Herabsetzung beträgt. Es muß unbedingt verlangt werden, daß das Brotgewicht wieder auf mindestens 1950 Gramm erhöht werden wird, sobald dies durch die staatsseitige Lieferung von Mehl und Streckungsmitteln möglich ist.

Weiter hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin sich auch mit der Frage der Verteilung von Herbstgemüse auf Lebensmittelkarten befaßt. Es wurde beschlossen, Sonderzuteilungen von Weißkohl und Mohrrüben mehrere Male im Laufe des Herbstes und Winters auf Groß-Berliner Lebensmittelkarten vorzunehmen, und zwar mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung, daß die Bevölkerung diese Dauerware durch Lagerung oder Einsäuerung für etwaige knappe Zeiten zurücklegt. Der tägliche Bedarf der Bevölkerung an Herbstgemüse wird daneben, da die Abschlüsse der Kommunalverbände Groß-Berlins zu den besten Hoffnungen berechtigen, ohne Kartenabgabe sichergestellt werden können. Zwiebeln sollen, da sie knapp sind, nur auf Lebensmittelkarten abgegeben werden. Bezüglich des Herbstobstes konnte eine Entscheidung noch nicht getroffen werden, da zurzeit noch nicht feststeht, ob und welche Mengen an Herbstobst durch die Reichsstelle für Berlin zugeteilt werden können.

*

Vom Montag ab tritt auch in Wien die alte Brotrate wieder in Kraft. Jeder Konsument soll wieder ein ganzes Laib Brot im Gewicht von 1260 Gramm für die Woche erhalten. Gleichzeitig tritt auch die Erhöhung des Brotpreises von 72 Heller auf 1 Krone 50 Heller in Kraft. In der Provinz soll die Erhöhung des Brotanteils erst einige Tage später erfolgen. Leider war es noch nicht möglich, auch die Mehlquote zu erhöhen. Die Quote von ½ Kilogramm soll so lange aufrechterhalten werden, bis eine genaue Uebersicht über die Ernteerträgnisse vorliegt.

Neue Freie Presse Abendbl. 9./VIII. 1918

a 3 138

Protest der Stadt Graz gegen die Erhöhung des Brotpreises.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Graz, 9. August.

Der Gemeindewirtschaftsrat nahm in seiner heutigen Sitzung einen Beschlußantrag an, in welchem gegen die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise protestiert wird. Ferner wurde beschlossen, in einer Eingabe an die Statthalterei gegen die Einführung einer fleischlosen Woche für Graz zu protestieren und die Zuweisung von Fleisch und Schlachtvieh für die Monate August bis November in der gleichen Höhe wie im Juli zu fordern.

Die Zeit Abendbl
9./VIII. 1918

Die Brot- und Mehlpreis-erhöhung.

Protest der Festangestellten.

In der gestern abgehaltenen Sitzung des niederösterreichischen Landes-Wirtschaftsrates hat dessen Mitglied Universitätsprofessor Dr. Wolkan namens aller Festangestellten einen freilich vergeblichen Protest gegen die geplante Erhöhung der Brot- und Mehlpreise erhoben. Bedenkt man, daß die Preiserhöhung der genannten Lebensmittel eine vierköpfige Familie in den Ausgaben für Brot allein mit 174 Kronen 72 Heller jährlich mehr belastet, daß hierzu noch die erhöhten Mehlpreise und Posttarife treten, während gleichzeitig eine neuerliche Erhöhung der Fahrpreise auf den Bahnen geplant sein soll, so ergibt sich namentlich für die Staatsangestellten, daß die ihnen durch die Regierung zugesagte und erst am 1. Oktober auszuzahlende 25prozentige Erhöhung der Teuerungszulagen durch alle diese Maßnahmen vollständig paralysiert wird. Erwägt man aber weiter, daß diese alle Kreise der Bevölkerung treffende Erhöhung eine neuerliche Preissteigerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens zur Folge haben muß, so gehen wir einer Zukunft entgegen, die geradezu katastrophale Erscheinungen nach sich ziehen und zum völligen Zusammenbruch der Staatsangestellten, in aller Festbesoldeten führen muß.

Prof. Wolkan ersucht in seinem Protest die Regierung, die den Staatsangestellten so erwachsende Mehrbelastung auf sich zu nehmen, beziehungsweise ihre Angestellten gemäß dem Versprechen der Regierung unmittelbar mit Brot und Mehl zu den bisherigen Preisen zu beliefern.

Der Neue Abend

10./VIII. 1918

A 10 140

Die neuen Mehlpreise.

Die Verordnung über die Brot- und Mehlpreiserhöhung wird, wie verlautet, in der morgigen „Wiener Zeitung" erscheinen. In dieser Verordnung werden nur die Großhandelspreise enthalten sein, da die Kleinhandelspreise von den Landesbehörden festgesetzt werden. Für Wien hat die niederösterreichische Statthalterei die Preise bereits bestimmt, und zwar:

für die beste Art des Backmehls K 2.76 für 1 Kilogramm,

K 1.70 für 1 Kilogramm mittleren Weizenmehls und

K 1.16 für 1 Kilogramm Kochmehl.

Für Niederösterreich stellen sich die Preise um vier Heller für ein Kilogramm niedriger. Die Verlautbarung dieser Preise durch die Statthalterei wird wahrscheinlich morgen gleichzeitig mit der allgemeinen Verordnung über die Preiserhöhungen erfolgen.

Die Brotpreisermäßigung für die Mindestbemittelten.

Wie wir bereits gestern berichtet haben, will die Regierung die Mindestbemittelten von den Preiserhöhungen von Brot und Mehl nach Möglichkeit verschonen. Die Beratungen darüber sind, wie wir hören, bereits im günstigen Sinne abgeschlossen und die Kundmachungen dürften gleichzeitig mit den übrigen Verordnungen verlautbart werden. Die Durchführung wird nach einem Gutscheinsystem erfolgen; diesen Gutschein werden die Mindestbemittelten bei den magistratischen Bezirksämtern erhalten und sie haben dann bei den Brotverkaufsstellen unter Abgabe des Gutscheines nur den Unterschied zwischen dem neuen Brotpreis und dem Betrag, auf den der Gutschein lautet, zu zahlen.

Doch dürfte, wie verlautet, der alte bisherige Brotpreis nicht belassen werden, so daß auch die Mindestbemittelten mehr für das Brot werden bezahlen müssen als bisher. Die Regierung will für diesen Zweck fünfzig Millionen Kronen bewilligen, was bei der heutigen Zahl der Mindestbemittelten eine Ermäßigung von zwanzig Heller für den Laib Brot bedeutet. Das ist bei der großen Erhöhung viel zu wenig. Ganz entschiedenen Einspruch muß man auch gegen die Absicht der Regierung erheben, diese Ermäßigung dadurch zu verringern, daß sie die Zahl der Mindestbemittelten verringern will, indem sie eine strengere Sichtung der Bedürftigen zu verfügen entschlossen ist.

Vossische Zeitung 14/VIII. 1918.

Mehr Brot? Verschiedene Groß-Berliner Gemeinden haben bei dem Lebensmittelverband den Antrag gestellt, die staatlichen Behörden um eine Erhöhung der Brotrate zu ersuchen. Es wird von ihnen angeführt, daß die Kürzung der Rate auf 1750 Gramm nur als vorübergehend bezeichnet wurde und die alte Rate von 1950 Gramm mit Beginn der neuen Ernte wieder gewährt werden sollte. Statt dessen wurden jetzt aber nur 1850 Gramm gegeben. Das Ergebnis der Ernte werde sicherlich ermöglichen, 220 Gramm Mehl für Kopf und Woche, sowie die nötigen Streckungsmittel auszugeben, um die Brotration auf 2000 Gramm festzusetzen. Der Lebensmittelverband Groß-Berlin wird sich mit dieser Frage in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

Neue Freie Presse
10. VIII. 1918

142

Der neue Brotpreis.

Wahrscheinliche Durchbrechung des Prinzips einer gleichmäßigen Preiserhöhung.

Wien, 9. August.

Ursprünglich bestand die Absicht, daß am morgigen Tage zugleich mit der Verlautbarung über die Wiederherstellung der vollen Brotquote die Verordnung veröffentlicht werden soll, durch die der Preis für den Einheitslaib von 72 Heller auf 1 Krone 56 Heller erhöht wird. Es scheint, daß diese Absicht am morgigen Tage nicht durchgeführt werden wird. Die Bewegung, welche die Ankündigung der Brotpreiserhöhung in der ganzen Bevölkerung hervorgerufen hat, ist so stark und nachhaltig, daß noch in letzter Stunde Beratungen stattgefunden haben, ob nicht eine Staffelung des Brotpreises wenigstens in der Weise durchzuführen wäre, daß die Mindestbemittelten durch Brotgutscheine legitimiert werden, Brot zum bisherigen Preis zu beziehen. Damit wäre der erste Schritt auf dem Wege von der Kopfsteuer für Brot zur Staffelung nach der Vermögenslage des Verbrauchers getan. So erfreulich er ist, so ungenügend ist er. Die Feststellung, wer zum Beispiel in Wien den Mindestbemittelten zuzurechnen sei, ist schon vor vielen Monaten erfolgt, zu einem Zeitpunkt also, zu welchem auf dem Markte für Lebensmittel und Industrieprodukte noch ganz andere Preise geherrscht haben als heute.

Ist also einmal der Grundsatz akzeptiert, daß ein Teil der Bevölkerung nach seinen Einkommensverhältnissen außerstande ist, den erhöhten Brotpreis zu zahlen, so muß notwendigerweise eine neuerliche Feststellung erfolgen, wo die Grenze zu ziehen ist, unterhalb derer die Brotpreiserhöhung nicht in Wirksamkeit treten darf. Dazu bedarf es eines Apparates, der, wenn er auch mit der größten Beschleunigung in Aktion gesetzt wird, doch einen Zeitraum erfordert, der bis oder nahe bis zu dem Zeitpunkt reichen wird, zu dem das Parlament sich wieder versammelt. Dem Abgeordnetenhause liegen auch Anträge vor, die steuerfreie Grenze für die Personaleinkommensteuer entsprechend den vollständig geänderten Lebensverhältnissen im fünften Kriegsjahre hinaufzusetzen. Warum soll die Volksvertretung nicht berufen sein, auch die Linie zu ziehen, welche die Minderbemittelten von den auch jetzt noch als bemittelt Anzusehenden scheidet? Die nach Zehntausenden zählenden Festbesoldeten können heute zum großen Teile bereits für sich in Anspruch nehmen, den Minderbemittelten zugerechnet zu werden. Desgleichen alle Pensionisten und viele kleine Rentner, die im Frieden noch ein bürgerlich beschauliches Dasein zu führen vermochten, jetzt aber fast schon zum Proletariat zu zählen sind. Der Kreis der Minderbemittelten wird also einen sehr beträchtlichen Radius haben, und der Traum der Finanzverwaltung, durch die Erhöhung des Brotpreises das Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt infolge der Hinaufsetzung der Getreidepreise zu decken, wird vielleicht zur Hälfte zerrinnen.

Damit ist in die ganze Konstruktion Bresche gelegt und ein Neuaufbau wäre gewiß ratsamer als ein Flickwerk. Seit durch die ersten Mitteilungen über die Verteuerung des Brotes die öffentliche Diskussion der Frage eingesetzt hat, vergeht kein Tag, der nicht neue Vorschläge brächte, die der Prüfung wert sind. So ist das Verlangen gewiß berechtigt, daß nicht nur die städtischen Verbraucher zu den Kosten der Brotpreiserhöhung beitragen, sondern in demselben Maße die ländlichen Erzeuger herangezogen werden. Man denkt sich dies in der Form, daß sie für die Bewilligung zur Vermahlung des ihnen zur Selbstversorgung belassenen Getreides für jedes Kilogramm eine Gebühr zu entrichten hätten, welche ungefähr der Erhöhung der Getreidepreise entspricht. Würde aber auf diesen Gedanken zurückgegriffen werden, dann käme man zu dem Grundsatze zurück, daß jeder Staatsbürger nach Maßgabe seines Einkommens zur Deckung der Kosten beizutragen hätte, welche die Verteuerung des inländischen Mehles und die Einfuhr des noch teureren ausländischen Mehles hervorruft. Da wäre es doch am einfachsten, die Einkommensteuer, die ja im Wesen denselben Zwecken dient, auch zur Deckung dieser Budgetpost heranzuziehen. Das wäre aber wieder eine Sache der Volksvertretung.

Man mag also die Frage drehen und wenden, wie man will: der Gewalt des Arguments, daß eine Kopfsteuer auf Brot nicht eingeführt werden darf, kann sich niemand entziehen und entzieht sich auch die Regierung nicht mehr. Es handelt sich darum, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in welche die Finanzgebarung durch die Erhöhung der Getreidepreise einerseits und durch den Aufschub einer zweckentsprechenden Bedeckung der Mehrkosten bis zum letzten Augenblick anderseits geraten ist. Dieser Ausweg würde am besten darin gefunden werden, daß zunächst eine Erhöhung des Brotpreises überhaupt unterbleibt und dem Parlament die Entscheidung in dieser Frage überantwortet wird. Bestimmte Mitteilungen über die Absichten der Regierung lagen bis zum heutigen Abend nicht vor. Es hat aber den Anschein, als ob zunächst die Restitution der wöchentlichen Brotmenge zur alten Höhe ohne die gleichzeitige Verteuerung dieses Nahrungsmittels erfolgen werde.

Ostdeutsche — Rundschau

10./VIII. 1918

0 10 142

Zur geplanten Mehlpreiserhöhung.

Zu dieser in der letzten Zeit in den Zeitungen viel besprochenen Frage schreibt Genossenschaftsinstruktor Franz Hilmer:

In meiner im Mai l. J. in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Arbeit „Die Versorgung der Bevölkerung bei der Kriegsproduktion", die allen landwirtschaftlichen Körperschaften, in Betracht kommenden Behörden und den Stadtgemeinden zugegangen ist und hinsichtlich der mir auch vom k. k. Ackerbauministerium, der Stadtgemeinde Wien und vielen landwirtschaftlichen Organisationen Zustimmungserklärungen zugekommen sind, habe ich neben der Forderung einer Kontingentierung der Getreideaufbringung, die allein die Gewähr für eine den Produktionsverhältnissen entsprechende Lieferung aller Gebiete — auch der tschechischen — und damit ein Auskommen mit der eigenen Produktion gibt, auch die Mehlpreisfrage berührt. Ich habe in dieser Arbeit ausgeführt, daß der Kriegsgetreideverkehrsanstalt gegenwärtig nachstehende Verwertungskalkulation zugrunde liegt:

pro Meterzentner

			Kronen		Kronen
3 v. H.	Gries	zu	80.—	ergeben	2.40
22 „	Kochmehl	„	58.—	„	12.76
57 „	Brotmehl	„	42.—	„	23.94
15 „	Kleie	„	17.—	„	2.55
				zusammen	41.65
abzüglich Mahllohn und Mühlenregie, Zufuhr usw.					4.65
Verwertungsbetrag für 1 Meterzentner Weizen					37.—

und dann weiter gesagt:

„Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt gibt also den Weizen mit durchschnittlich 37 K. ab, während sie im nächsten Wirtschaftsjahre 60 K. für den ungarischen zahlen wird und auch heuer für die ausländischen Lieferungen ebensoviel und noch mehr bezahlt hat.

Unsere Kriegsschulden betragen heute schon mehr als ein Drittel des Volksvermögens. Es ist infolgedessen Zeit, endlich am richtigen Flecke zu sparen. Es ist direkt ein Verbrechen an der Steuerkraft des Staates, auch allen Kriegsgewinnern Mehl und Kartoffeln, die Hauptnahrungsmittel um 69 K. im Jahre (50 Kilo Brotmehl zu 50 H. und 30 Kilo Kochmehl zu 80 H., weiters einen Meterzentner Kartoffeln mit 20 K.) zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen würde es sich empfehlen, der sozialen Schichtung der Bevölkerung entsprechend, nachstehende Kalkulations- und Preisfestsetzung zu bestimmen:

pro Kilogramm

			Kronen		Kronen
10 v. H.	Luxusmehl	zu	3.—		30.—
5 „	Gries	„	1.—		5.—
25 „	Kochmehl	„	—.80		20.—
50 „	Brotmehl	„	—.50		25.—
10 „	Kleie	„	—.15		1.50
				zusammen	81.50
abzüglich Mehlgebühr, Zufuhren, Regie der Kriegsgetreideverkehrsanstalt usw.					5.50
ergibt Verwertungspreis für 1 Meterzentner Weizen					76.—

Dabei brauchte das Luxusmehl von dem Kochmehl keinen größeren Unterschied in der Qualität aufzuweisen als die frühere Sorte Nr. 0 von der Sorte Nr. 1. Es handelt sich lediglich darum, eine stärkere Belastung der besser gestellten Kreise herbeizuführen, die Bezahlung anständiger Preise für die inländischen Produkte zu ermöglichen und trotzdem eine materielle Belastung des Staates und der Minderbemittelten zu verhindern. Die Kontrolle in den Mühlen ist möglich, desgleichen könnten dem besser Gestellten andersfärbige Brotkarten ausgefolgt werden, so daß auch im Detailverkauf der Vorschlag durchführbar ist. Selbstverständlich müßte auch der gesamte Mittelstand — sobald er das Luxusmehl nicht zeitweise selbst vorzieht — Anspruch auf das billigere Kochmehl haben."

Dieser Vorschlag wurde im Wege des Zentralverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften als Generalkommissionär der Kriegsgetreideverkehrsanstalt allen in Betracht kommenden Behörden und auch dem Volksernährungsamte Mitte Mai erstattet. Inzwischen wurde von den in allen Bezirken veranstalteten großen Bauern- und Volkstagen eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Insbesondere fordern sie (die versammelten deutschen Landwirte) die Gleichstellung der Preise für landwirtschaftliche Produkte mit denjenigen Ungarns, die Kontingentierung des Getreideaufbringungsdienstes, eine vernünftige Preiskalkulation für die Mahlprodukte, die den Landwirten genügende, den Produktionskosten entsprechende Preise zusichert, ohne den Mittelstand und der Arbeiterbevölkerung das Brot zu verteuern."

Nichts von dem ist geschehen. Bei Korn hat man der österreichischen Landwirtschaft ein kleines Zugeständnis gemacht, dafür aber bei Weizen für Oesterreich einen Preis von 55 K. festgesetzt, während der ungarische 60 K. beträgt und ebenso hat man die österreichische Landwirtschaft bei den Sommergetreidearten und insbesondere bei Hülsenfrüchte benachteiligt. Statt bei dem jetzigen Fleischmangel einen Ansporn zur Produktion eiweißreicher Hülsenfrüchte zu geben, hat man für Erbsen einen Uebernahmspreis von 1 K. 20 H., für Linsen einen solchen von 1 K. 60 H. festgesetzt und wird, da man eine Kontingentierung nicht vornimmt, erreichen, daß die heurige Ernte im Schleichhandel verschwindet und im nächsten Jahre wenig oder gar keine Hülsenfrüchte gebaut werden. Statt auf vernünftige Vorschläge einzugehen, hat man die von den Landwirten immer wieder bekämpfte Prämienwirtschaft neu eingeführt, und zwar in einer bisher nie dagewesenen Höhe (50 v. H. des Uebernahmspreises), eine Prämienwirtschaft, die keinen Ansporn für Produktion, sondern nur eine Verbitterung unter der Landwirtschaft hervorruft, weil nicht der Fleiß, sondern die günstigere wirtschaftliche Lage eine Belohnung erfährt. Viel vernünftiger wäre es gewesen, der Landwirtschaft durch Beistellung entsprechender Druschkohle, etwas raschere Enthebung der Maschinisten und Heizer und durch Beistellung von Arbeitspartien die Möglichkeit zum Drusche und durch Beistellung von Waggons und Säcken die Möglichkeit zur Ablieferung zu geben.

Da infolge des schlechten Ernteweiters — wiederholte Regenfälle — sich die Erntearbeiten verzögert haben, werden die gezahlten Druschprämien in der Gesamtgebarung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht sehr in die Wagschale fallen. Die geplante Erhöhung des Preises von Kochmehl auf 1 K. 50 H. und Brotmehl auf 1 K. (wozu noch dann 10 H. Detailistenregie kommen), unter Belassung der alten Ausmahlung, erscheint nicht gerechtfertigt, da sich dadurch der Zentner Weizen, für den ein Höchstpreis von 55 K. besteht, und der sich samt der Prämie vielleicht auf 65 K. im Durchschnitt des Jahres stellen wird, mit 89 K. verwertet. Es müßten da schon gewaltige Defizite zu decken, beziehungsweise Mehrkosten für ungarische und rumänische Ware zu tragen sein, wenn man einen Ueberschuß von 24 K. für den Meterzentner österreichischen Weizen anerkennen soll. Allerdings hat unsere Regierung im Mai d. J. mit 90 K. Weizen und Roggen durch militärische Abteilungen in der Ukraine „requiriert" und seitdem die neue Aufbringungsorganisation in der Ukraine arbeitet, sollen sich die Preise verdreifacht haben.

Für diese Verhältnisse kann man aber unsere Landwirte nicht verantwortlich machen und nicht den Mittelstand und die Arbeiterbevölkerung die Kosten für unsere verfehlte Wirtschaftspolitik tragen lassen. Wenn man jede einzelne Parzelle bei der vorjährigen Flächenaufnahme erhoben hat, muß es auch möglich sein, die Scheidung zwischen Minderbemittelten und Gutsituierten vorzunehmen und die Mehlpreise ähnlich des obigen Vorschlages abzustufen, so daß weder der Staatssäckel, noch die Minderbemittelten belastet werden brauchen.

Neue Freie Presse Abend
10./VIII. 1918

Verweigerung der Mehlkartenausgabe an Personen, die im Sommer freiwillig Verzicht leisteten.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Sie würden mich sehr verpflichten, wenn Sie nachstehende Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte veröffentlichen würden, in welchen der Leidensweg einer Hausfrau geschildert wird, die im Vertrauen auf behördliche Zusagen die erlassenen Verordnungen pflichtgemäß befolgt hat. Als Ende Mai die Wiener Haushaltungen aufgefordert wurden, für den Fall, als sie Mehlvorräte von gewisser Höhe hatten, die Mehlkarten zurückzulegen, folgte dieser Aufforderung, obwohl meine Mehlvorräte nur knapp die Minimalgrenze der behördlich gestatteten Vorräte erreichten. Damals erhielt man die Zusicherung, vom 11. August wieder eine Mehlkarte zu erhalten. Auch unter dieser Voraussetzung war es mir nur möglich, der behördlichen Verordnung zu folgen, da meine Mehlvorräte ohne neuerliche Mehlzubuße angesichts des bestehenden Mangels an Fleisch, Gemüse und Fett für meinen Haushalt knapp hinreichen. Schon damals belächelten mehrere Hausfrauen, denen ich von meiner Verordnungstreue Mitteilung machte, dieselbe und prophezeiten mir, daß mir hieraus nur Unannehmlichkeiten erwachsen würden. Ich wies jedoch solche Befürchtungen in meiner Zuversicht auf behördliche Zusagen zurück. Wer beschreibt mein Erstaunen, als ich jüngst als naive Staatsbürgerin bei der Mehlkommission erschien, meine Mehlkarte für die dritte Augustwoche verlange und die Antwort erhalte, daß, noch keine behördlichen Verfügungen vorliegen, ich aber jedenfalls nicht auf die Ausfolgung der Mehlkarte am angegebenen Termin rechnen könne. Als Entschädigung dafür, daß ich also eine behördliche Anordnung genau befolgt habe, stehe ich in meinem Haushalte vom 11. d. an ohne ein Stäubchen Mehl da und ohne die Möglichkeit, mir solches anderswo, als auf dem allerdings oft einzig sicheren Schleichwege zu besorgen. Ist ein solches Vorgehen geeignet, die Willigkeit der Hausfrauen, behördlichen Anordnungen Folge zu leisten, zu fördern? Am allerunangenehmsten ist mir, daß ich neben dem Schaden auch noch den Spott meiner Freundinnen habe, die klüger waren und trotz großer Vorräte ihre Mehlkarte nicht zurückgestellt hatten. Vielleicht wird die Veröffentlichung dieser Zeilen die Behörden veranlassen, für die rechtzeitige Ausfolgung der Mehlkarten an jene Vorsorge zu treffen, welche dem Appell auf Rückstellung der Mehlkarten seinerzeit prompt Folge geleistet haben. W. W."

Neue Freie Presse Abendbl
10. Juni 1918

a
10
165

Der Protest der großen Gemeinden gegen die Erhöhung des Brotpreises.

Außer den von uns bereits mitgeteilten Protesten gegen die allgemeine und gleichmäßige Erhöhung des Brotpreises liegen uns noch folgende Berichte vor:

Die Stadtgemeinde Salzburg hat an das Ministerratspräsidium eine Eingabe gerichtet, die unter anderm besagt: Der vom Gemeinderat der Stadt Salzburg eingesetzte Approvisionierungsausschuß erachtet es als seine unbedingte Pflicht, noch im letzten Augenblicke warnend seine Stimme gegen die geplante Brot- und Mehlpreiserhöhung zu erheben. Diese neuen Preise sind nichts anderes als eine unerhörte indirekte Besteuerung der konsumierenden Bevölkerung Oesterreichs. Vom rein fiskalischen Standpunkte mag diese Methode für die Lösung zerrütteter Finanzen sehr einfach scheinen. Wenn aber die Regierung keinen anderen Ausweg mehr weiß, als zu dem unglückseligen Mittel der indirekten Besteuerung in dieser Weise zu greifen, so müßte dieselbe derart beschaffen sein, daß alle Verbraucher annähernd in der gleichen Weise hievon getroffen werden. Da aber von den 28,000.000 Einwohnern Oesterreichs etwa 10,000.000 Selbstversorger sind, so würden die neuen Brot- und Mehlpreise hauptsächlich nur die städtische Bevölkerung treffen. Die Regierung möge doch bedenken, daß durch die geplante Konsumsteuer geradezu eine wirtschaftliche Krise künstlich heraufbeschworen wird. Der Arbeiter, der Beamte usw., welcher die neuen Preise aus seinem bisherigen Einkommen nicht mehr bezahlen kann, wird einfach von seinem Dienstgeber die entsprechende Erhöhung seiner Bezüge fordern; letztere sind aber bei den heutigen Verhältnissen hiezu nicht in der Lage. Was soll aus diesem Chaos werden? Der Staat selbst wird wiederum in Form von Zuwendungen beispringen müssen, und es wird das ohnehin schon bestehende Flickwerk noch vergrößert werden, natürlich sehr zum Schaden unserer heute schon ganz daniederliegenden valutarischen Verhältnisse.

In der Debatte, welche der Gemeindewirtschaftsrat von Graz über diese Frage abführte und die mit dem von uns bereits gemeldeten scharfen Protest endigte, sagte Bürgermeisterstellvertreter Dr. Gargitter unter anderm:

Die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise greift viel tiefer in das Wirtschaftsleben der untersten Schichten der städtischen Bevölkerung ein, als die Erhöhung der Preise aller anderen Bedarfsartikel; während der Gebrauch anderer Lebensmittel bei steigenden Preisen eingeschränkt wird, ist dies bei dem Brot- und Mehlverbrauch nicht möglich, weil diese beiden Artikel eben die Grundlage der Ernährung gerade der niedersten Schichten der städtischen Bevölkerung bilden. Die Preissteigerung des Brotes und des Mehles trifft also gerade die finanziell schwächsten Schichten der Bevölkerung, die sich gegen diese Steigerung in gar keiner Weise, besonders auch nicht durch weitere Einschränkung im Verbrauche, retten können, weil eben der Brot- und Mehlverbrauch schon bis zur äußersten Grenze des Zulässigen, ja schon darüber hinaus eingeschränkt ist. Es darf nicht übersehen werden, daß der Brot- und Mehlpreis der ursprünglichste und richtigste Wertmesser für die allgemeine Preisbestimmung aller Bedarfsartikel ist; eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise um 80 Prozent wird nahezu automatisch das Emporschnellen der Preise aller übrigen Lebensmittel um weitere 80 Prozent der schon jetzt außerordentlich hohen Preisansätze mit sich bringen.

Vossische Zeitung
11./VIII. 1918

146

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

betreffend Neuauflage einer Kundenliste für Kartoffeln.

In Ausführung unserer Bekanntmachung betreffend Einrichtung von Kundenlisten für den Absatz von Kartoffeln durch den Kleinhandel vom 18. Dezember 1916 wird folgendes bestimmt:

I.

Vom Montag, den 12. August, bis Sonnabend, den 17. August 1918 einschließlich hat jeder, der im Gemeindebezirk Berlin Kartoffeln vom Kleinhändler zu beziehen wünscht, seinen Bedarf unter Vorlegung seiner mit Anmeldeabschnitt versehenen Kartoffelkarte bei einem Berliner Kleinhändler zur Eintragung in eine neue Kundenliste anzumelden. Ausgenommen sind diejenigen, die mit Kartoffeln versorgt sind; diese dürfen sich nicht zur Kundenliste anmelden. Alle diejenigen, deren Kartoffelvorrat bei ordnungsmäßigem Verbrauch nach Ablauf der Eintragungsfrist aufgezehrt sein wird, erhalten bei ihrer Brotkommission die Kartoffelkarten und einen Vordruck zur Nachanmeldung.

Die bisherige Kundenliste behält solange ihre Wirksamkeit, bis durch besondere Bekanntmachung des Magistrats der Verkauf auf Grund der neuen Kundenliste angeordnet wird.

Bei der Anmeldung zur Kundenliste ist der an jeder Kartoffelkarte befindliche Anmeldeabschnitt nach sorgfältiger Ausfüllung von Name und Wohnung des Anmeldenden dem Kleinhändler einzuhändigen.

Die Anmeldung darf durch ein Haushaltungsmitglied auch für die übrigen Mitglieder des Haushalts erfolgen.

Es dürfen nur soviel Personen in die Kundenliste eingetragen werden, als Anmeldeabschnitte übergeben sind.

II.

Die Bestimmung zu I findet auch auf Hotels, Schank- und Speisewirtschaften, Pensionate, Privatmittagstische und andere für die Bewirtung von Personen eingerichtete Betriebe, ferner auf Krankenhäuser, Lazarette, Gefängnisse, Erziehungsanstalten, wohltätige Einrichtungen, Kantinen gewerblicher Betriebe, und andere Verpflegungsanstalten Anwendung, soweit sie nicht etwa mit Kartoffeln versorgt sind und soweit sie ihren Kartoffelbedarf beim Kleinhändler decken.

Die Inhaber oder Leiter dieser Betriebe haben bei der Anmeldung eine Bescheinigung über die Höhe ihres Wochenbedarfs vorzulegen, die

soweit die Kartoffelbezugsscheine von den Gastwirtskommissionen ausgestellt werden, von dem Obmann der zuständigen Gastwirtskommission und
soweit die Bezugsscheine unmittelbar vom Magistrat, Abteilung für Kartoffelversorgung ausgegeben werden, von dieser ausgestellt sein müssen.

Beziehen die vorgenannten Betriebe ihren Bedarf unmittelbar vom Großhändler, so hat die Anmeldung zum Bezuge beim Magistrat, Abteilung für Kartoffelversorgung, Schicklerstraße Nr. 5, schriftlich zu erfolgen, und zwar unter Einsendung einer schriftlichen Erklärung des Großhändlers, daß er die Lieferung übernimmt, und soweit die Kartoffelbezugsscheine von den Gastwirtskommissionen in Empfang genommen werden, unter Beifügung einer Bescheinigung des Obmanns über die Höhe des Kartoffelwochenbedarfs.

III.

Die Anmeldefrist für Eintragung zur Kundenliste muß unbedingt eingehalten werden. Eine Verlängerung der Frist findet nicht statt. Eine Versäumung der Anmeldefrist hat den Ausschluß des Kartoffelbezuges von einem Berliner Händler bis auf weiteres zur Folge.

Ausnahmen können vom Magistrat, Abteilung für Kartoffelversorgung auf Antrag zugelassen werden. Die Anträge sind nur schriftlich unter Darlegung der Gründe für die Versäumnis der Eintragungsfrist an den Magistrat, Abteilung für Kartoffelversorgung, Schicklerstraße 5, zu richten.

IV.

Zur Auslegung der Kundenlisten sind nur diejenigen Kleinhändler befugt, die zurzeit Kartoffeln im Kleinhandel ab-

[illegible] und die sich dem Magistrat, Abteilung für Kartoffelversorgung, gegenüber schriftlich verpflichtet haben, mindestens die Menge Kartoffeln sachgemäß einzulagern, die sie zur Befriedigung ihrer Kundschaft für eine Woche benötigen. Die Kundenliste ist vom Kleinhändler in zwei Exemplaren aufzustellen und beide Exemplare sind mit den gesammelten Anmeldeabschnitten und Bescheinigungen — II dieser Verordnung — am 18. August von 9 bis 1 Uhr, am 19. bis 21. August von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends beim Magistrat, Abteilung für Kartoffelversorgung, Schicklerstraße 5, bezw. im Laden Schicklerstraße 6 abzugeben.

V.

Im übrigen bleibt die Verordnung vom 18. Dezember 1916 betreffend Einrichtung von Kundenlisten für den Absatz von Kartoffeln durch den Kleinhandel unberührt.

Berlin, den 7. August 1918.

Magistrat
der Königlichen Haupt- und Residenzstadt
Reicke.

Tagsb.-Nr. 817. Kart. 16.

Vossische Zeitung

11. VIII. 1918

167

Kartoffeln als Fleischersatz.

Auf Grund der Anordnungen des Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamts vom 22. Juli 1918 — A II 6389/18 — und der Reichskartoffelstelle vom 25. Juli 1918 — E 22 400 — wird für Berlin folgendes angeordnet:

I.

Auf die für die Woche vom 19. bis 25. August 1918 bestimmten 10 Abschnitte Nr. 34 der Berliner Fleischkarte entfallen

3 Pfund Kartoffeln als Ersatz für den Fortfall von Fleisch.

Auf die Kinderkarte werden 1½ Pfund Kartoffeln verausgabt.

II.

Die Kartoffeln sind gegen Abtrennung der 10 Abschnitte der Berliner Fleischkarte bei dem Kleinhändler zu entnehmen, bei dem der Karteninhaber in die Kundenliste für Kartoffeln eingetragen ist.

Wer die Fleischkarte gegen Bezugsscheine als Ersatz für die Reichsfleischkarte auf Graupen oder Teigwaren umgetauscht hat, kann die Kartoffeln gegen Abgabe des Hauptstückes des Bezugsscheines entnehmen. In diesem Falle darf die Abgabe der für die Woche vom 26. August bis 1. September 1918 bestimmten Graupen oder Teigwaren ohne gleichzeitige Vorlage des Hauptstückes erfolgen.

III.

In Gast-, Schank-, Speisewirtschaften, Pensionaten, Privatmittagstischen oder anderen für die Bewirtung von Personen eingerichteten Betrieben haben die 10 Abschnitte Nr. 34 der Berliner Fleischkarte gleichfalls Gültigkeit. Es dürfen, wenn die Kartoffeln nicht auf einmal entnommen werden, in den genannten Betrieben auf jeden der 10 Abschnitte ¼ Pfund Kartoffeln im einzelnen abgegeben und entnommen werden.

IV.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden gemäß § 17 der Verordnung vom 14. September 1917, betreffend Regelung des Verbrauches und Absatzes von Kartoffeln bestraft.

Berlin, den 9. August 1918.

Magistrat
der Königlichen Haupt- u. Residenzstadt.
Reicke.

J.-Nr. 869 Kart. 16.

Neue Freie Presse
11./VIII. 1918

Die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise.

Bewilligung einer Preisermäßigung für die Mindestbemittelten.

Wien, 10. August.

Heute ist die Verordnung der Statthalterei erschienen, durch welche zugleich mit der morgen erfolgenden Wiederherstellung der vollen Brotquote der Preis für den Einheitslaib auf 1 K. 56 H. festgesetzt wird. Gleichzeitig wird amtlich verlautbart: „Um die Lasten, welche dem bedürftigsten Teile der mindestbemittelten Bevölkerung aus der in den nächsten Tagen eintretenden Erhöhung der Brotpreise erwachsen, tunlichst zu erleichtern, hat die Regierung einen angemessenen bedeutenden Betrag zur Verfügung gestellt, der zur Ermäßigung des Brotpreises für diese Schichten der Bevölkerung zu verwenden ist. Die näheren Weisungen über die Durchführung dieser Maßnahme sind an die politischen Behörden bereits ergangen und wird dieselbe in den nächsten Tagen in Wirksamkeit treten."

Diesem erfreulichem ersten Schritte werden weitere zugunsten des notleidenden Mittelstandes folgen müssen. Die Regierung wird keine Schwierigkeit haben, eine solche Ausgabenpost zu vertreten.

Noch wesentlicher als die Erhöhung des Brotpreises ist die Steigerung der Mehlpreise. Zunächst bleibt es bei der halben Mehlration von ¼ Kilogramm wöchentlich.

Brotmehl kostet 1 K. 16 H. per Kilogramm.

Kochmehl, Weizen- und Maisgrieß, Rollgerste, Haferreis, Hirsebrein und Buchweizengrütze 1 K. 70 H.

Backmehl (Luxusmehl) 2 K. 76 H.

Derselbe Brotpreis wie in Wien ist in Wiener-Neustadt, Baden, Vöslau, Mödling, Liesing, Atzgersdorf, Inzersdorf, St. Pölten, Klosterneuburg und Schwechat zu bezahlen. Für alle anderen Gemeinden in Niederösterreich wird der Brotpreis 1 K. 48 H. betragen, zu welchem Höchstpreise von der politischen Bezirksbehörde in Berücksichtigung besonderer Verhältnisse ein angemessener Zuschlag bestimmt werden kann.

Die Grundlagen der Berechnung des neuen Mehlpreises.

Amtlich wird verlautbart: Da in den letzten Tagen in der Oeffentlichkeit der Wunsch zutage trat, in die Berechnungsgrundlagen der neuen Mehlpreise Einsicht zu gewinnen, wird nachstehend in gedrängter übersichtlicher Form dargelegt, daß die Preiserhöhung so niedrig als irgend möglich bemessen ist und daß sie das Mindestmaß dessen darstellt, was die Regierung zu verantworten vermag.

Bei Bemessung der Mehlpreise ist vor allem zu berücksichtigen, daß der Mehlbedarf der Nichtselbstversorger ungefähr zu zwei Dritteln mit Brot, zu einem Drittel mit Verschleißmehl gedeckt werden muß. Die Preise wurden für Brotmehl mit 100 K., für Verschleißmehl mit 150 K. und für Kleie mit 20 K. für je 100 Kilogramm bestimmt. Dabei gewinnt man durch die Ausmahlung von Weizen und Roggen 90 Prozent Mehl und 7 bis 7½ Prozent Kleie. Auf 100 Kilogramm Getreide berechnet, gestaltet sich daher der Nettopreis bei den erwähnten Verkaufspreisen folgendermaßen:

für 30 Kilogramm Verschleißmehl zu 150 K. per 100 Kilogramm	45 K. — H.
für 60 Kilogramm Brotmehl zu 100 K. per 100 Kilogramm	60 „ — „
für 7·25 Kilogramm Kleie zu 20 K. per 100 Kilogramm	1 „ 55 „
insgesamt . . .	106 K. 55 H.

Da jedoch die neuen Mehlpreise nicht mehr ab Mühlenstation, sondern als Reichseinheitspreise frachtfrei jeder österreichischen Empfangsstation zu gelten haben, die Frachtspesen also die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt zu tragen hat, so sind unter Rücksichtnahme auf die bevorstehende Erhöhung der Frachttarife durchschnittlich von dem obigen Nettoerlös 2 K. abzuziehen, so daß der Reinerlös für 100 Kilogramm Getreide etwa 104 K. 55 Heller beträgt.

Diesem Erlöse stehen folgende Kosten gegenüber: Dem Uebernahmspreise für Weizen und Roggen, der 55 K. ausmacht, sind hinzuzurechnen an Kommissionsgebühren und sonstigen Aufbringungsspesen 4 K. 50 H., ferner an Verwaltungsauslagen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt 50 H. für je 100 Kilogramm. Diese Beträge erhöhen sich um ein beträchtliches durch die Frühdruschprämien, die, auf den ganzen Jahresverbrauch umgerechnet, rund mit 3 K. 80 H. veranschlagt werden müssen. Ebenso muß der Sonderzuschlag für die Gebiete, die unter dem Kriege am schwersten gelitten haben, und der ebenso umgerechnet wie die Frühdruschprämien für je 100 Kilogramm 7 K. 50 H. Mehrauslagen bedeutet, ferner die Frachtkosten bis zur Mühle mit je 2 K., die Ab- und Zufuhrspesen, die Säckegebühr, der Gewichtsverlust auf dem Transportwege und endlich die Vermahlungsspesen zusammen mit rund 8 K. in Rechnung gestellt werden. Diese Ausgaben betragen also insgesamt 81 K. 30 H. Wird dieser Betrag von dem früher errechneten Erlöse von 104 K. 55 H. abgezogen, so ergibt sich ein Ueberschuß von 23 K. 25 H. für je 100 Kilogramm.

Dieser Ueberschuß muß hinreichen, um die Mehrkosten des importierten Getreides und Mehles wettzumachen. Nun kostet ungarisches Backmehl (Feinmehl) ab ungarischen Stationen 296 K. 50 H. Es stellt sich jedoch einschließlich der Frachtgebühren, der Säckeabnützung und der sonstigen Spesen ab österreichischen Stationen auf 310 K. per Meterzentner. Da der Verkaufspreis mit 250 K. bemessen wurde, entsteht ein Defizit von 60 K. bei jedem Meterzentner oder 6000 K. bei jedem Waggon. Ferner ist der Preis des Importgetreides einschließlich aller Spesen je nach Herkunft mit 100 bis 130 K. zu veranschlagen, unter Hinzurechnung von 8 K. für die Kosten der Vermahlung, Ab- und Zufuhr und dergleichen betragen die Gestehungskosten daher für solches Getreide 108 bis 138 K. Gegenüber dem eingangs errechneten Erlöse von 104 K. 55 H. ist daher bei der Getreideeinfuhr ein Abgang in der Höhe von 3 K. 45 H. bis 33 K. 45 H. per Meterzentner unvermeidlich. Da jedoch der weit überwiegende Teil des Imports auf Provenienzen der höheren Preislage zu entfallen hat, ist das dabei entstehende Defizit keineswegs mit dem Durchschnitte dieser Beträge, sondern mit ungefähr 27 K. für jeden Meterzentner zu berechnen.

Hieraus ist ersichtlich, daß das veranschlagte Defizit beim eingeführten Feinmehl (Backmehl) und beim importierten Getreide den früher nachgewiesenen Ueberschuß bei heimischem Getreide von etwa 23 K. 25 H. beträchtlich übersteigt. Es ist zu hoffen, daß diese Differenz durch das finanziell vielleicht etwas günstigere Ergebnis der Maisvermahlung ausgeglichen werden kann.

Aus diesen Aufstellungen ist ersichtlich, daß der Milliardenfehlbetrag bei der Beschaffung des Hauptnahrungsmittels durch die Erhöhung des Mehl- und Brotpreises nur mit größter Mühe und bei vorsichtigster Gebarung gedeckt werden kann, denn ein Einnahmenüberschuß von 23 K. 25 H. steht einem Mehr an Kosten von etwa 27 K. per Meterzentner des eingeführten Getreides gegenüber.

Tägliche Rundschau 12./VIII. 1918.

150

* Weitere Herabsetzung des Frühkartoffelpreises. Die Provinzial-Kartoffelstelle der Provinz Brandenburg in Charlottenburg hat den Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln mit Wirkung vom Freitag, den 16. d. M., ab auf 8 M. für den Zentner herabgesetzt. Bis dahin beträgt der Preis 9 M. — Danach ist also auch eine Herabsetzung des Kleinhandelspreises in nächster Zeit zu erwarten.

Der Neue Abend

12./VIII. 1918

A 12

1851

Das billigste Brot der Welt.

Wieviel Brot der Berliner erhält und was er dafür bezahlt.

Auch in Berlin tritt mit Beginn dieser Woche eine Erhöhung des Brotpreises in Kraft, die ebenso wie bei uns mit einer Erhöhung der Wochenbrotmenge Hand in Hand geht. Der Berliner erhält von nun an wöchentlich 1850 Gramm Brot, wir bekanntlich nur 1260 Gramm. Für dieses Berliner Einheitsbrot wurde nun ein Preis von 97 Pfennigen festgesetzt. Bei uns kostet bekanntlich von heute an der Brotlaib von 1260 Gramm K 1·56

Die Mark zu K 1·65 Heller gerechnet, ergibt als Preis der Berliner Wochenbrotmenge nach unserem Gelde einen Betrag von K 1·60. Der Berliner hat also für seine 1850 Gramm nur um 4 Heller mehr zu zahlen als wir für unsere 1260 Gramm, d. h., das Berliner Brot ist fast um ein Drittel billiger. Eine einfache Rechnung ergibt, daß der Berliner für eine Wochenbrotmenge, die im Gewichte der unseren gleichen würde, nicht ganz K 1·09 zu zahlen hätte, also um 47 Heller weniger als wir. Dazu kommt noch, daß das Berliner Brot unvergleichlich besser ist als das Wiener, da es viel Kornmehl enthält.

Angesichts dieser Tatsachen ist es einfach unerklärlich, wie unser Ernährungsminister in seiner Begründung der Brotpreiserhöhung sagen konnte, daß Österreich den billigsten Brotpreis unter allen kriegführenden Staaten habe.

Neues Wiener Tagblatt
12./VIII. 1918

152

Das Brot.

Mit Freuden haben heute viele Verbraucher die volle Brotration in Empfang genommen. Aeußerungen über die Erhöhung des Brotpreises hörte man nur sehr selten, doch kann der Umstand, daß gegenüber der Freude über die Erhöhung der Ration der Aerger über die Erhöhung des Preises nicht hervortrat, die Preiserhöhung nicht rechtfertigen.

Die Bäckergehilfen haben der Situation von ihrem Standpunkt Rechnung getragen, indem sie in einer gestern abgehaltenen Versammlung Forderungen aufstellten, welche eine Erhöhung der Löhne um 30 K. in Großbetrieben und um 18 bis 28 K. in mittleren und kleinen Betrieben bezwecken. Da bei der Berechnung des Brotpreises schon mit Lohnforderungen der Gehilfen gerechnet wurde, dürften diese kaum auf große Schwierigkeiten stoßen.

Tägliche Rundschau 13/VIII. 1918.

193

* **Die Brotversorgung im Kreise Teltow.** Die zum Lebensmittelverband (Brotkartengemeinschaft) Groß-Berlin gehörenden Gemeinden des Kreises Teltow regeln die neue Brotversorgung vom 19. d. M. ab nach der gemeinsamen Verordnung des Lebensmittelverbandes. Für den übrigen, mehr ländlichen Teil des Kreises hat der Vorsitzende des Teltower Kreisausschusses bestimmt, daß die Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl vom 19. August 1918 ab nur auf Grund von Kreisbrotkarten und mit der Einschränkung zulässig ist, daß für jede Kalenderwoche auf den Kopf der Bevölkerung 1850 Gr. Roggen- oder Weizenbrot und an Stelle von Brot höchstens 1300 Gr. Mehl aus Brotgetreide entfallen.

Die Kreisbrotkarten werden von Kreis wegen hergestellt und den Ortsbehörden zur Unterverteilung an Versorgungsberechtigte übermiesen. Als Einheitsgewichte werden vorgeschrieben: für Weizenbrot, so weit hier für ein Bedürfnis vorliegt, 50 Gramm und 1850 Gramm, für Roggenbrot 1850 Gramm. Zwieback ist nach Gewicht zu verkaufen. Der Preis im Kleinverkauf darf nicht übersteigen: bei Roggenbrot im Gewicht von 1850 Gramm 97 Pfg., bei Weizenbrot 1 M., bei Krankenbrot 1,23 M. und bei Weizenbrot im Gewicht von 50 Gramm (Schrippen) 3 Pf. Beim Verkauf von Mehl darf der Kleinhandelspreis nicht übersteigen: bei 1 Pfund Roggenmehl 28 Pf., 1 Pfund Weizenmehl 32 Pf., 1 Pfund Auszugsmehl (Krankenmehl) 38 Pf. und 1 Pfund Gerstenmehl 32 Pf.

Neues Wiener Tagblatt
13./VIII. 1918

154

Die Gemeinde Wien gegen die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise.

In Angelegenheit der Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird dem Gemeinderat in der heutigen Sitzung folgender Antrag vorgelegt werden:

„Der Gemeinderat erhebt Protest gegen die von der Regierung verfügte Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, welche in keinem Verhältnisse zu den von der Regierung den Landwirten bewilligten Getreideübernahmspreisen stehen und ausschließlich die Nichtselbstversorger belasten.

Der Gemeinderat fordert die Erstellung von billigen Brotmehlpreisen, welche dadurch erreicht werden kann, daß der Staat, mithin die Gesamtheit der Staatsbürger den Ersatz der Mehraufwendung übernimmt, da derzeit die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise in dem von der Regierung verfügten Ausmaße sich als eine unsoziale, nur die städtischen Konsumenten belastende Verbrauchssteuer darstellt.

Der Gemeinderat fordert die unbedingte Sicherung der vollen Mehl- und Brotquote für das ganze Wirtschaftsjahr 1918/19, welche nur in der restlosen Erfassung der Ernteerträge in Oesterreich und in der zweckmäßigen Verteilung gefunden werden kann.

Der Gemeinderat fordert neuerlich die Einsichtnahme in die Gebarung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch Vertreter der Gemeinde Wien.

Der Gemeinderat fordert die Regierung auf, bei den Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung ein festes vertragsmäßiges Kontingent an ungarischen Lebensmitteln für den Konsumplatz Wien zu sichern."

Die Zeit
13./VIII. 1918

(Prager Protest gegen die Brotverteilung.) Aus Prag, 12. d., wird uns telegraphiert: Nach Eröffnung der heutigen außerordentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums protestierte der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Gros gegen den Umstand, daß in Prag nur die halbe Brotquote ausgegeben werde, während Wien bereits die volle Brotquote erhalte. In der sich anschließenden Debatte verwahrten sich die Stadträte gegen die Brot- und Mehlverteuerung. Auf der Tagesordnung stand dann der Antrag auf Zuweisung einer sofort zahlbaren Teuerungszulage von 600 Kronen an die Gemeindeangestellten. Der Gesamtbetrag soll durch ein Kommunaldarlehen in der Höhe von 8 Millionen aufgebracht werden. Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben.

Die Zeit 13./VIII. 1918

156

Mehl, Brot und Kartoffeln.

Da fast alle Regierungen der am Kriege beteiligten Staaten die unentbehrlichsten Lebensmittel Mehl, Brot und Kartoffeln dem freien Verkehr entzogen und deren Bewirtschaftung in ihre Hände genommen haben, so obliegt ihnen auch die Pflicht, alle nötigen Vorsorgen zu treffen, damit die einschlägigen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden. Gewiß bestehen in dieser Hinsicht erhebliche Schwierigkeiten verschiedener Art, aber sie müssen überwunden werden, koste es, was es wolle, denn das Durchhalten im Hinterland ist nicht weniger bedeutsam für den glücklichen Enderfolg des Krieges als siegreiche Kämpfe an den Fronten. Haben es doch unsere Feinde darauf abgesehen, die Mittelmächte durch Aushungerung niederzuwerfen. Dem Deutschen Reiche mit seiner glänzenden Organisation ist auch auf diesem Gebiete der Erfolg in den vergangenen vier Kriegsjahren beschieden gewesen, und bei den heurigen Ernteresultaten darf bereits auch die nächste Zukunft als gesichert betrachtet werden. Von Oesterreich kann leider nicht ganz dasselbe gesagt werden, denn gerade das letzte Jahr brachte nicht bloß arge Knappheit, sondern zeitweilige Notlagen, die bei Anwendung der nötigen Energie und richtigen Mittel, und zwar sowohl gegenüber Ungarn als auch gegenüber den heimischen Agrariern, und darunter nicht am wenigsten den Kleinbauern, zu vermeiden gewesen wären. Ungarns Separatismus ist nicht aufrechtzuerhalten, da Oesterreich ja nicht nur jetzt im Kriege für die gemeinsamen Interessen kämpft, sondern auch im Frieden, also in normalen Zeiten, auf Zuflüsse aus dem Nachbarland angewiesen war. Wenn Oesterreich bis zum Jahre 1914, also mehr als ein Dezennium, die hohen Getreideschutzzölle zugunsten Ungarns trug, so ist es sicher nicht zuviel verlangt, daß uns dieses in den heutigen schweren Zeiten sein Material in demselben liberalen Maße abgibt, wie es das seinen engeren Volksgenossen gegenüber tut. Gewiß haben die schwache Ernte und der schreckliche Futtermangel im Vorjahre die heimische Notlage allgemein verschärft, aber nur für die Städter, denn auf dem Lande, also bei den Selbstversorgern diesseits und jenseits der Leitha, herrschte nicht der geringste Mangel. Aus Profitsucht wurden Brotfrüchte verfüttert, weil durch die Viehhaltung bei den hohen Fleischpreisen ein Extranutzen herausgeschlagen werden konnte.

Für den bürgerlichen Mittelstand in Oesterreich werden die Verhältnisse immer schwieriger, denn er erhält keine Unterhaltsbeiträge vom Staat und er hat vielfach auch nicht entfernt das Einkommen zahlreicher Arbeiterkategorien; die Teuerungsbeiträge der Beamten stehen aber in keinem Vrhältnis zu der täglich zunehmenden Teuerung auf allen Gebieten. Statt des Abbaues der Preise schreitet die Preistreiberei noch immer fort, und die Vorgänge, die der Schleich- und noch mehr der sich immer weiter erstreckende Tauschhandel hervorruft, sind ärger und von viel größerem Schaden als aller Geldwucher in vergangenen Tagen. Diesem Preiswucher sollte durch eine allgemeine Preisregulierung, die ja durch die Rationierung der Lebensmittel, beziehungsweise Bezugsscheine, für andere Bedarfsartikel leicht durchzuführen wäre, der Garaus gemacht werden. Ungarn agitiert ohnehin für Preislimitierung der Industrieerzeugnisse, und dieser Forderung könnte nachgegeben werden, wenn alle „gegenseitigen" Umstände dabei in die richtigen Beziehungen gebracht werden würden. Hier ein Abbau der Lebensmittelpreise, dort eine entsprechende Herabsetzung der Industrialien. Bei alledem könnte man sich in Oesterreich sogar mit den dermalen erhöhten Preisen für Brot und Mehl abfinden, denn sie bleiben trotzdem, gegenüber allem sonstigen, noch immer jene Stoffe, die den Magen vermöge ihrer Quantität am meisten und billigsten füllen! In diese Kategorie gehören auch die Kartoffeln. Wenn ferner die Konsumenten die Sicherheit haben, daß ihnen die volle Mehl- und Brotquote, vom Herbst an auch eine gehörige Lieferung von Kartoffeln, zuteil wird, werden bald auch die nervösen Angstzustände aufhören, die dem Preiswucher und der Ausbeutung der Bevölkerung am stärksten in die Hände arbeiten. Hunger ist aber nicht nur der beste Koch, sondern auch der Antrieb zu allen immer mehr zunehmenden Auswüchsen und Gewalttätigkeiten.

Bei der heurigen Ernte in Brotfrüchten der Monarchie ist die rationierte Versorgung des Hinterlandes vorhanden. Wie stellt sich nun die heurige Bilanz? Neben Weizen und Roggen wird in dieser Kriegszeit auch Gerste zum Brotgetreide gerechnet, davon hat Ungarn, die mindeste Bezifferung angenommen, 60 bis 65 Millionen Meterzentner in teils guten, teils schwächeren Qualitäten, und Oesterreich wenigstens 45 Millionen Meterzentner, zusammen also 105 bis 110 Millionen Meterzentner. Bei dem günstigen Stande der Maisernte darf auf eine gemeinsame Fechsung von gut 40 bis 45 Millionen Meterzentner gehofft werden, was, da diese Frucht auch menschlicher Ernährung dient, obige Ziffer auf rund 150 Millionen Meterzentner erhöht. Dabei ist von Belang nicht allein die Rationierung, sondern auch, daß die verordnete intensive Ausmahlung die Mehlproduktion um etwa 15 Prozent steigert. Das Erntejahr 1918 scheint für Mitteleuropa bessere Erträge zu zeitigen als das vorige, wo die lange Dürre besonders für Sommergetreide und Futtergewächse sehr große Schäden verursacht hat. Deutschland kam 1917/18 allein eine ungewöhnlich günstige Kartoffelernte zu Hilfe. Auch in diesem Frühjahr drohte neben Kälterückfällen wieder eine Trockenperiode, doch da stellten sich in der zwölften Stunde ausgiebige und ausgebreitete warme Regenfälle ein, die überall, wo sie niedergingen, eine förmliche Rettung der Felder zur Folge hatten. Diesem Wetterumschwung hat auch Deutschland eine gute Ernte an Brotgetreide zu danken, während sie in Gerste und Hafer die vorjährige weit übertreffen soll. Einige Frostschäden in Kartoffeln werden sicher durch vermehrten Anbau ausgeglichen werden; der Stand von Rüben und anderen Futtermitteln ist vielversprechend, ebenso ist die Aussicht auf den zweiten Heuschnitt, gegenüber dem weniger befriedigend ausgefallenen ersten, eine befriedigende. Beiden Mittelmächten ist somit heuer eine Ernte beschieden, die die aller bisherigen Kriegsjahre übertrifft, und wenn es sich trotzdem empfiehlt, mit aller Reserve zu wirtschaften, so darf doch ebenso dringend verlangt werden, daß gegenüber den Produzenten alle staatlichen Machtmittel angewendet werden, damit die Konsumenten heuer ihre vollen Quoten von Mehl, Brot und später auch von Kartoffeln ungeschmälert und unbedingt erhalten.

Für Luxusgegenstände bedarf es in heutiger Zeit keine Preisgrenzen, aber für alles, was unbedingten Lebensbedürfnissen dient, also in erster Reihe für Lebensmittel, müssen endlich einmal nicht bloß etwaige Richtpreise, sondern Preisgrenzen fixiert werden. So wie bislang, daß jeder folgende Tag eine neue Verteuerung auf den unumgänglichen Gebieten der Lebenserhaltung zeitigt, darf es nicht weitergehen, soll nicht ein Zusammenbruch weiter Gesellschaftsschichten die unausbleibliche Folge sein.

Die Zeit
14./VIII. 1918

157

Sinken der Mehlpreise — im Schleichhandel.

Die Erhöhung der Brotration hat eine ebenso charakteristische wie erfreuliche Folge nach sich gezogen: sie hat zu einem rapiden Sinken der Mehlpreise im Schleichhandel geführt. Während die seinerzeit verfügte Kürzung der Brotquote sofort infolge der erhöhten Nachfrage eine bedeutende Mehlpreiserhöhung zur Folge hatte, ist jetzt auf dem Mehlschleichmarkt eine Baisse zu verzeichnen:

die Mehlpreise, die in der letzten Zeit schon bis zu 30 Kronen pro Kilogramm „notierten", sind über Nacht auf 20 Kronen gesunken.

Tägliche Rundschau 14/VIII. 1918

188

* **Backware aus ausländischem Mehl.** Von den Groß-Berliner Kommunalverbänden werden jetzt Anordnungen über den Verkehr mit Auslandsgetreide und -mehl erlassen, die darauf beruhen, daß nach der diesjährigen Ernte vielleicht doch mit einer vermehrten Einfuhr von Getreide aus Rußland und der Ukraine zu rechnen ist. Der Teltower Kreisausschuß hat z. B. bestimmt, daß die Besitzer dieses Auslandsgetreides oder Mehls verpflichtet sind, dem Kreisausschuß die vorhandenen Mengen bis zum 1. September d. J. anzuzeigen. Auch der Abschluß von Verträgen über ausländisches Mehl ist binnen 3 Tagen nach Abschluß anzuzeigen. Die Anzeigepflicht gilt nicht für Mehl, das zum Gebrauch im eigenen Haushalt oder der eigenen Wirtschaft bestimmt ist und nicht für Mehl, das an die ZEG. in Berlin zu liefern ist. Die Großhändler sind ferner verpflichtet, dem Kreisausschuß wöchentlich ein Verzeichnis der im Laufe der Woche an Bäcker, Händler, Konditoren und andere Gewerbetreibende abgegebenen Mengen an Getreide und Mehl und ihre Empfänger einzureichen. Auslandsgetreide und -mehl darf nicht vermischt mit Inlandsgetreide oder -mehl verkauft oder verbacken werden. Die von Bäckern und Konditoren aus ausländischem Mehl hergestellte Backware ist in den Verkaufsräumen von der aus Inlandsmehl hergestellten Backware gesondert aufzubewahren und durch Anbringung eines deutlich lesbaren Schildes mit der Aufschrift „Backware aus ausländischem Mehl" kenntlich zu machen. Auslandsmehl und daraus hergestelltes Brot dürfen bei der Abgabe an Verbraucher nicht zu höheren Preisen abgegeben werden als zu den für Inlandsmehl und daraus hergestelltem Brot bestehenden Kleinhandelshöchstpreisen.

Da Auslandsgetreide und -mehl nach der Reichsgetreideordnung nicht beschlagnahmt ist, finden auf „Backwaren aus ausländischem Mehl" die Rationierungsvorschriften und Brotkartenbestimmungen keine Anwendung. Da aber die Preise für Auslandsmehl bedeutend höher sind als für Inlandsmehl, so ist dem übermäßigen Verkauf von Backware aus ausländischem Mehl schon aus wirtschaftlichen Gründen ein Riegel vorgeschoben. In der Praxis wird sich das Auslandsmehl wohl nur bei Gastwirten und Konditoren einbürgern.

Tägliche Rundschau 15/VIII. 1918.

Die neue Brotration.

Die bereits mitgeteilte Erhöhung der Brotmenge auf 1850 Gramm tritt mit dem 19. August 1918 in Kraft. Die 50-Gramm-Abschnitte F und G der bereits in den Händen der Verbraucher befindlichen, über insgesamt 1950 Gramm Gebäck lautenden Brotkarten sind ungültig. Vom genannten Zeitpunkt ab beträgt der Preis des 1850 Gramm schweren Schwarzbrots 97 Pf., der des gleich schweren Weißbrots 1 M. und der des gleich schweren Krankenbrots 1,23 M. Das Pfund Roggenmehl kostet vom 19. August ab 28 Pf., das Pfund Weizenmehl 32 Pf. und das Pfund Krankenmehl (Weizenauszugsmehl) 38 Pf. Die an Stelle der Krankenbrotportion auf besonderen Berechtigungsschein zu entnehmende Menge von Krankenmehl (Weizenauszugsmehl) ist auf 1250 Gramm festgesetzt.

Die Zeit
16./VIII. 1918

1160

Brotpreiserhöhung und Löhne.

Neue Forderungen der Arbeiterschaft.

Wie uns berichtet wird, erheben die Arbeiter einzelner großer Industriebetriebe die Forderung, daß die Unternehmer die Differenz im Brotpreis auf sich nehmen und den Arbeitern, insbesondere wo Approvisionierungsanstalten innerhalb des Betriebes bestehen das Brot zum bisherigen Preis zur Verfügung stellen. Ein Teil der Unternehmer zeigt sich geneigt, dieser Forderung stattzugeben, um Lohnbewegungen zuvorzukommen. Andere Industrielle werden jedoch von der Regierung die Ermächtigung zu entsprechenden Preisaufschlägen auf die Verkaufspreise verlangen. So verlautet, daß im nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau als Entgelt für die Uebernahme der Mehrkosten für die Brotbeistellung die Gewerken um eine Hinaufsetzung der Kohlenpreise im Ausmaß von 20 bis 30 Heller pro Meterzentner vorstellig werden wollen.

Neue Freie Presse Abendl
17./VIII.1918
a 17 161

Die Proteste gegen die Brotpreiserhöhung.

Ungünstige Ernährungslage in Deutschböhmen.

Wien, 17. August.

Die Stadtgemeinde Villach hat an das Ernährungsamt in Wien eine Depesche gerichtet, in welcher sie Einsprache erhebt gegen die Brot- und Mehlpreiserhöhung und gegen die Ausnahmsbehandlung Kärntens, wo die Erhöhung der Brotquote erst am 1. September eintreten soll.

Einen scharfen Beschluß faßte eine Versammlung der Bezirkspirtschaftsräte in Reichenberg. Die Resolution, die dort angenommen wurde, lautet: „Die Versammlung der Bezirkswirtschaftsräte der nordböhmischen Notstandsbezirke erhebt gegen die unerhörte Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, die das Volksernährungsamt ungeachtet aller Verwahrungen aus den Kreisen der Verbraucher verordnet hat, lebhaften Einspruch. Die Ueberwälzung der Mehrausgaben der Kriegsgetreideverkehrsanstalt auf die Schultern der Nichtselbstversorger ist ein ungeheuerliches Unrecht, das die Bevölkerung der Städte und Industrieorte aufs tiefste erbittern muß. Sie ist eine Tat der ärgsten Einseitigkeit, die den Angehörigen der Landwirtschaft, deren Forderungen stets liebevoll berücksichtigt werden, schont, während sie die Lebenshaltung der breiten Massen der Arbiter und Angestellten ungemein belastet. Die Bezirkswirtschaftsräte verwahren sich dagegen, daß so tief einschneidende Maßnahmen in der Preispolitik der allerwichtigsten Nahrungsmittel erfolgen, ohne daß die Verbraucher und ihre berufenen Vertreter gehört werden. Sie erwarten daher vom Abgeordnetenhause, daß es sich bei seinem Wiederzusammentritt gegen solche Zustände ernstlich zur Wehr setzt."

Daran schloß sich in der Versammlung, wo die Bezirke Braunau, Dauba, Deutsch-Gabel, Gablonz, Tannwald, Reichenberg, Rumburg und Warnsdorf vertreten waren, eine scharfe Entschließung, worin die staatlichen Behörden aufgefordert wurden, die nordböhmischen Bezirke vor dem Hunger zu retten und die notwendigen Maßregeln zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung zu treffen. Man verweist insbesondere darauf, daß in Berlin die Wochenration 1850 Gramm beträgt, während wir bekanntlich nur 1260 Gramm bekommen. In Berlin beträgt der Brotpreis jedoch trotz der Erhöhung nur 97 Pfennig, was nach dem heutigen Markkurs bedeutet, daß man in Berlin für 1850 Gramm nur um 12 Heller mehr zu zahlen hat, als wir für unsere 1260 Gramm. Das bedeutet somit, daß das Berliner Brot beinahe um ein Drittel billiger ist als unseres. Wozu noch kommt, daß die Qualität des deutschen Brotes viel besser ist. Insbesondere in Kärnten wird darauf verwiesen, daß mitten in der Zeit der Preiserhöhung ein Brot geliefert wird, das, aus Kleie und Maismehl bestehend, kaum zu genießen ist.

Frankfurter Zeitung 17./VIII. 1918.

162

= **Kartoffeln.** Die Zufuhr an Kartoffeln ist augenblicklich etwas stärker, aber noch nicht regelmäßig genug, um größere Mengen an die ganze Bevölkerung auf einmal ausgeben zu können. Im Interesse rascherer Abführung der Ware an die Verbraucher wird jedoch von Fall zu Fall in den Tageszeitungen bekannt gegeben, daß einzelne Marken der Kartoffelkarte, soweit Vorräte vorhanden sind, vor dem festgesetzten Gültigkeitstermin von dem Händler beliefert werden dürfen. Von nächstem Dienstag ab werden in sämtlichen Kartoffelstellen auf Abschnitt 5 der Kartoffelkarte vier Pfund Kartoffeln für die Person verteilt. Soweit Vorräte in den Abgabestellen vorhanden sind, kann die Ware schon von Montag ab bezogen werden.

Frankfurter Zeitung 17./VIII. 1918

163

= **Mehl- und Brotpreise.** Vom Montag ab gelten im Stadtkreis Frankfurt a. M. folgende Mehlpreise: Roggenmehl 445 Gramm 27 Pfg., 500 Gramm 31 Pfg., Weizenmehl (94 %) 30 bezw. 34 Pfg., Weizenmehl 0 38 bezw. 43 Pfg., Gerstenmehl 30 bezw. 34 Pfg. Ein Laib Schwarzbrot (1230 Gramm) kostet 62 Pfg., die Hälfte (durchschnitten) 31 Pfg. Gegen Reisebrotmarken gibt es eine Scheibe Schwarzbrot von 50 Gramm zu 3 Pfg. Weißbrot (Weizenbrot aus 94 % Mehl) wird verkauft in Gewichtsstücken von 45 Gramm zu 5 Pfg., 90 Gramm zu 9 Pfg., 550 Gramm zu 50 Pfg. Krankenbrot aus Weizenauszugsmehl kostet der Laib von 550 Gramm 55 Pfg., 1100 Gramm 1,10 Mark.

Reichspost
18./VIII. 1918

164

Die Versorgungsfragen.

Die Brotfabriken — die Nutznießer der erhöhten Brot- und Mehlpreise!

Von einem Fachmann wird uns geschrieben: Noch vor der amtlichen Verlautbarung der neuen Mehl- und Brotpreise wurde in einem gewissen Teile der Presse angelegentlich versucht, die Stimmung der Verbraucher in eine bestimmte Richtung abzulenken und vor allem die Landwirtschaft als den Hauptnutznießer dieser Preiserhöhung hinzustellen. Da ist es am Platze, die Zahlen sprechen zu lassen.

Zu einem Laib Brot von 1260 Gramm wird rund 90 Dekagramm Mehl oder aber, in Getreide ausgedrückt, 1 Kilogramm Brotfrucht benötigt; hievon bekommt der Landwirt 55 Heller, inklusive der Frühdruschprämie im Jahresdurchschnitt zirka 59 Heller. Hievon sind abzurechnen zirka 0·07 Kilogramm Kleie zu 20 Heller, ist 1·4 Heller, so daß sich die Brotfrucht für einen Laib Brot auf 57·8 Heller stellt. Auf diesen Preis fallen nun pro Laib hinzu eine ganze Krone (98 Heller) an Aufbringungs-, Vermahlungs- und Broterzeugungsspesen. Hat die Brotfabrik pro Laib Brot 90 Heller für das Mehl zu bezahlen und nimmt sie dafür 1 Krone 56 Heller ein, so ergibt sich eine Spannung von 66 Heller pro Laib Brot oder von rund 70 Heller pro Kilogramm verarbeitetes Mehl! Die Heeresverwaltung bezahlt heute noch einen Backlohn von 10 bis 12·50 Kronen per 100 Kilo verbackenes Mehl, ein Backlohn, der gewiß den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Der Landwirt, dessen Arbeit des Getreidebaues von allen beteiligten Berufszweigen die mühevollste ist, ist somit an dem Brotpreise mit kaum mehr als einem Drittelbeteiligt. Auch im Vergleich zu dem den Mühlen zugebilligten Mahllohn von 5 Kronen bis 6 Kronen per 100 Kilogramm, je nach Fruchtgattung (einschließlich verschiedener Nebenspesen) ist der Backlohn von 70 Kronen per 100 Kilogramm auffallend hoch.

Der kleine Bäcker mit den ungenügenden Mehlzuweisungen ist freilich auch heute nicht auf Rosen gebettet, dafür ist aber den großen Brotfabriken, welche von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt eifrig mitversorgt werden, ein glänzender, noch nie dagewesener Gewinn gesichert. Jeder Städter hat bei jedem Bissen Brot einen erhöhten Tribut an die ohnehin schon übersättigten Brotfabriken zu zahlen. Dafür wird den Verbrauchern von der Presse der Brotfabriken die Landwirtschaft des Wuchers geziehen! Während es zur Friedenszeit eine Eigenschaft der Großbetriebe war, infolge der durch Massenerzeugung herabgesetzten Regien die Ware billiger abzugeben als kleine Betriebe, sind heute durch den einheitlich geregelten Brotpreis die Großbetriebe extra noch bevorzugt, da sie den Vorteil der niedrigeren Erzeugungskosten voll ausnützen können. Wenn die Großfabriken genötigt würden, ihrerseits den Brotpreis um mindestens 20 Heller pro Laib zu ermäßigen, würden sie immer noch ihre gute Rechnung finden. Damit der kleine Bäcker, welcher infolge ungenügender Zuweisung und Beschäftigung teurer erzeugt, ebenfalls seine Rechnung finde, wäre ein niedrigerer und ein höherer Brotmehlpreis in Anwendung zu bringen: für die von der Gemeinde beteilten kleinen Bäcker etwa 90 Kronen, für die von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt direkt versorgten Brotfabriken 110 Kronen per 100 Kilogramm, so daß sich wieder der Durchschnittspreis von etwa 100 Kronen ergeben würde. Damit wäre wohl allen Beteiligten gedient. Und wenn die Brotfrabriken sich mit einem angemessenen Verdienst begnügen und nicht auf Kosten der Brotkonsumenten in übermäßiger Weise bereichern wollen, müßten sie mit einer solchen Regelung zufrieden sein.

•

Aus Leserkreisen wird uns geschrieben: Die „Reichspost" hat auf die Reklame einzelner Brotfabriken, daß sie den Laib Brot zu 1 Krone 54 Heller (statt 1 Krone 56 Heller) abgeben, schon hingewiesen und festgestellt, daß dafür diese Fabriksbrotlaibe weit weniger an Gewicht enthalten, als der „Preisnachlaß" ausmacht, daß die Brotfabriken daher selbst mit der angeblichen „Ermäßigung" ein Geschäft machen. Am meisten Reklame machen, wie immer, die Hammerbrotwerke, bei deren Brotlaiben durch Nachwägen ein Gewicht von 1200 statt 1260 Gramm festgestellt wurde. Welch glänzendes Geschäft! Wo bleiben die Behörden! Wo bleibt das Wucheramt? Warum schützt man die Verbraucher nicht gegen die Uebervorteilung durch gewisse Brotfabriken?

•

Tägliche Rundschau 19./VIII. 1918.

165

* **Die Wünsche auf Erhöhung der neuen Brotrate.** Mit der Einführung der neuen Mehl- und Brotrate hält am heutigen Montag das neue Kriegswirtschaftsjahr 1918/19 seinen Einzug. Die Kriegsnotstandskommission der Stadt Neukölln hat nun beschlossen, den Lebensmittelverband Groß-Berlin um Erhöhung der neuen Brotwochenmenge von 1850 auf 2000 Gramm, also über die vorjährige Menge von 1950 Gramm hinaus zu ersuchen. Bemerkt sei, daß 1917 die Brotration nur 1900 Gramm betrug. Wie wir hierzu von zuständiger Seite erfahren, ist die Belassung des täglichen Mehlkopfanteils von 200 Gramm durch die Reichsgetreidestelle auf Grund der bisherigen Ernteschätzungen erfolgt. Solange nicht genauere Zahlen über das Ergebnis und die Körnerbewertung der neuen Getreideernte vorliegen, muß an diesem Tageskopfsatz, der für Groß-Berlin ohne Streckungsmittel das Ausbacken von 1850 Gramm Brot wöchentlich ermöglicht, unbedingt festgehalten werden. Ob es möglich sein wird, das Brotgewicht durch Zuweisung von Streckungsmitteln oder durch Erhöhung des Mehlanteils zu vermehren, hängt von den Entschlüssen der staatlichen Stellen ab, die wiederum vom Ausfall der Getreideernte abhängig sind. Unsere Getreideernte ist im allgemeinen zufriedenstellend, aber man darf sich das eine nicht verhehlen, daß infolge der feuchten Erntewitterung die Roggenkörner nicht so mehlreich sind, wie zu wünschen gewesen wäre. Die Erwartungen auf eine Erhöhung des Brotanteils dürfen daher nicht überspannt werden. Da aber die Kartoffeln einen guten Ertrag versprechen, darf für den weiteren Verlauf des neuen Kriegswirtschaftsjahres mit Zuweisung von Streckungsmitteln wie im vorigen Jahre gerechnet werden. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, läßt sich jetzt noch nicht sagen.

Neues Pester Journal

20./VIII. 1918

166

Ernährung und Versorgung.

Streikdrohung der Budapester Bäcker.

Forderung der Erhöhung der Brotpreise. — Ein Stimmungs-Communiqué.

Die Gewerbekorporation der Budapester Bäckermeister hat in ihrer gestrigen Generalversammlung den Beschluß erbracht, sich im nächsten Monat mit der Frage einer Betriebseinstellung zu befassen, insoferne die Brotpreise nicht in dem Maße verteuert werden, als sie es eben wünschen. Fast grotsk mutet es an, daß die Bäckermeister, wenn sie eine Erhöhung der Brotpreise erwirken wollen, mit dem Streike drohen. Sowohl das Landes-Ernährungsamt, wie auch die Approvisionierungssektion der Hauptstadt werden in dem Momente, da die Bäcker sich weigern, ihren Betrieb fortzusetzen, die Backstuben militarisieren. Statt Berechnungen und Daten über die Kosten der Broterzeugung vorzulegen, werden Communiqués erlassen, die eine Pression üben sollen. Auch diesmal, da die Bäckermeister eine Erhöhung der Brotpreise wünschen, haben sie eine Stimmungsnotiz ausgegeben, die folgenderweise lautet:

Die Budapester Gewerbekorporation der Bäckermeister hielt gestern unter Vorsitz von Moriz Deutsch eine außerordentliche Generalversammlung. In seiner Eröffnungsrede führte der Präsident aus, daß das Bäckergewerbe von einer Krise bedroht sei, denn die Materialien sind ungeheuer im Preise gestiegen, das Brennholz sei unerschwinglich teuer, die Arbeiter verlangen eine vierzigperzentige Lohnerhöhung, und zudem gestattete der Ernährungsminister den Mühlen, die Säckeleihgebühr von 1 Krone auf 2 K. 50 H. zu erhöhen. Als Rekompensation baten die Bäcker, die Brotpreise erhöhen zu dürfen. Was die vierzigperzentige Lohnerhöhung betrifft, könne diese den Arbeitern unter den heutigen schweren Verhältnissen nicht bewilligt werden, da das Bäckergewerbe heute nicht einmal eine zehnperzentige Lohnerhöhung zu ertragen vermag. Desider Monat befaßte sich mit der Säcke-Misere und beantragte eine allgemeine Schließung der Bäckereibetriebe. In dieser Frage wurde die Beschlußfassung für Mitte September verschoben. Die Sitzung befaßte sich auch mit der schwerempfundenen Verfügung des Budapester Zentral-Mehlamtes, wonach dieses die Weißmehlanweisungen nur an die Spezereiwarenhändler ausgibt, infolgedessen die Bäcker doppelten Fuhrlohn zu zahlen haben. In dieser Sache wird von der Hauptstadt Abhilfe erbeten. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, den hauptstädtischen Magistrat zu bitten, er möge die Erhöhung der Preise für braunes Brot um 8 Heller per Kilogramm, für weißes Brot um 14 Heller per Kilogramm genehmigen. Ferner wird um Bewilligung der Erhöhung der Hausbrot-Backpreise um 6 Heller per Kilogramm angesucht. Der Vorsitzende betonte, daß die erbetene Preiserhöhung keineswegs den Bäckern zugute kommt, sondern nur ein kleines Aequivalent für die bedeutend gestiegenen Mehrausgaben sei.

Es steht jedem Gewerbe frei, im Einvernehmen mit den Behörden Preise zu erstreben, die sich mit den Gestehungskosten und einem bürgerlichen Gewinn decken. Terroristische Mittel sind aber nicht dazu angetan, die wirkliche Berechtigung von gewünschten Preiserhöhungen nachzuweisen. Ohne uns vorerst mit den Forderungen der Bäcker im Wesen zu befassen, da die Daten der Broterzeugungskosten uns nicht vorliegen, muß gegen die Form der Stimmungsmache protestiert werden. Im übrigen sei schon heute darauf hingewiesen, daß eine Verteuerung des Schwarzbrotes als Volksnahrungsmittel unter keinen Umständen eintreten darf. Wenn schon die Brotpreise erhöht werden müssen, darf die Preissteigerung sich ausschließlich auf das Weißbrot erstrecken. Die Bäckermeister, die im Kriege sich größtenteils auch mit der Erzeugung von Konditoreiwaren beschäftigen, ziehen hieraus einen solchen Nutzen, der einen kleinen Gewinnausfall bei der Broterzeugung reichlich einbringt.

Neues Wiener Tagblatt
20./VIII. 1918

167

Unsre biederen Landleute.

Wie man heute Kartoffeln bekommt.

Im Schweiße unsres Angesichtes müssen wir seit der Ausweisung aus dem Paradiese unser Brot essen; noch mehr schwitzt man, wenn man es nicht hat. Da es in den letzten kartoffellosen Wochen ganz ausgeschlossen war, mit dem halben Brotlaib in sieben Tagen das Auslangen zu finden, kamen noch mehr Leute als sonst auf den Gedanken, sich die Kartoffeln, die die städtische Abgabestelle nicht lieferte, auf eigene Gefahr zu beschaffen; täglich pilgerten also Tausende nach einem auch durch seinen guten Wein bekannten Ort in der Nähe von Wien, wo dieses Naturprodukt noch zu erwischen sein sollte, oder in dessen Umgebung. Und da uns eine gute Bekannte versichert hatte, daß das Wagnis mit keiner Lebensgefahr verbunden wäre, machte ich mich am ersten freien Tag auf, nun auch dort das Schwitzen kennen zu lernen. Ich schwitzte famos.

Ich fuhr, von zwei Personen begleitet, voll der schönsten Hoffnungen, hinaus, aber schon während der Fahrt wurde die Stimmung flau. Dicht gedrängt standen die Leute im Wagen und auf der Plattform der Elektrischen, und den meisten stand es — in Form der Rucksäcke — auf dem Rücken geschrieben, daß sie die Fahrt in der gleichen Absicht unternahmen wie wir. Bei jeder Haltestelle ein schier unmögliches Drängen und Schieben, ein gewalttätiges Puffen und stürmisches Fluchen und Lärmen. Am liebsten wäre ich wieder abgesprungen; aber ich war zu sehr eingekeilt.

Am Ziele angelangt, begannen wir den schweren Gang. Zehn, zwölf, zwanzig Bauernhäuser; der Schweiß rann uns bereits von der Stirn. Ich war höflich wie noch niemals im Leben — umsonst. Das Beste, was man uns bot, war eine kurze, trockene Ablehnung; meist war aber die Zurückweisung in ganz grober Form gehalten. Dabei konnte ich es nicht verstehen, daß uns auf Schritt und Tritt doch viele Glückliche mit wohlgefüllten Rucksäcken entgegenkamen, während alle unsre Mühen und diplomatischen Künste zu keinem Erfolg führen wollten. Wie das? Warum das? Waren andre besser als wir? Gut, die Leute wollten gegen Bargeld, das ihnen heute zu nichts nütze ist, nicht verkaufen, aber auch nicht einmal mehr gegen Tabak, Sacharin, Spiritus und Aehnliches. Und doch trugen, wie gesagt, viele eine große Menge Erdäpfel heim. Wie hatten sich die ihre Beute verschafft? Meine Wißbegierde ließ mich nicht ruhen.

Ich begann also die Heimkehrenden, die uns entgegenkamen, unverdrossen zu fragen: „Ich bitte Sie, auf welche Art sind Sie an das Ziel Ihrer Wünsche gekommen? Ich verrate Sie nicht." Und da erfuhr ich aus dem Munde des einen, daß die Großmutter in Hagenbrunn für ihn Kartoffeln gesammelt habe; ein andrer wieder hatte sie vom Oheim in Enzersdorf geholt, ein dritter von dem Schwiegersohn seiner Hausfrau. Und da stand ich also wiederum vor einem Rätsel: Hatte denn jeder aus dieser unübersehbaren Menge von Frauen und Jünglingen einen zärtlichen Verwandten in dieser gesegneten Gegend, und war alles in Wien mit diesem Dorfe verwandt?

Auf weitere Fragen erfuhr ich denn, daß die meisten auch hier durchaus dem Tauschhandel geneigt sind, jedoch in andrer Form. Sie brauchen heutzutage weder Rauchware, noch Süß- oder Brennstoffe; damit sind sie reichlich versorgt. Heute tauschen sie nur gegen Seide, Wäsche, goldene Ringe oder andre wertvolle Dinge. Der eine hatte fünf Kilogramm Erdäpfel für ein Leintuch, ein andrer zehn Kilogramm für einige Meter Batist erhalten.

So liegen also die Dinge! Wer ist aber heute in der Lage, Wäschestücke oder Kleider für Kartoffeln herzugeben? Heute, wo nur ein Kriegsgewinner sich in diesen Dingen etwas Neues anschaffen kann. Dabei muß ich konstatieren, daß gar viele der mit Kartoffeln Heimkehrenden — dies sei gesagt, ohne jemand nahetreten zu wollen — nach ihrem Aussehen in bezug auf Gewandung und Beschuhung durchaus nicht den Eindruck machten, als ob sie daheim so reichgefüllte Wäsche- und Kleiderschränke besäßen. Oder sollte dieser Ueberfluß an Kleidern, Wäsche und Schmuckgegenständen bei manchen in Zusammenhang zu bringen sein mit den sich von Woche zu Woche mehrenden — Einbruchsdiebstählen verschiedener Art?

R. D.

Arbeiterzeitung
21./VIII. 1918

168

Brotnot auf dem Lande. Aus dem Waldviertel wird uns geschrieben: In Wien wurde seinerzeit die Brotration um die Hälfte gekürzt und die Bevölkerung geriet dadurch in begreifliche Erregung. Bei uns wurde die Ration überhaupt gestrichen. Wir erhielten wochenlang überhaupt kein Brot und kein Mehl. Als in Wien die Brotration wieder erhöht wurde, hofften wir, daß nun auch für uns die Zeit der ärgsten Not vorbei sein werde und wir wieder unsere Brot- und Mehlkarten würden einlösen können. Seither ist wieder eine Woche verstrichen und noch immer erhält man zum Beispiel in Wappoltenreith und in den umliegenden Ortschaften keinen Bissen Brot und kein Stäubchen Mehl. Es ist doppelt hart für die in den Dörfern lebenden Kleinhäusler, Arbeiter, Eisenbahner, mitten unter den Bauern, die jetzt nach der Ernte im größten Ueberfluß leben, zu darben. Gerade den Einheimischen aber geben die Bauern von ihrem Ueberfluß nichts ab. Sie verkaufen ihre Waren lieber den Wienern, die hinauskommen und ihnen ungeheure Wucherpreise dafür bezahlen. Es wäre doch gut, wenn die Bezirkshauptmannschaft Horn der Versorgung der nichtbäuerlichen Bevölkerung in ihrem Gebiet etwas mehr Augenmerk und Tatkraft zuwenden wollte.

Neues Pester Journal
21. VIII. 1918
169

Von der Wiener Schleichhandelbörse.

Sinken der Mehlpreise.

Aus Wien schreibt man uns: Seit vorigem Montag wird die volle Brotration ausgeteilt und die Mehlmenge (¼ Kilo per Kopf und Woche) wird nur in Mehl besserer Qualität abgegeben. Die Schleichhändler sind dadurch sehr beunruhigt. Nicht nur, daß das Angebot von dieser Seite sich von Tag zu Tag mehrt, die Preise sinken rapid, da selbst billiger kaum Ware anzubringen ist. Der Preis für besseres Mehl, der noch Anfang dieser Woche sehr hoch gehalten war — von gewissen Kreisen wurden 30 K. per Kilo gefordert und, wie man sich erzählt, auch gezahlt —, ist letzten Freitag auf 15 K. zurückgegangen und ist selbst weit billiger nicht anzubringen. Die armen Schleichhändler gehen wie die Schatten einher, gesenkten Hauptes und brüten auf Rache. Am Alkohol suchen sie sich zu entschädigen. Slibowitz kostet bereits 70 K. und unter 65 K. ist gar kein Schnaps zu haben.

Neue Freie Presse Abendl
22./VIII 1918 170

Die Erhöhung des Brotpreises.

Die Maßnahmen der Regierung für die Mindestbemittelten.

Wien, 22. August.

Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung hatte die Regierung in letzter Stunde gleichzeitig mit der am 11. d. in Kraft getretenen Erhöhung des Brotpreises angekündigt, daß ein namhafter Betrag zur Verfügung gestellt worden sei, um wenigstens dem ärmsten Teil der Bevölkerung die durch die Preissteigerung geschaffene Notlage zu erleichtern. In den nächsten Tagen nun werden die diesbezüglichen Maßnahmen verlautbart werden. Die Aushilfe ist sehr bescheidener Natur und entspricht weder, was den Umfang des Kreises anlangt, dem sie zugute kommen wird, noch auch bezüglich des Ausmaßes der Unterstützung den Hoffnungen, die nach der erwähnten amtlichen Ankündigung gehegt werden konnten. Nur der allerärmste Teil der Bevölkerung, die Besitzer der ehemaligen grünen Einkaufsscheine, werden einer Brotpreisverbilligung teilhaftig. Sie erfolgt in der Weise, daß die Besitzer dieser Einkaufsscheine Brotgutscheine erhalten, die allmonatlich mit einer Krone für den Kopf eingelöst werden. Das entspricht also etwa 23 Heller für den Laib Brot. Derselbe hat bis zum 11. d. 72 Heller gekostet, kommt jetzt auf 1 Krone 56 Heller zu stehen und wird sich also für diese Kategorie der Mindestbemittelten nach Einrechnung des aliquoten Teiles der Brotgutscheineinlösung auf 1 Krone 33 Heller stellen. Mithin tritt eine Verteuerung von 72 Heller auf 1 Krone 33 Heller, also um 61 Heller ein.

Damit kann die Frage, die in den weitesten Kreisen der Monarchie Anlaß zu den lebhaftesten Beschwerden und den stärksten Protesten gegeben hat, nicht abgetan sein. Wenn früher oder später das Parlament Gelegenheit haben wird, unter den vielen Ernährungsfragen, die einer Erörterung durch die Volksvertretung bedürfen, sich auch mit dem Brotpreise zu befassen, wird die Regierung vor allem Erklärungen darüber abgeben müssen, warum die Erhöhung des Brotpreises ausschließlich zu Lasten der städtischen Verbraucher erfolgt und warum nicht auch die ländlichen Erzeuger, in deren Taschen ohnedies durch die Erhöhung der Getreidepreise ganz kolossale Beträge fließen, ihren Teil an dieser Preissteigerung zu tragen haben. Wenn dies der Fall wäre, könnte ohne weitere Belastung des Staates der Kreis der mit Brotgutscheinen Auszustattenden größer gezogen werden, und vor allem müßte dabei des Mittelstandes gedacht werden, der mehr als jede andere soziale Schicht im Staate durch die unaufhörlichen Preissteigerungen am härtesten mitgenommen erscheint.

Auch mehren sich die Stimmen, daß die Spannung zwischen dem Preis, den die Bäcker und insbesondere die großen maschinellen Betriebe für das Brotmehl zu entrichten haben, und dem Preis, den sie von der Bevölkerung für das Endprodukt, das Brot, erhalten, auch bei Zubilligung eines Beitrages für die erhöhten Erzeugniskosten viel zu groß ist. Die fortwährende Ueberwälzung der infolge der Geldentwertung sich fühlbar machenden Preissteigerungen auf den Verbraucher kann nicht ins Endlose fortgesetzt und muß insbesondere bei dem wichtigsten Nahrungsmittel vermieden werden. Die Frage des Brotpreises wird auch weiterhin den Gegenstand der öffentlichen Erörterung bilden.

Fremdenblatt
22./VIII. 1918

* (Gips im Brot und Wasser in der Butter.) Nie stand die Verfälschung der Nahrungsmittel auf einer, man könnte beinahe sagen, künstlerischen Höhe wie jetzt und es existiert fast kein für die Ernährung von Mensch oder Tier bestimmtes Produkt, das nicht auf irgend eine Art und Weise verfälscht würde. Und diese Verfälschung all dessen, was der Mensch braucht, ist international, sie zeigt sich in den kriegführenden Ländern ebenso wie in den neutralen Staaten, und die Untersuchungen der amtlichen Prüfungsstelle liefern immer neue Beweise für die Findigkeit der Fälscher. Die chemische Untersuchungsstation der Stadt Leipzig hat jetzt einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit erstattet, der wieder beweist, daß kein Gebiet des menschlichen Ernährungswesens verschont wird. Nach diesem Bericht treten besonders drei Erscheinungen deutlich und auffällig hervor, die fortschreitende Mineralisierung der Nahrungsmittel, die ungewöhnliche Wertsteigerung des Wassers in der Gestalt der Nahrungsmittel und die über die restlose Ausnützung von menschlichen Nahrungsmitteln hinausgehende Verarbeitung untauglicher, selbst verdorbener Stoffe. Gips, Schlemmkreide stehen umso höher im Preise, als sie Anwendung finden bei der Herstellung und Zubereitung von Nahrungsmitteln, sei es als Zusatz zu Streumehlen, sei es als Bestandteil von Backpulvern, als Streckungsmittel für Gewürze. Alaun, Glaubersalz, Kochsalz, selbst Soda tauchen als Streckungsmittel auf. Auch Holzmehl, Strohmehl, Steinnußmehl sind begehrte Artikel geworden und finden Absatz zu unglaublichen Preisen. Noch krasseren Unfug treibt man aber mit dem Wasser als Fälschungsmittel, das sich vielfach sehr gut eignet und noch den Vorteil hat, daß es unbegrenzt zur Verfügung steht und nichts kostet. Ueberall, wo man hinblickt, ist ein Anschwellen des Wassergehaltes bemerkbar, hier in harmloser, dort wieder in dreister Menge. Mit Wasser streckt man die Milch, Wasser trifft man in übermäßiger Menge in der Wurstkonserve, im Hackfleisch, in der Butter, in Marmelade, Fruchtmusen, Spirituosen, in der Seife. Gewisse Bewunderung mußte auch eine Butter für den Fachmann wegen der Kunst ihrer Zubereitung entlocken, zeigte sie doch einen Wassergehalt von rund 54 Prozent gegen etwa 12 bis 14 Prozent normal. Abfälle des Schlachthofes werden zu Wurst und Sulzen verarbeitet, Kehrmehl zu Brot verbacken. Tischlerleim in Puddingpulver verkauft, kurz, es hat sich eine wahre Sturmflut minderwertiger Ersatzmittel über die Hausfrau ergossen. Wenn wir uns schon mit Kriegsbrot bescheiden müssen, so können trotz alledem grobe Unsauberkeit und unbegreifliche Backfehler unter keinen Umständen durch die Kriegsnotzeit entschuldigt werden. Unter den im Brot vorgefundenen Fremdkörpern sind Mäuse, Flachsfasern, Watte, Lysol (einmal), Papier, Holz, Stroh, Gips, Kreide, Holzsplitter und Sand beobachtet worden. Unbegreiflicherweise erhielt das Brot einer großen Bäckerei etwa 0.13 Prozent Kupfer in Gestalt des Grünspans und wirkte direkt gesundheitsschädlich. Unter den eingelieferten Marmeladen mußten Beanstandungen wegen zu starken, bis 73 Prozent ansteigenden Wassergehaltes gegen 45 Prozent normal, Dünnflüssigkeit, schlechten Geschmackes und vielfach auch wegen Verdorbenheit und Unsauberkeit ausgesprochen werden. Kakao wird mit Schalengehalt, ja sogar Schalenpulver allein als Kakao in den Handel gebracht. Wie groß die auf diesem Wege betriebene Bewucherung ist, mag daraus hervorgehen, daß der Höchstpreis für ein Kilogramm Kakaoschalenpulver 4,8 Pfennig beträgt, von Soldaten und Offizieren in Belgien aber mit 48 Mark für ein Kilo bezahlt wurde. Eine als „Kriegsware" bezeichnete nußfarbig aussehende Schokolade mit geringwertigem Geschmack enthielt an Stelle zugesetzter Kakaobutter ölartige Mandelmasse.

Neue freie Presse
22./VIII. 1918
772

Wiener Früchtenbrot als Konkurrenz gegen die ungarischen Erzeugnisse.

Die Wiener Zuckerbäcker beschlossen in ihrer gestern abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung, sich ab 1. September allgemein auf die Erzeugung eines Früchtenbrotes zu verlegen, welches preiswert an das Publikum abgegeben werden soll. Vorsteher Rosenberger führte diesbezüglich aus, daß gegenwärtig das Früchtenbrot waggonweise aus Ungarn nach Wien gebracht wird und zu horrenden Preisen abgesetzt werden muß, weil die Ungarn wie mit allen Artikeln auch mit Früchtenbrot riesigen Wucher treiben. Durch die Selbsterzeugung des Früchtenbrotes bleibe das Geld im eigenen Lande und sichern sich die Wiener Zuckerbäcker damit einen Verdienst. Die Genossenschaft werde, um die Erzeugung des Früchtenbrotes allen Wiener Zuckerbäckern zu ermöglichen, große Quanten Dörrobst ankaufen und an die Genossenschaftsmitglieder abgeben. Diese Anregung wurde mit Beifall angenommen.

Ob dieses Früchtenbrot schmackhaft und nahrhaft und zugleich preiswert sein wird, wie in der Versammlung versprochen wurde, muß abgewartet werden. Das Glauben hat die Bevölkerung längst verlernt.

Neues Wiener Tagblatt
22./VIII. 1918

173

Gips im Brot und Wasser in der Butter.

Aus den Mitteilungen der Chemischen Untersuchungsanstalt in Leipzig.

Der soeben erschienene Bericht der Chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig, erstattet von dem Direktor Professor Dr. Armin Röhrig, stellt zunächst in aller Klarheit fest, daß Preiswucher, Kettenhandel, Schleichhandel, Hamsterei, Diebstahl, Verfälschung und Nahrungsmittelberaubung sich zu einer schwer zu tragenden Plage entwickelt haben. Ihrer Bekämpfung gilt auch ein wesentlicher Teil der Arbeitstätigkeit der Anstalt.

Auf dem Gebiet der Nahrungsmittelverfälschung in der Kriegszeit treten besonders drei Erscheinungen deutlich und auffällig hervor, die fortschreitende Mineralisierung der Nahrungsmittel, die ungewöhnliche Wertsteigerung des Wassers in der Gestalt der Nahrungsmittel und die über die restlose Ausnutzung von menschlichen Nahrungsmitteln hinausgehende Verarbeitung untauglicher, selbst verdorbener Stoffe. Gips, Schlemmkreide stehen um so höher im Preise, als sie Anwendung finden bei der Herstellung und Zubereitung von Nahrungsmitteln, sei es als Zusatz zu Streumehlen, sei es als Bestandteil von Backpulvern, als Streckungsmittel für Gewürze. Alaun, schwefelsaures Natron (Glaubersalz), Kochsalz, selbst Bolus und Soda tauchen als Streckungsmittel auf. Auch Holzmehl, Strohmehl, Steinnußmehl sind begehrte Artikel geworden und finden Absatz zu unglaublichen Preisen. Noch krasseren Unfug treibt man aber mit dem Wasser als Fälschungsmittel, das sich vielfach sehr gut eignet und noch den Vorteil hat, daß es unbegrenzt zur Verfügung steht und nichts kostet. Ueberall, wo man hinblickt, ist ein Anschwellen des Wassergehaltes bemerkbar, hier in harmloser, dort wieder in dreister Menge. Mit Wasser streckt man die Milch, Wasser trifft man in übermäßiger Menge in der Wurstkonserve, im Hackfleisch, im Quark, in der Butter, in Marmelade, Fruchtmusen, Spirituosen, in der Seife. Gewisse Bewunderung mußte auch eine Butter für den Fachmann wegen der Kunst ihrer Zubereitung entlocken, zeigte sie doch einen Wassergehalt von rund 54 Prozent gegen etwa 12 bis 14 Prozent normal.

Ekelerregende Abfälle des Schlachthofes werden zu Wurst und Sulzen verarbeitet, Kehrmehl zu Brot verbacken. Tischlerleim in Puddingpulver verkauft. Angst und Sorge mancher Hausfrau veranlaßt sie zu unverhältnismäßig hohen Ausgaben für Fettersatz, Salatölersatz und andre Ersatzmittel, die ihr Dasein zum größten Teil der Angst der Städterin in bezug auf die veränderte Ernährung verdanken. Seitdem die wirklich guten Ersatzmittel in den Kreis der Bewirtschaftung einbezogen sind, zum Teil ihre Herstellung durch Beschlagnahme der Rohstoffe unmöglich gemacht ist, hat sich eine wahre Sturmflut minderwertiger Ersatzlebensmittel über die Hausfrau ergossen. Berufene und Unberufene wurden Fabrikanten, und zahllose „Lebensmittelwerke" erzielten Gewinne, die sie früher nie geträumt haben. Die Not der Zeit machte alles, selbst den offensichtlichsten Schund, absatzfähig.

Im Kapitel „Fleisch und Fleischwaren" wird mitgeteilt, daß selbst die früher nur für Futterzwecke verwendeten Abfälle, wie die Flechsen, Sehnen, das Hundefutter, staunenswerte Handelspreise erzielen. In wiederholten Fällen ist die Anstalt der Verwertung dieser Abfälle bei ihrer Verwendung zu menschlichen Nahrungsmitteln, wie Blut-, Leberwurst und Sulze, oder als Bratfleisch, entgegengetreten. Recht minderwertig erwiesen sich die Dosenkonserven, als Leberwurst bezeichnet; wurde doch bei einem verhältnismäßig hohen Wassergehalt nur geringer, selbst bis auf 1·47 Prozent herabgehender Fettgehalt ermittelt.

Zum Kapitel Brot wird berichtet: Wenn wir uns schon mit Kriegsbrot bescheiden müssen, so können trotz alledem grobe Unsauberkeit und unbegreifliche Backfehler unter keinen Umständen durch die Kriegsnotzeit entschuldigt werden. Unter den im Brot vorgefundenen Fremdkörpern sind Mäuse (zweimal), Flachsfasern, Watte, Lysol (einmal), Papier, Holz, Stroh, Gips, Kreide, Holzsplitter und Sand beobachtet worden. Unbegreiflicherweise erhielt das Brot einer großen Bäckerei etwa 0·13 Prozent Kupfer in Gestalt des Grünspans und wirkte direkt gesundheitsschädlich. Nasses, schimmel- und madenhaltiges Brot deuten auf schwere Fehler im Backbetriebe und auf großen Mangel an Sorgfalt. Auch die Eigenschaft des fadenziehenden Brotes ist wiederholt beobachtet worden.

Ein aus einem Produktengeschäft bezogener klarer Zucker enthielt zehn Prozent Mehl. Pfefferminztabletten zeigten kriegsmäßige Aufmachung und enthielten etwa 60 Prozent Schlemmkreide. Ein schwerer Unfall, der den Tod eines zwölfjährigen Mädchens nach sich zog, das Arsenik für Zucker gehalten und genossen hatte, war der Anlaß zur Nachprüfung vieler Proben ausländischer Bonbonerzeugnisse, die nicht giftig waren, aber starke Minderwertigkeit erkennen ließen. Im Pfeffer fand man bis 84·7 Prozent Asche, bis 2·1 Prozent Sand.

Unter den eingelieferten Marmeladen mußten Beanstandungen wegen zu starken, bis 73 Prozent ansteigenden Wassergehaltes gegen 45 Prozent normal, Dünnflüssigkeit, schlechten Geschmackes und vielfach auch wegen Verdorbenheit und Unsauberkeit ausgesprochen werden.

Kakao wird mit Schalengehalt, ja sogar Schalenpulver allein als Kakao in den Handel gebracht. Wie groß die auf diesem Wege betriebene Bewucherung ist, mag daraus hervorgehen, daß der Höchstpreis für ein Kilogramm Kakaoschalenpulver 4·8 Pfennig beträgt, von Soldaten und Offizieren in Belgien aber mit 48 Mark für ein Kilogramm bezahlt wurde. Eine als „Kriegsware" bezeichnete, nußfarbig aussehende Schokolade mit geringwertigem Geschmack enthielt an Stelle zugesetzter Kakaobutter ölartige Mandelmasse.

Die durch gerichtliche Entscheidungsurteile ausgeworfenen Geldstrafen erreichten in den Fällen, in denen Beamte der Chemischen Untersuchungsanstalt als gerichtliche Sachverständige tätig waren, die Höhe von 37,800 Mark gegen 17,365 Mark im Vorjahre. Auf Freiheitsstrafen wurde erkannt 1916 in neun Fällen, 1917 in zwölf Fällen.

Vossische Zeitung 22/VIII. 1918.

174

Brotbereitung ohne Mehl.

Ein neues Verfahren der Brotherstellung.

Untrennbar in unserer Vorstellung ist Brot mit Mehl, ist Mehl mit mahlender Mühle verknüpft. Die Möglichkeit, Brot zu backen aus dem Korn, ohne die Zwischenstufe Mehl, zeigte heute vormittag eine Besichtigung der Vollbrot-Verwertungsgesellschaft m. b. H., in der die Brotbereitung nach dem neuen Großschen Verfahren gezeigt wurde.

In drei bis vier Stunden entsteht aus dem Getreide, so wie es vom Bauern kommt, ein äußerst nahrhaftes Brot, das sich im Geschmack von unserem besten Kriegsbrot nicht unterscheidet. Die neue Art der Brotbereitung besteht in der Ausschaltung der Mühle. Das ungereinigte Korn wird etwa 20 Minuten lang in einem Schlagwerk unter Zufluß auf 60 bis 65 Grad erhitzten Wassers geschüttelt. Drei Dinge besorgt diese von kreisenden Schlägern erfüllte Trommel: die Körner werden gründlich gereinigt, die äußersten Schalen werden entfernt und das Zellgewebe wird gelockert und damit zur weiteren Verarbeitung aufgeschlossen. Das roh entschälte Korn gleitet jetzt durch ein Walzwerk und sinkt aus dem letzten Walzenpaar backreif als ein feuchtes, gewebeartiges Band in die Mulden. Die ersten Walzen laufen langsam und zerquetschen die Körner zu flachen Scheiben, die Quetschung wird schärfer und feiner, bis das Getreide in zähen Teig verwandelt ist. Die Walzen eines Paares laufen mit verschiedener Geschwindigkeit; diese technische Einzelheit verlängert die Lebensdauer der Walzen und gibt die Möglichkeit, die Feinheit der Quetschung genau einzustellen. Der Kornteig wird in einer Knetmaschine mit Sauerteig und Salz durchgewirkt und wandert nun in die Oefen. Die — übrigens verblüffend einfache — Maschinenanlage des neuen Verfahrens kann also an jede Bäckerei angeschlossen werden.

Die Vorzüge der neuen Brotbereitung sind unverkennbar: die gesundheitlich einwandfreie Herstellung des Backgutes — keine Menschenhand kommt mit dem Teig in Berührung —, die volle Ausnutzung des Getreides und die Ersparnis jeder Beförderung und Aufbewahrung, die die Müllerei in sich schließt. Ein paar Zahlen über die Ausbeute-Ergebnisse des Großschen Verfahrens: 100 Kilogramm Getreide geben eine Ausbeute von 148 Kilogramm Brot (das Getreide wird auf 99 v. H. ausgenutzt); im Müllerei-Verfahren ergeben 100 Kilogramm Getreide, bei der von der Reichsgetreidestelle vorgeschriebenen Ausmahlung auf 96 v. H., nur 132,48 Kilogramm Brot. Der Gewinn bei 100 Kilogramm Getreide beträgt also 15,52 Kilogramm. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen ist das so hergestellte Vollkornbrot gleichwertig dem auf 80 v. H. ausgemahlten, besten Friedensmehl.

Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil ergibt sich aus der Vermeidung der Mehlbeförderung und -aufbewahrung; alle Verluste durch Dumpfigwerden von Mehlvorräten wie auch das sonst bei der Müllerei und Mehlbäckerei ausfallende Staub- und Fußmehl werden erspart. Durch die Einfachheit der Anlage verringern sich die Kosten der Brotbereitung, und eine Verbilligung unseres Hauptnahrungsmittels dürfte besonders für die Zukunft von großer Bedeutung werden.

Uebrigens verarbeitet das neue Verfahren auch dumpfes Getreide zu einwandfreiem Brotteig, so daß auch diese Verluste, die besonders jetzt im Kriege zuweilen sehr schmerzlich waren, fortfallen. Die Erreger der Dumpfheit werden in dem Schlagwerk vollkommen beseitigt. Die Großsche Anlage kann auch auf Mehlbereitung eingestellt werden: der aus dem Walzwerk kommende Kornteig wird über Heißluftwalzen geleitet und gibt, getrocknet und gerieben, ein feines Mehl, das das weißeste Weizenmehl an Nährwerten noch übertrifft.

Die Vorzüge des Großschen Verfahrens sind — zwanzig Jahre lang hat der Erfinder an seiner Anlage gearbeitet — jetzt anerkannt, und die Heeresverwaltung hat zur Bereitung des Militärbrotes einige Maschinen im Betrieb, die sich sehr gut bewährt haben. Wenn nur 20 v. H. aller Deutschen — so ergibt eine wirtschaftliche Berechnung — dieses „Gromiti-Brot" essen würden, bedeutete das eine Ersparnis von 21 Millionen Zentnern Brotgetreide jährlich! —igk.

Neues Pester Journal
22./VIII. 1918

D
22

175

Ernährung und Versorgung.

Die Kartoffelversorgung.

Kopfquote für Produzenten 120—160 Kilogramm, für Verbraucher 100 Kilogramm. — Die Belieferung Budapests. — Schwierigkeiten in der Zufuhr.

Eine gute Kartoffelerntung ist uns in diesem Jahre beschieden, das feuchtwarme Wetter war dem Gedeihen dieser Knollenpflanze, ausgenommen einige Notstandsgebiete, dienlich. Im Laufe der Kriegszeit hat sich in Ungarn eine Verschiebung im Verbrauch von Mehl und Kartoffeln zugunsten des letzteren Nahrungsmittels vollzogen. Ehedem war unsere Ernährung hauptsächlich auf den Genuß von Mahlprodukten eingestellt; die Kartoffeln spielten nur eine untergeordnete Rolle im Verpflegswesen. Durch die staatliche Bewirtschaftung der Kornfrüchte, die Rationierung des Verbrauches von Mehl und die hiemit verbundene, von staatswegen angeordnete Einschränkung des Genusses von Mahlprodukten sind die Kartoffeln an die erste Stelle unserer Nahrungsmittel getreten.

Gestern hat das Amtsblatt die Verordnung des Ernährungsministers Prinzen Ludwig Windischgrätz über die Regelung des Verkehrs und des Verbrauches von Kartoffeln veröffentlicht. Es sollte dies ein Wirtschaftsplan sein, der die Rationen der durch die Kriegsverhältnisse unentbehrlich gewordenen Kartoffeln den Verbrauchern zuweist. Wir haben bei der Wiedergabe des Inhaltes der Verordnung sofort darauf hingewiesen, es sei auffallend, daß sie keinerlei Angaben über die Höhe der Rationen, die den Verbrauchern zugewiesen werden, enthält. Wie wir nun heute erfahren, sind keine einheitlichen Kartoffelrationen für die einzelnen Munizipien festgesetzt worden, sondern verschiedenartige, die hier niedriger, dort höher bemessen sind. Ueber diesen Punkt der Kartoffelverordnung, sowie über das Problem der Kartoffelversorgung Budapests äußerte sich heute der Leiter der Kartoffelsektion des Landes-Ernährungsamtes, kön. ung. Oberstaatsanwalt Dr. Theodor Guthy gegenüber einem unserer Mitarbeiter:

„Die Kartoffelverordnung des Ernährungsministers Prinzen Ludwig Windischgrätz enthält aus dem Grunde keine näheren Bestimmungen über die Kopfquoten an Kartoffeln für Produzenten und Verbraucher, weil diese nicht einheitlich für das ganze Land festgestellt wurden. Die ersten Beamten der Munizipien haben gleichzeitig mit der Verordnung eine besondere Weisung erhalten, welche Kartoffelmengen von den Produzenten für den Haus- und Wirtschaftsbedarf zurückgehalten werden dürfen und wie hoch das Quantum ist, das für Konsumenten per Wirtschaftsjahr freigegeben wird. Vorausgeschickt sei, daß bei einem Wirtschaftsjahre nicht zwölf, sondern nur zehn Monate in Betracht zu ziehen sind, da im Juli 1919 bereits Frühkartoffeln da sind. Die Kopfquote der Produzenten bewegt sich zwischen 120 und 160 Kilogramm Kartoffeln per Kopf und Wirtschaftsjahr. Für die Verbraucher wurde durchschnittlich eine Kartoffelmenge von 100 Kilogramm per Kopf und Wirtschaftsjahr bewilligt. Die Modalitäten der Kartoffelversorgung Budapests werden durch eine besondere Verordnung geregelt werden. Laut den bisherigen Plänen dürften in diesem Wirtschaftsjahre mehr Kartoffeln als in dem abgelaufenen zur Abgabe gelangen. Die Kopfquote wird ungefähr 120 Kilogramm per Wirtschaftsjahr oder 12 Kilogramm per Monat betragen. Wir hegen die Absicht, es den Budapestern zu ermöglichen, daß sie ihren Bedarf für das ganze Wirtschaftsjahr hier eindecken können. Es ist auch von der Möglichkeit die Rede, daß die verschiedenen Einkaufsgruppen von dem kommunalen Gemüsebetriebe der Hauptstadt Budapest, der eine Kartoffelverteilungsstelle besitzt, versorgt werden. Die Beschaffung von Kartoffeln in der Provinz auf Grund von Einkaufszertifikaten hat das Landes-Ernährungsamt den Budapestern aus verschiedenen Ursachen verboten. Der direkte Einkauf ist gar nicht zweckdienlich, da er mit vielen Unkosten verbunden ist. Die Landwirte fordern oft mehr als die Höchstpreise; dann die Zustreifungsgebühren von dem Produktionsorte zur Aufgabestation und die Transportkosten vom Budapester Bahnhofe in die Wohnung. Während der Verfrachtung können Diebstähle vorkommen. Selbst bei der Aufbewahrung der Kartoffeln besteht oft Gefahr, daß sie verderben. Das Landes-Ernährungsamt wird also die Versorgung Budapests mit Kartoffeln selbst durchführen."

Die Absicht des Landes-Ernährungsamtes, den Kartoffelbedarf der Budapester für das ganze Wirtschaftsjahr auf einmal abzugeben, ist gewiß löblich und entspricht auch den Wünschen vieler Verbraucher, die der Kartoffelsorgen enthoben sein wollen. Aus bahntechnischen Ursachen wird aber dieser Plan schwer durchzuführen sein. Vor Augen muß gehalten werden, daß die Kartoffelzufuhren nach Budapest in der Zeit von Ende September bis Anfangs Dezember vor sich gehen müssen, damit sie nicht in die Frostperiode fallen, wo die Sendungen dem Erfrieren ausgesetzt sind. Zur Versorgung der Einmillionenstadt Budapest sind bei einer Quote von 120 Kilogramm Kartoffeln pro Wirtschaftsjahr 10,000—12,000 Waggons für Zufuhr der Kartoffeln nötig. Diese Waggons werden die Zentral-Transportleitung und die kön. ungar. Staatsbahnen sehr schwer freigeben. Falls eine forcierte Kartoffelbelieferung Budapests dennoch in die Wege geleitet wird, hat diese gesteigerte Inanspruchnahme des Waggonparks der kön. ung. Staatsbahnen auf die Lieferung von Kohle und Brennholz nach Budapest Einfluß: Stockungen können in den Wintermonaten katastrophale Formen annehmen. Auch muß in Betracht gezogen werden, daß die Monate September, Oktober und November Ablieferungstermine für Getreide, Mehlprodukte und Zuckerrüben bilden. Es ist daher bei der Versorgung Budapests mit Kartoffeln für das ganze Wirtschaftsjahr mit sehr großen Schwierigkeiten zu rechnen, was wohl zur Folge haben wird, daß das Landes-Ernährungsamt einen neuen Plan feststellen wird.

*

Wie wir erfahren, findet am Mittwoch, 28. d., im Landes-Ernährungsamte eine Konferenz in Angelegenheit der Kartoffelversorgung Budapests statt. Die Wirtschaftssektion der Hauptstadt Budapest hat einen besonderen Versorgungsplan ausgearbeitet, der in dieser Konferenz zur Beratung gelangen wird.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
22./VIII. 1918

a 22
176

Der Wiener-Neustädter „Grenzzwischenfall".

Beim Kartoffelschmuggel aus Ungarn angeschossen.

Vor wenigen Tagen wurde berichtet, daß am 10. d. bei Neudörfl ungarische Grenzorgane auf zwei Wiener-Neustädter geschossen und einen davon tödlich getroffen haben. Das ungarische Amtsblatt („Magyar Tudosito") will nun nach Informationen von zuständiger Seite feststellen, daß weder das Grenzpolizeikommando, noch die Oedenburger Finanzwache irgendeine Meldung über den Vorfall erhalten habe und das Ungarische Telegraphenkorrespondenzbureau bestreitet die Tatsache überhaupt, weil eine Berichterstattung hätte erfolgen müssen, wenn ein Gebrauch der Waffe vorgefallen wäre.

Dagegen steht nun, wie uns aus Wiener-Neustadt berichtet wird, ein im dortigen Stadtrate von Dr. Fritzer mit den vier Geführten des Erschossenen aufgenommenes Protokoll, in dem sie angeben: Wir gingen alle fünf auf einem Feldwege nördlich von Neudörfl fort, in der Absicht, den sogenannten Mühlbach zu durchwaten und dann wieder zurück zur Leithabrücke auf der Neudörflerstraße zu gehen. Wir mußten die Rucksäcke ans andre Ufer werfen, und dann kriechoch das Wasser übersetzen. Als wir den Mühlbach überquert hatten, schlugen wir die Richtung gegen die Leithabrücke ein. Da sahen wir in einer Entfernung von etwa einem Kilometer zwei ungarische Finanzwachleute. Sie liefen nach unsrer Meinung einem Manne nach, der sich in kurzer Entfernung von ihnen ebenfalls in der Nähe der Leithabrücke befand. Als wir die Gendarmen bemerkten, liefen wir, mit den Rucksäcken bepackt, alle fünf zum Leithafluß. Dort ist die Leitha gegen 20 Meter breit und brusthoch tief. Wir wurden alle mitsamt den Kartoffeln bis zur Brust naß. Als ich an das Ufer kam, warf ich das Rad hinauf, ebenso auch den Rucksack. Da hörte ich knapp hintereinander zwei Schüsse. Ich sah mich nicht um, sondern versteckte mich gleich in einem Gebüsche. Darauf hörte ich gleich schreien: „Au weh', au weh', ich bin getroffen!" Ullreich war hinter mir. Krumpholz sah ihn das Ufer ersteigen. Beim Hinaufsteigen schrie er, daß er einen Schuß bekommen hätte. Waldherr und Halwax fanken infolge des Schreckens im Wasser, so daß Krumpholz den Waldherr herausziehen mußte. Halwax kam selbst heraus. Wir kamen dann alle fünf am Ufer zusammen.

Wir sahen den Ullreich an der linken Hüfte mit einer fingergroßen Schußwunde. Er konnte sich noch mühsam eine Viertelstunde weit bis zu einem Gasthause mit unsrer Hilfe bewegen. Während wir am Ufer mit Ullreich die Wunde besahen, standen die beiden Finanzorgane am andern Ufer, einer mit dem Revolver in der Hand zur Erde gesenkt, und schauten herüber. Der eine hatte einen graugelben Kautschukmantel, der andre einen feldgrauen Mantel. Beide trugen grüne Offiziersfaxxen."

Soviel aus dem Inhalte des Protokolls, das vom Stadtrat an das Statthaltereipräsidium eingesendet wurde. Dieser Bericht betont, daß auch Ullreich noch einvernommen werden konnte, der ebenfalls aussagte, daß die ungarischen Grenzorgane ohne Haltruf geschossen haben, als die fünf Arbeiter schon das österreichische Ufer betreten hatten.

Begreiflich ist, daß der Fall auch den Wiener-Neustädter Gemeinderat beschäftigte und schärfste Rufe nach Abhilfe laut wurden. So sprach ein sehr kühl und ruhig denkender Stadtrat in öffentlicher Sitzung: „Wenn ich noch auf die ungarische Grenzwache zurückkommen will, so will ich sagen, die ungarischen Finanzer sollen sich in acht nehmen. Wir werden Abwehrmaßregeln finden. Es sind genügend Leute da, die diese Abwehrmaßregeln einzuleiten und zu fördern imstande sind. Wenn es auch knapp geworden ist, so haben wir noch genug Pulver und Blei, um unsre Landeskinder vor solchen meuchlerischen Angriffen der ungarischen Finanzorgane zu schützen. Es ist höchste Zeit, daß sie sich in acht nehmen."

Also Grenzkrieg im vollsten Sinne des Wortes?

Österr. Volkszeitung
23./VIII. 1918

177

Beim Kartoffelschmuggel angeschossen.

Der Kleinkrieg an der ungarischen Grenze.

Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß am 10. d. bei Neudörfl ungarische Grenzorgane auf zwei Wiener-Neustädter geschossen und einen davon tödlich getroffen haben. Das ungarische Amtsblatt will nun nach Informationen von zuständiger Seite feststellen, daß weder das Grenzpolizeikommando noch die Oedenburger Finanzwache irgendeine Meldung über den Vorfall erhalten habe und das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau bestreitet bekanntlich die Tatsache überhaupt, weil eine Berichterstattung hätte erfolgen müssen, wenn ein Gebrauch der Waffe vorgefallen wäre. Dagegen steht, wie uns aus Wiener-Neustadt gemeldet wird, ein im dortigen Stadtrate von Dr. Fritzer mit den vier Gefährten des Erschossenen aufgenommenes Protokoll, in dem sie angeben:

Wir gingen alle fünf auf einem Feldwege nördlich von Neudörfl fort, in der Absicht, den sogenannten Mühlbach zu durchwaten und dann wieder zurück zur Leithabrücke auf der Neudörflerstraße zu gehen. Wir mußten die Rucksäcke ans andere Ufer werfen, und dann kniehoch das Wasser übersetzen. Als wir den Mühlbach überquert hatten, schlugen wir die Richtung gegen die Leithabrücke ein. Da sahen wir in einer Entfernung von etwa einem Kilometer zwei ungarische Finanzwachorgane. Sie liefen nach unserer Meinung einem Manne nach, der sich in kurzer Entfernung von ihnen ebenfalls in der Nähe der Leithabrücke befand. Als wir die Gendarmen bemerkten, liefen wir, mit den Rucksäcken bepackt, alle fünf zum Leithafluß. Dort ist die Leitha gegen 20 Meter breit und brusthoch tief. Wir wurden alle mitsamt den Kartoffeln bis zur Brust naß.

Als ich an das Ufer kam, warf ich das Rad hinauf, ebenso auch den Rucksack. Da hört ich knapp hintereinander zwei Schüsse. Ich sah mich nicht um, sondern versteckte mich gleich in einem Gebüsche. Darauf hörte ich gleich schreien: „Au weh', au weh', ich bin getroffen!" Ullreich war hinter mir. Krumpholz sah ihn das Ufer ersteigen. Beim Hinaufsteigen schrie er, daß er einen Schuß bekommen hätte. Waldherr und Halwax sanken infolge des Schreckens im Wasser, so daß Krumpholz den Waldherr herausziehen mußte. Halwax kam selbst heraus. Wir kamen dann alle fünf am Ufer zusammen. Wir sahen den Ullreich an der linken Hüfte mit einer fingergroßen Schußwunde. Er konnte sich noch mühsam eine Viertelstunde weit bis zu einem Gasthause mit unserer Hilfe bewegen. Während wir am Ufer mit Ullreich die Wunde besahen, standen die beiden Finanzorgane am anderen Ufer, einer mit dem Revolver in der Hand zur Erde gesenkt, und schauten herüber.

Soviel aus dem Inhalt des Protokolls, das vom Stadtrat an das Statthaltereipräsidium eingesendet wurde. Dieser Bericht betont, daß auch Ullreich noch einvernommen werden konnte, der ebenfalls aussagte, daß die ungarischen Grenzorgane ohne Haltruf geschossen haben, als die fünf Arbeiter schon das österreichische Ufer betreten hatten. Begreiflich ist, daß der Fall auch den Wiener-Neustädter Gemeinderat beschäftigte und schärfste Rufe nach Abhilfe laut wurden.

Die Zeit Abendbl
24./VIII. 1918

178

(Schleichhandel mit Mehl und Salami.) Am 17. d. kam dem Polizeikommissariat Margareten eine vertrauliche Mitteilung zu, daß im Geschäft des Geflügelhändlers Matthias Kowac, Wiedener Hauptstraße Nr. 118, Schleichhandel getrieben werde. Eine Hausdurchsuchung wurde vorgenommen, und bei dieser wurden 150 Kilogramm Mehl und 40 Kilogramm Salami sichergestellt. Die Geliebte des Kowac, Marie Hammersdorfer, wurde einvernommen und gab an, daß die Lebensmittel von Kowac im Verein mit mehreren Soldaten, die aus Budapest zugereist sind, eingelagert worden seien. Im Geschäft wurden ferner sechs leere Rucksäcke sowie zehn leere Reisekörbe und Koffer beschlagnahmt. Es liegt der Verdacht vor, daß Kowac Mehl und Salami im Schleichhandel erworben hat, um sie weiter zu veräußern. Die Amtshandlung ist eingeleitet.

Die Zeit
24. VIII. 1918

Ungarns Mehllieferungen.

Unregelmäßigkeiten bei den Intendanturen.

Aus Budapest, 24. d., wird uns telegraphiert:

Bekanntlich hat die ungarische Regierung die Verpflichtung übernommen, den ganzen Mehlbedarf der Armee zu decken; außerdem muß Ungarn auch für die besetzten Gebiete Albaniens und Montenegros und für die Zivilbevölkerung Oesterreichs Mehlkontingente überlassen.

Dieser Verpflichtung kommt Ungarn pünktlich nach. Derzeit werden täglich 200 Waggons Mehl der Armee überlassen, die die verschiedenen Intendanturen übernehmen. Es besteht nun darüber keine Kontrolle, auf welche Art die Intendanturen das ungarische Mehl verwenden. Der vollständige Mangel an Kontrolle ist die Ursache großer Unregelmäßigkeiten.

Von ungarischer Seite kann festgestellt werden, daß die Leiter der Intendanturen, die hauptsächlich Tschechen sind, das Mehl, das ausschließlich für militärische Zwecke überlassen wurde, in sehr bedeutenden Mengen der Zivilbevölkerung Oesterreichs zur Verfügung stellen.

Da Ungarn nur deshalb der Armee Mehl zur Verfügung stellt, um die Wehrfähigkeit der Armee zu steigern, kann Ungarn nicht dulden, daß von diesem für die Armee bestimmten Mehlkontingent zivile Bevölkerungskreise beliefert werden.

Wie der Az Est heute meldet, verlangt eine Anzahl Abgeordneter die Einberufung des Abgeordnetenhauses zu einer außerordentlichen Tagung, deren einziger Gegenstand die Manipulationen mit dem Mehl bilden. Jedenfalls wird diese Angelegenheit in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses zur Sprache gebracht werden.

Ostdeutsche – Rundschau
25. VIII. 1918.
180

Die Erhöhung der Brotpreise.

Die amtliche Erhöhung der Preise für das wichtigste Nahrungsmittel ist trotz aller in dieser Frage erstatteten Vorschläge und erhobenen Proteste durchgeführt worden, und zwar in einem Umfange, der Erregung und Erbitterung hervorrufen mußte, weil er sich auch durch die amtliche Begründung nicht rechtfertigen läßt.

Nach der amtlichen Erklärung stellt sich der Gestehungskostenpreis bei Weizenmehl samt allen Auslagen auf 83 K. 30 H., so daß die amtliche Erklärung nur einen Ueberschuß von 23 K. 25 H. zugibt. Nach dieser amtlichen Erklärung wurden die Kosten, wie folgt, kalkuliert:

	Kronen
Gestehungskosten des Getreides	55.—
An Druschprämien pro Zentner im Durchschnitt	3.80
An Aufbringungskosten	4.50
An Sonderzuschlägen für kriegsbeschädigte Gebiete im Durchschnitt pro Zentner Getreide	7.50
An Fracht und Spesen vom Produktionsorte zur Mühle	2.—
Regie der Kriegsgetreideverkehrsanstalt	—.50
Vermahlungskosten samt Säckeleihgebühr und Abfuhrspesen	8.—
Mehlfracht von der Mühle in den Konsumort	2.—
Summe	83.30

Diese Kalkulation muß zur Kritik Anlaß geben. Denn die Aufbringungskosten erscheinen in derselben mit 4 K. 50 H. eingestellt, während tatsächlich — und zwar erst seit der neuen Ernte — nur 1 K. 50 H. für General- und Subkommissionäre zusammen gezahlt werden. Was geschieht mit den restlichen 3 Kronen? Kostet unsere Flächenaufnahme und Ernteschätzung mit den von jedem Fachmann angezweifelten Zahlen 30 Millionen Kronen (10 Millionen Zentner aufgebrachter Frucht mal 3 K.)? Oder werden diese Beträge für die Vorratsaufnahmen und Requisitionen ausgegeben, die doch keinen Zweck haben, weil aus den bekannten tschechischen Gebieten Mittelmährens und Mittelböhmens doch nichts herausgebracht wird? Oder sollen sich die Angaben deutschböhmischer Blätter, wonach politische Beamte Tausende von Kronen an Aufbringungsprämien erhalten haben, bewahrheiten? Jedenfalls müssen Konsumenten und Produzenten über diese Post entsprechende Aufklärung verlangen.

Die Regie der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist mit 50 H. einkalkuliert. Ein Betrag, der ebenfalls nicht übergangen werden kann, wenn man berücksichtigt, daß anläßlich der geplanten Mehlpreiserhöhung im Jänner 1916 in der etwas stürmischen Sitzung des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt am 20. Jänner 1916 mit allem Nachdrucke erklärt wurde, daß die Regie der Kriegsgetreideverkehrsanstalt samt allen Zinsenverlusten und einschließlich der zu leistenden umfangreichen statistischen Erhebungen nur 17.74 H. für den Zentner beträgt. Wenn also einschließlich der oben bemängelten Aufbringungskosten von 4 K. 50 H. die Gesamtregie der Getreidebewirtschaftung 5 K. oder beinahe 10 v. H. des Getreidewertes beträgt, dann darf man sich nicht wundern, daß kein Mensch von einer solchen Regierung entzückt ist.

Auch die Mahlgebühren erscheinen in der neuen Kalkulation mit 8 K. einkalkuliert, während ich im Mai in dem Artikel „Die Versorgung der Bevölkerung bei Kriegsproduktion" noch eine Kalkulation der Kriegsgetreideverkehrsanstalt veröffentlichen konnte, nach welcher dieselben Spesen, die heute mit 8 K. veranschlagt sind, mit 4 K. 65 H. ausgewiesen wurden. Der Raubzug der Mühlen auf die Taschen der Konsumenten geht also trotz aller staatlichen Bestimmungen ruhig weiter. Man wird vielleicht einwenden, daß die riesige Verteuerung der Kohle diese Erhöhung begründet. Warum hat man aber die zahlreichen Wassermühlen aus dem Vertragsverhältnisse mit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ausgeschieden, ein Monopol der Großmühlen geschaffen und einen wichtigen Vertreter des Mittelstandes staatlich zu Grunde gerichtet?

Auch der als Kriegszuschlag für kriegsbeschädigte Gebiete eingesetzte Betrag von 7 K. 50 H. für den Zentner Frucht ist keineswegs gerechtfertigt, um so mehr, als im Vorjahre kein Körndel Getreide von Galizien erhalten haben und auch heuer uns diesbezügliche Hoffnungen nicht machen brauchen, wenn wir vor Enttäuschungen bewahrt sein wollen. Die Aufbauaktion in Galizien muß durchgeführt werden. Aber an deren Kosten müssen alle Staatsbürger, und zwar nach ihren Vermögensverhältnissen beitragen und es dürfen dieselben nicht auf die von der Brotkarte zehrenden Mägen aufgeteilt werden. Ungerechtfertigt ist es auch, daß der polnische Großgrundbesitzer in Galizien amtlich 160 K. für seinen Weizen erhält, der tschechische Bauer denselben im Schleichhandel um 800 K. verkauft und der deutsche Bauer mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln zur Lieferung um den Höchstpreis von 56 K. gezwungen wird.

Auch die Frachtkosten für Getreide und Mehl brauchten nicht je 2 K. ausmachen, wenn man auf den Waggonmangel Rücksicht nehmen und endlich mit dem Herumschicken des Getreides von Nord nach Süd, von Ost nach West und umgekehrt aufhören möchte.

Die ungarische Regierung hat für das heurige Wirtschaftsjahr Brotmehl mit 50 H. und Kochmehl mit 30 H. festgesetzt, dafür aber, um trotz der höheren ungarischen Uebernahmspreise nicht darauf zahlen zu müssen, das Backmehl mit 296 K. 50 H. für den Zentner bestimmt. Dafür wird unsere österreichische Regierung dieses Mehl von Ungarn, das ihr nach der amtlichen Erklärung samt Fracht und Säckeabnützung auf 310 K. zu stehen kommt, kaufen und mit 250 K. abgeben, so daß 6000 K. pro Waggon aufgezahlt werden. Nun hat der Mittelstand und die Arbeiterbevölkerung weder in der Stadt noch am Lande im Vorjahre ungarisches Weizenmehl erhalten und wird auch heuer vergebens auf solches warten. Aber zahlen müssen sie, so oft sie Brot- oder Kochmehl kaufen auf das Defizit, weil es einkalkuliert ist.

Interessant sind diese Zahlen der amtlichen Begründung der Preiserhöhung und überaus lehrreich. Sie zeigen zunächst, daß es viel vernünftiger ist auf Hebung der inländischen Erzeugung zu sehen, als auf das teure Getreide des Auslandes angewiesen zu sein. Sie zeigen aber auch, daß die von den deutschen landwirtschaftlichen Kreisen wiederholt vorgeschlagene Kontingentierung der Getreideaufbringung, die die Gewähr gibt, daß alle Gebiete ihrer Verpflichtung zu Höchstpreisen nachkommen, einzig und allein eine bessere und billigere Aufbringung ermöglicht und damit die Versorgung aus der inländischen Produktion wenigstens halbwegs sicherstellt. Sie zeigen aber auch, daß es unbedingt geboten erscheint, daß der Abbau der Kriegszentralen unter vermehrtere Heranziehung der Erzeuger- und Konsumentenorganisation ehestens vorbereitet werden muß und daß unnachgiebig die Forderung nach Veröffentlichung der Gesamtgebarung der Kriegszentralen am Schlusse eines jeden Rechnungsjahres zu erheben ist.

Genossenschaftsinstruktor Franz Hilmer, Brünn.

Österr. Volkszeitung
26./VIII. 1918

181

60 Kronen das Kilo Gebäck.

Massenbeschlagnahmen von Weißmehlbäckereien.

Wie wir erfahren, sind in den letzten Tagen scharfe behördliche Revisionen von Zuckerwarenbetrieben und „fliegenden" Zuckerwarenverschleißen, ferner auch von Gemischtwarenverschleißen erfolgt, wobei große Mengen von Weißmehlbäckereien, teils ungarischer, teils galizischer Herkunft, auch allerlei Konditen wegen Ueberschreitung der Höchstpreise beschlagnahmt worden.

Die Aktion erfolgte durch Organe des Kriegswucheramtes in allen Bezirken. Es ergaben sich geradezu ungeheuerliche Preisüberschreitungen. So wurde in manchen Fällen für Backwerk aus Edelmehl ein Preis von 60 H. per Deka verlangt, was einem Kilogrammpreise von 60 K. entspricht. Die beschlagnahmten Bäckereien sind einstweilen bei den magistratischen Bezirksämtern hinterlegt worden.

Ein im zweiten Bezirk befindlicher „Zuckerlkost" mußte fast seine ganze Ware wegen großer Höchstpreisüberschreitung ausliefern. Außer der Beschlagnahme werden nach den bestehenden Vorschriften auch Arreststrafen über die Schuldtragenden ausgesprochen werden. Die magistratischen Bezirksämter hatten schon in den letzten Wochen Hunderte von Anzeigen wegen Bäckereiverkaufes zu Wucherpreisen erstattet. Es handelt sich durchweg um Ware, deren Qualität nicht [illegible] entferntesten im Verhältnis zu den dafür geforderten Preisen stand. Auch „ungarische Zuckerln" sind mit außerordentlichen Preisaufschlägen verkauft worden. Sie sind, nach Mitteilungen von Fachleuten, größtenteils — österreichischer Herkunft und vorher erst nach Ungarn geschmuggelt worden.

Neues Wiener Tagblatt
27./VIII. 1918

182

Die Approvisionierung im Kriege.

Mehlumrayonierung.

Anläßlich der am 28. September erfolgenden Neuausgabe von Lebensmittelkarten ist eine Umrayonierung für den Mehlbezug gestattet, wenn die Bewerber den Wunsch hienach ihrer Brotkommission spätestens am 14. September mitteilen. Die Umrayonierung kann von einer städtischen Abgabestelle zu einer Konsumentenorganisation oder umgekehrt erfolgen. Umrayonierungen von einer städtischen Abgabestelle zu einer andern sind nur im Falle einer Uebersiedlung gestattet.

Österr. Volkszeitung
27./VIII. 1918

183

Das verteuerte Brot.

Wer bei der Preiserhöhung am meisten gewinnt.

Wer bei der Brotpreiserhöhung am besten abschneidet, erfährt man aus Aeußerungen des führenden deutschagrarischen Abgeordneten Josef Goll. Er äußerte sich zu dieser Frage folgendermaßen:

„Im vorigen Jahre erhielt der Bauer für 100 Kilogramm Brotgetreide durchschnittlich 37 K., jetzt 55 K., es ergibt sich daher ein Mehrerlös von 18 K. oder 31 Prozent. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ließ sich im vorigen Jahre für die 98 Dkg. Mehl, die zur Erzeugung eines Einheitslaibes benötigt werden, 39·6 H. zahlen, heuer dagegen 91·8 H., daher 131 Prozent mehr. Als Zuschlag durften im vorigen Jahre die Brotfabriken 32·4 H. berechnen, gegenwärtig jedoch 64·2 H., was ebenfalls ein Mehr von fast 100 Prozent ergibt. Man ersieht daraus sofort, wer bei der durchgeführten Brotpreiserhöhung am meisten gewinnt. Dem Mehrerlös des Bauern von 31 Prozent steht eine Mehrforderung der Broterzeugung von fast 100 Prozent, der Kriegsgetreideverkehrsanstalt sogar 131 Prozent gegenüber oder in Hellern ausgedrückt, der Bauer bekommt durch die Brotpreiserhöhung von einem Laib rund zehn Heller mehr als voriges Jahr, der Bäcker und die Brotfabriken 31·8 Heller und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt 52·2 Heller.

Würden die beiden Letztgenannten auch nur 31 Prozent mehr bekommen, so käme der Brotpreis eben nur auf 93, statt wie jetzt 156 H. zu stehen, also um 63 H. weniger. Die Bäcker würden in diesem Falle auch nur 10 H. als Zuschlag berechnen dürfen, die Kriegsgetreideverkehrsanstalt zum Mehrpreis für die erforderlichen 93 Dkg. aber auch nicht mehr als 11 H. Weshalb von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt gleich 131 Prozent auf ihren vorjährigen Verkaufspreis aufgeschlagen wurden, ist bis jetzt noch nicht eindeutig klargestellt.

Wenn daher in den von verschiedener Seite erhobenen Protesten die Landwirtschaft für die Preiserhöhung verantwortlich gemacht wird, so richten sich diese Proteste an eine ganz falsche Adresse, denn nachgewiesenermaßen kann bei Zugrundelegung der behördlich festgesetzten Getreidepreise unter Anrechnung eines für alle gleichen prozentuellen Gewinnanteiles ein Brotpreis in der festgesetzten Höhe nicht gerechtfertigt werden. Es liegt daher die Ursache der Brotpreiserhöhung einzig und allein in der Preiserstellung unseres gänzlich verkehrten Wirtschaftssystems."

Schwierigkeiten in der Versorgung.

Dem seit Mitte dieses Monats geltenden und auf das Doppelte erhöhten Preis entspricht die Qualität des Brotes in keiner Weise. Es ist in der letzten Zeit vielfach unangenehm aufgefallen, daß das Brot im frischen Zustand schwammig und klebrig ist, so daß es sich schwer zerschneiden läßt und vielfach die Brotkrumen an den Messern kleben bleiben. Dies rührt daher, daß infolge der schlechten Witterung der letzten Zeit das Getreide nicht genügend getrocknet werden konnte und daher mit überaus starkem Feuchtigkeitsgehalt gemahlen werden mußte. Ein weiterer Umstand, der für die Herstellung des Brotes nicht günstig ist, ist der, daß wir vorläufig fast nur Roggen und keine Weizenbeimischung besitzen. Weizen wird erst im September in genügenden Mengen verfügbar sein.

Auffällig ist es, daß bisher aus Ungarn fast gar nichts an Getreide oder Mehl nach Oesterreich geliefert worden ist. Infolgedessen machen sich auch schon hie und da in der Provinz wieder Schwierigkeiten in der regelmäßigen Durchführung der ungekürzten Brotration geltend.

Die Zeit
27./VIII. 1918

184

Biskuit zu 60 Kronen pro Kilogramm.

In den letzten Tagen erfolgten scharfe behördliche Revisionen von Zuckerwarenbetrieben und von fliegenden Zuckerwarenverschleißen, ferner auch von Gemischtwarenverschleißen, wobei große Mengen von Weißmehlbäckereien (auch allerlei Konditen) wegen Ueberschreitung der Höchstpreise beschlagnahmt wurden. Es ergaben sich geradezu ungeheuerliche Wucherpreise. So wurde in manchen Fällen für Backwerk aus Edelmehl ein Kilogrammpreis von 60 Kronen verlangt. Die beschlagnahmten Bäckereien sind einstweilen bei den magistratischen Bezirksämtern deponiert worden. Ein im 2. Bezirk befindlicher „Zuckerlkiosk" mußte fast seine ganze Ware wegen enormer Höchstpreisüberschreitung ausliefern. Die magistratischen Bezirksämter hatten schon in den letzten Wochen Hunderte von Anzeigen erstattet.

Amtsblatt der Stadt Wien
27./VIII. 1918

185

Kundmachung.

(Mehlumrayonierung anläßlich der Ausstellung der neuen Mehlbezugskarte.)

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen

Mehlbezugskarte

von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Übertritt bis längstens 14. September 1918 der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission zur Vormerkung anzeigen. Die dem Übertritte entsprechende Mehlbezugskarte wird sodann zugleich mit den Lebensmittelkarten am 28. September 1918 zur Ausgabe gelangen.

Der Uebertritt von einer städtischen Mehlabgabestelle zu einer anderen städtischen Mehlabgabestelle kann nur im Falle der Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brot- und Mehl-Kommission erfolgen.

Nach dem 14. September 1918 erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebersiedlungen im Zusammenhange sind, erst mit 16. Februar 19.9 Berücksichtigung finden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 24. August 1918. 1–1

Neue Freie Presse
27./VIII. 1918

1186

[Mehlloses Brot in Deutschland.] Brot ohne Mehl herzustellen — das ist das Neueste. Die Erfinder eines neuen „Grewitt-Vollbrotes" lassen das Korn nicht in die Mühle gehen, es wird gewalzt, nachdem es vorher von der unverdaulichen äußeren Hülle befreit wurde. Die nach dem Walzen gewonnene Masse wird geknetet, der Brotteig ist, mit oder ohne Zusatz, fertig. So ist von allen traditionellen Hilfsmitteln der Brotherstellung nicht mehr übrig geblieben als Anfang und Ende: Korn und Backofen. Die Sachverständigen nennen unter den Vorzügen des so gewonnenen Vollkornbrotes besonders die um 10 Prozent höhere Ausnützungsziffer, die hygienischere Prozedur — die Hände kommen mit der Teigmasse nicht in Berührung, alles wird von der Maschine besorgt — ferner die Verbilligung gegenüber dem heutigen Herstellungspreise um etwa 25 Prozent. Die Militärverwaltung in Potsdam und eine große Konsumstelle in Stettin lassen schon täglich größere Mengen dieses Vollbrotes herstellen.

Arbeiterzeitung

27./VIII. 1917

187

* **Bitt' um ein Brot!** Bisher galt es als ein Merkmal des Ostens, daß immerfort an den Türen Bettler anklopften und um eine „milde Gabe" baten. Seit einigen Wochen sieht man jedoch insbesondere in den äußeren Bezirken Kinder und ältere Frauen, seltener Männer, scheu und verlegen von Tür zu Tür gehen. Gibt man ihnen einige Heller, bitten sie um Brot, Brot statt Geld. Die Augen bitten mehr als der Mund, der, ungewohnt zu betteln, sich gegen das Aussprechen wehrt. Das sind nicht etwa Berufsbettler; aber die Not kann sie zu solchen machen, denn man sieht ihnen das Elend an. Man spricht so viel von den hohen Verdiensten der Arbeiter, als ob die Höhe des Geldlohnes entscheidend wäre und nicht der Wert des Geldes; vor allem übersieht man dabei die große Masse jener, die weder minderbemittelt noch mindestbemittelt, sondern völlig unbemittelt sind. Was wird aus diesen erst im Winter werden? Es mag ja schrecklich sein, daß Greise nach einem arbeitsreichen Leben betteln müssen; aber weit gefährlicher ist es, wenn sich Kinder ans Betteln gewöhnen. Das muß unter allen Umständen verhindert werden.

Fremdenblatt

27./VIII. 1918

188

Zur Kartoffelversorgung.

Die Frühkartoffelernte ist längst eingebracht, jetzt werden schon allmählich Spätkartoffeln eingeheimst. In Wien besteht die Not an Erdäpfeln aber unvermindert fort. Bisher verlautet auch nichts über die Art und den Umfang der Verteilung, man weiß nur, daß die gesamte Kartoffelernte vom Staate beschlagnahmt ist. Anderswo ist Ordnung im volkswirtschaftlichen Haushalte. Aus verschiedenen Berichten greifen wir zur Kennzeichnung der Lage folgende Kunde der Dresdner Blätter heraus: In der Woche vom 25. bis 31. August werden in Dresden laut amtlichem Anschlag auf die Wochenkartoffelkarte sieben Pfund, das sind 3½ Kilogramm, Kartoffeln abgegeben; Kinder erhalten 5 Pfund. Der Pfundpreis beträgt 14 Pfennig, der Kilogrammpreis also 28 Pfennig oder in unserem Gelde beiläufig 46 Heller. In Wien kostet ein halbes Kilogramm Frühkartoffeln 46 Heller, sohin genau das Doppelte wie in der Hauptstadt des industriereichen Königreiches Sachsen, wo jeder Bewohner seine Wochenrate mit 3½ Kilogramm gewährleistet hat, während in der Residenzstadt des agrarischen Oesterreich alle drei Wochen jedem Verbraucher ein halbes Kilogramm der Knollenfrucht zu einem gegen das Vorjahr mehr als viersachen Preise verabfolgt wird!

Fremdenblatt
28/VIII. 1918

188

* (Verschärfung in der Kontrolle des Rucksackverkehrs.) Aus Tulln wird uns berichtet: Während bis zum gestrigen Tage bezüglich des Rucksackverkehrs eine ziemlich liberale Praxis geherrscht hatte und den vielen Hunderten von Wienern und Wienerinnen, die im Rucksack Kartoffeln, Gemüse, Obst usw. nach Wien brachten, nichts in den Weg gelegt wurde, setzte mit dem gestrigen Tage plötzlich eine bedeutende Verschärfung ein. Den Leuten, welche auf dem Bahnhof in Tulln oder in den anderen Stationen zwischen Tulln und Wien erschienen, mußten förmlich einen Kordon von Gendarmen und Landsturmsoldaten passieren. Alle jene, welche Kartoffeln in den Rucksäcken hatten, mußten sie, bis auf eine Menge von 5 Kilogramm, abgeben. Außerdem wurde den Leuten auch noch das Nationale abgenommen. Insbesondere auf dem Bahnhof in Tulln, wo auch jene Wiener den Zug bestiegen, die von der St. Pöltner Strecke kamen, spielten sich erregte Szenen vor Abgang jedes Zuges ab. Trotz aller Bitten wurden den Leuten die Kartoffeln abgenommen, ohne daß ihnen der ausgelegte Geldbetrag zurückerstattet worden wäre. Auch der Hinweis zahlreicher Personen, daß sie ja außer dem Gelde auch Tauschartikel den Bauern hätten bringen müssen, fand keine Berücksichtigung. Nur Obst und Gemüse wurde den Leuten belassen. Ein besonderes Augenmerk wurde darauf gerichtet, wer ungemahlenes Getreide bei sich führte. Dieses wurde ausnahmslos beschlagnahmt. — Vom Amt für Volksernährung erhalten wir hiezu folgende Mitteilung: „Der Rucksackverkehr ist als solcher gar nicht aufgehoben gewesen. Das Verbot, sich selbst durch die Bereisung der umliegenden Ortschaften Lebensmittel zu beschaffen, um sie in Rucksäcken nach Hause zu bringen, besteht unverändert fort. Wenn in der letzten Zeit diese Verordnung nicht so strenge überwacht wurde, so ist daran vor allem der Mangel an Ueberwachungsorganen und dann das Entgegenkommen einzelner Beamten schuld. Selbstverständlich kann der einzelne Beamte nicht genau nachprüfen, ob der Reisende einige Kilogramm Kartoffeln mit sich hat, aber, da es in der letzten Zeit vorgekommen ist, daß Aehren und ungemahlenes Korn von den Bauern gekauft und zum Privatgebrauch mitgenommen wurden, sind die Aufsichtsorgane angewiesen worden, einen derartigen Mißbrauch für keinen Fall zu dulden." Soweit das Ernährungsministerium. Es scheint also, daß, entgegen allen Hoffnungen der städtischen Bevölkerung, der Rucksackverkehr bald wieder sein Ende gefunden haben wird. Sollen sich die brutalen Szenen auf den Bahnhöfen, die sich im vorigen Jahre abspielten, heuer wiederholen? Ist es nicht genug daran, daß man sich aus Ungarn ein paar Kilogramm Kartoffeln mit Lebensgefahr holen kann, soll die Gendarmenhetze bei uns auch wieder beginnen? Einmal schon hat der Gemeinderat gegen diese Drangsalierung der hungernden Bevölkerung protestiert. Hoffentlich wird er auch jetzt die richtigen Worte finden, wenn sich Anlaß dazu bietet. —

Österr. Volkszeitung
28/VIII. 1918

100

Kartoffeln vom Lande.

Verschärfte Kontrolle auf den Bahnen.

Dem Rucksackverkehr ist man zu Zeiten hart zu Leibe gerückt; seit aber der Wiener Gemeinderat so energisch auf die Notwendigkeit der Eigenversorgung hingewiesen hat und Bürgermeister Dr. Weiskirchner das denkwürdige Wort sprach: „Ohne Rucksackverkehr wären wir längst verhungert!" haben die maßgebenden Männer eingesehen, daß von zwei Uebeln die Duldung des Rucksackes das kleinere ist — und duldeten ihn. So kam es, daß die Kartoffeln zwar beschlagnahmt waren, daß aber gleichfalls alltäglich soundsoviele Wiener aufs Land hinausfahren, sich vom Lande Kartoffeln mitbringen und so ihre Lebenshaltung etwas verbessern konnten.

Daß unter den Rucksackträgern auch solche waren, die die Ware mit Gewinn wieder verkauften, sei ohne weiteres zugegeben; es fragt sich nur, ob ihre Zahl so groß, der Einfluß ihres Treibens auf die Gesamtversorgung so erheblich ist, daß es sich lohnt, ihretwegen Hunderte von Wienern zu schädigen, die auf die Kartoffeln vom Lande angewiesen sind und von diesen Zuschüben ihr Leben fristen. Es scheint, daß die Behörden sich diese Frage gestellt und sie zu ungunsten des Rucksackverkehrs beantwortet haben, denn seit einigen Tagen wird gegen die Träger von Rucksäcken mit drakonischer Strenge vorgegangen. Die monatelang geübte Duldung hat sich ins Gegenteil verkehrt, und dies wieder einmal in einer Art, die sich früheren Beispielen heimischer Willkür und Kopflosigkeit würdig anreiht. Die stillschweigende Duldung wurde natürlich mißbraucht, und von einzelnen Leuten wurden Kartoffeln in Mengen nach Wien geschleppt, die Bedenken erregten; statt nun gegen diese Personen einzuschreiten, und nur gegen sie, wendet sich die plötzliche Strenge gegen alle ohne Unterschied: gegen die offensichtlichen Schleichhändler ebenso wie gegen die armen Teufel, die vielleicht ihr letztes Leinwandstück, ihren letzten Schmuck geopfert haben, um vom Bauer — der natürlich auf Tauschware besteht — die ersehnten Kartoffeln zu erhalten. Keine Spur einer individuellen Unterscheidung ist festzustellen, sondern vernunftloses Draufloskonfis-

zieren ist, wie Berichte aus den Stationen der Tullner und St. Pöltner Strecke besagen, an die Stelle der bisherigen Milde getreten. Und zwar geschah dies ohne jede eigentliche vorherige Ankündigung und traf daher die Leute vollständig unvorbereitet. Wenn die Behörde die Ueberzeugung hat, daß etwas verboten werden muß, dann ist es ihr Recht, ein entsprechendes Verbot zu erlassen; ihre Pflicht ist es aber, dieses Verbot der Bevölkerung rechtzeitig mitzuteilen, damit sich jeder einzelne danach richten und sich vor Schaden bewahren kann.

Die strengen Maßnahmen werden den Rucksackverkehr für einige Zeit eindämmen, ganz aus der Welt schaffen werden sie ihn nicht. Um das zu erzielen, gibt es ein einziges Mittel: Rascheste Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Keinem Menschen fällt es ein, die Qualen einer Kartoffelreise aufs Land aus Passion zu unternehmen; nur die äußerste Not zwingt ihn dazu. Man gebe der Bevölkerung an Stelle des halben Kilogramms per Kopf und Monat, das sie jetzt erhält, eine angemessene Quote und die Kartoffelfahrten aufs Land werden sich automatisch in einer Weise verringern, die alle weiteren behördlichen Maßnahmen überflüssig macht.

Konfiskationen auf der Tullner Strecke.

Während, so wird uns aus Tulln, 27. d., berichtet, bis zum gestrigen Tage bezüglich des Rucksackverkehres eine ziemlich liberale Praxis geherrscht hatte gegenüber von vielen Hunderten von Wienern und Wienerinnen, die sich im Rucksacke Kartoffeln, Gemüse, Obst usw. nach Wien brachten, setzte mit dem gestrigen Tage plötzlich eine bedeutende Verschärfung ein. Den Leuten, welche auf dem Bahnhofe in Tulln oder in den anderen Stationen zwischen Tulln und Wien erschienen, mußten förmlich einen Kordon von Gendarmen und Landsturmsoldaten passieren. Alle jene, die Kartoffeln in den Rucksäcken hatten, mußten sie bis auf eine Menge von fünf Kilogramm abgeben; außerdem wurde den Leuten auch noch das Nationale abgenommen.

Insbesondere auf dem Bahnhof in Tulln, wo auch jene Wiener den Zug bestiegen, die von der St. Pöltner Strecke kamen, spielten sich erregte Szenen vor Abgang jedes Zuges ab, die dann in allen Stationen, in denen der Zug hielt, ihre Wiederholung fanden. Trotz aller Bitten wurden den Leuten die Kartoffeln abgenommen, ohne daß ihnen der ausgelegte Geldbetrag zurückerstattet worden wäre. Auch der Hinweis zahlreicher Personen, daß sie ja außer dem Gelde auch Tauschartikel den Bauern hätten bringen müssen, fanden keine Berücksichtigung. Nur Obst und Gemüse wurde den Leuten belassen.

Ein besonderes Augenmerk wurde darauf gerichtet, wer ungemahlenes Getreide bei sich führte. Dieses wurde ausnahmslos beschlagnahmt.

Österr. Volkszeitung
28./VIII. 1918

101

Das verteuerte Brot.

Proteste und ihre Wirkungen.

Die Proteste, die vielfach gegen die Brotpreiserhöhung erhoben wurden, haben da und dort bereits ihre Folgen gezeitigt. So wird uns aus Brünn berichtet: Kürzlich fand hier eine mächtige Kundgebung der hiesigen deutschen und tschechischen Arbeiterschaft gegen die Brot- und Mehlpreiserhöhung statt. Die Arbeiter erklärten, daß sie absolut nicht gewillt sind, die höheren Preise zu bezahlen. Nun erklärten die Unternehmer der Textilindustrie, daß sie für ihre Arbeiterschaft die Brot- und Mehlpreiserhöhung tragen werden, welcher Erklärung sich auch die Unternehmer der Metallindustrie, Gerberei und chemischen Industrie anschlossen. Dadurch bleiben ungefähr 90.000 Personen von der Brot- und Mehlpreiserhöhung unberührt.

In Reichenberg hatten, wie uns von dort berichtet wird, die Proteste zur Folge, daß die Verpflegsausschüsse von Stadt und Bezirk Reichenberg beschlossen, den staatlicherseits mit 1 K. 52 H. festgesetzten Preis für einen Laib Brot auf 1 K. 40 H. zu ermäßigen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat Reichenberg gegenüber den anderen Bezirken den niedrigsten Brotpreis.

Aus Mährisch-Ostrau, 25. d., wird uns berichtet: Gestern hielten die Witkowitzer Eisenarbeiter als Protest gegen die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise eine große Versammlung ab, an der sich fast alle organisierten Arbeiter beteiligten. Die Vertrauensmänner der Arbeiter hielten Ansprachen, in welchen der Regierung vorgeworfen wurde, daß die Erhöhung der Brotpreise mit den seinerzeit gegebenen Zusicherungen, die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu bessern, im Widerspruch stehe. Von den Rednern wurde behauptet, daß die Arbeiterlöhne in keinem Verhältnisse zur Steigerung der Lebensmittelpreise stehen. Gleichzeitig wurden die vom österreichischen Lokalarbeiterverbande aufgestellten Mindestforderungen verlesen und in einer Entschließung ihre Annahme gefordert.

Arbeiterzeitung
28./VIII. 1918

102

* **Ein neues Verfahren der Brotherstellung.** Brot ohne Mehl herzustellen — das klingt abenteuerlich. Es gibt aber in der Tat ein neues Verfahren, das den Prozeß der Brotherstellung erstaunlich vereinfacht und den langen Weg von der Tenne zum Bäckerladen um ein beträchtliches Stück abkürzt. Die Einzelheiten der Herstellung wurden den Vertretern der Berliner Presse in einem anschaulichen Vortrag erklärt. In der „Vossischen Zeitung" wird über das neue Verfahren berichtet: In drei bis vier Stunden entsteht aus dem Getreide, so wie es vom Bauern kommt, ein äußerst nahrhaftes Brot, das sich im Geschmack von unserem Kriegsbrot nicht unterscheidet. Die neue Art der Brotbereitung besteht in der Ausschaltung der Mühle. Das ungereinigte Korn wird etwa zwanzig Minuten lang in einem Schlagwerk unter Zufluß auf 60 bis 65 Grad erhitzten Wassers geschüttelt. Drei Dinge besorgt diese von kreisenden Schlägern erfüllte Trommel: die Körner werden gründlich gereinigt, die äußersten Schalen werden entfernt und das Zellgewebe wird gelockert und damit zur weiteren Verarbeitung aufgeschlossen. Das roh entschälte Korn gleitet jetzt durch ein Walzwerk und fällt aus dem letzten Walzenpaar backreif als ein feuchtes, gewebeartiges Band in die Mulden. Die ersten Walzen laufen langsam und zerquetschen die Körner zu flachen Scheiben, die Quetschung wird schärfer und feiner, bis das Getreide in zähen Teig verwandelt ist. Der Kornteig wird in einer Knetmaschine mit Sauerteig und Salz durchgewirkt und wandert nun in die Oefen. Die — übrigens verblüffend einfache — Maschinenanlage des neuen Verfahrens kann also an jede Bäckerei angeschlossen werden. Die Vorzüge der neuen Brotbereitung sind unverkennbar: die gesundheitlich einwandfreie Herstellung des Backgutes — keine Menschenhand kommt mit dem Teig in Berührung —, die volle Ausnützung des Getreides und die Ersparnis jeder Beförderung und Aufbewahrung, die die Müllerei in sich schließt. Ein paar Zahlen über die Ausbeuteergebnisse des Großschen Verfahrens: 100 Kilogramm Getreide geben eine Ausbeute von 148 Kilogramm Brot (das Getreide wird auf 99 Prozent ausgenützt!); im Müllereiverfahren ergeben 100 Kilogramm Getreide, bei der von der Reichsgetreidestelle vorgeschriebenen Ausmahlung auf 96 Prozent, nur 132·48 Kilogramm Brot. Der Gewinn bei 100 Kilogramm Getreide beträgt also 15·52 Kilogramm. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen ist das so hergestellte Vollkornbrot gleichwertig dem auf 80 Prozent ausgemahlenen, besten Friedensmehl. Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil ergibt sich aus der Vermeidung der Mehlbeförderung und Aufbewahrung; alle Verluste durch Dumpfigwerden von Mehlvorräten wie auch das sonst bei der Müllerei und Mehlbäckerei ausfallende Staub- und Fußmehl werden erspart. Durch die Einfachheit der Anlage verringern sich die Kosten der Brotbereitung und eine Verbilligung unseres Hauptnahrungsmittels dürfte besonders für die Zukunft von großer Bedeutung werden.

Neues Pester Journal
28. VIII. 1918
1083

Höchstpreise für Zuckergebäck.

Inverkehrsetzung von Konsumbackwerk. — In besseren Konditoreien: Luxusgebäck 90 Heller, Konsumgebäck 70 Heller.

Die Zentral-Preisprüfungskommission hat nach vorherigen Verhandlungen mit der Gewerbekorporation der Budapester Zuckerbäcker und Lebzelter die Preise für Zuckergebäck maximiert. Die Konditoreien wurden zunächst in drei Kategorien eingereiht. In die erste Kategorie gehören die Konditoreien, die in der Innern Stadt und an den Hauptstraßenlinien gelegen sind; die zweite Kategorie umfaßt die sonstigen Konditoreien mit offenem Laden; die Zuckerbäckerwerkstätten, die nicht für den unmittelbaren Verbrauch arbeiten, stellen die dritte Kategorie dar. Die Konditoreien werden verpflichtet, außer dem üblichen Luxusbackwerk auch sogenanntes Konsumgebäck herzustellen. Der Ernährungsminister hat das Verbot der Herstellung von Backwerk aus Hefeteig aufgehoben. Das Konsumgebäck wird aus Hefeteig hergestellt werden; die Füllung muß quantitativ ebensoviel als der Teig sein. Das Mindestgewicht des Konsumgebäckes wurde mit fünf Dekagramm pro Stück bestimmt. Die Konditors wurden verpflichtet, das Drittel des ihnen zugewiesenen Mehlkontingents für die Herstellung von Konsumgebäck zu verwenden. Ebenso wurden die Zuckerbäcker verhalten, nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr Konsumgebäck zu verkaufen. Die Maximalpreise betragen: in den Konditoreien erster Kategorie Luxusgebäck 90 Heller, Konsumgebäck 70 Heller, in denen der zweiten Kategorie Luxusgebäck 80 Heller, Konsumgebäck 60 Heller und in denen der dritten Kategorie Luxusgebäck 60 Heller und Konsumgebäck 50 Heller. Der Präsident der Zentral-Preisprüfungskommission Professor Dr. Ernst Friedmann hat sich das Recht vorbehalten, die Einreihung der Konditoreien nach der Kategorie selbst zu besorgen. Die neue Ordnung in den Konditoreien tritt am Samstag, 31. d., in Kraft.

Der Neue Abend
28./VIII. 1918
1094

Tagesordnung: Brot.

Die Septembertagung des Abgeordnetenhauses scheint ernstlich in Gefahr zu sein. Als das Haus seine Sommerferien antrat, war es der Bevölkerung viel, man könnte fast sagen, alles schuldig geblieben. Es hatte damals nicht einen einzigen Tag übrig gehabt, um sich mit der allerbrennendsten aller Fragen, mit der Brotfrage, zu befassen. In der parlamentslosen Zeit haben wir inzwischen den völligen Zusammenbruch unserer staatlichen Ernährungswirtschaft erlebt. Ganze Kronländer hatten wochenlang kein Brot, in Wien mußten wir die harte Zeit der halben Wochenmenge durchmachen, die Kartoffelzufuhren blieben aus, die Fleischversorgung geriet immer mehr ins Stocken und die Not der städtischen Bevölkerung wurde immer unerträglicher. Allgemein erwartete man, daß das Abgeordnetenhaus, wenn es im September wieder zusammentreten werde, rücksichtslos die Fehler des vergangenen Wirtschaftsjahres aufdecken und dafür sorgen werde, daß sie im neuen nicht wieder begangen werden.

Nun erleben wir wieder das alte Spiel. Wieder heißt es, daß die Regierung ernstlich gesonnen sei, das Haus noch im September zusammentreten zu lassen, nur müßten vorher die „Vorbedingungen für einen gedeihlichen Verlauf" der Tagung gesichert sein. Wir glauben es ohneweiters, daß die Regierung die Parlamentsmaschine bald wieder in Gang bringen will; sie hat ja eine Reihe von Steuervorlagen vorbereitet, an deren rascher Erledigung ihr sicherlich viel gelegen ist. Der Ministerpräsident hat daher, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, die Führer der Parteien ersucht, ihm möglichst bald Gelegenheit zu einer Aussprache mit ihnen zu geben. Ein fester Zeitpunkt für diese Aussprache wurde jedoch nicht festgesetzt, sondern man überließ es den großen und kleinen Herren unseres Parlaments, zu erscheinen, wann es ihnen am besten paßt. Vorläufig sind die meisten von ihnen noch nicht in Wien eingetroffen und man weiß auch nicht, wann sie hierher kommen werden. Es sind inzwischen bisher nur die Führer der Deutschen, der Christlichsozialen, der Wiener Freiheitlichen und der Ruthenen, die Abgeordneten Dr. Waldner, Prälat Hauser, Abgeordneter Friedmann und Freiherr von Wassilko, bei Herrn v. Hussarek gewesen. Von diesen Parteien weiß man ohnedies, daß sie dem Staate bei der Sicherung seiner Notwendigkeiten keine Schwierigkeiten machen werden.

Gleichzeitig mit dem Ministerpräsidenten wartet auch der Obmann des Finanzausschusses Dr. v. Löwenstein auf die Parteiführer, um mit ihnen über die Einberufung des Finanzausschusses, der nach seinen Plänen am 10. September zusammentreten soll, zu verhandeln. Wenn also alles glatt abläuft und die Parteien dem Ministerpräsidenten den Willen tun und sich in den allernächsten Tagen mit ihm einigen, dann könnten wir demnach am 10. September den Finanzausschuß haben. Dieser könnte bestenfalls in vierzehn Tagen, wie man in Kreisen der Regierung annimmt, mit seiner Arbeit fertig werden, so daß vor dem 24. September an eine Einberufung des Abgeordnetenhauses nicht zu denken ist. Wenn alles gut geht! Wenn aber einzelne Parteien nicht wollen oder wenn die Regierung glaubt, daß man ihr nicht genug Sicherheiten für den Verlauf der Tagung gegeben hat, dann weiß Gott, wann das Haus wieder zusammenkommen wird, und je später es die ihm von der Regierung aufgetragenen Steuerarbeiten fertig bringt, desto später kommt es zu jenen Arbeiten, die das Volk seinen Vertretern aufträgt, zur Brotfrage. Die Verantwortung, die jene auf sich laden, die das Haus an seiner Arbeit verhindern, ist heute doppelt schwer.

K.

Über den Stand der Parlamentsfrage am heutigen Tage teilt unser Parlamentsberichterstatter mit: Die Verhandlungen der Regierung mit den Parteien sind in eine schleppende Gangart geraten. Heute sind keine Parteiführer beim Ministerpräsidenten erschienen. Man erwartet jedoch, daß die Empfänge der Führer morgen beginnen sollen. Dann dürften auch die Verhandlungen der Regierung etwas rascher vor sich gehen. Jene Kreise, die noch an das Zustandekommen der Septembertagung glauben, sagen, daß das Haus nach Erledigung der Steuervorlagen zusammenbleiben und eine Reihe wichtiger Vorlage nin Erledigung ziehen wird. Inzwischen sind jedoch im Laufe des heutigen Tages einzelne Abgeordnete, die derzeit in Wien weilten, wieder abgereist, woraus man wohl keine großen Hoffnungen auf ein baldiges Ende der parlamentarischen Ruhe schöpfen kann.

Neue Freie Presse
28./VIII. 1918

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Kartoffelquote.

Von fachmännischer Seite.

In den letzten Tagen verlautete, daß auf Vorschlag der Agrarier eine fleischlose Woche angeordnet werden soll. Es ist hiebei nicht klar, ob dies als einmalige Maßregel in Aussicht genommen ist oder etwa allmonatlich oder in gewissen Zwischenräumen der Verkauf und Genuß von Rindfleisch für eine Woche verboten werden soll. Die Landwirte begründen diese Maßregel mit der Notwendigkeit der Schonung unseres Viehstandes. Diese Motivierung kann nur insoferne als eine genügende angenommen werden, wenn Aussicht besteht, daß für jene Zeit, in welcher der Fleischgenuß gestattet wird, Fleisch für die Bevölkerung reichlicher zur Verfügung gestellt werden kann. Denn heute hat Schonung des Viehstandes denn doch nur dann einen Sinn, wenn hiedurch die durch den Krieg zu allerhand Entbehrungen gezwungene Bevölkerung einen greifbaren Vorteil erhält, nicht aber, wenn die „Schonung" im Interesse unseres zukünftigen Viehbestandes erfolgt. Wir wollen also annehmen, daß die Einführung der fleischlosen Woche in der Absicht geschieht, damit in den Fleischwochen der Bevölkerung mehr und besseres Fleisch zur Verfügung steht. Aber auch dann kann diese Maßregel nur unter der Voraussetzung gebilligt werden, daß die Bevölkerung als Ersatz für den Fleischbezug andere Nahrungsmittel in entsprechenden Mengen und zu auskömmlichen Preisen während der fleischlosen Woche erhält. So geschieht es in Deutschland. Dort wurde während der fleischlosen Wochen für die ausgiebige Zufuhr von Seefischen gesorgt, wie dies überhaupt auch abgesehen von den fleischlosen Wochen an den fleischlosen Tagen in Deutschland schon seit langer Zeit geschieht. Ueberdies wurde die Kartoffelquote für die fleischlose Woche verdoppelt, und hiemit sind wir bei dem wesentlichen Punkte angelangt.

Die Anordnung einer fleischlosen Woche in Oesterreich erscheint insolange unmöglich, als die Kartoffelquote nicht wesentlich erhöht wird. Man muß bedenken, daß in Deutschland an und für sich die Kartoffelquote mehr als doppelt so hoch ist, als sie bei uns im vorangegangenen Jahre war, und daß diese deutsche Quote in den fleischlosen Wochen noch verdoppelt wurde. Es entsteht nun die Frage: Ist eine Erhöhung der Kartoffelquote in Oesterreich möglich? Diese kann nur mit einem Ja beantwortet werden. Man erinnere sich, daß der Sommer 1917 eine sehr schwache Kartoffelernte, in vielen, und zwar den wichtigsten Kartoffel-Produktionsgebieten sogar eine totale Mißernte gebracht hat. In Erkenntnis dieser Tatsache wurde die diesjährige Kartoffelquote festgestellt. Wenn mit derselben recht und schlecht das Auslangen gefunden wurde, ist dies nur eine Folge des Systems, welches neben der Beschlagnahme der zur Aufbringung der Kartoffelquoten notwendigen Mengen dem freien Handel noch einen Spielraum ließ, so daß vorsorgliche Gemeinden, industrielle Unternehmungen, Konsumvereine sowie einzelne größere Haushaltungen sich über die Kartoffelquote hinaus Kartoffeln verschafften. In diesem Jahre ist nun die Kartoffelernte wesentlich besser als im Vorjahre. Es liegen Berichte aus einzelnen Gegenden Mährens und Böhmens vor, nach welchen die Kartoffelfelder den doppelten Ertrag des Vorjahres liefern werden. Wenn man auch ungünstigere Berichte in Betracht zieht, d. h. solche aus jenen Gegenden, in welchen die Frühjahrsfröste der Entwicklung der Kartoffeln sehr geschadet haben, bleibt doch immer die Tatsache feststehend, daß die heurige Kartoffelernte um ein wesentliches besser ist, als die vorjährige. Das System der Beschlagnahme und der Aufbringung der Kartoffeln ist dasselbe wie im Vorjahre, ja es ist sogar ein für die staatliche Bewirtschaftung wesentlich günstigeres Moment hinzugekommen, indem auch die Frühkartoffeln beschlagnahmt und sohin der Rucksackhamsterung — diesem im Vorjahre eine so bedeutende Rolle spielenden Mittel — entzogen wurden.

Die Staatsverwaltung wird ohne Zweifel im Laufe der ersten zwei Septemberwochen eine ganz genaue Orientierung über die Kartoffelernte überhaupt, insbesondere aber über die Aufbringungsmöglichkeiten in einigen Gebieten gewinnen. Die von den einzelnen Gegenden aufzubringenden Kartoffelmengen sind dann festzusetzen und im Hinblick auf die heurige Kartoffelernte muß dann unbedingt die Aufbringung derart angeordnet werden, daß es möglich wird, der Bevölkerung großer Städte, den Industriearbeitern auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten mindestens doppelt so große Quoten an Kartoffeln zu sichern. Dem freien Handel, der wie im Vorjahre noch eine große Ergänzungsarbeit zu leisten haben wird, bleibt sicher dann genug Material übrig. Nun scheint es geboten, daß man heute schon die Verdoppelung der Kartoffelquote als unbedingt notwendig ins Auge faßt und schon jetzt die betreffenden Verfügungen erläßt, damit die Aufbringung die hiezu notwendigen Kartoffelmengen ergibt. Mit all diesen Maßregeln kann nicht früh genug begonnen werden, zumal es wünschenswert erscheint, daß nach den Erfahrungen der vier vorangegangenen Kriegsjahre mit der Versendung der Kartoffeln möglichst früh vorgegangen wird, damit durch Frostgefahr nicht unnötige und bedenkliche Schäden entstehen. Hoffentlich aber hat die Kunst der Aufbewahrung der Kartoffeln in den Mieten auf dem flachen Lande und in den großen Städten einige Fortschritte gemacht. Sicher wäre es bei einiger Sorgfalt möglich gewesen, zu vermeiden, daß die Kartoffelquote z. B. in Wien wohl ausgeteilt, aber kaum die Hälfte der zugewiesenen Mengen genießbare Kartoffeln waren.

Die Forderung nach Erhöhung der Kartoffelquote muß aber nicht bloß im Zusammenhang mit der geplanten fleischlosen Woche gestellt werden. Es ist selbstverständlich, daß ohne eine Verdreifachung der gegenwärtigen Kartoffelquote die Anordnung einer fleischlosen Woche unmöglich erscheint und jedenfalls mit derselben noch zugewartet werden muß, bis die Kartoffelernte soweit vorgeschritten ist, um die Austeilung einer derartigen Kartoffelquote zu ermöglichen. Aber auch abgesehen hievon muß die Forderung der Erhöhung der Kartoffelquote mit aller Entschiedenheit vertreten werden. Man darf nicht vergessen, daß die vorjährige Kartoffelquote die Quote einer Mißernte war. Und so sehr die Bevölkerung im vierten Kriegsjahre an harte Entbehrungen gewöhnt war, darf man ihr doch nie und nimmer dieselben zumuten, wenn sie nicht unbedingt notwendig sind. Die Unterernährung der letzten Kriegsjahre wird sich ohnedies in der physischen und geistigen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung schwer fühlbar machen. Wenn die Kartoffeln auch keinen allzugroßen Nährwert besitzen, zumal für die entsprechende nahrhafte Zubereitung das Fett mangelt, so gibt ein reichlicher Kartoffelgenuß doch zumindest das Gefühl des Sattseins und somit ist eine Vermehrung der Kartoffelnahrung nicht bloß im physiologischen, sondern auch im psychologischen Interesse dringend geboten. Denn wenn der Mensch auch nicht gut genährt ist, so muß er doch zum mindesten das Gefühl der Sättigung haben.

Neues Wiener Tagblatt
28./VIII. 1918

106

Die neuen Mehl- und Brotpreise.

Aus Brünn wird berichtet: Kürzlich fand hier eine mächtige Kundgebung der hiesigen deutschen und tschechischen Arbeiterschaft gegen die Brot- und Mehlpreiserhöhung statt. Die Arbeiter erklärten, daß sie absolut nicht gewillt sind, die höheren Preise zu bezahlen. Nun erklärten die Unternehmer der Textilindustrie, daß sie für ihre Arbeiterschaft die Brot- und Mehlpreiserhöhung tragen werden, welcher Erklärung sich auch die Unternehmer der Metallindustrie, Gerberei und chemischen Industrie anschlossen. Dadurch bleiben ungefähr 90,000 Personen von der Brot- und Mehlpreiserhöhung unberührt.

Samstag hielten die Witkowitzer Eisenarbeiter als Protest gegen die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise eine große Versammlung ab, an der sich fast alle organisierten Arbeiter beteiligten. Die Vertrauensmänner der Arbeiter hielten deutsche, tschechische und polnische Ansprachen, in welchen der Regierung vorgeworfen wurde, daß die Erhöhung der Brotpreise mit den seinerzeit gegebenen Zusicherungen, die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu bessern, im Widerspruch stehe. Von den Rednern wurde behauptet, daß die Arbeiterlöhne in keinem Verhältnisse zur Steigerung der Lebensmittelpreise stehen. Gleichzeitig wurden die vom österreichischen Lokalarbeiterverbande aufgestellten Mindestforderungen verlesen, und in einer bezüglichen Entschließung wurde ihre Annahme gefordert. Die Versammlung verlief in vollster Ruhe. Die Arbeiterschaft hatte die Betriebe auf zwei Stunden verlassen, nach welcher Zeit die Arbeit wieder im vollen Umfange aufgenommen wurde.

Die Verpflegsausschüsse von Stadt und Bezirk Reichenberg haben beschlossen, den staatlicherseits mit 1 K. 52 H. festgesetzten Preis für einen Laib Brot auf 1 K. 40 H. zu ermäßigen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat Reichenberg gegenüber den andern Bezirken den niedrigsten Brotpreis.

Neues Pester Journal
29./VIII. 1918

Ernährung und Versorgung.

Das Mehl der Frontsoldaten.

Abgabe an die Zivilbevölkerung Oesterreichs. — Ungarn hat seine Einwilligung hiezu nicht gegeben.

Auf Grund verläßlicher Informationen wurde hier in Erfahrung gebracht, daß das Mehl, welches das ungarische Landes-Ernährungsamt für die Verpflegung der Frontsoldaten zur Verfügung stellt, in Oesterreich teilweise der Zivilbevölkerung abgegeben werde. Bei der Beurteilung dieses Vorgehens muß vor Augen gehalten werden, daß zu Ende des verflossenen Wirtschaftsjahres der Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz eine Zwangsrequirierung in Ungarn durchführen ließ, wobei der Landbevölkerung fast alle Vorräte an Mehl abgenommen wurden. In den Hauptproduktionsorten für Getreide gab es damals eine Kopfration an Mehl und Brot, die sehr oft kaum 3 Kilogramm pro Monat betrug. Zu allen Opfern war Ungarn bereit, um die Wehrfähigkeit der Armee zu steigern und um den Sieg an den Fronten zu sichern.

„Magy. Tud." gab hierauf gestern ein Communiqué aus, das die Tatsache der Abgabe von Militärmehl an die Zivilbevölkerung Oesterreichs wohl nicht in Abrede stellte, aber mitteilte, daß die Hilfe, die die Heeresleitung der österreichischen Zivilbevölkerung angedeihen ließ, ausnahmslos immer auf Weisung des Kriegsministeriums gewährt worden ist, und zwar auf Initiative des Leiters des gemeinsamen Ernährungsausschusses General Landwehr von Pragenau und in einigen Fällen im Einverständnis mit dem ungarischen Ernährungsminister Prinzen Ludwig Windischgrätz.

Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz hat nun heute den „Magy. Tud." zu der Erklärung ermächtigt, daß er seit der Zeit seines Amtsantrittes bloß in zwei Fällen seine Zustimmung zur anderweitigen Verwendung des Mehls der Frontsoldaten gegeben habe. In einem Falle wurden für das im Kriegsoperationsgebiete befindliche Triest sechs Waggons Mehl freigegeben, im zweiten Falle für eine Munitionsfabrik, deren Betrieb im Interesse der Kriegführung von Wichtigkeit war, vier Waggons Mehl. In beiden Fällen wurde die Bedingung gestellt, daß Oesterreich das Aushilfsmehl der Armeeleitung zurückerstatten müsse. Ob die Rückgabe des Mehls tatsächlich erfolgt ist, darüber gibt das Communiqué keine Aufklärung. Jedenfalls hat Ungarn nicht darin eingewilligt, daß Militärmehl der Zivilbevölkerung Oesterreichs abgegeben werde.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß das ungarische Landes-Ernährungsamt für die Zivilbevölkerung Oesterreichs sehr bedeutende Lebensmittelaushilfen zur Verfügung stellt. Ein strammes Erfassen der Getreidevorräte bei den österreichischen Landwirten würde der Approvisionierung Oesterreichs viel besser zustatten kommen als die Verwendung des Mehles der Frontsoldaten.

Die Reform des Gasthauswesens.

Stammblätter für die Preisevidenz. — Elastische Preisgestaltung.

Die Zentral-Preisprüfungskommission hat einen neuen Plan zur Kontrolle der Preise in den Speisebetrieben ausgearbeitet, der demnächst verwirklicht werden soll. Zur Feststellung der Preise wird jedem Gastwirt ein Stammblatt ausgefolgt, auf dem der Inhaber des Speisebetriebs angibt, welche Preise er für die einzelnen Gerichte ansetzt. Als Grundlage der Preisberechnung dienen folgende Gewichtsvorschriften: das Fleisch muß beim Servieren mindestens 12 Dekagramm, das Gemüse oder die Garnierung 15 Dekagramm, die gekochte Mehlspeise 15 Dekagramm und die gebackene Mehlspeise 12 Dekagramm wiegen. Auf Grund dieser Gewichtsvorschriften gibt der Speisebetriebsinhaber die Preise auf dem Stammblatt an, das von der Zentral-Preisprüfungskommission überprüft wird. Das neue System ist elastisch, indem es den Restaurateuren das Recht einräumt, bei einer Preissteigerung der Lebensmittel auch mit den Preisen hinaufzugehen, doch muß dies früher der Zentral-Preisprüfungskommission angezeigt werden.

Sämtliche Budapester Gasthausbesitzer wurden aufgefordert, vom 30. d. an innerhalb dreier Tage bei der Zentral-Preisprüfungskommission, IV., Deák Ferenczgasse Nr. 1, 3. St., Tür 124, die Stammbuchblätter, sowie ein Speisenkartenformular abzuholen. Amtszeit von 10 bis 12 Uhr vormittag und von 6 bis 7 Uhr abend. Es wird strenge Kontrolle geübt werden, ob jeder Inhaber einer Gastwirtschaft einen von der Zentral-Preisprüfungskommission genehmigten Speisentarif besitzt. Die Inhaber von Pensionen und Cafés haben sich noch nicht zu melden; die Regelung des Speisewesens in diesen Betrieben wird erst später erfolgen.

Die Zeit Abendl.
29./VIII. 1918

Zunahme des Hamsterverkehrs.

Berufsmäßiger Wucher mit Kartoffeln.

Trotzdem gegenwärtig das Reisen auf den Bahnen nicht zu den Annehmlichkeiten zählt, unternehmen doch täglich noch immer hunderte Personen Hamsterreisen in die Ortschaften der Wiener Umgebung, um dort bei der bäuerlichen Bevölkerung verschiedene Lebensmittel, insbesondere aber Kartoffeln, teils durch Kauf, teils durch Tausch mit verschiedenen Artikeln zu erwerben. Welche Fortschritte der Rucksackverkehr trotz aller Schwierigkeiten unter der Wiener Bevölkerung macht, beweist der Umstand, daß nach den uns zugekommenen Informationen an der Franz Josefs-Bahn allein aus vier Ortschaften im Umkreis von Michelhausen in einer Woche mit den Rucksäcken, deren Inhalt ein Durchschnittsgewicht von 25 Kilogramm aufwies, nicht weniger als sechs Waggons Kartoffeln nach Wien befördert wurden. Seitens der behördlichen Organe wurde auch die Wahrnehmung gemacht, daß einige Frauen das Erdäpfelhamstern schon berufsmäßig ausüben und mitunter zweimal täglich die Fahrt unternehmen, wobei sie jedesmal mehr als vierzig Kilogramm Kartoffeln mitschleppen und in den inneren Stationen, nahe der Stadt, sofort zum Preise von 6 bis 7 Kronen pro Kilogramm wieder verkaufen. Für diese Hamsterer wirft der Rucksackverkehr einen recht hübschen Kriegsgewinn ab, da sie die Kartoffeln zumeist um 1 Krone bis 1 Krone 60 Heller kauften.

Neues Pester Journal

30./VIII. 1918

192

Ernährung und Versorgung.

Die Erhöhung der Brotpreise.

Ein neues Stimmungscommuniqué der Bäcker.

Wir haben vor kurzem gemeldet, daß die Gewerbekorporation der Budapester Bäckermeister Anstrengungen macht, um bei den Behörden die Einwilligung zu einer bedeutenden Erhöhung der Brotpreise zu erhalten. Zu Beginn der Aktion wurde mit der Androhung eines Streiks agitiert, da indes dieses Mittel, wie wir voraussagten, nicht verfing, indem bei einer Betriebseinstellung eine Militarisierung der Bäckerstuben erfolgt, haben nun heute die Bäcker folgendes neue Stimmungscommuniqué ausgegeben:

Die Gewerbegenossenschaft der Budapester Bäckermeister hielt gestern eine Sitzung, auf deren Tagesordnung die Erhöhung der Brotpreise stand. Es wurde zunächst festgelegt, daß die geplante Erhöhung der Brotpreise nicht im Interesse der Bäckermeister, sondern für die Zwecke der den Gehilfen zu bewilligenden Lohnerhöhung notwendig sei. Die Korporation betraute den Präsidenten Moriz Deutsch, in dieser Sache mit der Approvisionierungssektion des hauptstädtischen Magistrats in Berührung zu treten.

Die Erhöhung der Brotpreise liegt also nicht im Interesse der Bäckermeister; warum haben sie dann gedroht, daß sie die Backstuben schließen werden, wenn das Brot nicht teurer wird? Es mag sein, daß die Bäckergehilfen Lohnforderungen stellen, die berücksichtigt werden müssen. Aber eine Aufbesserung der Löhne kann bloß zur Folge haben, daß der Brotpreis höchstens um 1—2 Heller per Kilogramm erhöht wird. Weitere Preissteigerungen lassen sich unter diesem Vorwande nicht begründen.

Reichspost Abendbl
30./VIII. 1918

Die Versorgungsfragen.

Gegen die Erhöhung des Brotpreises.

Aus Deutschböhmen wird uns berichtet: Der Christlichsoziale Verband für Deutschböhmen hielt kürzlich eine Ausschußsitzung ab, welche sich eingehend mit politischen und wirtschaftlichen Fragen, sowie verschiedenen Parteiangelegenheiten befaßte. Es wurde u. a. auch nachstehende Entschließung gefaßt:

Die Leitung des Christlichsozialen Verbandes für Deutschböhmen erhebt namens ihrer Parteigenossen in Böhmen, welche vor allem zumeist dem Mittel- und Arbeiterstande angehören, entschieden Protest gegen die vom k. k. Ernährungsamte verfügte, ungefähr 200% der gegenwärtigen Preise betragende Erhöhung der Brot- und Mehlpreise, die trotz allem, was vom k. k. Ernährungsamte begründend hiefür angeführt wird, als eine ihrer der außerordentlichen Höhe wegen ungerechtfertigte und insbesondere den Mittel- und Arbeiterstand schwer bedrückende neuerliche Belastung angesehen werden muß. Insbesondere muß der Hinweis auf die hohen Preise des aus Ungarn und der Ukraine eingeführten Getreides und Mehles als unzulängliche Begründung für die enorme Brotpreiserhöhung betrachtet werden, da einerseits Ungarn gegenüber die nötige Energie der österreichischen Regierung zur Erlangung niedrigerer Preise stark vermißt wird und durch Anwendung entsprechender Repressalien bei nach Ungarn zu liefernden Artikeln ein Ausgleich der höheren Mehlpreise herbeigeführt, bezw. eine Deckung des Defizits bei der Getreideeinfuhr gefunden werden könnte, während anderseits an der Verteuerung des Getreides und Mehles aus der Ukraine die alles ungebührlich verteuernde, fast ausschließlich in Judenhänden befindliche Art der Einfuhrwirtschaft einen großen Teil an den übermäßig hohen Preisen schuld trägt, wogegen das aus derselben Ukraine in beträchtlichen Mengen Getreide und Mehl einführende Deutsche Reich eine ähnlich hohe Erhöhung der Brotpreise nicht in Aussicht nimmt und diese aus den höheren Preisen eingeführten Mehles auf andere, die niederen Schichten des Volkes weniger belastende Weise ausgleicht. Ein weiteres Moment der Verteuerung liegt trotz aller Beschönigungsversuche in der alle Preise ungebührlich in die Höhe schraubenden Zentralenwirtschaft und der durch allerlei Prämien, durch übermäßige und überflüssige Kommissionsgebühren und durch die bei so ungeheuren Mengen der bewirtschafteten Artikel zu hohen prozentuellen Aufschlägen sich verteuernden Regie. Erschwerend kommt hiezu der Umstand, daß die zur Begründung der neuen Brot- und Mehlpreise angeführte Berechnung einen neuen Anreiz zur Erhöhung auch der übrigen Lebensmittelpreisen bilden wird, was wieder den schwersten Schaden der weniger bemittelten Kreise nach sich ziehen wird. Auch liegt in dem Unterschied der Brotpreise zu den Körnerpreisen die dem inländischen Landwirte bezahlt werden, ein anreizendes Moment für die produzierenden Stände, im Wege des Schleichhandels sich höhere Preise ihrer Getreideprodukte zu verschaffen, da nicht einzusehen ist, warum dem inländischen Bauer für seine mindestens gleich gute Ware und Mühe nicht dieselben Getreide- und Körnerpreise wie der freilich größtenteils in Judenhänden befindlichen, von ihnen ausgebeuteten ungarischen oder ukrainischen Landwirtschaft von der k. k. Kriegsgetreidezentrale bezahlt werden. Schweren Unwillen und scharfen Protest erweckt ferner die plötzliche, just während der Parlamentsferien vorgenommene Erhöhung der Brotpreise, welche das Volk eingestandenerweise mit mehr als einer Milliarde Kronen neu belasten, was einem Großteil unseres gewöhnlichen Staatshaushaltes gleichkommt und daher ohne Befragung des Parlamentes nicht vorgenommen werden sollte. Die in jüngster Zeit vorgelegten Proben des eingeführten ausländischen Mehles aus der Ukraine, Rumänien usw., lassen zudem befürchten, daß trotz der ungewöhnlichen Verteuerung des Brotes und Mehles, eine Verbesserung des vielfach geradezu bei aller Bescheidenheit der Ansprüche für Menschen ungenießbaren Brotes nicht eintreten wird, während die Bevölkerung sich in höhere, wenn auch nicht so übermäßige Brotpreise fügen würde, wenn ihr die Garantien eines guten Brotes dafür geboten würden. Für die in den Grenzbezirken gegen Deutschland wohnende Bevölkerung bedeuten die neuen Brot- und Mehlpreise ebenso eine Aufreizung wie auch eine Beschämung, wenn man bedenkt, daß in Deutschland die Preise für die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel, abgesehen von der pro Kopf doppelt, ja dreifach höheren Kopfquote um 200 bis 500% niedriger sind, als in Oesterreich, obwohl Deutschland weniger eigene Landwirtschaft aufweist, als Oesterreich-Ungarn. Aus den angeführten Gründen, die noch durch manches vermehrt werden könnten, erhebt der Ausschuß des Christlichsozialen Verbandes für Deutschböhmen energischesten Protest gegen die neue, plötzliche, übermäßig hohe und eine bessere Versorgung nicht garantierende Erhöhung der Brot- und Mehlpreise und fordert die Abgeordneten auf, unverzüglich die Einberufung des Reichsrates zu fordern und zu dieser unstreitig hochwichtigen und das ganze Volk betreffenden und zur energischesten Gegenwehr aufreizenden Brotpreiserhöhung sowie auch zu der, ebenfalls die breiten Volksschichten schwer belastenden, enormen Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren sowie des Zuckerpreises, Stellung zu nehmen und den entschiedensten Widerstand dagegen zu bekunden.

Österr. Volkszeitung
30./VIII. 1918

201

Kartoffeln vom Lande.

Das Treiben der gewerbsmäßigen Hamster. — Schleichhandelspreis: sechs bis sieben Kronen. — Bevorstehende Neuregelung des Rucksackverkehrs. — 80 Kilogramm bei Verzicht auf die Kartoffelkarte freigegeben.

Dieser Tage wurde über die schärferen Kontrollmaßregeln berichtet, die auf der Tullner Strecke gegen Kartoffelhamster zur Anwendung gelangen. Ohne vorherige Ankündigung trat plötzlich an Stelle der bisher geübten Duldung des Rucksackverkehrs drakonische Strenge, wobei die Behörden aus dem einen Extrem ins andere gerieten. Während sie nämlich lange Zeit zu duldsam, so daß Riesenmengen von Kartoffeln alltäglich nach Wien gebracht werden konnten, wandelte sich die Milde plötzlich ins Gegenteil, und in den letzten Tagen werden auch solchen Leuten, die offenkundig die Ware zum eigenen Gebrauch nach Hause trugen, Mengen über fünf Kilogramm, mitleidslos abgenommen. Allerdings nur auf dieser Strecke; auf der Ost- und Nordbahn zum Beispiel bleiben die Hamster, und wären sie noch so offensichtliche Schleichhändler, nach wie vor unbehelligt. Offenbar geht die amtliche Strenge nach einem bestimmten „Turnus“

Welchen Umfang der Rucksackverkehr trotz aller Schwierigkeiten des Reisens, trotz der oft ans Groteske streifenden Forderungen der Bauern angenommen hat, beweist der Umstand, daß beispielsweise aus vier Ortschaften bei Michelhausen allein, in einer Woche, mit dem Rucksack im Durchschnitte von 25 Kg. gerechnet, nicht weniger wie sechs Waggons Kartoffeln nach Wien befördert wurden. Seitens der von den Behörden aufgestellten Organe wurde auch die Wahrnehmung gemacht, daß meist Frauen das Erdäpfelhamstern schon berufsmäßig ausübten und mitunter zweimal täglich die Fahrt unternahmen und jedesmal mehr als vierzig Kilogramm Kartoffeln mitgeschleppt und in den inneren Stationen, nahe der Stadt, sofort zum Preise von 6 bis 7 K. per Kilogramm verkauft hatten. Daß es ein Gebot der Notwendigkeit ist, gegen derlei professionelle Hamster einzuschreiten, versteht sich von selbst; ungerecht ist es nur, für die Uebergriffe solcher gewissenloser Personen auch arme Teufel mitleiden zu lassen, die sich ein kleines Häuflein Kartoffeln sauer genug erworben haben und für die deren Abnahme eine wirtschaftliche Katastrophe bedeutet.

Diese Auffassung haben sich nunmehr auch die maßgebenden Behörden zu eigen gemacht, denn nunmehr steht eine Art amtlicher Regelung des Rucksackverkehrs bevor. Wir erfahren hierüber von maßgebender behördlicher Seite folgendes:

„Das Problem einerseits die bedürftigte Bevölkerung durch die Duldung des Kartoffelrucksackverkehrs vor den Härten der Approvisionierung zu schützen, andererseits aber dem gewinnsüchtigen Schleichhandel die Möglichkeit zu nehmen, die staatliche Aufbringung der Kartoffelernte zu stören, hat schon seit längerer Zeit die maßgebenden Behörden beschäftigt. Es ist aber sehr schwer die Leute, die die Kartoffeln für sich brauchen, von den Schleichhändlern, die damit ein verbotenes Preistreibergeschäft machen wollen, zu unterscheiden. Jeder wird sagen, daß er die Kartoffeln nur für sich selbst braucht, und den armen Leuten will man ja die paar Kilogramm Erdäpfel nicht wegnehmen. Wenn man aber jetzt auf die Bahnhöfe geht, so kann man sehen, welche große Mengen von Kartoffeln nach Wien geschleppt werden. Es ist zweifellos, daß darunter viel Erdäpfelsäcke sind, die für den Schleichhandel bestimmt sind. Einzelne Bezirkshauptmannschaften haben sich deshalb durch strenge Maßnahmen geholfen, zum Beispiel durch die Kontrolle auf den Bahnhöfen, Verbot der Ausfuhr über fünf Kilogramm oder durch die Straßensperre zu den Bahnhöfen seitens der Wachorgane und der Gendarmerie. Wenn man schon die Mitnahme eines Rucksackes mit 20 bis 30 Kilogramm Erdäpfel duldet, so darf diese Duldung doch nicht mißbraucht werden, indem manche Männer hohe Erdäpfelsäcke mit 70 bis 80 Kilogramm Erdäpfel nach Wien schleppen.

Von der Statthalterei ist daher dem Ernährungsamt der Vorschlag gemacht worden, wie im Vorjahre das Hereinbringen einer bestimmten Menge von Erdäpfeln per Person gegen Abgabe der Kartoffelkarte zu bewilligen. Diese Karte soll heuer 80 Kilogramm per Kopf und Verbrauchsperiode, das ist bis Juni 1919 betragen. Von der Genehmigung des Ernährungsamtes wird es abhängen, ob diese Regelung des Kartoffelverkehres zur Durchführung gelangt, die zweifellos manche Vorteile bietet. Diejenigen, die die Möglichkeit haben, sich solche Kartoffeln auf dem Lande zu verschaffen, könnten sich für den Winter eindecken, wenn sie auf die Kartoffelkarte verzichten, dem Schleichhandel aber würde dadurch der Kartoffelverkehr zumindestens erschwert werden, da er an eine besondere amtliche Bescheinigung gebunden wäre. Der übrige Rucksackverkehr mit Kartoffeln ohne Bescheinigung würde ganz eingestellt werden. Auf diese Weise könnte doch dem Mißbrauch des geduldeten Rucksackverkehrs gesteuert werden, ohne dabei die wirklich bedürftigen Leute, die die Erdäpfel für den eigenen Gebrauch nach Wien bringen, zu treffen.

Tägliche Rundschau 31./VIII. 1918.

202

* **Die neue Brotration.** Wir wir zu der mit Eintritt der ersten fleischlosen Woche einsetzenden Erhöhung der Brotration noch erfahren, hat das Landesgetreideamt den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß vom 19. August ab die Tageskopfmenge an Brotmehl für die versorgungsberechtigte Bevölkerung bis auf weiteres auf 200 Gramm festgesetzt wird. Streckungsmittel werden aber für die Dauer dieser Ration noch nicht gewährt.

Diese Anordnung für den Beginn des neuen Kriegswirtschaftsjahres darf nur als vorläufige gelten, da die Ernte noch im Gange ist und die genaueren Ernteschätzungen daher noch nicht vorliegen können. Es ist aber bei dem zu erwartenden guten Ausfall der Getreideernte damit zu rechnen, daß bald wieder die alte Tageskopfmenge von 220 Gramm Mehl erreicht werden wird. Gegenwärtig beträgt der Tageskopfsatz 160 Gramm Mehl, dazu treten aber Streckungsmittel von etwa 20 Gramm, sodaß für die Brotherstellung insgesamt etwa 180 Gramm zur Verfügung stehen. Die Erhöhung der Brotmenge wird daher für Groß-Berlin zunächst nicht auf 1950 Gramm steigen, sondern sich zwischen 1950 und der jetzt bestehenden Ration von 1750 Gramm bewegen. — Der Lebensmittelverband Groß-Berlin wird Ende dieser Woche zu einer Sitzung zusammentreten, um im Anschluß an die vorläufige Festsetzung des Mehlanteils die Brotversorgung für Groß-Berlin zu regeln.

Mit der Erhöhung der allgemeinen Brotration werden auch die Anteile der Reisebrotmarken wieder erhöht werden. Vom 19. August ab werden für jeden Tag 5 Stück Reisebrotmarken ausgegeben werden im Gesamtbetrage von 250 Gramm für den Tag.

An Stelle der zweifelhaft gewordenen Mehlzuweisung in den fleischlosen Wochen sollen mehr Kartoffeln überwiesen werden. Dieser Ersatz des Ersatzes ist sehr bedauerlich, da eine besondere Mehlzuweisung allen Haushaltungen hoch willkommen wäre.

Neues Wiener Tagblatt
1./IX. 1918

203

Herabsetzung des Brotpreises in Prag.

Eine äußerst beachtenswerte Nachricht kommt uns aus Prag zu. Es soll dort beschlossen und in der Gemeinde Smichow sogar schon durchgesetzt worden sein, daß der Einheitslaib Brot nicht zum gesetzlichen Höchstpreise von 1 K. 56 H., sondern um 1 K. 30 H. verkauft wird. Wenn sich dies bewahrheitet, wäre es selbstverständlich ganz unerläßlich, daß auch anderwärts und vor allem in Wien der Brotpreis in der gleichen Weise ermäßigt wird. Die gleichzeitig gemeldete Anregung, daß die Brotfabriken, die das Mehl direkt von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und darum um 2 K. beim Meterzentner billiger als die Bäcker beziehen, einen Teil dieser Ersparnis der Gemeinde zuwenden mögen, paßt für Wien nicht, denn hier verkaufen die Brotfabriken das Brot um 2 H. billiger als die Bäcker, wenden also die beim Mehlpreis erzielte Ersparnis den Verbrauchern zu.

Die uns aus Prag übermittelte Nachricht lautet:

Prag, 31. August. (Privattelegramm.) Vom hiesigen Magistrat wird amtlich bekanntgegeben: Die Zentrale der Gemeinden Groß-Prags (Prag, Karolinental, Königliche Weinberge, Smichow, Zizkow, Vrsovic, Vubentsch, Deiwitz, Koschir, Nusle, Wrschowitz, Vysotschan, Branik, Kobilis, Michle, Podol, Radlitz, Straschnitz und Streschowitz) hielt unter Vorsitz des Ministers a. D. Dr. Forscht eine Beratung über die Brotpreise ab. Auf Grund genauer Berechnungen, wobei die jetzigen Mehlpreise berücksichtigt und auch die hohe Regie der Gewerbetreibenden in Erwägung gezogen wurden, wurde einmütig anerkannt, daß der Preis von 1 K. 52 H. auf ein Brot ungerechtfertigt hoch und daß es überflüssig ist, mit diesem hohen Preis das Publikum zu belasten, weil der **Preis auf 1 K. 30 H. herabgesetzt werden kann.**

Die Zentrale der Gemeinden Groß-Prags beauftragte eine Abordnung, sich bei den maßgebenden Aemtern, insbesondere bei der Statthalterei, dafür einzusetzen, daß der Brotpreis für Groß-Prag auf 1 K. 30 H. herabgesetzt werde. Die Großbäckereien werden gezwungen sein, die neuen Preise anzunehmen, was sie um so eher tun können, als sie bei der Broterzeugung größere Gewinne erzielen als die kleinen Bäcker. Gleichzeitig will die Zentrale durchsetzen, daß die Großbäckereien, die wegen des ihnen billiger gelieferten Mehles mit viel niedrigerer Regie arbeiten, weil sie das Mehl direkt von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ohne Zuschläge erhalten, gezwungen werden, den Gemeinden aus den Gewinnen zur Ersetzung der Gemeindelasten beizusteuern, die insbesondere durch die Brotkommissionen und Drucksorten verursacht werden. — Tatsächlich hat die Smichower Gemeindevertretung bereits das Einvernehmen mit den Ortsbäckern und Kaufleuten, denen der Brotverkauf obliegt, erzielt, daß sie vom 2. September angefangen das Brot zum ermäßigten Preis von 1 K. 30 H. für einen Laib verkaufen werden. Zugleich werden Schritte eingeleitet, daß auch die Großbäckereien dazu verhalten werden, diesen Brotpreis einzuhalten.

Neues Wiener Tagblatt
2./IX. 1918

204

Aus einer glücklichen Zeit.

Ein Pfund Rindfleisch um sechs Kreuzer.

Der Zufall spielte uns dieser Tage ein Werkchen in die Hand, das von Franz Wurzinger herausgegeben wurde und die Geschichte der bekannten mährischen Stadt Iglau, einst durch den Silberbergbau und die Tuchmacherzunft hervorragend, zum Gegenstand hat. Aus dem Inhaltsverzeichnis fesselt insbesondere das Kapitel „Preise in der guten alten Zeit" unsre Aufmerksamkeit. Eine Gegenüberstellung der Ziffern von einst mit denen von heute erscheint wohl überflüssig; jeder Leser weiß ja nur zu gut, wie wir heute daran sind. Daß die Lebensmittelpreise in längst verflossenen Jahrhunderten nicht in Vergleich zu den heutigen gebracht werden können, bedarf keines Nachweises. Aber immerhin wird es gerade mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, wie es beispielsweise im siebzehnten Jahrhundert mit der Aufwendung für die Verpflegung durchziehender Truppen stand.

Der Verfasser sagt darüber: Im Jahre 1603 weilten tausend Reiter acht Wochen hindurch in Iglau; die Verpflegung besorgte die Stadt selber und berechnete im Einvernehmen mit der Kommandanten Oberst Ladislaus v. Berka und Oberstleutnant Günther v. Golz nachstehende Preise: „Für eine Mahlzeit, bestehend aus Suppe, Gemüse und Fleisch, bezahlten das Gesinde und die Knechte vier Kreuzer, die „ehrlicheren" Leute für Suppe, zweierlei Fleisch und Gemüse sechs Kreuzer."

Den „billigen" Jahren standen Jahre gegenüber, in denen große Teuerung herrschte und die damals als „Hungerjahre" galten. So kostete im Jahre 1600, da die Teuerung als besonders groß bezeichnet wird, ein Pfund Rindfleisch, sage und schreibe sechs Kreuzer. In der Folge ist ein jähes Sinken des Preises zu verzeichnen, da man 1750 für ein solches Pfund drei, für Kalb-, Schöpsen- oder Schweinefleisch vier Kreuzer bezahlte.

Zitieren wir nun wörtlich, was der Autor über das Jahr 1770 schreibt: „Da herrschte eine derartige Not, daß die Stadtvertretung von Iglau sich gezwungen sah, Brot und Mehl unter die Bevölkerung zu verteilen. Es kostete in dem genannten Jahr ein Laib Brot, achtzehn Lot schwer, drei Kreuzer, ein kleines Maßel Hirse 24, Grütze 27, Graupen 24, Erbsen 22, Weizenmehl 18 Kreuzer." Bei dem damaligen Geldmangel unerschwingliche Preise — fügt der Verfasser hinzu.

Je weiter die Zeit jedoch fortschreitet, um so sinnfälliger tritt die Steigerung der Lebensmittelpreise in die Erscheinung, und so wird denn im ersten Dezennium des 19. Jahrhunderts für das Pfund Rindfleisch 13, für Kalbfleisch 12 und für Schweinefleisch 15 Kreuzer begehrt.

Die letzten Aufzeichnungen über die Preisverhältnisse in Iglau werden aus den Jahren 1840 bis 1850 mitgeteilt. Damals kostete das Pfund Kalbfleisch 12 bis 14 Kreuzer Schein, Schweinefleisch 24 bis 26 Kreuzer Schein.

Wie merkwürdig das Auf und Nieder der Preise für Getreide und Hülsenfrüchte sich gestaltete, erhellt aus folgender Gegenüberstellung: Im Jahre 1818 kostete ein Metzen Weizen 6 Gulden 30 Kreuzer (Wiener Währung), ein Metzen Korn 3 Gulden, ein Metzen Gerste 2 Gulden 30 Kreuzer, ein Metzen Hafer 1 Gulden 30 Kreuzer, ein Metzen Erbsen 4 Gulden, ein Metzen Linsen 5 Gulden, ein Metzen Bohnen 6 Gulden; im Jahre 1834: ein Metzen Weizen 4 Gulden, ein Metzen Korn 2 Gulden 30 Kreuzer, ein Metzen Gerste 2 Gulden 24 Kreuzer, ein Metzen Hafer 1 Gulden 30 Kreuzer. Erbsen kosteten (per Metzen) 12, Linsen 14, Bohnen 16 Gulden.

Auch das Iglauer Bier, von dem der Verfasser sagt, daß es sich zu jeder Zeit eines vorzüglichen Rufes erfreute und einen ganz besonderen Ausfuhrartikel bildete, erfährt eine geziemende Würdigung. Die Preise werden gewissenhaft registriert. Hier mögen einige Ziffern angeführt werden, an die sich sicherlich noch manche Zeitgenossen erinnern dürften. So kostete im Jahre 1865 die Maß 12 Kreuzer; 1870, je nach der Güte, 18, beziehungsweise 14 Kreuzer; 1875 18 und 16 Kreuzer; 1880 der Liter Bier bester Sorte 16, die mindere Sorte 12 Kreuzer.

Man kann füglich die hier angeführten Daten verallgemeinern: So und nicht anders wird es in jener glücklichen Zeit auch in dem übrigen Oesterreich mit den Preisen für Speise und Trank bestellt gewesen sein.

Die Zeit
3./X. 1918

205

Erhöhung der Militärbrotration.

Wie wir vernehmen, hat die Kriegsverwaltung eine neuerliche Erhöhung der Brotration bei den militärischen Formationen angeordnet. Es wird nunmehr täglich Brot im Gewicht von 420 Gramm pro Mann ausgegeben, gegen 350 Gramm bisher und gegen die kurze Zeit bestandene geringste Gebühr von 90 Gramm. Das Menagegeld wurde mit 2 Kronen 99 Heller bemessen, was allerdings viel zu gering ist. Eine Erhöhung des Menagegeldes ist unbedingt erforderlich. In Ungarn, beispielsweise in Bruck an der Leitha, beträgt das Menagegeld 4 Kronen 43 Heller, obwohl dort die Beschaffung der Lebensmittel eine leichtere ist als in Wien.

Reichspost
4./IX. 1918

206

Die Versorgungsfragen.

Der Brotpreis und die Kommissionen.

Die seinerzeitige amtliche Begründung der Erhöhung der Mehl- und Brotpreise enthielt eine Kostenaufstellung, in welcher als ein Posten der staatlichen Bewirtschaftung auch die Kommissionen angeführt sind. Zu dem Thema der Kommissionen wird uns aus Kremsmünster geschrieben:

Viele Millionen wurden für die Aufnahme der Anbauflächen bereits zweimal unnütz vergeudet. Sie konnte es ja doch nicht verhindern, daß dem Volk die ohnehin karge Brotmenge über Nacht um die Hälfte gekürzt wurde. Sie hat offenbar auch die militärischen Kommissionen nicht überflüssig gemacht, die im Frühjahre in den einzelnen Wirtschaften erschienen, um dort den Getreidevorrat nicht etwa einzuschätzen, sondern genau nach dem Gewichte festzustellen. Die gleichen Kommissionen werden auch in der kommenden Wirtschaftsperiode wieder ihres Amtes walten und ihr schweres Geld kosten. Wie kostbar sie sind, mag der ahnen, der weiß, daß eine solche Kommission in einer ganz kleinen Gemeinde durch volle fünf Wochen arbeitete und daß jede der beiden Vertrauenspersonen, die dem Militär aus der Mitte der Gemeinde zur Ueberwachung beigegeben waren, ein Taggeld von 16 oder 24 Kronen bezog. Und schließlich die Entschädigung für die Mühewaltung der Getreidekommissäre? Im politischen Bezirke Linz hat einer dieser Kommissäre dafür zu sorgen, daß vier kleine Gemeinden die ihnen aufgetragene Menge an Getreide auch wirklich abliefern. Dieser Herr ist natürlich vom Kriegsdienst enthoben — er ist mit A klassifiziert! — und kann persönlich seinen großen Bauernhof bewirtschaften. Das sind wohl Vorteile, die nicht mit Geldeswert aufgewogen werden können. Und dennoch bezieht dieser Herr als Getreidekommissär noch ein festes Gehalt von 1500 Kr., und zwar monatlich, so daß er jährlich als Entlohnung für einige Schreibarbeiten 18.000 Kr. in die Tasche stecken kann! Wenn schon untergeordnete Organe wahre Ministergehälter beziehen, wie hoch mögen erst die „auserwählten" Herren dieser Zentrale ihre Arbeit einschätzen und sich bezahlen lassen! In den übrigen Zentralen aber sind die Verhältnisse wohl um kein Haar besser.

Österr. Volkszeitung
4./IX. 1918

* **Das verteuerte Brot.** Im Anschlusse an die unter diesem Titel kürzlich veröffentlichten Mitteilungen des Abgeordneten Goll schreibt uns ein Bäcker auf dem Lande: „Die Berechnung des Abgeordneten Goll bedürfen, soweit ein Bäcker auf dem Lande in Betracht komme, einer Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß uns durch die neue Regelung der Brotpreise eine Aufbesserung zuteil wurde, geschweige denn, daß diese 31·8 H. per Laib Brot beträgt. Wie ich in folgendem kurz nachweise, beträgt für uns Bäcker am Lande der Gewinn per Laib Brot 10·7 H., wovon aber noch die Steuern, Abnützung des Ofens, der Geschirre, Verzinsung des Anlagekapitals usw. in Abzug zu kommen haben. Meine letzte Zuweisung an Brotmehl betrug 568 Kg. Hieraus wurden vorschriftsmäßig 604 Laib Brote gebacken. Hiezu waren neun Laibschüsse zu je 67 Laib nötig. Der mir für das Brotbacken ausbezahlte Betrag war 130 K. 64 H. Die minimalst angenommenen Gestehungskosten betragen: Holz für neun Laibschuß zu 4 K. gleich 36 K., Licht zu 10 H. gleich 90 H., Salz zu 1 K. gleich 9 K., Arbeitslohn zu 2 K. gleich 18 K., Gesamtsumme 65 K. 90 H. Von dem Betrage von 130 K. 64 H. abgezogen, verbleibt somit ein Gewinnbetrag von 64 K. 74 H., welcher, auf die gebackenen 604 Laib Brot verteilt, 10·7 H. per Laib Brot ergibt. Da der Brotpreis auf dem Lande 1 K. 48 H. per Laib beträgt, so ergibt sich ein Gewinnanteil per Laib Brot von 7·1 Prozent. Falls nun die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Josef Goll richtig wären und den Bäckern daher 31·8 H. **mehr** als früher per Laib Brot zufallen müßten, wäre die Frage zu beantworten, **in welche Taschen dann der Gewinn fließt**, da wir Bäckermeister trotz gesetzlicher Bestimmung ihn nicht bekommen. Hochachtungsvoll Karl **Egger**, Bäckermeister in Schrems."

Österr. Volkszeitung
4./IX. 1918

Ein halbes Kilogramm Mehl in Böhmen.

Erhöhung der Mehlquote und Herabsetzung des Brotpreises.

Aus Prag, 3. d., wird uns telegraphiert: Wie der „Bohemia" über den gegenwärtigen Stand der Lebensmittelversorgung von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dürfte eine Erhöhung der Brotquote während des heurigen Jahres wohl kaum im Bereich der Möglichkeit liegen. Es wird bei einem Laib Brot für den Kopf und die Woche in der zu Beginn 1918 herabgesetzten Schwere bleiben. Es ist jedoch eine Erhöhung der Kochmehlquote von 250 auf 500 Gramm geplant. Aus den bisherigen amtlichen Angaben ist zu entnehmen, daß die geregelte Versorgung der Bevölkerung in Böhmen auf lange Wochen hinaus vollkommen gesichert ist.

Ein weiteres Telegramm aus Prag meldet eine dort durchgeführte, allerdings geringe Herabsetzung des Brotpreises. Der dortige Magistrat teilt mit, daß von nun ab in Prag in den Bezirken I bis VIII ein Laib Brot 1 K. 30 H. kostet. Das Gewicht des Laibes Brot hat 1 Kg. 26 Dkg. zu betragen.

Österr. Volkszeitung
4./IX. 1918

200

Wo bleibt die volle Mehlration?

Eine Frage an den Ernährungsminister.

Die volle Brotration steht seit dem 19. v. M., also seit mehr als zwei Wochen in Kraft. Die Wiener Bevölkerung war überzeugt, daß nun auch die Wiederherstellung der früheren Mehlmenge nicht lange auf sich warten lassen werde. Bisher wartet sie aber vergeblich. Das Ernährungsamt verhält sich reserviert; in der Zeit, da die Brotfrage in Schwebe war, wurde dann und wann auch des Mehles flüchtig Erwähnung getan. Nun hat die Bevölkerung wieder ihren ganzen Brotlaib in der Woche und die maßgebenden Behörden scheinen zu glauben, damit ihrer Pflicht bereits reichlich Genüge getan zu haben. Vom Mehl ist keine Rede mehr.

Es wäre ja möglich, daß man vorsichtigerweise noch zuwartet; das Auffällige ist nur, daß den Verbrauchern über diese so außerordentlich wichtige Angelegenheit keinerlei amtliche Mitteilungen gemacht werden. Würde die Erhöhung der Mehlration für die nächste Zeit bevorstehen, wäre es doch naheliegend, daß die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht und auf eine nahe bevorstehende Besserung vertröstet wird. Da nichts dieser Art bisher erfolgte, erscheint die Befürchtung berechtigt, daß man stillschweigend die gekürzte Quote aufrechterhalten und von einer Erhöhung Abstand nehmen will. Gegen eine solche Absicht muß mit aller Entschiedenheit Protest eingelegt werden.

„Bis zur neuen Ernte . . ."

Die Kürzung der Mehlquote erfolgte im Jänner dieses Jahres. Am 6. Jänner wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, daß „mit Rücksicht auf die Schneefälle und damit verbundenen Verkehrsstockungen" die Sendungen eine „Unterbrechung erfuhren", so daß „für die laufende Woche" nur die halbe Kopfquote Mehl abgegeben werden könne. Aus der einen Woche wurden zwei. Am 18. Jänner wurde amtlich die Maßregel als dauernd erklärt, jedoch wurde als äußerstes Ziel die neue Ernte angegeben; falls die Friedensverhandlungen mit Rußland zu einem günstigen Ergebnis gelangten, werde aber schon früher die volle Mehlration wieder hergestellt werden können.

Die Friedensverhandlungen nahmen den erwarteten Verlauf: Die Mehlquote blieb gekürzt. Das äußerste Endziel, die neue Ernte, ist nun gleichfalls erreicht, die Ernte ist sogar wider Erwarten günstig ausgefallen: Die Mehlquote bleibt aber nach wie vor auf jener Mindesthöhe, die am 18. Jänner 1918 als „unvermeidliche Notmaßnahme" bezeichnet und als solche hingenommen wurde . . .

Klare Mitteilungen!

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Ernährungsamt mit Rücksicht auf die augenblicklich durch den Gemüsereichtum um ein geringes gebesserte Ernährungslage mit der vollen Mehlration noch zurückhält, um jene Reserven anlegen zu können, deren Fehlen sich im Jänner dieses Jahres als so katastrophal erwies. Dieser Standpunkt könnte schließlich gebilligt werden; es wäre aber höchste Zeit, der Bevölkerung diesbezüglich klare, authentische Mitteilungen zu machen. Der jetzige Mehlmangel ließe sich leichter ertragen, wüßte man genau, daß er in absehbarer Zeit behoben sein wird, so aber bleibt die Bevölkerung über die Ziele und Absichten des Ernährungsamtes in vollem Dunkel, und niemand weiß, ob überhaupt und wann die kümmerliche Kopfquote von ½ Kilogramm wieder durch eine halbwegs erträgliche Menge abgelöst werden wird.

Die Bevölkerung ist der Meinung, die Kürzung lange genug mit Geduld ertragen zu haben; sie will endlich wissen, wann die „vorübergehende Notmaßnahme" zu Ende sein wird. Der Herr Ernährungsminister möge also sprechen!

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt
4/IX. 1918

210

Die Ration des Küchenmehles.

Die Verkürzung der für Küchenzwecke verabreichten Mehlquote auf ein Viertelkilogramm hat alle Haushaltungen schwer betroffen, denn diese Menge reicht kaum für das Einbrennen, so daß selbst für die bescheidenste Mehlspeise nichts übrig bleibt. Alle Hausfrauen würden es mit größter Freude begrüßen, wenn wieder die volle Quote von einem halben Kilogramm eingeführt werden könnte, aber diese sehnsüchtig erwartete Verfügung steht — wenn sie überhaupt eintreffen sollte — in sehr weiter Ferne, denn das Ernährungsamt kann sie nicht vornehmen, bevor es nicht die Gewißheit hat, daß die Menge der Brotfrüchte für diese Mehrausgabe reicht. Gegenwärtig sind kaum die Anbauflächen ermittelt. Nun muß das Ernteergebnis geschätzt und überprüft und dann muß festgestellt werden, was wir an auswärtigen Zufuhren zu erwarten haben. Mittlerweile werden Monate vergangen und wir wieder beim Maisbrot angelangt sein. Die Aussichten für Wiedereinführung der vollen Mehlration sind demnach sehr gering.

m. h.

Der Neue Abend
4./IX. 1918

211

Brot ohne Marken wird öffentlich verkauft.

Eine Schnitte — eine Krone!

Wir sehen uns veranlaßt, folgende Nachricht an die Spitze unseres heutigen Tagesberichtes zu stellen. Sie erklärt vieles, was sonst rätselhaft erscheint und zeigt in besonderer, in die Augen springender Weise, die völlige Unzulänglichkeit unserer Verwaltung. Vielleicht wird diese Mitteilung unsere Behörden doch ein wenig aufrütteln. Bei der Bevölkerung wird es sicherlich der Fall sein.

Dieser Tage erhielten wir die Mitteilung, daß in einem Gasthause in Margareten, Wien, 5. Bezirk, Hundsturmerplatz, Brot, dessen Verkauf an sich verboten ist, die Schnitte zum Preise von einer Krone an die Gäste abgegeben werde. Die zahllosen uns zukommenden schriftlichen Anzeigen wegen wucherischen Gebarens einzelner Geschäftsleute haben uns gegen derartige Anzeigen einigermaßen abgestumpft. Der vorliegende Fall erschien uns aber doch so unglaublich, daß wir uns veranlaßt sahen ihm nachzugehen. Einer unserer Schriftleiter begab sich gestern in das genannte Gasthaus Schindl, 5. Bezirk, Hundsturmerplatz, und verzehrte dort ein Gulasch. Auf seine Frage, was er denn mit dem Saft machen solle, da er kein Brot habe, wurde ihm auf Geheiß des Wirtes sofort ganz offen, wie die selbstverständlichste Sache von der Welt, ein Stück Brot verabreicht. Es war dies ein „hausgemachtes" weißgraues, fast geschmackloses, sogenanntes „Vorschußbrot", wie man es auf dem Lande bereitet. Für die Schnitte Brot wurde tatsächlich eine Krone in Rechnung gestellt. Ist schon der Vorfall als solcher unerhört, so ist er hier darum noch empörender, weil das betreffende Geschäft vorwiegend als Stehweinhalle betrieben wird und dort besonders viele einfache arme Leute, Soldaten und Arbeiter, verkehren, für die ein solcher Brotwucher die ärgste Herausforderung bedeutet. Verwunderlich, aber jedenfalls bezeichnend ist es, daß weder das Markt- noch das Polizeikommissariat Margareten von dieser ganz öffentlich betriebenen Wirtschaft etwas weiß. Herrlich weit haben wir es gebracht, in den ersten Wochen nach der Ernte und in der soundsovielten Woche der Schleichhandels-Verordnungen!

Tägliche Rundschau 5./IX.1918.

2R

* **Die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1918/19.** Unter dem 2. September 1918 hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts die Anordnungen zur Durchführung der Kartoffelversorgung im neuen Wirtschaftsjahr erlassen. Die Bewirtschaftung soll im wesentlichen auf dieselbe Grundlage gestellt werden wie im Vorjahr. Da der Ausfall der Ernte und die Gestaltung der Transportverhältnisse noch nicht zu übersehen sind, mußte vorerst an der Wochenkopfmenge für die versorgungsberechtigte Bevölkerung mit 7 Pfund wie im Vorjahr festgehalten werden.

Die Saatgutbeschaffung für das Jahr 1919 wird durch die gleichzeitig ergangene Verordnung des Bundesrats vom 2. September geregelt (Reichs-Ges.-Bl. Nr. 118). Da sich die vorjährigen Vorschriften im allgemeinen bewährt haben, werden sie in der neuen Verordnung im wesentlichen beibehalten. Neu ist, daß auch die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen zum Saathandel zugelassen werden. Die Frist zur Einreichung der Saatkartoffelverträge zur Genehmigung ist bis zum 25. November verlängert worden. Hinsichtlich der Preise behält es mit geringfügigen Aenderungen bei der Regelung des Vorjahres sein Bewenden.

Tägliche Rundschau 5/IX. 1918.

28

* **Neue Höchstpreise für Grieß und Graupen.** Eine Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 29. August d. J. setzt neue Höchstpreise für Grieß und Graupen fest. Die neuen Kleinhandelspreise sind bei Grieß 48 Pf., bei Graupen 44 Pf. für das Pfund.

Fremdenblatt
7./IX. 1918

214

— (Kettenhandel mit „Mehlersparnissen".) Durch eine vertrauliche Anzeige gelangte das Kriegswucheramt zur Kenntnis, daß der Inhaber der Firma Rizzi u. Komp. Albert Winternitz in seiner Zuckerwarenfabrik entgegen dem Verbote Edelmehl verarbeite. Bei einer Haussuchung wurden 82 Kartons mit 396 Kilogramm und drei Säcke zu 100 Kilogramm Weizenmehl sowie 17 Säcke mit anderen Mehlsorten vorgefunden. Wie sich herausstellte, hatte Winternitz den größten Teil des Mehls von dem in der Stadlauerstraße 46 wohnhaften Bäckermeister Karl Stöberl gekauft. Dem Stöberl waren für mehrere militärische und zivilstaatliche Betriebe Brotlieferungen übertragen und er erhielt jede Woche größere Mehlmengen zugewiesen. Nach seiner Verantwortung in der strafgerichtlichen Voruntersuchung hat er bei der Broterzeugung Ersparungen an Mehl erzielt und sie anderweitig verwertet. Als sein Geschäftsvermittler war der Fuhrmann Lukas Kuczer tätig, er machte die Abnehmer namhaft. Für 1 Kilogramm Mehl verlangten und erhielten sie anfangs 4 bis 5 Kronen, später 7 bis 9 Kronen. An diesem Handel waren auch der Obsthändler Heinrich Scherer, der Reisende Albert Ulrich und der Disponent Moritz Rotte beteiligt. Sie sollen bedeutende Gewinne erzielt haben. Winternitz soll auch von dem Postamtsdiener Anton Wagner Mehl bezogen haben, das dieser von Bediensteten auf dem Ostbahnhofe eingehandelt hat.

Die sieben genannten Personen waren gestern vor dem Landesgerichte der Preistreiberei und des Kettenhandels angeklagt. Den Vorsitz im Senat führte Landesgerichtsrat Dr. Jakob, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. v. Soos, als Verteidiger fungierten Dr. Fritz Horn für Winternitz und Ulrich, Doktor Herzberg-Fränkel für Stöberl, Dr. Rybaczewski für Kuczer, Dr. Tennenbaum für Scherer, Dr. Goldscher für Rotte und Dr. Stößler für Wagner. Die Angeklagten konnten das Tatsächliche nicht in Abrede stellen.

Der Gerichtshof verhängte zum Teil sehr empfindliche Strafen. Der Hauptschuldige Stöberl wurde zu drei Monaten strengem Arrest und zu 30.000 Kronen Geld, Kuczer zu zwei Monaten strengem Arrest, Scherer zu sechs Monaten strengem Arrest und zu 8000 Kronen Geld, Ulrich und Rotte zu je vierzehn Tagen strengem Arrest und 600 Kronen Geld verurteilt. Die Schuldigsprechung der Angeklagten erfolgte durchwegs wegen Kettenhandels. Albert Winternitz wurde von der Anklage freigesprochen, weil der Gerichtshof annahm, daß er am Kettenhandel nicht beteiligt war, das Mehl in seiner Fabrik sogleich verarbeitet hat, dem Verbrauch zugeführt und keine übermäßigen Preise hiefür bezahlt hat. Auch Wagner wurde freigesprochen, weil er das Mehl nur in kleinen Mengen von ungarischen Händlern zu verhältnismäßig billigen Preisen angekauft ha.. Der Staatsanwalt meldete gegen den Freispruch des Albert Winternitz die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Neue Freie Presse
7/IX. 1918

Direkter Kartoffelbezug beim Landwirt.

In den nächsten Tagen wird das Volksernährungsamt die politischen Landesbehörden ermächtigen, unter gewissen Voraussetzungen und aus gewissen Gebieten den direkten Bezug von Kartoffeln beim Landwirt zu ermöglichen. Erleichterungen des Bezuges von Kartoffeln aus Gegenden mit Kartoffelüberschüssen werden im Publikum gewiß sehr sympathisch berühren; nur darf man wohl heute bereits das dringende Ersuchen stellen, daß die Erlangung von Transportscheinen mit weniger Umständlichkeiten und Scherereien verbunden sein möge, als dies bisher der Fall war. Der Kampf um den Rucksackverkehr tobt unterdessen fort. Der Ernährungsminister hat sich in seinem letzten Erlaß entschieden gegen ihn ausgesprochen. Heute hat der Abgeordnete Kommerzialrat Denk an Minister Paul einen offenen Brief gerichtet, in dem er die Zurückziehung der harten Bestimmungen bezüglich des Rucksackverkehrs verlangt und darauf verweist, daß an den Gemeindeämtern und Kirchentüren des flachen Landes bereits Edikte angeschlagen werden, in denen der Verkauf von Frühkartoffeln mit Geldstrafen bis zu 20.000 K. bedroht wird. Die Leute, die aufs Land hinausgekommen waren, um einige Kilogramm Kartoffeln zu kaufen, konnten angesichts der Angst der Bauern vor den Geldstrafen auch dort keine Erdäpfel erlangen, wo tatsächlich Ueberschüsse vorhanden waren und die Schweine mit Erdäpfel gefüttert wurden. Nun soll mit Beiseiteschiebung des Rucksackverkehrs eine ausreichende Eigenversorgung der Bevölkerung auf legalem Wege erreicht werden, und gleichzeitig glaubt das Volksernärungsamt derart dem Schleichhandel mit Kartoffeln zu steuern. Auch hier wird es von der Art der Durchführung einer an und für sich dankenswerten Maßregel abhängen, ob wenigstens die Kartoffelsorge dem Konsumenten erspart sein wird.

Arbeiterzeitung
8./IX. 1918

216

Vorläufig keine volle Mehlration. In einigen Blättern stand dieser Tage die Nachricht, daß schon in kürzester Zeit wieder die volle Mehlration zur Ausgabe gelangen wird. Wie uns vom Ernährungsamt mitgeteilt wird, besteht dafür gegenwärtig keinerlei Aussicht, da man, solange wir nicht genaue Kenntnis über die Mehlmengen haben, die uns vom Ausland zur Verfügung gestellt werden, an eine solche Maßnahme leider nicht denken kann. Was die Aufbringung der eigenen Getreidevorräte betrifft, so sind die bisher an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abgelieferten Mengen an Gerste und Roggen größer als im vorigen Jahr.

Die Zeit
8./IX. 1918

217

Brot und Ernte.

Von Bäckereidirektor Leopold Hayek.

Ab 11. d. wurde die volle Wochenration von einem ganzen Laib Brot im Gewicht von 126 Dekagramm wieder eingeführt und der Preis von 72 Heller auf K. 1.56 pro Einheitslaib hinaufgesetzt. Diese Preiserhöhung stellt sich somit pro Tag und Kopf auf 12 Heller. Die allgemeine Weltteuerung und die täglich wachsende einheimische Teuerung für alle Bedarfsartikel hat wohl eine gewisse Stumpfheit der Konsumenten gegenüber allen Preissteigerungen ausgelöst, aber dennoch hat die plötzliche Erhöhung der Preise des wichtigsten Nahrungsmittels um mehr als hundert Prozent tiefgehende Erregung in der gesamten Oeffentlichkeit hervorgerufen. Es sei daher in Kürze untersucht, ob die Steigerung wirklich eine gar so große gegen den Friedenspreis des Brotes, respektive des früher das Brot ersetzenden Weißgebäckes ist und ob sie unbedingt auf die Konsumenten überwälzt werden mußte.

Bis zum Kriege wurde in Wien zum Frühstück, zur Jause und oft auch zum Abendmahl von reich und arm Weißgebäck, zumeist Kaisersemmeln, konsumiert. Es wurden von den Bäckern ungefähr 10 Prozent Brot und 90 Prozent Weißgebäck erzeugt, während die Brotfabriken den übrigen, nicht zu großen Brotbedarf Wiens deckten. Es kostete in den Jahren 1913 und 1914 1 Dekagramm Brot 0·38 Heller, seit 1915 bis 10. August 1918 0·57 Heller, und ab 11. August d. J. kostet 1 Dekagramm Brot 1·22 Heller, während bis zum Kriege für 1 Dekagramm Semmeln 1·14 Heller im Kleinverkauf bezahlt wurden. Es hatte demnach das Brot durch vier Kriegsjahre beinahe den Friedenspreis, und wenn vom Qualitätsunterschied des Weißgebäckes (Semmeln) im Vergleich zum Brot abgesehen wird, so stellt sich von jetzt ab das wichtigste, derzeit unersetzliche Nahrungsmittel nur um eine Kleinigkeit höher, als die Auslage für dasselbe Nahrungsmittel (Weißgebäck) im Frieden war. Die Mehrausiage pro Kopf und Tag (Tagesration) beträgt für 18 Dekagramm Brot nur anderthalb Heller, und sie wird dadurch einigermaßen gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß durch die Erhöhung der Getreidepreise der beabsichtigte Anreiz für die Oekonomen, ihre ganze Frucht möglichst rasch an die Getreideverkehrsanstalt abzuliefern, voraussichtlich erzielt wird, so daß die Stadtbewohner halbwegs die Gewähr erhalten, durch das ganze Jahr ihre volle Ration guten Brotes zu bekommen.

Wir haben heuer mit einer Mittelernte zu rechnen, und wir müssen bei deren richtiger Erfassung und Verteilung sowie bei einer Verständigung seitens beider Regierungen bis zur nächsten Ernte gut auskommen können, wie folgende Aufstellung zeigt:

In den letzten zehn Friedensjahren wurden durchschnittlich an Weizen und Roggen jährlich geerntet: von Ungarn 61·37 Millionen Meterzentner, von Oesterreich 39·78 Millionen Meterzentner; zusammen 101·15 Millionen Meterzentner. Diese Ziffer stellt eine Mittelernte dar. Dazu kommen Importe von jährlich 1·28 Millionen Meterzentner, so daß der Friedensverbrauch pro Jahr 102·43 Millionen Meterzentner Rohgetreide betrug, was 205 Kilogramm Frucht pro Kopf und Jahr oder 41 Dekagramm Mehl oder 55 Dekagramm Gebäck pro Kopf und Tag ausmacht. Die jetzt erhöhte Wochenration an Brot beträgt 126 Dekagramm. Rechnet man dazu den Mehlverbrauch und nimmt man an, daß der Verbraucher außer der Wochenkopfration von 25 Dekagramm auch noch 75 Dekagramm außer seiner Ration sich beschafft, daß also sein Mehlverbrauch im besten Falle auf 100 Dekagramm pro Woche sich beläuft, so würde sich der Gesamtverbrauch pro Kopf und Woche an Brot und Mehl höchstens auf 226 Dekagramm belaufen oder pro Tag auf zirka 32 Dekagramm. Zur Deckung dieses Bedarfes sind aber nur erforderlich 57 Millionen Meterzentner Edelfrucht. Es stünden also an Reserven, nach dem oben ausgewiesenen Stande einer Mittelernte der letzten zehn Friedensjahre, noch etwa 44 Millionen Meterzentner Weizen und Roggen zur Verfügung.

Auch wenn man in Betracht zieht, daß einzelne Gebiete, in denen die Kriegsschäden noch nicht behoben sind, ein Mindererträgnis an Getreide liefern, ist doch anzunehmen, daß unser Bedarf — eine rationelle Bewirtschaftung und eine gründliche Erfassung der Ernte vorausgesetzt — ausreichend gedeckt sein müßte. Denn schließlich darf ja nicht vergessen werden, daß uns auch noch Ersatzfrüchte zur Verfügung stehen, wie Gerste, Mais, Hafer und Kartoffelprodukte. Und es darf ebensowenig übersehen werden, daß in obiger Aufstellung auch der Import aus der Ukraina noch gar nicht gerechnet wurde.

Berliner Lokalanzeiger
10./IX. 1918

10

218

Brot und Kartoffeln.

In den für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung verantwortlichen amtlichen Kreisen wird die Möglichkeit erwogen, die Brotration in absehbarer Zeit wieder auf die Höhe des vorigen Jahres zu heben. In einigen Tagen hofft man soweit zu sein, um endgültige Entschließungen fassen zu können; immerhin kann schon heute gesagt werden, daß Aussicht besteht, vom 1. Oktober ab wieder 1950 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung zu bringen. An der Mehlration von 200 Gramm soll festgehalten werden, gleichzeitig aber durch Lieferung entsprechender Streckungsmittel (Kartoffelmehl, frische Kartoffeln oder andere Stoffe) dafür gesorgt werden, daß die Ration von 1917 wieder ausgegeben werden kann.

Was die Kartoffeln anbetrifft, so wird von der politischen und gewerkschaftlichen Vertretung der linksstehenden Arbeiterkreise, wie eine von der Generalkommission der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteileitung dem Reichskanzler übermittelte Denkschrift erkennen läßt, auch in diesem Jahr die Verteilung von 10 Pfd. auf den Kopf der Bevölkerung mit Nachdruck gefordert. Wie die Dinge zurzeit liegen, kann das Kriegsernährungsamt dazu noch keine endgültige Stellung nehmen. Wir hatten bisher die Hoffnung, daß wir in diesem Jahre auf eine ebenso gute Kartoffelernte rechnen dürften, wie sie 1917 glücklicherweise eingebracht werden konnte. Die anhaltende nasse Witterung der letzten Wochen mahnt indessen ernstlich zur Vorsicht. Es wäre leichtsinnig, sich jetzt auf eine bestimmte Mindestration festzulegen, die vielleicht späterhin unmöglich durchzuhalten ist. Auch die Arbeiterschaft hat stets den Standpunkt vertreten, daß nur das immer versprochen werden soll, wovon man von vornherein genau weiß, daß es der Bevölkerung auch unter allen Umständen wird gegeben werden können. Erst Mitte Oktober wird danach diese Frage endgültig entschieden werden können.

Tägliche Rundschau
11./IX. 1918

210

* **Brot und Kartoffeln.** Wie wir bereits im gestrigen Abendblatt mitteilen konnten, wird voraussichtlich vom 1. Oktober ab die Brotmenge wieder auf 1950 Gramm wöchentlich erhöht werden. An der Mehlration von 200 Gramm soll zwar festgehalten werden, gleichzeitig aber durch Lieferung entsprechender Streckungsmittel (Kartoffelmehl, frische Kartoffeln oder andere Stoffe) dafür gesorgt werden, daß die Ration von 1917 wieder ausgegeben werden kann.

Was die Kartoffelmenge anbetrifft, die zur Verteilung gelangen soll, so läßt sich darüber vor Mitte Oktober, wenn die Ernte im Gang ist, Bestimmtes nicht sagen. Falls die gegenwärtige kühle und nasse Witterung anhält, ist mit einer geringeren Ernte als im Vorjahr, wenn auch keinesfalls mit einer Mißernte zu rechnen. Es ist möglich, daß die Wochenmenge erhöht wird, dies würde aber nur dann geschehen, wenn der Ausfall der Ernte die Sicherheit dafür geben sollte, daß man die einmal festgesetzte Ration das ganze Wirtschaftsjahr hindurch gewähren kann. Das Kriegsernährungsamt steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß es leichtsinnig wäre, jetzt die Kartoffelration zu erhöhen, wo man noch nicht weiß, wie lange man mit einer erhöhten Wochenmenge durchhalten kann.

Neues Pester Journal

11/IX. 1918

Ernährung und Versorgung.

Die Kartoffelversorgung Budapests.

Kartoffelausgabe bis Ende März 1919. — Ration: 100 Kilogramm, für Schwerarbeiter 146 Kilogramm pro Wirtschaftsjahr. — Die Modalitäten der Kartoffelausfolgung.

Das Landes-Ernährungsamt hat am 20. v. M. eine Verordnung über die Regelung des Kartoffelverkehrs im neuen Wirtschaftsjahre herausgegeben, die die Modalitäten der Versorgung Budapests aber nicht festsetzte. Die Verordnung stellte in Aussicht, daß für Budapest ein besonderer Versorgungsplan ausgearbeitet wird, der die Basis für die Kartoffelabgabe bilden wird. In Angelegenheit der Kartoffelversorgung Budapests fanden seither verschiedene Beratungen statt, die vom Staatssekretär Dr. Franz Nagy geführt werden. Ueber das Resultat der Verhandlungen stellte der verdienstvolle Leiter der hauptstädtischen Wirtschaftssektion, Magistratsrat Dr. Eugen Berczell, unserem Berichterstatter folgende Informationen zur Verfügung:

„Die Kartoffelversorgung Budapests wird auf ganz neuen Richtlinien beruhen, die es ermöglichen, daß jedem Einwohner die Möglichkeit geboten wird, der Kartoffelbedarf bis Ende März 1919 schon jetzt auf einmal einzudecken. Es sind der Durchführung dieses Planes große Schwierigkeiten im Wege gestanden, die hauptsächlich aus der Abwicklung der gesteigerten Kartoffelbelieferung Budapests sich ergaben. Vor Augen muß gehalten werden, daß der neue Versorgungsplan auf der Voraussetzung beruht, daß wir zu Beginn der Frostzeit, also in den zwei Monaten Oktober und November, 6000 Waggons Kartoffel nach Budapest schaffen können. Zur Lösung der bahntechnischen Seite des neuen Versorgungsplanes wurden mit der Direktion der kön. ung. Staatsbahnen Verhandlungen aufgenommen, in deren Verlauf die Zusage gemacht worden ist, daß die forcierte Kartoffelbelieferung Budapests nach Möglichkeit abgewickelt werden wird. Staatssekretär Dr. Franz Nagy hat sich da sehr energisch ins Mittel gelegt, damit Budapest für längere Zeit mit Kartoffeln versehen werde, wie er auch sonst der Hauptstadt in jeder Beziehung an die Hand gegangen ist, um die Durchführung des Versorgungsplanes zu ermöglichen."

„Man soll und darf die Schwierigkeiten der sofortigen Versorgung Budapests bis Ende März 1919 nicht außer acht lassen. In Ziffern ausgedrückt bedeutet dies, daß in den Monaten Oktober und November täglich 1500 Waggons Kartoffeln hier eintreffen müssen. Von der sechzigtägigen Frist, die die Aufbringungsperiode begrenzt, sind die Feiertage und die Regentage, an denen nicht verladen werden kann, in Abzug zu bringen. Gegenwärtig fließen noch mit den Chefs der Budapester Bahnhöfe Verhandlungen, wie die Ausladung derart großer Kartoffelmengen vor sich gehen wird. Es soll wiederholt werden, die Wirtschaftssektion der Hauptstadt Budapest ist gern geneigt, die sofortige Kartoffelversorgung bis Ende März 1919 durchzuführen, ihr ist aber die technische Abwicklung der Verteilung nur insoweit möglich, als wieviel Kartoffelmengen hier tatsächlich eintreffen. Die Aktion der Hauptstadt setzt also von dem Anlangen der Kartoffelsendungen in Budapest ein.

Der neue Kartoffelversorgungsplan sieht nachstehenden Verteilungsmodus vor: Die Kartoffelration beträgt für das ganze Wirtschaftsjahr, vom 1. Oktober 1918 bis Ende Juli 1919, 100 Kilogramm pro Person, für Schwerarbeiter 140 Kilogramm. Bei der Ausgabe der neuen vereinigten Lebensmittelkarten erhält jedermann seine Kartoffelkarten bis 1. Januar 1919. Außerdem wird die Hauptstadt Budapest besondere Kartoffelkarten ausgeben, die für die Frist vom 1. Januar bis Ende März 1919 lauten. Auf diese Weise gelangt jeder Budapester Einwohner in den Besitz der Kartoffelkarten bis Ende März 1919.

Fabriken und Industrieanlagen, in denen die Seelenzahl der Angestellten und Arbeiter, sowie deren Familienmitglieder 200 übersteigt, erhalten die Kartoffeln unmittelbar in ganzen Waggons. Derartige Unternehmungen fordern die Karten der Angestellten und Arbeiter ein, übergeben sie dem kommunalen Gemüsebetrieb der Hauptstadt, der dann die Waggonladungen zu dem Bahnhofe dirigiert, der dem Unternehmen am nächsten gelegen ist. Besteht ein Industriegeleise auf der Anlage, werden die Waggons bis in die Fabrik gerollt. Die verschiedenen Konsumgenossenschaften in Budapest werden die Versorgung ihrer Mitglieder in gleicher Weise selbst besorgen. Die Einkaufsgruppen der Staatsbeamten werden von dem Landes-Ernährungsamte unmittelbar mit Kartoffeln zu einem billigeren als dem Maximalpreis versorgt werden. Die Kartoffelkarten für die Staatsbeamten, die Mitglieder von Einkaufsgruppen sind, werden wir daher voraussichtlich gar nicht ausfolgen.

Auf die skizzierte Weise ist die Kartoffelversorgung von 300,000 Seelen bereits gesichert, was die Arbeit der kommunalen Kartoffelverteilung erleichtert. Ueberdies werden auch die Spezerei- und Lebensmittelhändler waggonweise Kartoffeln von dem kommunalen Gemüsebetrieb der Hauptstadt zur Verfügung gestellt erhalten, so daß jedermann auch bei seinem Kaufmann die Kartoffelkarten bis Ende März 1919 einlösen kann. Der kommunale Gemüsebetrieb der Hauptstadt ist auch genötigt, die Zahl seiner Verkaufsstellen zu vermehren, in denen die Kartoffelkarten nach Belieben für längere oder kürzere Zeit Einlösung finden. Das Publikum wird aufmerksam gemacht, mit den Kartoffelkarten sehr vorsichtig umzugehen, da verlorengegangene Karten unter keinen Umständen ersetzt werden. Die Kartoffelversorgung Budapests ist nunmehr bis Ende März 1919 gesichert, was allgemeine Beruhigung verursachen wird.

Die Zeit
12./IX. 1918

221.

Die Kartoffelversorgung.

Wichtige Mitteilungen des Ernährungsministers.

Ernährungsminister Dr. Paul machte gestern gegenüber mehreren Abgeordneten eine wichtige Mitteilung, aus der zu entnehmen ist, daß für den Winter mit einer durchaus genügenden Kartoffelversorgung der Wiener Bevölkerung zu rechnen ist. Es wird uns hierüber berichtet:

Die tschechischen Abgeordneten Stanek, Čech, Dr. Funk, Hibschmann und Dr. Soukup sprachen gestern beim Ernährungsminister Dr. Paul in Angelegenheit des Rucksackverkehrs vor. Der Abg. Stanek führte wegen des Verbotes des Rucksackverkehrs Beschwerde und wies auf die unzureichenden Maßnahmen in Ernährungsfragen hin.

Minister Dr. Paul schilderte die Schwierigkeiten der Versorgung, bemerkte, daß viele Waren durch den Rucksackverkehr verschleppt werden, und erklärte, daß dem gesteuert werden müsse. Er sei jedoch bereit, sobald die Ernte erfaßt und ordentliche Maßnahmen durch seine Organe getroffen sein werden, gewisse Erleichterungen im Rucksackverkehr zu bewilligen. Was die Kartoffelversorgung anlangt, sei bereits der Transport von zehn Kilogramm bewilligt. Jedoch werde demnächst der Rucksackverkehr mit Kartoffeln überhaupt und vollständig untersagt werden, da mit dem Herbst eine durchaus ausreichende Versorgung der Wiener Haushalte mit Kartoffeln erfolgen werde. Es werden jeder einzelnen Person nicht weniger als 100 Kilogramm Kartoffeln gewährleistet werden. Sobald die betreffende Verordnung, die schon in Vorbereitung ist, verlautbart und die allgemeine Kartoffelausgabe in diesem Ausmaß in die Wege geleitet sein wird, werde naturgemäß auch die Selbstversorgung ihr Ende finden müssen.

Pester Lloyd
13./IX. 1918

(Ein neues Verfahren der Brotherstellung.) Brot ohne Mehl herzustellen — das klingt abenteuerlich. Es gibt aber in der Tat ein neues Verfahren, das den Prozeß der Brotherstellung erstaunlich vereinfacht und den langen Weg von der Tenne zum Bäckerladen um ein beträchtliches Stück abkürzt. Die Einzelheiten der Herstellung wurden den Vertretern der Berliner Presse in einem anschaulichen Vortrag erklärt. In der Vossischen Zeitung wird über das neue Verfahren berichtet: In drei bis vier Stunden entsteht aus dem Getreide, so wie es vom Bauern kommt, ein äußerst nahrhaftes Brot, das sich im Geschmack von unserem Kriegsbrot nicht unterscheidet. Die neue Art der Brotbereitung besteht in der Ausschaltung der Mühle. Das ungereinigte Korn wird etwa zwanzig Minuten lang in einem Schlagwerk unter Zufluß auf 60 bis 65 Grad erhitzten Wassers geschüttet. Drei Dinge besorgt diese von kreisenden Schlägern erfüllte Trommel: die Körner werden gründlich gereinigt, die äußersten Schalen werden entfernt und das Zellgewebe wird gelockert und damit zur weiteren Verarbeitung aufgeschlossen. Das roh entschälte Korn gleitet jetzt durch ein Walzwerk und sinkt aus dem letzten Walzenpaar backreif als ein feuchtes, gewebeartiges Band in die Mulden. Die ersten Walzen laufen langsam und zerquetschen die Körner zu flachen Scheiben, die Quetschung wird schärfer und feiner, bis das Getreide in zähen Teig verwandelt ist. Der Kornteig wird in einer Knetmaschine mit Sauerteig und Salz durchgewirkt und wandert nun in die Oefen. Die — übrigens verblüffend einfache — Maschinenanlage des neuen Verfahrens kann also an jede Bäckerei angeschlossen werden. Die Vorzüge der neuen Brotbereitung sind unverkennbar: die gesundheitlich einwandfreie Herstellung des Backgutes — keine Menschenhand kommt mit dem Teig in Berührung —, die volle Ausnützung des Getreides und die Ersparnis jeder Beförderung und Aufbewahrung, die die Müllerei in sich schließt. Ein paar Zahlen über die Ausbeuteergebnisse des Großschen Verfahrens: 100 Kilogramm Getreide geben eine Ausbeute von 148 Kilogramm Brot (das Getreide wird auf 99 Prozent ausgenützt); im Müllereiverfahren ergeben 100 Kilogramm Getreide, bei der von der Reichsgetreidestelle vorgeschriebenen Ausmahlung auf 96 Prozent, nur 132·48 Kilogramm Brot. Der Gewinn bei 100 Kilogramm Getreide beträgt also 15·52 Kilogramm. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen ist das so hergestellte Vollkornbrot gleichwertig dem auf 80 Prozent ausgemahlenen besten Friedensmehl. Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil ergibt sich aus der Vermeidung der Mehlbeförderung und Aufbewahrung; alle Verluste durch Dumpfigwerden von Mehlvorräten wie auch das sonst bei der Müllerei und Mehlbäckerei ausfallende Staub- und Fußmehl werden erspart. Durch die Einfachheit der Anlage verringern sich die Kosten der Brotbereitung und eine Verbilligung unseres Hauptnahrungsmittels dürfte besonders für die Zukunft von großer Bedeutung werden.

Neues Wiener Tagblatt
13./IX. 1918

223

Die Approvisionierung im Kriege.

Mehlumrayonierung.

Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt bis längstens am Samstag, den 14. d., der zuständigen Brot- und Mehlkommission zur Vormerkung anzeigen. Später erstattete Anzeigen können nicht mehr für die am 29. d. beginnende Verbrauchsperiode, sondern erst mit 16. Februar 1919 berücksichtigt werden.

Österr. Volkszeitung
13./IX. 1918

226

100 Kilogramm Kartoffeln per Kopf.

Der unmittelbare Bezug bei den Landwirten. — Das Quantum für die Verbrauchsperiode. — Verzicht auf die Kartoffelkarten.

Während sich die Behörden im vorigen Jahre gegenüber der Selbstversorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln passiv verhielten, besteht heuer, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, die Absicht, diese Art der Kartoffelversorgung zu fördern. Man rechnet damit, daß ein großer Teil der Wiener Bevölkerung die Erlaubnis, sich gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte selbst Kartoffeln vom Lande beschaffen zu dürfen, benützen wird, um sich der Kartoffelsorgen für den Winter zu entledigen. Jeder, der sich Kartoffeln einlagert, wird darauf achten, daß sie nicht verderben. Andererseits wird die städtische Kartoffelversorgung möglicherweise um 50 Prozent entlastet, was natürlich wieder Vorteile hätte, denn dann wären nicht so viele Mieten und Lagerräume, Personal, Wagen und Pferde, Aufsichtsorgane ꝛc. nötig, abgesehen von den Kartoffelbahntransporten, die erspart werden würden.

Um diese Entlastung der städtischen Kartoffelversorgung recht wirksam zu machen, wird insbesondere der Wiener Bevölkerung gestattet werden, sich nicht nur aus Niederösterreich, sondern auch aus Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien Kartoffeln zu beschaffen. Viele haben irgendwelche Verbindungen mit Landwirten in diesen Ländern; sie werden nun über Ansuchen die Bewilligung erhalten, aus diesen Ländern Kartoffeln nach Wien bringen zu dürfen.

Das Ausmaß für die Kartoffelselbstversorgung wird 100 Kilogramm per Kopf und Versorgungsperiode, das ist bis Ende Juni 1919, betragen. Der Anmeldetermin wird heuer länger sein als im Vorjahre, um möglichst vielen Leuten Gelegenheit zu geben, auf dem Lande Kartoffeln kaufen zu können. Bis zum Ablaufe dieses Termines wird der Kartoffelrucksackverkehr insofern eine Erleichterung erfahren, als die Kontrollbehörden angewiesen werden, kleinere Mengen, die erst festgesetzt, aber zweifellos mindestens zehn Kilogramm betragen werden, unbeanständet nach Wien durchzulassen. Um so unnachsichtlicher will man den Schleichhändlern und ihren Helfern, die Tag für Tag auf den Bahnen zu sehen sind, das Handwerk legen. Uebrigens wird vielleicht gerade dadurch, daß sich jeder Kartoffeln selbst auf dem Lande unbeanständet beschaffen kann, der Schleichhandel am empfindlichsten getroffen, denn man wird wohl nicht 5 und 6 K. für Kartoffeln bezahlen, wenn er sie auf dem Lande vom Bauer um 1 oder 2 K. bekommt.

Allerdings wäre es wünschenswert, daß die Statthalterei gleichzeitig mit der Freigabe der Kartoffelselbstversorgung auch Vorsorge treffen würde, daß das Hereinbringen der Kartoffeln vom Lande erleichtert wird. Kartoffeltransporte in Säcken auf der Bahn unterliegen erfahrungsgemäß der Gefahr des Diebstahls. Am sichersten ist, was man selbst nach Wien bringen kann, zum Beispiel mit Rucksäcken auf zwei oder drei Fahrten. Die betreffende amtliche Bescheinigung müßte daher so eingerichtet werden, daß jedes Teilquantum, das nach Wien gebracht wird, auf einem besonderen Abschnitt bestätigt wird. Zum Beispiel es will jemand 300 Kg. Erdäpfel mit drei Fahrten zu je 100 Kg. nach Wien bringen. Seine amtliche Kartoffelbescheinigung müßte daher seitlich drei Abschnitte haben, von denen jeweils einer bei der Ankunft in Wien vor dem Verlassen des Bahnhofes von der Finanzwache abgestempelt oder abgeschnitten wird.

Dadurch wäre auch der Schleichhandel kontrolliert und Mißbräuchen ein Riegel vorgeschoben andererseits hätte der Verbraucher die Sicherheit, daß er die am Lande gekauften Kartoffeln auch wirklich im vollen Ausmaß bekommt, während er bei der Versendung durch die Bahn die Sorge haben muß daß ihm die Hälfte der Kartoffeln gestohlen wird.

Reichspost
13./IX. 1918

225

Abgestufte Brotpreise.

In der dieser Tage abgehaltenen Beratung der „deutschnationalsozialistischen Arbeiterpartei" wurde mitgeteilt, daß es in einzelnen Bezirken gelang, von den Stadtvertretungen und Lebensmittelausschüssen zu erwirken, daß die Brotpreise nach drei Einkommenstufen festgesetzt wurden. Es wurde gefordert, daß der Ernährungsminister diese drei Preisstufen für Brot in ganz Oesterreich von Staats wegen einführe. Eine der verschiedenen Kaufkraft der Verbraucher angepaßte Abstufung der Preise wurde auch in der „Reichspost" und sogar in liberalen Organen gelegentlich der letzten Erhöhung der Brot- und Mehlpreise gefordert. Die Durchführung scheiterte, wie die Regierung versichern ließ, an dem Mangel des Materials zur Bemessung der Kaufkraft, beziehungsweise des Einkommens der Bevölkerung.

Die Zeit
14./IX. 1918

126

(Erhöhung der Budapester Brotpreise.) Aus Budapest, 13. d., wird uns telegraphiert: In der Zehnerkommission der hauptstädtischen Approvisionierungskommission wurde heute das Gesuch der Budapester Bäcker verhandelt, die eine Brotpreiserhöhung verlangen und das Ansuchen mit den erhöhten Arbeitslöhnen der Bäckergehilfen motivieren. In dem Gesuch heißt es weiter, daß die kompetenten Faktoren eine Erhöhung des braunen Brotes um 6 Heller und des weißen Brotes um 12 Heller als gerechtfertigt erachten. Die Approvisionierungskommission beantragte daher, daß das braune Brot im Preise von 74 nunmehr auf 80 Heller und das weiße Brot von K. 2.66 auf K. 2.78 pro Kilogramm erhöht werde.

Die Zeit 15. IX. 1918

227

Für Erhöhung der Mehlquote.

Eine Ernährungsdebatte im Stadtrat

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde im Stadtrat gestern eine Approvisionierungsdebatte abgeführt, die vom Magistratsrat Dr. Roßkopf mit einem Bericht über den gegenwärtigen Stand der Mehlversorgung eingeleitet wurde. Er besprach zunächst die Sicherstellung der Inlandsernte, wobei er mitteilen konnte, daß die Anmeldung und Aufbringung der Getreidevorräte sich bis Ende August im Verhältnis zum Vorjahr günstiger gestaltet habe. Nichtsdestoweniger könne selbstverständlich mit der Inlandsernte das Auslangen für das ganze Wirtschaftsjahr nicht gefunden werden. Es müsse daher rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, daß die fehlende Menge durch Sicherstellung von Getreidebezügen aus Ungarn, der Ukraina und Rumänien gedeckt werde.

Im Anschluß daran erörterte Dr. Roßkopf auch alle anderen Gebiete der Volksernährung, insbesondere die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kartoffeln, Gemüse, Eiern, Milch, Brot, Fett, Fleisch und Zucker. Er stellte folgenden Antrag: Die Regierung wird aufgefordert, die Inlandsernte mit aller Beschleunigung und restlos zu erfassen und die Getreidelieferungen aus Ungarn, der Ukraina, Rumänien usw. derart sicherzustellen, daß dem ebenso dringenden als berechtigten Wunsche der Wiener Verbraucher nach Wiederherstellung der früheren Ration an Kochmehl sofort entsprochen werden kann.

Stadtrat v. Steiner beklagte es, daß die letzten Sommerferien des Parlaments von der Regierung zu einer schier unerträglichen Verteuerung der Brot- und Mehlpreise benützt worden seien. Der Mehraufwand beträgt bei einem Haushalt von vier Personen bei der jetzigen gekürzten Kochmehlquote 228 Kronen, bei der vollen Kochmehlquote 288 Kronen jährlich. Man hätte nun glauben sollen, daß der Zusammentritt des Finanzausschusses benützt werden wird, um von der Regierung Aufklärungen über diese empfindlichen Preiserhöhungen zu fordern. Dies sei leider nicht geschehen. Der Redner stellte schließlich den Antrag, die Regierung zu ersuchen, mit aller Beschleunigung jene Umstände authentisch bekanntzugeben, die zu einer so empfindlichen Steigerung der Preise der notwendigsten Nahrungsmittel geführt haben, wie überhaupt eine erschöpfende Darstellung der gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse und der beabsichtigten Maßnahmen der Regierung zu geben.

Stadtrat Spalowsky wendete sich gegen das Verbot des Rucksackverkehrs. Er müsse solange gestattet bleiben, als die Regierung nicht in der Lage sei, eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, mindestens aber solange, bis die quotenmäßige Zuteilung der Lebensmittel gesichert sei. Der Redner sprach sich ferner gegen die Einführung von fleischlosen Wochen aus, solange nicht andere Lebensmittel vorhanden sind und solange in den Gasthäusern Fleisch nach beliebiger Auswahl zu bekommen sei.

Stadtrat Dr. Hein bezeichnete die Gesamtlage der Ernährungsverhältnisse derzeit als nicht günstig. Da die Ernte in Rumänien den Erwartungen nicht voll entsprochen habe, werden alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um diesen Ausfall wettzumachen.

Stadtrat Wippel protestierte gleichfalls gegen die Erschwerung des Rucksackverkehrs.

Stadtrat Hötzel erklärte, daß die gegenwärtigen Verhältnisse unbedingt eine Erhöhung der Mehlquote erfordern.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Magistratsrates Dr. Roßkopf und der Zusatzantrag des Stadtrates v. Steiner einhellig genehmigt.

Fremdenblatt
15./IX. 1918

228.

Für die Erhöhung der Mehlquote.

Im Wiener Stadtrate wurde gestern über die Lebensmittelversorgung Wiens gesprochen. Sämtliche Redner verwiesen auf den wirtschaftlichen Notstand der Großstadtbewohner, der durch fortwährende Preissteigerungen, besonders durch Erhöhung des Brot- und Mehlpreises, sich geradezu unerträglich gestaltet. Mit Recht erhob der Referent Magistratsrat Dr. Roßkopf seine warnende Stimme, rechtzeitig für den kommenden Bedarf vorzusorgen. Mit der Inlandsernte kommen wir für das ganze Wirtschaftsjahr nicht aus, es seien Aushilfen aus Ungarn, der Ukraine und Rumänien erforderlich. Der Referent beantragte sohin: Die Regierung wird aufgefordert, die Inlandsernte mit aller Beschleunigung und restlos zu erfassen und die Getreidelieferungen aus Ungarn, der Ukraine und Rumänien derart sicherzustellen, daß dem ebenso dringenden als berechtigten Wunsche der Wiener Verbraucher nach Wiederherstellung der früheren Ration an Kochmehl sofort entsprochen werden kann.

Leopold v. Steiner beklagte die Teilnahmslosigkeit der Reichsvertretung, er rügte die Verteuerung des Brot- und Mehlpreises sowie das Schweigen des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses, der bisher versäumte, von der Regierung Aufklärung über diese empfindlichen Preiserhöhungen zu fordern. Steiner beantragte, die Regierung zu ersuchen, schleunigst die Ursachen der Preiserhöhung bekanntzugeben, weiter eine genaue Darlegung der Ernährungsverhältnisse und der beabsichtigten Maßnahmen.

Andere Redner protestierten gegen die Erschwernisse im Rucksackverkehr und wünschten eine Erhöhung der Mehlquote.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Magistratsrates Dr. Roßkopf und der Zusatzantrag des Stadtrates v. Steiner einhellig genehmigt.

Die Zeit
16./IX. 1918

229

Die volle Mehlquote in Böhmen.

Aus Prag wird uns gemeldet:

Der Vecer berichtet: In der ersten Septemberwoche wurden in Böhmen 10.462 Waggons Getreide angekauft. Daraus schließt die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, daß der Ankauf genügend und lebhaft sei. Gegen Mitte September werde der Ankauf infolge der Arbeiten auf den Rüben- und Kartoffelfeldern sinken, gegen Ende September und im Oktober wieder steigen, so daß die Kriegsgetreideverkehrsanstalt den Gemeinden nicht nur die volle Brot-, sondern auch die volle Mehlquote zuweisen könne. Es liege deshalb an den Konsumenten, daß sie sich um diese Quote melden. Die Statthalterei hat sich nun infolge dieses günstigen Getreideaufkaufes telegraphisch an das Ernährungsamt mit der Forderung gewendet, daß nunmehr in Böhmen die volle Mehlquote zum Kochen festgesetzt werde.

Ostdeutsche Rundschau
18./IX. 1918
D 18
230

Wegen Mehlschmuggels bestrafte Wienerinnen. Letzten Mittwoch wurde, wie die „Preßburger Zeitung" berichtet, bei der Station der elektrischen Bahn Pozsony-Wien die in Wien wohnhafte Amalie Kailer wegen Mehlschmuggels beanständet. Polizeirichter Honorärvizestadthauptmann Anton Pallos verurteilte sie zu zehn Tagen Polizeiarrest und 100 Kronen Geldstrafe. Die bei ihr gefundenen sechs Kilogramm Mehl wurden konfisziert. Die Wiener Insassin Frau Dumayer wollte fünf Kilogramm Mehl nach Wien schmuggeln. Sie wurde zu zehn Tagen Polizeiarrest und 200 Kronen Geldstrafe verurteilt. Eine Wiener Lehrerin, namens Karoline Czerny, wollte Mehl mit gefälschtem Ausfuhrzertifikat schmuggeln. Sie wurde zu 200 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Neues Pester Journal
19. IX. 1918

D 19

252

Ernährung und Versorgung.

Die Untersuchung gegen die Kartoffelzentrale.

Eine Entgegnung.

Auf unseren Artikel: „Untersuchung gegen die Kartoffelzentrale" erhalten wir von maßgebender Stelle folgende Mitteilung:

Die Landes-Kartoffelvermittlungsstelle ist vor allem keine Zentrale, sondern ein ausübendes Organ des Ernährungsamtes und hat als solches kein wie immer Namen habendes Interesse an Erzielung eines Nutzens. Aus diesem Grunde — was auch übrigens durch die regelmäßig abgehaltenen Untersuchungen nachgewiesen ist — ist die Behauptung, als hätte die Vermittlungsstelle früher, als die Ware tatsächlich geliefert wurde, zu höherem Preis fakturiert, ganz hinfällig. Das Landes-Ernährungsamt hat auf ausgesprochenen Wunsch der Vermittlungsstelle den engen Kontakt zum Ernährungsamt verwirklicht und hat diese Maßnahme zur Vermeidung vieler bureaukratischer Handlungen geführt.

Die Kartoffelvermittlungsstelle hat weder auf die Aufbringung der Vorräte noch auf die Rationierung irgendwelchen Einfluß, sondern effektuiert einfach die Verordnungen des Ernährungsamtes. Demzufolge sind die in dem gestrigen Artikel hiezu geknüpften Annahmen nicht richtig.

Was nun die zuletzt erfolgte Untersuchung anbelangt, so ist festzustellen, daß Generaldirektor Miklós bei einem leitenden Beamten der Kartoffelstelle Indiskretionen und Unterlassungen bemerkt hat und da dieselben geeignet gewesen wären, dem guten Ruf der Vermittlungsstelle zu schaden, hievon seiner vorgesetzten Behörde Bericht erstattete und um eine strenge Untersuchung gebeten hat, welche nicht nur die Unrichtigkeit der Anschuldigungen, sondern auch denjenigen Nachweis erbrachte, daß die Durchführung der Erlässe des Ministeriums eine ganz besondere tüchtige kommerzielle Gebarung erblicken lassen.

Hamburger Fremdenblatt 20/IX. 1918.

234

Krieg und Wirtschaft.

Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung.

Man schreibt uns:

Ob eine Verbesserung der Kartoffelversorgung durch Erhöhung der Wochenmenge von sieben Pfund auf mindestens zehn Pfund für den Kopf der Bevölkerung möglich ist, kann heute noch nicht gesagt werden. Die Entscheidung der maßgebenden Stellen über die Anregungen und Anträge betreffend Heraufsetzung der Wochenkopfmenge auf mindestens zehn Pfund kann erst fallen, wenn eine Uebersicht über die Ernteergebnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches vorliegt. Sie ist vor Mitte Oktober unter keinen Umständen zu erwarten. In Kreisen, die in dieser Frage als gut unterrichtet gelten müssen und wohl auch um ihre Meinung gefragt werden dürften, rechnet man auf Grund der neuesten Mitteilungen über die Ernteaussichten mit der Wahrscheinlichkeit, daß eine wesentliche Erhöhung der Wochenmenge nicht vorgenommen werden wird. Obwohl die mit Kartoffeln bestellte Anbaufläche in diesem Jahre um rund sieben v. H. größer ist als im Vorjahre, wird man wohl kaum mit einem höheren Ernteergebnis rechnen dürfen. Während die Frühkartoffeln unter der anhaltenden Dürre im Mai und Juni und unter den starken Frühjahrsfrösten in ihrer Entwicklung gestört wurden, so daß die Ernte sich um rund drei Wochen verzögerte und der Knollenansatz vielfach sehr zu wünschen übrig ließ, haben die Spätkartoffeln trotz ihres vielversprechenden Standes im Juli und in der ersten Hälfte des Augustmonats unter der anhaltenden Feuchtigkeit und der kalten Witterung in den letzten Wochen sehr gelitten. Aus vielen Gegenden des Reiches wird ein starkes Auftreten der Kartoffelfäule, der Blattrollkrankheit und anderer Krankheitserscheinungen gemeldet.

Entgegen den früheren Erwartungen, die, gestützt auf die günstigen Berichte aus der ersten Hälfte des vorigen Monats, mit einer guten Kartoffelernte rechneten, wird man gut tun, sich auf eine mittlere Ernte einzurichten. Die Schuld an der Verschlechterung der Ernteaussichten tragen lediglich die ungünstigen Witterungsverhältnisse. Selbst wenn die Ernte so reichliche Erträge bringen sollte, daß eine Verteilung der Wochenkopfmenge post 10 Pfund möglich wäre, wird man gut tun, sich auf eine geringere Menge einzurichten. In der Praxis liegen die Verhältnisse vielfach anders, als sie sich auf dem Papier darstellen. So wird trotz aller Bemühungen die restlose Erfassung der über den eigenen Wirtschaftsbedarf der Selbstversorger hinausgehenden Erntemengen wohl kaum möglich sein. Man weiß ja aus eigener Erfahrung, daß große Mengen Kartoffeln unter der Hand verkauft und auf Schleichwegen in die Städte gebracht werden. Zweifellos würde dieser Schleichhandel bedeutend abnehmen, wenn die Behörden der Bevölkerung gegenüber die Gewähr übernehmen könnten, daß sie auf eine Kartoffelmenge von 10 Pfund in der Woche mit Bestimmtheit rechnen darf. Da die jetzigen Aufsichtsmaßnahmen besonders auf dem platten Lande fast vollständig versagen, kann eine solche Bürgschaft wohl schwerlich übernommen werden.

Eine weitere Schwierigkeit erwächst der Durchführung des Verlangens nach einer wesentlichen Erhöhung der Kartoffelration aus den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen. Obwohl die Handelskammer durch Bekanntmachungen der Eisenbahndirektion im Juli auf die günstigen Aussichten für die Wagengestellung hingewiesen wurden, werden fortgesetzt Klagen laut über einen fühlbaren Mangel an Güterwagen, unter dem besonders der Transport der Kartoffeln aus den Erzeugergebieten nach den Verbrauchsorten stark zu leiden hatte. Freilich sind besondere Anweisungen ergangen, um eine möglichst schnelle Be- und Entladung der Wagen zu ermöglichen. Wenn jetzt schon derartige Schwierigkeiten zu überwinden sind, so wird man wohl gut daran tun, sich auf noch größere gefaßt zu machen in den Wochen, in denen der eigentliche Transport erst vor sich geht. Dann sollen den Städten möglichst große Mengen zugeführt werden, damit sie ihren Winterbedarf noch vor Beginn der eigentlichen Frostperiode einnehmen können. Hierzu kommt die starke Inanspruchnahme der Eisenbahn durch andere Gütertransporte, die zeitlich mit den Kartoffeltransporten zusammenfallen. Ob unter diesen Umständen die Bereitstellung einer Kartoffelmenge von zehn Pfund, falls sie tatsächlich vorhanden sein sollten, eisenbahntechnisch möglich ist, muß bezweifelt werden.

Aus allem ergibt sich, daß man hinsichtlich der Kartoffelversorgung nicht zu optimistisch in die Zukunft blicken darf. Was nützt uns die Aussicht auf eine höhere Wochenmenge, wenn wir diese auf die Dauer doch nicht beibehalten können. Es ist besser, regelmäßig eine kleine Menge ständig zur Verfügung zu haben, als eine größere Menge zu verteilen und sich der Gefahr auszusetzen, daß eines Tages die Verteilung eingestellt werden muß, weil keine Kartoffeln mehr vorhanden sind.

Neues Wiener Tagblatt Abend
20/IX. 1918

8
10
234

Die Approvisionierung im Kriege.

Die neue Brot- und Mehlordnung.

Nach einer neuen Verordnung des Statthalters wird die Regelung des Verbrauches von Brot und Mehl in folgender Weise abgeändert:

Artikel I.

In Wien und den von der Statthalterei für jede Verbrauchsperiode bestimmten Gemeinden wird Brot auf Grund einer für Haushaltungen oder für nicht in einer Haushaltung verköstigte Einzelpersonen ausgegebenen amtlichen Brotbezugskarte verabfolgt. Die gebührende Wochenbrotmenge wird in der Brotbezugskarte von der Ausgabestelle ersichtlich gemacht.

Der Mehlbezug erfolgt auf Grund einer gleichfalls für Haushaltungen oder für nicht in einer Haushaltung verköstigte Einzelpersonen ausgegebenen Mehlbezugskarte und einer außerdem für jede Person ausgegebenen Mehlkarte. Personen, in deren Haushalte (Wirtschaft) sich mehr als 3 Kilogramm und höchstens 7 Kilogramm Mehl oder die entsprechende Menge an Getreide für jede im Haushalte (Wirtschaft) verköstigte Person befinden, erhalten keine Mehlkarte. Sie erwerben den Anspruch auf die Mehlkarte erst in dem Zeitpunkt, in welchem ihre Vorräte bei einem das Maß der jeweils festgesetzten Mehlverbrauchsmenge nicht überschreitenden Verbrauch auf 3 Kilogramm Mehl oder die entsprechende Menge an Getreide für jede im Haushalte (Wirtschaft) verköstigte Person gesunken ist.

Personen, die nach den bisherigen Gepflogenheiten das für den Hausbedarf erforderliche Brot selbst backen oder auf Grund einer erteilten Bewilligung das Ausbacken von Brotteig durch Bäcker veranlassen, ferner kranke Personen nach Maßgabe der von der Statthalterei jeweils erlassenen Vorschriften, Kinder unter zwei Jahren und stillende Mütter erhalten über Verlangen zum Zwecke des Bezuges von Mehl an Stelle von Brot neben der Mehlbezugskarte Störbrotmehlkarten. Anspruch auf diese Karten haben jedoch nur Personen, in deren Haushalt (Wirtschaft) sich nicht mehr als drei Kilogramm oder die entsprechende Menge an Getreide für jede im Haushalte (Wirtschaft) verköstigte Person befinden.

Personen, in deren Haushalte (Wirtschaft) sich mehr als sieben Kilogramm Mehl oder die entsprechende Menge an Getreide für jede im Haushalte (Wirtschaft) verköstigte Person befinden, erhalten keine der vorbezeichneten Karten.

Alle vorangeführten Ausweiskarten umfassen einen Zeitraum von 20 Kalenderwochen.

Artikel II.

Von den nach § 3 dieser Verordnung ausgegebenen Mehl- oder Störbrotmehlkarten ist in Gast- und Schankgewerbebetrieben für jede Portion einer Mehlspeise ein ganzer auf der Rückseite dieser Karten vorgezeichneter, in der entsprechenden Doppelwoche gültiger Teilabschnitt einzuziehen.

Artikel III.

Diese Verordnung tritt am 29. September 1918 in Wirksamkeit.

Die heutigen Lebensmittelmärkte.

Die günstige Beschickung des Gemüsemarktes hält an, die Krautzufuhren aus Ungarn nehmen noch immer zu. Heute kamen aus Ungarn allein 160,000 Kilogramm Weißkraut auf dem Naschmarkte an, ferner erhielt dieser Markt aus Ungarn 8000 Kilogramm Paradeisäpfel, 10,000 Kilogramm Kürbisse und 40,000 Kilogramm Zwiebel. Die Zwiebelernte in Ungarn soll heuer außerordentlich günstig sein, so daß es nicht notwendig sein wird, auch für Zwiebel Phantasiepreise zu bezahlen. Vorläufig gilt für Zwiebel noch der Preis von 2 K. 30 H. bis 2 K. 80 H. für das Kilogramm, doch wird dieser Preis weiter ermäßigt werden können.

Auf dem Obstmarkte fielen heute die Ankünfte hiesigen Obstes günstig aus. Der Naschmarkt verfügte über 15,000 Kilogramm hiesige Aepfel, 32,000 Kilogramm hiesige und 6000 Kilogramm bosnische Zwetschken. Dagegen kamen heute auf den Naschmarkt aus Ungarn nur 35,000 Kilogramm Weintrauben.

In der Viktualienhalle im 3. Bezirk, die nur selten über nennenswerte Obstangebote verfügt, verursachte heute der Verkauf von 3700 Kilogramm Birnen zu K. 1.40 das Kilogramm lange Anstellreihen. Das Gemüseangebot war auch auf diesem Markte ausreichend, aber nicht reichhaltig.

In der Großmarkthalle verfügte heute nur die Fischabteilung über Vorräte, die zum größten Teil aus ungarischen Karpfen bestanden. Der Preis wurde heute für die Karpfen auf K. 22.- bis K. 23.— ermäßigt, da sie beim Preise von K. 26.— unverkäuflich waren. Schwach vertreten und rasch ausverkauft waren Brachsen zu K. 9.— das Kilogramm.

Mit der Bahn kam heute kein Rindfleisch an, bloß 2 Waggons Schafe und 1 Waggon Innereien. Per Achse wurden in die Großmarkthalle 2250 Kilogramm Rindfleisch und 1057 Kilogramm Würste zugeführt.

Morgen gibt es in der Großmarkthalle außer Rindfleisch auch stark gesalzenes Selchfleisch zu K. 25.— das Kilogramm.

Auf den meisten Märkten waren auch Eier erhältlich, doch war überall die Nachfrage weit stärker als die Vorräte.

Die Zeit
21./IX. 1918

235

(Heißer Kukuruz.) Früher einmal bildeten „ein Paar Heiße" das populäre, durchaus demokratische, vom Ziegelschupfer wie vom Millionär gleichgeschätzte Zwischenessen zwischen zwei Hauptmahlzeiten. Vorzugsweise wurden sie als „Zehnerjause", rekte Gabelfrühstück, gewürdigt; man konnte sie aber auch nachmittags zum Tee genießen, und am besten waren sie so um Mitternacht herum zu Bier, Wein oder gar Schampus, wenn der Magen schon wieder eine leichte Leere empfand. Und diese heißen Würstel, die man bei uns aus unklaren Ursachen „Frankfurter", in Frankfurt aber „Wiener" nannte, gab es überall und zu jeder Tagesstunde. Daß man sie einmal nicht mehr bekommen würde, hätte man nie geahnt, und würde man es geahnt haben, so wäre vielleicht dieser sympathische Krieg nicht ausgebrochen. Vormittags um zehn Uhr pflegten nett und sauber gekleidete Bäckerjungen mit Semmelkorb und Wurstkessel durch die großen Bureaus und Aemter zu gehen, und der Amtsdiener genau so wie der Sektionschef begrüßten ihn mit Wohlgefallen. Auch beim Greisler waren sie jederzeit heiß und kalt vorrätig; das kleinste Kutscherbeisel wie das vornehmste Stadtlokal servierten sie mit „Saft" oder „Gerösteten", nächtlich wieherten sie einem an den großen Straßenkreuzungen fröhlich entgegen, und im „Tabarin" und der „Kaiser-Bar" galt es direkt für vornehm, um 3 Uhr morgens Würstel zur Witwe Cliquot zu verzehren. Jetzt sind Würstel eine kostbare Seltenheit geworden, die sich, wenn sie überhaupt zu bekommen sind, nur sehr wohlhabende Leute als Zwischenmahlzeit gönnen können, und dem Amtsdiener wie dem Sektionschef erscheinen sie in Begleitung von Salzstangeln nur mehr im Traum. Einen gewissen Ersatz haben die heißen Frankfurter aber jetzt doch gefunden, und zwar in Gestalt des heißen Kukuruz. Vormittags und nachmittags brodelt der Kolben, gar nicht übel duftend, draußen in den Vorzimmern der Bureaus und Aemter im Kochtopf, in der Vorstadt fehlt er auf keiner Speisenkarte des Wirtshauses, und im Haushalt dominiert er momentan direkt, weil er verhältnismäßig noch immer billig, rasch zubereitet und nahrhaft ist. Nachmittags kann man jetzt vor einzelnen Automatenbüfetts kleine „Polonäsen" wahrnehmen. Es sind Anstellungen um heißen Kukuruz, der in das Repertoire dieser Lokale aufgenommen wurde. Nicht gerade sehr billig — der Kolben kostet K. 1.20 —, aber schließlich bekommt man ja für dieses Geld sonst überhaupt nichts, und da gerade die Jausenstunde jetzt die Zeit ist, wo man am meisten Hunger hat, so gehen eben die heißen Kukuruze reißend ab. Schaut man sich die Leute an, die, während ihnen schon in Vorahnung des Genusses das Wasser im Munde zusammenläuft, sich in solche Automatenlokale drängen, so kann man seltsame soziologische Beobachtungen machen. Gut gekleidete Herren mit der Aktenmappe neben halbwüchsigen Laufburschen, kleine Lehrmädchen neben außer Kurs geratenen Lebedamen, und hie und da sieht man einen Offizier, der etwas verlegen abseits steht und wartet, bis ihm der dampfende Kolben gereicht wird. Die Herrlichkeit des heißen Kukuruz dauert aber leider nicht lange. Ein paar Tage noch, und es wird das Verbot des Verkaufes von Maiskolben kommen, weil diese Frucht von ungeahnter Bedeutung für unsere Ernährung geworden und bestimmt ist, uns im alljährlichen Frühling unseres Mißvergnügens über schlimme Zeiten hinwegzuhelfen.

Pester Lloyd
21/IX. 1918

236

Ungarns Reisbau.

Von **Karl Kolomann Steiner.**

Budapest, 20. September.

In den achtziger Jahren hat der Reisbau bei uns infolge lebhafter Propaganda von seiten des Staates einen ziemlichen Aufschwung genommen; durch die ausländische Konkurrenz gedrückt, ohne Schutzzölle rentierte die Reispflanzung aber bald nicht mehr, und nach kurzem Bestand ging sie kläglich ein. Das ist um so mehr zu bedauern, als das Territorium des Franz- und des Franz-Josef-Kanals der Bega sich besonders für diese Kultur eignet. Aber auch die Donau- und Theißniederungen könnten hiezu sehr gut verwendet werden. Es sind dies 100.000 Joch, deren Ertrag unseren Bedarf decken könnte. Im Jahre 1913 baute bloß die Staatsdomäne Pétapuszta am Franz-Josef-Kanal Reis, während alle anderen hiezu eingerichteten Wirtschaften die Einrichtungen geschliffen hatten. Dem momentan hohen Preis ist es zu verdanken, daß sich im Jahre 1918 trotz des durch die exorbitant hohen Einrichtungskosten verursachten großen Risikos bereits acht Landwirte auf einer Gesamtanbaufläche von zirka 550 Katastraljoch dem Reisbau widmeten.

Während vor dem Kriege die Planierung und Kanalisation pro Joch zirka k 500 kosteten, hat eine im Frühjahre 1918 eingerichtete Anlage schon k 5000 pro Katastraljoch bedungen; heute dürfte sie aber noch mehr Ausgaben beanspruchen. Der Reis soll in dreijährigen Turnussen gebaut werden (Reis, Halm- oder Grünfrucht, Hackfrucht), sonst kann man des Unkrauts nicht Herr werden, und hat trotz riesiger Jätekosten nur mit ungenügenden, nicht rentablen Ernten zu rechnen. Bei einer Investierung von k 500 konnte man früher in einer zwölfjährigen Amortisation vier Reisbauten in Kalkulation ziehen, dies ist aber bei den jetzigen riesigen Kosten ausgeschlossen. Heute stellen sich die Kosten eines Katastraljoches Reisbau wie folgt: Anlage im Durchschnitt k 5000, Pachtwert k 250, 80 Kilogramm Saatgut vom Staate k 800, zweimal Pflügen, einmal Eggen k 120, fünf Männer beim Anbau k 100, zwanzig Mädchen zum Jäten k 240, Schneiden pro Joch k 100, Drusch pro Joch (750 Kilogramm) k 37.50, Wassergebühr pro Joch k 30, Wassermeister pro Joch k 50, zusammen k 6727.50; falls ein Durchschnittsergebnis von 750 Kilogramm heuer pro Joch angenommen wird, was jedoch kaum der Fall sein dürfte, stellt sich das Kilogramm Rohreis auf zirka k 9, wobei der Landwirt noch das Risiko trägt, daß er weniger erhält, da schon Ernten mit 250 Kilogramm vorgekommen sind, oder Witterungsverhältnisse, nasser Herbst oder Hagel seine Erwartungen zunichte machen.

Der Reis ist heute ein Luxusartikel. Das muß er auch insolange bleiben, bis die einheimische Produktion sich in solchem Maße ausdehnt, daß die Produktionskosten den einheimischen Reis zum Volksnahrungsmittel machen. Das Ackerbauministerium müßte den Reis entweder im Freihandel belassen oder seinen Preis bis 1921 in solcher Höhe bestimmen, daß die Landwirte die hohen Investitionskosten nicht zu scheuen brauchen und sich beeilen würden, ihre hiezu geeigneten Flächen für den Reisbau einzurichten, um die Anlagekosten während dieser Frist einbringen zu können.

Unsere Einfuhr an Rohreis betrug im Jahre 1913 1,247.000 Meterzentner, während wir heuer mit der Staatsdomäne zusammen kaum 6000 Meterzentner ernten werden. Es sollten daher alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit möglichst bald 100.000 Joch eingerichtet werden, denn nur dann könnten wir uns auch in diesem Artikel vom Ausland unabhängig machen, was von eminenter Wichtigkeit ist. Es würde tiefliegendes, teilweise sumpfiges Land, das bisher Röhricht oder Weide war, urbar gemacht werden, wodurch sich ein riesiger Zuwachs unseres Nationalvermögens ergäbe, zahlkräftige Steuerobjekte — die wir gewiß sehr notwendig brauchen könnten — würden entstehen und wir würden für Reis auch dann keine Valuta ins Ausland senden, wenn uns die Möglichkeit der Einfuhr geboten wäre.

Fremdenblatt
22./IX 1918

257

Erhöhung der Brotquote in Deutschland.

Im Deutschen Reiche wird ab 1. Oktober die Brotquote erhöht. Die reichlichere Beteilung ist, an unseren Verhältnissen gemessen, sehr beträchtlich. Auf den Kopf und die Woche werden dort künftighin nahezu vier Pfund entfallen, das sind beiläufig 1,8 Kg. Die Verbraucher in Deutschland werden sohin mit ihrer Wochenmenge an Brot um ein halbes Kilogramm besser gestellt sein, als die österreichischen Konsumenten. Da nach der amtlichen Verlautbarung auch die Kartoffelquote, die dermalen 7 Pfund beträgt, eine Erhöhung erfährt, und Gemüsesorten in ergiebigen Mengen vorhanden sind, wird die Volksernährung im Deutschen Reiche in den kommenden Winter- und Frühjahrsmonaten sich wesentlich besser gestalten trotz des Fleischmangels, der auch dort permanent besteht. Diese wesentliche Verbesserung der Allgemeinversorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln ist nicht allein eine Folge der günstigen Erträgnisse der letzten Ernte, sondern vor allem dem vortrefflichen Aufbringungs- und Verteilungssystem zu verdanken, das die deutsche Verwaltung auszeichnet. Oesterreich kann sich dieser Vorzüge leider nicht rühmen, hier löst ein Experiment, eine Verordnung die andere ab und trotz aller Versuche fehlen unserem Ernährungswesen noch immer die festen Grundlagen.

Die Meldung des Berliner Wolff-Bureaus lautet: „Vom 1. Oktober angefangen wird die Kopf-Brotmenge wesentlich heraufgesetzt. Nach Mitteilung des Mitgliedes des Kriegsernährungsamtes Stegerwald liefert das Brotgetreide dieses Jahr 15 bis 17 Prozent mehr Mehl als im Vorjahre. Infolge dessen läßt sich die Brotmenge auf nahezu 4 Pfund per Kopf und Woche erhöhen. Auch die Kartoffelquote wird heraufgesetzt. Ueberaus reichlich ist die Gemüseernte, die den Fleisch-Ausfall wettmachen kann."

Tägliche Rundschau 23/IX. 1918.

238

* **Kartoffelbezug von auswärts.** Der Magistrat Berlin veröffentlicht heute eine Kartoffelverordnung für das Wirtschaftsjahr 1918/19. Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung erlassen, in der die grundlegenden Bestimmungen für diejenigen Personen enthalten sind, die Kartoffeln von auswärts aus Erzeugerkreisen beziehen wollen.

Anträge sind in dem Büro der Kartoffelversorgung vom 23. September bis 10. November 1918, werktäglich von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, zu stellen, Antragsteller mit dem Anfangsbuchstaben A—G am Montag und Dienstag, mit H—P am Mittwoch und Donnerstag, mit Q—Z am Freitag und Sonnabend einer jeden Woche. Vorzulegen sind: Bescheinigung der Brotkommission über Name, Wohnung und Kopfzahl der Familie, die Kartoffelkarte, aus der der Name des Kleinhändlers, bei dem der Antragsteller in der Kundenliste eingetragen ist, hervorgehen muß, der Frachtbrief und ein mit der genauen Adresse des Verladers und mit Freimarke (20 Pf.) versehener Briefumschlag. Ferner muß der Antragsteller den genauen Namen und die Wohnung des Erzeugers, von dem er die Kartoffeln zu beziehen wünscht, und den Landkreis, in dem der Ort gelegen ist, angeben. Zur Deckung der entstehenden Kosten an Vermittelung, Portoauslagen und Verwaltungskosten sind 50 Pf. für jeden einzuführenden Zentner sofort bei Stellung des Antrages zu entrichten.

Ostdeutsche Rundschau
24./IX. 1918
29

Erhöhung der Brotmenge in Deutschland. Im Deutschen Reiche wird ab 1. Oktober die Brotmenge erhöht. Die reichlichere Beteilung ist, an unseren Verhältnissen gemessen, sehr beträchtlich. Auf den Kopf und die Woche werden dort künftighin nahezu vier Pfund entfallen, das sind beiläufig 1.8 Kilo. Die Verbraucher in Deutschland werden sohin mit ihrer Wochenmenge an Brot um ein halbes Kilo besser gestellt sein, als die österreichischen Konsumenten. Da nach der amtlichen Verlautbarung auch die Kartoffelquote, die dermalen 7 Pfund beträgt, eine Erhöhung erfährt, und Gemüsesorten in ergiebigen Mengen vorhanden sind, wird die Volksernährung im Deutschen Reiche in den kommenden Winter- und Frühjahrsmonaten sich wesentlich besser gestalten trotz des Fleischmangels, der auch dort besteht. Diese wesentliche Verbesserung der Allgemeinversorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln ist nicht allein eine Folge der günstigen Erträgnisse der letzten Ernte, sondern vor allem dem vortrefflichen Aufbringungs- und Verteilungssystem zu verdanken, das die deutsche Verwaltung auszeichnet. Die Meldung des Berliner Wolff-Bureaus lautet: „Vom 1. Oktober angefangen wird die Kopf-Brotmenge wesentlich heraufgesetzt. Nach Mitteilung des Mitgliedes des Kriegsernährungsamtes Stegerwald liefert das Brotgetreide dieses Jahr 15 bis 17 v. H. mehr Mehl als im Vorjahre. Infolge dessen läßt sich die Brotmenge auf nahezu 4 Pfund per Kopf und Woche erhöhen. Auch die Kartoffelquote wird heraufgesetzt. Ueberaus reichlich ist die Gemüseernte, die den Fleischausfall wettmachen kann."

Tägliche Rundschau 25/IX. 1918.

240

Aus der Reichshauptstadt.

* Wieder 1950 Gr. Brot. Der von uns bereits mitgeteilte Beschluß, die wöchentliche Brotmenge vom nächsten Monat ab wieder auf 1950 Gr. zu erhöhen, ist vom Lebensmittelausschuß Groß-Berlin in seiner gestrigen Sitzung gutgeheißen worden. Die Brotpreise sind für das Schwarzbrot 103 Pf., für Krankenbrot 134 Pf.

Reichspost
26./IX. 1918

241

Aenderungen in den Lebensmittelkarten.

Die am 28. d. zur Ausgabe gelangenden Brotbezugskarten enthalten Abschnitte für 20 Laibe und 3 Viertellaibe Brot. Die gebührende Wochenmenge wird durch Abtrennung der über sie hinausgehenden Ziffernabschnitte ersichtlich gemacht. Haushalte, welche mehr als 20 Laibe wöchentlich beziehen, erhalten keine Brotbezugskarten von der Brot- und Mehlkommission, sondern eine diesbezügliche Anweisung bei der Konskriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes auf Grund einer Bestätigung der Brot- und Mehlkommission über die Zahl der Personen und Schwerarbeiter.

Die Mehlkarte lautet auf 20 Wochen und enthält für jede Woche zwei Abschnitte für je eine halbe Wochenmenge. Von den Mehl- und Stärbrotmehlkarten ist in Gast- und Schankgewerbebetrieben für jede Portion einer Mehlspeise ein ganzer, auf der Rückseite dieser Karte vorgezeichneter, in der entsprechenden Doppelwoche gültiger Teilabschnitt einzusehen. Der Name und die Adresse des Inhabers der Karte ist von diesem selbst auf der Rückseite einzutragen.

Die Kartoffelkarten, die Milchkarten vom vollendeten 2. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre haben nunmehr auch eine Gültigkeitsdauer von 20 Wochen. Die Fettkarten werden gleichfalls für 20 Wochen, und zwar zwei Karten mit der Gültigkeitsdauer von je 10 Wochen ausgegeben. Bei der Mehlbezugskarte und Seifenkarte ist eine Aenderung nicht eingetreten.

Die Ausgabe der Milcheinkaufskarte für Erwachsene entfällt.

Weiters wurden für die Verkäufer von Brot, Mehl, Zucker, Kaffee, Rindfleisch und Fett besondere Weisungen über die Führung der Kundenlisten und Nachtragskundenlisten erlassen, um eine einheitliche Gebarung bei Neuanmeldungen, Umraponierungen, Uebersiedlungen und bei Vermehrung oder Verminderung der Haushaltsmitglieder zu erzielen. Die Verkäufer werden im Interesse der Allgemeinheit aufgefordert, wahrgenommenen Mißbräuchen sofort entgegenzutreten und die Anzeige behufs Bestrafung beim zuständigen magistratischen Bezirksamte zu erstatten.

Reichspost
27./IX. 1918

242

Unsere Kartoffelversorgung.

Von Stadtrat Franz Spalowsky.

Gestern ist durch eine amtliche Verlautbarung mitgeteilt worden, daß den Konsumenten der direkte Bezug von Kartoffeln beim Produzenten gestattet ist. Der Kreis der derart Versorgungsberechtigten ist bedeutend weiter gezogen als im Vorjahre und es steht zu erwarten, daß damit eine größere Menge Kartoffeln als im Vorjahre von den privaten Haushaltungen bezogen werden kann. Damit wird die Versorgung der Allgemeinheit wesentlich erleichtert und es könnte insbesondere der breiten Masse der Wiener Bevölkerung endlich eine höhere Kartoffelquote gegeben werden.

Allerdings hat die gestattete Eindeckung der einzelnen Haushalte manchen Nachteil, der besonders deswegen zu bedauern ist, weil dadurch vielen Haushaltungsvorständen die Beschreitung dieses Weges verleidet wird. Die vollständig bureaukratische Behandlung der einzelnen Ansuchen, das Festhalten an der odiosen Stempelpflicht sind Begleitumstände, die wenig erfreulich sind. Auch ist nirgends zu ersehen, ob denn auch auf eine rasche Erledigung der gestellten Ansuchen gerechnet werden kann. Denn wenn einerseits der Verzicht auf die Kartoffelkarte Voraussetzung für die Gewährung der Ansuchen ist, so kann durch eine Verzögerung in der Erledigung der Gesuche ein Vakuum in der Kartoffelversorgung der einzelnen Haushalte eintreten, das bei dem Mangel an sonstigen Lebensmitteln äußerst bedenklich werden müßte.

Es wäre nur zu begrüßen, wenn von dieser Möglichkeit recht ausgiebiger Gebrauch gemacht werden könnte. Die heurigen Kartoffeln sind infolge der nassen Witterung weniger als sonst zur Einmietung geeignet. Wenn in den Haushaltungen die Kartoffeln regelmäßig ausgeklaubt werden, dann werden zweifellos weniger zugrunde gehen als in den Mieten, wo die Kartoffeln monatelang oder doch wochenlang beisammenliegen. Aber ich fürchte, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung von der Begünstigung keinen Gebrauch machen kann. Denn die Einlagerung der Menge z. B. für eine vierköpfige Familie erfordert eine mehrere hundert Kronen betragende Summe, die heute wirklich nicht leicht aufzubringen ist. Die wenigsten Arbeiter, Angestellten und Gewerbetreibenden können heute dreihundert bis vierhundert Kronen auf einmal auslegen. Für die große Masse der Bevölkerung wird deshalb diese Begünstigung wirkungslos bleiben.

Aus diesem Grunde ist aber die sofortige Erhöhung der Kartoffelquote eine absolute Notwendigkeit. Diejenigen, die von dem Recht der Eindeckung für das ganze Wirtschaftsjahr Gebrauch machen können, haben eine Verbrauchsmenge von 100 Kilogramm sichergestellt. Das ergibt für die Woche und per Kopf ab 1. Oktober 2·8 Kilogramm. Es ist ganz ausgeschlossen, daß unter solchen Umständen der großen Mehrzahl der Verbraucher zugemutet werden kann, daß sie, wie das in Wien der Fall ist, innerhalb vierzehn Tagen ein halbes Kilogramm erhalten. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine ausgiebige Erhöhung der Kartoffelration möglich ist. Gegenüber dem Vorjahre haben wir insoferne eine günstigere Situation, als die Ostfront in Wegfall gekommen ist. Wenn auch auf der Nordbahn noch lange keine normalen Verhältnisse herrschen, so kann man doch annehmen, daß die militärische Inanspruchnahme der nach Nordosten führenden Staatsbahnlinien eine weit geringere als im Vorjahre ist. Und im Vorjahre hat man doch immer darauf hingewiesen, daß die Versorgung Wiens mit Kartoffeln in erster Linie eine Transportfrage sei, deren Lösung durch die militärische Inanspruchnahme verhindert werde. Diese letztere ist zweifellos nicht mehr so arg als im Vorjahre und deswegen muß auch die Versorgung Wiens und der Alpenländer mit Kartoffeln aus den Hauptproduktionsländern Mähren, Schlesien, Galizien und Polen heuer leichter sein als in allen früheren Kriegsjahren. Allerdings muß auch die Kartoffelaufbringung energischer angepackt werden als bisher. Die letzten vierzehn Tage haben uns endlich trockenes Wetter gebracht, ein Umstand, der die Kartoffelernte sehr begünstigt. Wenn das Amt für Volksernährung die Aufbringung und den Transport der Kartoffeln sich nur ein wenig zu Herzen nimmt, dann müssen wir sehr bald eine höhere Kartoffelquote bekommen.

Die Möglichkeit, die Kartoffelquote zu erhöhen, ist also vorhanden, und die Notwendigkeit brauche ich wohl nicht erst zu begründen. 15 Dekagramm Fleisch und 25 Dekagramm Mehl als derzeitige Wochenration sind Begründung genug. Man spricht in diesen Tagen so viel vom Halten der Front im Innern. Sie wird gehalten, wenn die Strategen im k. k. Amt für Volksernährung nicht versagen. Darum: Erhöhung der Kartoffelquote schon für die allernächste Zeit!

Arbeiterzeitung
27./IX. 1918

Erdäpfel.

Der Schleichhandel mit Erdäpfeln. Mit dem Ende September soll die neue Erdäpfelkarte in Geltung kommen und man erwartete, daß schon zu dieser Zeit die Neurayonierung und die regelmäßige Abgabe von Kartoffeln erfolgen werde. Leider ist dies noch nicht geschehen. Obwohl an vielen Orten der größte Teil der Späterdäpfeln eingebracht ist und die Aufbringung so groß sein könnte, daß sie hinreichen müßte, schon jetzt die Bevölkerung regelmäßig mit diesem Nahrungsmittel zu versorgen, wird dessen Abgabe noch immer verzögert. Inzwischen geht die Verschleppung von Erdäpfeln durch Händler vor sich. Das geschieht an manchen Orten in so großem Ausmaß, daß man befürchten muß, es werde dadurch auch die allgemeine Aufteilung der Kartoffeln leiden. Manche Händler fahren jetzt fast täglich in die Kartoffelgebiete, lassen sich dort Rucksäcke füllen und zur Bahn führen und verstehen es, diese mit Hilfe von Eisenbahnern so unterzubringen, daß sie nicht weggenommen werden können. In Wien wartet ein Wagen, der die ganzen Rucksäcke dann vom Bahnhof abholt. Solche Schleichhändler verdienen damit täglich bis zu vielen hundert Kronen und mehr, weil sie in Wien ein Kilogramm Erdäpfel um 5 und 6 Kronen verkaufen. Sie beliefern nicht nur Haushalte der Reichen, sondern auch Gasthäuser der Zahlungsfähigsten. Die Hoffnung, daß die Schleichhandelspreise für Erdäpfel zur neuen Ernte sinken werden, erfüllte sich ebensowenig wie die auf billigeres Mehl. Heute, da der Schleichhandel in Blüte steht, werden die Preise stetig in die Höhe getrieben. Nach einer guten Erdäpfelernte ist es jetzt für den kleinen Rucksackträger schwer, das bißchen Erdäpfel für seinen Haushalt zu bekommen, weil die berufsmäßigen Hamsterer die Preise in die Höhe jagen. Sie können es, weil ihre Abnehmer keine Ausgabe scheuen. Nun verlangen die Bauern in der Tullner Gegend schon bis zu 2 Kronen für ein Kilogramm Erdäpfel. Sie sagen, sie haben das vereinbart, und wollen sie nicht billiger geben. Sie wünschen dazu noch Zucker, Stoffe und nehmen nicht einmal alles. Da bot vor einigen Tagen eine Frau für zwei Kilogramm Erdäpfel ein Hemd an und bekam die Kartoffeln nicht, weil die Leute für das Hemd keine Verwendung hatten. Sie sagen, sie haben schon genug. Einer wünschte für Erdäpfel einen Operngucker, damit er von der Ferne sein Feld beobachten kann. Ein anderer fordert Goldwaren für Kartoffeln. Sie werden immer unverschämter, je mehr die gewerbsmäßigen Hamster ihre Gelüste steigern und ihnen Geschenke machen, die der Arme nie aufbringen könnte.

Selbstversorgung mit Kartoffeln. Morgen Samstag gelangen mit den übrigen Lebensmittelkarten auch die neuen Kartoffelkarten zur Ausgabe. Diejenigen Parteien, die sich eine Kartoffelbezugsstelle bereits gesichert haben, dürfen sich nicht mehr umrayonieren lassen, sondern können mit diesen Karten bei der Konstriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes vom 30. d. angefangen die Kartoffelverzichterklärung abgeben. Parteien, die sich noch keine Kartoffelbezugsquelle gesichert haben, können sich auf Grund der neuen Kartoffelkarte wie bisher umrayonieren lassen und haben die Verzichterklärung nach Sicherung des Kartoffelbezuges in der geschilderten Art abzugeben, wobei sie überdies noch von der bisherigen Abgabestelle die Rayonierungsabschnitte zurückzuverlangen und mitzubringen haben. Der Partei wird eine Bestätigung über den Verzicht ausgefolgt, welche als stempelfreier Beleg dem Gesuch um die Bewilligung der Selbstversorgung anzuschließen ist. Das Gesuch selbst ist mit zwei Kronen zu stempeln. Die Gesuche sind bei den vor einigen Tagen veröffentlichten Stellen einzureichen.

Kartoffelabgabe. Heute Freitag bis übermorgen Sonntag werden in Hietzing Kartoffeln, und zwar ein halbes Kilogramm für den Kopf zum Preise von 36 Heller abgegeben.

Neues Wiener Tagblatt
27/IX. 1918

244

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Selbstversorgung mit Kartoffeln unter Verzicht auf die Kartoffelkarte.

Am Samstag gelangen mit den übrigen Lebensmittelkarten auch die neuen Kartoffelkarten zur Ausgabe. Diejenigen Parteien, welche bereits eine Kartoffelbezugsstelle sich gesichert haben, dürfen sich hier nicht mehr umrayonieren lassen, sondern können mit diesen Karten (einschließlich der Rayonierungsabschnitte) und ihrem amtlichen Einkaufsschein bei der Konskriptionsabteilung des zuständigen Magistratischen Bezirksamtes vom 30. d. angefangen die Kartoffelverzichterklärung abgeben.

Parteien, welche dermalen noch keine Kartoffelbezugsquelle sich gesichert haben, können sich auf Grund der neuen Kartoffelkarte wie bisher umrayonieren lassen und haben den Verzicht nach Sicherung des Kartoffelbezuges in der geschilderten Art abzugeben, wobei sie überdies noch von der bisherigen Abgabestelle die Rayonierungsabschnitte rückzuverlangen und mitzubringen haben. Der Partei wird eine Bestätigung über den Verzicht ausgefolgt, welche als stempelfreier Beleg dem Gesuche um die Bewilligung der Selbstversorgung anzuschließen ist. Das Gesuch selbst ist mit 2 K. zu stempeln. Wenn der Bezugsort der Kartoffeln im Gemeindegebiet Wien selbst gelegen ist, zum Beispiel im 21. Bezirk, sind die Ansuchen um die Bewilligung zur Selbstversorgung beim Bezirkswirtschaftsamt Wien, Kartoffelabgabestelle in Wien, 1. Bezirk, Neues Rathaus, einzubringen. Bei dieser Stelle sind auch Gesuchsformulare für den Bezug aus dem Wiener Gemeindegebiet erhältlich und werden die erforderlichen Auskünfte erteilt. Liegt der Bezugsort, aus welchem die Kartoffeln bezogen werden sollen, außerhalb Wiens, jedoch in Niederösterreich, sind die Gesuche bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, 1. Bezirk, Herrengasse (Statthaltereigebäude), einzubringen und sind die Gesuchsformulare beim Portier der niederösterreichischen Statthalterei, 1. Bezirk, Herrengasse Nr. 11, erhältlich. Den Bewohnern von Wien ist der Bezug von Kartoffeln nicht nur aus Wien und Niederösterreich, sondern auch aus Böhmen, Bukowina, Galizien, Mähren, Oberösterreich und Schlesien gestattet. In den letztgenannten Fällen ist das Gesuch an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, Zweigstelle (in Prag, Czernowitz, Lemberg, Brünn, Linz oder Troppau), zu richten. Auch für diesen Fall sind die Gesuchsformulare beim Portier der Statthalterei in Wien erhältlich. Lehr- und Erziehungsanstalten, Klöster, Kranken- und Versorgungshäuser, welche vom Bezirkswirtschaftsamt Wien, Kartoffelabgabestelle, unmittelbar mit Kartoffeln beliefert wurden, haben bei der Konskriptionsamtsabteilung des Magistratischen Bezirksamtes ihres Sitzes eine Bestätigung über den Personalstand und unter Vorweisung dieser Bestätigung vom Bezirkswirtschaftsamt Wien, Kartoffelabgabestelle, eine Bescheinigung über den Verzicht auf unmittelbare Kartoffelbelieferung zu beheben.

Tägliche Rundschau 28./IX.1918. 246

* **Kartoffellagerung im Haushalt.** Die Kartoffelversorgung im Kriege bringt es mit sich, daß viele Haushaltungen mit der Aufbewahrung von Kartoffeln sich zu befassen haben, die darin keine Erfahrungen haben. Um die unvermeidlichen Verluste bei der Lagerung auf das geringste Maß herabzusetzen, ist es erforderlich, allen diesen Kreisen die Möglichkeit zu geben, sich über die jeweilige geeignetste Form der Lagerung zu unterrichten. Zu diesem Zweck ist auf Veranlassung des Kriegsernährungsamts ein Flugblatt „Kartoffellagerung im Haushalt" von Geheimrat Dr. Appel herausgegeben worden. Dieses Blatt ist von dem Verlage Reimar Hobbing, Berlin SW 61, Großbeerenstraße 17, zu beziehen und kostet bei portofreier Zustellung: 100 Stück 3 Mark, 500 Stück 30 Mark, 1000 Stück 45 Mark, bei 2000 Stück 42,50 Mark, bei 5000 Stück 40 Mark, bei 10 000 Stück 37,50 Mark jedes Tausend.

* **Kein Schreibpapier an Kriegsgefangene in Frankreich senden.** Wie festgestellt wurde, liefert die französische Zensur an deutsche Kriegsgefangene gerichtete Sendungen von unbeschriebenem Briefpapier und unbeschriebenen Postkarten deutschen und österreichischen Ursprungs nicht mehr aus. Der gleichen Behandlung unterliegen auch Schreibhefte, Notizbücher und dergleichen. Um größere Mengen Papier nicht unnötig dem deutschen Wirtschaftsleben zu entziehen, ist Anordnung getroffen worden, daß alle derartigen Sendungen künftig nicht mehr befördert werden.

Berliner Lokalanzeiger 29/IX.1918.

257

Verordnung

über Brotmenge und Brotpreise.

Auf Grund der §§ 58 und folgende der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 21. Mai 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 435) wird für den Bezirk der Stadt Berlin angeordnet:

I.

Artikel I §§ 3, 6 und Artikel II § 1 der Verordnung des Magistrats vom 9. Februar 1917 werden wie folgt geändert:

1. Artikel I § 3 erhält folgende Fassung:
   Jede Brotkarte erhält Abschnitte, die insgesamt über ein Gewicht von 1950 g lauten.
   Die Brotkarte und ihre einzelnen Abschnitte sind nicht übertragbar.
2. Artikel I § 6 Absatz a) erhält folgende Fassung:
   Brot darf nur im Gewicht von 1950 g hergestellt werden. Absatz d) fällt weg.
3. Artikel II § 1 erhält folgende Fassung:
   Der Brotpreis darf im Kleinverkauf nicht übersteigen:
   bei Schwarzbrot im Gewicht von 1950 g 103 Pf.
   „ Weißbrot „ „ „ 1950 g 108 Pf.
   „ Kriegsbrot „ „ „ 1950 g 131 Pf.
   Bei Abgabe des Gebäcks in Teilen dürfen Bruchteile von Pfennigen als volle Pfennige gerechnet werden.

II.

Die Magistratsverordnung über Brotmenge und Brotpreis vom 10. August 1918 wird aufgehoben.

III.

Diese Verordnung tritt mit dem 30. September 1918 in Kraft.

Berlin, den 27. September 1918.

Magistrat
der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Wermuth.

zu 11515 Br. I. [577.

Berliner Lokalanzeiger 29./IX. 1918.

Mehlabgabe als Ersatz in der dritten fleischlosen Woche.

Auf Grund der Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 22 Juli 1918 — A. II 6818 — sowie der Anordnungen des Herrn Staatskommissars für Volksernährungen vom 29. Juli 1918 — VI d. 2372 und vom 20. September 1918 — VI C. 2779 — wird für Berlin folgendes angeordnet:

I.

In der Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 wird als Ersatz für Fleisch Weizenmehl abgegeben.

Auf jede Berliner Fleischkarte für Erwachsene entfallen 250 g, auf jede Berliner Fleischkarte für Kinder 125 g Weizenmehl.

II.

Das Weizenmehl ist gegen Abtrennung des an der Berliner Fleischkarte befindlichen blaugrünen Bezugsscheins 1 und gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte in der Woche vom 30. September bis 6. Oktober 1918 ohne Voranmeldung bei dem Händler zu entnehmen, bei dem der Anmeldeabschnitt Nr. 64 der Lebensmittelkarte abgegeben worden ist. Wer den Abschnitt 64 nicht angemeldet hat, kann den Bezugsabschnitt Nr. 1 der Berliner Fleischkarte bei der Abteilung für Nährmittel, Burgstr. 8, zwecks Zuweisung an einen Mehlhändler vorlegen.

III.

Der Preis für 250 g Weizenmehl beträgt 16 Pf.

IV.

Militärurlauber, die auf Grund eines zwei- bis viertägigen Urlaubs im Besitz der Hälfte des Bezugsscheins 1 sind, können 125 g Weizenmehl auf diese Hälfte beziehen. Urlauber mit einer Urlaubsdauer von 5 bis 7 Tagen erhalten auf ihren Bezugsschein 250 g Weizenmehl.

Binnenschiffer erhalten auf die zwei Fleischabschnitte, die vom Wasserbauamt als „Ersatz für Fleisch" kenntlich gemacht sind, in den zur Abgabe von Mehl an Binnenschiffer zugelassenen Geschäften 250 g Weizenmehl.

Diejenigen Personen, die ihre Fleischkarte gegen einen Bezugsschein auf Nährmittel umgetauscht haben, erhalten auf den an dem Bezugsschein befindlichen Wochenabschnitt (Bezugsschein 1) und gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte 250 g (Kinder 125 g) Weizenmehl.

V.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden gemäß §§ 75, 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 und der Magistratsverordnung vom 9. Februar 1917 nebst Nachträgen bestraft.

Berlin, den 27. September 1918. [4188

Magistrat
der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Wermuth.

Zu 11785 Nr. 1.

Neues Pester Journal 248

29./IX. 1918

Die Kartoffelration per Oktober.

3 Kilo per 10 Tage.

Die Oekonomiesektion der Hauptstadt Budapest gibt bekannt, daß vom 1. Oktober ab die für zehn Tage lautenden Kartoffelkupons bei den Verkaufsstellen des kommunalen Gemüsebetriebs, sowie bei den mit dem Verschleiß betrauten Kaufleuten zu drei Kilogramm per Person eingelöst werden. Der Preis der Kartoffeln beträgt für das Kilogramm 50 H.

Die Zeit 17./VI. 1918

7

Die halbe Brotration.

Die Wiener Bevölkerung wurde heute früh in den Bäckerladen und Brotfilialen durch die von der Regierung angeordnete Kürzung der Brotration auf die Hälfte des bisherigen Quantums äußerst peinlich überrascht. Das Amt für Volksernährung motiviert diese der Bevölkerung sehr nahe gehende Kürzung des täglichen Brotes in einem amtlichen Communiqué damit, daß in der Zufuhr ausländischen Getreides nach Wien momentan gewisse Hindernisse eingetreten sind, die zur Folge haben, daß hier bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Mehlquote eine vorübergehende Kürzung der Brotration auf die Hälfte eintreten muß. Das Communiqué schließt mit der wenig trostreichen Versicherung, daß für die Beistellung anderer verfügbarer Lebensmittel nach Möglichkeit vorgesorgt werden wird.

Die amtliche Mitteilung.

Die vom Volksernährungsamt ausgegebene Mitteilung besagt:

In der Zufuhr ausländischen Getreides nach Wien sind momentan gewisse Hindernisse eingetreten, die zur Folge haben, daß bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Mehlquote eine vorübergehende Kürzung der Brotrationen auf die Hälfte eintreten muß.

Für die Beistellung anderer verfügbarer Lebensmittel wird nach Möglichkeit gesorgt werden.

Die Verständigung der Bäcker.

Die Genossenschaft der Bäcker und die Brotfabriken wurden noch Samstag spät abends vom Volksernährungsamt, beziehungsweise von der Statthalterei, von der bevorstehenden Kürzung der Brotquote verständigt. Der Wiener Magistrat (Bezirkswirtschaftsamt) hat Sonntag früh im Auftrage des Volksernährungsamtes nachstehende Zuschrift an die Genossenschaft der Bäcker gerichtet:

„Zufolge Verfügung des Amtes für Volksernährung vom 15. d., die auch vom dortigen Referenten den Vertretern der Genossenschaft der Bäcker noch am selben Tage mündlich bekanntgegeben worden ist, wird die Brotmehlquote mit Rücksicht auf die momentan unzureichenden Mehlzuschübe vorübergehend auf die Hälfte gekürzt. Es darf von Sonntag den 16. d. angefangen an die Kunden nur mehr die Hälfte des bisherigen Brotquantums, das ist also ein halber Laib = 630 Gramm (für Schwerarbeiter 1102 Gramm) pro Kopf und Woche gegen die vorgeschriebene Markierung der Brotbezugskarte abgegeben werden. Da ein Teil der Bäcker bereits in der Zeit vom 13. bis 15. d. die für die folgende Woche gebührende volle Mehlmenge bezogen hat und auch voraussichtlich der übrige Teil der Bäcker noch in den nächsten Tagen in derselben Weise dotiert wird, muß zufolge Weisung des Amtes für Volksernährung mit dem zugewiesenen Mehlquantum durch volle vierzehn Tage das Auslangen gefunden werden. Die Verordnung des Volksernährungsamtes erscheint heute nachmittags.

Ein Bericht des Bürgermeisters.

Der engere Parteirat der christlichsozialen Partei trat heute um 9 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch die Regierungsverfügung auf Kürzung der Brotration geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattete einen eingehenden Bericht über seine sofort eingeleiteten Schritte beim Ministerpräsidenten, dem Leiter des Volksernährungsamtes Minister Paul, sowie bei einigen auswärtigen Faktoren, die leider bisher ergebnislos geblieben sind.

Von allen Mitgliedern der Parteileitung wurden die lebhaftesten Beschwerden über die Kurzsichtigkeit der Regierung in der Ernährungsfrage geführt und insbesondere mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß bei nur einiger Voraussicht eine so einschneidende, die Bevölkerung überaus arg treffende Maßnahme, noch dazu durch eine Verfügung über Nacht, hätte vermieden werden können.

Der Parteirat faßte den einstimmigen Beschluß, den Bürgermeister zu ersuchen, für die morgige Gemeinderatssitzung einen eingehenden Bericht über die Ernährungsverhältnisse vorzubereiten, damit dem Gemeinderat die Möglichkeit geboten werde, zu dieser Regierungsmaßnahme entsprechend Stellung zu nehmen.

Außerordentliche Obmännerkonferenz.

Um ½10 Uhr vormittags trat die Obmännerkonferenz des Gemeinderates zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Diese nahm den Bericht des Bürgermeisters über die Vorgänge in den letzten zwei Tagen betreffend die Kürzung der Brotquote in Wien entgegen und beschloß einstimmig, die Angelegenheit in der morgigen Gemeinderatssitzung zur eingehenden Aussprache zu bringen.

Gleichzeitig berichtete Bürgermeister Dr. Weißkirchner über seine gestrigen Vorsprachen beim Ministerpräsidenten und beim Ernährungsminister, die aber bisher ergebnislos geblieben sind.

Der Verlauf der Obmännerkonferenz.

Ueber den Verlauf der Obmännerkonferenz wird nachmittags aus dem Rathause ergänzend berichtet:

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte mit, daß er vorigen Samstag am späten Abend von der Regierung über die bevorstehende Kürzung der Brotquote in Wien verständigt worden sei und sofort gegen diese geplante Maßregel nachdrücklichen Protest erhoben habe.

Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattete einen eingehenden Bericht über den Stand der Lebensmittelversorgung.

In der sich an diesen Bericht anschließenden Debatte verlangte Regierungsrat Schmidt, daß die Regierung sofort neuerliche Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland pflege, mit Deutschland insbesondere in der Richtung, daß es, wenn schon nicht mit Mehl, so doch mit Kartoffeln aushelfe, und daß weiter der Eierimport aus der Ukraina und aus Bessarabien nach Oesterreich wieder zu eröffnen sei.

Die Gemeinderäte Leitner, Neumann, Skaret und Dr. Hein verwahrten sich gegen die plötzliche Ueberrumpelung der Bevölkerung und wiesen auf die Schwere der hierdurch geschaffenen Lage hin.

Nach dem Bericht des Magistratsoberkommissärs David über die Lage auf dem Kartoffelmarkt wurde auf Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die Absendung von Depeschen an den ungarischen Ernährungsminister, den bayrischen Ministerpräsidenten und an die deutsche Reichsregierung beschlossen, in denen weitere ausreichende Importe von Altkartoffeln, insbesondere aus Bayern erbeten werden, sowie die Absendung eines Telegramms an den ungarischen Ministerpräsidenten, in dem um die Forcierung der Frühkartoffelsendungen nach Oesterreich ersucht wird.

Nachdem noch Magistratssekretär Dr. v. Dierkes über die Lage auf dem Eiermarkt berichtete, die für die nächste Zeit eine kleine Besserung verspricht, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Brotkürzung keine überraschende Maßnahme.

Für eingeweihte Fachkreise war es schon lange kein Geheimnis mehr, daß in der Uebergangszeit bis zur neuen Ernte auch eine Kürzung der Brotration sich als notwendig erweisen werde. Die Aufbringung des Getreides in der Ukraina und die Organisation der Ab- und Zufuhr desselben begegneten ganz bedeutenden Schwierigkeiten, die es mit sich brachten, daß nur ein ganz geringfügiger Teil der in Aussicht genommenen ukrainischen Getreidemengen zur Brotherstellung in Wien verwendet werden konnte.

Aus Regierungskreisen wird versichert, daß alles geschehen sei, um die Situation zu retten, allein die Kürzung der Brotration, die ohne die Aufbietung aller Kräfte bei der Getreideaufbringung schon vor längerer Zeit hätte eintreten müssen, wäre jetzt unabweislich geworden. Würde man sie nicht vorgenommen haben, so wäre die weitere Ausgabe von Mahlprodukten zu Kochzwecken unmöglich geworden. In mehreren Kronländern sei eine erhebliche Kürzung der Brotquote bereits vor mehreren Monaten verfügt worden. Die Stadt Wien müsse nun diese gewiß sehr unangenehme Maßnahme jetzt hinnehmen. Hoffentlich werde diese schwere Prüfungszeit nicht allzulange andauern, denn wir stehen heuer wegen der nicht ungünstigen Witterung vor der Möglichkeit der früheren Einbringung der heimischen Ernte.

Abgabe von Salzspeck.

Die Rathauskorrespondenz meldet:

Mit Rücksicht auf die vorübergehende Kürzung der Brotquote wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten am 18., 19., 20. und 21. d. je 5000 Kilogramm Salzspeck in der Großmarkthalle bei einer Anzahl von Ständen an Besitzer weißer amtlicher Einkaufsscheine als ausnahmsweise Zubuße zur rationierten Fettmenge abgeben. Der Speck wird nur gegen Abtrennung der Ziffer 34 des weißen amtlichen Einkaufsscheines und der beiden Abschnitte Nr. 92 für nichtrationiertes Fett der neuen Fettkarte zum Höchstpreise verkauft. Auf jeden amtlichen weißen Einkaufsschein gelangen so viel Mal je 6 Dekagramm Fett zur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen auf dem weißen Einkaufsschein ausgewiesen sind. Besitzer amtlicher weißer Einkaufsscheine mit den Anfangsbuchstaben A bis G sind am 18. d., Haushaltungen mit den Buchstaben H bis L am 19. d., solche mit den Buchstaben M bis S am 20. d. und Haushalte mit den Anfangsbuchstaben Sch, St, T bis Z am 21. d. nach Maßgabe der Vorräte bezugsberechtigt.

Den Bäckern und den Brotfabriken würde für diese Woche zwar noch das übliche Wochenquantum zugewiesen, doch wurde deren Vertretern bedeutet, daß mit diesen Mehlmengen das Auslangen für 14 Tage gefunden werden müsse. Den Wiener Gastwirten wurde nach einer Mitteilung ihrer Genossenschaft in dieser Woche kein Mehl zugewiesen, ein Umstand, der sicherlich nicht ohne Rückwirkung auf die Mehlspeisenpreise in den Gastwirtschaften bleiben wird, die ohnedies schon ungebührlich hoch sind.

Hoffentlich werden die maßgebenden Behörden nunmehr alles aufbieten, um der Bevölkerung in diesen harten Zeiten das Durchhalten zu erleichtern. An die an anderer Stelle gemeldete Reise des Ernährungsministers Paul nach Deutschland werden auch hinsichtlich der Verhältnisse auf dem Gebiete der Brot- und Mehlversorgung neue Hoffnungen geknüpft, doch ist es mehr als fraglich, ob es auch heuer in der Macht und im Vermögen unseres Verbündeten liegt, uns ähnlich wie im Vorjahre mit ausreichenden Mehlzuweisungen bis zur Erschließung der neuen Ernte über die schweren sorgenvollen Tage hinwegzuhelfen.

Der Neue Abend
17./VI. 1918

end

10 Heller.
Bezugspreis:
für Oesterreich-Ungarn und Deutschland:
monatlich . . . . K 3·—
vierteljährlich . K 9·—
Leitung und Verlag:
Wien, IX./1, Canisiusg. 8—10.
Fernsprecher der Schriftleitung: 13243 und 13364.

, die verlassen sind."

1. Jahrgang.

er Piave.

Ententepresse.

Kürzung der Brotration.

Der Wiener Bevölkerung wird von heute an bis auf weiteres — man spricht von zwei bis vier Wochen — nur die halbe Brotmenge verabreicht werden können. Störungen in den Zuschüben aus der Ukraine und Rumänien haben diese Maßregel veranlaßt, die die Bevölkerung schwerer trifft, als irgend ein in der Ernährungsfrage dem Hinterland bisher auferlegtes Opfer. Wir stehen zwei Wochen vor dem Beginn der neuen Ernte und nur die Hoffnung, daß das gewonnene Brotgetreide dann sehr rasch der städtischen Bevölkerung zugeführt werden wird, läßt die Lage überhaupt noch erträglich erscheinen.

Die schlechte Ernte des Vorjahres ist die Hauptursache der Not, in die wir geraten sind. Als im Jänner d. J. die Mehlquote gekürzt werden mußte, gab das Ernährungsamt bekannt, wieviel Weizen und Roggen es im Wege der Beschlagnahme bis zum Jänner aufgebracht habe. Die Ziffern waren erschreckend niedrig und entsprachen nur einem kleinen Bruchteil einer Durchschnittsfriedensernte. Man sah aber damals schon, daß die Aufbringungsziffern, auch wenn man die Kriegsernte des Jahres 1917 noch so niedrig einschätzte, bei einer strengen Beschlagnahme größer hätten sein müssen. Davon abgesehen, wurde auch bekannt, daß Ungarn seinen Lieferungsverpflichtungen an Österreich nicht nachgekommen war. Seither haben sich die Verhältnisse nicht gebessert. Die Aufbringung im Inland ergab immer weniger, dafür wurde aber der Schleichhandel immer üppiger. Ungarn lieferte fast gar nichts land in den letzten Wochen in der Hauptsache auf die Versorgung der Armee, so daß das österreichische Hintermehr und beschränkte sich eigentlich nur auf die Zuschübe aus Rumänien und der Ukraine und gelegentliche Aushilfen aus Deutschland angewiesen war.

Es fehlt heute an der Zeit, über Vergangenes Rechenschaft zu fordern. Unser Blick richtet sich in die Zukunft. Im kommenden Wirtschaftsjahr darf sich nicht wiederholen, was im Jahre 1917—18 geschehen ist. Wir brauchen einen geordneten Wirtschaftsplan, für dessen eisern strenge Durchführung Regierung und Parlament zu wachen haben werden. Wir brauchen eine Gemeinwirtschaft ohne Durchstechereien und Schleichhandel. Die Durchberatung dieses Planes gehört in die Sommertagung des Parlaments.

Vom k. k. Amt für Volksernährung wird der Bevölkerung folgendes mitgeteilt:

In der Zufuhr ausländischen Getreides nach Wien sind momentan gewisse Hindernisse eingetreten, welche zur Folge haben, daß hier bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Mehlquote eine vorübergehende Kürzung der Brotration auf die Hälfte eintreten muß. Für die Beistellung anderer verfügbarer Lebensmittel wird nach Möglichkeit vorgesorgt werden.

Wie lange die Brotmenge vermindert bleibt.

Selbstverständlich ist diese Maßnahme nicht über Nacht notwendig geworden. Im Ernährungsamt hat man bereits vor vierzehn Tagen erkannt, daß eine Drosselung der Brotabgabe notwendig werden wird. Die Zuschübe aus der Ukraine und aus Rumänien bleiben vollständig aus. Deutschland hatte dort die Aufbringung übernommen und Österreich im Mai eine Mindestmenge von Getreide verbürgt. Ende Mai waren wir im Besitz verbürgter Zusagen, die Anlieferungen blieben aber aus. Eine weitere Erschwerung trat dadurch ein, daß die Ungarn nicht ihren Lieferungsverpflichtungen gegenüber der Armee nachkamen, so daß Österreich gezwungen war, aus seinen ganz geringfügigen Reserven die Armee zu beliefern. Aussicht auf Zuschübe aus der Ukraine oder Rumänien zeigt

Neues Wiener T

Kürzung der Brotquote.

Vorübergehend auf die Hälfte.

Eine sehr trübe Nachricht, die wir nur mit schwerem Kummer mitteilen, geht uns amtlich zu: Die Brotquote wird von heute an auf die Hälfte gekürzt, so daß bis auf weiteres auf jeden Bewohner Wiens, der im normalen Brotgenusse steht, für eine Woche nur ein halber Laib Brot entfallen wird. Es ist dies sehr traurig! Zur Kürzung der Kartoffelquote auch noch die Kürzung der Brotquote. Lange schon wurden uns Entbehrungen verschiedener Art auferlegt; die heute verfügte aber trifft die Bevölkerung besonders hart, denn das Brot, einst nur Symbol, ist ein sehr wichtiger Bestandteil unsrer Nahrung geworden, ja für viele Familien sogar der wichtigste.

Als vor einigen Wochen unter den zur Brotbereitung verwendeten Rohstoffen das Maismehl immer mehr zurücktrat, wurde dies von der Bevölkerung freudig begrüßt, weil dadurch das Brot weit schmackhafter wurde; aber die Sache hatte auch eine bedenkliche Seite. Wir haben nicht etwa freiwillig die Verwendung des Maismehles eingeschränkt, weil wir es nicht mehr notwendig hatten, sondern es stand uns nicht mehr genug Maismehl zur Verfügung, um es in den früheren Masse zur Brotbereitung heranzuziehen, und so war eigentlich mit dem Augenblick, wo mit geringerer Verwendung von Maismehl das Brot schmackhafter wurde, unsre Brotversorgung gefährdet. Wohl liegen in der Ukraine große Getreidevorräte, und sie werden uns zukommen, aber ihre Abfuhr begegnet einmal an Ort und Stelle und dann nochmals auf dem langen Wege zu uns großen Schwierigkeiten, so daß eine Beschleunigung der Transporte kaum durchführbar ist. Die Behörden verfügen schon lange nicht über das notwendige Quantum von Brotgetreide, und so wurden schon vor Wochen in den Provinzstädten die Brotrationen verkürzt. Auch in der nächsten Umgebung Wiens beziehen mehrere Gemeinden schon stark gekürzte Brotrationen, aber die Bewohner der Reichshauptstadt wollte man bis zum letzten Augenblick verschonen, denn ihnen fehlen mancherlei andre Hilfsquellen, über welche die Bevölkerung des flachen Landes immer noch verfügt. Nun ist auch für Wien der Augenblick gekommen, sich mit der traurigen Tatsache abzufinden, daß das Brotgetreide nicht mehr zur Aufrechthaltung der bisherigen Quote reicht.

Die Hoffnungen, die man auf die Zufuhren aus Rumänien und aus der Ukraine gesetzt hat, sind nicht etwa unbegründet gewesen, aber unsre inländische Bodenproduktion ist im Laufe des Krieges durch eine Reihe von Umständen immer mehr zurückgegangen. Dies ist in allen vom Kriege betroffenen Ländern zu beobachten. Nicht nur wir, auch unsre Feinde und nicht minder unsre Bundesgenossen leiden unter ungenügender Versorgung. Wien ist immerhin insofern berücksichtigt worden, als die Regierung sich bemühte, für die Reichshauptstadt das äußerste zu tun, und wir haben ja auch schon erwähnt, daß viele Gemeinden schon seit Wochen nur eine verkürzte Brotration beziehen, während Wien bis zum heutigen Tage noch im vollen Genuß der Wochenquote stand.

Nun ist die Kürzung der Brotquote um die volle Hälfte erfolgt. Das ist eine Maßregel von unerwarteter Härte. Die Bevölkerung muß nun bei der Einteilung des Brotverbrauches besonders genau sein, und da fällt allen jenen Stellen, die unmittelbar an die Verbraucher Brot abgeben, eine ungemein wichtige Aufgabe zu. Wenn die Inhaber solcher Verkaufsstellen sich verleiten ließen, in den ersten Tagen der bevorstehenden Woche einzelnen Verbrauchern die volle Brotmenge unverkürzt zu liefern, so würden die Verbraucher, die dieser scheinbaren Begünstigung teilhaftig geworden sind, in den letzten Tagen der Woche kein Brot mehr beziehen können, und das wäre nicht blos für die Betroffenen sehr traurig, sondern auch in mancher Hinsicht bedenklich. Unter keinen Umständen darf dies geschehen, und die Verschleißer, die es trotzdem tun, würden sich empfindlich gegen die allgemeinen Interessen vergehen. Selbstverständliche Pflicht der Regierung ist es, alles vorzukehren, damit die Dauer des Zustandes der unzureichenden Brotzuteilung tunlichst abgekürzt werde.

* * *

Die amtliche Verlautbarung.

Vom k. k. Amt für Volksernährung wird verlautbart:

In der Zufuhr ausländischen Getreides nach Wien sind momentan gewisse Hindernisse eingetreten, welche zur Folge haben, daß hier bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Mehlquote eine vorübergehende Kürzung der Brotration auf die Hälfte eintreten muß.

Für die Beistellung andrer verfügbarer Lebensmittel wird nach Möglichkeit vorgesorgt werden.

* * *

Mitteilungen aus dem Rathause.

Der engere Parteirat der christlichsozialen Partei trat heute um 9 Uhr vormittags unter dem Vorsitze des Bürgermeisters zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch die Regierungsverfügung auf Kürzung der Brotration geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Der Bürgermeister erstattete einen eingehenden Bericht über seine sofort eingeleiteten Schritte beim Ministerpräsidenten, dem Leiter des Volksernährungsamtes Minister Paul, sowie bei einigen auswärtigen Faktoren, die leider bisher ergebnislos geblieben sind.

Von allen Mitgliedern der Parteileitung wurden die lebhaftesten Beschwerden über die Kurzsichtigkeit der Regierung in der Ernährungsfrage geführt und insbesondere darauf hingewiesen, daß bei nur einiger Voraussicht eine so einschneidende, die Bevölkerung überaus arg treffende Maßnahme, noch dazu durch eine Verfügung über Nacht, hätte vermieden werden können.

Der Parteirat faßte den einstimmigen Beschluß, den Bürgermeister zu ersuchen, für die morgige Gemeinderatssitzung einen eingehenden Bericht über die Ernährungsverhältnisse vorzubereiten, damit dem Gemeinderate die Möglichkeit geboten werde, zu dieser Regierungsmaßnahme entsprechend Stellung zu nehmen.

* * *

Um ½10 Uhr vormittags trat die Obmännerkonferenz des Gemeinderates zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Dieselbe nahm den Bericht des Bürgermeisters über die Vorgänge in den letzten zwei Tagen betreffend die Kürzung der Brotquote in Wien entgegen und beschloß einstimmig, die Angelegenheit in der morgigen Gemeinderatssitzung zur eingehenden Aussprache zu bringen.

Gleichzeitig berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über seine gestrigen Vorsprachen beim Ministerpräsidenten und beim Ernährungsminister, die aber bisher ergebnislos geblieben sind.

* * *

Die Durchführung der Kürzung.

Die Kürzung der Quote wurde in folgender Art durchgeführt. Sie war Samstag nachmittag unter dem Zwang der Verhältnisse als unvermeidlich beschlossen worden und die großen Brotfabriken, die infolge der großen Zahl ihrer Verschleißstellen nicht imstande sind, eine Aenderung der Verkaufsbedingungen kurzer Hand durchzuführen, wurden Samstag verständigt, daß sie für Montag nur die Hälfte der gewöhnlichen Brotmenge erzeugen und allen ihren Verschleißern nur die Hälfte zuführen sollen, mit dem Auftrage, an die Verbraucher nur die Hälfte abzugeben. In feierlichster Weise wurden die Leiter der Brotfabriken verpflichtet, diese Verständigung bis zum letzten Augenblick für sich zu behalten, die Bäcker aber erfuhren gar nichts von der beschlossenen Kürzung; ebenso erhielten hierüber die unteren Instanzen der Behörden keinerlei Mitteilung. Der heutige Tag, an dem die Kürzung in Kraft treten sollte, brach an, ohne daß Verbraucher oder Verkäufer durch eine Kundmachung oder sonst irgendwie von der Kürzung der Brotquote wußten.

* * *

Um 8 Uhr vormittags begann die Marktdirektion sämtliche Marktämter telephonisch zu verständigen, daß von heute an bis auf weiteres die Wochenration für den normalen Verbraucher nur 630 Gramm und für den Schwerarbeiter 1120 Gramm, also für beide um 630 Gramm weniger als bisher betrage, und daß hievon sämtliche Verschleißstellen unverzüglich zu unterrichten sind.

Der Verkauf des Brotes bei Bäckern und sonstigen Verschleißern beginnt meist um 6 Uhr morgens, und da die Verständigung von der Kürzung die einzelnen Verkaufsstellen erst mehrere Stunden später erreichte, erhielten alle jene Parteien, die zeitig früh ihr Brot holten, noch die unverkürzte Quote. Selbstverständlich wird dies zur Folge haben, daß diese Parteien bei dem weiteren Bezug um so viel weniger erhalten werden, als sie heute zu viel bekamen, wenn dies möglich ist. Es gibt nämlich auch Fälle, in denen es nicht möglich sein wird.

So mancher Junggeselle dürfte heute seinen Laib Brot, also seine ganze Wochenration, bezogen haben, und ihm kann daher für diese Woche kein Abzug gemacht werden, und es ist nicht anzunehmen, daß man ihm für die nächste Woche gar kein Brot geben wird. Er ist also der Kürzung entronnen, wenigstens für diese Woche, aber allerdings ist dadurch der Versorgungsplan in Unordnung geraten.

Fast noch bedenklicher ist es, daß solchen Haushaltungen, die in den ersten Morgenstunden unverkürzte Ration erhielten, in den nächsten Tagen nicht nur die verbleibende Ration auf die Hälfte gekürzt, sondern überdies die ganze Menge, die heute zu viel geliefert wurde, abgezogen werden muß. Solche Haushaltungen werden vielleicht einen oder zwei Tage ohne Brot sein, denn sowohl die Fabriken als auch die Bäcker haben strengen Auftrag, nur die Hälfte des normalen Wochenquantums zu erzeugen.

Die Marktämter wurden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß manche Bäcker einen ganzen Wochenvorrat gefaßt haben, und daß diese nun verpflichtet sind, mit diesem Vorrat für zwei Wochen auszukommen.

In den Verkaufsbedingungen hat sich sonst nichts geändert. Der Preis des Brotes ist unverändert geblieben, und eine Markenmanipulation gibt es nicht, da ja die Brotmarken abgeschafft wurden. Das Publikum erhielt kurz, nachdem die Marktämter von der Marktdirektion verständigt worden waren, Mitteilung von der verfügten Kürzung der Brotration. Auf den Märkten wurde die Angelegenheit lebhaft besprochen, doch konnte man feststellen, daß die Frauen die Maßregel, so hart sie auch ist, mit viel Geduld aufnahmen.

* * *

Die Lebensmittelmärkte.

Die Märkte waren heute im allgemeinen schwächer beschickt. Während sich auf den Grünwarenmärkten das schwächere Angebot weniger fühlbar

Neue Freie Presse
18./VI. 1918

Die halbe Brotmenge für Wien.

Wien, 17. Juni.

Ueber die wichtigste Frage, wie lange die Kürzung der Brotration währen werde, hat der heutige Tag noch keine Klärung gebracht. Ernährungsminister Dr. Paul hat sich, wie gemeldet wurde, nach Berlin begeben, um dort sofort fällige Aushilfen zu erwirken, wobei in erster Linie an Kartoffeln gedacht wird. Zweck seiner Reise ist aber auch, aufzuklären, wieso in den im vorigen Monate von Deutschland vertragsmäßig übernommenen Mehllieferungen für Oesterreich, und zwar sowohl für die Zivil- als für die Militärbevölkerung in den letzten acht Tagen eine solche Stockung eingetreten ist, daß Deutschland bereits mit 2000 Waggons, davon die Hälfte für die Zivilbevölkerung, im Rückstand ist. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat Samstag abend die Zurkenntnisnahme der ihm vom Volksernährungsamte gemachten Eröffnung, daß mit sofortiger Gültigkeit die Brotration in Wien auf die Hälfte herabgesetzt wird, unter dem Hinweise darauf verweigert, daß er bei dem gegenwärtigen Stande der Ernährungslage unter diesen Umständen die weitere Haftung für die Ruhe und Ordnung in der Stadt nicht übernehmen könnte. Er hat gestern mit dem Ministerpräsidenten und dem Ernährungsminister Rücksprache gepflogen, Protest gegen die verfügte Maßregel eingelegt und verlangt, daß für die kritische Zeit wenigstens Hülsenfrüchte als Ersatz ausgegeben werden. Die Unterredungen blieben aber ergebnislos und das Ansuchen um Hülsenfrüchte wurde abschlägig beschieden. Schon in einem früheren Stadium wurde durch Telegramme an die deutsche Heeresleitung und an die maßgebenden Stellen in Berlin sowie durch eine diplomatische Aktion unseres Botschafters in der deutschen Hauptstadt und bei der Vertretung Deutschlands in Wien ein Ausweg aus der Situation gesucht, doch liegen bis zur Stunde amtliche Erklärungen aus Deutschland nicht vor. Heute hat der Bürgermeister neuerlich nach Berlin und München telegraphiert und wenigstens um die Ueberlassung von Altkartoffeln gebeten, an denen ja Deutschland noch beträchtliche Bestände besitzt. Desgleichen wurden Ministerpräsident Dr. Wekerle und Ernährungsminister Prinz Windisch-Graetz dringendst gebeten, die Frühkartoffelsendungen aus Ungarn zu vollziehen. Was aber die Brotversorgung selbst anlangt, fußt sie im wesentlichen auf den Lieferungen aus Deutschland. Die ukrainischen Zuschübe sind noch immer nicht auf der gewünschten Höhe und haben überdies in der letzten Woche durch Transportschwierigkeiten bedeutende Störungen erfahren. Die Vorräte in Rumänien scheinen ausgeschöpft zu sein und auch hier im Inlande haben die Maßnahmen zur Erfassung noch vorhandener Vorräte und Ueberschüsse bisher einen verhältnismäßig geringen Erfolg gehabt.

Die schwere Stunde fordert aber gebieterisch energisches und rasches Handeln. Wohl ist Wien, ebenso wie die großen Industriezentren, bis in die letzten Tage gegenüber dem übrigen Oesterreich bevorzugt beliefert worden, denn es gibt Gegenden genug, in denen die Brotkrise in noch viel stärkerem Maße schon seit Wochen herrscht. Namentlich in Prag, in Brünn und in Galizien, so besagen die Mitteilungen, die auf Grund von Berichten des Volksernährungsamtes heute der gemeinderätlichen Obmännerkonferenz gemacht wurden, hat sich infolge des Brotmangels die Sachlage derart zugespitzt, daß der Regierung nur die Alternative blieb, entweder einen Eisenbahnerausstand zu riskieren oder Wien und die großen Industrieorte gleichfalls auf die halbe Brotmenge zu setzen. Sie hat sich für das letztere entschieden, wobei aber festgestellt werden muß, daß die Zusatzkarte für Schwerarbeiter von der Kürzung der Brotration unberührt bleibt, daß also die Schwerarbeiter bis auf wenige Gramm wöchentlich einen ganzen Laib Brot bekommen. Dem Protest des Bürgermeisters schlossen sich die Obmänner der Parteien an. Sie konnten darauf hinweisen, daß sie Monate hindurch auf die sich vorbereitende Sachlage aufmerksam gemacht, immer wieder vergeblich die Anlegung einer eisernen Reserve für Wien gefordert und verlangt hatten, daß nicht nur alle Teile Oesterreichs zu einer gleichmäßig starken Ablieferung von Brotgetreide verhalten werden, sondern auch eine einheitliche Ernährungsfront zu schaffen sei, die das Deutsche Reich, Oesterreich und Ungarn umfassen muß.

In gleichem Maße, wie die Verfügung der Regierung selbst, hat aber auch die Art wie die Streckung der Brotmenge ins Werk gesetzt worden ist, lebhaften Protest bei den Gemeinderatsparteien gefunden. Gestern und heute haben die Bäcker, denen die gewohnte Mehlmenge für die laufende Woche zur Verfügung stand, in der üblichen Weise gearbeitet und Brot an die Verbraucher verkauft. Heute sind sie in Kenntnis gesetzt worden, daß sie mit ihrer Mehlmenge für 14 Tage auskommen müssen, daß die Kürzung der Brotration rückwirkend vom gestrigen Sonntag an gilt und daß daher an jede Person wöchentlich nur ein halber Laib verabfolgt werden dürfe. Ziehen wir einmal die Broterzeugung in Betracht. Größere Betriebe lassen sich ja nicht in Handumdrehen so abstellen wie der Hahn einer Wasserleitung. Oder will man, daß der Bäcker diese Woche sein ganzes Mehl verbäckt, das Erzeugnis aber teilweise erst gegen Ende der nächsten Woche verkauft? Will man der Bevölkerung zumuten, daß sie die zur knappsten Sättigung unzureichende Brotmenge in einem Zustande bekommt, der die Genußfähigkeit des Brotes noch weiter herabsetzt? Namentlich jetzt, wo das aus Gerstenmehl erzeugte Gebäck durch längere Lagerung ganz trocken und rissig wird? Und was soll der beginnen, der heute morgen seinen halben Laib Brot bezogen hat und von demselben in Unkenntnis der kommenden Verordnung in gewohnter Weise aß? Der wird nicht nur brotschwache Tage einlegen müssen, sondern auch wirkliche Brotfasttage. War die Maßregel wirklich unabweislich, so hätte sie doch nicht in Form einer Ueberrumplung durchgeführt werden müssen, wie in der heutigen Obmännerkonferenz bemerkt wurde.

Die Gemeinde Wien gibt zunächst 20.000 Kilogramm Speck in dieser Woche nebst der sonstigen Fettration aus, die diesmal nach langer Pause auch aus etwas Butter besteht. Es wird ferner Vorsorge getroffen werden müssen, daß den Kühlräumen die Rindfleischreserven entnommen werden, um wenigstens die Fleischkarte ganz einzulösen. Allerdings waren diese Reserven für spätere Monate aufbewahrt, wo die Fleischnachschübe noch geringer sein werden als jetzt. Und so zeitigen die Fehler in der Vergangenheit auch schon ihre schwerwiegenden Folgen für die Zukunft. Hoffentlich werden die Hindernisse, die der Erfüllung der vertragsmäßigen Mehllieferungen durch Deutschland entgegenstanden, rascheſt beseitigt und für die Zwischenzeit von dort Kartoffeln zur Verfügung gestellt. Hoffentlich erfüllt auch Ungarn voll und ganz die Pflichten hilfsbereiter Nachbarschaft, die gewährt werden müssen, wenn dem Hause des Anrainers Gefahr droht. Nur so könnte es möglich werden, über die kritische Zeit hinwegzukommen, die uns noch von der neuen Ernte trennt und jenseits derer hoffentlich nach den Monaten schwerer Entbehrungen wieder eine Pause des Ausruhens kommen wird.

Die gemeinderätliche Obmännerkonferenz über die Brotkürzung.

Wie berichtet, tagte heute vormittag unter Vorsitz des Bürgermeisters die 97. Obmännerkonferenz. Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete, daß er vorigen Samstag am späten Abend von der Regierung über die bevorstehende Kürzung der Brotquote in Wien verständigt worden sei und sofort gegen diese geplante Maßregel nachdrücklichen Protest erhoben habe.

Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattete einen eingehenden Bericht über den Stand der Lebensmittelversorgung. Er führte aus: „Ich habe in der letzten Obmännerkonferenz am 7. Juni ausgeführt, daß der Uebergang von der alten zur neuen Ernte noch in keinem der vier Kriegsjahre ein so schwieriges Problem darstellte, wie im laufenden Wirtschaftsjahre. Ich habe aber des weiteren hinzufügen können, daß nach den wiederholten Versicherungen des Ernährungsamtes durch den Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wenigstens papiermäßig die Möglichkeit bestünde, über diese schwierige Situation hinwegzukommen.

Nichteintreffen der Mehllieferungen aus Deutschland.

Deutschland hat sich bekanntlich in einem vor einigen Wochen abgeschlossenen Staatsvertrage verpflichtet, die Mehlversorgung Oesterreichs, sowohl was den Zivil- als den Heeresbedarf betrifft, bis 15. d., beziehungsweise 15. August zu übernehmen, gleichgültig, ob durch Zuschübe aus der Ukraine oder aus Rumänien oder aus den eigenen Reservebeständen.

Deutschland, das bislang den übernommenen Vertragsverpflichtungen jederzeit korrekt nachgekommen ist, ist nun aus noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen mit der Ablieferung des Tageskontingents im Rückstande geblieben, so daß nach einer offiziellen Mitteilung des Ernährungsamtes derzeit von Deutschland 2000 Waggons Mehl — davon 1000 Waggons für die Zivilverwaltung — überhaupt nicht an Oesterreich-Ungarn angeliefert wurden. Während bis ungefähr 8. d. die Zuschübe an Getreide ziemlich planmäßig vor sich gingen, ist in der letzten Woche eine auch vom Ernährungsamte nicht vorausgesehene Stagnation eingetreten, so daß das Ernährungsamt am Freitag der vergangenen Woche vor folgender Situation stand: Für die Woche vom 16. bis 22. d. wären dem Ernährungsamte für ganz Oesterreich 420 Waggons zur Verfügung gestanden. Da Wien bisher vorzugsweise beliefert wurde, ebenso auch die großen Industriebezirke, so hätte sich nach Abzug dieses Bedarfes per 360 Waggons nur mehr ein Rest von 60 Waggons Mehl ergeben, welche für ganz Oesterreich, mit Ausnahme der vorgenannten Plätze, hätten verwendet werden können. Das Ernährungsamt hat die nach der Sachlage erforderlichen Verfügungen sofort mit aller Beschleunigung getroffen. Es gingen dringende Depeschen an die deutsche Heeresleitung und die maßgebenden Stellen in Berlin. Es folgten diplomatische Aktionen durch unseren Botschafter in Berlin und bei der hiesigen deutschen Regierungsvertretung. Erklärungen der deutschen Regierung über den Abschub von Mehl- oder Getreidemengen liegen bis zur Stunde nicht vor.

Oesterreich ist nach dem vorher zitierten Staatsvertrage aus dem selbständigen Aufbringungssystem in der Ukraine und Beßarabien ausgeschaltet, nach Mitteilungen des Ernährungsamtes aus den jüngsten Tagen hatte die Aufbringung auch der deutschen Behörden in diesen Ländern nicht den gewünschten Erfolg. Dazu kommt, daß in den letzten Wochen, in welchen in Wien die volle Brotquote zur Verabfolgung kam, die Provinz derart vernachlässigt werden mußte, daß in manchen politischen Bezirken nach Zeitungsmeldungen wochenlang weder Brot noch Kochmehl verabreicht werden konnte. Die sich daraus ergebenden Nachrichten über die Haltung der Bevölkerung in den in Mitleidenschaft gezogenen Bezirken stellten das Ernährungsamt vor die zwingende Notwendigkeit, die Provinz wenigstens teilweise mitzuversorgen. In den letzten Tagen hat sich insbesondere die Situation in Prag und Galizien sowie in Brünn zugespitzt. Die Regierung wurde daher vor die Alternative gestellt, entweder Wien weiter mit der vollen Brotmehlquote zu bedenken und die Provinz zu vernachlässigen oder aber von dem für Wien bestimmten Brotmehlquantum einen Teil zur Versorgung der Bezirke in Böhmen, Mähren und Galizien zu verwenden, um auf diese Weise eine Störung des Eisenbahnbetriebes und damit auch eine Unterbindung der Approvisionierungszufuhren zu verhindern.

Arbeiterzeitung
18. VI. 1918

Die Kürzung der Brotration.

Die Durchführung.

Das Ernährungsamt hat erst Montag mittag die Kürzung der Brotration in Wien verlautbart, vorher jedoch nur die Bäckereibetriebe von dieser Maßnahme verständigt und sie angewiesen, die Hälfte der rayonierten Brotmengen zu liefern. So ist es gekommen, daß die Konsumenten in keiner Form von der Kürzung der Ration verständigt waren und daß in den Verschleißladen stürmische Szenen hervorgerufen worden sind.

Trotz der späten Verständigung besteht das Ernährungsamt wegen Mangels an Mehl und Getreide darauf, daß die Kürzung der Brotration von Sonntag den 16. d. wirksam wird. Die meisten Kleinbäcker, die von der Kürzung der Ration nicht rechtzeitig verständigt wurden, haben Montag die normale Brotmenge erzeugt und an die Konsumenten abgegeben. Viele Brotverschleißer haben, insofern sie kleine Brotvorräte hatten, den gleichen Vorgang beobachtet. Die am Montag ausgegebenen Brotmengen müssen nun auf die Wochenration, die auf die Hälfte, das ist für Schwerarbeiter auf 3/4 Laib (1120 Gramm), für die übrigen Konsumenten auf 1/2 Laib (630 Gramm), gekürzt ist, angerechnet werden. Die Anordnung kann die Wirkung haben, daß einzelne Konsumenten, die am Montag einen halben Laib Brot ausgefolgt erhielten, in dieser Woche keinen Anspruch auf Brotlieferung mehr haben. Die Kürzung der Ration gilt für Schwerarbeiter, Urlauber und Besitzer von Störbrotkarten. Für Störbrot wird die halbe Mehlmenge der Normalration (450 Gramm) ausgefolgt. Wer bereits mehr Mehl zugewiesen erhielt, dem wird die eine halbe Wochenration übersteigende Menge auf die nächste Wochenration angerechnet und diese verhältnismäßig gekürzt.

Es wird amtlich festgestellt, daß die Kürzung der Brotration nur für Wien Geltung hat. Das bedeutet jedoch nicht, daß Niederösterreich von der Kürzung ausgenommen wird. Im Gegenteil, die Provinz soll fortan überhaupt keinen gesicherten Anspruch auf eine Brotration haben. Die Provinzorte sollen nur „nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte" beliefert werden. Vorläufig bekommen die größeren Städte und industriellen Provinzorte etwas Brot, die anderen Gemeinden sind gänzlich unversorgt. Die Arbeiter der Kriegsleistungsbetriebe in den Provinzorten werden die halbe Brotration erhalten.

In Wien will die Gemeinde aus ihren Vorräten am 18., 19., 20. und 21. d. je 5000 Kilogramm Salzspeck in der Großmarkthalle an Besitzer weißer amtlicher Einkaufsscheine als Zubuße zur rayonierten Fettmenge abgeben. Die Speckausgabe erfolgt gegen Abtrennung der Ziffer 34 des Einkaufsscheines und der beiden Abschnitte Nr. 92 der neuen Fettkarten. Das Ernährungsamt versucht eine Erhöhung der Fettration in dieser Woche vorzunehmen, und zwar von 4 auf 6 Dekagramm, bei den Schwerarbeitern von 6 auf 8 Dekagramm. Ob die Vorräte diese Erhöhung der Fettration ermöglichen werden, ist noch nicht festgestellt.

Es muß aber sofort gesagt werden, daß diese geringfügige Erhöhung der Fettration kein Ersatz ist für den Ausfall an Brotnahrung. Nur durch Ausgabe von genießbaren Kartoffeln und von Hülsenfrüchten könnte eine Entspannung eintreten. Diese Brotkatastrophe ist nicht allein mit der schlechten Ernte des vorigen Jahres zu entschuldigen. Die unzureichenden Maßnahmen in der Getreideaufbringung, die niedrigere Getreideausmahlung zu Beginn der neuen Ernte, das Versagen Ungarns, das jetzt auch die Armee nicht ernährt, und zuletzt, daß Deutschland die Vereinbarungen nicht eingehalten hat, das sind die eigentlichen Ursachen des Brotdefizits. Minister Paul ist am Sonntag nach Berlin gefahren, um die Einhaltung der reichsdeutschen Lieferungsverträge durchzusetzen. Liefert uns Deutschland unverweilt jene Mehlmengen, zu deren Lieferung es sich verpflichtet hat, dann können wir in vierzehn Tagen eine Besserung der Brotversorgung erhoffen. Aufreizend ist auch der Zustand, daß Ungarn mit Brot weit besser versorgt ist, die Kürzung der Brotration für Ungarn nicht in Frage kommt. Ungarn hat uns auch die Zufuhr von Grüngemüse gesperrt. Die Kürzung der Brotration und die Aussicht auf den vollständigen Mangel an Brot schaffen eine Situation, die die Regierung veranlassen muß, mit allen Mitteln einzugreifen, um diese ganz unhaltbaren Ernährungszustände zu beseitigen.

Was Deutschland zugesagt hat.

Darstellung im Rathaus.

Der Herr Bürgermeister, der, obwohl ihm die drohende Maßregel schon bekannt war, den Sonntag dem — „Deutschen Volkstag" widmete, hat sich Montag ins Beraten eingelassen. Er hat zuerst dem christlichsozialen Parteirat berichtet und sodann mit der Obmännerkonferenz beraten. In dieser erstattete Magistratsrat Dr. Roßkopf einen eingehenden Bericht über den Stand der Lebensmittelversorgung. Er führte aus:

Ich habe in der letzten Obmännerkonferenz am 7. Juni ausgeführt, daß nach den wiederholten Versicherungen des Ernährungsamtes durch den Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wenigstens papiermäßig die Möglichkeit bestünde, über diese schwierige Situation hinwegzukommen. Deutschland hat sich bekanntlich in einem vor einigen Wochen abgeschlossenen Staatsvertrag verpflichtet, die Mehlversorgung Oesterreichs, sowohl was den Zivil- als auch was den Heeresbedarf betrifft, bis 15. Juni und 15. August zu übernehmen, gleichgültig ob durch Zuschübe aus der Ukraine oder aus Rumänien oder aus den eigenen Reservebeständen. Deutschland ist nun aus noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen mit der Abliefe-rung des Tageskontingents im Rückstand geblieben, so daß nach einer offiziellen Mitteilung des Ernährungsamtes derzeit von Deutschland zweitausend Waggons Mehl — davon tausend Waggons für die Zivilverwaltung — überhaupt nicht an Oesterreich-Ungarn angeliefert wurden. Während bis ungefähr 8. d. die Zuschübe an Getreide ziemlich planmäßig vor sich gingen, ist in der letzten Woche eine auch vom Ernährungsamt nicht vorausgesehene Stagnation eingetreten, so daß das Ernährungsamt am Freitag der vergangenen Woche vor folgender Situation stand: Für die Woche vom 16. bis 22. d. wären dem Ernährungsamt für ganz Oesterreich 420 Waggons zur Verfügung gestanden. Da Wien bisher vorzugsweise beliefert wurde, ebenso auch die großen Industriebezirke, so hätte sich nach Abzug dieses Bedarfes von 360 Waggons nur noch ein Rest von 60 Waggons Mehl ergeben, die für ganz Oesterreich mit Ausnahme der vorgenannten Plätze hätten verwendet werden können. Das Ernährungsamt hat die nach der Sachlage erforderlichen Verfügungen sofort mit aller Beschleunigung getroffen. Es gingen dringende Depeschen an die deutsche Heeresleitung und an die maßgebenden Stellen in Berlin. Es folgten diplomatische Aktionen durch unseren Botschafter in Berlin und bei der hiesigen deutschen Regierungsvertretung. Erklärungen der deutschen Regierung über den Abschub von Mehl- oder Getreidemengen liegen bis zur Stunde nicht vor.

Oesterreich ist nach dem vorher zitierten Staatsvertrag aus dem selbständigen Aufbringungssystem in der Ukraine und Bessarabien ausgeschaltet; nach Mitteilungen des Ernährungsamtes aus den jüngsten Tagen hatte die Aufbringung auch der deutschen Behörden in diesen Ländern nicht den gewünschten Erfolg. Dazu kommt, daß in den letzten Wochen, in welchen in Wien die volle Brotquote zur Verabfolgung kam, die Provinz derart vernachlässigt werden mußte, daß in manchen Bezirken wochenlang weder Brot- noch Kochmehl verabreicht werden konnte. Die sich daraus ergebenden Nachrichten über die Haltung der Bevölkerung in den in Mitleidenschaft gezogenen Bezirken stellte das Ernährungsamt vor die zwingende Notwendigkeit, die Provinz wenigstens teilweise mitzuversorgen. In den letzten Tagen hat sich insbesondere die Lage in Prag und in Galizien sowie in Brünn zugespitzt. Die Regierung wurde daher vor die Wahl gestellt, entweder Wien weiter mit der vollen Brotmehlquote zu bedenken und die Provinz zu vernachlässigen oder aber von dem für Wien bestimmten Brotmehlquantum einen Teil zur Versorgung der Bezirke in Böhmen, Mähren und Galizien zu verwenden, um auf diese Weise eine Störung des Eisenbahnbetriebes und damit auch eine Unterbindung der Approvisionierungszufuhren zu verhindern.

In dieser trostlosen Situation hat sich die Regierung entschlossen, die Brotquote in Wien auf die Hälfte zu kürzen. Diese Nachricht hat ein Vertreter des Ernährungsamtes am Samstag um 6 Uhr abends dem Bürgermeister hinterbracht und im Auftrag des Ministers Paul auch mit den soeben dargelegten Umständen begründet. Der Bürgermeister hat gegenüber dem Vertreter des Ernährungsamtes die Erklärung abgegeben, daß er diese Mitteilung nicht zur Kenntnis nehmen könne, weil sie unter den herrschenden schwierigen Ernährungsverhältnissen den Opfermut der Bevölkerung vor die schwerste Probe stellt. Die vom Bürgermeister verlangte Aufforderung an Ungarn, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizuspringen, wurde als aussichtslos bezeichnet, weil nach den Versicherungen des ungarischen Ernährungsministers auch Ungarn nur unter Aufbietung der letzten Reserven das Auslangen bis zur Einbringung der neuen Ernte finden könnte. Ebenso mußte die Bitte des Bürgermeisters, Hülsenfrüchte vom Ernährungsamt zur Ausgabe zu erhalten, vom Vertreter des Ernährungsamtes abschlägig beschieden werden, da auch die wiederholt von der Gemeinde verlangten Hülsenfrüchte für augenblickliche Aushilfen an die Provinz abgegeben wurden. Der Bürgermeister hat sofort in einer dringenden Depesche die Intervention des Bürgermeisters Dr. Body der Schwesterstadt Budapest mit der Bitte angerufen, der Gemeinde Wien Mehl oder Hülsenfrüchte beizustellen, er hat in derselben Weise auch an General Ludendorff, dem die Verfügung über die Lebensmittelvorräte Deutschlands zusteht, um sofortige Entsendung von Mehlzuschüben aus Deutschland depeschiert.

In der Debatte verlangte Schmid, daß die Regierung sofort neuerliche Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland pflege, mit Deutschland insbesondere in der Richtung, daß es, wenn schon nicht mit Mehl, so doch mit Kartoffeln aushelfe und daß weiter der Eierimport aus der Ukraine und aus Bessarabien nach Oesterreich wieder zu eröffnen sei. Die Gemeinderäte Leitner, Neumann, Skaret und Dr. Hein verwahrten sich gegen die plötzliche Ueberrumpelung der Bevölkerung und wiesen auf die Schwere der hiedurch geschaffenen Lage hin.

Nach dem Bericht des Magistratsoberkommissärs David über die Lage auf dem Kartoffelmarkt wurde die Absendung von Depeschen an den ungarischen Ernährungsminister, an den bayrischen Ministerpräsidenten und an die deutsche Reichsregierung beschlossen, in welchen weitere ausreichende Einfuhr von Altkartoffeln, insbesondere aus Bayern, erbeten wird, sowie die Absendung eines Telegramms an den ungarischen Ministerpräsidenten, in welchem um die Forcierung der Frühkartoffelsendungen nach Oesterreich ersucht wird.

Heute Dienstag findet eine Sitzung des Gemeinderates statt, in der über die Sache natürlich eindringlich gesprochen werden wird. Uebrigens werden unsere Gemeinderäte noch Veranlassung nehmen, dem Herrn Bürgermeister das Maß seiner Verantwortung klar vor Augen zu führen.

Konferenz beim Ministerpräsidenten.

Im Auftrag des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie begaben sich Montag abend die Abgeordneten Renner, Bretschneider, Skaret und Tomschik mit den Genossen Wiedenhofer (Verband der Metallarbeiter) und Elbersch ins Ministerpräsidium, wo sie mit dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Minister für soziale Fürsorge, dem Sektionschef Löwenfeld-Ruß (Amt für Volksernährung) und Hofrat Gaertner (Ministerratspräsidium) eine Besprechung abhielten.

Der Protest der Arbeiter.

Dr. Renner erhob im Auftrag des Parteivorstandes Protest gegen die Maßregel der Kürzung der Brotration, die noch dazu ohne rechtzeitige Ankündigung verhängt worden, die für die ganze Bevölkerung unerträglich, für die industrielle Arbeiterschaft geradezu verhängnisvoll sei; die schwere lange Kriegsarbeit könne einfach nicht geleistet werden, wenn der Arbeiter nicht einmal sein tägliches Stück Brot hat. Er verlangte Aufklärung, wieso es zu dieser Maßregel kommen konnte, nachdem die Regierung erst vor kurzem erklärte, daß wir zur Not bis Mitte Juli gedeckt seien. Die Arbeiterschaft habe spontan und einmütig protestiert, unter dem Zwange, daß das industrielle Arbeitsverhältnis bei diesem Ernährungsstand einfach nicht aufrechtzuerhalten sei. Der Parteivorstand fordert von der Regierung, daß sie unverzüglich eine gemeinsame Aussprache zwischen den Vertretern der Industrie und der Arbeiterschaft unter dem Beisein der Zivil- und Militärverwaltung veranlasse, um Mittel und Wege zu erörtern, ob und wie diese chronische Arbeits- und Ernährungskrise überwunden werden könne. Weder die Gewalt, auf die man in manchen Kreisen seine Rechnung gestellt habe, noch das untätige Gewährenlassen sei ein gangbarer Ausweg. Die Arbeiterschaft habe, nachdem noch keine einzige Zusage des Jännerausstandes erfüllt werden konnte und der Friede zur Stunde ferner sei als je, verlernt, auf Regierungsversprechungen zu bauen. Sie erwarte unverzügliche Abhilfe, fordert die Einberufung des Parlaments, damit die im Jänner gemachten Zugeständnisse erfüllt werden können, die Beseitigung der Zensur, die Beendigung der Verfolgung ihrer Vertrauensmänner und verlangt vor allem die Herbeischaffung von Nahrungsmitteln aus dem Inland, aus Ungarn, Deutschland und den besetzten Gebieten. Auf die bisherige Weise lasse sich die Produktion nicht mehr fortführen.

Wiedenhofer und Bretschneider schildern die Not der Arbeiterklasse, die Praktiken des Schleichhandels und das Elend der Kriegsküchen, die nicht mehr ausreichend beliefert werden, Tomschik gibt eine Darstellung der Lage der Eisenbahner.

Die Erwiderung des Ministerpräsidenten.

Der Ministerpräsident erwiderte, daß von den zivilen wie von den militärischen Stellen alles nur Erdenkliche unternommen worden sei, um die getroffene Verfügung zu vermeiden. Aber die Schwierigkeiten der Ernährung seien heuer besonders groß: infolge der schlechten Ernte seien die heimischen Vorräte schon seit Mitte April erschöpft und Oesterreich sei seither in noch höherem Maße als früher auf auswärtige Zufuhren angewiesen. Da man ohne jedwede Reservevorräte wirtschaften müsse, habe jede Stockung der Aufbringung, sei es in Bessarabien, sei es in der Ukraine, sofort eine Störung der Versorgung zur Folge. Bis zum Ende der ersten Juniwoche sind die Zufuhren befriedigend gewesen, dann aber hat es sich gezeigt, daß speziell in Bessarabien die Erfassung weiterer Mengen nachläßt. Naturgemäß seien sofort alle erforderlichen Einleitungen getroffen worden, um anderweitige Aushilfen zu beschaffen, insbesondere sei auch der Sektionschef des Ministeriums des Aeußern Dr. Gratz vor einigen Tagen nach Berlin gereist, und dort im Auftrag des Ministers des Aeußern mit allen zuständigen deutschen Stellen in Verhandlung getreten. Zur Sicherstellung der Ernährung sei bekanntlich Mitte Mai mit der deutschen Regierung eine vertragsmäßige Vereinbarung geschlossen worden, die eine gewisse, wenn auch knappe Versorgung habe sichern sollen. Deutschland sei aber selbst im gegenwärtigen Zeitpunkt, knapp vor der neuen Ernte, genötigt, eine Kürzung seiner Brotration vorzunehmen, die heute in Kraft getreten sei. Die deutsche Regierung wolle daher begreiflicherweise mit ihren eigenen Vorräten wie auch mit jenen der von ihr kontrollierten Wirtschaftsgebiete möglichst haushälterisch vorgehen. Gestern abend sei noch Minister Paul nach Berlin gereist und es bestehe immerhin die Hoffnung, daß von deutscher Seite im Sinne der im Mai getroffenen Verabredungen gewisse Transporte an Oesterreich abgegeben würden. Alle irgendwie erreichbaren Aushilfen hätten aber nicht mehr so rechtzeitig herangebracht werden können, daß für die nächste Zeit die Brotversorgung in der bisherigen Höhe gesichert wäre, und es habe daher eine Kürzung Platz greifen müssen. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Periode der Verringerung der Brotquote so kurz als möglich sein werde und wies ferner darauf hin, daß jetzt die Versorgung mit Gemüse und auch mit Frühkartoffeln täglich besser werden müsse, was der Bevölkerung das Ertragen der so peinlichen Verminderung der Brotmenge doch einigermaßen erleichtern werde. Schließlich versicherte der Ministerpräsident, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Erfassung der heranreifenden Ernte so rasch als möglich durchzuführen. Der Schnitt beginne in vielen Gebieten der Monarchie schon Ende Juni, so daß in naher Zeit bereits Getreide neuer Ernte zur Verfügung sein werde. Vorher werde sich aber hoffentlich noch eine Besserung der Zufuhren aus der Ukraine und aus Bessarabien bemerkbar machen.

Die Beratung.

In mehrstündiger Beratung, an der sich sämtliche Mitglieder der Abordnung beteiligten, wurden die Aussichten der Ernährung bis zur neuen Ernte sowie das rechtliche und tatsächliche Arbeitsverhältnis eingehend erörtert. Sektionschef Löwenfeld-Ruß und Hofrat Gaertner gaben über unsere Versorgung mit Brot, Mehl, Kartoffeln, Fleisch und Zucker sowie über die Verhandlungen mit Deutschland ausführliche Mitteilungen. Minister des Innern Gayer äußert sich über die Frage der Zensur und die Sicherheitsvorkehrungen der Behörden, der Minister für soziale Fürsorge Mataja bespricht die Vorschläge, die die Berufung einer gemischten Kommission zur Regelung von Fragen des Arbeitsverhältnisses während des Notstandes zum Gegenstand haben. Die Abordnung erklärt, über die vorläufigen Ergebnisse der Verhandlung dem Wiener Arbeiterrat berichten zu wollen. Die Aussprache endigt vor 11 Uhr nachts.

Arbeiterzeitung
18. VI. 1918

13

Ums tägliche Brot.

Wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel trifft die Montag „kundgemachte" Maßregel, wonach die Brotration auf die Hälfte gekürzt wird, die Bevölkerung Wiens und Oesterreichs. Schon das ist unerhört, daß man eine Gefahr, die jeden einzelnen Haushalt trifft, die Erwachsenen und Kinder in Mitleidenschaft zieht, bis zu dem Augenblick verschweigt, wo sie eingetreten ist. Alle Umstände weisen darauf hin, daß die Regierung schon in der vorigen Woche dazu entschlossen war; aber man hat es notwendig gefunden, Nebenrücksichten zu nehmen, man hat wahrscheinlich die politische Veranstaltung des deutschen Volkstages in Wien nicht stören oder die Beratung der deutschen Städte Oesterreichs nicht vor der Zeit beunruhigen wollen; kurz sich von solchen „Gründen" leiten lassen. Jedenfalls hatte die Regierung die Maßregel schon längst beschlossen und schon Sonntag ist der Ernährungsminister Paul nach Berlin gereist. Man weiß, was diese Bittgänge bedeuten. Man errät vor jeder dieser Reisen das beabsichtigte Ergebnis. Oesterreich und Ungarn, das zusammengenommen immer ein Wirtschaftsgebiet war, Oesterreich-Ungarn, das im ganzen an Brotfrucht besser versorgt sein müßte als das Deutsche Reich, das im Frieden schon jährlich rund zehn Millionen Meterzentner Brotfrucht eingeführt hat, muß unausgesetzt nach Berlin um Hilfe rufen! Oesterreich-Ungarn hat im Frieden jahrzehntelang Brotfrucht ausgeführt und hat sich knapp vor dem Kriege wenigstens selbst versorgt. Nun müssen wir Mittaßarten verantworten und können zu deren Rechtfertigung nichts anderes anführen als das sogenannte österreichisch-ungarische Staatsrecht und die sogenannte österreichische Verwaltung. Aber wenn Staatsrecht Staat schon Sonntag nach Berlin reist, wenn das Ernährungsamt schon vor Tagen zu dieser Maßregel entschlossen war, wozu hat man die Verösterung bis Montag früh im unklaren gelassen, warum hat man nicht einmal die Bäckereien und die Flugabteilen so rechtzeitig verständigt, daß die Maßregel wenigstens technisch durchführbar und psychologisch faßbar gewesen wäre?

Aber das Erstaunliche an diesem Hinterhalt ist etwas anderes, nicht, daß viele Maßregel der Karen, unzweckmäßigen Verheimlichung der Regierung hinterher, die sie vor Wochen gegeben hat, nicht daß wir jetzt unversorgt sind, oder schon man uns vor Luxem verführt hat, daß wir bis Mitte Juli nur Brot verfügt sind; etwas anderes muß maßloses Erstaunen hervorrufen. Wenn es wirklich so um uns steht: wie konnte unsere Regierung in unverantwortlicher Gedankenlosigkeit vor aller Welt Phantomen nachjagen, die im hellsten Widerspruch mit den Tatsachen stehen? Es handelte sich vorhergesagt um das tägliche Brot eines Millionenvolkes, um die nackte Existenz der Massen, die die ganzen Verkehrten und Opfer des Krieges nunmehr vier Jahre tragen. Aber was war das Problem, um das sich die Regierung bemühte? War es wirklich die Sorge, nun die stärksten Mittel aufzubieten und den letzten Blick an Vorraten herauszubringen? War es der Verlust, die ganze moralische Autorität des Staates dafür einzusetzen, daß nun jeder Vorrat und jeder Vorratsbesitzer, um des vom Hunger bedrohten Nächsten willen, restlos sein Letztes hergebe und daß jene, die diese Pflicht der Allgemeinheit und dieses unbestreitbare Gebot der Nächstenliebe außer acht lassen, von dem in solchem Falle zweifellos berechtigten Zwange und von der schwersten Strafe betroffen würden? Du lieber Himmel, nein! Herr v. Seidler und seine Regierung betrog instinktiven sich selbst und die ganze Bevölkerung mit dem Irrtum seiner Grundüberzeugung! Er kokettierte mit dem freien Handel, schwenkte vor den landwirtschaftlichen Erzeugern, denen angedeutet und bald schon zugesagt wurde, man werde die Zeit des Zwanges verringern: der Herr v. Seidler beschäftige sich jetzt damit, wie man die staatliche Bewirtschaftung gar am besten abschaffen könnte. Nun müssen wir Mittaßarten verantworten und können zu deren Rechtfertigung nichts anderes anführen als das sogenannte österreichisch-ungarische Staatsrecht und die sogenannte österreichische Verwaltung. Aber wenn Staatsrecht Staat schon Sonntag nach Berlin reist, wenn das Ernährungsamt schon vor Tagen zu dieser Maßregel entschlossen war, wozu hat man die Bevölkerung bis Montag früh im unklaren gelassen, warum hat man nicht einmal die Bäckereien und die Flugabteilen so rechtzeitig verständigt, daß die Maßregel wenigstens technisch durchführbar und psychologisch faßbar gewesen wäre?

Aber das Erstaunliche an diesem Hinterhalt ist etwas anderes, nicht, daß viele Maßregel der Karen, unzweckmäßigen Verheimlichung der Regierung hinterher, die sie vor Wochen gegeben hat, nicht daß wir jetzt unversorgt sind, oder schon man uns vor Luxem verführt hat, daß wir bis Mitte Juli nur Brot verfügt sind; etwas anderes muß maßloses Erstaunen hervorrufen. Wenn es wirklich so um uns steht: wie konnte unsere Regierung in unverantwortlicher Gedankenlosigkeit vor aller Welt Phantomen nachjagen, die im hellsten Widerspruch mit den Tatsachen stehen? Es handelte sich vorhergesagt um das tägliche Brot eines Millionenvolkes, um die nackte Existenz der Massen, die die ganzen Verkehrten und Opfer des Krieges nunmehr vier Jahre tragen. Aber was war das Problem, um das sich die Regierung bemühte? War es wirklich die Sorge, nun die stärksten Mittel aufzubieten und den letzten Blick an Vorraten herauszubringen? War es der Verlust, die ganze moralische Autorität des Staates dafür einzusetzen, daß nun jeder Vorrat und jeder Vorratsbesitzer, um des vom Hunger bedrohten Nächsten willen, restlos sein Letztes hergebe und daß jene, die diese Pflicht der Allgemeinheit und dieses unbestreitbare Gebot der Nächstenliebe außer acht lassen, von dem in solchem Falle zweifellos berechtigten Zwange und von der schwersten Strafe betroffen würden? Du lieber Himmel, nein! Herr v. Seidler und seine Regierung betrog instinktiven sich selbst und die ganze Bevölkerung mit dem Irrtum seiner Grundüberzeugung! Er kokettierte mit dem freien Handel, schwenkte vor den landwirtschaftlichen Erzeugern, denen angedeutet und bald schon zugesagt wurde, man werde die Zeit des Zwanges verringern: der Herr v. Seidler beschäftige sich jetzt damit, wie man die staatliche Bewirtschaftung gar am besten abschaffen

Früchten dieser Versäumnisse. Wir beklagen sie tief, wir beklagen vor allem andern die Massen, die sie über sich ergehen lassen müssen, und wir haben einen allerdings schwachen Trost: Nicht wir, sondern die Regierung und die herrschenden Parteien haben sie zu verantworten!

Neues Wiener

Die Kürzung der Brotration.

Die arbeitende Bevölkerung ist durch die Kürzung der Brotration empfindlich betroffen, obwohl ein großer Teil der Arbeiter die Brotzubuße für Schwerarbeiter bezieht und dadurch trotz der Kürzung Anspruch auf 1102 Gramm für die Woche hat. Allerdings ist diese Menge für schwer arbeitende Personen sicher ganz unzulänglich, aber leider sind die Verhältnisse so beschaffen, daß wir uns aus eigener Kraft nicht zu helfen vermögen, denn alle unsre Vorräte sind erschöpft. Einzig von Pferdefleisch sind größere Vorräte vorhanden, und es wäre zu erwägen, ob dies nicht ausgenützt werden sollte, um den Mindestbemittelten größere Rationen von diesem Fleisch zu bewilligen. Eine andre Anregung zugunsten der Mindestbemittelten schlägt vor, diesen die volle Brotration zu geben und die andern Schichten desto mehr zu kürzen. Das ist wohl nicht diskutabel, denn in Wien sind die Bedingungen für die Einreihung unter die Mindestbemittelten so engherzig, daß von dieser Einreihung sehr viele Leute, die nur notdürftig ihren Unterhalt bestreiten, ausgeschlossen sind. Diesen Leuten kann man ein über die fünfzigprozentige Kürzung hinausgehendes Opfer nicht zumuten, denn sie können diese Kürzung kaum ertragen.

Wie gering unsre Hilfsmittel sind, kann man daraus ersehen, daß die Gemeinde, die alles aufbietet, um helfen zu können, der Bevölkerung nur Speck zu bieten vermag. Der Speck ist willkommen, sogar äußerst willkommen, aber das Brot vermag er nicht zu ersetzen.

Gestern nachmittag hat in der Statthalterei eine Sitzung stattgefunden, welcher die Vertreter der Brotfabriken und der Bäcker zugezogen wurden. Diesen wurde hiebei nochmals ausdrücklich eingeschärft, daß die Kürzung um einen halben Laib allgemein durchgeführt werden müsse, so daß normale Verbraucher nur einen halben Laib, Schwerarbeiter nur einen halben Laib und die Zubuße erhalten dürfen. Ebenso wurde ihnen strenge aufgetragen, jenen Parteien, die heute vor Bekanntwerden der Kürzung noch die gewöhnliche Teilmenge erhielten, im Laufe der Woche das heute zuviel gelieferte Brot bestimmt abzuziehen. Gegen diesen Auftrag versuchten die Brotfabrikanten und die Bäcker zu protestieren, doch blieb dies erfolglos.

Wie lange die Kürzung der Brotration dauern wird, läßt sich nicht vorhersagen. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß sie bis zur neuen Ernte dauere, denn wir haben an Deutschland fällige Ansprüche, und wenn diese eingelöst werden, wird die Kürzung sofort aufgehoben werden können. Eine andre Hoffnung als diese bietet sich uns augenblicklich nicht.

* * *

Ministerpräsident Dr. v. Seidler über die Kürzung der Brotration.

Unter Führung des Abg. Dr. Renner erschienen gestern abend die Abgeordneten Bretschneider, Skaret und Tomschik, ferner der Obmann des Niederösterreichischen Arbeiterkonsumvereines Eldersch und der Delegierte des Metallarbeiterverbandes Wiedenhofer beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, um wegen der Kürzung der Brotration für die Wiener Bevölkerung vorstellig zu werden. Die Abordnung erhob gegen die verspätete Mitteilung dieser Maßnahme nachdrücklichst Einspruch und gab der Besorgnis darüber Ausdruck, daß unter den gegenwärtigen Umständen für die Arbeiterschaft die Möglichkeit der Existenz gefährdet sei.

Der Ministerpräsident, welcher die Genannten in Gegenwart des Ministers für soziale Fürsorge Dr. Mataja, des Ministers des Innern Ritter v. Gayer sowie des Sektionschefs im Amte für Volksernährung Dr. Löwenfeld-Ruß empfing, erwiderte, daß von den zivilen wie von den militärischen Stellen alles nur Erdenkliche unternommen worden sei, um die getroffene Verfügung zu vermeiden. Aber die Schwierigkeiten der Ernährung seien heuer besonders groß. Infolge der schlechten Ernte seien die heimischen Vorräte schon seit Mitte April erschöpft und Oesterreich sei seither in noch höherem Maße als früher auf auswärtige Zufuhren angewiesen. Da man nun ohne jedwede Reservevorräte wirtschaften müsse, habe jede Stockung der Aufbringung, sei es in Bessarabien, sei es in der Ukraine, sofort eine Störung der Versorgung zur Folge. Es seien sofort alle erforderlichen Einleitungen getroffen worden, um anderweitige Aushilfe zu beschaffen, insbesondere sei auch der Sektionschef des Ministeriums des Aeußern Dr. Graß vor einigen Tagen nach Berlin gereist und dort über Auftrag des Ministers des Aeußern mit allen zuständigen deutschen Stellen in Verhandlung getreten. Zur Sicherstellung der Ernährung sei bekanntlich Mitte Mai mit der deutschen Regierung eine vertragsmäßige Vereinbarung geschlossen worden, die eine gewisse, wenn auch knappe Versorgung habe sichern sollen. Deutschland sei aber selbst im gegenwärtigen Zeitpunkte, knapp vor der neuen Ernte, genötigt, eine Kürzung seiner Brotration vorzunehmen, die heute in Kraft getreten sei. Die deutsche Regierung wolle daher begreiflicherweise mit ihren eigenen Vorräten wie auch mit jenen der von ihr kontrollierten Wirtschaftsgebiete möglichst haushälterisch vorgehen. Gestern abend sei noch Minister Paul nach Berlin gereist, und es bestehe immerhin die Hoffnung, daß deutscherseits im Sinne der im Mai getroffenen Verabredungen gewisse Transporte an Oesterreich abgegeben würden. Alle irgendwie erreichbaren Aushilfen hätten aber nicht mehr so rechtzeitig herangebracht werden können, daß für die nächste Zeit die Brotversorgung in der bisherigen Höhe gesichert wäre, und es habe daher eine Kürzung Platz greifen müssen. Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler sprach jedoch die Hoffnung aus, daß die Periode der Verringerung der Brotquote so kurz als möglich sein werde, und wies ferner darauf hin, daß jetzt die Versorgung mit Gemüse und auch mit Frühkartoffeln täglich besser werden müsse, was der Bevölkerung das Ertragen der so peinlichen Verminderung der Brotmenge doch einigermaßen erleichtern werde.

* * *

Der Magistrat über die Kürzung und ihre Ursachen.

Wie berichtet, tagte gestern vormittag unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain die 97. Obmännerkonferenz im Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete, daß er vorigen Samstag am späten Abend von der Regierung über die bevorstehende Kürzung der Brotquote in Wien verständigt worden sei und sofort gegen diese geplante Maßregel nachdrücklichen Protest erhoben habe. Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattete folgenden eingehenden Bericht über den Stand der Lebensmittelversorgung.

„Ich habe in der letzten Obmännerkonferenz am 7. d. ausgeführt, daß der Uebergang von der alten zur neuen Ernte noch in keinem der vier Kriegsjahre ein so schwieriges Problem darstellte wie im laufenden Wirtschaftsjahre. Ich habe aber des weiteren hinzufügen können, daß nach den wiederholten Versicherungen des Ernährungsamtes durch den Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wenigstens papiermäßig die Möglichkeit bestünde, über diese schwierige Situation hinwegzukommen.

Deutschland hat sich in einem vor einigen Wochen abgeschlossenen Staatsvertrage verpflichtet, die Mehlversorgung Oesterreichs, sowohl was den Zivil- als den Heeresbedarf betrifft, bis 15. d., beziehungsweise 15. August zu übernehmen, gleichgültig ob durch Zuschübe aus der Ukraine oder aus Rumänien oder aus den eigenen Reservebeständen.

Deutschland, das bis jetzt den übernommenen Vertragsverpflichtungen jederzeit korrekt nachgekommen ist, ist nun aus noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen mit der Ablieferung des Tageskontingents im Rückstande geblieben, so daß nach einer offiziellen Mitteilung des Ernährungsamtes derzeit von Deutschland 2000 Waggons Mehl — davon 1000 Waggons für die Zivilverwaltung — überhaupt nicht an Oesterreich-Ungarn angeliefert wurden. Während bis ungefähr 8. d. die Zuschübe an Getreide ziemlich planmäßig vor sich gingen, ist in der letzten Woche eine auch vom Ernährungsamt nicht vorausgesehene Stagnation eingetreten, so daß das Ernährungsamt am Freitag der vergangenen Woche vor folgender Situation stand: Für die Woche vom 16. bis 22 d. wären dem Ernährungsamt für ganz Oesterreich 420 Waggons zur Verfügung gestanden. Da Wien bisher vorzugsweise beliefert wurde, ebenso auch die großen Industriebezirke, so hätte sich nach Abzug dieses Bedarfes per 360 Waggons nur mehr ein Rest von 60 Waggons Mehl ergeben, welche für ganz Oesterreich mit Ausnahme der vorgenannten Plätze hätten verwendet werden können. Das Ernährungsamt hat die nach der Sachlage erforderlichen Verfügungen sofort mit aller Beschleunigung getroffen. Es gingen dringende Depeschen an die deutsche Heeresleitung und die maßgebenden Stellen in Berlin. Es folgten diplomatische Aktionen durch unsern Botschafter in Berlin und bei der hiesigen deutschen Regierungsvertretung. Erklärungen der deutschen Regierung über den Abschub von Mehl- oder Getreidemengen liegen bis zur Stunde nicht vor.

Oesterreich ist nach dem vorher zitierten Staatsvertrage aus dem selbständigen Aufbringungssystem in der Ukraine und Bessarabien ausgeschaltet, nach Mitteilungen des Ernährungsamtes aus den jüngsten Tagen hatte die Aufbringung auch der deutschen Behörden in diesen Ländern nicht den gewünschten Erfolg. Dazu kommt, daß in den letzten Wochen, in welchen in Wien die volle Brotquote zur Verabfolgung kam, die Provinz derart vernachlässigt werden mußte, daß in manchen politischen Bezirken nach Zeitungsmeldungen wochenlang weder Brot- noch Kochmehl verabreicht werden konnte. Die sich daraus ergebenden Nachrichten über die Haltung der Bevölkerung in den in Mitleidenschaft gezogenen Bezirken stellten das Ernährungsamt vor die zwingende Notwendigkeit, die Provinz wenigstens teilweise mitzuversorgen. In den letzten Tagen hat sich insbesondere die Situation in Prag und Galizien sowie in Brünn zugespitzt. Die Regierung wurde daher vor die Alternative gestellt, entweder Wien weiter mit der vollen Brotmehlquote zu bedenken und die Provinz zu vernachlässigen oder aber von dem für Wien bestimmten Brotmehlquantum einen Teil zur Versorgung der Bezirke in Böhmen, Mähren und Galizien zu verwenden, um auf diese Weise eine Störung des Eisenbahnbetriebes und damit auch eine Unterbindung der Approvisionierungszufuhren zu verhindern.

In dieser trostlosen Situation hat die Regierung den letzteren Weg eingeschlagen und sich entschlossen, die Brotquote in Wien auf die Hälfte zu kürzen. Diese Nachricht, welche die Stadtverwaltung wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf, hat ein Vertreter des Ernährungsamtes am Samstag um 6 Uhr abends dem Bürgermeister hinterbracht und im Auftrage von Exzellenz Paul auch mit den soeben dargelegten Momenten begründet. Der Bürgermeister hat gegenüber dem Vertreter des Ernährungsamtes die Erklärung abgegeben, daß er als Stadtoberhaupt diese Mitteilung nicht zur Kenntnis nehmen könne, weil sie unter den herrschenden schwierigen Ernährungsverhältnissen den Opfermut der Bevölkerung vor die schwerste Probe stellt und eine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung von der Stadtverwaltung nicht übernommen werden kann. Neuerdings hat der Vertreter des Ernährungsamtes unter Betonung der schwierigen Situation, in welcher sich das Ernährungsamt befindet, an die Mitwirkung der Gemeindeverwaltung appelliert, um die Folgen dieser durch die Not aufgezwungenen Verfügung zu lindern. Die vom Bürgermeister verlangte Aufforderung an Ungarn, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizuspringen, wurde als aussichtslos bezeichnet, weil nach den Versicherungen des am Freitag der Vorwoche anwesenden ungarischen Ernährungsministers auch Ungarn nur unter Inanspruchnahme der letzten Reserven das Auslangen bis zur Ein-

Österr. Volkszeitung
18./VI. 1918

Der halbe Laib Brot.

Längst sind für die Bürger dieses Staates, namentlich auch für die Wiener, Tage angebrochen, von denen sie sagen, sie gefallen uns nicht. Der gestrige Tag war aber für die Bewohner der Hauptstadt ein besonders böser. Es gibt von nun an nur einen halben, sage und schreibe einen halben Laib Brot in der Woche. Sollen wir ausmalen, was das bedeutet, sollen wir das, was alle arbeitenden Menschen, gleichgültig ob mit Hirn oder Muskeln schaffend, dabei empfinden, am eigenen seit Jahr und Tag gemarterten Leibe ach nur allzusehr empfinden werden, noch mit grellen Farben beschreiben? Ueberflüssige Mühe: jeder Mann unter uns weiß, was das heißt, die Brotquote auf die Hälfte heruntersetzen, heruntersetzen in einer Zeit, da die Mehlration im Grunde nur ein Viertel der ursprünglich angesetzten und zugesicherten beträgt, da die Reduzierung der Kartoffelmenge seit Wochen die Magen noch mehr knurren macht, da es an Fett und vielfach an Fleisch mangelt, da der Wucher mehr denn je sein widerliches Haupt aufreizend hochträgt. Ruhig, ohne Uebertreibung kann, darf, muß man es niederschreiben: Es ist ein furchtbarer Schlag, der die von Drangsalen so bitter und reichlich heimgesuchte Wiener Bevölkerung trifft.

Und wie er uns getroffen hat! Ueber Nacht, plötzlich, ohne jede Vorbereitung für das Schmerzliche, unsagbar Traurige. Oh, wir begreifen schon, daß das sich schwer aus der Kehle rang, daß man mit dem unabwendbar Gewordenen bis zur letzten Minute zögerte, daß man sorgte und fürchtete und wieder hoffte und sich vielleicht noch an Strohhalme klammerte, bis man doch schließlich aussprechen mußte, was ist. Wir wissen schon, in manchen Provinzorten, in manchen Gegenden in der Umgebung Wiens war es in den letzten Wochen bereits mit der Zuteilung des Brotes arg bestellt, so arg, daß dieses zeitweise ganz ausblieb. Im Unglück Genossen zu haben, war und ist wohl kein Trost für die Wiener. Eine Zweimillionenstadt, das Herz des ganzen Reiches, durch die der Pulsschlag unseres ganzen öffentlichen Wesens strömt, wird auf die härteste Probe, auf eine Probe gestellt, von der nur innigst zu wünschen wäre, daß sie mit dem letzten Aufbote aller Kräfte, aller Sammlung, aller Geduld, allen Opfermutes, aller Hingabe bestanden werde. Wir wünschen es, wünschen es heiß, des Volkes, der Völker, des ganzen so schwer ringenden Reiches wegen. Das aber enthebt uns nicht der Frage, der strengen Frage, ob es hat so kommen müssen, ob es Schicksal oder Menschenwerk, schuldiges Menschenwerk ist. Und hier sagen wir es frei heraus, in tiefer Ueberzeugung, die erhärtet durch tausenderlei Erfahrungen, Erscheinungen, Gewißheiten: es mußte nicht sein, hat nicht kommen müssen, hätte anders sein und anders werden können. Ordnung, heilige, segensreiche — sie war nie bei uns zu Hause, nicht oben, nicht unten, nicht draußen und nicht in Wien. Ueberall hat sie gemangelt, sie und der Mut und die Energie und die Straffheit und das Voraussehen und danach handeln, kurz, das Regieren wie es sein soll und in dieser bösen, furchtbaren Zeit erstes unbedingtes Erfordernis jedes auf verantwortungsvolle Stelle Berufenen Sache ist. Nun ist das Traurige, das immer wieder Befürchtete da. Gründe, ja die gibt's. Kann's jeder in den Berichten, die über das Schmerzliche ausgegeben und an die Tatsache angehängt werden, nachlesen. Nichts aus Rumänien mehr, nichts oder nicht viel aus der Ukraine, nichts aus Ungarn, nichts aus Deutschland, nichts im Inland, kein eiserner und kein blecherner Vorrat, nichts und nichts und nichts. Und kein rollendes Material und Stockungen im Verkehr und das und jenes. Und alles ist wahr und alles stimmt und alles glaubt man und [illegible] es hi[illegible]er Bürgermeister hat gebeten und gebeten, ermahnt und

rthin, an
, an die
alles trifft
versucht,
zuwehren.
daß man
gerungen,
nicht recht-
as ist die
chuld der
teilen alle
echen, er-
ieses Amt
.
e machen.
ist nicht
rden, die
nämlich
ie Regie-
chste ans
setzen, die
furchtbare
ach dieser
Verlaut-
Maßregel
ssen, von
r Brot-
ingedrückt
det. Und
Gelichter
anderes
Ehrliche
len mag.
tsleitung,
lten muß
sein soll.
der Staat

Reichspost
19/III. 1918

Die Kürzung der Wiener Brotquote.

Scharfer Protest des Gemeinderates gegen Regierung und Ernährungsamt.

Der Wiener Gemeinderat hat sich heute eingehend mit der vom Volksernährungsamt in letzter Stunde verfügten Kürzung der Brotwochenmenge befaßt und war ohne Unterschied der Partei einig in der Verurteilung der Art, in welcher die Regierung diese ernste Sache behandelt hat. Statt sich rechtzeitig vertrauensvoll mit einer rückhaltlosen Darlegung des wahren Standes der Dinge an die Bevölkerung und an ihre autonome Vertretung zu wenden, wurde bis zum letzten Augenblicke gewartet und dann die Oeffentlichkeit mit der Hiobsnachricht überrumpelt. Der Gemeindeverwaltung ward keine Zeit gegeben, sich auf die Kürzung entsprechend vorzubereiten. Und doch ist die schwere Zeit nur in vertrauensvollem Zusammenwirken aller berufenen Faktoren zu überwinden. Wenn die Bevölkerung sieht, daß sie Vertrauen haben kann, wird sie auch das Schwerste ertragen. Aber dieses Vertrauen will erworben und verdient werden. Mit einer solchen Taktik, wie sie im vorliegenden Falle beliebt wurde, der übrigens nur ein, allerdings besonders krasses Beispiel von vielen ist, wird nicht Vertrauen erworben, sondern Vertrauen zerstört. Regierung und Ernährungsamt dürfen sich daher nicht wundern, wenn sie heute im Gemeinderate von den Sprechern aller Parteien schärfste Kritik erfuhren. Die Volksstimmung bedarf eines Ventils, damit der Dampf den Kessel nicht sprenge. Es ist der Beruf des Volksvertreters — unter selbstverständlicher Rücksichtnahme auf die staatlichen und militärischen Interessen — der Bevölkerung, die sich diesmal mit mehr Recht als je beklagen kann, den Mund zu leihen. Als Berichterstatter fungierte, wie immer in ernsteren Tagen, Bürgermeister Dr. Weiskirchner selbst; er konnte der Oeffentlichkeit die Umsicht und Fürsorge der Gemeindeverwaltung für die Bevölkerung urkundlich beweisen; der Erfolg hängt, da die Lebensmittel staatlich bewirtschaftet werden, leider nicht von der Gemeindeverwaltung ab. Die Umfragen nach Aushilfen in Budapest, Berlin und München hatten leider bisher auch nicht den erhofften Erfolg. Und so wird der Wiener Bevölkerung, die nach der Mitteilung des Bürgermeisters künftig auch auf die Kartoffelquote wird verzichten müssen und nach der Ankündigung des GR. Kunschak die zwei härtesten Wochen erst noch zu gewärtigen hat, wohl nichts übrig bleiben, als sich in die Notwendigkeit zu schicken sowie auf die eisernen Reserven der Gemeinde und auf das baldige Zuströmen der neuen Ernte zu hoffen.

Es folgt der Sitzungsbericht:

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung um 4 Uhr nachmittag.

GR. Dr. Neumayer erneuert eine bereits im Jahre 1914 eingebrachte Interpellation gegen die Errichtung von Fortbildungsschulen in Wien mit tschechischer Unterrichtssprache.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß die Gemeinde auf die Errichtung privater Gewerbeschulen leider keinerlei Einfluß habe.

Die GR. Baugoin und Dr. Glasauer beantragten, den Verkehr der Linie 58 (Neuer Markt—St. Veit) insbesondere in den Früh-, Mittags- und Abendstunden zu verdichten.

GR. Stangelberger beantragt die Abschaffung der baren Fahrpreiszahlung auf der Elektrischen und den Verkauf der Fahrkarten in den Trafiken; bei den End- und Umsteigstationen sollen besondere Organe die Markierung oder den Umtausch dieser Karten vornehmen, bei Bahnhofzügen solle ein Beiwagen für das durchreisende Militär (Rucksäcke, großes Gepäck) angehängt werden. — Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen, auf der als erster Punkt

die Kürzung der Wiener Brotration

steht. Vormittags hatte der Stadtrat (wie bereits in der Nachmittagsausgabe der „Reichspost" mitgeteilt wurde) einhellig eine Kundgebung beschlossen, deren Inhalt durch öffentlichen Anschlag der Bevölkerung bekannt gemacht werden soll; die

Entschließung des Stadtrates

lautet:

Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhebt namens der schwergeprüften, bisher in beispielloser Geduld ausharrenden Wiener Bevölkerung gegen die angeordnete Kürzung der Brotmehlquote den schärfsten Protest und richtet an die Regierung die dringende Aufforderung, in letzter Stunde alles aufzubieten, daß diese Maßnahme ehestens außer Kraft gesetzt werde und die Bevölkerung wieder in den vollen, ohnehin knappen Brotgenuß gelange.

Bürgermeister und Gemeinderat legen Verwahrung ein, daß eine so tief einschneidende Maßregel ohne jede Vorbereitung zwölf Stunden vor ihrer Wirksamkeit den Vertretern der Stadtverwaltung bekanntgegeben wird.

Der Wiener Gemeinderat hält sich aber auch für verpflichtet, die Regierung auf die schweren Gefahren aufmerksam zu machen, mit welchen eine Kürzung der Brotquote unter den gegenwärtigen ernsten Versorgungsschwierigkeiten der Stadtbevölkerung für die Aufrechterhaltung der Ruhe udn Ordnung verbunden ist und lehnt jede Verantwortung für alle nachteiligen Wirkungen der bereits in Geltung getretenen Regierungsverordnung ab.

Den Bericht in der Gemeinderatssitzung erstattete Bgm. Dr. Weiskirchner. Er erinnerte zunächst an die von ihm seinerzeit einberufene Konferenz der Wiener Abgeordneten, an das zweimalige Versprechen der Regierung, Zubußen zu geben, an den bekannten Ausspruch des Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr, welcher auf die Frage, ob genügend für die Bevölkerung vorgesorgt sei, die Antwort gab: „Ich glaube ja" und an die wiederholten Denkschriften des Gemeinderates, welche eine Fülle von Anregungen enthalten haben. Er erinnerte weiters daran, daß der Ministerpräsident anläßlich der Kürzung der Mehlquote sich verpflichtete, die volle Brotquote bis Juli zu geben. (Zwischenrufe.) Der und eine absolutistische Regierung mit dem § 14 einzuführen. (Minutenlanger Beifall.) Dr. v Seidler täuscht sich, wenn er glaubt, durch die Ausschaltung des Parlaments die Bevölkerung mundtot machen zu können. (Stürmischer Beifall.) Wir leiden momentan nicht bloß unter den schlechten Ernährungsverhältnissen, sondern auch unter der trostlosen innerpolitischen Lage. Für die in Verhandlug stehende Verfügung kann niemand von uns die Verantwortung übernehmen, denn wir wurden nicht vorher gefragt und die Verlautbarung erfolgte so spät, daß wir unsere warnende Stimme dagegen nicht erheben konnten. Ich darf aber die Erklärung abgeben, daß der Gemeinderat nach wie vor seiner ernsten, verantwortungsvollen Pflicht bewußt ist, nach Maßgabe seiner Mittel in dieser schweren Stunde der Bevölkerung hilfsbereit beizustehen. Handelt es sich doch nicht nur um die Opfer, die wir alle an Gut und Blut zu bringen haben, sondern in erster Linie um unsere Kinder und um die Zukunft unseres Staates. Wir wollen durchhalten, aber es muß uns auch die Möglichkeit gegeben werden, daß wir dies imstande sind.

Der Bürgermeister bittet schließlich um die einstimmige Annahme der Entschließung, welche auch der Regierung unterbreitet werden wird. (Lebhafter Beifall.)

Einstimmig angenommen!

Bei der sohin folgenden Abstimmung wird die Entschließung einstimmig genehmigt. (Stürmischer Beifall.)

*

Die Mehlquote.

Aus dem Rathause wird mitgeteilt: Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß verschiedene Mehlabgabestellen der Ansicht sind, es sei gleichzeitig mit der Brotkürzung auch eine Kürzung der Verschleißmehlquote durchzuführen. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, das das Verschleißmehl in gleicher Menge wie bisher, das ist mit 1/8 Kilogramm per Kopf und Woche, auszugeben ist.

*

Neue Freie Pre

Die halbe Brotmenge für Wien.

Wien, 18. Juni.

Der Brotverkauf hat sich heute in verhältnismäßiger Ruhe vollzogen. Nur zwischen jenen Verbrauchern, die bereits gestern vor Erscheinen der amtlichen Mitteilung über die Kürzung der Wochenmenge ihre Ration bezogen hatten und heute daher nichts nachgeliefert bekamen, und den Verkäufern kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Gemeinderat hat eine sehr bewegte Debatte über die Brotfrage abgeführt, in deren Verlauf der Bürgermeister die Antworten zur Kenntnis der Gemeindevertretung brachte, die er bisher auf die von ihm nach Berlin, Budapest und München abgesendeten Hilferufe erhalten hat. Morgen kehrt Ernährungsminister Paul aus Berlin zurück. Er kommt nicht mit ganz leeren Händen und auch aus Ungarn liegt die Mitteilung vor, daß die Regierung ein größeres Quantum Frühkartoffeln und nahrhafte Gemüse sofort zur Verfügung Oesterreichs stellen wird. Aus Berlin sowohl als aus Budapest haben aber die Antworten auf die seitens Oesterreichs ergangenen Ansuchen um Aushilfe über den Augenblick hinaus einen wenig verheißungsvollen Unterton, denn auch jenseits der Leitha wie im Deutschen Reiche gehen mit dem Erntewirtschaftsjahre die verfügbaren Vorräte zu Ende. Namentlich der Bürgermeister von Budapest klagt, daß auch die ungarische Hauptstadt ohne Reserven dastehe und von der Hand in den Mund lebe.

Die Verhandlungen mit Deutschland.

Ernährungsminister Dr. Paul wird morgen in Wien eintreffen. Die Verhandlungen, die er in Berlin wegen der Nachlieferung der rückständigen Getreidemengen geführt hat, dürften daher zum Abschlusse gelangt sein und es ist anzunehmen, daß über ihr Ergebnis eine Mitteilung verlautbart werden wird. Die deutsche Regierung hat auf Grund des Uebereinkommens vom 18. Mai die Verpflichtung übernommen, daß sie die von der Monarchie als Ernährungsminimum bezeichnete Menge von Lebensmitteln, sei es aus der Ukraine, aus Rumänien oder Beßarabien, liefern werde. Diese Vereinbarung ist nicht erfüllt worden, da in der Ukraine keine geregelten Verhältnisse bestehen. Daß die deutsche Regierung bei dieser Sachlage die Lieferung von Rückständen ablehnen sollte, kann nicht vorausgesetzt werden; die Frage ist nur, ob sie ein größeres, für einen längeren Zeitabschnitt zureichendes Getreidequantum zur Verfügung stellen wird. Wenn man die Antwort liest, die General Ludendorff dem Bürgermeister Weiskirchner auf das Ersuchen um Ernährungsaushilfe gesandt hat, muß man wohl den Schluß ziehen, daß, wenn Deutschland jetzt eine Getreidemenge nach der Monarchie sendet, sie nur für einen kurzen, mehrtägigen Zeitabschnitt zur Aufrechterhaltung der gekürzten Brotquote ausreichen dürfte. Da General Ludendorff sagt, daß weitere Reserven nicht mehr vorhanden sind, wird man abwarten müssen, ob der jetzigen, für eine kurze Frist bestimmten Aushilfe Deutschlands überhaupt noch eine weitere folgen wird.

Wie die Dinge liegen, ist somit das Uebereinkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland hinsichtlich der Getreidelieferungen aus der Ukraine praktisch nicht zur Geltung gelangt.

Es ist auch fraglich, ob Deutschland bei der eigenen Lebensmittelknappheit Kartoffeln für Oesterreich-Ungarn abgeben wird; dagegen muß man es wohl als sicher annehmen, daß keine Frühkartoffeln mehr aus Ungarn wie dies in früheren Zeiten geschehen ist, nach Deutschland gehen, sondern diese Mengen ausschließlich für Oesterreich bestimmt sein werden. Einige Züge Frühkartoffeln werden demnächst aus Ungarn hier eintreffen.

Die Forderungen der Arbeiterschaft.

In später Nachtstunde hat der Wiener Arbeiterrat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Arbeiterrat fordert die baldigste Wiederherstellung der vollen Brotration und, so lange dies nicht möglich ist, die Gewährung von ausgiebigen Zubußen an anderen Lebensmitteln. Infolge des Mangels an rationierten Lebensmitteln muß den Arbeitern die Möglichkeit geboten werden, andere Lebensmittel zu kaufen. Zu dem Zwecke ist eine angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne erforderlich. Anderseits ist infolge der Schwächung der Arbeiter durch die dauernde Unterernährung die Gewährung von Arbeitserleichterungen, die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Schmälerung des Lohneinkommens notwendig. Dies gilt insbesondere für diejenigen Betriebe, in denen noch Nachtarbeit und Ueberstundenarbeit geleistet werden muß, und für die kontinuierlichen Betriebe, in denen noch die zwölfstündige Arbeitszeit besteht. Der Arbeiterrat fordert den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und die zuständigen Gewerkschaften auf, die bereits eingeleiteten Verhandlungen über diese Forderungen fortzusetzen.

2. Der Arbeiterrat stellt fest, daß eine wesentliche und dauernde Verbesserung der Ernährungsverhältnisse nicht möglich ist, solange der Krieg fortdauert. Ohne die großen Hindernisse, die im gegenwärtigen Augenblick allen Friedensbemühungen entgegenstehen, zu unterschätzen, erneuert der Arbeiterrat die Forderung nach dem baldigsten allgemeinen Frieden. Mit ernster Besorgnis stellt der Arbeiterrat fest, daß die ersten Anzeichen eines beginnenden Stimmungsumschwunges in den feindlichen Ländern von deutscher offiziöser Seite in einer Weise beantwortet worden sind, die wenig geeignet erscheint, das Erstarken des Friedenswillens in den feindlichen Ländern zu fördern. Der Arbeiterrat fordert daher, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung nicht nur bereit zeige, jederzeit in Verhandlungen über den allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und über die Gründung einer Liga der Nationen einzutreten, sondern daß sie sich auch bereit erkläre, selbst möglichst bald die Regierungen der feindlichen Länder zu Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage einzuladen. Der Arbeiterrat beauftragt den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, diese Forderungen unverzüglich dem Minister des Aeußern vorzulegen.

3. Der Arbeiterrat protestiert gegen den Plan, das Parlament zur Seite zu stoßen und den Absolutismus des § 14 wieder aufzurichten. Der Arbeiterrat fordert die sofortige Einberufung des Parlaments. Er beauftragt den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, diese Forderung unverzüglich dem Ministerpräsidenten vorzulegen.

4. Der Arbeiterrat verlangt die bindende Zusicherung der Regierung und der Militärverwaltung, daß wegen der gegenwärtigen Bewegung keinerlei Maßregelungen stattfinden werden.

5. Die Verhandlungen mit der Regierung haben bereits begonnen. Der Arbeiterrat wird spätestens Freitag wieder zusammentreten, den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen entgegennehmen und dann die nötigen Beschlüsse fassen. Eine weitere Ausdehnung des Ausstandes liegt nicht im Interesse der im Gange befindlichen Verhandlungen.

6. Im Interesse der Lebensmittelversorgung ersucht der Arbeiterrat die Eisenbahner, die Verkehrsarbeiter und die Arbeiter der Lebensmittelindustrie, alles zu vermeiden, was den Verkehr und die Lebensmittelerzeugung stören könnte.

7. Der Arbeiterrat fordert die Arbeiterschaft auf, Ruhe zu bewahren und alle Zusammenstöße auf der Straße zu vermeiden.

Keine Kürzung der Mehlquote.

Aus dem Rathause wird mitgeteilt: Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß verschiedene Mehlabgabestellen der Ansicht sind, es sei gleichzeitig mit der Brotkürzung auch eine Kürzung der Verschleißmehlquote durchzuführen. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß das Verschleißmehl in gleicher Menge wie bisher, das ist mit einem Achtelkilogramm per Kopf und Woche, auszugeben ist.

Die Kontrolle der Lohnmühlen zur Bekämpfung des Schleichhandels.

Die „Wiener Zeitung" publiziert heute eine Verordnung des Volksernährungsamtes, mit der die bisherigen Bestimmungen, betreffend die Regelung des Verkehres mit Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten, abgeändert und ergänzt werden. Nach den neuen Anordnungen dürfen Mühlen das ihnen von landwirtschaftlichen Selbstversorgern zur Vermahlung oder Verschrotung übergebene Getreide nur nach den von den politischen Landesbehörden zu erlassenden näheren Bestimmungen vermahlen und verschroten. Die politische Landesbehörde und mit deren Ermächtigung die Behörde kann die Vermahlung und Verschrotung von Getreide für landwirtschaftliche Selbstversorger auf bestimmte Mühlen beschränken, die Außerbetriebsetzung der zur Vermahlung und Verschrotung nicht zugelassenen Mühlen verfügen sowie besondere Vorschriften erlassen, durch welche die Abgabe des Getreides der Selbstversorger an die Mühlen und die Rücklieferung der Mahlprodukte von diesen an die Selbstversorger geregelt wird.

Hilfsansuchen der Stadt Graz an Ungarn.

Wie sich bereits die Tiroler und die Kärntner nach Budapest begeben haben, um dortselbst Lebensmittel für die genannten Kronländer zu erhalten, wird sich nun auch der Bürgermeister von Graz, Fizia, nach Budapest begeben, um dortselbst mit den maßgebenden Faktoren wegen Lieferung von Lebensmitteln für Graz zu unterhandeln.

Organisierung des Nachschubes rayonierter Lebensmittel in die Sommerfrischen.

Um die behördlichen Anordnungen zur Beschränkung des Sommerfrischenverkehres, insbesondere dem Mittelstande, weniger empfindlich zu machen, hat der Landesverband für Fremdenverkehr dem Eisenbahnministerium einen Vorschlag unterbreitet, der darauf abzielt, den Nachschub der rayonierten Lebensmittel für die in den Sommerfrischen weilenden Wiener derart einzurichten, daß die Uebernahme der Sendungen möglichst erleichtert und der Transport gegenüber der Postversendung erheblich beschleunigt wird. Der Vorschlag gründet sich auf eine Vereinbarung, welche der Landesverband für Fremdenverkehr mit dem Eilgutsammeldienst der Firma C. H. Hirsch & Co. getroffen hat. Durch dieselbe wird dem Publikum die Bequemlichkeit geboten, nach einmaligem Erlag eines Depots zur Deckung der Portoauslagen, seine versandfertig hergerichteten Lebensmittelpakete bei den Uebernahmsstellen abzugeben, wo dieselben durch die genannte Firma eingesammelt, auf die Bahnhöfe gebracht und seitens der dazu bestellten Organe als Sammelgut in beschleunigten Zügen verladen werden. Die Verteilung soll dann in der Ankunftsstation durch Vermittlung der Bahnorgane erfolgen.

Die bezügliche Eingabe an das Eisenbahnministerium ist Anfang Mai abgegangen, doch haben sich bei den Verhandlungen im Ministerium Schwierigkeiten ergeben, deren Beseitigung aber schon in den nächsten Tagen zu erhoffen ist. — Der Erste Wiener Konsumverein hat sich bereit erklärt, die Lebensmittelpakete in seinen Filialen zu übernehmen; da sich diese Zusage aber nur auf die Mitglieder dieses Vereines beschränkt, wäre es wünschenswert, wenn sich recht viele Firmen bereit erklären würden, die Pakete in ihren Geschäftslokalitäten gegen eine dem Personal zu gewährende Vergütung übernehmen zu lassen. Diejenigen Firmen, welche sich zur Förderung der Aktion im angedeuteten Sinne bereit finden, werden ersucht, hievon dem Landesverband für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich, Wien, 1. Bezirk, Stock-im-Eisenplatz 3/4 (Halbstock), Mitteilung zu machen.

Neue Freie Presse
20./VI. 1918

Die Kürzung der Brotmenge.

Eine Ansprache des Ministerpräsidenten an die Vertreter der Presse.

Wien, 19. Juni.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler empfing heute abend die Vertreter der Wiener Presse und äußerte sich zu ihnen über die gegenwärtige Ernährungssituation in nachstehender Weise:

„In den letzten Tagen haben in Berlin im Auftrage der österreichischen Regierung durch den Ernährungsminister Paul mit der deutschen Regierung Verhandlungen stattgefunden, die durch das Ausbleiben der ukrainischen und beßarabischen Zufuhren und die hiedurch in Oesterreich verursachten Ernährungsschwierigkeiten veranlaßt waren. Die Bemühungen der österreichischen Regierung haben den Erfolg gezeitigt, daß sich die deutsche Regierung bereit erklärt hat, eine bestimmte Menge Getreide vorschußweise Oesterreich zur Verfügung zu stellen. Einige hundert Waggons Getreide sind bereits aus Deutschland im Anrollen. Da Deutschland erst vor wenigen Tagen gezwungen war, selbst seine Mehlrationen in einschneidender Weise zu kürzen, hat es durch diese Aushilfe neuerlich sein bundesbrüderliches Verhalten dargetan. Durch die von Deutschland gewährte Hilfe ist in Oesterreich eine wenn auch überaus knappe Versorgung ermöglicht; nichtsdestoweniger kann für die allernächste Zeit die vor einigen Tagen für Wien verfügte Einschränkung der Brotabgabe vorläufig noch nicht aufgehoben werden. Auch die ungarische Regierung hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, die schwierige Ernährungssituation in Oesterreich durch Uebersendung von Nahrungsmitteln, insbesondere von größeren Mengen Frühkartoffeln, zu erleichtern.

Die in den letzten Tagen verfügte Kürzung der Brotration in Wien hat den Anlaß gegeben, der Regierung mangelnde Voraussicht und ungenügende Vorsorge zum Vorwurfe zu machen. Insbesondere wurde darüber Klage geführt, daß die Kürzung der Brotration in Wien so unvermittelt verfügt worden sei. Dieser Auffassung gegenüber möchte ich einige Aufklärungen über die Entwicklung der Ernährungssituation geben: Die Mehl- und Brotversorgung Oesterreichs hat der Regierung vom Beginn des heurigen Wirtschaftsjahres die größte Sorge bereitet. Oesterreich kann von seiner eigenen Ernte allein nicht leben und ist auch im Frieden von jeher auf auswärtige Zuschübe angewiesen. Der schlechte Ausfall der Ernte und die Tatsache, daß die Zufuhren aus Rumänien und aus Ungarn weit hinter den ursprünglichen Annahmen zurückgeblieben sind, hat die Situation noch verschärft, so daß, wie bekannt, schon im Januar an eine allgemeine Kürzung der Mehlration geschritten werden mußte. Der Friedensschluß mit der Ukraine berechtigte zu der Hoffnung, daß durch die von dort zu gewärtigenden Getreidemengen die Getreideversorgung Oesterreichs eine wesentliche Erleichterung erfahren werde. Der Aufbringung in der Ukraine stellten sich jedoch infolge der ungeregelten Verhältnisse dieses Landes ganz ungeahnte Schwierigkeiten entgegen und die auf Grund der vertragsmäßigen Vereinbarungen zur Ablieferung gelangten Getreidemengen blieben trotz aller Bemühungen, die seitens Deutschlands und Oesterreich-Ungarns aufgewendet wurden, weit hinter den Erwartungen zurück. Da die ukrainischen Getreidezufuhren nicht die erforderliche Höhe aufwiesen, sah sich — wie jedermann bekannt — die österreichische Regierung vor einigen Wochen gezwungen, die Wirtschaftsvorräte der Landwirte zur allgemeinen Versorgung heranzuziehen. Die immer größer werdenden Schwierigkeiten der Versorgung Oesterreichs führten schließlich zu dem bekannten Berliner Abkommen vom 18. Mai, in welchem Deutschland, unserer Lage Rechnung tragend, sich bereit erklärte, uns ein bestimmtes Minimalquantum aus den ukrainischen, rumänischen und beßarabischen Einfuhren zuzusichern, durch das unsere Versorgung bis Mitte Juli, wenn auch in knappster Weise, gewährleistet erschien.

Bei Uebernahme dieser Verpflichtung setzte Deutschland voraus, daß ihm deren Einhaltung nicht durch höhere Gewalt tatsächlich unmöglich gemacht werde, da, wie bei Abschluß des Vertrages ausdrücklich erklärt wurde, eine Lieferung aus deutschen Beständen nur im äußersten Falle und nur insoweit Platz greifen könnte, als dadurch nicht die eigene Versorgung des Deutschen Reiches in Frage gestellt würde. Deutschland hat gewiß alles getan, was in seiner Macht stand, um den Vereinbarungen gemäß das Minimalquantum an Getreide, das uns aus den ukrainischen, rumänischen und beßarabischen Zuschüben zur Verfügung gestellt werden sollte, zu sichern. Wenn trotzdem die erforderlichen Getreidemengen aus der Ukraine nicht herausgebracht werden konnten und dadurch jene Rückstände entstanden sind, die uns in die Situation der letzten Tage gebracht haben, so ist dies eben auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse zurückzuführen, mit denen bei Aufbringung und Auflieferung des Getreides in der Ukraine zu rechnen ist. Das Ausbleiben dieser Zuschübe kann keinesfalls Deutschland zur Last gelegt werden und deshalb wäre es vollkommen ungerechtfertigt, aus diesem Anlasse gegen Deutschland, das uns in unseren Ernährungssorgen wiederholt und neuerlich jetzt Hilfe geleistet hat, irgendeinen Vorwurf zu erheben.

Ich kann wohl sagen, daß es die österreichische Regierung nicht an den eifrigsten Bemühungen hat fehlen lassen, die Kontinuität der Brotversorgung aufrechtzuhalten. Die geringen auswärtigen Zuschübe haben allerdings schon seit längerer Zeit die Aufrechthaltung der vollen Brotversorgung in den österreichischen Ländern nicht mehr ermöglicht. Nur in Wien konnte in der letzten Zeit noch die volle Brotration ausgefolgt werden. Als in der zweiten Juniwoche auch die Versorgung Wiens durch die immer geringer werdenden Zuschübe gefährdet erschien, hat die Regierung sofort alle Hebel neuerlich in Bewegung gesetzt, um die Brotversorgung der Reichshauptstadt sicherzustellen. Solange noch die Hoffnung bestand, daß es möglich sein werde, durch die auswärtigen Zuschübe eine Kürzung der Brotration in Wien zu vermeiden, wollte sich die Regierung naturgemäß zu einem so einschneidenden Schritte nicht entschließen; erst als es feststand, daß diese Erwartung sich nicht erfüllen werde und die erforderlichen Mehlmengen nicht mehr rechtzeitig eintreffen könnten, wurde die unvermeidliche Kürzung angeordnet. Nur hierauf ist es zurückzuführen, daß die Oeffentlichkeit nicht bereits einige Zeit vorher von dieser Maßnahme in Kenntnis gesetzt werden konnte und daß die erforderlichen Verfügungen mit aller Raschheit getroffen werden mußten. Es handelt sich ja hier um ein vom Einfluß der Regierung unabhängiges Ausbleiben von Zuschüben, deren Einlangen sie zu erwarten gewiß berechtigt war. Das einzige Mittel, das der Regierung zur Verfügung stand, war rechtzeitige Intervention; und dieses ist sofort angewendet worden.

Die Regierung war sich der Tragweite ihrer durch die Not der Verhältnisse gebotenen Verfügung voll bewußt. In dem Bestreben, alles zu tun, was zur Erleichterung der Situation dienen könnte, hatte sie schon längst vorher sowohl an die Unterstützung der deutschen als auch der ungarischen Regierung appelliert, und dank dem Entgegenkommen der maßgebenden Persönlichkeiten dieser beiden Staaten ist es ihren Bemühungen denn auch gelungen, Aushilfen zu erlangen, die von anderer Seite begreiflicherweise nicht erreicht werden konnten. Die neuerliche Hilfsbereitschaft Deutschlands sowie die Hilfe Ungarns wird die kurze, schwerste Zeit des Ausharrens bis zur neuen Ernte mildern. Auch die heuer reiche Gemüseernte sowie die beginnende Obsternte bieten immerhin gewisse Erleichterungen der Ernährung. Der Schnitt der Frühernte steht unmittelbar bevor, und mit dem Zeitpunkte, in welchem die ungarische Ernte einsetzt, wird das Allerärgste überwunden sein.

Die Bevölkerung, welche während der ganzen Dauer des Krieges ihren altbewährten, geradezu bewunderungswürdigen Patriotismus gezeigt hat, wird gewiß auch diese letzte vorübergehende Einschränkung mit Opferwilligkeit auf sich nehmen und hiedurch das ihrige dazu beitragen, daß der uns aufgezwungene Kampf mit Erfolg zu Ende geführt werde.

Österr. Volkszeitung
21./VI. 1918

51

Die Kürzung der Brotration.

Durch die Zuschübe die halbe Brotquote bis Anfang Juli gesichert.

Die Erwartung, daß die Kürzung der Brotration nur kurze Zeit dauern und die Wiederherstellung der alten Quote bereits in absehbarer Zeit erfolgen werde, hat leider geringe Aussicht, durch die weitere Entwicklung Bestätigung zu finden. Die Zuschübe von Deutschland sind zwar sichergestellt, und wenn auch von den in Aussicht gestellten 1000 Waggons nur 400 dem Wiener Zivilkonsum zugute kommen können, so bedeuten immerhin auch diese 400 Waggons eine ansehnliche Hilfe. Das deutsche Brotgetreide wird aber nicht zur Wiederherstellung der alten, sondern zur Aufrechterhaltung der gekürzten Quote verwendet werden müssen. Diese erfordert rund 25 Waggons Getreide im Tage; durch die 400 Waggons wäre also, nach der Annahme der zuständigen Stellen, die halbe Brotration Wiens für 16 Tage gesichert.

Die Bevölkerung wird sich daher mit dem Gedanken an eine Schmälerung der Brotkost für einen vorläufig nicht annähernd genau abzusehenden Zeitraum wohl vertraut machen müssen, vorausgesetzt, daß nicht von anderswoher erhebliche Zuschüsse kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß

sich Ungarn doch noch bereit findet, der Stadt Wien ausgiebiger zu helfen. In einer heute stattfindenden Sitzung des Budapester Ernährungsamtes wird Bürgermeister Dr. Body eine Hilfsaktion für Wien in Vorschlag bringen. Sollte er mit seinem Vorschlage durchdringen, dann wäre eine optimistischere Betrachtung der Ernährungslage möglich.

Die deutschen Zufuhren.

Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Die Verhandlungen wegen der deutschen Aushilfe wurden in Berlin vom Ernährungsminister Dr. Paul mit dem Chef des deutschen Kriegsernährungsamtes Herrn v. Waldow geführt und gestalteten sich schwierig. Sie hatten schließlich das Ergebnis, daß Deutschland 500 Waggons Brotgetreide zusagte. Diese sind bereits im Anrollen und ein Teil dürfte heute in Wien einlangen. Bezüglich der weiteren 500 Waggons mußte Deutschland Bedingungen wegen rechtzeitiger Rücklieferung aus der neuen österreichischen Ernte stellen. Auch diese weiteren 500 Waggons werden demnächst in Wien eintreffen, so daß Deutschland insgesamt 1000 Waggons liefert.

Durch die Absendung der 1000 Waggons, von denen freilich bloß etwa 400 Waggons für den Wiener Zivilbedarf verwendet werden können, ist, wie verlautet, die Brotausgabe jetzt wenigstens so weit gesichert, daß bis Mitte Juli die eingeschränkte Brotration ohne neuerliche Störung wird abgegeben werden können. Freilich muß trotz der deutschen Aushilfe die größte Sparsamkeit angewendet werden, weil nicht nur die Bedürfnisse Wiens mit der deutschen Sendung gedeckt werden müssen, sondern auch die der Umgebung Wiens, die bekanntlich schon mehrmals in der letzten Zeit gar kein Brot erhalten hat.

Die Hilfe aus Ungarn.

Ein Antrag des Bürgermeisters Dr. Body.

Aus Budapest, 20. d., wird uns telegraphiert: Bürgermeister Dr. Body hat die hauptstädtische Ernährungskommission für morgen zu einer Sitzung einberufen, in der er beantragen wird, der Bevölkerung Wiens mit Mehl auszuhelfen. Er wird an die Budapester Bevölkerung den Appell richten, in den Monaten Juni und Juli auf die Mehlration je eines Tages zu verzichten. Dies würde fünfzig Waggons ausmachen, die Wien überwiesen werden sollen.

Ein weiteres Telegramm aus Budapest, 20. d., meldet: Bürgermeister Dr. Body ist davon überzeugt, daß das Budapester Publikum das verlangte Opfer gern bringen wird, um die Lage der Wiener Bevölkerung ein wenig zu verbessern. Das auf diese Weise freiwerdende Mehlquantum, 25 Waggons per Monat, im ganzen also 50 Waggons, wird der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich erwartet Budapest, daß Wien durch Ueberlassung seiner überflüssigen Vorräte an Industrieartikeln, namentlich an Kleidern, Schuhen 2c. sich erkenntlich zeigen wird.

Ungarische Frühkartoffeln für Wien.

Aus Budapest, 20. d., wird telegraphiert: Der Präsident des Gemeinsamen Ernährungsausschusses GM. Landwehr ist hier eingetroffen. Er hatte vormittags eine längere Beratung mit dem Ernährungsminister Prinzen Windisch-Graetz, worauf er den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle im Abgeordnetenhause aufsuchte und mit ihm gleichfalls eine Besprechung pflog. Die Beratungen des GM. Landwehr gelten der Frage der Aushilfen für Wien.

Im Ernährungsministerium findet unter dem Vorsitz des Prinzen Windisch-Graetz eine Konferenz statt, in der über die Möglichkeit beraten werden wird, der Stadt Wien weitere Aushilfen zu gewähren. Es wird alles aufgeboten werden, um durch die teilweise Inanspruchnahme der ungarischen Hauptstadt sowie durch die rasche Beförderung der zur Verfügung stehenden Gemüse, besonders von Frühkartoffeln, Zuckererbsen, Kürbissen, die Not in Wien zu lindern.

Die Maßnahmen der Gemeinde.

Kartoffeln, Gemüse und Marmelade als Brotersatz.

Der Stadtrat versammelte sich gestern zu einer Sitzung, in der es auch zu einer Debatte über die Ernährungslage kam.

Der neueste Kartoffelbericht des Magistrats ist kein sehr günstiger und die Kartoffelversorgung der Stadt Wien für die nächste Woche erscheint noch nicht sichergestellt. Die Kartoffelzuschübe lassen zu wünschen übrig und die von Ungarn versprochenen Zufuhren von Frühkartoffeln haben sich noch nicht eingestellt. Infolgedessen wurde der Bürgermeister ersucht, mit dem Ministerpräsidenten in Fühlung zu treten, um für die kartoffelarme Zeit der Bevölkerung wenigstens den Genuß von Gemüse in ausreichender Menge und zu billigen Preisen zu sichern. Bekanntlich läßt die Regierung in Ungarn Fleisch zu hohen Preisen einkaufen und dann zu herabgesetzten Preisen an die Bevölkerung verkaufen. Nach dem Muster der Fleischeinkäufe könnte man auch mit dem Gemüse verfahren.

Ferner wird auch alles getan, um eine ausgiebigere Verteilung von Marmelade bewerkstelligen zu können. Diesbezüglich werden vom Volksernährungsamt sowie von der Gemeinde Wien die hiezu nötigen Vorarbeiten mit größter Beschleunigung durchgeführt.

Kein Anschlag des Gemeinderatsbeschlusses.

Der Stadtrat hat gelegentlich der Fassung einer Entschließung über die Kürzung der Brotquote auch beschlossen, diese Entschließung durch öffentlichen Anschlag der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Auf die von Bürgermeister Dr. Weiskirchner angesuchte Bewilligung erging von der Polizeidirektion die Verständigung, daß diesem Ansuchen aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung eine willfahrende Folge nicht gegeben werden könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte in der gestrigen Stadtratssitzung Mitteilung über diese Angelegenheit, und auf seinen Antrag wurde beschlossen, einen Rekurs gegen diesen Bescheid nicht zu ergreifen, da diesem Rekurs eine aufschiebende Wirkung nicht zukomme.

Die Lehrer für die Schulkinder.

In einer am 18. d. stattgefundenen Versammlung des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Vertrauenspersonen des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft erheben energisch Widerspruch gegen die Mißwirtschaft in der Lebensmittelversorgung, die in den letzten Tagen dazu geführt hat, daß das hungernde Volk, zu welchem sich auch die Lehrerschaft rechnen muß, im Brotbezug um die Hälfte verkürzt werden mußte. Sie erheben insbesondere Einspruch dagegen, daß die hungernden Kinder der Wiener Volks- und Bürgerschulen abermals beim Schulfrühstück verkürzt werden und sie verlangen, daß ehestens Mittel gefunden werden, um bald der Jugend des Volkes das Stückchen Brot zu wahren, auf das es bisher Anspruch hatte.

Für die neue Ernährungsperiode verlangt der Zentralverein der Wiener Lehrerschaft, daß den Vertretern der Verbraucher der Einfluß eingeräumt wird, der notwendig ist, eine gerechte Verteilung der künftigen Ernte sicherzustellen. Von der Gemeindeverwaltung wird verlangt, daß auch der Lehrerschaft wenigstens einiger Ersatz für das verkürzte Brot durch unmittelbare Abgabe von Lebensmitteln aus den Vorräten der Gemeinde geboten werde, da die Amtspflicht die Lehrerschaft verhindert, sich im Wege des Anstellens die in Aussicht gestellten Zubußen zu verschaffen."

Die Einlösung des Brotgutscheines.

Da durch die jüngste Kürzung der Brotquote alle Brotabgabestellen für die Gutscheinsabschnitte 3 und 4 der Zentralstelle I., Neues Rathaus, gültig für die Zeit vom 23. d. bis 13. Juli und vom 14. Juli bis 3. August nur mehr einen halben Laib Brot pro Abschnitt ausfolgen dürfen, wird die Zentralstelle der Fürsorge, I., Neues Rathaus, diese und die folgenden Abschnitte insolange die Brotkürzung in Kraft bleibt, nur mehr mit 36 Heller einlösen.

Die Haltung der Arbeiter.

Der Ausstand in einzelnen Wiener Betrieben.

Der gestern gemeldete Beschluß des Wiener Arbeiterrates, eine weitere Ausdehnung des Ausstandes liege nicht im Interesse der im Gange befindlichen Verhandlungen, hat, wie die „Arbeiter-Zeitung" mitteilt, in manchen Betrieben, besonders unter den jüngeren, leidenschaftlicheren Arbeitern lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Der Arbeiterrat hofft, daß der Ausstand in einem Teile der Wiener Industrie genügt, der Regierung und den Unternehmern zu beweisen, daß die gegenwärtigen Ernährungs-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse unhaltbar geworden sind und dringend der Abhilfe bedürfen. Die Verhandlungen sind eingeleitet. Die Gewerkschaften haben die wirtschaftlichen Forderungen im einzelnen formuliert und sie der Regierung und dem Reichsverband der Industriellen vorgelegt. Gestern fanden bereits Verhandlungen statt, die heute fortgesetzt werden. Heute werden die Unterhändler dem Arbeiterrat Bericht erstatten. Auf Grund dieser Berichte wird dann der Arbeiterrat beschließen, was weiter zu geschehen habe."

Gegenüber den Fällen von Belästigung der Brotfuhren der Brotfabriken wird bemerkt: „Im Laufe der letzten Tage ist es wiederholt vorgekommen, daß junge Burschen und Frauen die Brotfuhren belästigt, die Brotkutscher bedroht und die Brotwagen entleert haben. Diese Exzesse haben wohl keinen erheblichen Umfang, sind aber entschieden zu verurteilen, und die Genossen werden ersucht, derartige Vorkommnisse mit aller Entschiedenheit zu verhindern. Es mag in dieser harten Zeit manches begreiflich sein, aber diese Ueberfälle gefährden eine gerechte Verteilung der verfügbaren Brotmengen. Je weniger Brot da ist, desto wichtiger ist es, daß jeder in den Besitz seiner kargen Ration kommt."

Die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft bei der Regierung.

In Ausführung des Beschlusses der Zentralstellen der christlichen Arbeiterorganisationen sprachen gestern unter Führung des Landesausschusses Kunschak die Herren Abgeordneten Anderle, Werkmann der österreichischen Staatsbahnen, Haider, Gemeinderat Ullreich und der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Untermüller beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vor, um den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft in der Frage der Brotverkürzung und der Ernährungsverhältnisse überhaupt zum Ausdruck zu bringen. Der mehr als einstündigen Aussprache wohnten bei: der Minister des Innern v. Gayer, Finanzminister Freiherr v. Wimmer, Eisenbahnminister Freiherr v. Banhans und der Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, ferner in Vertretung des Ministers für Volksernährung Oberst Wallerstorfer.

Landesausschuß Kunschak legte die schwere Belastung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung durch die Verkürzung der Brotration dar, und brachte den Wunsch der christlichen Arbeiterschaft zum Aus-

Neues Wiener Tag 22.

Die gekürzte Brotration.

Budapest hilft Wien aus.

In der Stunde der Not erkennt man den Freund. Die Hilferufe aus Oesterreich sind in Ungarn nicht auf taube Ohren gestoßen. Die energischen Maßnahmen des ungarischen Ernährungsministers Prinzen Windischgrätz wie die Maßnahmen des Budapester Bürgermeisters Dr. Body zeigen zur Genüge, daß man jenseits der Leitha die augenblickliche Not Oesterreichs, vor allem aber die Schwierigkeiten der Reichshauptstadt als eine gemeinsame Angelegenheit empfindet und ernstlich bestrebt ist, Oesterreich und Wien in dieser Bedrängnis zu helfen. Die Hilfe, die Budapest spendet, muß jeden nahe berühren, denn sie ist die Frucht eines gemeinsamen Opfers, das die Budapester sich freiwillig auferlegen. Der Aufruf des Bürgermeisters hat in wenigen Stunden zahlreiche Anmeldungen zur Folge gehabt, so daß die versprochene Aushilfe von 50 Waggons Getreidemehls bereits heute gesichert erscheint. Diese Hilfe, die Budapest unsrer Stadt in der Stunde der Not gewährt, ist eines der schönsten Beispiele vaterländischer Gesinnung. Wien wird den ihm von Budapest gewährten Beistand niemals vergessen!

* * *

Budapest, 21. Juni. (Privattelegramm.) Ernährungsminister Prinz Windischgrätz, der sich heute nach dem Aufenthaltsorte des Monarchen begab, hat den Staatssekretär Nagy angewiesen, er möge bei sämtlichen Munizipien des Landes dringend Bürgschaften dafür fordern, daß Oesterreich, in erster Reihe aber Wien, für die nächsten drei Wochen, das ist also bis zur Einhebung der neuen Ernte, mit Lebensmitteln, besonders aber mit Mehlbeständen versorgt werde.

Eine andre Aktion erwies sich vorläufig nicht als durchführbar. Prinz Windischgrätz wollte nämlich aus den Vorräten, die sich in den Fabriken von Budapest und Umgebung für die Verproviantierung der Arbeiterschaft befinden, den Wienern gewisse Quantitäten zur Verfügung stellen, doch mußte diese Aktion infolge der Arbeiterbewegung vertagt werden. Bei dem Ernährungsminister sind bereits zahlreiche Anmeldungen aus der Provinz eingetroffen, wonach die Munizipien gewisse Mengen an Lebensmitteln, in erster Reihe aber Mehl, für Wien und Oesterreich, abzugeben bereit sind. Ernährungsminister Prinz Windischgrätz traf ferner nach zwei Richtungen hin energische Verfügungen, daß erstens Frühkartoffeln, Gemüse, Rollgerste, Teigwaren und Selchfleisch fortsetzungsweise in entsprechenden Mengen abgesendet werden, und zwar solchesart, daß Tag für Tag größere Sendungen nach Wien abrollen. Eine weitere Verfügung des Ministers geht dahin, daß die von Budapest nach Oesterreich rollenden Waggons nicht, wie dies so oft der Fall war, angehalten werden, so daß sie infolge dieser Verzögerung acht bis vierzehn Tage liefen! Dieser Mißstand erscheint endgiltig behoben, so daß die nach Wien zu sendenden Lebensmittel von heute an in raschem Tempo, ohne unterwegs angehalten zu werden, befördert werden. Nach der Rückkehr des Ernährungsministers vom Standorte des Monarchen werden die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung und der Wiener Stadtbehörde fortgesetzt werden, um eine dauernde Organisation zustandezubringen, die die Versorgung Oesterreichs, in erster Reihe aber Wiens, mit Lebensmitteln für die Zukunft verbürgen soll.

* * *

Deutschlands Hilfe.

Berlin, 21. Juni. (Privattelegramm.) Wie der „Lokalanzeiger" hört, hat die deutsche Oberste Heeresleitung aus militärischen Gründen der Lieferung von Brotgetreide an Oesterreich-Ungarn in bestimmten Grenzen zugestimmt. Es sind fünftausend Tonnen Brotgetreide nach Oesterreich-Ungarn abgegangen gegen die feste Zusicherung, daß diese Vorräte spätestens bis zum 15. Juli an Deutschland zurückgegeben werden sollen. Bedenken hinsichtlich der Verpflegung des deutschen Heeres bestehen infolgedessen nicht. Auf die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Brotgetreide hat diese Maßnahme der deutschen Heeresverwaltung überhaupt keinen Einfluß.

* * *

Nunmehr sind auch bezüglich der zweiten 500 Waggons die Verhandlungen in günstigem Sinne erledigt. Sie waren ziemlich umständlich, weil an den ausbedungenen Kompensationen auch Ungarn beteiligt ist und dieses daher auch an den Verhandlungen teilnehmen mußte. Auch die zweiten 500 Waggons werden der Zivilbevölkerung überwiesen werden, doch über die Einzelheiten ihrer Verteilung ist noch nicht entschieden worden. Jedenfalls wird man der Reichshauptstadt nicht vergessen.

Es wurde schon gemeldet, daß die ersten 500 Waggons bereits abgelassen wurden und daß davon 200 Waggons für Wien bestimmt sind. Wenn von dem Abrollen mehrerer hundert Waggons die Rede ist, so kann dies nur so verstanden werden, daß die Expedition des ersten Teiles begonnen hat, denn man kann nicht mehrere hundert Waggons auf einmal ablassen, da ein Lastzug mehr als 40 Bahnwagen kaum verträgt. Allerdings aber hat Deutschland in der Expedition der Züge, die uns das Mehl bringen, nur die unbedingt erforderlichen Pausen eintreten lassen, so daß die Züge so rasch als nur möglich aufeinander folgen. Auch auf unsrer Seite geschieht alles zur Beschleunigung ihres Transports. Heute waren das Ernährungsamt, die Zentraltransportleitung und das Kriegsministerium ununterbrochen tätig, um dem Transport des deutschen Mehles jedes Hindernis aus dem Weg zu räumen, und man kann annehmen, daß die erste Garnitur mit dem kostbaren Nahrungsmittel Sonntag oder Montag in Wien eintreffen wird.

Die Aussichten für die Versorgung Wiens.

Auf Grund dieser Annahme hält man den Bedarf der Bevölkerung Wiens an Brot und Kuchenmehl für die nächste Woche für gedeckt. Dies selbst für den Fall, daß Wien nur 200 Waggons bekommen sollte, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Hauptstadt auch von den zweiten 500 Waggons einen Teil erhalten wird. Während wir vom deutschen Mehl leben, werden wir aus den fortlaufenden, wenn auch nur geringen Ankünften von andern Seiten eine kleine Reserve ansammeln und mit diesen Hilfsmitteln, deren Ergiebigkeit sich allerdings nicht genau bestimmen läßt, können wir etwa bis Mitte Juli auskommen. Von diesem Zeitpunkte an rechnet man auf Zufuhren aus dem ungarischen Frühdrusch.

Die Wirkung der Brotkürzung in Wien.

Allerdings wäre uns immer noch jede Entlastung des Bedarfes willkommen, denn wir kommen nur knapp aus. Der Ausfall in unserm Verbrauche beträgt rücksichtlich des Brotes genau fünfzig Prozent, rücksichtlich des Kuchenmehles aber ist die Verminderung des Verbrauches sehr geringfügig, denn sie beschränkt sich darauf, daß 20,000 bis 25,000 Personen, deren Mehlvorrat am 31. Mai eingestandenermaßen mehr als drei Kilogramm für den Kopf betrug, durch Rückgabe ihrer Mehlkarten auf den Mehlbezug verzichtet haben. Damit werden im ganzen wöchentlich fünfzig bis sechzig Meterzentner Mehlprodukte, die meist nur zur Hälfte in Mehl bestehen, erspart. Durchgreifend ist die Ersparnis beim Brotverbrauche. Bekanntlich ist die Kürzung der Brotration auf mündlichem Wege verfügt worden, ehe noch die amtliche Kundmachung hierüber vorlag, und dadurch entstanden in mancherlei Hinsicht Unklarheiten. Im Sinne der Verordnung trifft die Kürzung alle Kategorien von Brotverbrauchern in gleichem Maße mit fünfzig Prozent. Es gilt dies sowohl für die Normalverbraucher, als auch für die Schwerarbeiter, ebenso für Bezieher von Diätbroten und endlich für die Inhaber von Stehergkarten, die sich ihr Brot selbst backen. Die Schwerarbeiter werden also nicht bloß an der Grundquote, sondern auch an der Zusatzquote mit fünfzig Prozent verkürzt.

* * *

Die Verpflichtungen Deutschlands gegen Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 21. Juni. (Meldung des Korrespondenzbureaus.) Im Ernährungsausschuß des Reichstages hat die Regierung zu den Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn folgendes ausgeführt: In den Abmachungen des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn, die um Pfingsten 1918 herum getroffen wurden, ist vereinbart worden, daß ausschließlich Deutschland diejenigen Lebensmittel, die nach dem Friedensvertrag die Ukraine zu liefern hat, aufbringt. Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, an Oesterreich-Ungarn eine gewisse Menge Getreide vorweg aus den Beständen der Ukraine und Bessarabien zu liefern. Irgendeine Verpflichtung Deutschlands für die Versorgung Oesterreich-Ungarns aus deutschen Getreidebeständen ist niemals übernommen worden. Da sich Oesterreich in einer außerordentlich schwierigen Ernährungsfrage zurzeit bis zu der in wenigen Tagen dort einsetzenden Ernte befindet, so sind wir um Hilfeleistung gebeten worden.

bemittelte Bevölkerung entzogen. Mit einer heute zur Verlautbarung gelangenden Verordnung des Amtes für Volksernährung wurde die Verabreichung von frischem Obst in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Anstalten aller Art, in denen Personen außerhalb ihres Haushaltes Speisen verabreicht werden, bis auf weiteres verboten. Dieses Verbot, das am 26. d. in Kraft tritt, bezieht sich nicht auf Humanitäts- und Heilanstalten, Klöster, Lehr- und Erziehungsinstitute, Gefangenenhäuser und Strafanstalten, Asyl- und Flüchtlingslager, ferner nicht auf Arbeiterkantinen und nicht auf die Abgabe an Reisende und Eisenbahn-(Schiffs-)angestellte in Bahnwirtschaften und auf Dampfschiffen.

Ernste Kundgebungen der Bäckergenossenschaft.

Die Wiener Bäckergenossenschaft nahm in der für gestern abends von ihr einberufenen Vollversammlung Stellung zur Herabsetzung der Brotration. Genossenschaftsvorsteher Kommerzialrat Breunig unterzog die Art der Durchführung dieser Maßnahme einer scharfen Kritik. Mit voller Absicht, erklärte Redner, wies man dem Bäckergewerbe die Aufgabe zu, den ersten Unwillen der völlig überraschten Konsumenten zu ertragen. Vorstandsmitglied Eiles, der hierauf das Wort nahm, sagte, das wirtschaftliche Chaos sei nun komplett, die Bäcker stehen vor der gänzlichen Einstellung ihrer Betriebe, wenn nicht ein Wunder geschehe, was noch ihre einzige Hoffnung sei. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, gab Vorsteher Breunig die Erklärung ab, daß infolge der Brotausgabe an zwei Tagen der Vorwoche, die der Verfügung des Ernährungsamtes vom 16. d. vorangingen (Freitag und Samstag), und die in vollem Ausmaß und ungekürzt erfolgte, für welche Brotquanten aber den Bäckern kein Mehl zugewiesen wurde, auch das gekürzte Brotquantum im Laufe der nächsten Woche nicht wird ausgefolgt werden können. Die Genossenschaft macht auf diese zu erwartenden Stockungen heute schon aufmerksam und lehnt jede Verantwortung hierfür ab.

Eine Kundgebung der Beamtenschaft.

In der Leitungssitzung des Zentralverbandes vom 21. d. wurde folgende Entschließung gefaßt: Die Kürzung der Brotquote hat unter der Wiener Staatsbeamtenschaft die denkbar größte Bestürzung und zugleich eine tiefgehende Entrüstung hervorgerufen, gehört sie doch zu jenen Ständen, die unter der Kriegsnot am fürchterlichsten leiden, ohne daß ihr ein entsprechendes Geldäquivalent geboten worden wäre. Die Kürzung der Brotquote ist geeignet, ihre Not bis zur Unerträglichkeit zu steigern; sie fordert daher im Interesse ihrer Familien und im Interesse der Aufrechterhaltung des staatlichen Dienstes die unverzügliche Herstellung der früheren Quote.

Die Gemüsemahlzeiten der Rohö.

Wie bekannt, hat die Rohö in den Gemeinschaftsküchen Elisabethhof und Hainischhof seit Freitag die Abgabe abendlicher Gemüsemahlzeiten eingeführt. Diese Neueinrichtung hat sich glänzend bewährt. Im Elisabethhof wurden gestern abends bereits 850 Portionen, im Hainischhof 1000 Portionen zum Preise von je 80 Heller verabreicht. Die Mahlzeiten bestanden an den beiden ersten Tagen aus Kohlrüben und Dillkartoffeln. Die Portionen, je einen halben Liter umfassend, erwiesen sich als durchaus ausreichend bemessen. Das Publikum setzt sich durchweg aus dem Mittelstand zusammen. Einmütig wurde die Initiative der Rohö und die mustergültige Organisation dieses großzügigen Wohlfahrtwerkes anerkannt. Die Anerkennung erscheint um so gerechtfertigter, als sowohl im Hainischhof wie auch im Elisabethhof die Abfertigung mit einer geradezu staunenswerten Schnelligkeit erfolgt. Die Rohö und ihre Leitung haben wieder einmal gezeigt, welch glänzender Leistungen sie fähig sind.

Die Verteuerung von Obst und Gemüse.

Zur enormen Steigerung der Preise von Obst und Gemüse im Kriege wird uns aus Marktkreisen folgendes geschrieben:

„Es dürfte für weite Schichten der Bevölkerung nicht uninteressant sein, zu erfahren, welche Umstände zur Steigerung der Preise auf den Märkten wesentlich beigetragen haben. Unter jenen Faktoren, die zur Teuerung der Grünwaren geführt haben, fällt am meisten die riesige Erhöhung der Bahnfrachten ins Gewicht. Ein Kilo Kohlrüben ist für den Transport aus der Komorner Gegend nach Wien mit einer Fracht von zirka 52½ Heller pro Kilo belastet, während vor dem Kriege der Transport für dieselbe Strecke nur etwa 4 Heller pro Kilo kostete. Die Kohlrübe, die von den Wiener Großhändlern in der Komorner Gegend zu 30 Heller pro Kilo eingekauft wird, verteuert sich also durch die Fracht allein auf 82½ Heller pro Kilo. Unsere Obst- und Gemüseversorgung leidet überdies darunter, daß auf dem Bahntransport auf derlei Sendungen keine Rücksicht genommen wird, so daß Grünwarensendungen jetzt aus der Komorner Gegend vier bis fünf Tage unterwegs sind, während vor dem Kriege eine Sendung aus Neusatz von der serbischen Grenze in 36 Stunden in Wien einlangte. Infolge dieses Mangels an Rücksichtnahme auf Lebensmitteltransporte gehen enorme Mengen von Grünwaren zugrunde, da große Quantitäten auf dem langen Transport heiß werden. In Deutschland werden Obst- und Gemüsesendungen zu stark ermäßigten Frachten befördert. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß man an den maßgebenden Stellen dieser Frage eine erhöhte Aufmerksamkeit schenkt."

Die Zeit
23./I
58

Neue Stockungen in der Kartoffelzufuhr.

Vorgestern erst war anläßlich der ersten Ankündigung der bevorstehenden Frühkartoffeln von maßgebender Seite erklärt worden, daß Stockungen in der Abgabe von Altkartoffeln nicht zu befürchten seien. Nun verlautbart aber heute die Rathauskorrespondenz eine Mitteilung, die leider gerade das Gegenteil besagt. Nach dieser amtlichen Verlautbarung ist in einzelnen Bezirken mit einem gänzlichen Entfall der Kartoffelabgabe zu rechnen. Welche Bezirke kartoffellos bleiben sollen, darüber besteht heute maßgebenden Ortes noch keine Klarheit. Die Meldung der Rathauskorrespondenz lautet:

„Die Zufuhren von Altkartoffeln haben in den letzten Tagen stark nachgelassen, so daß die Abgabetage in der kommenden Woche noch nicht festgesetzt werden können. Sollte der Einlauf der nächsten Tage nicht hinreichen, um für die kommende Woche eine allgemeine Ausgabe zu ermöglichen, werden die Altkartoffeln an die einzelnen Bezirke der Reihe nach abgegeben werden. Sonntag und Montag werden im 8. und 20. Bezirk, wie bereits verlautbart, ungarische Frühkartoffeln abgegeben, und wird diese Ausgabe bei weiterem Einlauf bezirksweise fortgesetzt werden."

Gegen die Ueberverköstigung in Gasthäusern.

Amtlich wird verlautbart: Obgleich der überwiegende Teil der Bevölkerung großen Entbehrungen ausgesetzt ist, kann bedauerlicherweise noch immer die Wahrnehmung gemacht werden, das in Vergnügungsetablissements, in großen Restaurants und Hotels unter völliger Außerachtlassung der die Abgabe von Speisen und Getränken in Gast- und Schankgewerbebetrieben beschränkenden behördlichen Vorschriften eine reichliche Verköstigung geboten wird. Die wichtigsten Verordnungen dieser Art, durch die die Verabreichung von Fleischspeisen, von Eiern, Milch, Kaffee und Zucker, die Verwendung von Fett beschränkt, die bei einer Mahlzeit zulässige Speisenabgabe geregelt, die Kartenabgabe bei der Verabreichung von Mehlspeisen vorgeschrieben ist usw., werden heute in zahlreichen Gast- und Schankgewerbebetrieben schrankenlos und offenkundig übertreten. Angesichts dieser Verhältnisse hat nun das Amt für Volksernährung der Statthalterei in Wien sowie den anderen Landesbehörden den Auftrag erteilt, gegen diesen ein öffentliches Aergernis bildenden Unfug mit größter Energie aufzutreten und die strikteste Einhaltung der gesetzlichen Beschränkungsvorschriften nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln zu erzwingen. Zu diesem Behufe wird durch das Kriegswucheramt und unter Heranziehung aller verfügbaren Ernährungsaufsichtsorgane eine strenge Ueberwachung der betreffenden Betriebe, vor allem der großen Luxusetablissements, eingerichtet und in Betretungsfällen nicht nur mit der Bestrafung nach dem höchstzulässigen Strafausmaße, sondern unnachsichtlich auch mit der Entziehung der Gewerberechtigung, eventuell mit der polizeilichen Sperrung vorgegangen werden.

Obstverbot für Gastwirtschaften.

Amtlich wird verlautbart: Durch die Abgabe von Obst in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften zu exorbitant hohen Preisen werden beträchtliche Mengen dieses wichtigen Volksnahrungsmittels dem Genusse durch die minder-

Amtsblatt der Stadt Wien 28/VI. 1918 69

Allgemeine Nachrichten

Bericht des Magistrates (Magistratsrat Dr. Roßkopf) über die Brot- und Mehlversorgung in Wien seit Beginn des Jahres 1918.

In der Gemeinderats-Sitzung vom 16. Jänner 1918 ist vom Herrn Stadtrate Spalowsky anläßlich der in diesem Zeitpunkte von der Regierung verfügten Kürzung der Kochmehlquote von 500 g wöchentlich auf die Hälfte derselben dem Wiener Gemeinderate ein ausführliches Referat über den damaligen Stand der Mehlversorgung Wiens vorgelegt worden.

Es enthielt eine konkrete umfassende Darstellung aller Schritte, welche die Gemeindeverwaltnng seit August 1917 in der Frage der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Brot und Mehl während der Kampagne 1917/18 unternommen hatte.

Der Leidensweg, den die Gemeinde Wien in dieser Angelegenheit bei den maßgebenden Regierungsstellen gegangen ist, wurde in dem erwähnten Referate auch in kalendarischem Zusammenhange behandelt; die Gemeinde Wien hat sich aber nicht bloß auf eine Kritik der Regierungsmaßnahmen beschränkt, sondern vielmehr konkrete Forderungen an die Regierung gestellt, welche immer wieder mit allem Nachdrucke verfolgt, aber leider von der Regierung unberücksichtigt gelassen wurden.

Ich will nun dem Stadtrate auch über alle jene Schritte Rechenschaft geben, welche seither von der Gemeindeverwaltung unternommen worden sind, um das drohende Gespenst einer Verkürzung der Brotquote bannen zu können.

Als Ende Jänner 1918 die Zuschübe von deutschem Mehl nach Oesterreich begannen, aber nur verhältnismäßig geringe Mengen nach Wien gelangten, erhob die Gemeindeverwaltung sofort bei dem Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungs-Ausschusses Exzellenz Landwehr energische Vorstellung, damit die Stadt Wien als der größte Konsumplatz des Reiches mit Rücksicht auf die immer trostloser werdende Situation der Brot- und Mehlversorgung bei der Aufteilung der Zuschübe in ausreichender Weise bedacht werde.

Da weiters die Aufbringung der restlichen Bestände der heimischen Ernte des Jahres 1917 im Laufe der Monate Februar und März infolge des passiven Widerstandes der tschechischen Agrarbezirke und der schwächlichen Haltung der Regierung in dieser Frage keine nennenswerten Erfolge mehr aufzuweisen hatte, die deutschen Sendungen überdies schon gegen Ende Februar aufhörten, von Ungarn, welches infolge Sicherstellung des Bedarfes der Armee und der eigenen Bevölkerung die Herabsetzung der für Mehl festgesetzten Kopfquote selbst in Aussicht genommen hatte, trotz aller Bemühungen der österreichischen Regierung nichts zu erreichen war und auch die Maiszuschübe aus Rumänien allmählich zu versiegen drohten, trat die Obmänner-Konferenz am 29. März 1918 zu einer Beratung zusammen, auf Grund welcher der Beschluß gefaßt wurde, angesichts der trostlosen Ernährungsverhältnisse sowohl beim Minister des Aeußern, wie auch beim Ministerpräsidenten vorzusprechen und diese Stellen auf die völlig unhaltbar gewordene Situation mit allem Nachdrucke aufmerksam zu machen.

Die weiteren Ereignisse spielten sich in folgender Weise ab:

Am 2. April wurde die Abordnung der Obmänner-Konferenz unter Führung des Herrn Bürgermeisters vom damaligen Minister des Aeußern Grafen Czernin und am 8. April in der gleichen Angelegenheit vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler empfangen.

Czernin verwies in seiner Antwort auf die Ansprache des Bürgermeisters auf die in Kiew zum Abschlusse des Friedensvertrages mit der Ukraine gepflogenen wirtschaftlichen Verhandlungen und weiters auf das bevorstehende wirtschaftliche Abkommen im Friedensschlusse mit Rumänien, das den Mittelmächten bedeutende Quantitäten an Getreide und Hülsenfrüchten aus den Ueberschüssen der Ernte 1918/19 (400.000 t), sowie aus den Beständen der vorjährigen Ernte (70.000 t Mais) sichert.

Insbesondere hatte auch der Präsident Paul des Ernährungsamtes der Abordnung anläßlich ihrer Vorsprache beim Ministerpräsidenten erklärt, daß er hoffe, dafür sorgen zu können, daß Wien so wie bisher die volle Brot- und Kartoffelquote ungeschmälert erhalten werde.

In der Woche vom 7. bis 13. April 1918 hatte sich die ungünstige Situation der Brot- und Mehlversorgung neuerdings verschärft. Es konnte an die Verbraucher kein Kochmehl abgegeben werden, eine Erscheinung, die sich leider auch in den zwei darauf folgenden Wochen wiederholte.

Auch Prag war gezwungen, der Ungunst der Verhältnisse Rechnung zu tragen und mußte den Brotbezug teils kürzen, teils überhaupt einstellen.

In Galizien waren die Verhältnisse noch ärger. Dort hatte die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt mangels im Lande aufbringbarer Getreidebestände ihre Tätigkeit überhaupt eingestellt, was die Zulassung des freien Handels zur Folge hatte. Der Stadtrat von Lemberg beschloß, selbst einzukaufen, auch die übrigen galizischen Städte schickten Einkäufer nach Russisch-Polen und in die Ukraine und gaben das dort eingekaufte Getreide zur Vermahlung weiter. Die Folge davon war natürlich eine vollständige Preisanarchie. Das Brot wurde in den Städten sogar mit 7 K 50 h verkauft, die Weizenpreise stiegen auf 1500 bis 1700 K für 100 kg.

In diese Zeit fällt auch die Kaiserreise in die Notstandgebiete Böhmens und Istriens.

Aber auch in Tirol wurde die Ernährungslage von Tag zu Tag verzweifelter, so daß schließlich die freigewählten Vertreter des Landes und der Stadt Innsbruck im Einverständnisse mit der österreichischen Regierung bei den maßgebenden Stellen in Berlin, München und Budapest um Aushilfe bittlich zu werden gezwungen waren.

Die von der Regierung als letzter Ausweg vorgenommene Kürzung der Selbstversorgungsquote (Verordnung des Gesamtministeriums vom 19. April 1918) unter gleichzeitiger Gewährung von Geld- und Zuckerprämien hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Durch diese Aktion hätten ursprünglich 8000 Waggons Getreide aufgebracht werden sollen; die Regierung hatte aber aus Nachgiebigkeit gegen die aufbegehrenden Landwirte gleich vom Anfang an ihre Anforderung auf 4800 Waggons reduziert. Aber nicht einmal diese Menge konnte tatsächlich aufgebracht werden. Nur das Land Niederösterreich hatte, wie Präsident Paul im letzten Ernährungsrate rühmend hervorhob, die angeforderte Quote in 12 Tagen voll abgeliefert. Der Erfolg der ganzen Aufbringungsaktion war aber nun die tatsächliche Abstellung von nur 2500 Waggons.

Neues Pester Journal
30./VI. 1918

8
30
71

Ernährung und Versorgung.

Deutschlands Mehlaushilfen.

Ein Handschreiben König Karls an Kaiser Wilhelm II. — Verhandlungen in Berlin. — Volles Einvernehmen. — Planmäßige Verwertung aller Getreidevorräte.

Wir haben in unserer gestrigen Nummer gemeldet, daß Deutschland eine Mehlbeihilfe zur Ernährung der österreichisch-ungarischen Armee zur Verfügung gestellt hat. Ueber die Verhandlungen, die dieses günstige Resultat gezeitigt haben, wird heute amtlich bekanntgegeben:

Wien, 29. Juni. Da die gegenwärtige Verpflegslage zu geradezu unlösbaren Schwierigkeiten führte, hat Se. Majestät Kaiser und König Karl an Kaiser Wilhelm ein Schreiben gerichtet, welches am 24. Juni durch Generalmajor Max Egon Fürst Fürstenberg überreicht wurde. Auf Grund der nach Erhalt dieses Handschreibens durch Se. Majestät den Deutschen Kaiser erteilten Weisungen fanden im Großen Hauptquartier und bei den kompetenten Stellen in Berlin Besprechungen statt, an welchen der königlich ungarische Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz und ein Vertreter des k. u. k. Oberkommandos teilnahmen. Die dank der Initiative der beiden Monarchen eingeleiteten Verhandlungen haben zu vollem Einvernehmen bezüglich gemeinsamer planmäßiger Verwertung aller Getreidevorräte bis zur neuen Ernte geführt.

Regelung des Verbrauchs von Getreide und Mahlprodukten.

Kopfquote: 7.2 Kilo Mehl per Monat. — 15 Kilo Getreide für landwirtschaftliche Arbeiter. — Listen der Nichtversorgten. — Die Mehleindeckung für das ganze Jahr.

Das Brot im neuen Erntejahre ist uns nun vom Staate zugeschnitten worden. Das heutige Amtsblatt publiziert die Verordnung der Regierung über die Regelung des Verbrauchs von Getreide und Mahlprodukten im neuen Wirtschaftsjahre. Auf Grund der Bestimmungen dieser Verordnung sei zunächst ein Verbrauchsschema aufgestellt.

Für das Wirtschaftsjahr 1918/19 werden pro Kopf und Monat die nachstehenden Verbrauchsmengen festgesetzt:

a) Für Arbeiter in der Urproduktion über 15 Jahren, Mann oder Frau, von Weizen, Korn, Halbfrucht und Gerste zusammen 15 Kilo Getreide;

b) für landwirtschaftliche Arbeiter unter 15 Jahren und die Familienmitglieder der Arbeiter in der Urproduktion 12 Kilo Getreide;

c) für die übrige Bevölkerung, inbegriffen die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die keine ständige Arbeit in der Urproduktion leisten, beträgt die zulässige Verbrauchsmenge per Kopf und Tag 240 Gramm Mehl. (Im Monat: 8 Kilo 10 Dekagramm.)

Bei günstigem Ernteertrag sind für landwirtschaftliche Arbeiter und deren Familienmitglieder noch Zusatzrationen vorgesehen. Außerdem werden auch die Arbeiter der Bergwerke, Industrie- und Verkehrsbetriebe Zusatzrationen erhalten.

Die hier angeführten Kopfquoten der Landbevölkerung halten sich an die vorjährigen Verbrauchsbestimmungen. Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz hatte ursprünglich den Plan, die Ration der Arbeiterinnen in der Urproduktion mit bloß 12 Kilo zu bestimmen. Der Ernährungsrat der reichstägigen Parteien stimmte diesen Entwurf aber nieder, so daß die vorliegende Fassung angenommen wurde.

Bei der neuen Verbrauchsregelung sind die Konsumenten in den Städten, denen es an Nahrungsmitteln weit mehr als den Landleuten mangelt, recht arg davongekommen. Schon zu Beginn des vorjährigen Wirtschaftsjahres bestand die ernährungspolitische Anomalie, daß die Stadtbevölkerung sich mit 7 Kilogramm Mehl pro Kopf und Monat begnügen mußte. Auf Drängen der Stadtverwaltungen und der Konsumenten mußte der damalige Leiter des Landes-Ernährungsamtes Graf Johann Hadik neue Verfügungen treffen, durch die jedem Städter das Recht zugebilligt wurde, im Wege der Kriegsprodukten-A.-G. 12 Kilogramm Getreide pro Kopf und Monat sich zu beschaffen. Durch den direkten Getreideeinkauf konnte sich die Bevölkerung der Provinzstädte, je nach der Art der Vermahlung des Getreides, ungefähr 9 Kilogramm 20 Dekagramm Mehl sichern. In Budapest nahm der Magistrat die Mehlversorgung in die Hand. Die monatliche Mehlration betrug hier 8 Kilogramm 40 Dekagramm. Demzufolge wird in dem Wirtschaftsjahre 1918/19 jeder Provinzler um 2 Kilogramm, jeder Budapester um 1 Kilogramm 20 Dekagramm weniger Mehl als 1917/18 erhalten. Bei den stets steigenden Ernährungsschwierigkeiten in den Städten wird der beträchtliche Mehlausfall stark verspürt werden.

Gegenüber den jetzt zur Neige des Wirtschaftsjahres herrschenden Zuständen wird allenfalls eine Besserung eintreten. In Budapest beträgt derzeit die Monatsration an Mehl bloß 6 Kilogramm 60 Dekagramm, da im Frühjahr infolge des Getreidemangels eine Reduzierung der Kopfquote vorgenommen werden mußte. In den Provinzstädten ist es um die Mehlversorgung arg bestellt, aus zweierlei Ursachen. Erstens sind die Mehlzuweisungen des Landes-Ernährungsamtes unzureichend, zweitens weist der kommunale Mehlverteilungsapparat in der Provinz viele Fehler auf, zumal auch das Kartensystem nicht restlos durchgedrungen ist. Die Nichtversorgten müssen sich dort mit einer Quote von 3 bis 5 Kilogramm Mehl pro Monat begnügen, worin selbstverständlich auch die Brotration schon enthalten ist. Bei einer momentanen Besserung der Situation wird doch dem Vorjahre gegenüber eine Verschlechterung der Mehlversorgung der Städter eintreten.

Der Versorgung der Konsumenten im neuen Wirtschaftsjahres wird nach einem genauen Plane vor sich gehen. Die Ortsvorstände und Stadtverwaltungen werden verpflichtet, Listen der nur teilweise und Nichtversorgten anzufertigen, die von den Getreideübernahmskommissionen kontrolliert werden. Die Listen der Nichtproduzenten sind bis 15. Juli fertigzustellen. Die von den Uebernahmskommissionen vorgenommenen Korrekturen sind bis 5. Oktober den Vizegespansämtern und den statistischen Zentralämtern zu unterbreiten. Als Grundprinzip des Versorgungsprogrammes gilt der Leitsatz, daß niemand unmittelbar bei dem Produzenten Getreide kaufen darf und auch der Landwirt darf nur der Kriegsprodukten-A.-G. sein Getreide veräußern.

Gestattet ist aber, daß Nichtproduzenten oder Personen, deren Eigenerzeugung nicht reicht, um den Haus- und Wirtschaftsbedarf zu decken, im Wege der Kriegsprodukten-A.-G. sich Getreide beschaffen. Die Ortsvorstände (Bürgermeisterämter) haben in diesem Falle ein Beschaffungszertifikat auszustellen, das zum Kaufe von Getreide bei der Kriegsprodukten-A.-G. berechtigt, insoferne in dem Wohnorte des Betreffenden ein Getreideüberschuß zur Verfügung steht. Die Einkaufszertifikate können für den Bedarf bis 30. September 1918 ausgestellt werden. Es dürfen per Person und Monat 10 Kilogramm Getreide, entsprechend der Kopfration von 240 Gramm Mehl, eingekauft werden. Die Einkaufszertifikate sind mit laufenden Nummern zu versehen. Das Uebernahmsorgan der Kriegsprodukten-A.-G. darf das Getreide nur in Anwesenheit einer amtlichen Person ausfolgen, vor der auch die Bezahlung des Wertes zu erfolgen hat.

Eine sehr wichtige Bestimmung ist es, daß gewisse Institutionen, wie Einkaufsgruppen, größere Bergwerke, Industrie- und Verkehrsunternehmungen, aus dem Rahmen der behördlichen Versorgung ausgeschieden werden und direkt vom Landes-Ernährungsamte Mehl erhalten. Anspruch auf unmittelbare Versorgung kann die Person erheben, die von der Ortsbehörde eine Bestätigung darüber beibringt, daß sie über kein eigenes Getreide verfügt oder aus der Liste der Nichtversorgten gestrichen wurde. Nach dem 15. August d. J. wird den Institutionen, die unmittelbar versorgt werden, nur soviel Mehl zugewiesen werden, als die Zahl der Personen beträgt, die derartige Bestätigungen beigebracht haben.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß in dem neuen Wirtschaftsjahre die Kopfquote für landwirtschaftliche Arbeiter nur für Personen bewilligt wird, die ständig in der Urproduktion beschäftigt sind. Oekonomiebeamte, Geistliche, Lehrer, Gewerbetreibende mit Felderbesitz, Kaufleute usw. haben nur auf 7 Kilogramm 20 Dekagramm Mehl oder 10 Kilogramm Getreide per Monat Anspruch. Diese Quote kann unter keinem Titel erhöht werden. Die Brotration des Staates im neuen Wirtschaftsjahre ist also nicht zu dicht ausgefallen!

Maximalpreise für Obst, Gemüse und Grünzeug.

In der heutigen Nummer des Amtsblattes werden für die erste Hälfte Juli die folgenden Höchstpreise festgestellt (die erste Ziffer ist der Preis, den der Produzent, die zweite der Preis, den der Großhändler, beide für je 100 Kilo in Kronen, fordern kann; die dritte Ziffer ist der Preis für den Konsumenten per Kilo in Hellern):

Kohlkraut 60—88—112; Kohlrüben 60—88—112; Frühkraut 80—110—138; gelbe Rüben, Petersilie, Pasternak (10 Stück per Bund) 100 Bund 16—25— (1 Bund) 30; grüne Zwiebel 70—98—120; grüner Knoblauch 180—220—256; Rettig (nach Größe) 100 Stück 6—10, 8—12, (ein Stück) 10—14; Häuptelsalat (100 Stück) 8—12— (1 Stück) 16; Zuckersalat 40—56—70; Kren 170—210—250; Spinat, Sauerampfer 40—66—80; Spargel I 260—320—360, II (Suppenspargel) 130—170—200; grüne Erbsen in Schoten 110—154—184, ausgelöst im Detail 360 (ein Liter 220); grüne Bohnen 160—206—240; Kochkürbis 50—70—86; Gurken 70—96—116; Kirschen, weiche 150—210, 250; Kernkirschen und Einsiedekirschen 240—310—350; Weichsel, gewöhnliche 140—190—220, spanische 240—310—350; Marillen I. 180—240—280, II. 120—170—200; Sommerzwetschken 70—110—134; Stachelbeeren 100—150—180; Ribisel 180—240—280; Waldbeeren 200—260—300; Gartenerdbeeren 240—320—360; Waldhimbeeren 200—260—300; Gartenhimbeeren 240—320—360; Sommeräpfel 120—170—200; Sommerbirnen 160—210—250; Nüsse (ohne Sack) in der Provinz 350—440—520, in Budapest 460—550, ausgelöst 1500—1650—1770.

Die Kleiderversorgung.

Der Verband der Tuch- und Futterstoff-Großhändler hat unter dem Vorsitz Alexander Semlers beschlossen, an den Handelsminister das Ansuchen zu richten, von den zu importierenden Stoffen und von den im Lande befindlichen Schafwollvorräten einen Teil den berufsmäßigen Tuchhändlern zu überlassen, welche zu einem ähnlich wie in Deutschland im Verordnungswege festzusetzenden Preis den Bedarf jenes Teiles des Publikums decken würden, welcher durch das Volksbekleidungsamt nicht versehen wurde. Der Tuchverband will durch diese Aktion den Winkelhandel unmöglich machen und die Weiterbeschäftigung der eigenen Angestellten sichern.

Reichspost
5./III. 1918

88

Die Versorgungsfragen.

Kartoffelversorgung und sozialdemokratische Parteiwirtschaft.

Zu einer Zeit, da in normalen Zeiten bereits aus den südlichen Ländern die Frühkartoffeln auf den Wiener Märkten ankamen, konnten heuer noch Altkartoffeln in den amtlichen Ausgabestellen verabreicht werden. Bis vor zwei Wochen ist heuer eine wenn auch geringe Kartoffelquote an die Wiener abgegeben worden, während im vorigen Jahre vom Februar an schon kein Erdapfel mehr in Wien aufzutreiben war. Der Unterschied lag darin, daß im Vorjahre gemäß den Vorschlägen der sozialdemokratischen Parteigelehrten die Erdäpfel bewirtschaftet wurden, während heuer eine von Fachleuten festgestellte Kontingentierung uns bis in den Juni mit Kartoffeln versorgt hat. Unter der Wirtschaft der sozialdemokratischen Stubengelehrten gab es in Wien vom Februar an keine Kartoffeln mehr, unter dem neuen Kontingentierungssystem bis in den Juni. Und wie haben die Ganzgescheiten der sozialdemokratischen Büchelwissenschaft diese Kontingentierung angeseindet, als sie im Herbst vorigen Jahres eingeführt wurde! Unter Ueberschriften, wie: „Lock- und Trostpreise für Kartoffeln!", „Die Kartoffeltreibereien", „Die Kartoffelbeschlagnahme durchbrochen!", „Das Schreckbild des Frühwinters", wurde von den Propheten der „Arb.-Ztg." Pech und Schwefel über dieses Reich für den Abfall von der grauen sozialistischen Theorie herabgerufen und schwere Folgen dieses Abfalles angekündigt. Wir greifen aufs Geratewohl einige dieser sozialdemokratischen Weisheiten heraus:

Die Interessenten laufen Sturm gegen die Kartoffelverordnung ... Unter diesen Umständen kann die Vertretung der Arbeiterklasse nach keiner Richtung hin eine Verantwortung übernehmen ... Regierung, bürgerliche Parteien und bürgerliche Presse verantworten die Lage, in die sie dadurch die großen Massen des arbeitenden Volkes im bevorstehenden Winter bringen müssen. („A.-Z." vom 5. September 1917, Nr. 244.)

Das Volksernährungsamt hat also doch den Treibereien der Agrarier nachgegeben und das vom Ernährungsrate einstimmig beschlossene strenge Kartoffelregime abgeändert. Die Enquete, die der Ministerpräsident Seidler veranstaltet hat, zeigte somit ein Ergebnis, das zu beklagen ist ... Zunächst wird der Landwirt ... lustig drauf losfüttern ... Vorweg ist es also noch ungewiß, ob die Abstellungsmenge hinterher noch aufgebracht werden kann ... Wenn schon die Herbstablieferung zustandekommt, welche Sicherung besteht für die Ablieferung im Frühjahre? ... Man wird ja sehen, ob sich die Landwirte erkenntlich zeigen und ob die agrarischen Organisationen den Einfluß besitzen und tatsächlich ausüben wollen, um die wachsende

Neues Pester Journal
11. VIII. 1918

Ernährung und Versorgung.

Uneingelöste Lebensmittelkarten.

Geringe Vorräte. — Weißbrot aus Not. — 50 Waggon Kartoffeln verschwunden. — Ueber die Fettmisere.

In der Approvisionierung Budapests treten wieder einmal Erscheinungen zutage, die mit Recht die Unzufriedenheit der Konsumenten hervorrufen. Ruckweise, nach jeder Unmutsäußerung des Publikums, tritt eine augenblickliche Besserung in den Verhältnissen ein, um dann wieder in die alten Fehler zurückzufallen. Wir haben eine auf Stimmung eingestellte Ernährungspolitik, wetterwendisch sich hin und her drehend, ohne Großzügigkeit und Planmäßigkeit. Einer der größten Fehler bei der Verpflegung Budapests ist es, daß die Hauptstadt keine Lebensmittelreserven in genügender Menge hat. Treten Stockungen in der Zuweisung durch das Landes-Ernährungsamt ein, dann muß der Verteilungsapparat sofort versagen.

Heute, am 10. d., ist der erste zehntägige Zyklus der Gültigkeit der Marken der vereinigten Lebensmittelkarte und der Brot- und Mehlkarte abgelaufen. Die Marken mit der Aufschrift: „vom 1. bis 10. Juli güllig", sind morgen schon verfallen. Diese Anweisungen auf die wichtigsten Artikel des täglichen Bedarfs, auf Mehl und Brot, auf Fett und Kartoffel, sind morgen wertloses Papier. Ein großer Teil der Verbraucher befindet sich noch im Besitz von Lebensmittelmarken des ersten Julizyklus, nicht weil deren Einlösung kein dringendes Bedürfnis für sie wäre, sondern weil die Behörde die Ausfolgung der auf Grund der Marken beanspruchten Lebensmittel einfach nicht durchgeführt hat. Die Verbraucher haben der Eigenversorgung entsagt und ihre Verpflegung dem Staate und der Stadt anvertraut. Die Lebensmittelkarten sind staatliche und städtische Gutscheine, die, wenn sie nicht eingelöst werden, das Vertrauen in ihren Wert erschüttern. Jeder Lebensmittelmarkenbesitzer kann insolange beanspruchen, daß er für diese Gutscheine des Staates und der Stadt Waren erhält, als durch eine Verordnung oder Kundmachung keine Einschränkung der Abgabe erfolgt.

Man hat diesmal an Schwarzmehl, Schwarzbrot, Fett und Kartoffeln kleinere Mengen als nötig in Verkehr gebracht. Ungeachtet des Umstandes, daß gegen eine schlechtere Versorgung Budapests als bisher protestiert werden muß, wäre dies noch irgendwie erträglich gewesen, wenn man die zur Verfügung stehenden Vorräte gerecht verteilt und die Rationen so eingeteilt hätte, daß jedermann etwas weniger, aber dennoch irgend ein Quantum erhalten hätte. Unserer Ernährungspolitik fehlt es aber an Aufrichtigkeit, offen zu bekennen, daß eine Reduzierung der Rationen nötig ist. Im Geheimen wurde die Lebensmittelentziehung verwirklicht. Was mit der durch die Behörden verursachten Konfiszierung des Einkaufsrechtes der Lebensmittelkartenbesitzer getan wurde, ist eine uneingestandene Kürzung der Lebensmittelrationen, verbunden mit der Ungerechtigkeit, daß Personen mit Verbindungen oder kräftigen Ellbogen beim Anstellen sich die normale Lebensmittelmenge sichern konnten, während andere Verbraucher ganz leer ausgingen.

Mit unserem täglichen Brot ist es ein wahrer Jammer! Schlechte Verteilung der zu Beginn des Wirtschaftsjahres zur Verfügung gestandenen Mehlsorten hat jetzt einen Ueberschuß an Weißmehl und einen Ausfall an Schwarzmehl resultiert. Bei der Mehlmisere Ungarns muß mit Weißmehl gepraßt werden. Der Magistrat der Hauptstadt Budapest sah sich am 2. Juli genötigt, eine Kundmachung zu erlassen, mit der die Herstellung von Weißbrot gestattet wurde. Es besteht kein Zweifel, Weißbrot ist vorzüglich und schmackhaft, aber als Volksnahrungsmittel wie das Schwarzbrot kann es nicht angesprochen werden.

Selbst in den guten Zeiten des Friedens haben die Haushaltungen des Mittelstandes Brot nur aus mitteldunklem Mehl hergestellt. Das Weißbrot ist nicht so magenfüllend und ausgiebig wie das Schwarzbrot. Und erst der Preis: 1 Krone 40 Heller für das Kilogramm, sehr weite Schichten der Bevölkerung können sich diesen Brotluxus nicht erlauben. Und doch gibt es fast nur Weißbrot in Budapest. Naturgemäß ist auch kein Brotmehl auf Karten zu haben. Wenn wir schon zum Weißbrotgenuß behördlich verhalten werden, dann soll auch angeordnet werden, daß die Brotmarken für Weißmehl oder Weißbrot eingelöst werden. Die Marken, die zum Einkauf von Brot oder Schwarzmehl berechtigen, verfallen, weil dafür nichts zu haben ist. Sehr viele Budapester befinden sich in Sommerfrischen, die sind in der schlimmsten Lage. In Budapest geht es noch irgendwie, gegen Brotmarken Schwarzbrot aufzutreiben, aber Brotmehl ist nirgends vorrätig. Wie soll diesen Leuten ihre Brotmehlration nachgesendet werden?

Zur Brotnot gesellt sich die Kartoffelmisere. In den Kartoffelgegenden ist in diesem Jahre die Fechsung gut geraten, so daß sich die Versorgung Budapests günstig gestalten könnte. Der Himmel war uns gnädig, schade nur, daß das Kartoffel-Vermittlungsbureau sich von Budapest abgekehrt hat. Von der reichen Frühkartoffelproduktion treffen in Budapest nur ganz geringe Mengen ein. Es müssen da Wunder vor sich gehen. In Ernährungsfachkreisen wird wenigstens erzählt, daß sich in Budapest die geheimnisvolle Verwandlung von 50 Waggon Kartoffeln in Nichts abgespielt hat. Das Kartoffel-Vermittlungsbureau soll nämlich angesichts der Kartoffelnot in Budapest dem Landes-Ernährungsamt erklärt haben, daß es um 50 Waggon Kartoffeln mehr als verrechnet wurde, hieher gebracht hat. Die Kartoffeln sind in Budapest nicht aufzufinden, sie sind irgendwie und irgendwo so lange „zentralisiert" worden, bis nichts übrig geblieben ist.

So müssen wir uns mit einer Kartoffelration von einem Kilogramm für zehn Tage zufrieden geben, die aber auch nur auf dem Papier steht, da in Wirklichkeit die Kartoffelbeschaffung sich sehr schwierig gestaltet. Zahlreiche Inhaber von Kartoffelkarten konnten daher zu Kartoffeln nicht gelangen. Es sei in Anbetracht dieser Verhältnisse hier verzeichnet: Bis vor kurzem betrug die Kartoffelration in Deutschland pro Kopf und Woche sieben Pfund, in letzter Zeit wurde sie auf dreieinhalb Pfund herabgesetzt. Die Budapester Kopfquote an Kartoffeln ist daher noch immer viel geringer als die Berliner, wo es angeblich schlecht um die Ernährungsverhältnisse bestellt sein soll.

Zum Schlusse: die Fettnot. Wir haben im Frühjahre, als das Landes-Ernährungsamt die Schweinemastung der Kleinlandwirte verboten hatte und die Fettproduktion gewerblichen Großmästereien überließ, auf die gefährlichen Folgen dieser Maßnahme für die Fettversorgung hingewiesen. Unsere Voraussetzungen haben sich leider erfüllt. Die gewerblichen Großmästereien haben den Fettbedarf des Landes nicht sichern können. Es wurden Magerschweine bei den Landwirten requiriert, die mit Schweineseuche behaftet waren. Diese verseuchten Schweine haben ganze Schweineanlagen verwüstet. Das Landes-Ernährungsamt hat nun vor kurzem den Kleinlandwirten wieder die Mastung gestattet. Es wird aber noch abzuwarten sein, ob bis Dezember hiedurch eine Besserung in der Fettversorgung eintritt. Einstweilen können nicht sämtliche Fettkarten in Budapest eingelöst werden, weshalb auch sie wie die Brot- und Kartoffelkarten verfallen.

Es muß nun entschieden gefordert werden, daß das Landes-Ernährungsamt einen Wandel der Dinge vornimmt. Die Versorgung Budapests darf nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt werden. Vor allem müssen die ohne Verschulden der Verbraucher verfallenen Marken verlängert werden. Und dann muß gesorgt werden, daß der Hauptstadt genügende Lebensmittel zur Verfügung stehen. Mit Karten allein kann eine Millionenstadt nicht satt werden!

Reichspost
3./VIII. 1918

122

Die geplante Erhöhung der Mehl- und Brotpreise.

Eine Protestkundgebung des Stadtrates.

Allem Anschein nach hat sich jetzt die Regierung entschlossen, eine beiläufige Verdopplung der bisherigen Brot- und Mehlpreise eintreten zu lassen, so daß künftig ein Brotlaib, der bisher 72 Heller kostet, mit Kr. 1.30 oder nach einer andern Version gar mit 1.56 Kr. zu bezahlen wäre. Die Preiserhöhung soll bereits Mitte dieses Monats mit der Rückkehr zur alten Brotquote erfolgen. Begründet wird das Vorhaben mit dem Defizit der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, das jetzt schon an die 180 Millionen ausmache und das bei einem weiteren Belassen der bisherigen Preise auf anderthalb Milliarden anschwellen würde.

Der Wiener Stadtrat hat heute unter Anführung von triftigen Gründen gegen das Verhalten der Regierung einhelligen Widerspruch erhoben. Es ist gewiß richtig, daß in einer Zeit, in der die Kaufkraft des Geldes auf ein Fünftel, ja Zehntel und noch weniger des früheren Wertes gesunken ist, die alten Preise für den Produzenten eine Unmöglichkeit darstellen, denn er erhielte in Wirklichkeit ja nur einen Bruchteil des Preises der Friedenszeit, einen Gegenwert also, der statt die so notwendige Getreideproduktion zu fördern, sie aufs höchste gefährden müßte, aber für den Verbraucher stellen sich die Dinge anders dar. Seine Kaufkraft ist durch die horrenden Preise aller übrigen Bedarfswaren (Lebensmittel, Kleider) schon so erschöpft, daß die Preiserhöhung eines unentbehrlichen Lebensmittels, also der Zwang zu einer neuen täglichen Mehrausgabe einfach für alle, die jetzt schon am Rande des Weiterkönnens angelangt sind, zur wirtschaftlichen Katastrophe führen müßte. Es ist dies kein Geheimnis, jedermann kann es sich nach Adam Riese errechnen. Was für den Produzenten höchstens Recht ist, wird für ungezählte Verbraucher zum größten Unrecht, infolge der wahnsinnigen Preispolitik, die bei uns wie in Ungarn seit Kriegsbeginn getrieben wurde und deren Grundfehler darin besteht, daß man nur die Preise der landwirtschaftlichen Produkte maximiert, während mit den industriellen Waren von Erzeuger und Händler der unerhörteste Wucher getrieben werden konnte. Davon herrührt die völlige Anarchie der Preise, der mit keinem Gesetze und keiner Verordnung, mit keiner Preisprüfungskommission und keiner Strafdrohung, mit keinem Gendarm und keinem Gericht mehr beizukommen ist. Wir haben rechtzeitig eindringlich gewarnt. Aber man hat damals nur auf die Doktrinen der Demagogen und der Händlerpresse gehört.

Wie sich die Regierung aus diesem Dilemma, in das sie durch eigene Schuld geraten ist, heraushilft, ist ihre Sache. Keinesfalls ist es möglich, alte Sünden durch einen neuen Fehler wieder gut zu machen.

Vermag der Staat das Defizit seiner Zentralen und die durch die Geldentwertung bewirkte natürliche Preissteigerung von Mehl und Brot nicht auf die eigene Schulter zu nehmen, so gibt es wohl nur einen Ausweg: Das sogenannte „Preßburger System", d. i. eine Abstufung der Mehl- und Brotpreise je nach der Kaufkraft der einzelnen Verbrauchergruppen, so daß die wohlhabenden Schichten für das Minus der Minderbemittelten aufzukommen hätten. Leider dürfte es dem Staate hier wieder an den erforderlichen Vorarbeiten, nämlich an einer brauchbaren umfassenden Einkommensstatistik fehlen.

Wie sich die Regierung sonst noch, falls das „Preßburger System" an den technischen Vorbedingungen scheitern sollte, aus der schweren Verlegenheit helfen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls muß sie im Interesse der sozialen Ordnung und des Durchhaltens, also der Kriegführung eindringlichst und nachdrücklichst davor gewarnt werden, die ernste Mahnung des Wiener Stadtrates zu mißachten.

Die Kundgebung des Stadtrates.

Der Stadtrat beschäftigte sich heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner mit der von der Regierung geplanten Erhöhung der Mehl- und Brotpreise. Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattete zu zu diesem Gegenstand einen Bericht, in welchem er die Brot- und Mehlversorgung in der Zeit vom 16. Juni bis heute behandelte.

Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit in den Tagesblättern erschienene Verlautbarung über eine angebliche Erhöhung der Mehl- und somit der Brotpreise bespricht der Referent die Absicht der Regierung, das Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, das angeblich derzeit 160 bis 180 Millionen Kronen betragen soll, im Wege einer allgemeinen Brot- und Mehlsteuer zu decken, wobei wahrscheinlich die Regierung auch die Absicht habe, eventuellen, im neuen Erntejahre auftretenden Gebarungsabgängen rechtzeitig vorzubeugen, da angeblich bei Belassung der derzeitigen Preise das Defizit der Anstalt mit 1½ Milliarden zu beziffern sein soll. Die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise unter den dermaligen schwierigen Ernährungsverhältnissen wird als eine um so drückendere Steuer von den städtischen Verbrauchern empfunden werden, als diese Besteuerung überhaupt unsozial ist und die Selbstversorger hievon nicht betroffen würden. Wenn es auch richtig sei, daß der Brot- und Mehlpreis seit dem Jahre 1915 keine wesentliche Erhöhung erfahren hat, so müsse demgegenüber festgestellt werden, daß alle anderen Lebens- und Bedarfsartikel eine bis 1000% betragende Preissteigerung erfahren haben und die Regierung anscheinend den letzten Eckpfeiler einer vernünftigen Preisgestaltung, als welche sich die derzeitigen Preise für Brot und Mehl darstellen, selbst beseitigen will. In einer Zeit, wo die Regierung von dem bevorstehenden Abbau der Lebensmittelpreise spricht, sei die beabsichtigte Maßnahme um so unverständlicher. Auch würde die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise erneute höhere Lohnforderungen bei den Arbeitern und Fixangestellten, insbesondere auch im Bäckergewerbe auslösen. Der Referent stellt schließlich eine Reihe von Anträgen.

Nach einer eingehenden Aussprache, an welcher sich die Stadträte v. Steiner, Spalowsky, Knoll, Körber, Müller, Braun-eiß und Hohensinner beteiligten, formulierte Bürgermeister Dr. Weiskirchner auf Grund des Ergebnisses der Debatte die nachstehenden Anträge, welche einstimmig angenommen wurden:

„Der Stadtrat erhebt Protest gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Mehl- und Brotpreise, welche in keinem Verhältnisse zu den von der Regierung den Landwirten bewilligten Getreideübernahmspreisen stehen.

Der Stadtrat fordert die Erstellung von billigen Brotmehlpreisen, welche dadurch erreicht werden kann, daß die Regierung den Ersatz der Mehraufwendung übernimmt, da derzeit die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise in dem von der Regierung geplanten Ausmaße sich als eine unsoziale, nur die städtischen Konsumenten belastende Verbrauchssteuer darstellt. Weiters kann der eventuelle Abgang in der Mehlgebarung durch eine Erhöhung der Preise für Feinmehl wettgemacht werden.

Der Stadtrat fordert die unbedingte Sicherung der vollen Mehl- und Brotquote für das ganze Wirtschaftsjahr 1918/19, welche nur in der restlosen Erfassung der Ernteerträge in Oesterreich und in der zweckmäßigen Verteilung gefunden werden kann.

Der Stadtrat fordert neuerlich die Einsichtnahme in die Gebarung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch die Vertreter der Gemeinde Wien.

Der Stadtrat fordert die Regierung auf, bei den Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung ein festes, vertragsmäßiges Kontingent an ungarischen Lebensmitteln für den Konsumplatz Wien zu sichern."

nisse auf anderen Gebieten diese Mehrausgaben wett gemacht werden können.

Es sind nun verschiedene Vorschläge aufgetaucht, die sämtlich darauf abzielen, die Lasten auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung ungleichmäßig, das heißt im Verhältnisse zu ihrer wirtschaftlichen Lage, zu verteilen. Hiebei muß vorweg gesagt werden, daß alle derartigen Systeme jetzt einzuführen auf Schwierigkeiten stoßen muß, wenn nicht, wie in einigen deutschen Städten, wie zum Beispiel in Straßburg, die Durchführung einer Gliederung der städtischen Bevölkerung nach der verschiedenen wirtschaftlichen Lage schon seit Kriegsbeginn in die Wege geleitet wurde. Eine Staffelung nach dem Einkommen erscheint wohl kaum durchführbar oder zweckmäßig. Man bedenke doch, daß die Einkommenveranlagung in vielen Veranlagungsbezirken noch sehr stark im Rückstande ist und daher die Einkommensteuerzahlungsaufträge, die doch die Grundlage für die Staffelung, beziehungsweise Anmeldung bei den Kommissionen bilden müssen, für das laufende Jahr noch nicht durchwegs zugestellt sind, daher als Grundlage die Einkommen von den vorangegangenen Jahren genommen werden müssen, die doch wesentliche Veränderungen erfahren haben kann. Ferner sind die Einberufenen überhaupt nicht zur Fatierung verpflichtet gewesen, so daß rücksichtlich der im Hinterlande verbliebenen Familienmitglieder derselben eine Einkommenfestsetzung in vielen Fällen ganz unmöglich erscheint. Hiezu kommt noch, daß Brot- und Mehlkarten immer für den Haushaltungsvorstand ausgegeben werden und innerhalb eines Haushaltes verschiedene Personaleinkommensteuerträger sein können. Auch noch manche andere technischen Schwierigkeiten stellen sich einem solchen System hindernd in den Weg, zumal auch hier die Anzahl der Familienmitglieder eine Berücksichtigung finden muß, auch Veränderungen im Laufe des Jahres hier Verschiebungen nach sich ziehen können. Schließlich und endlich erscheint die Aufstellung eines einheitlichen Schemas für das ganze Reich untunlich, da die wirtschaftliche Bedeutung eines Einkommens in verschiedenen Orten eine ganz verschiedene ist.

Als besserer Maßstab für Abstufungen des Brotpreises muß wohl der Wohnungszins angenommen werden, wobei natürlich nicht für das ganze Reich an eine einheitliche Regelung gedacht wird, sondern gemeindeweise Staffelungen nach verschiedenen Mietzinsgrenzen vorgenommen werden müssen. Es kann dem nicht beigepflichtet werden, daß zwischen Mietzins und Einkommen heute keine regelrechte Relation mehr besteht. Dieselbe hat sich nur wesentlich verschoben, weil die Wohnungsmiete allein infolge des Mieterschutzgesetzes unverändert geblieben ist, während sonst all die Bedarfsartikel des täglichen Lebens eine wesentliche Preissteigerung erfahren haben. Die Relation zwischen Wohnungszins und Einkommen hat sich nun wesentlich geändert, das heißt, während die Miete sonst innerhalb gewisser Einkommensgrenzen den sechsten Teil der Jahresausgaben ausmachte, ist heute der Mietzins bei der Teuerung der Nahrungsmittel, der Wäsche, Kleidung und Beschuhung und Erhöhung aller anderen Preise etwa nur mehr ein Neuntel des Budgets. Diese Tatsachen müssen Berücksichtigung finden. Ebenso müßte der Mietzins für jene Beamten und Arbeiter, welche Naturalwohnungen haben, entsprechend fixiert und in all jenen Fällen, in denen die Wohnung gleichzeitig Betriebsstätte ist (Handwerker, Aerzte, Notare, Schriftsteller), ein Abzug für die Betriebsstätte gemacht werden. Selbstverständlich müßte auch die Zahl der Familienmitglieder Berücksichtigung finden, wobei insbesondere zu bemerken ist, daß für Ledige in allen Mietzinskategorien entschieden die Versetzung in eine höhere Staffel zu erfolgen hätte. So ließen sich gewiß gemeindeweise verschiedene Mietzinsstaffeln feststellen, wobei für die unteren Staffeln unbedingt an dem bisherigen Brotpreis festgehalten werden müßte. Selbst bei sehr hoher Brot- und Mehlpreisfestsetzung in den höheren Staffeln wird wohl der von der Finanzverwaltung gewünschte Effekt nicht ganz zu erzielen sein, jedenfalls werden die Lasten, die aus der Brot- und Mehlversorgung der städtischen Bevölkerung erwachsen, zum Teil vom Staatsschatz getragen werden müssen. Immerhin ließe sich mit Hilfe eines die Wohnungsmiete zur Grundlage nehmenden Schlüssels schon eine halbwegs gerechte Basis finden, mit deren Hilfe die minder tragfähigen Schichten der Bevölkerung von der Brot- und Mehlpreissteigerung freigehalten werden und dennoch von den wohlhabenderen Schichten ein wesentlicher Beitrag für die Getreideaufbringungsmehrkosten geleistet würde.

So, wie es heute beabsichtigt ist, bedeutet, wie bereits gesagt, die Mehl- und Brotpreiserhöhung eine indirekte Kopfsteuer für die gesamte städtische Bevölkerung, welche ohne Mitwirkung des Parlaments der Bevölkerung auferlegt wird. Eine indirekte Steuer, die wohl darum die ungerechteste ist, weil sie das Einkommen vollkommen unberücksichtigt läßt, was bei anderen indirekten Steuern nicht der Fall sein muß, wenn die unter die indirekte Steuer fallenden Artikel nach Qualität einer höheren Besteuerung unterliegen, also auch hier der Luxuskonsum höher besteuert werden kann. Aber hier liegt das Verhältnis umgekehrt. Der Mehl- und Brotbedarf ist gerade bei den ärmeren Schichten der Bevölkerung der positiv größte, das heißt, je weniger dieselben in der Lage sind, sich andere teurere Nahrungsmittel zu kaufen, um so größer und dringender ist ihr Brot- und Mehlbedarf. Diesen zur Grundlage einer Besteuerung zu machen, ist daher namentlich in den jetzigen Zeiten ungerecht und antisozial. Man muß deshalb nach einem Schlüssel suchen, der eine Abstufung der Getreide- und Mehlpreise ermöglicht, und hiebei erscheint es wohl am gerechtesten, die Wohnungsmiete als Grundlage zu nehmen.

Neue Frei

Noch ein Wort zur Brotfrage.

Von fachmännischer Seite.

Wien, 3. August.

Die in Aussicht genommene Erhöhung der Brot- und Mehlpreise ist die unliebsamste Ueberraschung, welche der städtischen Bevölkerung im fünften Kriegsjahre bereitet werden konnte. Die Finanzverwaltung sucht die Preissteigerung damit zu rechtfertigen, daß nicht bloß den österreichischen Landwirten höhere Preise zugestanden werden mußten, sondern auch die Ergänzung unseres Getreidevorrates aus Rumänien und der Ukraine so große Preisopfer erfordert, daß bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Mehl- und Brotpreises die Finanzverwaltung große Zuschüsse leisten müßte. Diese Berechnung der Finanzverwaltung mag wohl richtig sein, wobei jedoch dahingestellt bleiben mag, ob die Zubilligung höherer Getreidepreise für die österreichischen Landwirte eine unbedingte Notwendigkeit war. Wie dem auch immer sei: die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise erscheint in ihrer Wirkung als eine der städtischen Bevölkerung auferlegte äußerst bedrückende indirekte Kopfsteuer. Die Schwierigkeiten in der Versorgung sowie die ungeheure Verteuerung des Mehles und Brotes ist eine Kriegsfolge, und es ist sicher eine große Ungerechtigkeit, die finanziellen Konsequenzen dieser Kriegserscheinung ausschließlich der städtischen Bevölkerung aufzuerlegen. Man bedenke nur: die städtische Bevölkerung muß nach dem Plane der Regierung zwischen 20 und 30 Heller per Tag und Kopf für Mehl und Brot mehr bezahlen als im Vorjahre. Hiebei hat sie nicht einmal die Gewißheit, daß die höchst geringen Kopfquoten durch das ganze Jahr mit voller Sicherheit aufrechterhalten werden, sie läuft Gefahr, durch alle Streckungsmaßnahmen betroffen zu werden und sich mit Ersatzmehlen und Maisbrot begnügen zu müssen. Die ländliche Bevölkerung hingegen erhält höhere Getreidepreise bei voller Deckung ihres Bedarfes an Brot und Mehl, und zwar in Edelmehlen für das ganze laufende Jahr. Sie hat also den **vollen** Vorteil der Kriegskonjunktur, während die städtische Bevölkerung zu den Schwierigkeiten der Ernährung noch diese erhöhten Mehl- und Brotpreise in den Kauf nehmen muß. Es ist daher vollkommen begreiflich, wenn sie gegen diese beabsichtigten Preishinaufsetzungen energischen Protest erhebt und verlangt, daß die Finanzverwaltung Maßnahmen ergreift, durch welche die mindertragfähigen Schichten der Bevölkerung von dieser neuerlichen Verteuerung der Lebenshaltung verschont bleiben. Man bedenke nur: für einen Haushalt von vier Personen, also Mann, Frau und zwei Kinder, beträgt diese Verteuerung zumindest 365 Kronen im Jahr. Selbst bei Einkommen bis zu 10.000 Kronen muß diese Steigerung der Kosten der Lebenshaltung als eine äußerst empfindliche bezeichnet werden, zumal ja nicht zu ersehen ist, wie durch Ersyar-

Neue Freie Presse
8/VIII. 1918
180

Der neue Brotpreis.

Notwendigkeit der Verschiebung der Preiserhöhung bis zum Wiederzusammentritt des Reichsrates.

Wien, 7. August.

Vier Tage trennen uns nur mehr von dem Zeitpunkte, von welchem an mit der Wiederherstellung der vollen Brotquote der neue Brotpreis in Geltung treten soll. Bis zur Stunde liegt noch keine amtliche Mitteilung über die getroffene Entscheidung der Regierung vor. Zu einer von maßgebendster Stelle stammenden Darlegung in unserem heutigen Abendblatte wird der Versuch unternommen, die Hinaufsetzung des Brotpreises von 72 Heller auf 1 Krone 56 Heller für den Einheitslaib von 126 Dekagramm zu begründen und zu rechtfertigen. Diese Darstellung hat kein neues Moment zur Klärung der Frage herbeigeschafft und sie arbeitet nur mit den bekannten zwei Tatsachen, daß nämlich die Hinaufsetzung der Getreidepreise bei Beibehaltung des gegenwärtigen Brotpreises einen jährlichen Gebarungsabgang von 1·1 Milliarden Kronen zur Folge hätte und daß dieser auf Grund der Einkommensteuer den heute noch als bemittelt anzusehenden Kreisen der Bevölkerung nicht angelastet werden könne, da hiefür schätzungsweise 10 Prozent der Einwohner, also etwa 2¾ Millionen Menschen in Betracht kämen. Es ist notwendig, diese Angaben ziffermäßig etwas näher zu prüfen, um neuerdings mit allem Nachdruck feststellen zu können, daß die Forderung berechtigt ist, daß eine gleichmäßige, so exorbitante Steigerung des wichtigsten Nahrungsmittels unterbleibt und mindestens für so lange der Brotpreis auf der gegenwärtigen Höhe belassen wird, bis es gelungen sein wird, eine zweckdienlichere Basis zu finden, von der ausgehend die Staffelung des für das Brot zu bezahlenden Betrages, sei es nach den Steuerverhältnissen, nach dem Mietzinse, nach einer Kombination dieser beiden Faktoren oder nach einem anderen Gesichtspunkte, erfolgen kann.

Zunächst die Frage: Warum kann das Defizit nicht den wohlhabenden Kreisen angelastet werden? Die Regierung beziffert den Gebarungsabgang auf diesem Gebiete auf 1100 Millionen jährlich und nimmt an, daß 2·75 Millionen Personen in Betracht kämen, welche diese Kosten zu tragen hätten. Das macht also 400 K. für den Kopf. Gewiß eine sehr stattliche Summe. Aber es wäre doch an der Hand der Bevölkerungs- und der Steuerstatistik eingehender zu prüfen, ob die von der Regierung supponierten Ziffern tatsächlich den jetzigen Verhältnissen entsprechen, und selbst wenn die Antwort bejahend ausfallen sollte, ob nicht doch zu diesem Mittel gegriffen werden könnte. Wenn in so vielen Belangen mit dem Schlagworte der Entwertung des Geldes operiert wird, warum sollte dies nicht auch in diesem Fall geschehen können? Vierhundert Kronen für den Kopf jährlich bedeutet rund eine tägliche Ausgabe von einer Krone. Trotz der Verarmung, welche der Krieg im Gefolge hatte, ist die Schicht der Bevölkerung, welche eine solche Last auf sich nehmen könnte, auch nach oberflächlicher Schätzung vielleicht doch groß genug, um diese Ueberwälzung ertragen zu können.

Zu ganz interessanten Folgerungen kommt man aber, wenn man untersucht, in welchem Verhältnis bisher Mehlpreis, Brotpreis und Getreideübernahmspreise standen und wie sie sich künftig gestalten sollen. Vorausgeschickt muß werden, daß die Höhe der neuen Mehlpreise vorläufig noch nicht bekanntgegeben wurde. Der Uebernahmspreis für Weizen und Roggen betrug im Jahre 1917 42 Kronen und ist jetzt auf 55 Kronen für den Meterzentner erhöht worden, was einer Steigerung von 31 Prozent gleichkommt. Soviel verlautet, werden die Mehlpreise eine perzentuell viel stärkere Steigerung erfahren, die mit der Verteuerung der Transport-, Mahl- und Verteilungskosten allein nicht begründet werden kann. Schon bei diesem Punkte beginnt also eine Belastung der Bevölkerung, die des Näheren aufgeklärt werden müßte, und über die auch manches in der Oeffentlichkeit zu sagen gewesen wäre, wenn es im Kriege nicht geradezu zum System erhoben worden wäre, der Bevölkerung von den einschneidendsten Maßregeln auf dem Gebiete des Ernährungswesens und der Preispolitik immer erst dann Kenntnis zu geben, wenn die öffentliche Diskussion über das Thema zu spät kommt, und Entscheidungen immer zu treffen, ohne gerade diejenigen, die naturgemäß das größte Interesse daran haben, nämlich die Verbraucher, irgendwie zu Worte kommen zu lassen. Die wenigstens der breiten Oeffentlichkeit nicht genügend begründete so exorbitante Hinaufsetzung des Brotpreises beginnt also bereits bei den Mehlpreisen.

Nun zur Frage des Brotpreises. Derselbe setzt sich zusammen aus dem Preise, den der Bäcker für das ihm überwiesene Mehl bezahlen muß, und aus dem Betrage, der ihm für Backkosten, die gesamte Regie und als Nutzen zugebilligt wird. Beim Brotausbacken ergibt sich eine Gewichtsvermehrung, die jetzt amtlich in der Relation 5:7 festgelegt ist, das heißt: Aus je fünf Teilen Mehl werden sieben Teile Brot erzeugt. Im Frieden war es Uebung, daß der Bäcker bei der Brotpreiskalkulation den Brot- und den Mehlpreis annähernd gleichsetzte, so daß sein Verdienst in der Brotausbeute der Mehlmasse gegeben war. Jetzt muß natürlicherweise ein anderer Maßstab angelegt werden, da die Broterzeugung in einem viel rascheren Tempo gestiegen ist als die Getreide- und Mehlpreise. Aber verfolgen wir den Faden weiter. Der Bäcker in Wien zahlte bisher für das Kilogramm Brotmehl 44 Heller. Zu einem Einheitslaib von 126 Dekagramm benötigte er 93 Dekagramm Mehl und hatte für dieselben 39·6 Heller zu entrichten. Bei einem Preise von 72 Heller für den Einheitslaib verblieben also dem Bäcker für Backlohn und Nutzen 32·4 Heller. Jetzt wird er für das Kilogramm Brotmehl 1 Krone und 2 Heller zu zahlen haben, also für die 93 Dekagramm, die er unverändert zum Einheitslaib braucht, 91·8 Heller. Wird nun der Brotpreis auf 1 Krone 56 Heller erhöht, so verbleiben dem Bäcker für Backlohn und Nutzen 64·2 Heller. Das ergibt gegenüber der ihm bisher konzedierten 32·4 Heller eine Steigerung um gerade 100 Prozent, die sicher als ausreichend befunden werden muß. Während wir aber gesehen haben, daß die Uebernahmspreise für Getreide eine Steigerung von 31 Prozent erfahren haben, finden wir bei dem Mehlquantum, das der Bäcker für einen Einheitslaib braucht, eine Steigerung von 39·6 auf 91·8 Heller, also um 231 Prozent. Auch dieses Mißverhältnis läßt sich nicht mit einer einfachen Handbewegung aufklären, sondern bedürfte einer gründlichen Erörterung vor der Oeffentlichkeit oder mindestens vor der Volksvertretung.

Zu den vielen Vorschlägen, die zur Lösung der Frage des neuen Brotpreises gemacht worden sind, gesellt sich aus der Betrachtung des vorangeführten Ziffernmaterials ein neuer, der eine Art Kompromiß darstellt, indem nämlich der Brotpreis erhöht wird, aber nicht in dem Ausmaß, als es die Regierung vorschlägt, sondern nur in jenem, der durch die tatsächliche Verteuerung der Broterzeugung gegeben ist. Ohne zugestehen zu wollen, daß die Bäcker ein Anrecht auf die Verdoppelung des ihnen bisher als Backlohn, Regiebeitrag und Nutzen bewilligten Geldes um 100 Prozent haben, sei, um ein Beispiel anzuführen, angenommen, daß diese Erhöhung gerechtfertigt sei. Das heißt: der Brotlaib wäre um 32 Heller zu verteuern. Das würde 1 Krone 4 Heller für den Laib ausmachen. Zu dem Preise von 72 Heller für den Einheitslaib, wie er bis jetzt besteht, gelangte man durch die Rechnung, daß 7 Deka Brot 4 Heller kosteten. In den beiden ersten Kriegsjahren, wo Brot auch noch schnittenweise abgegeben wurde, war dies die Basis aller Berechnungen. Daraus ergab sich für den Einheitslaib von 126 Dekagramm, das ist 18 × 7, ein Brotpreis von 72, das ist 18 × 4. Wird nun der vorhin durch die Erhöhung des den Bäckern zu bewilligenden Zuschlages errechnete Preis von 1 Krone 4 Heller auf 1 Krone 8 Heller abgerundet, so gelangt man zu der Basis, daß 7 Dekagramm Brot statt wie bisher 4 Heller künftig 6 Heller kosten würden. Auch das repräsentiert, wenn man das perzentuelle Verhältnis ins Auge faßt, eine ganz kolossale Verteuerung, macht aber noch immer nicht die Hälfte dessen aus, was die Regierung fordern will.

Mit dieser Berechnung soll dem Prinzip nicht präjudiziert werden, daß es im höchsten Grade antisozial wirken muß, eine Kopfsteuer auf Brot einzuführen, das heißt, eine gleichmäßige Verteuerung des Brotes vorzunehmen. Es sollte nur der Nachweis geführt werden, daß man bei gründlicher Erörterung der Frage vielleicht doch verschiedene Mittel und Wege zur Verfügung hätte, um einen Ausgleich zu treffen zwischen der berechtigten Schonung der Finanzen des Staates und den nicht minder berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung auf Lieferung des Hauptnahrungsmittels zu einem erschwinglichen Preise. Aus alledem ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß, wenn man Monate hat verstreichen lassen seit der Erhöhung der Getreidepreise, ohne der Bevölkerung Kenntnis zu geben, in welchem Maße man sie durch den neuen Brotpreis belasten will, noch ein weiteres Provisorium eingeschaltet werden muß, innerhalb dessen der bisherige Brotpreis beibehalten wird, um dem Parlament Gelegenheit zu geben, in dieser Frage das entscheidende Wort zu sprechen. Es wäre eine verdienstliche Tat, der neuernannten Regierung, wenn sie für die wenigen Wochen bis zum Wiederzusammentritte des Reichsrats die Lösung dieser Frage hinausschieben und das Material vorbereiten würde, auf Grund dessen dann die endgültige Festsetzung des Preises erfolgen kann.

Arbeiterzeitung
11. VIII. 1918

148

Aber obwohl sich auch, wo sie wieder einmal tobt, der Widerspruch nicht hervortraut: in seinem Innern hat die Hoffnung auf die Beendigung des Krieges durch Waffengewalt jeder schon aufgegeben; gegen eine Erfahrung, die das Leiden von vier Kriegsjahren hervorbringt, kommt keine Gewandtheit im Beschönigen und Entstellen der Dinge auf.

Aber wie wir es immer gesagt haben: durch das Schwert kann die Entscheidung nicht kommen, und soll sie nicht kommen. Aus dem tragischen Wirrsal, in das sich die Menschheit mit dem Weltkrieg verstrickt hat, gibt es in Wahrheit nur einen Ausweg:

Die Lehre der Brotverteuerung.

Von morgen an wird ein Laib Brot in Wien und in den größeren Industriestädten Niederösterreichs 1 Krone 56 Heller kosten. Alle Gemeindevertretungen der großen Städte, viele Dutzende Landes-, Bezirks- und Gemeindewirtschaftsräte, die Abgeordneten der Arbeiterschaft, die Vorstände der Gewerkschaften, fast alle Zeitungen haben gegen diese wahnwitzige Brotverteuerung protestiert. Tut nichts! Der Herr Finanzminister hat es so gewollt und gegen den Willen des Herrn Finanzministers ist alles machtlos. Man hat der Regierung eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, wie die Brotverteuerung wenigstens gemildert werden könnte. Aber vor den Augen des gestrengen Herrn Finanzministers haben alle diese Vorschläge keine Gnade gefunden. Er will die Oeffentlichkeit mit einer kontingentierten Ermäßigung für die Mindestbemittelten beruhigen. Als ob eine so ungeheuerliche Verteuerung für die anderen, die nicht zu den „Mindestbemittelten" gezählt werden, erträglich wäre! Wir haben vorgeschlagen, daß das teure ausländische Getreide ausschließlich der Heeresverwaltung verrechnet werde, die Zivilverbraucher nur den niedrigeren Preis des inländischen Getreides bezahlen sollen. Nichts da! Dergleichen tut man in Deutschland; in Oesterreich ist es unmöglich.

Wir haben weiter den Vorschlag gemacht, daß auch die Agrarier mitzahlen sollen, den Aufwand für das verteuerte Getreide zu decken. Der Finanzminister solle sagen: Ich brauche 1100 Millionen Kronen. Zu diesem Zwecke erhöhe ich den Brot- und Mehlpreis für die 17 Millionen des Stadt- und Industrievolkes so, daß ich 648 Millionen Kronen hereinbekomme; den Rest von 452 Millionen Kronen will ich von den zehn Millionen Selbstversorgern in der Form einer Gebühr von den Mahlscheinen einheben. Diese Gebühr einzuführen, schlage ich dem Parlament vor; nimmt es meinen Gesetzentwurf nicht an, so habe ich noch immer Zeit, den Brotpreis für die Städter abermals zu erhöhen, um von ihnen die vollen 1100 Millionen einzuholen. Unter solchem Zwange wird das Parlament den Mahlscheingebühren zustimmen, um sich nicht mit der Verantwortung für die Erhöhung des Brotpreises zu belasten. So haben wir es vorgeschlagen. Nimmt es der Finanzminister an? Keine Rede! Er erhöht den Brotpreis für die Städter gleich um den vollen Betrag und verspricht uns höchstens, uns dann nachträglich wieder etwas abzulassen, wenn sich das Parlament zu der Mahlscheingebühr entschließen sollte. Als ob dazu, wenn die ganze Last den Städten schon auferlegt ist, noch irgend welche Aussicht wäre! Als ob es nicht eine alte Erfahrung wäre, daß ein Preis

Der Neue Abend 231.
19./IX. 1918

Zugsverkehr.

Zwei Kilo Kartoffeln!

„... Dienstag bis Donnerstag werden im ...ten, ...ten und ...ten Bezirke Kartoffeln, und zwar ein halbes Kilogramm per Kopf, zum Preise von 36 Heller für das halbe Kilogramm abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt ... usw." Von Zeit zu Zeit wird die Bevölkerung durch solche Ankündigungen in den Glauben versetzt, daß sie mit Frühkartoffeln versorgt wird.

In Wirklichkeit bedeutet diese bezirksweise Kartoffellotterie ein klägliches Versagen der Aufbringung und Versorgung. Sie soll offenbar wie die Butterabgabe nur dazu dienen, bei der Bevölkerung die Geschmackserinnerung an gewisse nicht beliebt und allgemein zugänglich gewesene billige Volksnahrungsmittel zu erhalten.

Die Behörden selbst haben das Gefühl, daß auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung im Vorjahr ganz unhaltbare Zustände eingerissen sind und so wird mitgeteilt, daß von Mitte Oktober an, dem Zeitpunkt, da die ersten Spätkartoffeln eintreffen, die Wochenmenge von den vorjährigen 1½ Kilogramm auf zwei Kilogramm erhöht werden wird.

Über den Stand der Kartoffelversorgung und deren Aussichten wird angegeben:

„Die Aussichten der Ernte sind nicht ungünstig. Derzeit ist es nicht möglich, mehr Kartoffeln einzulagern, als für den „Handbedarf" möglich ist, da ein Verderben befürchtet werden müßte. Die Vorräte in den städtischen Kellern und Mieten sind heute deshalb gleich Null. Wenn das schöne trockene Wetter anhält, wird sich die Spätkartoffelernte gut gestalten. Jetzt sind die Kartoffeln sehr wasserreich, aber bei trockenem Wetter werden sie wachsen und an Wasser verlieren, was auch ihre Haltbarkeit erhöht.

Die Aufbringung des Bedarfes Wiens, der sich vom Oktober angefangen auf 40 Bedarfswochen verteilt, soll aus zwei Quellen erfolgen. Aus den Lieferungsverträgen der Stadt Wien und den staatlichen Beschlagnahmen. Wien hat heuer mehr Lieferungsverträge abgeschlossen als im Vorjahre, und zwar mit großen und mittleren Grundbesitzern in Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, der Bukowina und in Niederösterreich selbst. Dadurch ist eine Überwachung möglich, man weiß wieviel die Leute ernten und hat sie mehr „in der Hand" als die kleinen Bauern. Zudem sind ihnen Prämien von vier Kronen für den Meterzentner zugestanden worden.

Anfangs Oktober werden die ersten Spätkartoffeln anrollen. Man kann vorläufig nicht sagen, wie hoch die Kartoffelabgabe für den Kopf und die Woche sein wird.

16.000 Waggons der Wiener Mindestbedarf.

Günstiges Zusammentreffen aller Umstände vorausgesetzt, wird sie jedoch höher als die vorjährige bemessen werden können, die bekanntlich 1½ Kilogramm für die Woche und den Kopf betragen hat. Bei zwei Kilogramm für die Woche und den Kopf stellt sich der Wochenbedarf für 2 Millionen Einwohner auf 4 Millionen Kilo, das sind 400 Waggons wöchentlich. Bis zur nächstjährigen Frühkartoffelernte Ende Juli 1919 werden 40 Versorgungswochen, angefangen vom 15. Oktober 1918, einen Gesamtbedarf von 16.000 Waggons ergeben. Wie nochmals erläuternd hinzugefügt werden soll: bei einem Wochenbedarfe von zwei Kilogramm für den Kopf und die Woche.

Es ist nun die Frage zu erörtern, ob diese Ration genügen kann. Im Vorjahre war Fleisch noch einigermaßen vorhanden. Die volle Mehlquote wurde ausgegeben und das Brot noch zum alten Preis verkauft. Heuer aber, da die Kartoffelernte weit günstiger zu werden verspricht und fleischlose Wochen drohen, sollen zwei Kilogramm ausreichen. Ist das genügend und kann nicht eine ausreichendere Versorgung Platz greifen? Die sozialdemokratische Partei in Deutschland hat an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, die es als beunruhigendes Gerücht bezeichnet, daß auch im kommenden Wirtschaftsjahre wieder nur sieben Pfund Kartoffeln für den Kopf und die Woche abgegeben werden sollen. Der Reichskanzler wird auf das Dringendste ersucht, die Erhöhung dieser Ration zu veranlassen, um so mehr, als der geringe Nährwert des Gemüses bei der jetzt üblichen fettlosen Zubereitung keinen Ersatz bietet und die Bevölkerung auf die unwirtschaftliche und nur zu unerschwinglichen Preisen erfolgende Versorgung durch den Schleichhandel angewiesen ist.

Und in Wien, auf das all dies weit mehr zutrifft als auf die deutschen Verhältnisse, soll es nicht möglich sein, mehr als zwei Kilogramm und nicht auch 3½ Kilogramm Kartoffeln, die den sieben Pfund Deutschlands im Vorjahre entsprechen, zu verteilen? Hier müssen unbedingt rechtzeitig die schärfsten Mittel in Anwendung gelangen. Die Gemeinde teilt nicht mit, wieviel Lieferungsverträge und auf welche Mengen lautende sie besitzt. Es muß doch möglich sein, gemeinsam mit der staatlichen Beschlagnahme soviel Kartoffeln aufzubringen, daß wenigstens dreieinhalb Kilogramm, d. h. die deutsche Quote, in Wien verteilt wird. Die Aufbringung muß eben mit aller Strenge erfolgen und es darf nicht wieder geschehen, daß kaum die Hälfte der Ernte erfaßt wird. Das ist Sache aller verantwortlichen Stellen.

Der Kanzler über die Kartoffelfrage.

Der Kanzler hat gestern auf die oben erwähnte Denkschrift geantwortet. Er sagt über die Kartoffelfrage:

„Die Ernährungslage war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unzweifelhaft besser als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Brotration eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch die Anordnung der Brotstreckung ab 1. Oktober wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprochen werden. Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erfassung des gesamten Ernteüberschusses sind getroffen. Bevor sich aber die Ernte, für deren Ausfall die Witterung dieser Wochen von nachhaltigem Einfluß ist, nicht genügend übersehen läßt, kann die Inaussichtstellung einer höheren Wochenmenge nicht verantwortet werden. Ermöglicht die Ernte, mehr als sieben Pfund zu geben, gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mehrmengen, so wird nicht gezögert werden, eine Erhöhung vorzunehmen."

Man ersieht daraus, daß in Deutschland der Streit darum geht, ob mehr als sieben Pfund wöchentlich gegeben werden sollen. Bei uns werden vier Pfund als eine Art Göttergeschenk dargestellt.

Berner Bund 27/IX.1918.

245

Eine Kartoffelmißernte?

J. R. Nach den neuesten Ziffern der Preisberichtsstelle des schweizerischen Bauernverbandes über die diesjährige Kartoffelernte, muß man sich heute schon auf ein Fehljahr ersten Ranges gefaßt machen: In der „Marktzeitung" des genannten Verbandes vom 12. September wird „auf Grund eingehender Erhebungen" ein durchschnittlicher Ernteertrag für die Schweiz von 8,000,000 Doppelzentnern (gegenüber 10½ Millionen Doppelzentnern vom letzten Jahr), d. h. ein durchschnittlicher Ertrag pro Hektar von nur 134 Doppelzentnern (gegenüber 185 Doppelzentnern für letztes Jahr) angenommen. Gleichzeitig wird die Anbaufläche für Kartoffeln mit 59,800 Hektaren gegen 56,750 für 1917 angesetzt.

Diese neuesten Angaben sind nach mehr als einer Hinsicht geeignet, Aufsehen zu erregen:

1. Mit Bezug auf die Anbaufläche. Bis vor wenigen Wochen hat auch das schweizerische Bauernsekretariat noch mit einer Anbaufläche von 68,000 Hektaren gerechnet, da doch von Bern aus schon letzten Winter angeordnet wurde, die Anbaufläche pro 1918 von zirka 56,000 Hektaren um 12,000 auf 68,000 Hektaren zu erhöhen; bis heute hat man überall gehört, daß die Kantone diesem Verlangen auch strikte nachgelebt haben. Heute stellt man fest, daß statt der 12,000 Hektaren nur ein Viertel, 3000 Hektaren, mehr angebaut worden sei. Schon diese erste Feststellung dürfte in den nächsten Wochen viel zu reden geben. Vermutlich handelt es sich bloß um einen statistischen Fehler. Wenn nicht, müßte über die Begründung einer so auffallenden Pflichtverletzung der Produzenten wohl erschöpfende Aufklärung verlangt werden.

2. Der schlechte Ertrag pro Hektar ist laut Angabe der Preisberichtsstelle in Brugg auf Spätfröste im Mai und Juni und auf anhaltende Trockenheit im Nachsommer zurückzuführen. Auch diese Ziffer von nur 135 Doppelzentnern pro Hektare muß, selbst wenn sie von der eidgenössischen Kartoffelkommission als richtig akzeptiert würde, mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Die Wirklichkeit dürfte erheblich besser aussehen, da landauf landab bis heute die Schätzungen im Ertrag doch nicht derart gegenüber dem letzten Jahr abweichen, wie die Preisberichtsstelle ausrechnet. — Wenn es auch gut ist, schon heute mit niedrigeren Zahlen als letztes Jahr zu rechnen, so darf doch vom Standpunkt des Konsumenten aus bezweifelt werden, daß 1918 ein vollständiges Fehljahr sei, wie es nach den Voraussagungen von interessierter Stelle zu erwarten ist.

Jedenfalls kann heute schon als ziemlich bestimmt angenommen werden, daß wir mit der diesjährigen Kartoffelernte, sei sie nun mittel- oder stark unter mittelgut, bei der jetzigen Verteilungsart auch nicht annähernd auskommen können, um den Nichtproduzenten die 90 Kilogramm pro Kopf und Jahr zu gewährleisten. Wenn die Gesamternte nur acht Millionen Doppelzentner beträgt, reicht sie gerade knapp aus, um das nötige Saatgut für eine gleiche Anbaufläche wie letztes Jahr zu decken, dem Produzenten 300 Kilogramm zuzuteilen und unter Anrechnung von Schwund, Fäulnis usw. dem Bauer den Ueberschuß als Viehfutter zu belassen. Für die Nichtproduzenten verbleibt gar nichts.

In der Tat beanspruchen schon 60,000 Hektaren Anbaufläche zu 30 Doppelzentnern 1,800,000 Doppelzentner, hiezu kommen für den Produzenten bei 1½ Millionen Köpfen zu 300 Kilogramm gleich 4,500,000 Doppelzentner. Werden statt 60,000 Hektaren Anbaufläche neuerdings 70,000 Hektaren angenommen und Saatgut hiefür bereitgestellt, so stellt sich der erste Posten auf 2,100,000 Doppelzentner. Diese zwei Posten zusammen beanspruchen mithin schon 6,600,000 Doppelzentner, sodaß die restlichen 1,400,000 Doppelzentner gerade ausreichen, um dem Produzenten die zugesicherten Futterkartoffeln (kleine, schadhafte und kranke) zuhalten zu können. Für Schwund, Fäulnis, Keimung usw. ist noch nichts abgezogen. Für den Nichtproduzenten also nicht ein Kilo!

Es muß demnach mit der Ernteschätzung der Preis-Berichtsstelle etwas nicht klappen, denn sonst wäre das Volkswirtschaftsdepartement heute schon gezwungen, die Verfügung vom 17. Juni mit Nachtrag ganz gründlich umzuändern, wenn es dafür sorgen will, daß auch die Nichtproduzenten wenigstens etwas von den zugesicherten 90 Kilogramm erhalten und nicht die ganze Verteilung bloß auf dem Papier stehe!

In erster Linie muß unseres Erachtens bei einer derart geringen Kartoffelernte, wie sie vom Bauernsekretariat aus bekanntgegeben wird, die Zuteilung von 300 Kilogramm an Produzenten eine ganz erhebliche Reduktion erleiden, damit die Nichtproduzenten, die mit zweieinhalb Millionen Köpfen angenommen sind, ihre 90 Kilogramm pro Kopf oder 2,250,000 Doppelzentner erhalten können. Aber selbst eine Verminderung auf 200 Kilogramm würde nur gestatten 100 Kilogramm freizubekommen, oder 1,500,000 Doppelzentner für die Nichtproduzenten, was ausreichen könnte, um statt 90 Kilogramm deren 60 zuzuteilen. — Wir möchten aber den Standpunkt vertreten, daß eine Reduktion der dem Selbstversorger zugeteilten 300 Kilogramm auf die Hälfte, also auf 150 Kilogramm stattfinden müsse, und die Zuteilung an die Nichtproduzenten auf den nun einmal angenommenen 90 Kilogramm bestehen bleibe. Wenn man berücksichtigt, daß Deutschland, dessen diesjährige Kartoffelernte nach allen Berichten erheblich besser ausfallen wird als unsere, dem Selbstversorger nur ungefähr das anderthalbfache mehr als dem Nichtproduzenten zuteilt, nämlich zwischen 11 und 12 Pfund gegenüber sieben Pfund für den letztern, so muß bei uns eine bessere Berücksichtigung der Nichtproduzenten mit Rücksicht auf die kommenden, schweren Zeiten unbedingt verlangt werden..

In zweiter Linie muß versucht werden, einen Teil der zur Tierfütterung freigegebenen Kartoffeln der menschlichen Ernährung zuzuhalten, indem vor allem nur ganz kleine Kartoffeln, nicht über 2 Zentimeter Durchmesser, zur Verfütterung bestimmt werden (gegenüber 2½ Zentimeter letztes Jahr und 3 Zentimeter [!] dieses Jahr). Wenn wir dieses Jahr die Begründung der Preisberichtsstelle als richtig annehmen wollten, müßten wir immerhin mit 10 bis 15 Prozent Futterkartoffeln rechnen, das sind 12½ Prozent im Durchschnitt oder bei acht Millionen Doppelzentnern eine Million oder 10,000 Wagen. — Hievon kann und muß wenigstens ein Teil, vielleicht die Hälfte oder wenigstens ein Drittel, der Tierfütterung entzogen werden, da es heute möglich ist, sie durch Trocknung haltbar zu machen und in bester Qualität als Trockenkartoffeln für alle möglichen Küchenzwecke herzustellen.

Schon früher haben wir auseinandergesetzt, daß die Verfütterung von Kartoffeln in Zeiten von Kartoffelknappheit ein großer Fehler für die Ernährung einer ganzen Bevölkerung ist. — Diese Ansicht hat sich nach und nach Boden geschaffen, so daß auch das Ernährungsamt sich damit wird befassen müssen. Noch kürzlich hat Herr Prof. Dr. Abderhalden sich ganz deutlich gegen jede Verfütterung von Kartoffeln ausgesprochen und nachgewiesen, daß hiedurch vier Fünftel der in den Kartoffeln enthaltenen Nährwerte auf diesem Umwege über das Vieh der menschlichen Ernährung verloren gehen und nur ein Fünftel (beim Schwein, beim Ochsen sogar nur ein Achtel), in Form von Fett und Fleisch dem Menschen zugute kommen. Das bedeutet heute sicherlich eine große Vergeudung der besten Nahrungsmittel, die nur dann zugelassen werden dürfte, wenn aus diesen Futterkartoffeln keine bessere Verwertung möglich wäre. Angenommen, es sei noch möglich, z. B. 5000 Wagen Futterkartoffeln zu trocknen, so können daraus mit modernen Trockenapparaten zum mindesten 1000 Wagen Trockenkartoffeln oder Kartoffelmehl für die verschiedenartigsten Küchenzwecke geschaffen werden, die, in erster Linie an die Notstandsberechtigten verteilt, ermöglichen, an eine Million Köpfe zehn Kilogramm zuzuteilen, 50 Kilogramm Rohkartoffeln entsprechend. Die Ration für diese Notstandsberechtigten könnte dadurch von 90 auf 140 Kilogramm erhöht werden! Das schweizerische Fürsorgeamt hat ein großes Interesse daran, daß dises Begehren erfüllt werde!

Schließlich sollte auch heute schon dahin gearbeitet werden, daß ein Großteil der Kartoffeln, die wir diesen Herbst aus Deutschland zu importieren hoffen (allerdings vermutlich nur gegen Viehexport, der auf diese Weise sicherlich zu billigen ist!), sofort getrocknet werde, um als Dauerware für die Monate März bis Juni auf Reserve gelegt zu werden. Die Erfahrungen, die bisher ohne Ausnahme mit den deutschen Kartoffeln gemacht wurden, weisen dringend darauf hin, daß deren Nährstoff nur dann mit Nutzen verwertet werden kann, wenn sie sofort durch Trocknen haltbar gemacht werden. Die fünf Walzenapparate, die der Bund zu diesem Zwecke bereits letztes Jahr gekauft hat, und welche diesen Herbst ebenfalls auf Zuteilung von Kartoffeln warten, genügen aber bei weitem nicht, um auch nur einen Teil dieser deutschen Kartoffeln zu trocknen.

Nach diesen Ausführungen wird es begreiflich erscheinen, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß bei der befürchteten Kartoffelmißernte die Verfügungen über Rationierung der Ernte unverzüglich einer Revision unterzogen werden müssen und daß besonders die große Differenz zwischen Zuteilung an Selbstproduzent und Nichtproduzent stark verringert werde. Die Verfütterung von Kartoffeln soll möglichst eingeschränkt werden, um mehr Nahrungsmittel für den Menschen zu erhalten. Je kleiner eine Ernte ist, um so dringender ist die Notwendigkeit, mit den erhaltenen Nährstoffen haushälterisch umzugehen, sie durch Trocknen haltbar zu machen und ein Vergeuden zu verhindern.